

4^o Bon.

Ants-Blatt

118 4 (1823

Amts-Blatt



Am. O. Nr. 6.
der

Königlich Liegnitzschen Regierung von Schlesien.

Dreizehnter Jahrgang 1823.



13

Liegnitz,

gedruckt in der Königl. Hof-Buchdruckerei bei E. Doench.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Chronologische Uebersicht

der in dem Amtsblatte der Königl. Siegenischen Regierung
für das Jahr 1823. erschienenen Verordnungen und Bekannt-
machungen, nach Ordnung der Materie.



Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Extensibl.
I. Accise, Consumtions-Steuer- und Zoll-Sachen.				
31. Decbr. 1822.	6	Wegen Unterfügung der Steuer-Beamten bei Hinterziehung von Eßig-Verbrechen	2	12
6. Decbr. 1822.	142	Verbot der Ein- und Durchfuhr des Koch-, Ees- und Steinsalz	42	268
23. Decbr.	150	Wegen Declaration des Weingewinns pro 1823.	44	298
23. —	151	Erleichterungen und Wächtigungen der Zoll-Erhebungs-Rolle vom 25. October 1821.	44	299
4. Novbr.	—	Wegen der Zoll- und Steuer-Defraudations- und Contraband-Sachen.	49	328
15. Decbr.	170	Erhebungs-Rolle für die Wahl- und Schlachtsteuer betreffend	51	343
II. Bau-Sachen.				
10. Januar 1823.	15	Wegen der, von den in hiesigen Regierungs-Departement sich aufhaltenden Bau- und Vermessungs-Conducteurs, einreichenden Personal-Verzeichnisse	5	42
25. Februar	32	Wegen der nachgegebenen Anlegung enger Schornsteinsröhren	10	78
12. März	38	Wegen der Anlage des Chaussee-Zoll-Schlagers bei Ditterbach	12	97
22. May	75	Wegen Erhebung des Chaussee-Zolls auf der Straße von Siegen nach Paderborn und nach Breslau	22	161
26. —	—	Bekanntmachung der Anze des Weges von Berlin nach Breslau auf dem neuen Chaussee	23	169
4. July	105	Die Veränderungen der Zollstätte auf den Chausseen von Hirschberg nach Paderborn und Friedberg am Queis, von Paderborn nach Langenau und von Paderborn auf der Straße nach Sagan bis Posen betreffend	29	209
3. Novbr.	157	Wegen der dem hiesigen Magistrat nachgegebenen Chaussee-Geld-Erhebung auf der von ihm gebau- ten Straße von Siegen nach Tauer.	46	314

Datum der Verordnungs.	Nummer der Verordnungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl.
III. Bergwerks- und Hütten-Sachen.				
31. Januar 1823.	—	Daß jeder Schürfer, soald er es nothwendig findet, seine Schürfe in wärre als eines Lachters Länge abzusinken, dem Königl. Vergamte des Reviers das von Anzeige zu machen verpflichtet, betreffend	8	66
IV. Domänen- und Forst-Sachen.				
11. May	—	Wegen Verpachtung des Vorwerks Damm, Amts Neu- damm	21 22 23	158 167 171
19. Septbr.	135	Erinnerung an die Beobachtung der Jagdgesetze, und an das Verbot, ohne Iuvenus über den rechtmäßigen Besitz, kein Wildpret in die Städte zu bringen; hingegen an das Verbot keine Hasen zu schießen	40	275
V. Geistliche- und Schul-Sachen.				
29. Decbr. 1822.	14	Das bei Einleitung und Ausführung nothwendiger Baue und Reparaturen d. Kirch- u. Pfarr- und Schulgebäuden, Königlich Patronats, zu beobachtende Verfahren betreffend	5	37
1. Februar 1823.	24	Wegen des neu ernannten Administrators der Schum- melschen Schullehrer Wittwen-Kasse zu Breslau	7	37
7. Februar	—	Die Bekanntmachung d. Candidaten der Theologie, welche das Zeugniß d. Wählbarkeit zu einem geistlichen Amte und d. Erlaubniß zum Preigen erhalten haben, betreffend	11	93
25. Februar	—	Deegleichen der Candidaten, welchen das Zeugniß der Wählbarkeit zu einem geistlichen Amte ertheilt worden	13 15	103 110
31. März	46	Wegen der Competenz d. Militair-Prediger		
8. April	48	Wegen Einsammlung ein evangelischen Kirchen-Collekte zum Wiederaufbau des im Kriege abgebrannten Einnulten-Schulhaus für die Gemeinden in Natz- wig und Langen	16	117
15. April	54	Umforschung einer evangelischen Haus- und Kirchen-Collekte zum Wiederaufbau des abgebrannten Pfarr- hauses zu Droschtau-Nandelsaichen Kreis	18	133

Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl.
20. Mai	76	Wegen Vorlegung der Confirmations-Scheine durch die Brodherrschaften an die Erste-Obrigkeit und durch diese an die Geistlichkeit	22	162
30. —	81	Wegen Einsammlung einer katholischen Haus-Collecte zum Wiederaufbau der abgebrannten katholischen Pfarr- und Schulgebäude in Hennerdors, Neisse'schen Kreises	23	170
7. Juni	90	Ausfchreibung einer evangelischen Haus- und Kirchen-Collecte zum Aufbau der abgebrannten evangelischen Kirche zu Ramiitz im Großherzogthum Posen	25	177
9. —	—	Aufforderung an diejenigen, welche sich im Breslau'schen Schullehrer-Seminar zu Schulantern vorbereiten wollen, sich deßhalb zu melden	26	190
28. —	—	Bekanntmachung derjenigen Candidaten der Theologie, welchen das Zeugniß der Wählbarkeit zu einem geistlichen Amte und die Erlaubniß zum Predigen ertheilt worden, betr.	31	221
1. Juli	99	Wegen der an Kirchen-, Pfarr- und Schulgebäuden, Königl. Patronats, im Jahre 1824. anzuführenden Baue und Reparaturen	27	195
12. August	127	Wegen Einsammlung einer evangelischen Kirchen-Collecte zum Wiederaufbau der abgebrannten Pfarrgebäude zu Turpin, Strehlenschen Kreises	35	244
12. —	—	Wegen Erneuerung des Senior Falk zu Landeshut zum Superintendenten des Landeshuth'schen Superintendentur-Sprengels	36	252
29. Septbr.	137	Aufforderung zur Befolgung der Bestimmung im §. 15. der Instruction für die städtischen Schuldeputationen, wegen Vorlegung der Etats der Schulkasse	41	277
10. Octbr.	144	Ausfchreibung einer allgemeinen Haus- und Kirchen-Collecte zur Wiederherstellung der abgebrannten Kirche zu Garitz bei Brandenburg	42	289
12. —	145	Die Ankündigung des Bernerschen Lehrbuchs über das Orschwerk betreffend	42	289
9. Novbr.	—	Bekanntmachung der Predigamt's-Candidaten, welche das Zeugniß der Wählbarkeit zu einem geistlichen Amte und die Erlaubniß zum Predigen erhalten haben	50	337
14. —	160	Wegen der bei Dismembrationen den Kirchen, Geistlichen und Schullehrern zu sichernden Abgaben und Leistungen	48	321
17. —	161	Wegen Einsammlung einer evangelischen Kirchen-Collecte zum Wiederaufbau der bei dem großen Brande		

Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer d. Amtsbl.	Seitenzahl.
		in Dels mit eingetragenen Elementar-Schule und des Waisenhauses dafelbst	48	322
27. Novbr.	161	Wegen Prüfung der Candidaten der Theologie	52	359
28. —	—	Wegen der der Universität Breslau überwiesenen realen Steuern	52	359
1. Decbr.	—	Wegen der Wahl eines Fürst-Bischofs von Breslau	51	342
2. —	167	Wegen eines in den Normal-Zeichnungen zu Landtschulhäusern stehenden gebliebenen Druckfehlers	50	334
11. —	169	Wegen Einsetzung der Beiträge von Trauungen und Taufen	51	343
VI. Handels-Sachen.				
21. Decbr. 1822.	—	Wegen Untersagung des Hausir-Handels mit Papier	1	5
23. —	3	Wegen der in Canton verkauften Preussischen Luche	1	5
27. Mai	84	Wegen des Johannis-Markts zu Schönau	23	171
22. August	128	Wegen Verlegung des Jahrmakts zu Rudolfsdorf	36	251
28. —	129	Deegleichen des Michaels-Jahrmakts zu Schönau	36	252
3. Septbr.	130	Wegen der Vorsicht bei Verpackung des Kienrufs	38	262
8. —	131	Wegen Herabsetzung des polnischen Aufgangs-Zolls von rohen Fellen	38	264
6. October.	140	Wegen der Jahrmakts-Verlegung zu Rahn	41	279
6. —	143	Wegen Verlegung des Weihnachts-Jahrmakts in Schönau	42	283
25. Novbr.	165	Wegen Verlegung der Jahrmakts-Termine der Stadt Rahn	49	328
VII. Justiz-Sachen.				
11. Januar 1817.	—	Das Publicandum wegen Verhütung des Kindermordes	11	85
20. Decbr. 1822.	—	Wegen des Wohnsitzes der Justiz-Commission Nothenburgischen Kreises	3	21
23. Decbr.	—	Daß von Untersuchungen gegen Personen, die einen andern als den untersuchenden persönlichen Gerichtsstand im Inlande haben, der Polizei-Behrde Kenntniss zu geben betreffend	3	20
30. —	—	Wegen Anzeige der Todesfälle von criminirten Personen an das Königl. Landgericht zu Görlitz	4	35
3. Januar 1823.	—	Wegen Einsetzung einer Recapitulation der Einnahmen und Ausgabe-Zitel aus den Salarien-Kassen-Rechnungen	3	21

Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl.
6. Januar 1823.	—	Wegen der Anzeige von den im Jahre 1822. erfolgten Veränderungen des hypothekarischen Zustandes.	3	21
23. —	—	Wegen Einsendung der Sportul-Überschüsse von den Untergerichten.	5	42
24. —	—	Wegen des Unterschiedes zwischen reinen Verkäufen und verkäuflichen Guts-Üeberlassungen.	7	58
27. —	—	Wegen der Form der Kosten-Liquidationen in solchen Untersuchungs-Sachen, wo Fiskus die Kosten trägt.	7	59
5. Februar	—	Erinnerung an die Gesetze gegen den Kindermord, und gegen die Verheimlichung der Schwangerschaft und Niederkunft.	7	54
14. —	—	Wegen des Gerichtsstandes der Recruten, deren Vereisung nicht eher als bei ihrer wirklichen Einziehung erfolgt.	9	76
14. —	—	Wegen Verminderung der Schreibereien in den Kanzleien der Gerichte.	10	79
14. —	—	Dass Verordnungs- oder Verbesserung-Anträge nur durch das Königl. Ober-Landes-Gericht dem Königl. Justiz-Ministerio vorgetragen werden sollen betreffend.	10	80
14. —	—	Wegen der den Königl. Landes- und Stadt-Gerichten, Stadt-Gerichten und Domainen-Justiz-Ämtern unentgeltlich gebührenden Amtsblätter.	13	102
4. April	—	Wegen der Untersuchungen gegen beurlaubte Landwehrmänner, zur Kriegs-Reserve entlassene und Train-Soldaten.	18	136
4. —	—	Wegen Vertheilung der, wegen der Holzdiebstähle rechtskräftig erkannten Geldstrafen.	18	137
11. —	—	Wegen der Straferkenntnisse gegen beurlaubte Soldaten und Landwehrmänner.	18	138
2. Mai	—	Wegen Zuziehung einer Gerichtsperson bei Einleitung summarischer Untersuchungen wider Zoll- und Steuer-Beamten.	21	157
12. —	—	Die Untersuchungen wegen thätlicher Widerspächlichkeit gegen Gensd'armen betreffend.	24	175
23. —	—	Wegen des Vermerks auf den Altkendelen in Untersuchungs-Sachen.	25	181
24. —	—	Wegen der zu erstattenden Anzeige von Abhaltung des sogenannten Dreidings.	25	182
30. —	—	Erläuterung des Publikandum vom 11. Januar 1817. betreffend die Strafen des Kindermordes und der Verheimlichung der Schwangerschaft und Geburt.	27	196
13. Juni	—	Die Untersuchungen, welche wegen Beleidigungen oder	—	—

Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl.
		Widerseßlichkeit gegen einen Gensd'Armen eingeleitet worden, betreffend die	29	211
24. Juni	—	Wegen der zu erhaltenden Anzeige von den sogenannten Dreidings-Tagen	30	215
27. —	—	Wegen Concurrenz der königl. Regierung bei allen fiscalischen Civil-Prozessen	28	204
27. —	—	Wegen Prüfung der Befähigung des Erwerbers einer Officin	28	204
27. —	—	Daß Patrimonial-Gerichtsherren ihre Gerichts-Ämter mit dem nöthigen Stempel-Material versehen sollen betreffend	23	205
4. Juli	—	Wegen der streitig gewordenen Auslegung von Staats-Verträgen	30 30	214 216
8. —	—	Daß das Realauer Hypotheken-Gesetz in Wirksamkeit getreten ist betreffend	30	215
4. Septbr.	—	Daß richterliche Personen als Beisitzer ihrer Gerichts-Eingesessenen bei Separations- und Dienst-Abtheilungs-Sachen nicht auftreten dürfen betreffend	38	264
4. —	—	Wegen der Güter-Gemeinschaft von Pflegsbefohlenen, welche sich während der Minderjährigkeit verheiratheten	38	265
4. —	—	Wegen Belegung der Salarien-Kassen-Rechnungen mit den Quittungen der Empfänger	38	266
19. —	—	Wegen der Festsetzungs-Decrete der Mandatarien-Gebühren, wenn Fiscus die Gebühren zu zahlen hat	41	279
19. —	—	Die aus den Untergerichts-Salarien-Kassen fließenden Befoldungen betreffend	41	279
22. —	—	Wegen der Prozeß-Praxis des Justiz-Commissärs Hälssner zu Hirschberg	41	280
3. October	—	Das Deputat der bei Domainen-Justiz-Ämtern und Gerichten der vormalig geistlichen Güter angestellten Beamten betreffend	43	295
10. —	—	Wegen des Diebstahls-Verfalls der zur Festung abzuliefernden Straßlinge	45	310
10. —	—	Erneuerung des Publicandi, wegen Verhütung des Kindermordes	45	314
13. —	—	Wegen Ernennung des ehemaligen Bürgermeisters Vorzucki als Justiz-Commissarius	45	312
20. —	—	Wegen Einrichtung des Hypotheken-Wesens in der Ober-Lausitz	44	300
20. —	—	Wegen des Natural-Deputats einiger Justiz-Beamten	45	310
24. —	—	Die Strafen gegen Brandstifter betreffend	40	315

Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnung.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl.
27. October	—	Die Vorschriften zu Verminderung der Criminal-Untersuchungs-Kosten betreffend	45	310
7. Novbr.	—	Wegen der Festschungs-Decrete von Gebühren, welche der Königl. Fid. u. z. zahlen hat	49	323
24. —	—	Wegen der Gerichtsbarkeit der zur Aushebung bestimmten Ersahmannschaften	49	329
24. —	—	Wegen der vollständigen und bestimmten Angaben der Revisions-Beschwerden	49	329
1. Decbr.	—	Wegen der Grundsteuer bei Abtrennung steuerpflichtiger Realitäten	50	335
1. —	—	Erinnerung an Einreichung der General-Civil-Prozeß-Liste	50	336
1. —	—	Wegen des Gebrauchs der Buchdrucker-Schwärze zu Siegeln bei Documenten, welche zum öffentlichen Aushängen bestimmt sind	52	358
3. —	—	Wegen Einrichtung des Hypotheken-Wesens in der diesseitigen Ober-Laufsig	50	336
5. —	—	Wegen des in Breslau errichteten Gerichts-Amtes	52	358
VIII. Medicinal-Sachen.				
17. Febr. 1823.	29	Wegen den Modificationen bei Erhebung der Hebammen-Untersuchungs-Beiträge	9	71
4. April	52	Wegen des Fortgangs der Impfung und der den Impfarzten bewilligten Gratifikationen pro 1822.	17	128
7. —	51	Wegen Prüfung der Thierärzte	17	127
22. —	58	Wegen der seltenen körperlichen Verbildungen und monströsen Geburten	18	135
26. —	60	Die nöthigen Klagen bei Rettungs-Versuchen von Schweinestoten und was dahin gehöret betreffend	19	141
14. Mai	68	Wegen Aufnahme und Entlassung der Apotheker-Lehrlinge	20	149
31. —	85	Wegen der Entscheidung über Contraventionen gegen medicinal-polizeiliche Gesetze	24	173
24. Juni	95	Verbot des Karraz- und Ronatschen Geheimmittels gegen den tollen Hundebiß	26	187
24. —	100	Wegen des Haltens von Apotheker-Lehrlingen	27	193
27. Juli	113	Daß die Impfslisten statt den 1. November künftig den 1. October einzureichen sind, betreffend	31	220
23. Septbr.	138	Wegen Annahme von Eleven bei der Thier-Arzneischule zu Berlin	41	277
29. —	139	Die magnetischen Kuren betreffend	41	278

Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl.
27. October	153	Wegen Aufnahme der Jüglinge in die zu Breslau errichtete neue chirurgische Schule	45	309
4. Novbr.	154	Wegen der Veränderungen in der Apothekers-Laxe pro 1821/2.	46	313
18. —	163	Wegen des in der Klitnerschen Handlung zu Berlin erschienenen Giftbuchs	47	325
1. Decbr.	174	Empfehlung eines Ratten-Pulvers	52	357
IX. Militair-, Invaliden- und Vorspann-Sachen.				
31. Decbr. 1822.	—	Aufruf zur Anmeldung und Nachweisung aller aus den Jahren 1806. bis 1819. noch rückständigen Forderungen an die Servis- und Garnison-Administrationen	2 6	9 55
25. Januar 1823.	18	Wegen der in Glogau errichteten Commission zu Prüfung derer, welche ihrer Militair-Pflicht durch freiwilligen Chirurgen-Dienst genügen wollen.	6	48
26. —	17	Wegen Einsendung der Nachweisung von den besorgten invaliden Militair-Personen	6	48
6. Februar	23	Wegen der ermittelten Martin-Marktpreise pro 1822. als Vergütungssätze für das Jahr 1823.	7	57
9. —	26	Wegen Ertheilung der Bescheinigungen für die den marschirenden Truppen verabreichte Selbstsugung und den Vorspann	8	65
28. —	37	Wegen Anmeldung und Justificirung der Forderungen an rückständigen Servis- und Brodglöckern	11	91
9. März	35	Wegen der nachträglichen Liquidirung der Kinder-Versorgungsgelder für den Zeitraum vom 1. Novem- ber 1816. bis Ende December 1819.	11	86
4. April	45	Wegen Verspeisung der Landwehr-Truppen auf Mär- schen	15	109
30. —	65	Wegen der pro 1823. statt habenden militairischen tri- gonometrischen Vermessungen	19	146
1. Mai	66	Wegen Liquidirung der Holzgelder-Vergütungen für Soldatenfamilien aus frühern Jahren	19	146
7. —	67	Wegen der im Jahre 1823. für die Artillerie in Schle- sen angekauften Kanontopferde	20	149
16. —	67	Wegen Liquidirung der Servis- und Brodgelde-Rück- stände für Soldatenfamilien aus frühern Jahren	21	154
7. Juni	91	Wegen des Servis-Zuschusses für die zur Dienstleistung bei andern Truppentheilen commandirten Officiere	25	178

Datum der Verordnungen	Nummer der Verordnungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts	Seitenzahl
17. Juli	109	Wegen der Stempel- und Gebühren-Freiheit der den cantonspflichtigen Mannschaften auszusellenden Laufzeugnisse	30	213
13. August	114	Wegen des Eintritts der gelernten Jäger und Einreichung der Jäger-Listen	35	242
10. Septbr.	—	Den zur Einreichung der Schuld-Altteste über Lieferungs-Forderungen aus der französischen Militair-Verpflichtungs-Periode festgesetzten Präclations-Termin betreffend	39	269
18. —	132	Wegen Aufseinerung der Liquidationen über Serbis- und Vromgelderückstände	39	270
12. Novbr.	159	Wegen der Landwehr- und Pferdegestellungs-Angelegenheiten	47	318
X. Polizei-Sachen.				
17. Decbr. 1822.	4	Die Nachweisung von den im Monat November 1822. über die Grenze geschafften ausländischen Waga-bunden und Verbrecher	1	6
21. Decbr.	5	Wegen des Abraupens der Bäume in den Gärten und deren Umgebungen	2	11
7. Januar 1823.	10	Verbot an die Rade- und Stellmacher-Gewerke von andern Gewerken freigesprochene Gesellen auszu-schließen	4	29
21. Januar	21	Die Nachweisung der im Monat December 1822. über die Grenze geschafften ausländischen Waga-bunden und Verbrecher	6	50
22. —	16	Wegen der bei Privat-Theatern zu beobachtenden Grundsätze	5	42
16. Februar	27	Wegen der Gebühren der Advokaten	9	70
1. April	43	Wegen der jenseits der Elbe sich gebildeten Hagel-Scha-den-Assicuranz-Societät	14	106
10. —	50	Wegen Ertheilung von Reisepässen nach Frankreich	16	119
12. —	49	Wegen der Legitimationen, Behufs der Bewilligung freier Bader in Warmbrunn	16	118
17. —	59	Die Nachweisung der in den Monaten Februar und März 1823. über die Grenze geschafften ausländi-schen Waga-bunden und Verbrecher	18	136
18. —	56	Wegen der Gewichte von Cußeisen	18	134
26. —	61	Wegen Einfammlung milder Beiträge für die Abge-brannten zu Dels	19	143
17. Mai	78	Die Nachweisung der in dem Monate April 1823. über		

Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl.
	79	die Grenze geschafften ausländischen Vagabunden und Verbrecher betreffend	22	166
26. Mai	82	Das Scheibschießen auf dem Lande betreffend.	22	166
30. —	101	Wegen der Formulare zu den Reisepässen	23	170
21. Juni	118	Die Nachweisung der im Monat May über die Grenze geschafften Vagabunden und Verbrecher betreffend	27	196
18. Juli	125	Deßgleichen die für den Monat Junius 1823.	34	238
13. August	126	Wegen der Polizei-Estrafgelder	35	243
20. —	134	Wegen Rückgabe der von Kaiserl. Oesterreichischen Behörden an dortige Unterthanen erteilten Pässe.	35	244
19. Septbr.	136	Die Kosten der Verpflegung und Kur der auf der Wauerschaft erkrankten Handwerks-Gesellen betreffend	39	271
19. —	141	Wegen Einsammlung einer Haus-Collecte für die Abgebrannten zu Delß	40	276
23. —	149	Wegen Verhütung von Feuergefahren durch selbst entzündliche Dinge	42	286
22. Octbr.		Die Nachweisung der in den Monaten July, August und September 1823. über die Grenze geschafften ausländischen Vagabunden und Verbrecher	44	298
XI. Rechnungs- und Kassen-Sachen.				
25. Januar	—	Wegen eines zu Nordhausen zum Vorschein gekommenen falschen Braunschweig-Lüneburgischen Zehntharskrücks	7	53
31. —	19	Wegen Einreichung einer besondern Pieferschein-Rechnung, nämlich der ersten Periode des Edicts vom 3. Junius 1814.	6	40
31. —	20	Wegen der Nachtrags-Lieferungs-Schein-Rechnungen aus dem Zeitraume vom 1. Januar 1813. bis Ende Junius 1814.	6	49
3. März	—	Die Bekanntmachung der General-Direction der allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt, welche Zahlungen in dem Termin pro April 1823. statt finden werden	11	94
29. —	41	Wegen Verbreitung der neuen Scheidemünze	14	105
2. Juni	83	Wegen Auflösung des Königl. Schatz-Ministerii	23	171
10. —	—	Wegen Verifikation der die neuere Kriege-Schuld der Provinz Altmark betreffenden Papiere	25	189
22. —	—	Daß die neue Scheidemünze allgemein in Gebrauch kommen und die fremde Silber- und Kupferscheidmünze nach 6 Monaten nicht bloß außer Cours		

Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl.
		gesetzt, sondern auch ihre Einbringung verboten seyn soll, betreffend	34	233
21. Juli	—	Wegen des erbhhten Gold-Agios bei Verichtigung der Beiträge zur allgemeinen Wittwen-Kasse	33	229
30. Juli	114	Wegen des Gold-Agios bei den Beiträgen zur General-Wittwen-Kasse	32	226
4. Septbr.	—	Welche Zahlungen die General-Wittwen-Kasse am 1. October 1823. leisten wird, betreffend	38	261
5. —	—	Wegen des erbhhten Gold-Agios bei Verichtigung der Beiträge zur allgemeinen Wittwen-Kasse	37	257
5. —	—	Wegen Erhöhung des Gold-Agios bei den allgemeinen Wittwen-Kassen-Beiträgen	39	272
17. —	133	Wegen der in Beschlag genommenen nachgemachten oder verfälschten Münzen	39	271
16. Octbr.	—	Wegen Revision der Rechnungen aus der Vorzeit bis Ende December 1821	43	295
17. Novbr.	162	Wegen eines peremptorischen Termins zu Einsendung der Notaten-Beantwortungen	48	322
11. Decbr.	171	Wegen Einsendung der Gefälle von Käufen über und unter 1000 Gulden für die Zucht- und Armenhäuser	51	346
XII. Allgemeine Regierungssachen.				
31. Decbr.	1	Wegen Vertheilung der Amtsblätter pro 1823	1	5
6. Januar 1823.	8	Wegen das dem Regierungs-Bezirk Liegnitz für einen Schüler des Gewerbes-Instituts bewilligten Stipendii von 200 Rthlr.	3	17
6. —	9	Wegen der Theilnahme an dem Vereine zur Beförderung des Gartenbaues im Preussischen Staate	3	18
13. —	13	Wegen der Rückkehr preussischer Unterthanen von den Griechen	4	34
21. —	12	Wegen der Preussischen Haupt-Bibelgesellschaft	4	31
11. Februar	25	Wegen der für das Jahr 1823 im Regimentschen Departement errichteten Beschäl-Stationen	7	57
16. —	28	Wegen der abgelaufenen Patente auf neue Erfindungen.	9	70
18. —	30	Wegen der Censur der statistischen Schriften	9	71
21. —	31	Wegen Aufhebung oder Reorganisation der öffentlichen Schwankstätten für wolkene Waaren	9	71
27. —	33	Wegen Aufhebung der Luchschau zu Goldberg	10	78
27. —	34	Wegen Zulassung unehelicher Frauenpersonen zur Fertigung weiblicher Kleidungsstücke	10	79

Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl.
16. März	39	Wegen des erloschenen Patents des Dükler zu Berlin zu Anfertigung von Reißbreitern und Linialen	13	101
15. —	40	Wegen der vorjährigen National-Ausstellung und der beschaffigen Auszeichnungen	12	102
19. —	—	Aufforderung an alle Anwältinnen der aufgehobenen Frauenhilfen im Magdeburgischen Regierungsbezirk, sich wegen ihrer Ansprüche auf eine Prämie zu melden	17 18 19	219 139 147
26. —	47	Wegen Aufhebung der Tuchschau in Pöwenberg	15	141
28. —	44	Wegen des der jüdischen Gemeinde zu Koslau bewilligten Collecte	14	107
9. April	55	Wegen des Heimathrechts der Kinder, in Bezug auf das Königreich Sachsen	18	134
18. —	57	Aufforderung zur Theilnahme an der diesjährigen Kunst- und Gewerbe-Ausstellung zu Breslau	18	135
18. —	62	Wegen Aufhebung der Tuchschau-Anstalten zu Görlitz	19	144
26. —	63	Wegen Aufhebung derselben zu Egan	19	145
26. —	64	Wegen der Handwerker Zeichenschule zu Bunzlau	19	145
9. Mai	70	Wegen Aufhebung der Tuchschau-Anstalt zu Greiffenberg	21	155
11. —	71	Decreten der zu Pölkwitz	21	155
12. —	72	Decreten der zu Hannau	21	155
15. —	74	Wegen der vom Staats-Dienste auszuscheidenden Individuen, welche auf einheimischen oder auswärtigen Universitäten Mitglieder und Theilnehmern geheimer Verbindungen, Burschenschaften und anderer Antriebe gewesen sind	21	156
16. —	73	Wegen Aufhebung der Tuchschau-Anstalt zu Freistadt	21	156
27. —	83	Wegen eines in Berlin zu lesenden Collegii über das Bleichen und Färben	23	170
27. —	87	Wegen Aufhebung der Tuchschau-Anstalt zu Völkenshain	24	174
29. —	86	Wegen Auflösung der Tuchschau und der Tuchmachers-Innung zu Rothenburg a. d. D.	24	173
3. Juni	88	Wegen Ablauf des Patents des Optikus Winkler zu Berlin über die selbst-erfundene Fertigung eines Sechsecks	24	174
3. —	89	Wegen Ablauf des Patents des Oppenheim über das chemisch-bühliche Verfahren bei Fertigung latirter Aschafodekel	24	174
18. —	96	Wegen der einigen außerhalb der deutschen Bundesstaaten erschienen Schriften, erteilten Decrets-Erlaubniß	26	188

Datum der Ver- ordnung.	Nummer der Verordnung.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl.
7. Juli	107	Wegen Aufhebung der Tuchschau-Anstalt zu Hirschberg	29	211
7. —	108	Deßgleichen der zu Schlawa	29	211
7. —	110	Deßgleichen der zu Bunzlau	30	214
8. —	103	Wegen Bestätigung der Kreis-Verordneten in den drei Ober-Kaufmännischen Kreisen	28	202
8. —	106	Wegen der Dispensirung von Einfindung der Nach- weisung des Amtsblätter-Bedarfs für das 2. St- mesier	29	211
9. —	104	Wegen der neuen Organisation der Provinzial-Bibelge- sellschaft zu Liegnitz	28	202
16. —	111	Wegen Aufhebung der Tuchschau zu Elben	30	214
19. —	112	Wegen des Brennens der von Königl. Beschälern er- zeugten Hoblen	31	219
1. August	115	Wegen Dibirs-Erlaubniß der Zeitung-Boussole du commerce	33	230
8. —	117	Wegen Aufhebung der Tuchschau-Anstalt zu Jauer	34	238
8. —	119	Deßgleichen der zu Sprottau	34	239
8. —	—	Deßgleichen der zu Naumburg a. O.	35	241
8. —	120	Wegen des Fortbestehens der Tuchmacher Innung zu Rothenburg a. d. O.	35	241
8. —	121	Wegen Aufhebung der Tuchschau in Lauban	35	241
14. —	122	Deßgleichen der zu Grünberg	35	242
14. —	123	Deßgleichen der zu Beuthen a. d. O.	35	242
18. —	—	Wegen der neuen ständischen Einrichtung in der Mark Brandenburg und dem Markgrafthum Niederlausitz	37	253
20. Octbr.	117	Die Bestimmung, unter welcher die Bundes-Verlamm- lung nur Zeugnungen von Druckschriften annimmt betreffend	44	297
20. —	152	Wegen Bestreitung der Unterhaltungskosten in den Dienst- wohnungen der Staats-Beamten	45	305
24. —	148	Wegen der für die Instanzen = Notiz pro 1824 nach rückständigen Nachrichten	44	297
5. Novbr.	155	Wegen Versicherung gegen Feuergefahr bei Privat- Assicuranz-Anstalten	46	313
6. —	—	Wegen Beförderung der Dienstbriefe mit der Reispst	47	317
9. —	—	Aufforderung an diejenigen, welche Ansuchen an die in den Provinzen des vormaligen Königreichs West- phalen aufgehobenen Zünfte und Gewerke haben	50	338
14. —	158	Wegen der rückständigen Nachweisung des Bedarfs an Regierungs-Amtsblätter-Exemplaren pro 1824	47	317
25. —	—	Deßgleichen	50	338
29. —	164	Wegen Einsammlung freiwilliger Beiträge für das dem H. F. Franke in Halle zu errichtende Denkmal	49	326

Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl.
XIII. Staats-Schulden-Sachen.				
29. Novbr. 1822.	—	Wegen des dem Bauer und Gerichtskreiskämmerer Gottfried Schubert zu Doberschau abhanden gekommenen Staats-Schuldscheins	6	47
7. Decbr.	—	Wegen Verichtigung der Zinsen von den kurmärkischen landschaftlichen Obligationen	1	1
7. Januar 1823.	7	Wegen Ausreichung der Zins-Coupons-Series IV. auf Staats-Schuldscheine	2	13
14. —	11	Wegen der als mortificirt nachgewiesenen Staatspapiere	4	30
4. Februar	—	Wegen der zu befriedigenden Ansprüche der Staats-Bau-Gläubiger aus der französischen Verwaltungszeit	9	69
26. —	—	Wegen Umschreibung der Magdeburgischen Landes-Obligationen und zinslosen Scheine in Staats-Schuldscheine	10	77
18. März	—	Wegen allmählicher Tilgung der mit dem Herzogthum Sachsen auf Preußen übergegangenen Steuern und Kammer-Kredit-Kassen-Schulden	11	95
25. —	—	Bekanntmachung der in den beiden ersten Ziehungen der Prämien auf Staats-Schuldscheine herausgekommenen Nummern, welche nicht erhoben werden	17	125
1. April	42	Wegen Rückempfangnahme der Staats-Schuldscheine von der Regierung's-Haupt-Kasse	17	Extra-Beilage.
1. —	—	Bekanntmachung, welche Kammer-Kredit-Kassen-Scheine im Ofter-Termine 1823 realisirt werden sollen	14	106
1. —	—	Bekanntmachung, welche Steuer-Kredit-Kassen-Scheine im Ofter-Termine zur Realisation gelangen sollen	16	120
18. —	—	Wegen der stattgefundenen zehnten Verloosung der Central-Steuer-Obligationen	16	121
19. —	—	Wegen der in Merseburg statt gefundenen Verloosung der ehemals Königl. Sächsischen, jetzt Königl. Pr. Kammer-Kredit-Kassen-Scheine	19	146
19. —	—	Wegen Zahlung der Zinsen der kurmärkischen Obligationen für die Zeit vom 1. November 1822 bis 1. Mai 1823	20	150
23. —	—	Desgleichen, in Absicht der mit dem Herzogthum Sachsen auf Preußen übergegangenen Steuer-Kredits-Kassen-Scheine	21	153
1. Juni	—	Wegen Auszahlung der Zinsen von alten landschaftlichen und Städte-Kassen-Obligationen	20	151
			26	186

Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl.
3. Juni	—	Wegen Auszahlung der Zinsen von Staats-Schuldscheinen	26	185
7. —	—	Wegen der Zahlungen bei Veräußerung von Staats-Gütern oder bei Ablösungen von Dominial-Reuten u.	34	235
9. —	—	Wegen der fünften Ziehung der Staats-Schuldscheine-Prämien	25	177
13. —	92	Wegen Rückempfangnahme der Staats-Schuldscheine von der Reg. Haupt-Kasse	25	178
14. —	—	Wegen Umtausch der Königsberger Magistrats-, der sogenannten Benningfenschen und der Stadt-Obligationen, gegen Staats-Schuldscheine	27	193
14. —	—	Wegen Ablebens des Kontrolleur Krättschell bei der Kontrolle der Staats-Papiere	27	195
4. Juli	—	Wegen des unerhobenen Betrages von der am 1. Juli 1822 angefangenen dritten Ziehung der Staats-Schuldschein-Prämien.	31	217
21. —	—	Bekanntmachung der von der Commission zur Revision des Staats-Schulden-Rechnungswesens verbrannten Staatspapiere und Documente	32	225
1. August	116	Wegen Ausreichung der Zins-Coupons Series IV. zu den Staats-Schuldscheinen	33	230
5. —	—	Wegen Verification und Umschreibung der zu der neuen Kriegs-Schuld der Provinz Altmark gehörigen Papiere	34	234
7. —	—	Das Liquidations-Verfahren wegen der Verwaltungs-Ansprüche an das vormalige Königlich Westphalen und das Großherzogthum Berg betr.	34 36 40	235 249 273
22. Septbr.	—	Wegen der zu Merseburg statt gefundenen eilften Verloosung der Central-Steuer-Obligationen	41	280
23. —	—	Wegen der gleichfalls statt gefundenen Verloosung der Kammer-Kredit-Kassen-Scheine	41	281
4. October	—	Wegen Zahlung der Zinsen von den Kurmärkischen Obligationen für die Zeit vom 1. Mai bis 1. November 1823	43	293
9. —	—	Wegen der in Merseburg statt gefundenen Verloosung der mit dem Herzogthum Sachsen an Preußen übergegangenen Steuer-Kredit-Kassen-Scheine	44	303
4. Novbr.	—	Wegen der Kriegs-Schulden-Forderungen aus der Zeit des Herzogthums Warschau an die Departements Posen und Bromberg	46 48	315 323
8. —	—	Wegen Verwaltung des Kriegs-Schulden-Wesens der Provinzen Kurmark und Neumark	50	333

Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl.
22. Novbr.	—	Wegen Auszahlung der Zinsen von Neumarktschen Interimsscheinen	51	341
23. —	—	Wegen Auszahlung der Zinsen von alten landständischen und Städte-Kassen-Obligationen	51	341
26. —	—	Wegen Ausreichung von Zins-Coupons auf Ostpreussische Domainen-Pfandbriefe	52	355
4. Decbr.	172	Wegen Annahme der Zins-Coupons auf Kriegsschulden-Beiträge	51	346
6. —	—	Wegen der sechsten Ziehung der Staats-Schuldscheine-Premien	52	357
8. —	168	Wegen der mit dem 1. Januar 1823 verfallenden Zinsen von Staats-Schuld-Documenten	50	334
9. —	—	Wegen des Rechts Zinsen von Staats-Schuld-Documenten zu fordern, welche den 17. Januar 1820 verfallen waren	50	336
16. —	173	Wegen Auszahlung der Zinsen von Staats-Schuldscheinen	51	346
XIV. Städte = Sachsen.				
27. Februar 1823.	36	Wegen der pro 1823 zu leistenden Feuer-Societäts-Beiträge, Behufs Vergütung der Bombardements-Schäden aus den Krieges-Jahren 1804	11	87
26. Mai	77	General-Ausschreibung und Subrepartition der für Rechnung des Jahres 1823 noch Nachträglich liquidirten Feuer-Societäts-Beihilfsgebühren	22	162
1. Juni	94	Daß wegen der Verwaltung des Gemeinderathens der Stadt Lombar errichtete Statut betr.	25	179
24. —	95	Wegen Verichtigung eines Druckfehlers in dieser Verordnung	26	188
7. Juli	102	Die für das Jahr 1823 zu leistenden Feuer-Societäts-Beiträge, Behufs der Vergütung der Breslauer Bombardements-Schäden aus den Krieges-Jahren 1804 betreffend	28	201
10. Novbr.	156	Wegen der im laufenden Jahre vorgekommenen Veränderungen in dem Städte-Feuer-Societäts-Cassier	46	314
4. Decbr.	166	Wegen der jährlich einzureichenden Brand-Conifications-Rechnungen	50	333

Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnung.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl.
XV. Stempel- und Karten-Sachen.				
23. Decbr. 1822.	—	Daß es zu den beglaubigten Abschriften der Hypotheken-Beurtheilen keines Stempels bedarf betr.	1	6
24. Januar	—	Wegen Erhebung der Stempel-Lantieme	7	59
14. Februar	—	Wegen pflichtmäßiger Beachtung des Stempel-Gesetzes von Seiten der Gerichte	10	80
14. —	—	Wegen der Lantieme von den Stempeln zu Erkenntnissen in fiscalischen und Criminal-Untersuchungen	10	80
21. —	—	Wegen der Stempel zu den Erkenntnissen in den höhern Instanzen	12	98
15. April	53	Wegen Stempel-Freiheit der Straf-Resolute der Finanz- und Polizei-Beurtheilen zu ganz geringfügigen Sachen	17	129
13. Juni	93	Wegen Stempelung der Abbauschen Nachrichten	25	179
30. May	—	Wegen des Erbschafts-Stempels in Ehescheidungs-Prozessen	26	188
4. Septbr.	—	Wegen Gebrauchs des mit dem trockenen Prozeß-Stempel besonders bezeichneten Papiers	38	265
26. —	—	Wegen Stempelfreiheit der Wittwen in Erbfällen	42	289
26. —	—	Die Vergabungen vor Emanirung des neuen Stempelgesetzes vom 7. März 1822 betr.	42	290
26. —	—	Wegen des Stempelgebrauchs bei Substitutions-Vollmachten der Justiz-Commissarien	42	290
28. Novbr.	—	Wegen des Stempelgebrauchs bei Protocol-Äusfertigungen	52	358
10. Decbr.	175	Den Verbrauch des alten Stempel-Papiers betr.	52	357
XVI. Verordnungen der General-Commissionen.				
1. Januar 1823.	—	Wegen der den Extraposirenden zugestandenen Befugniß, sich da, wo sie sich nur 6 Stunden aufhalten, derselben Post zur Rückreise zu bedienen	7	60
—	—	Wegen der Porto-Freiheit in gutherrlichen und bänckerlichen Regulirungs- und Gemeintheilungs-Angelegenheiten	7	60
April	—	Anweisung an sämtliche Feldmesser im Geschäfts-Bereich der Königl. General-Commission zu Breslau,		

Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnung.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl.
25. Juli.	—	wegen persönlicher Bearbeitung der ihnen übertragenen Geschäfte . Wegen der den kleinen Leuten zustehenden Entschädigung für Hutung und Sichelgräberei im Fall sie auf Abbißung antragen .	16	119
20. Octbr.	—	Wegen der in dem Verwaltungs-Bezirk der Königl. General-Commission für Nieder-Schlesien vorgefallenen Personal-Veränderungen .	32	226
22. Novbr.	—	Bekanntmachung der General-Commission zu Breslau, die in deren Verwaltungs-Bezirk statt gehabten Ernennungen betreffend	44	302
			50	337

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

— No. 1. —

Liegnitz, den 4. Januar 1823.

Verordnungen der höchsten und höhern Staats-Behörden.

Durch die Bekanntmachung der Königlichen Ministerien des Innern und Publicandum. der Finanzen vom 31. October d. J.,

Amisblätter der Königl. Regierung zu Potsdam pro 1822. Seite 257, ist das Publikum davon unterrichtet worden, wie es in Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 17. December 1821. und 18. September 1822., mit der Regulirung des Krieges-Schulden-Wesens der Kurmark gehalten werden soll.

Die unterzeichnete Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden hat die danach zu ihrem Ressort gehörigen Angelegenheiten übernommen, und sind in das dabei vorgeschriebene Verhältniß zu ihr die mitunterscribtenen Deputirten der Kurmark eingetreten.

Der erste Gegenstand, welcher in Ordnung zu bringen ist, betrifft die von dem vormaligen Committee der Kurmärkischen Stände ausgegebenen Krieges-Schulden-Documente, welche in den hiesigen Börsen-Cours-Zetteln unter der Benennung: Kurmärkische landschaftliche Obligationen aufgeführt werden.

Nach der Allerhöchsten Bestimmung vom 17. December 1821., bleiben dieselben in ihrem gegenwärtigen Zustande unverändert, werden jedoch verifizirt, und wenn dabei nichts zu erinnern ist, gestempelt.

Von den mit denselben bereits ausgegebenen Zins-Coupons sollen

- a. die 19 ersten, welche die Zinsen bis 1. May 1818. umfassen, durch Ankauf bei der Börs, nach näher zu bestimmenden Grundsätzen, actig;
- b. die 9 letzten Coupons, welche die Zinsen vom 1. May 1818. bis 1. November 1822. umfassen, und mit den Nummern 13. 14. 15. 16 17. 18. 19. 20. und 21. versehen sind, baar eingelöstet;
- c. über die Zinsen vom 1. November 1822. ab gerechnet aber, nach bestimmten Abschnitten, von 4 zu 4 Jahren fortlaufende, halbjährlich im May und November zahlbare, Zins-Coupons ausgereicht und fünf-

sig 4. dergest an den darin bezeichneten Verfall-Tagen regelmäßig reu-
thiert werden.

Die Auszahlung der Zinsen bis zum 1. May 1821. ist bereits nach dem
Publicandum vom 16. April und 1. Juny d. J. erfolgt.

Die neuen Zins-Coupons für den Zeitraum vom 1. November 1822.
bis dahin 1826. sind in der Arbeit.

Die

- 1) Ausreichung derselben soll mit
- 2) der vorgeschriebenen Verification, und
- 3) der Auszahlung sämtlicher, seit dem 1. May 1821. fälligen,
so wie
- 4) der nicht abgehobenen Zinsen aus der Zeit vom 1. May 1818,
ab bis zum 1. May 1821. verbunden werden.

Die dabei Statt findende Ordnung ist folgende:

I. Gegen Auspändigung der Zins-Coupons No.

19. 20. und 21.

werden die Zinsen für die Zeit vom 1. May 1821. bis 1. November 1822.,
so wie die älteren nicht abgehobenen Zinsen aus der Zeit vom 1. May 1818.
bis 1. May 1821. gegen Extradtition der Zins-Coupons No.

13. 14. 15. 16. 17. und 18.

wie bisher, à 4 pro Cent, bei der Staats-Schulden-Eilzungs-Kasse, in ih-
rer dazu eingerichteten Abtheilung, Markgrafen-Strasse No. 46., vom
1. Februar 1823. ab, in den gewöhnlichen Vormittags-Stunden, baar aus-
gezahlt, und zwar auf die Obligationen

Litt. ACD am 1. und vom 3. bis 8. Februar,

— EFG — — — , 10. , 15. ,

— HIK — — — , 17. , 22. ,

— Lu.M — — — , 24. , 25. ,

— NOP am 1. und vom 3. bis 8. März,

— QRS — — — , 10. , 15. ,

— TUV

— W.X — — — , 17. , 22. ,

— YZAA — — — , 24. , 27. ,

außerdem aber während dieser ganzen Zeit hindurch auf die über Gold-Cap-
tallen sub Litt. B. und B.b. ausgefertigte Obligationen. Wer Zinsen von
mehreren Obligationen zu erheben hat, classificirt die Coupons

1) nach den Zahlungs-Terminen

2) und nach der Münz-Sorte

a) abgesondert für Gold, und

b) abgesondert für Courant,

und übergiebt dieselben mit einer für die Geschäftsführung erforderlichen,
genau aufsummirten Note.

Die

Die Zahlung des Goldes erfolgt in Courant, und wird das Aglo für jedesmal mit 4 Silbergroschen auf jeden Thaler, so weit es ohne Pfennige geschehen kann vergütet.

Auch ohne Rücksicht auf obige Reihenfolge, wird die Kasse, in so fern es die Concurrenz nur irgend gestattet, Zahlung leisten, in der Voraussetzung und in dem Vertrauen, daß durch diese Bereitwilligkeit weder unbillige Forderungen, noch ein die Geschäfte störender Andrang entstehen werde, um so mehr, als auch nach dem 27. März mit Auszahlung der Zinsen fortgefahren wird, an diejenigen, welche ihre Coupons früher zu realisiren, behindert seyn sollten.

II. Die Verifikationen der Obligationen, und die Ausreichung der neuen Coupons über die Zinsen vom 1. November 1822. bis 1. November 1826., so wie der etwa nicht abgehobenen älteren Zins, Coupons, geschieht bei der Kontrolle der Staats-Papiere.

Es werden daher alle Inhaber Kurmärkischer Obligationen hiermit aufgefordert, dieselben, vom 17. März 1823. ab, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, bei gedachter Kontrolle der Staats-Papiere, im Seehandlungs-Gebäude, Jäger-Strasse No 21., originaliter einzureichen, und zwar die Obligationen

Littera	ABBB	CDE	—	vom	17.	bis	22. März,
—	FGHI	—	—	—	24.	—	28. —
—	KLMN	—	—	—	1.	—	5. April,
—	OPQR	—	—	—	7.	—	12. —
—	STUV	—	—	—	14.	—	19. —
—	WXYZ	AA	—	—	21.	—	26. —

Den Obligationen wird eine besondere Note in duplo beigefügt, welche 1) abgesondert nach den Münz-Sorten, in Golde und abgesonderts in Courant,

2) das Datum, die Littera, Nummer und Valuta der Obligationen,

3) den Namen, Stand und die Wohnung des Inhabers

enthält. Gedruckte Formulare zu diesen Noten, werden bei der Kontrolle der Staats-Papiere unentgeltlich verabreicht, und können bei derselben schon gegenwärtig in Empfang genommen werden.

Steht der Verifikation nichts im Wege, so erfolgt dieselbe durch Aufdrückung eines Verifications-Stempels, und der Inhaber erhält bei Zurückgabe seiner Obligation die darauf abzustempelnden Coupons.

Die Kontrolle der Staats-Papiere wird sich bemühen, einen Jeden bei Einreichung seiner Obligationen, und in so fern es sich nach den Umständen vereinigen läßt, auch ohne Rücksicht auf die so eben bezeichnete Reihenfolge, abzufertigen. Sollte aber der Andrang der Geschäfte es nicht verünnen, oder der Präsentant nicht Zeit haben zu warten, so erhält derselbe das Duplikat seiner Note, mit einer darauf zu setzenden Empfangs-Bescheinigung, unter

unter Bestimmung des Tages, an welchem die Ausföndlung erfolgen wird.

III. Wer noch Interims-Scheine besitzt, ohne die dafür ausgesetzten Kurmärktischen Obligationen bisher abgehoben zu haben, kann die letzteren, nebst den dazu gehörigen Coupons, gegen Auslieferung der ersteren, ebenfalls in der Zeit vom 17. März 1823. abgerechnet, bei der Kontrolle der Staats-Papiere nachträglich in Empfang nehmen. Es wird dabei zugleich mit der vorgeschriebenen Verification verfahren, und ist in Ansehung dieses Geschäfts die Ordnung zu beobachten, welche die in den hiesigen Zeitungen, so wie in den Amtsblättern der Königl.ichen Regierungen zu Potsdam und Magdeburg aufgenommene Bekanntmachung vom 1. Juny 1822. enthält.

Das Publikum wird wiederholtentlich erinnert, diese Abhebung der Obligationen nicht zu versäumen, weil demnächst, zur Beendigung dieser Angelegenheit, ein Präklusiv-Termin ausgebracht werden muß.

Mit Ausreichung der Obligationen ad III. und der Zins-Coupons ad II. wird auch nach Ablauf der eben erwähnten, dazu bestimmten Tage fortgesetzt, bis der erste Zins-Coupon der auszugebenden neuen Series eingelöst ist.

Damit wird den 1. May 1823. der Anfang gemacht, und bis zum 15. Juny fortgesetzt, an diesem Tage aber sowohl die Zahlung der bis dahin restirenden Zinsen von Kurmärktischen Obligationen, und die Extrablition der Coupons bis zum nächsten Zinszahlungs-Termine, als auch die Ausreichung der Obligationen gegen Interims-Scheine geschlossen.

Da die mit diesen Geschäften beauftragten Beamten nicht im Stande sind, sich über ihre hier bezeichnete Amtesverrichtung mit irgend Jemand in Briefwechsel einzulassen, oder gar mit Uebersendung, sey es von Zinsen, Obligationen oder Coupons, zu befassen: so haben sie die Anweisung erhalten, alle dergleichen an sie gelangenden Anträge, nebst den dabei überkommenen Papieren, ablehnend zurückgehen zu lassen, und eben dies muß geschehen, wenn Gesuche dieser Art, an die unterzeichnete Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden gerichtet werden sollten.

Berlin, den 7. December 1822.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

(gez.) Rocher. v. d. Schulenburg. v. Schöge. Weillg. Deeg.

Deputirte der Kurmark.

v. Köpken. v. Bredow.

Verordnungen der Königl. Preussischen Regierung.

Den Herren Landräthen und den Magisträten Unserer Regierung Bezugs gereicht auf die Uns eingereichten Nachweisungen von dem erforderlichen Bedarf des Regierungs-Amtsblatts pro 1823. zur Nachricht: daß Externe die für die landrätlichen Gemeinden und die in selbigen befindlichen Schenk-, Wirtsch-, und Letztere die für die städtischen Gast-, Caffee-, Wein-, Bier- und Brantwein-Schenk-, Wirtsch bedürftenden Exemplare, wie zehrer geschehen, bei den betreffenden Königl. Post- und respective Post-Wärtern: Anzeigen, in Empfang nehmen können.

No. 1.
Die Vertheilung der
Amtsblätter pro
1823. betreffend.

Königl. dem 31. December 1822.

Königl. Preuss. Regierung.

I. No. 1686. Decr. c.

Es ist beschlossen worden, den Hausirhandel mit Papier künftig nicht mehr zu gestatten, wieweil bei der großen Anzahl der ländlichen Krämereten, welche sämmtlich diesen Artikel führen, auch der Dorfbewohner denselben sich leicht verschaffen kann, und jeder Hausirverkehr aus postlichen Gründen beschränkt werden muß, welcher nur den Nutzen des Unternehmers beabsichtigt, ohne durch den Vortheil des Publikus die damit verbundenen Nachtheile zu vergüten.

No. 2.
Wegen Untersagung
des Hausir-Handels
mit Papier.

Dem gemäß wird vom 1. Januar 1823. ab kein Hausirscheln zum Papierhandel mehr erteilt werden.

Königl. dem 21. December 1822.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.

II. C. 429. Novbr. c.

Kaufleute oder Fabrikanten des Preussischen Staats, welche bei dem erschwerten Absatz Preussischer Wollenfabrikate nach China durch Ausland, nach Canton zu handeln beabsichtigen, und sich durch eigene Ansicht von der Waare zu überzeugen wünschen, die auf den dortigen Markt kommt, zugleich aber von ihrer Verpackung Kenntniss nehmen wollen, können sich deshalb persönlich an den Herrn Geheimen Ober-Finanz-Rath Deutsch dieselbst wenden, der ihnen dazu bis zum 1. Aug. l. J. Gelegenheit und nähere Auskunft geben wird. Berlin, dem 14. December 1822.

No. 3.
Weilen der in Canton
zu veräußlichen
Lacke.

Ministerium des Handels und der Gewerbe.

Staf von Bülow.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch angeordnet, maassen zur öffentlichen Kunde gebracht. Königl. dem 22. December 1822.

Königl. Preussische Regierung. Zweite Abtheilung.

II. C. No. 37. R. Decr. c.

No.

No. 4. Nachweisung der unter dem Verbot der Rückkehr und unter Androhung ausländischen Vagabunden und Verbrecher

No.	Name, Stand und Heimaths, Ort.	Religion.	Personal.							
			Alter.	Grö. ße.	Haare.	Stirn.	Augen- brau- nen.	Augen.	Nase.	
1	Der Dienstknecht Franz Wolff, aus Dun- kensthal . . .	katholisch	24	5	4	braun	gewöhnl.	braun	grau	gewöhnl.
2	Der Webergeselle Anton Burghard, aus Lauterbach . .	besgl.	22	5	—	blond	rund	blond	blau	gewöhnl.
3	Johanna Effenberg, aus Lisdorf . .	besgl.	15	4	8	—	bedeckt	—	grau	gewöhnl.
4	Maria Anna Augstin, aus Carolinthal, deren Tochter	—	54	5	—	braun	frei	blond	braun	klein
5	Maria Anna Augstin, aus Carolinthal .	—	18	5	—	—	—	dunkel	grau	—
6	Theresia Hahn, aus Eichberg . .	—	26	5	2	blond	frei	blond	grau	gewöhnl.
—	deren Stiefschwester Veronica Deukert, eben dazü . .	—	8	—	—	schwarz	—	schwarz	—	gewöhnl.

Elegniz, den 17. December 1822.

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

Daf es zu den be-
glaubigten Abschrif-
ten der Hypotheken-
Verheiden keine
Stempel bedarf,
betroffend.

Auf den Grund eines von der Königl. Verwaltung der Steuern im
höhen Finanz-Ministerio vom 2. September d. J. erlassenen Decretes bedarf
es keines Stempels zu den beglaubigten Abschriften der Hypotheken-Verhe-
den, welche zu den Grundtaxen genommen werden, weil dergleichen Ausfer-
tign.

zweijähriger Festungs- oder Büchsenhaus-Strafe über die Grenze geschafften
für den Monat November 1822.

Beschreibung.

Mund.	Ähren.	Haut.	Kinn.	Gesicht.	Gesichts- farbe.	Statur.	Beson- dere Kenne- zeichen.	Wohn- geschäfte? nach	Bemerk- ungen.
gewöhnl.	schlecht	braun	oval	oval	gesund	mittler	an der lin- ken Hand fehlt am Zeigefin- ger ein Stück	Böhmen.	
gewöhnl.	—	blond	rund	—	—	—	keine	desgl.	
gewöhnl.	gut	—	oval	oval	gesund	schlank	pocken- narbig	desgl.	
gewöhnl.	schlecht	—	rund	—	bläß	—	keine	desgl.	
—	gut	—	rund	oval	gesund	unter- seht	keine	desgl.	
gewöhnl.	fehlt einer	—	oval	rund	—	—	geschwäch- t	desgl.	
gewöhnl.	gut	—	—	—	—	schwach	keine	desgl.	

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

zungen nur die Erhaltung der Hypothekenordnung bezwecken, welches zur
Befolgung den sämtlichen Untergerichten des hiesigen Ressorts bekannt
gemacht wird. Ologau, den 23. December 1822.

Königl. Preuss. Ober-Landesgericht von Nieder-
Schlesien und der Lausitz.

Per:

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Der Wundoritz Hecker zu Lauban erhielt die Approbation als Geburtshelfer.

Der Schuf-Adjutant Jömer zu Arnsdorf, ward evangellischer Schullehrer zu Steinfelsen, Hirschbergischen Kreises, und der Seminarist Darsch evangellischer Schullehrer zu Groß-Setten, Saganischen Kreises.

Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

Die von den Einsatzen des Saganischen Kreises dem Königl. sächsischen Landwehr-Etats-Stiftungs-Fonds geschenkte Summe betreffend.

Veranlaßt durch den Landrath Saganischen Kreises, von Elal, haben mehrere Domänen und Gemeinnden dieses Kreises ihren Antheil, an den ihnen vom Staat zurückerstatteten Zuschußgeldern zur Normal-Vergütung für die, Behufs des Feldzuges von 1815, vom Kreise gelieferten Pferde, als ein freiwilliges Geschenk dem Königl. sächsischen Landwehr-Etats-Stiftungs-Fonds überwiesen, wodurch dieser Fonds einen Zuwachs von 51 Rthl. 4 Sgr. 8 Pf. erhalten hat, dessen Zinsen nach Maßgabe der Allerhöchst bestätigten Stiftungs-Urkunde zur Unterstützung der in den letzten Kriegen invalide gewordenen Landwehrmännern verwendet werden sollen.

Indem Wir diese Handlung der Wohlthätigkeit und Vaterlandsiebe hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringen, äußern Wir allen, welche zu jenem Geschenk beigetragen haben, hierdurch den ihnen gebührenden Dank.
Ereigniß, den 19. December 1822.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 1.)

Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Regniß.

No. 2.

Regniß, den 11. Januar 1823.

Verordnungen der höchsten und höhern Staats-Behörden.

Die Königs Maj:stät haben mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 20. August d. J. zu bestimmen geruht, daß zur Annulirung und Nachweisung aller aus den Jahren 1806. bis 1822. nach rückständigen Forderungen an die Servis- und Garnison-Administration in öffentlich. Auftruf erlassenen und darin eine präklusivische Frist von 6. Monaten festg. stellt werde, nach deren Ablauf alle weiteren Ansprüche dieser Art für erloschen zu erklären seien.

Publicandum

Die in diese Kategorie gehörenden Ansprüche betreffen:

- 1) die Servis- und Prodigelder für die Soldaten, Frauen und Kinder, vom 1. November 1806. bis ult. März 1810.;
- 2) die Servis-, Holz- und Prodigelder für die Soldaten, Frauen und Kinder, vom 1. April 1810. bis ult. December 1819.;
- 3) alle sonstigen Ansprüche aus der Servis- und Garnison-Verwaltung, hinsichtlich der Periode bis ult. März 1810. und vom 1. April 1810. bis ult. December 1819.

Eine gleiche präklusivische Frist ist endlich

- 4) hinsichtlich der Kinder, Pflegegelder aus der Periode vom 1. November 1806. bis ult. December 1819. bestimmt worden.

Indem dieser Allerhöchste Befehl hierdurch zur öffentlichen Kunde gebracht wird, werden gleichzeitig alle Interessenten, event. deren Erben, welche noch unentrichtete Forderungen von der einen oder andern der bezeichneten Kategorien, nach Massgabe der darüber organischen Gesetze, Vorschriften und Bestimmungen, und mit Rücksicht auf die Termine, von wo ab die gedachten Leistungen in den wieder vereinigten und neuen Provinzen fällig waren, oder begonnen hatten, zu haben vernehmen, hiermit aufgefordert, ihre Liquidationen und Legitimationen innerhalb d. r. oben demerckten Frist, vom Datum ersten Bekanntmachung dieses Publicandi an gerechnet, zur Prüfung vorzulegen.

B

Seit

Feststellung angemeldet, mit der Verwarnung, daß nach Ablauf der bestimmten präscriptivischen Frist, alle weitere Ansprüche, ohne Rücksicht darauf, ob solche früher schon irgendwo angemeldet worden, ohne Weiteres und ohne Ausnahme für immer erlöschen.

Die Ansprüche aus den ad 1. 2. und 3. gedachten Kategorien werden bei den betreffenden künftigen Regierungen, und die ad 4. gedachten Kinder-Pflegegeelder bei den Intendanturen der resp. königlichen General-Commandos angemeldet.

Zur Begründung der Ansprüche auf Kinder-Pflegegeelder sind folgende Duplikatorien nöthig:

- 1) die Trau- und Copulations-Scheine der Eltern;
- 2) die Taufscheine der Kinder;
- 3) ein Attest des betreffenden Truppentheils, daß der Vater der Kinder in der Zeit, welche der Rückstand umfaßt, sich stets im activen Militair-Dienst befunden, und daß er in dieser Zeit das Kinder-Pflegegeld nicht erhalten habe; oder daß er im Laufe des Krieges vor dem Zeiträume geblieben, oder sonst im Dienste verstorben sey.
- 4) Ein dergleichen Attest, daß die Kinder das Pflegegeld und bis zu welchem Monat bezogen haben.
- 5) Ein Attest, daß die Kinder in der Zeit der Rückstands-Periode sich stets in der Garnison des Vaters aufgehalten, am Leben befunden, und das Pflegegeld auch von der Orts-Behörde nicht erhalten haben; im Fall sie aber in der Zeit verstorben sind, ist ein Todtenschein beizufügen; und
- 6) Ein Dürftigkeits Attest.

Die Liquidationen hierüber müssen in duplo eingereicht werden und folgende Rubriken enthalten:

- 1) Vor- und Name des Vaters,
- 2) Truppentheil, bei dem derselbe in der Zeit des Rückstandes diente,
- 3) Namen der Kinder, welche schon früher im Genuß der Kinder-Pflegegeelder gewesen,
- 4) Geburtstag und Jahr derselben,
- 5) Das Pflegegeld ist früher gezahlt bis,
- 6) Zeit, für welche der Rückstand liquidirt wird,
- 7) Betrag der Forderung.

Für Kinder, welche früher noch nicht im Genuß einer solchen Unterstützung gewesen sind, darf auch kein Rückstand liquidirt werden. Solche ungegründete Ansprüche, so wie diejenigen Forderungen, welche nicht in der

vorhandenen Art justifiziert erscheinen, werden die Königl. Intendanten ohne Weiteres zurückschicken.

Bezka, den 31. October 1822.

Der Minister des Innern.

Der Minister des Schatzes.

Schudmann.

Portum.

Der Minister der Finanzen.

Der Kriegs-Minister.

Kiewitz.

Hale.

Verordnungen der Königl. Liegnitzschen Regierung.

Ohnachtet der durch das Amtsblatt unter dem 26. Februar 1812, den 26. Novbr. 1812. und den 10. März 1813. bekannt gemachten Verordnungen: No. 5.
Das Abraupen der Bäume betreffend.

das Abraupen der Bäume in den Gärten und deren Umgebungen betreffend,

haben Wir doch missfällig vernommen, daß solches nur theilweise und oberflächlich geschieht, auch wohl ganz unterbleibe.

Dieser für das allgemeine Beste so wohlthätigen Vorschrift muß durchaus für diesen Winter bis ult. Januar l. J. Genüge geschehn; und werden die Herren Landräthe, Polizei-Dirigenten, Commissarien, Magisträte und Dorf-Vorsteher hierdurch angewiesen: das Abraupen der Bäume nach den nachstehenden, bereits durch das Amtsblatt unterm 26. November 1812. bekannt gemachten Bestimmungen, ohnfehlbar auch für die Folge bewirken zu lassen. Auch haben Erstere den Erndt-armen aufzugeben, auf die Befolgung dieser Vorschrift genau zu achten.

- 1) Jeder Eigenthümer von Obstbäumen, sie stehen in Gärten oder in Alleen, auf dem Lande oder in den Städten, ist verpflichtet, alljährlich das Abraupen bis Ausgangs des Monats December genügend zu besorgen.
- 2) Um sich der Befolgung zu vergewissern, haben in den Städten die Magisträte, durch ihre mit der Polizei-Verwaltung zunächst beauftragten Offizianten, auf dem Lande aber die Gutsbesitzer, durch ihre Beamten und die Dorfgemeinden, in den ersten Tagen des Monats Januar alle Gärten und Alleen, in soviel von deren Eigenthümern nicht bekannt ist, daß es eines Aufrufs zur Pflege seiner Bäume bedürftig bedarf, revidiren zu lassen: ob auch das Abraupen überall gehörig bewirkt worden.
- 3) Wo sich dann Verabsäumung findet, ist der Eigenthümer zur Nachholung des Abraupens binnen einer kurzen Frist, unter der Bedrohung anzuweisen, daß nach unbenütztem Ablauf dieser Frist solches auf seine Kosten durch gedungene Arbeiter veranlaßt, und der Kosten,

Betrug von ihm ohne weiteres belagert werden würde, und ist die-
fer Beschöpfung gemäß zu verfahren.

- 4) Bei wilden Bäumen und Dornhecken, in einer solchen Nähe der Dor-
fer auf Viehwegen oder Aengern, daß deren Verbreitung der Raupen-
brut zu besorgen, und bei denen es nicht klar ist, wer als Eigenthümer
das Abraupen derselben zu bewirken habe, muß das Abraupen zum
Gemeinde-Dienst gewiesen werden.

Bei dieser Gelegenheit bringen Wir in Erinnerung, was unterm 22. No-
vember 1786, wegen der Verfahrungs Art zu Abraupung der Bäume an
sämmliche Landräthe des Departements erlassen worden. Nach Maßgabe
derselben muß

- a) für die Gesundheit der Bäume vor allen Dingen gesorgt werden, wess
die Erfahrung lehrt, daß ein kränklicher Baum vorzüglich Raupen-
neste heget;
b) der ganz Baum im Herbst mit einem Baumkräger, oder mit einem
stumpfen Messer sorgfältig von Moos gereinigt werden. Vor allen
Dingen müssen mit einem solchen Kräger die Eispfahle der Bäume
gereinigt werden; denn sie sind gewöhnlich das Lager der Brut bis zu
ihrer Zeitigung.

Königsb., den 21. December 1822.

Königl. Preussische Regierung. Erste Abtheilung.

I. No. 1301. Decr.

No. 6.

Die Unterführung
der Steuer-Beamten
bei der Hinterwei-
bung von Steuern
Verbrechen, betr.

Die Zoll- und Verbrauchssteuer-Ordnung vom 26. Mai 1818. (Seite
107 — 139. der Gesetz-Sammlung von 1818.) enthält unter andern folgende
Bestimmungen:

§ 13. Polizei- und Forstämter werden hierdurch ausdrücklich ver-
pflichtet, die Grenzbesetzung rechtig zu unterstützen. Sie haben insbeson-
dere Verletzungen der Steuer-Gesetze, welche bei Ausübung ihres Dienstes zu
ihrer Kenntniß kommen, nicht zu hindern, und auf jeden Fall zur nö-
thigen Untersuchung so leicht anzuhelfen."

Um dieser Verpflichtung vollständig zu genügen, haben sie die Befug-
niß, bei erheblichem Verdachte, daß eine Verletzung der Steuer-Gesetze
beabsichtigt werde, Personen und Waaren, in so weit anzuhalten, als die-
ses den Grenz-Ausscheidern selbst gestattet ist. Sie müssen jedoch entweder
in ihrer Uniform gekleidet, oder durch ihre Bekleidungen, oder durch Brust-
Schilde sich so gleich zu legitimiren im Stande seyn."

§ 19. "Wer von einem Verbrechen, wodurch die Staats-Einkünfte,
seien es durch Einfuhr oder Ausfuhr verbotener Waaren, oder durch Ent-
ziehung der Gefälle einer erheblichen Gefahr ausgesetzt worden, vor der
Ausführung Wissenschaft erhält, ist schuldig, das Verbrechen durch An-

zeige

„setze bei der Obrigkeit, oder Benachrichtigung des nächsten Zoll- oder Steuer-Amtes zu verhindern.“

„Fehle es ihm an Zeit und Gelegenheit, das Verbrechen durch obrigkeitliche Hülfen oder durch Benachrichtigung der Steuer-Behörden zu hintertreiben; so muß er selbst, so weit es ohne eigene, oder eines Dritten erhebliche Gefahr geschehen kann, dasselbe zu hintertreiben bemüht seyn.“

„Wer das Verbrechen auf vorgeschriebene Art zu hindern unterläßt, ist, wenn er überführt werden kann, davon zuverlässige Kunde gehabt zu haben, nicht nur zum Schaden-Ersatze verbunden, sondern er muß auch, nach Verhältnis seiner Pöshheit oder Zählbarkeit, bestraft werden.“

Diese Vorschriften werden, besonders den unweit der Landesgrenzen befindlichen Orts-Obrigkeiten, hierdurch in Erinnerung gebracht, und zwar mit der Aufforderung, danach sich genau zu achten, und die den Steuer-Beamten, zur Hintertreibung von Steuer-Verbrechen nöthige polizeiliche Hülfen, vornehmlich bei vorfallenden Gewaltthätigkeiten, bei Verfolgung der Thäter, bei Aufhebung ganzer Banden u. s. w., jederzeit pünktlich und willig zu leisten. **Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.**

I. P. No. 66. Septbr. c.

Den Inhabern von Staats-Schuld-Scheinen gereicht hierdurch, mit Bezug auf die im 52ten Stück des vorjährigen Amtsblatts sub No. 176. enthaltene Bekanntmachung der Königl. Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden vom 30. November 1822., die Ausreichung der neuen Zins-Coupons Series IV. betreffend, zur Nachricht: daß ihre Staats-Schuld-Scheine, unter Beachtung der in eben-erwähnter Bekanntmachung gegebenen Vorschriften, auch an die nächsten Königl. Kreis-Steuer-Kassen, zur weiteren Verfertigung an die hiesige Haupt-Kasse, eingereicht werden können. Die Königl. Kreis-Steuer-Kassen werden hierdurch angewiesen, die in Folge dieser Bestimmung bei ihnen eingereichten Staats-Schuld-Scheine, unter Verfertigung einer Designation, aus welcher Littera, Nummer, Valuta, auch Name und Stand des Präsentanten, so wie die Wohnung desselben hervorgeht, von 14 zu 14 Tagen, an die hiesige Regierungs-Haupt-Kasse einzusenden. **Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.**

ad No. 359. pro Januar 1823. II. F.

No. 7.
Bogen Ausreichung
der Zins-Coupons
Series IV. auf
Staats-Schuld-
Scheine.

Der

Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

Gelehrtenkreise:
Erzählungen.

Der zu Groß-Baudis verstorbene Freikauer, Oute, Auszügler Johann Gottfried Freise, hat der dasigen evangelischen Kirche und Schule ein Vermächtniß von 100 Rthlr. ausgeführt, und der verstorbene Kantessdörfer von Schweinß auf Nieder-Adelsdorf den Armen daselbst ein Legat von 100 Rthlr. vermacht. Der Auszügler Gottlieb Scholz zu Seichau, hat der dasigen evangelischen Kirche nicht 30, sondern nur 20 Rthlr., dagegen der Gärtner Gottlieb Löschke eben dieser Kirche 10 Rthlr. geschenkt.

Historische Nachrichten aus dem Königl. sächsischen Regierungs-Departement für den Monat December 1822.

Hohes Alter.

Am 18. starb im Hospital zu Hagnau der gewesene Tuchmacher George Hübel im 93ten Jahre seines Lebens, aus Alters, Schwäche, und am 14. endigte zu Alt-Schönnau der älteste Einwohner des Dorfs Johann Gottfried Ischenschner im 88ten Jahre sein Leben.

Einfluß der Witterung.

Die trockene Witterung und der eingetretene starke Frost erregen große Besorgnisse, wegen Mangel an Wasser. In verschiedenen Gegenden, und besonders im Gebirge, ist wirklich schon Wassermangel eingetreten; die kleinen Mühlen stehen bereits, und an mehreren Orten des Schönauschen Kreises ist so wenig Wasser, daß man kaum das Vieh gehörig tränken kann.

Der Wasserstand in der Ober ist klein geblieben; vom 17. bis 19. ging das Grund-Eis, seit dem 20. steht die Ober, und man kann sie zu Fuß und Wagen passieren.

Kirchen, und Schul-Wesen.

Der Hof- und Waffenschmied Christian Friedrich Weinholz zu Hohenlebensthal hat am 10. November v. J. der dasigen evangelischen Kirche ein Geschenk von 100 Rthlrn. gemacht, aus Dankbarkeit für die besonderen Wohlthaten und Segnungen, mit welchen Gott seine Vorfahren und ihn gewürdigt hat; denn an genanntem Tage waren es gerade 100 Jahre, daß seine Vorfahren sich in Hohenlebensthal angesiedelt hatten. Ein schöner Zug eines dankbaren Gemüths!

Der Dominikal-Besitzer und Kirchen-Patron, Ober-Amtmann Köber, hat der evangelischen Kirche zu Rothenburg 3 große gläserne Kron-Leuchter geschenkt; die Kirch-Gemeine selbst aber hat die übrigen Kosten zusammengebracht, um diese Leuchter an zierlich und dauerhaft gefertigten Ketten hängen zu beschicken.

Amtes- und Jubiläum.

Am 8. December feierte der evangelische Pastor Gottfried Bischoff zu Archwitz sein fünfzigjähriges Amtes-Jubiläum. Am 7. December 1772. wurde

wurde derselbe Officieller Lehrer und Inspecter der Friedr. Schule zu Breßlau, den 21. März 1777. Prorektor am Gymnasium zu Schneidnitz, den 4. September 1792. Feldprediger des dort garnisontirenden Regiments von Steinhewer, und im Jahre 1799. Pastor zu Parchwitz. Dieser wackere ehrenwürdige, bekante 82jährige, sehr würdige Greis hat in allen diesen Berufs-Verhältnissen mit rühmlicher Thätigkeit gewirkt.

Verdienstliche Handlungen.

Die zu Goldberg verstorbene Wittwe des vormaligen Stadt-Rochs Marsch, Maria Elisabeth geborne Weber, hat der evangelischen Kirch-Kasse daselbst 10 Rthlr.; zu Anschaffung von Schulbüchern für arme Schulkinder 10 Rthlr., und an die städtische Armen-Kasse 10 Rthlr. vermacht.

Unglücksfälle und Selbstmorde.

Selbst gemordet haben sich 8 Personen. Zwei Kinder starben in Folge vernachlässigter Aufsicht. Außer diesen starben 4 Personen eines unnatürlichen Todes.

Feuersbrünste.

Am 23. November v. J. wurde zu Küpper, Sprottau'schen Kreises, eine Häuserstelle; in der Nacht vom 26. zum 27. November zu Löwenberg die vorstädtische Alledermühle, die davon bloß durch den Mühl-Graben getrennte Weißgerber-Wasse und die daran stoßende sogenannte Hartscher Mühle, und in der Nacht vom 28. zum 29. zu Hirschberg die Scheune, die Stallungen und der Schuppen eines Vorwerks in der äußersten Schilbauer Gasse eingeäschert. Beim letzten Brande findet der Wiedacher boshafter Anlegung Statt.

Zu Werschwitz, Klegnis'schen Kreises, brannten am 3. d. M. 2 Gärtner-stellen; in der heiligen Bauergasse am 4. das Wohnhaus, die Stallgebäude und die Wagenremise des Kahl'schen Vorwerks, wobei über 100 Schaafe verbrannten, und zu Liebenitz, Freystädt'schen Kreises, am 16. drei Kuchener-Stellen und eine Bauer-Wahrung mit allen ihren Wohn- und Wirtschaft's-Gebäuden, die zur Pfarr-Wiedemuth gehörige Scheune, und vom herrschaftlichen Vorwerk das Schäfer- und Glinde-Haus, der Schaaf- und Kuhstall und 2 Scheunen, nachtheilich durch Verwahrlosung, ab.

In der Nacht vom 17. zum 18. December gingen zu Straupitz, Hirschberg'schen Kreises, die Wohngebäude nebst Stallungen eines Bauer-Guts; am 20. zu Leßendorf, Freystädt'schen Kreises, das herrschaftliche Orangerie-Haus, dieses nachtheilich durch boshafte Anlegung, und am 23. zu Reudorf, Klegnis'schen Kreises, das Wohnhaus und die Stall- und Scheunen-Gebäude einer Dreschgärtnerei, Stelle in Flammen auf.

Ferner gingen am 1. December zu Neuhaus, Laubanschen Kreises, 10 Häuserstellen durch Brand verloren.

Außer diesen Unglücksfällen droheten noch mehrere Brände durch boshafte Anlegung, die aber glücklicher Weise noch zur rechten Zeit entdeckt und ver-

hien

finden wurden, als: zu Rerschwitz und Pöhlitz, Kirschnischen, und zu Egelzdorf, Edwienbergischen Kreises. Dicht inader wurden an mehreren Oeten Brandstele gefunden, deren Verfasser und Ausreuer aber noch nicht entdeckt worden sind. Riegnitz, den 1. Januar 1823.

Königl. Preuss. Regierung Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Die Ergänzungs-Klasse des 2ten Bataillons meines unterstehenden Regiments, namentlich Se. Durchlaucht der Herr Prinz J. Friedrich von Schönaich-Carolath auf Saabor, haben d. m. l. b. zur Beschaffung von Epauletten-Decorationen neuerdings bedeutende freiwillige Beiträge offerirt.

Ob ich gleich von diesem abermahligen — an früherer sich a. reichenden — Beweise der Theilnahme für das Institut der Landwehr, der höhern Bede: de besondere Anzeige gemacht habe, so kann ich doch nicht umhin, selbigen auch von meiner Seite öffentlich anzuerkennen, und dafür allen denjenigen, welche zu jenem Zweck beigetragen, besonders aber denen Herren Landrathen für Ihre gütige Mitwirkung, meinen herzlichsten und verbundensten Dank hier, mit auszudrücken.

Freystadt, den 31. December 1822.

Köthn Gassl,

Obriß, Leutnant und Commandeur des 1sten Land-
weh-Regiments.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 2.)

Die unterstehende Bekanntmachung ist zu dem Ende ausgedruckt worden, um dieselbe in der öffentlichen Anzeiger No. 2. zu veröffentlichen. Die unterstehende Bekanntmachung ist zu dem Ende ausgedruckt worden, um dieselbe in der öffentlichen Anzeiger No. 2. zu veröffentlichen. Die unterstehende Bekanntmachung ist zu dem Ende ausgedruckt worden, um dieselbe in der öffentlichen Anzeiger No. 2. zu veröffentlichen.

A m t s - B l a t t

Der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 3.

Liegnitz, den 18. Januar 1823.

Verordnungen der Königl. Liegnitzschen Regierung.

Des Herrn Staats-Ministers für Gewerbe, Handel und Baurewesen, Grafen von Bülow Erlaß, haben die in 1791 Rthr. 22 Sgr. 6 Pf. bestehende Einnahme von der Ausstellung väterländischer Fabrikate zu Stipendien für Schüler des Gewerbe-Instituts zu Berlin bestimmt, und dem Regierungs-Bezirk Liegnitz, wegen der an jener Ausstellung bewiesenen Theilnahme, ein Stipendium von 200 Rthr. zuerkannt, auch die Zusicherung ertheilt, daß der Zuschuß von 100 Rthr., welcher erforderlich seyn dürfte, diesen Schülern den andern Schülern gleich zu stellen, aus den gewerblichen Fonds werde bewilliget werden.

No. 3.
Wegen des dem
Regierungs-Bezirk
Liegnitz für einen
Schüler des Gewer-
be-Instituts bewillig-
ten Stipendii von
200 Rthr.

Das Publikum wird davon in Kenntniß gesetzt, mit dem Aufrufe an diejenigen, welche von dem verheißenen Beneficio Gebrauch zu machen wünschen, sich resp. durch die Magisträte und Landräthe bei Uns anzumelden, und ihren Lebenslauf — angehend ihre Familien-Verhältnisse und Bildungslage — den genannten Behörden zur weiteren Veranlassung zu überreichen.

Den Herren Landräthen und Magisträten wird hierdurch aufgetragen, zuverlässig dafür zu sorgen, daß diejenigen, deren Eedne geneigt und geschickt seyn könnten, an dem Unterrichte in der Gewerbeschule Berlins Theil zu nehmen, davon Kunde erhalten, und haben dieselben sämmtlich am 1. März d. J. einzuberichten, was sie hierin gethan haben. Sollten sie einzelne Subjecte schon früher vorschlagen können, so ist der Bericht nicht bis zu jenem Termin zu verschieben.

Liegnitz, den 6. Januar 1823.

Königl. Preussische Regierung. Zweite Abtheilung.

H. No. 9. R. Rthr. c.

No. 9.

Beitragt die Einnahme an dem Verein zur Beförderung des Gartenbaues in Preußen.

In der Uebersetzung, daß auch in Unserem Verwaltungsbegrit die Anzahl derer dabei ist, welche für die Beförderung des Gartenbaues sich Antheil interessieren, bringen Wir hiermit zur Kenntniß des Publicums:

- 1) die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 4. July 1822., wodurch der in Berlin entstandene Verein zur Beförderung des Gartenbaues in Preußen bestätigt worden ist;
- 2) das diesfällige Rescript der Königl. Ministerien der Geistlichen, Unterrichts, und Medizinal-Angelegenheiten und des Innern, vom 8. July 1822.;
- 3) die Nachricht über den Verein zur Beförderung des Gartenbaues in Preußen.

Cabinet's-Ordre.

„Aus Ihrem gemeinschaftlichen Berichte vom 18. vorigen Monats habe Ich die Bildung eines Vereins zur Beförderung des Gartenbaues in Meinen Staaten gern ersehen. Indem Ich dem für selbigen entworfenen, hier wieder befügten Statute, Meine Genehmigung ertheile, will Ich dem Vereine zugleich die Rechte einer Corporation, hinsichtlich des zu erwerbenden und für seine Zwecke zu verwendenden Vermögens, belegen, auch genehmigen, daß das demselben zu seinen Versammlungen nöthigste Lokal in dem neuerdings von dem Justiz-Minister Schuß, für Rechnung des Staats angekauften Hause zu Neu-Escheneberg, eingeräumt werde. Sodann kann auch dem Vereine, unter Beobachtung der gehörigen Ordnung, die Benutzung des botanischen Gartens, des Herbariums und der dazu gehörigen Bibliotheken gestattet werden, und außerdem will Ich demselben den Gebrauch eines öffentlichen Dienst-Stegels — der Preuss. Adler mit der Umschrift: Verein zur Beförderung des Gartenbaues in Preuss. Staaten — erlauben, und ihm zugleich die Portofreiheit beilegen. In letzterer Beziehung wird der Staatskanzler, Fürst von Hardenberg, das Nöthige verfügen.“

Berlin, den 4. July 1822.

(gez.)

Friedrich Wilhelm.

An die Staats-Minister
Freiherren von Altenstein
und
von Schudmann.“

„Da Seine Majestät der König die, Allerhöchste Demselben im Entwurf vorgelegten Statuten für den Verein zur Beförderung des Gartenbaues in den Preussischen Staaten, mittelst der in beglaubter Abschrift anliegenden Cabinets-Ordre vom 4. d. M. zu genehmigen allergnädigst geruht haben, so wird der Verein davon hierdurch in Kenntniß gesetzt.“

gesetzt, um in Folge der Allerhöchsten Genehmigung nunmehr sobald als möglich in Thätigkeit zu treten.

Berlin, den 8. July 1822.

Der Minister der Geistlichen, Unterrichts-
und Medicinal-Angelegenheiten.

Altenstein.

Der Minister
des Innern.

v. Schudmann.

An den Verein zur Beförderung
des Gartenbaues in der Preu-
ßischen Monarchie."

Nachricht

über den Verein zur Beförderung des Gartenbaues
in Preußen.

„Schon oft ist der Wunsch einer nähern Verbindung der Gartens-
freunde in Berlin geäußert, schon lange das Verdrüßniß eines Vereins-
ungspunktes der mancherlei wichtigen einzelnen Erfahrungen im Felde
der Gartenkultur, und einer Anstalt, um solche den entferntesten Mit-
bürgern nutzbar zu machen, gefühlt worden.

Die Unterzeichneten haben sich dadurch aufgefordert gefunden, zur
Vorbereitung eines Vereins, welcher die Emporbringung des Garten-
baues in der Preussischen Monarchie zum Zwecke hat, zusammen zu tre-
ten, Statuten für solchen zu entwerfen, und diesen, nachdem sie sich
des Beistandes bewährter Theilnehmer versichert, die höhere Genehmi-
gung zu erbitten.

Diese Anträge sind von den Herren Ministern Freiherrn von Alten-
stein und von Schudmann mit Eunst und Beifall aufgenommen, le-
bhaft unterstützt, des Königs Majestät vorgelegt und von Allerhöchst-
Demselben huldreichst bewilligt worden.

Die Anlagen enthalten die Ministerial-Verfügung vom 8. July,
die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 4. d. M., so wie die durch letztere
genehmigten Statuten.

Wir theilen solche Denjenigen mit, deren Theilnahme an dem Ent-
stehen und Bedeuten einer guten Sache wir uns versichert haben dürfen,
um daraus die Verfassung und die Zwecke des Vereins zu entnehmen,
für welche wir Ihre Unterstützung erhitien.

Je größer die Theilnahme ist den Verein, und je zahlreicher der Bei-
tritte neuer Mitglieder ist, um so mehr wird derselbe sich in den Stand
gesetzt sehen, seine Zwecke zu erreichen, um so mehr die Bedürfnisse des
Gartenbaues in den verschiedenen Theilen der Monarchie kennen lernen,
um so mehr Erfahrungen und Verbesserungen, und die Lösung von
Proble-

Preisaufgaben belohnen, geprüfte Neuerungen verbreiten, und die notwendigen Verbindungen mit dem Auslande unterhalten können.

Denjenigen, welche dem Verein beitreten, oder über einzelne Gegenstände ihre Erfahrungen mittheilen, oder belehren seyn wollen, oder Prüfung ihrer Leistungen und ein Anerkenntniß derselben durch den Verein wünschen, werden ersucht, sich an den

General-Secretäre des Gartenbau-Vereins, unter der postfreien Rubrik:

„Gartenbau-Verein betreffend“

zu wenden.

Zur Aufnahme bedarf es nur der Bedingungen §§. 5. und 6. der Statuten.

Berlin, den 28. October 1822.

Kansleben,	v. Vinke,	Hermstädt,	Ludolf,
Gch. Ober-Finanz	Ober-Präsi.	Gch. Ober-Redig.	Gch. Ober-Finanz.
Nath.	dent.	Nath.	Nath.
Kink, Franz,	Otto,	L. Vöschke,	Intzelmann,
Professor. Doctor.	Insp. des bot. Gartens.	Handels-Gärtner.	Hof-Gärtner.

Leane,
Garten-Ingenieur.

Werkmeyer,
Gutsbesitzer.

Mit dem Wunsche, daß diese, das Nützliche wie das Schöne bezweckende, Einrichtung überall die regste Aufmerksamkeit und Beherzigung finden mag, verbinden Wir die Nachricht: daß nächstens die, über Zweck und Gestaltung dieses Vereins, ausführlicheren Aufschluß gebende Statuten des Vereins, in den Kreislanddruckl. Registraturen zur Einsicht vorliegen werden.

Magisß, den 6. Januar 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

I. P. 388. Januar c.

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

Hoch von Interesse
sind gegen Perso-
nen, die einen andern
als den unterseuchen-
den gerichtlichen Ge-
richtsstand im In-
lande haben, der Ver-
stärkung der Kennt-
nis zu geben, betr.

Auf den Antrag der Königl. Regierung Erste Abtheilung in Breslau, wird den Königl. Inquisitoriaten und den so, als Criminaluntersuchungen berechtigten Gerichten, in polizeilich wichtiger Hinsicht, aufgegeben, von dem Ausfall der geführten Untersuchungen durch Straf- oder nach nicht freispre-
chenden Erkenntnis, gegen Personen die einen andern, als den unterseuchen-
den persönl. Gerichtsstand im Inlande haben, der Polizey-Verörde die-
ses

ses Wohnortes vom Amtsvorzen Kenntniß zu geben, damit sie von der Lebensweise eines solchen Menschen unterrichtet werden, und die befindenden politischen Maaßregeln gegen ihn eintreten lassen können.

Glogau, den 23. December 1822.

Königl. Senat des Königl. Ober-Landes-Gerichts
von Niederschlesien und der Lausitz.

Durch das Justiz-Ministerial-Rescript vom 25. November d. J. ist dem Kreis-Justiz-Rath Brüder und dem Personale der Justiz-Commission No. 10. Rothenburgischen Kreises verstatet worden, den Wohnsitz zu Miesitz statt in der Kreisstadt zu nehmen, was hiermit bekannt gemacht wird.

Glogau, den 20. December 1822.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Nieder-
Schlesien und der Lausitz.

In Befolgung auf die Verordnung vom 6. Januar 1812, im Amtsblatt pro 1812. No. 4., werden sämmtliche Unter-Gerichte im dormaligen Departement des unterzeichneten Ober-Landes-Gerichts, jedoch exclusive der Güter des Antheils dieses Departements in der Ober-Lausitz, angewiesen: die Anzeige über die im Jahre 1822. erfolgten Veränderungen des hypochondrischen Zustandes unfehlbar im Laufe des Monats Februar dieses Jahres, bei 5 Rthlr. Strafe einzusenden, und diesen Anzeigen sorgfältig die städtischen und ländlichen, und bei letztern die zu einem Domainen-Amte, Dorfe und die zu einem Patrimonial-Gerichtsdorfe gehörigen Grundstücke, zu trennen, auch wenn Dörfer einer Herrschaft in verschiedenen landrätthlichen Kreisen liegen, die Anzeige für jeden landrätthlichen Kreis besonders zu erstatten.

Wegen der Anzeige über die im Jahre 1822. erfolgten Veränderungen des hypochondrischen Zustandes.

Glogau, den 6. Januar 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Nieder-
Schlesien und der Lausitz

Es ist zwar mittelst Verordnung vom 25. October 1822, sämmtlichen Königl. Stadt- und Königl. Unter-Gerichten des unterzeichneten Ober-Landes-Gerichts Departements aufgegeben worden:

Wegen Einreichung einer Recapitulation der Einnahme- und Ausgabe-Zettel aus den Salarien-Kassen.

alljährlich, und zwar bis zum 1. November jedem Jahres, eine Recapitulation der Einnahme- und Ausgabe-Zettel aus den Salarien-Kassen, Rechnungen nebst einer integralen Abschrift des Titels ad extraordinaria einzureichen,

Rechnungen.

diese Verordnung aber nicht gehörig befolgt worden. Sämmtlich vorgenannte Gerichte, welche damit im Rückstande geblieben sind, werden daher auf:

aufgefordert, ungesäumt diese Recaptulationen nebst Abschriften des Besagten Titels binnen 8 Tagen einzureichen.

Breslau, den 3. Januar 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Schloßen.

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Der bisherige Schullehrer Gähler zu Tauchritz, ward evangelischer Schullehrer und Cantor zu Radmeritz, Södlitzschen Kreises; der bisherige Schul-Adjutant Bläser zu Markersdorf, evangelischer Schullehrer und Cantor zu Tauchritz, Södlitzschen Kreises und der bisherige Schul-Adjutant Ratthien evangelischer Schullehrer, Cantor, Organist und Küster zu Melauke, Södlitzschen Kreises.

Die Stadtverordneten-Versammlung zu Sagan hat den Kaufmann Zingel, Handelsmann Wastl und den Bäckermeister Leibstein anderweit auf sechs Jahre zu unbefoldeten Rathsherren, und die Stadtverordneten-Versammlung zu Schönau den Raurermeister Neumann daselbst abermals auf sechs Jahre zum unbefoldeten Rathmann gewählt.

Der Candidat der Mathematik, Herrmann Arndt hieselbst, ward zum Regierungs-Vermessungs-Conducteur ernannt.

Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

Nachrichte vom dem
Zustande der
Bibelgesellschaft
zu Breslau, von ihrer
Entstehung bis zum
1. August 1822.

Verhältnisse, deren Auseinandersetzung hier zu weitläufig seyn würde, und Umstände, welche man nicht abzuändern vermochte, haben es bisher verhindert, daß von Seiten der zu Regnitz seit 1815. bestehenden Luther-Bibelgesellschaft bisher, nach dem Beispiele anderer Bibelgesellschaften, kein besonderer Jahres-Bericht ausgegeben worden ist.

Wir haben uns bisher begnügen müssen, von Zeit zu Zeit von dem, was auch von hier aus zur Beförderung des frommen und wohlthätigen Zweckes geschah, in den Amtsblättern der hiesigen Königl. Regierung eine kurze Nachricht mitzutheilen. Es wurde indeß unter Aufsicht des Königl. Regierungs-Präsidenten über Einnahme und Ausgabe genaue Rechnung geführt, dieselbe jährlich gelegt, und nach vorübergegangenem Revision abgenommen;

auch

auch der Haupt-Bibelgesellschaft in Berlin darüber jedes Jahr ausführlicher Bericht erstattet.

Wir haben indessen beschlossen, künftiges Jahr der ganzen Anstalt eine neue zweckmäßige Organisation zu geben, solche mit einer kirchlichen Festschicklichkeit zu verbinden, und den regelmäßigen jährlichen Bericht über den Fortgang des Werkes dem größeren Publikum vorzulegen.

Vorläufig mag die nachfolgende allgemeine Uebersicht dessen, was bisher in dieser Angelegenheit geschehen ist, zum Beweise dienen: daß, nach Beschaffenheit der, freilich nur beschränkten Mittel, doch auch von hier aus gewissenhaft mitgewirkt wurde, die Bibel unter evangelischen u. d. katholischen Christen der ärmern Volksklassen zu verbreiten, und sie insbesondere dürftigen Kindern zu verschaffen.

Freilich waren wir noch nicht im Stande, das Bedürfniß vollständig zu befriedigen, weswegen wir alle Freunde des göttlichen Wortes, alle die aus eigener Erfahrung die beseligende Kraft desselben kennen gelernt haben, dringend auffordern, uns mit reichlichen Beiträgen zu unterstützen, und sich auf diese Art um das Heil unsterblicher Seelen verdient zu machen. Wenn möchten wir es dahin bringen, daß in Zukunft jeder Confirmande seine eigene Bibel besäße, und daß in den Schulen mehrere Exemplare vorhanden wären, deren sich arme Kinder während der Schulszeit bedienen könnten.

Beiträge, durch welche die hiesige Bibelgesellschaft bisher bestand, wurden von den Herren Geistlichen eines großen Theils des hiesigen königlichen Regierungs-Departements eingereicht. So rühmlich es nun allerdings für dieselben ist, diese gute Sache mit eigener Aufopferung befördert zu haben, so müssen wir doch recht dringend wünschen, daß sie den Einfluß, den sie auf ihre Gemeinden haben, dazu anwenden, um unter denselben Beiträge für die Bibelgesellschaft zusammen zu bringen, daß sie dazu nicht nur die Begüterten auffordern, sondern auch die kleinste Gabe der Armen für diesen wohlthätigen Zweck in unserem Namen mit Dank in Empfang zu nehmen. Nur durch den Beitrag vieler kann das gute Werk fröhlich gedeihen; und an Gelegenheit zu dergleichen Aufforderungen kann es ja dem Geistlichen, der den Segen des göttlichen Wortes kennt, niemals fehlen.

Uebers

U e b e r s i c h t der Einnahme und Ausgabe bei der Tochter-Bibel-Gesellschaft zu Eiegniß.

	Bei dem					
	Evangel. Fonds			Katholischen Fonds		
	Rthlr. gr. pf.	Rthlr. gr. pf.	Rthlr. gr. pf.	Rthlr. gr. pf.	Rthlr. gr. pf.	Rthlr. gr. pf.
Die Gesellschaft nahm ihren Anfang mit dem 1. Januar 1815., in welchem Jahr bis Ende December 1815. der Abschluß besagte						
an Einnahme	199	2	6	—	—	—
, Ausgabe	83	8	—	—	—	—
blieb Bestand . . .	115	18	6	—	—	—
im Jahr 1816. war						
incl. des vorj. Bestandes, die Einnahme	1034	2	7	—	—	—
, Ausgabe	959	12	—	—	—	—
und blieb Bestand . . .	74	14	7	—	—	—
im Jahr 1817. war						
incl. des vorj. Bestandes, die Einnahme	355	7	5	—	—	—
, Ausgabe	75	2	2	—	—	—
blieb Bestand . . .	280	5	3	—	—	—
im Jahr 1818. betrug der Abschluß						
incl. des vorj. Bestandes, an Einnahme	499	17	8	32	—	—
, Ausgabe	265	18	—	—	—	—
blieb Bestand . . .	233	23	8	32	—	—
im Jahr 1819. betrug der Abschluß						
incl. des vorj. Bestandes, an Einnahme	454	2	4	75	9	7
, Ausgabe	378	9	—	41	4	—
blieb Bestand . . .	75	17	4	34	5	7
im Jahr 1820. betrug der Abschluß						
incl. des vorj. Bestandes, an Einnahme	299	18	5	49	13	1
, Ausgabe	144	20	—	19	12	—
blieb Bestand . . .	154	22	5	30	1	1
Die Einnahme vom 1. Januar 1821.						
bis 1. August 1822. betrug . . .	415	16	1	91	5	1
Die Ausgabe war	399	15	3	30	—	—
Es blieb Bestand den 1. August 1822.	16	—	10	61	5	1

{ Ein Beitrag von 100 Rthl. Sterling, oder nach dem Maas in Berlin, 643 Rthlr. 16 Gr. 8 Pf. befindet sich darunter.

- 78) Frau v. Veltmann auf Vorkau.
 79) Hr. Kerstan auf Vorkau.
 80) Pastor Bachowig zu Alt Raudten.
 81) Superintendent Sander zu Wirschkau.
 82) Pastor Langh. Friedrich zu Noßersdorf.
 83) v. Schmiedig auf Alt Raudten.
 84) Pastor Eickler zu Raudten.
 85) Lammekaus zu Vorkau.
 86) Demitz zu Raudten.
 87) Ertlich zu Vorkau.
 88) Müller zu Wirschkau.
 89) Krandt zu Wirschkau.
 90) Sommer zu Raudten.
 91) Fleischer Sander desgl.
 92) Wirtshaus-Beamte Hallmann zu Raudten.
 93) Jäger N. zu Raudten.
 94) Pastor Mannsitz zu Wirschkau.
 95) v. Rauten auf Wirschkau.
 96) Pastor M. Morze desgl.
 97) Organist Juch desgl.
 98) Superintendent V. Rauten zu Wirschkau.
 99) Pastor Herrmann zu Wirschkau.
 100) Dr. Klein Kupferberg.
 101) Weisbach.
 102) Rauten.
 103) Wirschkau.
 104) Rauten.
 105) Hr. Diakon v. Rauten zu Raudten.
 106) Pastor M. Rauten zu Raudten.
 107) Rauten.
 108) Rauten zu Raudten.
 109) Rauten zu Raudten.
 110) Rauten zu Raudten.
 111) v. Rauten auf Raudten.
 112) Der Magistrate zu Raudten.
 113) Hr. Rauten, Pastor Wirschkau.
 114) Pastor M. Rauten zu Raudten.
 115) M. Rauten zu Raudten.

- 116) Hr. Diakon Wirschkau.
 117) Rauten v. Rauten zu Raudten.
 118) Secretair Wirschkau desgl.
 119) Rauten v. Rauten desgl.
 120) Apotheker Wirschkau desgl.
 121) Rauten v. Rauten desgl.
 122) Superintendent Rauten zu Raudten.
 123) Pastor Wirschkau desgl.
 124) Rauten v. Rauten desgl.
 125) Pastor Rauten zu Raudten.
 126) Rauten zu Raudten.
 127) Rauten zu Raudten.
 128) Cantor Rauten desgl.
 129) Pastor Rauten zu Raudten.
 130) Cantor Rauten.
 131) Pastor M. Rauten zu Raudten.
 132) Diakon Rauten desgl.
 133) Pastor Rauten zu Raudten.
 134) Rauten zu Raudten.
 135) Rauten zu Raudten.
 136) Cantor Rauten desgl.
 137) Schullehrer Rauten zu Raudten.
 138) Pastor Rauten zu Raudten.
 139) Rauten zu Raudten.
 140) Cantor Rauten desgl.
 141) Pastor Rauten zu Raudten.
 142) Prediger v. Rauten desgl.
 143) Pastor Rauten zu Raudten.
 144) Rauten desgl.
 145) Rauten zu Raudten.
 146) Rauten zu Raudten.
 147) Cantor Rauten zu Raudten.
 148) Organist Rauten desgl.
 149) Schullehrer Rauten zu Raudten.
 150) Colaborator Rauten desgl.
 151) Schullehrer Rauten zu Raudten.
 152) Rauten zu Raudten.
 153) Rauten zu Raudten.
 154) Rauten zu Raudten.
 155) Rauten zu Raudten.
 156) Rauten zu Raudten.

- | | |
|--|--|
| 157) Hr. Pastor Wegener zu Grünberg. | 176) Hr. Cantor Hauptmann zu Bonabel. |
| 158) „ „ Meurer desgl. | 177) „ Pastor Lischner zu Saator. |
| 159) „ Rektor Friese desgl. | 178) „ Superintendent. Herzlieb zu Wittzag. |
| 160) „ Subrektor. Haym desgl. | 179) „ Cantor Ritter zu Wittzag. |
| 161) „ Cantor Hoffmann desgl. | 180) „ Kaufm. u. Senat. Seidel zu S um-
berg. |
| 162) „ Pastor Lornow zu Ratzenbura. | 181) „ Landrath v. Niesisch zu Grünberg. |
| 163) „ „ Klette zu Poln. Metzkow. | 182) „ Frdr. Seidel desgl. |
| 164) „ Cantor Täusler desgl. | 183) Wittwe Thonke desgl. |
| 165) „ Pastor Klette zu Trenow. | 184) „ Hr. Senator Geisler desgl. |
| 166) „ „ Hering zu Lödnitz. | 185) „ „ Pilz desgl. |
| 167) „ „ Albrecht zu Schwelbitz. | 186) „ Regler. Rath v. Wige desgl. |
| 168) „ „ Weber zu Ochtermasdorf. | 187) „ Doctor Glafer desgl. |
| 169) „ Cantor Nau desgl. | 188) „ Seifensieder Grempler desgl. |
| 170) „ Pastor F. Isch zu Günthersdorf. | 189) „ Kämmerer Baren desgl. |
| 171) „ Cantor Reimann desgl. | 190) „ Commerzien-Rath Bergmüller desgl. |
| 172) „ Pastor Vesold zu Wartenberg. | 191) „ Kaufmann Seidel desgl. |
| 173) „ Cantor Lange desgl. | 192) „ „ Schornborn desgl. |
| 174) „ Pastor Komitsch zu Contop. | 193) „ „ Seidel desgl. |
| 175) „ Cantor Reumann desgl. | |

Diesen Herren Interessenten sagen wir unsern verbindlichsten Dank für ihre wohlwollende Theilnahme zur Beförderung des Bib. Gesellschafts Zweckes, mit dem Wunsch, daß die göttliche Vorsehung, welche jede gute That belohnt, auch sie dafür segnen möge.

Seit dem Bestehen der pfeiligen Bibelgesellschaft bis zum 1. August 1822. sind unentgeltlich vertheilt:

- 1806 eingegebundene lutherische Bibeln,
- 251 dergleichen neue Testamente,
- 28 eingegebundene katholische Bibeln, und
- 1810 dergleichen Neue Testamente,

und für die Selbst-Kosten sind abgelassen worden:

- 103 lutherische Bibeln, und
- 10 katholische Neue Testamente.

Wächte diese Darstellung d. ssen wir unsre Bibelgesellschaft bisher geleistet hat, bei allen, denen sie bekannt wird, einen neuen Eifer für diese heilsame Anstalt erwecken! Möchten aber auch alle die, welchen durch dieselbe Bibeln mitgetheilt worden, oder künftig mitgetheilt werden, wohl beherzigen, daß nicht d. r. Versch, sondern der würdige und fromme Gebrauch der heiligen Schriften segensreiche Wirkungen in den Seelen der Menschen hervorbringen können! Liegnitz, den 30. December 1822.

Haupt-Direction der Lohtex-Bibelgesellschaft.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 3.)

1. The first of these is the fact that the
2. second is the fact that the
3. third is the fact that the
4. fourth is the fact that the
5. fifth is the fact that the
6. sixth is the fact that the
7. seventh is the fact that the
8. eighth is the fact that the
9. ninth is the fact that the
10. tenth is the fact that the

11. The first of these is the fact that the
12. second is the fact that the
13. third is the fact that the
14. fourth is the fact that the
15. fifth is the fact that the
16. sixth is the fact that the
17. seventh is the fact that the
18. eighth is the fact that the
19. ninth is the fact that the
20. tenth is the fact that the

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

— No. 4. —

Liegnitz, den 25. Januar 1823.

Verordnungen der Königl. Liegnitzschen Regierung.

Der Königl. Regierung zu Danzig ist von dem dortigen Magistrat angezeigt worden, daß das Rademacher, und Stellmacher, Gewerk daselbst, einem in der Stadt Marienburg ausgelernten und von dem dasigen Gewerke freigesprochenen Rade- und Stellmacher, Gesellen, bei dessen Uebergange zur Werkstätte in Danzig, das Anerkennung seiner Zünftigkeit so lange vorenthalten habe, bis derselbe, weil er nur im Beisehn ausgelernter Jung- gesellen ausgeschrieen worden sey, dort in Gegenwart gewandterter Mitsge- sellen nochmals ausgeschrieen und freigesprochen worden, und daß dieses Verfahren sich auf ein Uebereinkommen gründe, welches die vereinigten Bräu- derschaften dieses Gewerks zu Hannover, Braunschweig, Hamburg, Dres- dau und Warschau unter einander getroffen, und mittelst besondern Aus- schreibens de dato Hannover den 19. November 1820. in verschiedenen Richtungen in Umlauf gesetzt haben.

No. 10.
Kügelung die Rade-
und Stellmacher-Ges.
werke und ihr Ver-
fahren bei Aufnahme
der Gesellen.

Das Königl. Ministerium für Gewerbe und Handel hat Uns hiers- von in Kenntniß gesetzt, und will, daß solchem Unwesen in seiner geschnitten- gen Richtung ernstlich gesteuert werde. Zu dem Ende wird den Rade- und Stellmacher-Gewerken Unseres Departements hierdurch, bei Strafe der Auf- lösung ihres ganzen Gewerks, ausdrücklich untersaet, sich dergleichen unbe- fugte Ausschließungen der schon von andern Gewerken freigesprochenen Ge- sellen, anzumessen.

Die Magisträte werden angewiesen darauf zu sehen, daß diesem Ver- bote nicht entgegengehandelt werde, etwaige Contraventionsfälle aber so- gleich anher anzumelden.

Liegnitz, den 7. Januar 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

II, G. 21. R. Decr. 2.

L i s t e

No. 11,

weilen der als mortificirt nachgewiesenen Staatspapiere.

der aufgerufenen, und der Königl. Kontrolle der Staats-Papiere als mortificirt nachgewiesenen Staats-Papiere.

Staats-Schuld-Scheine				
des Documents				Datum
No.	Litt.	Geld-Sorte	Betrag	des
			Rtblr. gr. v.	rechtskräftigen Erkenntnisses.

Zins-Scheine.				
des Documents				Datum
No.	Litt.	Geld-Sorte	Betrag.	des
			Rtblr. gr. pf.	rechtskräftigen Erkenntnisses
2671	A. 35 Rtblr.	17 gr.	Cour.	71 10
	B. 35	17		
2672	A. 35	18 gr.	—	71 12
	B. 35	18		
2673	A. 11 Rtblr.	5 gr.	—	22 10
	B. 11	5		

Berlin, den 31. December 1822.

Königl. Kontrolle der Staats-Papiere.

Vorstehende Liste wird hiermit nach §. 22. des Gesetzes vom 16. Juny 1819. (Gesetzsammlung No. 849. S. 160.) auf Veranlassung der Königl. Haupt-Verwaltung der Staatsschulden zur Kunde des Publikums gebracht.

Breslau, den 14. Januar 1823.

Königl. Preussische Regierung. Zweite Abtheilung.

H. F. 28. R. Jan. c.

Nach

Nachstehende allerhöchste Cabinets-Ordre vom 13. September 1814, welche die Veräußerung der Preussischen Haupt-Bibelgesellschaft und ihrer Gesetze enthält, dergleichen ihre Grundsätze selbst, so wie die Bestimmungen über die Verhältnisse der Gesellschaft zu ihren unmittelbaren Tochtergesellschaften, werden hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, und der thätigsten Beförderung empfohlen. Königl. den 21. Januar 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.
I. 48. R. Decr. 1822.

No. 12.
Die Preussische
Haupt-Bibel-Gesellschaft betreffend.

Ich finde den Zweck der Bibelgesellschaft, zu welchem sich nach der Anzeige vom 31. v. M. mehrere angesehene und namhafte Männer in Meiner Residenz vereint haben, sehr loblich, und will daher diese Gesellschaft und ihre Mir vorgelegten Gesetze für Meine Staaten hierdurch bestätigen, habe denselben auch die Porrofreiheit bewilligt, und dem General-Postmeister darnach angewiesen.

Berlin, den 13. September 1814.

(Gez.) Friedrich Wilhelm.

An
den General-Lieutenant v. Diercke.

Grundsätze der Preussischen Bibelgesellschaft.

- 1) Es wird hier in Berlin eine Bibelgesellschaft gestiftet unter dem Namen: Preussische Bibelgesellschaft.
- 2) Der Gegenstand dieser Gesellschaft ist: Ausbreitung der heiligen Schrift in und außerhalb des Landes, nach der Uebersetzung die eine jede Konfession angenommen hat, ohne Note oder Anmerkung.
- 3) Jeder, der einen jährlichen Beitrag subskribirt, wird ein Mitglied der Gesellschaft, und wer auch nur einmal Beiträge giebt, soll als Wohlthäter derselben anerkannt werden.
- 4) Es wird aus den Mitgliedern derselben ein Ausschuss gewählt, der die Angelegenheiten der Gesellschaft besorgt, und aus einem Präsidenten; drei oder mehreren Vicepräsidenten, zwölf oder mehreren Direktoren, drei Sekretairen und einem Schatzmeister besteht; in Abwesenheit aber des Präsidenten oder der Vicepräsidenten, werden vier Direktoren und ein Sekretair im Stande seyn, die Geschäfte zu verrichten.
- 5) Der Ausschuss wird sich bemühen, richtiger Nachrichten von den Bedürfnissen der heiligen Schrift in den verschiedenen Provinzen des preussischen Staats zu erlangen, und die besten Mittel gebrauchen, denselben abzuhelfen, so daß das Wort Gottes entweder zu einem niedrigen Preise verkauft, oder denen, die es nicht bezahlen können, umsonst gereicht werde.

6) Der

- 6) Der Ausschuss wird sich auch bemühen, die Subskribenten und Wohlthäter der Gesellschaft zu vermehren, und mitwirkende oder Zwirggesellschaften in verschiedenen Theilen des Landes zu stiften, damit die Absicht der Gesellschaft desto eher erreicht werde.
- 7) Der Ausschuss wird sich ein Mal im Monat, und, wenn's nöthig ist, öfter versammeln.
- 8) Der Schatzmeister wird die Berechnung der Einnahme und Ausgabe der Gesellschaft besorgen, und alle Anweisungen, Gelder aus der Kasse nach dem Beschlusse des Ausschusses zu zahlen, werden von dem Vorsteher und Sekretäre desselben unterschrieben.
- 9) Die Sekretäre werden Protokolle über die Abhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses anfertigen, und die Korrespondenz der Gesellschaft richtig besorgen.
- 10) Eine Hälfte der Directoren wird jährlich ihr Amt niederlegen, diejenigen aber, welche den Zweck der Gesellschaft besonders befördern, können wieder gewählt werden.
- 11) Jährlich wird eine allgemeine Versammlung der Gesellschaft gehalten, in welcher die Directoren gewählt werden, der Bericht über die Fortschritte der Gesellschaft wird vorgelesen, und die Berechnung der Einnahme und Ausgabe derselben vorgelegt. Dieser Bericht und die Berechnung der Einnahme und Ausgabe der Gesellschaft, nebst den vornehmsten Briefen der Korrespondenz, so wie die Namen und Subskriptionen der Mitglieder und Wohlthäter werden gedruckt.
- 12) Alle Geschäfte des Ausschusses geschehen unentgeltlich und keiner, der Bezahlung für seine Dienste bekommt, kann ein Mitglied desselben seyn, oder eine Stimme darin haben.

Bestimmungen über die Verhältnisse der Preussischen Haupt-Bibelgesellschaft zu ihren unmittelbaren Tochtergesellschaften.

- 1) Die Verhältnisse der Preussischen Haupt-Bibelgesellschaft zu den von ihr unmittelbar ausgehenden Tochtergesellschaften erheben sich aus der Natur des Vertrags, welcher mehr auf den in ihm herrschenden lebendigen Sinn für den gemeinschaftlichen wohlthätigen Zweck, als auf äußere Bande gegründet ist, andererseits aber auch strenge Hinnichtung aller seiner Glieder auf diesen Zweck, und festes Zusammenhalten in demselben, mittelst angemessener Formen, erfordert.

Da das aus der ersteren Rücksicht fließende von selbst sich darbietet, so bedarf es nur einer näheren Bestimmung dessen, was in Beziehung auf die andere nöthig ist.

- 2) Jede unmittelbar von der Hauptgesellschaft ausgehende Tochtergesellschaft ist verpflichtet, der ersten sowohl ihre besondern Statuten zur Prüfung

Prüfung und Genehmigung vorzulegen, als auch die Mitglieder ihres Ausschusses anzuzeigen, und letzteres bei jeder im Personale des Ausschusses vorgehenden Veränderung zu thun.

- 3) Jede Tochtergesellschaft wird zwar in ihrem Wirkungskreise die Freiheit haben, kleinere, von ihr zunächst abhängende Tochtergesellschaften, ohne vorherige Rückfrage bei der Hauptgesellschaft, zu bilden, und die Leistung derselben, so wie die Einsammlung von Beiträgen, zuverlässigen Männern anzuvertrauen, jedoch unter Beobachtung der unter 5—6. angegebenen Obliegenheiten.
- 4) In die aus dem Zwecke des Ganzen fließenden und mit ihm übereinstimmenden Unternehmungen der Tochtergesellschaften wird die Hauptgesellschaft sich zwar im Einzelnen nicht mischen. Doch aber muß sie sich, um die nöthige Einheit in der Wirksamkeit des Ganzen zu bewahren, vorbehalten, eines Theils die Aufstellung allgemeiner Grundsätze und Verfahrensweisen, durch deren Befolgung der Zweck am sichersten und besten zu erreichen steht, und dienlicher Anweisungen, so oft diese nöthig scheinen, anderen Theils eine negative Einwirkung, oder das Recht, von dem Zwecke der Gesellschaft abweichende, oder gar ihm entgegenlaufende Unternehmungen zu hemmen.
- 5) Jede Tochtergesellschaft hat zwar ihr aus den Beiträgen und Geschenken entspringendes Vermögen und dessen Verwaltung für sich. Da es aber hier nicht auf Sammlung von Kapitalien ankommt, auch der Fall eintreten kann, daß, während in dem Wirkungskreise einer Tochtergesellschaft die Bedürfnisse ganz oder größtentheils befriedigt, und noch Mittel übrig sind, eine andere hingegen dieselben in ihrem Wirkungskreise noch dringend führt, ohne die Mittel zu ihrer Abhelfung zu besitzen, so wird es zuweilen nöthig sein, den Mangel bei der einen durch den Ueberfluß der andern an Geld oder Büchern abzustellen. Die Muttergesellschaft wird auch hierin Vermittlerin des Ganzen sein, und selbst immer gern aus ihren Mitteln nach Möglichkeit dem Bedürfnis zu Hülfe kommen, dagegen aber auch die Hülfe der Tochtergesellschaften, welche dazu vermögend sind, in Anspruch nehmen, indem sie ihnen theils Anleitung giebt, andere bedürftige Gegenden mit ihrem Ueberfluß unmittelbar zu unterstützen, theils diesen sich zurenden läßt, und seine Anwendung da, wo sie dringender nöthig ist, besorgt. Eine jährlich öffentlich von der Hauptgesellschaft abzulegende Rechnung, soll das Vertrauen, welches die Tochtergesellschaften in dieser Hinsicht ihr beweisen, rechtfertigen.
- 6) Die gewöhnliche wechselseitige Correspondenz zwischen der Hauptgesellschaft und den Tochtergesellschaften ist unbestimmt, und richtet sich nach den Umständen.

266.

Letztere sind aber verpflichtet, ersterer jährlich einen Bericht über ihre Unternehmungen und eine Uebersicht ihres gesammten Zustandes vorzulegen, enthaltend:

1. eine Angabe der Zahl der Mitglieder der Tochtergesellschaft seit 1^{ten}, mit der Bemerkung, wie viele neu zugeseteten, und wie viele abgegangen sind, mit namentlicher Aufzählung der Mitglieder ihres Ausschusses;
2. eine Angabe aller von ihr abhängenden kleinen Gesellschaften nach den Orten, wo sie ihren Sitz haben, der Zahl ihrer Mitglieder, und ihren namentlich zu erwähnenden Vorstehern;
3. eine Darstellung ihrer Thätigkeit in ihrem ganzen Bezirke, wobei es freilich auch auf die Zahl der vertheilten Bibeln und neuen Testamente, mehr aber doch auf die Art und Weise der Vertheilung, und die Förderung des hiebei beabsichtigten Zweckes, ankommt;
4. eine Berechnung der Einnahme und Ausgabe in ihrem ganzen Bezirke, specifiert nur nach den kleinen Gesellschaften: ohne namentliche Aufzählung der Beitragenden, mit einer Nachweisung des gegenwärtigen Cassen-Zustandes;
5. eine Angabe des Vorrathes an Bibeln und neuen Testamenten, welcher noch bei ihr selbst und den von ihr abhängenden kleinen Gesellschaften zur Vertheilung vorhanden ist.

Diese Jahres-Berichte müssen immer gegen Ende des Decembers beim Ausschusse der Hauptgesellschaft in Berlin eingehehen.

Es soll daraus jährlich ein General-Bericht angefertigt, und sowohl Sr. Majestät, dem Beschützer der Preussischen Bibelgesellschaft, als auch dieser selbst, und dem Publikum vorgelegt werden.

Berlin, den 14. November 1814.

Der Ausschuss der Preussischen Haupt-Bibelgesellschaft.

Nr. 13.
Die Rückkehr preussischer Unterthanen von den Griechen betreffend.

Von Seiten des hohen Ministerii des Innern und der Polizei ist Uns eröffnet worden: daß, nach einer Mittheilung des Königl. Ministerii der auswärtigen Angelegenheiten, die Königl. Consuln theils in französischen, theils in italienischen Häfen berichtet haben, daß fortdauernd Königl. Unterthanen, welche sich verleißen lassen, sich nach Griechenland zu den dortigen Aufregungen zu begeben, von dort mit durchaus getäuschten Erwartungen in dem düstern Zustande zurückkehren, und, um dem äußersten Elende zu entgehen, bei gedachten Consuln auf Unterstützung antrogen, zu deren Bewährung letztere wider antwortet, noch mit den erforderlichen Mitteln versehen sind..

Da,

Damit nicht noch mehrere Königl. Unterthanen durch irrthümliche Ansichten und nicht reiflich erwogene Beweggründe verleitet worden, diesem Elende sich Preis zu geben, sind Wir beauftragt worden, öffentlich bekannt zu machen: daß die Rückkehrenden, von den Consula eine Unterstüßung um so weniger zu erwarten haben, als sie die Ihrer dort wartenden Hülflosigkeit lediglich sich durch Uebertretung Ihrer Unterthanen Pflichten zugezogen, in dem sie sich einer jener Pflichten fremden, und Ihrer Natur nach strafbaren Sache hingegeben.

Zugleich werden die Polizei, Behörden angewiesen, auf diejenigen ersten Köpfe, welche durch ihre Anreizungen und Vorspiegelungen, Königl. Unterthanen etwa zur Theilnahme an der Insurrection der Griechen zu bewegen versuchen möchten, die strengste Aufmerksamkeit zu richten, und die Emissarien der sogenannten griechischen Hülfsw. Veretue, wenn solche sich in dem hiesigen Lande betreffen lassen sollten, anzuhalten, und ihrerwegen weitere Instruction einzuholen.

Breslau, den 18. Januar 1823.

Königl. Preussische Regierung. Erste Abtheilung.

L. P. 32. R. J. pro Januar c.

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

Dem Königl. Landgerichte zu Oßrlitz sind die sämmtlichen Geistlichen, erlinirten Schullehrer, Justiz-Commissionen und Doctoren, in der Ober-Lausitz unterworfen. Damit gedachtes Gericht sowohl wegen der Stegung, als wegen der Nachlass-Regulirungen und Aufnahme in die Erbschafts-Stempel-Tabelle von den Todesfällen der genannten Personen unterrichtet werde, ergeht hiermit an sämmtliche Pfarrer und Justiciaren der Ober-Lausitz die Anweisung: alle solche Todesfälle vom 1. October d. J. an, eben so dem Königl. Land-Gerichte anzuzeigen, wie es sonst an die Königl. Justiz-Commission zu Oßrlitz geschah; wogegen die Todesfälle der übrigen unterm der Gerichtsbarkeit des Ober-Landesgerichts unmittelbar stehenden Erbkämtern an die drei Kreis-Justizräthe zu Oßrlitz, Lauban und Rochenburg erfolgen muß.

Wegen Anzeige der Todesfälle von erlinirten Personen an das Königl. Landgericht zu Oßrlitz.

Breslau, den 20. December 1822.

Königl. Preuss. Ober-Landesgericht von Nieder-Schlesien und der Lausitz.

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Der bisherige Pastor Häfner zu Hennersdorf, ward evangelischer Prediger zu Prenzla, Sörbischen Kreises.

Der bisherige Auditor Neugebauer zu Nebenthal, ward zum Kantor Ebert, der bisherige Organist Ertz zum Cantor, und der bisherige Chorführer Kluge, zum Organisten bei der dasigen katholischen Stadtpfarrkirche ernannt.

Der bisherige Kämmerer Becker zu Priebe ist auf Lebenszeit zum Bürgermeister dieser Stadt erwählt worden.

(Hierbei das Titelblatt und die chronologische Uebersicht zum Amtsblatt für das Jahr 1822; ingleichen ein öffentlicher Anzeiger No. 4.)

Am t s = B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

— No. 5. —

Liegnitz, den 1. Februar 1823.

Verordnungen der Königl. Liegnitzschen Regierung.

Wir haben für nothwendig erachtet, wegen zeitgemäßer Anmelddung nochwendiger Bauten und Reparaturen bei Kirchen, Pfarr- und Schul-Gebäuden, landesherrlichen Patronats, folgende nähere Bestimmungen zu erlassen, wonach sich die Herren Landräthe, Superintenden ten, Eyprie ster, Kreis- Schulen, Inspektoren, die Kirchen, Collegien, Schu l, Vorstände und die Bau- Beamten zu richten haben.

1. Alle Schäden und Mängel am Baustande der kirchlichen Gebäude, also der Kirchen, Pfarr-, Wiedemuths-, und Küster- Häuser, Königl. lichen Patronats, und an deren Zubehörungen, sind von den betreffenden Kirchen- Collegien längstens den 15. Juny jeden Jahres dem vorgesetzten Superintendenten und resp. Eyprie ster anzuzeigen. Diese reichen

2. längstens den 30. Juny jeden Jahres bei Uns, die ihnen zugegangenen Original- Anzeigen ein, nachdem sie unter eine jede elghändig bemerkt haben, ob das Bedürfnis des Baues oder der Reparatur dringend nothwendig, minder nothwendig, oder aufschlebbar ist. Um solches mit Zuverlässigkeit thun zu können, werden die geistlichen Vorgesetzten vom baulichen Zustande der kirchlichen Gebäude, Königl. Patronats, in ihrem Bezirk sich fortwährend in genauer Kenntniß zu erhalten wissen.

3. Eine summarische Nachweisung der bei den genannten geistlichen Vorgesetzten eingegangenen Anzeigen (1.), mit kurzem Vermerk über größere oder geringere Dringlichkeit der Beseitigung des Bauschadens oder Mangels, ist von dem geistlichen Vorgesetzten gleichzeitig, also ebenfalls

längstens den 30. Juny jeden Jahres, an den betreffenden Bezirks- Baubeamten abzugeben.

4. Letztere werden hiermit verpflichtet, binnen Monatsfrist mit Untersuchung der ihnen angezeigten Schadenstände und Baumanängel an Ort und Stelle, unter Rücksprache mit den Kirchen- Collegien, vorzugehen, diesen nach einem ungefähren Ueberschlage den Kosten- Betrag des Baues oder der

No. 14.
Das bei Einleitung
u. Ausführung noth-
wendiger Bauten u.
Reparaturen an Kir-
chen, Pfarr- u. Schul-
gebäuden königl. lichen
Patronats, zu beob-
achtende Verordnun-
gen betreffend.

Reparatur bekannt zu machen, und von den Kirchen-Collegien sich darüber eine schriftliche Erklärung ertheilen zu lassen:

ob Baupfetz oder andere Bau-Materialien, aus dem Kirchen- oder Pfarr-Busch, oder von der Wiedemuth, und ob ferner der angezeigte Kostenbetrag, unbeschadet der gewöhnlichen Bedürfnisse des Kirch-Systems, ganz oder wie viel davon, aus dem Aerario der Kirche, oder aus dem Pfarr-Vermögen zu entnehmen seyn würde?

Hierbei sind auch die, durch die Kirchen-Etats zu kleinen Reparaturen disponibel gemachten Fonds nicht zu übersehen. Sollten die Kirch-Vorstände ungewiß seyn, wie hoch der aus dem Kirchen- und Pfarr-Aerario anzusetzende Bau-Zuschuß *salvis expensis necessariis* ankommen werden könne, so haben sie, gleich bei Erstattung der unter 1. angeordneten Anzeigen, bei dem geistlichen Vorgesetzten darüber anzufragen, und diese die Auftrager deshalb zu befehlen, damit dem Bau-Beamten eine möglichst genügende und zuverlässige Erklärung ertheilt werden kann. Sobald der letztere dem Kirchen-Collegio den ungefähren Kostenbedarf angezeigt hat, ist, wenn der Bau eine katholische Kirche und deren Zugehörungen betrifft, und der aus dem Kirchen- oder Pfarr-Aerario zu entnehmende Zuschuß, das etatsmäßig zu Reparaturen ausgesetzte Quantum um 30 Nthr. übersteigt, vom Kirchen-Collegio die eventuelle Autorisation des Bischofs, Capitulars, Vicariats-Amtes einzuholen, und von der darauf erhaltenen Resolution, sofort nach deren Eingange, Uns Abschrift vorzulegen.

Der Bau-Beamte hat nach dieser vorläufigen Untersuchung

längstens den 31. July jeden Jahres.

einen tabellarischen Vorbericht an Uns zu erstatten, welcher enthalten muß:

- a) die Angabe der nach der Mittheilung der geistlichen Vorgesetzten angezeigten Bauschäden und Mängel;
- b) beständig und oder berichtend: Ausfertigung über die grössere oder geringere Dringlichkeit des Baues oder der Reparatur,
- c) die Angabe des ungefähren Kostenbedarfs, und
- d) mit den vorerwähnten Erklärungen der Kirchen-Collegien belegt, Auskunft darüber, ob die vorhandenen Kirchen- und Pfarr-Fonds die Kosten ganz, oder in wie weit sie solche übernehmen können.

5. Die Land-Bau-Inspectoren haben unmittelbar mit Ausarbeitung der spectellen Ansätze zu den dringendsten Bauten oder Reparaturen immer vorzuschreiben, und den übrigen Veranschlagungen alle nöthigen Materialien zu sammeln, weil sie, auf den ad 4. von ihnen zu erstattenden Vorbericht, von Uns sofort mit der Anweisung versehen werden, welche Bauten und Re-

para

paraturen sie, nach Maafgabe der Uns zu Gebote stehenden Fonds, noch anderweitig zur Ausführung durch Veranschlagung vorzubereiten haben.

6. Alle Anschläge, welche ein Bau-Beamter für innerhals seines Bezirks befindliche Bauten, Königl. Patronats-Kirchen-Systeme, auszuwas besten hat, müssen mittelst eines Hauptberichts unselbstbar

Ende September jeden Jahres, nebst den von den Forst-Inspectionen attestirten Holz-Designationen bei Uns eingehen. Ueber jedes neu zu bauende oder in Stand zu setzende Gebäude, ist ein besonderer Anschlag zu fertigen. Sind an mehreren Gebäuden eines Kirchen-Systeme Baue und Reparaturen auszuführen, so sind solche zu rumbmetren. Den Anschlägen ist, als Veilace des Haupt-Berichts, noch eine Haupt-Kosten-Übersicht der Patronats-Bauten im Disirict des Berichtens den Baubeamten beizufügen, welche in der 1ten Rubrik das Kirchen-System, in einer Nebencolumne die Nummer des Anschlags, in der 2ten das Gebäude, auf welches sich der Anschlag bezieht, in der dritten den gesammten Kosten, Betrag, einschliesslich des Holzwerths, und bei Stadt-Kirchen, auch des Fuhrers, und Handbleist-Lohns in Gelde, in der 4ten die Summe des aus dem Kirchen- oder Pfarr-Vermögen dazu zu verwendenden Kostenbetrags, in der 5ten den von den subsidialisch Verpflichteten zu beschaffenden Rest, in der 6ten, wie viel davon auf den Patron

a) mit Holzwerth, und

b) ohne Holzwerth fällt,

und in der 7ten den Beitrag der Eingepfarrten aufführt.

Zu jeder Haupt-Reparatur oder zu jedem Neubau sind, wie es sich vom selbst versteht, besondere Erläuterungs-Protokolle und die nöthigen Zeichnungen beizufügen, wogegen bei minder wichtigen Reparaturen die Erläuterung dem Anschlage selbst in einer besondern Bemerkung, die gleich unter der Aufschrift des Anschlags ihre Stelle findet, beigelegt werden kann. Kommen Veränderungen im Innern des Gebäudes vor, so müssen lineare Zeichnungen, welche die bestehende Einrichtung, und auf einer deckenden Klappe die Veränderungen darstellen, beigelegt werden. Neue Wände aber mit Farben anzulegen, neue Mauern roth, Holzwände gelb.

7. Die Anschläge und Zeichnungen, wenn sie von Uns technisch und kalkulatorisch geprüft und resp. berichtigt sind, werden dem betreffenden Kirchen-Collegio zur Ausführung zugefertigt, welches als bauausführende Behörde die Eingepfarrten, in Betreff der von letztern zu gewährenden Geld- und Natural-Leistungen sofort aufzufordern darf. Sollten diese Anstand nehmen, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, so hat das Kirchen-Collegium die Unterstützung des landrätlichen Amtes in Anspruch zu nehmen. Dasselbe gilt auch, wenn die Gemeinde sich zwar nicht weigert, ihre subsidial-Leistungen zu erfüllen, aber solches auf eine säumige Weise thut.

8. Das

8. Das landrättsliche Amt hat die Weigerung und die Zögerung zu entfernen, und die Erfüllung der Leistung allenfalls durch Zwang zu bewirken, damit der Bau keinen Aufenthalt erleide. Weil die Genehmigung der Anschläge niemals lange vor Winters Eintritt erfolgen kann, die Ausführung zur Schonung theils der Fuhrpflichtigen, theils der Forsten, aus welchen das Bauholz angefahren wird, während des Winters vorbereitet, und gleich mit Eintritt der günstigen Frühjahrs-Witterung der Bau oder die Instandsetzung angegriffen werden muß, so ist ein rasches, kräftiges Verfahren in diesen Angelegenheiten besonders nöthwendig, und wird den landrättslichen Aemtern solches empfohlen.

9. Sollte hingegen die kirchliche Gemeinde, auf die Aufforderung des landrättslichen Amtes, die Aufbringung der von ihr verlangten Geldbeiträge, oder Erfüllung der ihr angesonnenen Natural-Leistungen versagen, so muß das betreffende freislandrättsliche Amt die Weigerungsründe alsbald zur Erörterung stellen, und wenn die betheiligte Communität hierbei nicht sofort des eingelegten Widerspruchs sich begeben, die Sache zur Feststellung des Interimistitel nach der Circular-Verordnung vom 29. November 1822. instruiren.

Die Eröffnung der Entscheidung geht an die Betheiligten durch die landrättslichen Aemter. Wird die Weigerung der Eingepfarrten verworfen, so gilt für die Ausführung der interimistischen Entscheidung das Nämlische, was wegen Vertheilung und Eintreibung nicht versagter Geld- und Natural-Leistungen vorsehend (8.) bestimmt ist.

10. Verzögert sich die vollständige Erörterung der Verhandlungen, die bei Festsetzung des Interimistitel zum Grunde gelegt werden soll, über den Ablauf des Monat December, so hat das betreffende landrättsliche Amt jeder Zeit Anzeige zu erstatten, damit wenigstens die Holz-Anweisung zurückgenommen werden kann.

11. Wenn die Eingepfarrten den Bau oder die Reparatur durch Geld-Beiträge ausführen helfen, so hat die bauausführende Behörde mit den Bevollmächtigten der Kirchen-Gemeinde über die Art der Ausführung des Baues oder der Reparatur sich zu verständigen, dieselben bei den Verhandlungen mit General-Viebernehmern, Materialien-Lieferanten und Handwerkern über die Ausführung des ganzen Werkes oder über Lieferung einzelner Theile des Materialien- und Arbeitsbedarfs, als Mit-Interessenten zuziehen; die unter Berathung des betreffenden Bezirks-Baubedienten, vorbehaltlich Unserer Genehmigung, abzuschließenden Kontrakte, von denselben, als Mitkontrahenten, mit vollziehen zu lassen, so wie, wenn wegen Verinsüßigkeit des Baues oder der Reparatur, oder deren sonstige Beschaffenheit, der Ausführung auf Rechnung der Vorgang gegeben wird, auch darüber mit dem Bevollmächtigten

tigten der Kirch-Gemeinde zu communiciren und dieselben, wo es auf Einschränkung von Verpflichtungen ankommt, daran theilnehmen zu lassen, endlich sie von der Bau-Abnahme zu unterrichten, und es ihnen freizustellen, ob sie derselben beizohnen wollen.

12. Durch diese Vorschriften wird unter andern auch die Erhaltung stet Uebersicht bei der Disposition über die Uns für Bauten und Reparaturen an kirchlichen Gebäuden, Königl. Patronats, zu Gebote stehender Fonds beabsichtigt. Weil nun Schulhäuser, zu denen, wenn sie nicht zugleich Küsterwohnungen sind, Fiskus, als Gutsbesitzer, das rohe Material, falls deren auf dem Gute, wo die Schule sich befindet, wachsen oder gewonnen werden, herzugeben hat, in der Regel aus diesen Fonds nicht unterhalten werden, so sind Anschläge, die dergleichen Schulhäuser betreffen, zwar nicht mit in die §. 4. u. 6. von den betreffenden Bau-Beamten erforderlichen tabellarischen Vor- und Hauptberichte oder Hauptkosten-Nachweisungen aufzunehmen; es finden aber sonst alle vorstehende Bestimmungen auch bei dergleichen Schulhäusern Statt, doch mit der Maßgabe, daß ad §. 1., 2. u. 3. die Bedarfs-Anzeigen von den Schul-Vorständen an die Superintendenden und Kreis-Schulen, Inspectoren zu richten, und von diesen an Uns und den Bezirks-Bau-Beamten zu befördern; ad §. 4. die Erklärung über Zulänglichkeit der in Anspruch zu nehmenden Fonds von den Schul-Vorständen abzugeben ist, da hierunter nicht Kirchen- oder Pfarr-Verordnungen, sondern Schul-Fonds zu verstehen sind, daher es auch einer einzufolgenden Genehmigung geistlicher Vorgesetzter darüber nicht bedarf; ad §. 7., 8. u. 9. von den landrätlichen Aemtern nicht an die Kirch-Gemeinde, sondern an die schulpflichtige Gemeinde zu verfügen, mit derselben zu verhandeln, und den Bedarf an Geld und Diensten von dieser herbeizuschaffen; ad §. 8. u. 11. das Erforderliche von den Schul-Vorständen mit der schulpflichtigen Gemeinde oder deren Vertretern zu verhandeln ist, endlich aber es zu den mit Uebernehmern, Lieferanten und Handwerkern abzuschließenden Verträgen Unserer Genehmigung nur in dem Falle bedarf, wenn die Schul-Fonds den Kosten-Betrag ganz oder zum Theil übernehmen.

13. Die Vernachlässigung der im §. 2., 3., 4. und 6. gesetzten Termine, wird im ersten Falle durch taxirte Erinnerungen, im zweiten und allen folgenden, durch eine sofort mittelst Postvorschuß einzulegende Ordnungsstrafe von Einem Thaler gerügt, gegen welches Verfahren bei ermangelnder Veranlassung zur Berichterstattung nur die Einsendung einer kurzen Negativ-Anzeige schützen kann.

Liegnitz, den 29. December 1822.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

I. No. 671 Aug. c.

No. 15.
Die Nachweisung der
in dem hiesigen Re-
gieungs-Departement
sich aufhaltenden
den Bau- und Ver-
messungs-Condul-
teure, betreffend.

Im Verfolg der durch das Amtsblatt unterm 10. April v. J. bekannt
gemachten Verordnung, werden sämtliche Bau- und Vermessungs- Con-
ducteurs, welche sich in dem hiesigen Regierungs-Departement aufhalten,
hierdurch aufgefordert: ihr Personal-Verzeichniß in vorgeschriebener Ue-
binnen 14 Tagen, bei Vermeidung desjenigen Nachtheils einzureichen, wel-
cher ihnen in gedachter Verfügung bekannt gemacht worden ist.

Begniß, den 10. Januar 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

II. No. 104, Januar a.

No. 16.
Die bei Privat-Thea-
tern zu beobachtenden
Grundsätze betr.

Durch die Verordnung vom 30. July 1821. (Amtsblatt pro 1821.
pag. 216. und 217.) haben Wir die bei Privat-Theatern und Schauspielen zu
beobachtenden Grundsätze bekannt gemacht, und die Herren Landräthe und
Magistrate Unsers Verwaltungs-Bezirks aufgefodert, vorkommenden Falls
darnach zu verfahren. In Verfolg dessen bringen Wir, aus Veranlassung
einer jüngst eingegangenen Bestimmung des Königlichcn Ministerii des In-
nern und der Polizei hiermit noch zur öffentlichen Kenntniß:

daß künftig Privat-Schauspiele niemals gegen Einlaß für Geld,
unter welchem Namen und Vorwande es auch bezahlt und angenom-
men wird, mithin auch nicht als Entschädigung für die Darstellung,
gegeben werden dürfen.

Hierauf steht also den in mehreren Städten Unsers Verwaltungs-
Bezirks existirenden Privat-Theater-Vereinen ferner keine Befugniß zu, gegen
Erlegung von Eintrittsgeld Vorstellungen zu geben.

Begniß, den 22. Januar 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

L. P. 54, R. Novbr. 22.

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

Wegen Einföhrung
der Export-Überr-
schüsse von den Un-
tergerichten.

Sämmtlichen Land- und Stadt-Gerichten, Stadt-Gerichten und Do-
mainen-Justiz-Aemtern hiesigen Departements, mit Ausnahme derjenigen
Gerichte, welchen die gesammten Exportuln als Dienst-Einkommen überlassen
sind, erhalten hierdurch die Anweisung, in Beziehung auf das im Amtsblatt
pro 1820. erhaltene Publicandum vom 4. December 1820., ihre am
Schlusse des Jahres 1822. vorhandenen baaren Bestände, nach Abzug des
zu dem Bedarf des ersten Quartals 1823. außer dem hietigen Zuschusse, er-
forderlichen Betrages, sub rubro Herrschaftl. Justiz-Salarien-Kassen.

Be.

Bestände, an die Haupt-Unter-Berichts-Cassarien-Kasse, längstens bis zum 10. Februar bei 10 Kthlr. letztmöglicher Strafe einzufenden, oder durch Einreichung des im Publicandum vom 4. December 1820. mitgetheilten Schematis binnen gleicher Frist, nachzuweisen, daß keine entbehrlichen Bestände vorhanden seyen.

Glogau, den 23. Januar 1823.

Königl. Preuss. Ober-Landesgericht von Nieder-Schlesien
und der Lausitz.

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Der jetzherige Schul-College Schade zu Odrzig, ward evangelischer Prediger zu Hünnersdorf, Oestrichschen Kreises.

Die Stadtverordneten-Versammlung zu Liebenthal hat den Kaufmann Zimmermann zum unbefol deten Rathmann erwählt.

Bermischte Nachrichten und Aufsätze.

Des Königs Majestät haben allergnädigst geruht, der Wittwe des durch einen Schlechthändler getödteten Grenz-Aussichters Fischer zu Telgte, Regierungs-Bezirks Münster, das ganze Gehalt ihres Mannes als Pension zu bewilligen.

Die der Wittwe des durch einen Schlechthändler getödteten Grenz-Aussichters Fischer zu Telgte, Regierungs-Bezirks Münster, das ganze Gehalt ihres Mannes als Pension zu bewilligen.

Dieses allerhöchste Anerkenntniß der Berufs-Ehre der Grenz-Beamten wird auch die Grenz-Beamten Unseres Departements ermuntern, Muth und Anstrengungen für die Zwecke des Gesetzes, ohne ängstliche Rücksicht für die Zukunft der Ihrigen, zu betheiligen.

Liegnitz, den 21. Januar 1823.

Königl. Preussische Regierung. Zweite Abtheilung.

Nach den hier eingegangenen Listen hat die Zahl der während des vergangenen Jahres in dem hiesigen Regierungs-Bezirk begangenen Verbrechen gegen die öffentliche Sicherheit zusammen 266 betragen.

Bekanntmachung.

Darunter befinden sich 162 Diebstähle, 20 gewaltsame Einbrüche, 22 Brandstiftungen, 1 Straßen-Raub, 1 Raubmord, 7 Kindermorde, 52 Selbstmorde, 1 Todtschlag.

Die

Die Zahl der gefundenen Leichname hat 47 ausgemacht.

Im Jahr 1821. war die Gesamtzahl der Verbrechen 220. Dieselbe ist mithin im Jahr 1822. um 46 gestiegen. Insbesondere ist zu bemerken, daß in diesem Jahre 36 Diebstähle, 14 Brandstiftungen, und 19 Selbstmorde mehr vorgekommen sind, als in dem früheren.

Blessing, den 24. Januar 1823.

Königl. Preussische Regierung. Erste Abtheilung.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 5.)

Am t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

— No. 6. —

Liegnitz, den 8. Februar 1823.

Allgemeine Gesefsammlung.

Das 1ste Stück enthält unter Nummer

- 767) Die Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 1. December 1822., die Ermöglichung der Stempel-Abgabe von Pensionen und Renten, welche Brodbesitzerchaften ihren Dienern hinterlassen, betreffend.
- 768) Die Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 2. December 1822., wegen Ernennung des Staats-Ministers v. Wey zum Präsidenten des Staatsraths.
- 769) Die Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 9. December 1822., betreffend die Ernennung der Mäkler in den Rhein-Provinzen.
- 770) Die Verordnung, betreffend die Aufhebung oder bessere Einrichtung der öffentlichen Schau-Anstalten für Tuch, und andere Wollwaaren, in den Provinzen Preußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Posen und Sachsen. Vom 5. Januar 1823.

Verordnungen der höchsten und höhern Staats-Behörden.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Kabinets-Ordre vom 20. August d. J. zu bestimmen geruht, daß zur Anneldung und Nachweisung aller aus den Jahren 1806. bis 1819. noch rückständigen Forderungen an die Servis, und Garnison, Administration ein öffentlicher Aufruf erlassen und darin eine präclufivische Frist von 6 Monaten festgestellt werde, nach deren Ablauf alle weiteren Ansprüche d. h. für Art für erloschen zu erklären seien.

Die in diese Kategorie gehörenden Ansprüche betreffen:

- 1) die Servis, und Brodgelter für die Soldaten, Frauen und Kinder, vom 1. November 1806. bis ult. März 1810.;
- 2) die Servis, Holz, und Brodgelter für die Soldaten, Frauen und Kinder, vom 1. April 1810. bis ult. December 1819.;
- 3) alle

3) alle sonstigen Ansprüche aus der Servis- und Garnison-Verwaltung, hinsichtlich der Periode bis ult. März 1810. und vom 1. April 1810. bis ult. December 1819.

Eine gleiche präclusivische Frist ist endlich

4) hinsichtlich der Kinder-Pflegegelder aus der Periode vom 1. November 1806. bis ult. December 1819. bestimmt worden.

Indem dieser Allerhöchste Befehl hierdurch zur öffentlichen Kunde gebracht wird, werden gleichzeitig alle Interessenten, event. deren Erben, welche noch unberichtigte Forderungen von der einen oder andern der bezeichneten Kategorien, nach Massgabe der darüber ergangenen Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen, und mit Rücksicht auf die Termin, von wo ab die gedachten Leistungen in den wider vereinigten und neuen Provinzen fällig waren, oder begonnen hatten, zu haben vermehren, hiermit aufgefordert, ihre Liquidationen und Legitimationen innerhalb der oben bemerkten Frist, vom Datum der ersten Bekanntmachung dieses Publicandi angerechnet, zur Prüfung und Feststellung anzumelden, mit der Verwarnung, daß nach Ablauf der bestimmten präclusivischen Frist, alle weitere Ansprüche, ohne Rücksicht darauf, ob solche früher schon irgendwo angemeldet worden, ohne Weiteres und ohne Ausnahme für immer erlöschen.

Die Ansprüche aus den ad 1. 2. und 3. gedachten Kategorien werden bei den betreffenden königlichen Realierungen, und die ad 4. gedachten Kinder-Pflegegelder bei den Intendanturen der resp. königlichen General-Commandos angemeldet.

Zur Begründung der Ansprüche auf Kinder-Pflegegelder sind folgende Justificationsurkunden nöthig:

- 1) die Trau- und Copulations-Scheine der Eltern;
- 2) die Taufschelue der Kinder;
- 3) ein Attest des betreffenden Truppentheils, daß der Vater der Kinder in der Zeit, welche der Rückstand umfaßt, sich stets in activen Militair-Dienst befunden, und daß er in dieser Zeit das Kinder-Pflegegeld nicht erhalten habe; oder daß er im Laufe des Krieges vor dem Feinde geblieben, oder sonst im Dienste verstorben sey.
- 4) Ein dergleichen Attest, daß die Kinder das Pflegegeld und bis zu welchem Monat bezogen haben.
- 5) Ein Attest, daß die Kinder in der Zeit der Rückstands-Periode sich stets in der Garnison des Vaters aufgehalten, am Leben befunden, und das Pflegegeld auch von der Orts-Behörde nicht erhalten haben; im Fall sie aber in der Zeit verstorben sind, ist ein Todtenschein beizubringen; und
- 6) Ein dürftigkeites Attest.

Die Liquidationen hierüber müssen in duplo eingereicht werden und folgende Rubriken enthalten:

1) Der-

- 1) Vor- und Zuname des Vaters,
- 2) Truppentheil, bei dem derselbe in der Zeit des Rückstandes diente,
- 3) Namen der Kinder, welche schon früher im Genuß der Kinder-Pflegegeelder gewesen,
- 4) Geburtsort und Jahr desselben,
- 5) Das Pflegegeld ist früher gezahlt bis
- 6) Zeit, für welche der Rückstand liquidirt wird,
- 7) Betrag der Forderung.

Für Kinder, welche früher noch nicht im Genuße einer solchen Unter-
stützung gewesen sind, darf auch kein Rückstand liquidirt werden. Solche
unbegründete Ansprüche, so wie diejenigen Forderungen, welche nicht in der
vorbenannten Art justificirt erscheinen, werden die Königl. Intendan-
ten ohne Weiteres zurückweisen.

Berlin, den 31. October 1822.

Der Minister des Innern.

Schuckmann.

Der Minister der Finanzen.

Kleist.

Der Minister des Schatzes.

Pottum.

Der Kriegs-Minister.

Hake.

Auf den Antrag des Gerichts, Amtes der Pannseuer Majorats-Güter
zu Hannau, wird nach Vorschrift der Allerhöchsten Verordnung vom 16.
Juni 1819, hiermit bekannt gemacht:

Bekanntmachung.

daß der, dem Bauer und Gerichtskreisherrn Gottfried Schubert zu
Doberschau ertheilte Staats-Schuldschein

No. 45,566. Litt. E. über 200 Rthlr.

bei der daselbst gewesenen Feuersbrunst, entweder verbrannt oder
abgehoben gekommen ist.

Es wird daher derjenige, welcher vielleicht zum Besiz des besagten In-
struments gelangt seyn möchte, aufgefordert, solches der unterzeichneten Con-
trolle, oder dem oben benannten Gerichts, Amte anzuzeigen, widrigenfalls
die gerichtliche Amortisation des benannten Staats-Schuldscheins eingelei-
tet werden wird.

Berlin, den 29. November 1822.

Königl. Controlle der Staats-Papiere.

Verordnungen der Königl. Preussischen Regierung.

No. 17.
Wegen Einfindung
der Nachweisung von
den versorgten Inva-
liden Militair-Per-
sonen.

Durch die Verfügung vom 30. November v. J. (Amtsblatt pro 1822, pag. 362.) haben Wir die Königl. Behörden und die Magisträte Unserer Verwaltungs-Bezirke verpflichtet, uns die erfolgte Anstellung eines versorgungsberechtigten Invaliden jedesmal sogleich anzugehen. Diese Bestimmung wird hierdurch dahin ergänzt, daß jeder Anzeiger von den seit dem 1. Januar dieses Jahres angestellten Invaliden, ein Nationales nach beizugebendem, in allen Rubriken vollständig auszufüllenden, Schema beizufügen ist. **Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.**
Königl., den 26. Januar 1823.

1. M. No. 418. Jan. c.

Schema.

Nachweisung
der versorgten Individuen im Departement der Königl. Regierung zu N. N. pro des Tertial 18..

No.	Vor- und Zusammen.	Blätteriger Aufenthalt. Ort.	Welche Charge sie bekleideten, welchem sie ge- hörten, da sie den Inva- liden-Schein er- hielten, und was sie später gewes- sen sind.	Regiment, bei welchem sie ge- standen; so wie Datum u. Jahr des Civil-Ver- sorgungs- Scheins.	Ob sie Wart- geld oder En- dengehalt aus dem Militair- Pensions-Fonds erhalten, u. aus welcher Special- Kasse?
	In welcher Art sie versorgt worden.				
Bedienung.	Ort wo sie angestellt	Gehalts- Betrag.	Betrag der Dienst-Em- olumente.	von welchem Monat ab das Dienst Einkom- men anhebt?	Bemerkun- gen.
		Rtbl. gGr.	Rtbl. gGr.		

No. 18.
Wegen der in Sta-
ben errichteten Com-
mission zur Prüfung
derer, welche ihrer
Militair-Pflicht durch
freiwillige Einar-
nen-Bezüge genügen
wollen.

Durch die Verordnung vom 2. October v. J., (Amtsblatt pro 1822, pag. 277. u.), ist bereits zu offentlichem Kenntniss gebracht, unter welchen Modifikationen des Königl. Majestät nachgegeben haben, daß junge Leute, durch den Dienst als freiwillige Compagnie- und Escadrons-Equiragen, ihrer Militair-Pflicht genügen können.

Mtt

Mit Bezug auf §. 4. dieser Verordnung, machen Wir hierdurch für die dabei interessirten Behörden, und diejenigen, welche von der Allerhöchsten Bestimmung Gebrauch machen wollen, bekannt: daß für die in Unserem Verwaltemos, Bezirk gelegenen Ergänzungs-Kreise des 5ten Armee-Corps, eine diesfällige Prüfungs-Commission in Blogau besteht, bei welcher der Regiments-Arzt Dr. Güell, als Militär-Mitglied, und der Kreis-Physicus Dr. Wunsch zu Blogau, als Civil-Mitglied, angestellt ist.

Die aus den diesseitigen, zum Ergänzungs-Bereich des 3ten Armee-Corps gehörenden Kreisen gehörigen Individuen, müssen, so lange ein anderes nicht verordnet wird, bei der in Berlin errichteten Prüfungs-Commission, und zwar namentlich bei dem Civil-Präsidenten derselben, Herrn Regierungsrath Wismannu daselbst, Behufs der abzuhaltenden Prüfung, sich melden. **Legniz, den 25. Januar 1823.**

Königl. Preussische Regierung. Erste Abtheilung.
I. M. No. 1300. Jan. 2. c.

Nach erfolgter Compensation der Forderungen für Leistungen und Lieferungen im Jahre 1812, mit der noch unberichtigt verbliebenen Vermögens-
No. 19.
Wegen Einreichung eines besondern Liefererschein-Rechnung, rückständig der ersten Periode des Edicts vom 3. Juny 1814.

Neuer, und, nachdem auch das noch übrig gebliebene Guthaben der Departements-Einsassen vergütet worden, ist nunmehr eine besondere Liefererschein-Rechnung für diese erste Periode des Edicts vom 3. Juny 1814. zu legen.

Die Kreis-Steuer-Kassen des Legnizschen Verwaltungs-Bezirks werden daher aufgefordert, diese Rechnung zuverlässig innerhalb 4 Wochen hiesher einzureichen. **Legniz, den 31. Januar 1823.**

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.
I. 1934. Januar c.

Diesemselben Kreis-Steuer-Kassen des Legnizschen Verwaltungs-Bezirks, nach seinen Grenzen vor dem Jahre 1816., welche nicht bereits über
No. 20.
Wegen der Nachtrag-Lieferungs-Erschein-Rechnungen aus dem Zeitraume vom 1. Januar 1813. bis Ende Juny 1814.

sämmtliche, den Kreis-Einsassen verabsolgte Vergütungen in Lieferungs-Erschein für die Lieferungen und Leistungen in der zweiten Periode des Edicts vom 3. Juny 1814., als der Zeit vom 1. Januar 1813. bis Ende Juny 1814., Rechnung gelegt haben, werden hiermit aufgefordert, ihre diesfälligen Nachtrags-Liefererschein-Rechnungen unfehlbar innerhalb vier Wochen hiesher einzureichen. **Legniz, den 31. Januar 1823.**

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.
I. 1935. Januar c.

No. 21. Nachweisung der unter dem Verhore der Rückkehr und unter Androhung ausländischen Vagabunden und Verbrecher

N.	Name, Stand und Heimaths-Ort.	Religion.	Personal						
			Alter.	Grö. ße.	Haare.	Stirn.	Augen- braun.	Augen.	Nase.
	Der Desert. Deserteur								
1	Joseph Schwarz	katholisch	32	5 5½	braun	bedeckt	braun	blau	spiz
2	Der Oliräten-Händler August Hübnerfeldt aus Gosa im Erzgebirge.	evangel.	37	4 9	—	hoch	—	braun	klein
3	Der Oliräten-Händler Heinrich Deser ebenfalls aus Gosa	—	30	5 4	—	breit	—	blau	klein
4	Franz Hoffmann aus Gissenau	—	38	5 4	schwarz	bedeckt	schwarz	braun	breit
5	Maria Anna Stelzer aus Friedland in Böhmen	katholisch	31	5 —	blond	frei	blond	blau	gebogen
6	Christ. Brendler eben daber Der Tagearbeiter	—	40	5 2	—	erhaben	—	braun	spiz
7	Joseph Weiskert aus Hohenet in Böhmen	desgl.	54	5 1	blond	hoch	blond	blau	spiz
8	desen Frau Anna Maria Weiskert	—	55	5 —	—	—	—	—	geböhnt.
9	Der Weber Anton Anders aus Eingedel in Böhmen	—	15	4 —	—	niedrig	—	—	stumpf
10	Theresa Aust aus Wistbach in Böhmen	—	25	5 2	—	frei	—	grau	spiz
11	Apolonia Walter eben daber Der Schuhmachergeselle	desgl.	24	5 —	bräunlich	niedrig	bräunlich	braun	lang
12	Joseph Innhoff aus Driefe in Böhmen	—	20	5 —	braun	—	braun	blau	geböhnt.
13	Der Tischlergeselle Johann Tefner aus Augsburg	katholisch	21	5 2	braun	bedeckt	schwarzl.	braun	spiz

Königsb., den 21. Januar 1823.

**zweijähriger Fessungs- oder Zuchthaus-Strafe über die Grenz geschafften
für den Monat December 1892.**

B e s c h r e i b u n g.

Rund.	Zähne	Haar.	Kinn.	Gesicht.	Gesichts- farbe.	Statur.	Besondere Kenn- zeichen.	Wohlfu- geschafft? nach	Bemerk- ungen.
mittel.	gut	braun	oval	schmal	gesund	mittler	pocken- narbig	Böhmen.	
klein	—	—	rund	breite	—	—	das rechte Auge ver- letzt	Königreich Sachsen.	
klein	—	schwach	—	länglich	—	schlank	keine	desgl.	
groß	—	schwarz	oval	—	—	—	—	desgl.	
gewöhnl.	gut	—	oval	oval	bläß	schwächl.	—	Böhmen.	
groß	gut	—	oval	oval	gesund	unter- seht	eine Nar- be an der Nase	desgl.	
gewöhnl.	schlecht	—	oval	oval	bläß	schwächl.	keine	desgl.	
gewöhnl.	—	—	oval	oval	—	—	blind auf das linke Auge	desgl.	
gewöhnl.	gut	—	oval	voll	gesund	stark	hat tri- sche Augen	desgl.	
groß	—	—	rund	oval	—	—	keine	desgl.	
gewöhnl.	fehlen einige	—	oval	—	—	mittler	keine	desgl.	
gewöhnl.	gut	schwarz	—	voll	—	schlank	keine	desgl.	
gewöhnl.	schlecht	—	breit	voll	roth	schlank	keine	Bayern.	

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Der bisherige Cantor Gursche zu Kaudten, ward Cantor und 3ter Lehrer bei der evangelischen Kirche und Schule zu Griesstadt; der Adjunctus Kuche zu Vollmisch, Cantor und 1ter Lehrer der evangelischen Stadtschule zu Hagau; der bisherige Schullehrer Schmaschy zu Bergisdorf, evangelischer Schullehrer zu Stadelsdorf, Saganischen Kreises, und der bisherige Schul-Adjutant Schmidt zu Salzbrunn, evangelischer Schullehrer zu Schwirinhau, Volkensbühnschen Kreises.

Der Dominical-Guts-Besitzer v. Nitzsche auf Markersdorf, ward Polizei-Districts-Commissarius Sächsischen Kreises.

Von der Stadtverordneten-Versammlung zu Lahn ist der bisherige Rämmerer Beudet anderweit auf 6 Jahre in dieser Eigenschaft erwählt worden.

Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

Nachricht für Schul-Präparanden.

Denjenigen Schul-Präparanden, welche, Bedufs der diesjährigen Prüfung und Aufnahme in das hiesige Königl. Schullehrer-Seminar, sich bereits gemeldet haben, oder sich noch melden möchten; wird hienit angezeigt: daß diese Prüfung

den 28. Februar und 1. März gehalten werden wird. Außer dem Alter von 17 Jahren, wird diesmal von einem Jeden verlangt und vorausgesetzt, daß er aus einem Hause oder einer Familie komme, wo nicht das Scharlachfieber ausgebrochen ist, oder die damit Befallenen so eben erst wieder hergestellt worden sind; denn, in diesem Falle muß er von der Prüfung zurückbleiben.

Bunzlau, den 1. Februar 1823.

Direktorium des Königl. Schullehrer-Seminariums.

Wohltätigkeits-
Anzeigen.

Der Commissions-Rath Prinz, auf Allgramsdorf, hat der dafigen evangelischen Kirche eine Schenkung von 200 Rthln. in schlesischen Pfandbriefen gemacht. — Von dem zu Pfaffengrund verstorbenen Freigärtner George Friedrich Rudolph sind der evangelischen Kirche zu Buchwald 40 Rthlr., und der Schule zu Quäl 20 Rthlr. vermacht worden.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 6.)

Amts - Blatt

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

— No. 7. —

Liegnitz, den 15. Februar 1823.

Allgemeine Gesefsammlung.

Das 2te Stück enthält unter Nummer

- 771) Die Erklärung wegen der mit der Herzoglich-Sachs-Weimarischen Regierung verabredeten Uebereinkunft, in Betreff der gegenseitigen Uebernahme der Ausgewiesenen und Vagabunden. Vom 27. Decbr. 1822.
- 772) Die Erklärung wegen der mit der Fürstlich-Schwarzburg-Sondershausen'schen Regierung verabredeten Uebereinkunft, in Betreff der gegenseitigen Uebernahme der Ausgewiesenen und Vagabunden. Vom 26. December 1822.
- 773) Die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 9. Januar 1823., daß der Bergbau u., wozu eine Bezeichnung erforderlich, Gewerbesteuerfrei seyn soll.

Verordnungen der höchsten und höhern Staats-Behörden.

Es ist zu Nordhausen ein geprägtes falsches Braunschweig-Lüneburg'sches Zehnpfalerstück zum Vorschein gekommen, welches mit der Jahreszahl 1800. versehen, und den ächten Münzen dieser Art sehr täuschend nachgebildet ist. Die damit vorgenommene Untersuchung hat ergeben, daß dasselbe inwendig, im Kern, aus Silber besteht, und auf die Weise fabricirt ist, daß eine Silberplatte in einen goldenen, nicht schmalen Ring eingefügt, und dieselbe auf beiden Seiten mit dünnen Goldplättchen belegt worden, so daß weder der Strich, noch selbst das Befellen des Randes, den Kern verrathen. Hauptsächlich unterscheidet sich diese falsche Münze von der ächten dadurch, daß sie eine beträchtlichere Dicke, und dessen ungeachtet, ein Mindergewicht von 5 Pf hat, außerdem aber auch

- 1) durch die reine Goldfarbe, welche von derjenigen der ächten legitimen Goldstücke merklich abweicht;

- 2) durch einen etwas klappernden Klang, welcher sich bei ächten Goldstücken nur dann vorfindet, wenn sie einen versteckten Riß oder Spalter haben;
- 3) durch die Gravirung. Sie ist auf der Wappenseite bemerkbar flacher im Ganzen. Die Krone hat eine breitere und gedrücktere Form. Die Kugel darunter ruht nicht auf einem erhabenen Viereck, sondern wird bloß von zwei scharfen senkrechten Strichen eingefasst.

Die Festsans neben dem Wappenschild haben einen auffallend andern Schnitt und Charakter, und die über der Krone befindliche Buchstaben S. und C. stehen ungleich weiter auseinander, als auf den ächten Zehnhalerstücken vom Jahre 1800. Auf der Rehrseite ist der dicke Strich der X krumm, das Wort THALER hat zu kurze und dadurch diese Schrift, die Jahreszahl 1800. ist dagegen, so wie auch das Münzzeichen M. C., zu groß. In der Umschrift ist besonders das C. auffallend anders gebildet, auch das S. und die Schlussstriche viel zu groß, so wie denn auch die beiden Buchstaben D. G. über der X weiter, als wie auf den ächten Zehnhalerstücken, auseinander stehen.

Der Werth des, in diesem falschen Zehnhalerstück enthaltenen Goldes und Silbers, beträgt etwa die Hälfte.

Da zu vermuthen steht, daß von dieser falschen Münze noch mehrere im Umlauf seyn möchten, so wird das Publikum auf dieselbe hierdurch ganz besonders aufmerksam gemacht, und vor deren Annahme gewarnt.

Berlin, den 25. Januar 1823.

Ministerium des Schages. (gez.) v. Lottum.

No. 22.

Erinnerung an die Befehle gegen den Kindermord, und gegen die Verheimlichung der Schwangerschaft und Geburt.

Verordnungen der Königl. Preussischen Regierung.

Auf den Antrag des Criminal-Senats des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Blogau, werden diejenigen Vorschriften der Gesetze, welche auf die Verhütung des Kindermordes, und der Verheimlichung der Schwangerschaft und Geburt sich beziehen, hierdurch aufs Neue in Erinnerung gebracht.

Diese Vorschriften bestehen in Folgendem:

- I. Eine Frauensperson, welche außer der Ehe schwanger geworden ist, ist dafür allein nach den Gesetzen nicht strafbar; auch darf ihr über ihre Schwachheit, bei nachdrücklicher Andeutung, kein Vorwurf gemacht werden.
- II. Eine solche Frauensperson hat von demjenigen, durch den sie Mutter wird, nach den Gesetzen kräftige Unterstützung für sich und das Kind, nach Verschiedenheit der Fälle, zu erwarten, und darf sie sich nur deshalb bei den Gerichten zur nähern Anweisung melden, wenn ein gültiges außergerichtliches Abkommen nicht Platz greifen sollte.

III. Dagegen soll eine solche Frauensperson, so lieb ihr das Leben, die Ehre und ihre Freiheit ist, nachstehende Regeln aufs Genaueste beobachten:

1) Diejenige, welche sich eines außer der Ehe gepflogenen Beischlafs mit einer Mannsperson bewußt ist, muß auf ihre körperliche Beschaffenheit genau Acht geben, und sobald sie das allgeringste Ungewöhnliche wahrnimmt, nicht allein demjenigen, der sie in diese Umstände wahrscheinlich versetzt hat, sondern auch ihren Eltern, oder ihrem Vormunde, oder einer Hebamme, oder einem Geburtshelfer, oder einer andern ehrbaren Frau, welche selbst Kinder gehabt hat, davon Nachricht geben, und sich sowohl während der Schwangerschaft, als bei der Geburt, nach den Anweisungen dieser Personen, zur Erhaltung ihrer Lebensfrucht, aufs Genaueste achten.

Thut sie dies nicht, und es geschieht dem Kinde durch Thun oder Lassen, Leid, so hat die Mutter, je nachdem es vorsätzlich, oder nur durch Schuld geschiehet, das Kind aber beim Leben bleibt oder nicht, öffentliche Hinführung, Staupenschlag, lebenswiderige oder vieljährige Zuchthausstrafe zu erwarten.

2) Bringet sie ein lebendiges Kind zur Welt, und erhält sie dessen Leben durch ihre mütterliche Pflege, so wird sie von aller Strafe der verheimlichten Schwangerschaft und Niederkunft frei. Ist aber die Frucht unzeitig oder todt zur Welt gekommen, oder bald nach der Geburt verstorben, so darf die Mutter, bei der nachdrücklichsten Abmahnung, das Kind nicht wegschaffen, oder verheimlichen, sondern sie muß dafür sorgen, daß selbiges der Obrigkeit auf Erfordern vorgezeigt werden könne.

3) Jede Mannsperson, die sich eines unerlaubten Umgangs mit einer Frauensperson bewußt ist, muß auf die Folgen desselben aufmerksam seyn. Sobald der Schwängerer eine Schwangerschaft vermutet, muß er die Geschwächte zur gesetzlichen Entdeckung vermögen, und wenn solches von ihr nicht geschieht, diese Entdeckung, bei Vermuthung nachdrücklicher, Festungs, oder Gefängnißstrafe, selbst bewirken. Hat er die Geschwächte zum Kindermorde angereizt, so soll er mit dem Velle hingerichtet werden.

4) Eltern, besonders die Mütter, oder die an deren Stelle tritt, die Dienstherrschaften, die Hausbedienten, welche über das weißliche Geseinde die Aufsicht haben, ingleichen die Haus, und Stuben, Verwalterinnen, bei welchen ledige Personen sich aufhalten, müssen auf die einer Schwangerschaft verdächtigen Personen genau Acht haben, und sobald ihr Verdacht zukommt, die Geschwächte durch geuliche Ermahnungen zum Geständniß bringen, bei beharrlichem Leugnen aber den Vorgang der Obrigkeit zur weitem Verfügung anzeigen.

Wer dies unterläßt, verfällt in eine verhältnißmäßige Gefängniß, Zuchthaus, oder Festungsstrafe.

Wer

Wer sonst zum Kindermord, oder zur Verheimlichung der Schwangerschaft, oder Geburt, eine Frauensperson anreizt, oder eines oder das andere begünstiget, wird mit dem Tode hingerichtet, oder mit nachdrücklicher Kettenstrafe belegt.

- 5) Auch solchen Personen, welche mit der Geschwängerten in keiner besondern Verbindung stehen, lieget ob, dieselbe wann sie ihnen ihre Schwangerschaft anvertrauet oder eingestehet, zur Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften anzumahnen.

Nehmen sie wahr, daß die Geschwächte ihre Schwangerschaft auf eine geschwindige Weise zu verheimlichen willens ist, so müssen sie solches ihren Eltern, Vormündern, oder andern Personen, unter deren nähern Aufsicht sie sich befindet, oder auch der Obrigkeit ungesäumt anzeigen. Die unterlassene Beobachtung dieser Vorschriften soll mit einer dem Vergehen angemessenen Gefängniß, Strafe geahndet werden.

- 6) Hebammen, denen eine außer der Ehe geschwängerte Person sich entdeckt und anvertrauet, müssen sich derselben nach ihrer Instruction treulich annehmen, sie mit Stillsitz und Schonung behandeln, und die ihnen gemachte Entdeckung, bei Vermeidung schwerer Verantwortung so lange verschweigen und geheim halten, als keine Gefahr eines von der Geschwächten an dem Kinde zu begehenden Verbrechens die Anzeige an die Obrigkeit notwendig macht. Eine gleiche Pflicht der Verschwiegenheit liege auch allen andern Personen ob, denen die Geschwächte sich entdeckt hat, so daß sie die Schwangerschaft nur im höchsten Nothfall, und auch alsdann nur der Obrigkeit oder den Gerichten des Orts anzeigen dürfen.

- 7) Die Vorgerichte auf dem Lande sind schuldig, wenn ihnen eine solche Anzeige geschieht, oder wenn sie selbst inne werden, daß eine unverschwägerte Weibsperson am Orte ihre Schwangerschaft zu verbergen suche, solches dem Gerichtshalter, oder der Gerichtsobrigkeit sogleich, bei nachdrücklicher Abmahnung, sofort zu melden, damit die Sache näher untersucht, und zur Verhütung eines möglichen Verbrechens, die nöthigen Anstalten getroffen werden können.

Sämmtliche Pollzei-Behörden werden zugleich darauf aufmerksam gemacht, daß von dem besondern Publicandum, welches die vorstehenden Vorschriften umfaßt, ein Exemplar in jeder Ortschaft, an öffentlicher geeigneter Stelle, zur Einsicht des Volks, fortwährend ausgehangen seyn soll.

Erlaßt, den 5. Februar 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

I. P. 1159. December v. J.

Die für das hiesig: Reglerungs-Departement ermittelten Martini-Marktpreise pro 1822. sind:

für den Scheffel Roggen	1	1	26	Sgr.	10	Pf.
" " Hafer	1	1	2	1		
" " Centner Heu	1	1	28	10		
" " das Schock Stroh	5	1	11	4		

Das 4te Departement im Königl. Kriegs-Ministerio hat genehmiget, daß diese Preise bei der Vergütung der von Einsassen unsers Verwaltungs-Bereichs im Jahre 1823. verabreichten Militair-Verpflegungs-Naturalien in Anwendung kommen, welches Wir den Behörden und Einsassen zur Nachricht und Achrung hierdurch bekannt machen.

Liegnitz, den 6. Februar 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

I. 308. Februar c.

In die Stelle des verstorbenen bisherigen Schul-Collegen Hüntel ist von der Königl. Regierung zu Breslau der dasige Schul-College Hänel bei dem Gymnasio zu St. Elisabeth, zum nunmehrigen Administrator der Schummelschen evangelischen Schullehrer-Wittwen-Kasse daselbst ernannt worden.

Diesjenigen, welche mit dieser Kasse in Verkehr stehen, werden daher hiervon in Kenntniß gesetzt, um sich nunmehr an den obgenannten Schul-Collegen Hänel zu wenden.

Liegnitz, den 1. Februar 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

I. 2128. Januar c.

Auch für das laufende Jahr sind in unserm Verwaltungs-Bereich mehrere Beschäl-Stationen eingerichtet worden, und zwar namentlich:

- 1) zu Schlauphoff, Liegnitzschen Kreises, mit 5 Beschälern,
- 2) zu Grödlitzberg, Goldberg-Hannauschen Kreises, mit 2 Beschälern,
- 3) zu Lauban mit 2 Beschälern,
- 4) zu Carolath, Freistädtschen Kreises, mit 3 Beschälern,
- 5) zu Wenig-Nachwitz, Löwenbergischen Kreises, mit 2 Beschälern.

Sämmtliche Beschäler sind bereits gestern aus dem Königl. Land, geführt zu Leubus auf die Stationsorte abgegangen, und können also schon früher als sonst benutzt werden.

Wir fordern diejenigen Pferdebesitzer, welche geneigt sind, von dieser für die Pferdebeute so nützlichen Einrichtung Gebrauch zu machen, hierdurch auf, das Kosten der Stuten wahrzunehmen, und nicht zu verabsäumen, daß sie zeitgemäß zu den Nachspringen gestellt werden, weil nur, wegen Unterlassung dieser Beobachtungen, es sich erklären läßt, daß zeitlich so wenig Fohlen

No. 23.

Die ermittelten Martini-Marktpreise pro 1822. als Vergütungs-Sätze für das Jahr 1823, derstehend.

No. 24.

Den neu ernannten Administrator der Schummelschen Schullehrer-Wittwen-Kasse in Breslau betreffend.

No. 25.

Wegen der für das Jahr 1823. im Liegnitzschen Departement errichteten Beschäl-Stationen.

erzlegt worden, und die Pferdezuucht überhaupt noch nicht so weit gediehen ist, daß, wie in andern Reglerungs-Bezirken, mit wesentlichem Vortheil für die Pferdezuucht geschieht, die Militär-Remonte-Commission eingeladen werden kann, auch im liegnitzschen Reglerungs-Departement sich einzufinden, Besichtigungs-Stationen zu bestimmen, und daselbst mit dem Ankauf von Pferden für Staats-Rechnung vorzugehen.

liegnitz, den 11. Februar 1823.

Königl. Preussische Regierung. Erste Abtheilung.
I. Pl. No. 344. Februar c.

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

Wegen des Unterschiedes zwischen reinen Verkäufen und verkäuflichen Guts-Überlassungen.

Die von mehreren Unter-Gerichten, in Folge der Bestimmungen des §. 5. litt. a. und b. des neuen Stempel-Gesetzes vom 7. März 1822., darüber nachgesuchte Belehrung:

worin eigentlich der Unterschied zwischen reinen Verkäufen und verkäuflichen Guts-Überlassungen bestehen?
Ist von dem hohen Finanz-Ministerio, unterm 13. December v. J., dahin erfolgt:

daß verkäufliche Guts-Überlassungen im Gegensatz vom eigentlichen Verkaufe, insonderheit bei Bauerhöfen, häufig vorkommende Verträge solche sind, wodurch der Eigenthümer schon bei seinem Leben einem sei-ner Erben, das Eigenthum und die Bewirtschaftung des Hofes nach einem Geld-Anschlage, und zuweilen mit Vorbehalt eines sogenannten Alten Theils dergestalt abtritt, daß der Geld-Anschlag oder Kaufwerth dazu dient, erbsehaftliche Verhältnisse zwischen den Pactisgenten, oder zwischen dem Uebernehmer des Guts und seinen Mit-erben auseinander zu setzen. Dergleichen Verträge würden nun ohne die Bestimmung im neuen Stempel-Gesetz §. 5. litt. b., dem Kaufstempel unterliegen. Das Gesetz will sie aber, da sie meistens nur der künftigen Erbfolge vorzuziehen, nicht dadurch erschweren, daß der Uebernehmer den Kaufstempel für etwas bezahlen muß, was er über kurz oder lang durch die Erbfolge vielmehr umsonst erhalten wird, darum bestimmt es, daß verkäufliche Guts-Überlassungen an Descendenten, den Ehenkungen unter Lebendigen gleich zu achten sind. Hierdurch werden die Descendenten von dem, was sie durch verkäufliche Guts-Überlassungen erhalten, frei, und dasselbe findet auch in Ansehung des Alten Theils, oder desjenigen Theils des Kaufwerthes statt, welchen sich der Abtretende vorbehalten möchte. Sollten aber dem Uebernehmer Leistungen an Nicht-Descendenten des Abtretenden auferlegt worden sein, so werden diese

den Erbschafts-Stempel davon entrichten müssen. Es steht die Ueberlassung des ganzen Guts solcher Art an Nicht-Descendenten, so tritt der Kaufstempel, welcher milder als der Erbschafts-Stempel ist, alsdann ein, und nur der etwa vorbehaltene Alten-Theil bleibe dann gleichfalls von der Berechnung des ersten ausgeschlossen.

Vorstehendes wird sämmtlichen Gerichten in dem Departement des unterzeichneten Königl. Ober-Landes-Gerichts hierdurch zur Nachricht und Nachsicht bekannt gemacht. Breslau, den 24. Januar 1823.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Schlesien.

Nach einem von den beiden Königl. Ministern der Justiz und der Finanzen unterm 19. September v. J. gefassten Beschlusse, soll es bei der bisherigen Einrichtung, wegen Erhebung der Tantieme mit einem Viertel des Stempel-Betrages von dem Inquilenten, oder dem Secretario causae, für das Liquidiren und Einziehen des Stempels zu den Erkenntnissen in Criminal- und fiskalischen Untersuchungs-Sachen, zum Besten des Stempels-Interesse, auch ferner verbleiben.

Die Erhebung der Stempel-Tantieme betreffend.

Desgleichen ist von dem Königl. Finanz-Ministerio unterm 30. October v. J. bestimmt worden, daß es in dergleichen Untersuchungen, der wirklichen Nachlassung des nachliquidirten Stempels zu den Acten, nicht bedarf, sondern es hinreichend ist, wenn die Quittung der nächsten Haupt-Zoll- oder Haupt-Steuer-Kasse, an welche der Geld-Betrag für den Stempel abgeführt worden, den Acten beigeheftet wird. Da die Haupt-Steuer- und Haupt-Zoll-Ämter des hiesigen Königl. Regierungs-Departements bereits mit der nöthigen Anweisung versehen sind, über die in dergleichen Fällen nachliquidirten Stempel so viele besondere Quittungen zu erteilen, als veranlassende Untersuchungen vorhanden sind, dergestalt, daß zu jedem Actenstück in einer solchen Sache die betreffende Quittung gebracht werden kann; so wird dieses den sämmtlichen Gerichten in dem Departement des unterzeichneten Königl. Ober-Landes-Gerichts hiermit zur Nachricht und Nachsicht bekannt gemacht. Breslau, den 24. Januar 1823.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Schlesien.

Da, wie sämmtlichen Inquisitoraten und Unter-Gerichten in dem Departement des unterzeichneten Königl. Ober-Landes-Gerichts, bereits am 16. August v. J., bekannt gemacht worden, der öffentliche Fond zur Verwaltung demselben auch wieder übergeben worden, so sind Zweifel über die jetzige Form der Kosten-Liquidationen in solchen Untersuchungen, wo Fiscus die Kosten trägt, erregt worden. Es versteht sich nun aber von selbst, daß jetzt nur ein Exemplar der Liquidation in diesen Untersuchungen eingereicht werden darf, es können aber auch auf dem Titelblatt die sub Litt. A. 1. bis inclusive B.

Die Form der Kosten-Liquidationen in solchen Untersuchungen, wo Fiscus die Kosten trägt, betreffend.

und

und E., vorgezeichneten Vorlagen des im Amtsblatt vom Jahre 1821. Seite 251., entworfenen Schema's solcher Liquidationen wegzubringen, welches hier durch sämmtlichen vorbenannten Behörden zu Ihrer Nachricht bekannt gemacht wird. Breslau, den 27. Januar 1823.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Schlesien.

Verordnungen der General-Commissionen.

Bekanntmachung.

Nach der Verfügung des Königl. General-Post-Amtes an die Post-Kemter, vom 17. December 1820., sind die Posthalter verpflichtet, in den Fällen, wo der mit Extrapost Reisende sich an dem Bestimmungsorte seiner Reise nicht über 6 Stunden aufhält, denselben gegen Erlegung der Hälfte des gewöhnlichen Extrapostgeldes wieder zurückzunehmen.

Da nun das Regulativ, vom 28. Februar 1816., den Königl. Beamten, welche mit Extrapost zu reisen befugt sind, nur diejenige Reisekosten-Vergütung zubilligt, welche an Extrapost-Kosten zu entrichten gewesen seyn würden, so kann in Fällen, wo der Aufenthalt des Beamten am Orte des Geschäfts unter 6 Stunden dauert, auch ein Mehreres nicht, als die Hälfte des Extrapost-Kostensatzes, für die Rückreise liquidirt werden.

Dies machen wir sämmtlichen Beamten unseres Ressorts hiermit zur Akrkung bekannt.

Solbin, den 21. Januar 1823.

Königliche Preuss. General-Commission für den Frankfurtschen Regierungs-Bezirk und die Lausitz.

Die Porto-Freiheit in ausschließlichen u. bürgerlichen Regalungs- und Gemeinheits-Teilungs-Angelegenheiten betr.

Die im 50. Stück Seite 365 — 367. des Regalkischen Amtsblatts, vom 14. December 1822., enthaltene Bekanntmachung der Königl. General-Commission für den Frankfurtschen Regierungs-Bezirk und die Lausitz, vom 18. November v. J., wegen der Portofreiheit in gutherrlichen und bürgerlichen Regalungs- und Gemeinheits-Angelegenheiten, findet auch auf unsern Geschäftsbereich vollkommen Anwendung, und weisen wir daher alle Unsern Behörden und Beamten, welche in Gegenständen unseres Ressorts Aufträge anzunehmen haben, so wie nicht minder das betreffende Publikum, auf die darin enthaltene Bestimmungen zur Nachachtung und Kenntnisaufnahme hin.

Breslau, den 27. Januar 1823.

Königl. General-Commission für Schlesien.

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Der Ober-Steuer-Inspecteur Conradt zu Hirschberg ist zum Steuer-Rath ernannt worden.

Der Besitzer von Nieder-Polschitz, Lieutenant Fischer, ward Districts-Polizey-Commissarius Jauerschen Kreises.

Der Stadt-Richter und Bürgermeister Rathdt zu Neusalz, ist zum Kreis-Justiz-Commissarius für den Grünberg'schen Kreis ernannt worden.

Der Pfarrer Ellge zu Warchau ist schon im April v. J. zum E. priester des Barmser Sprengels ernannt worden.

Der Doctor medicinae et chirurgiae Lindner zu Vollenhain, erhielt die Approbation als praktischer Arzt und Operateur in den Königl. Landen.

Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

Historische Nachrichten aus dem Königl. Preussischen Regierungs-Departement für den Monat Januar 1823.

Hohes Alter.

Am 8. v. Mts. starb zu Adersdorf, Beckenhaynschen Kreises, die Auzüger, Wittwe Anna Rosina Klose, in einem Alter von 89 Jahren 10 Monaten, an Altersschwäche.

Kirchen- und Schul-Wesen.

Wir haben die im verfloßenen Jahre zu Unserer Kenntniß gelangten, und zum Theil schon einzeln angezeigt, für Kirchen und Schulen dieses Regierungs-Departements, so wie für Arme und Armen-Anstalten, und zu andern milden Zwecken gemachten Legate und Schenkungen, zusammenstellen lassen.

Darnach sind zugewendet worden:

1) evangelischen Kirchen und Schulen	22,663 Rthlr. 6 Egr. —
2) katholischen Kirchen und Schulen, mit Einschluß neuer Mess.-Foundationen	4,421 — 14 — —
3) Armen und sonstigen milden Zwecken	5,150 — 20 — —
überhaupt	32,234 Rthlr. 20 Egr. —

Hierunter ist zwar ein, zum Wiederaufbau der hiesigen, im vorigen Jahre durch Blitzstrahl eingeäscherten evangelischen Kirche zu Unserer Lieben Frauen, gemachtes Geschenk von 2000 Rthlrn. mitbegriffen, welches bis jetzt noch nicht hat erhoben werden können; aber es sind in j. ner Haupt-Summe

auch nicht enthalten, die einzelnen Kirchen gemachten Beschenke an Sachen, die bei Kirchen- und Schulbauten freiwillig gelieferten Materialien und gemachten Anstrengungen, und eben so wenig die zur Vertheilung an katholische Schulkinder gelangten 1000 Exemplare von Bibeln und neuen Testamenten. Nimmt man hiezu die besonders Gaben, welche Abgebrannten, vom Hagel Beschädigten, oder sonstigen, einer Unterstützung bedürftigen Armen, besonders in den Wintermonaten, mit Feuerungs-Mitteln und an baaren Geld-Unterstützungen zu Theil geworden, so erlangt man die beruhigende Ueberzeugung, daß der rege Wohlthätigkeitssinn der Einwohner Schlesiens, und insbesondere des hiesigen Regierungs-Departements, dem so manche, noch segensreich fortwirkende Institution ihr Entstehen verdankt, auch unter ungünstigen Zeit-Umständen nicht das Erlischen kennen.

An neuen Vermächtnissen und Schenkungen aus dem Löwenberger Kreise sind Uns angezeigt worden: 100 Rthlr., welche die in Langwasser verstorbene Bauersfrau Rosine Gielach den Orts-Armen vermacht. Ferner hat der zu Oppersdorf verstorbene Häusler Joseph Windler testamentarisch für die Orts-Schule 50 Rthlr., für die Orts-Armen 15 Rthlr. und für eine Waise 30 Rthlr. bestimmt.

Verdienstliche Handlungen.

Am 24. December v. J. rettete die Johanna Geisler zu Moblau, Bunzlauer Kreises, einem 6-jährigen Knaben, der in den, Tags vorher aufgerissenen, Mühlen-Leich gefallen war, das Leben. — Der Polizei-Districts-Commissarius Freiherr v. Arnold, auf Läsgen, Grünbergischen Kreises, hat sich das Verdienst erworben, den erstorbenen Stiefsohn des Wüdners Helme auf gedachtem Gute, der schon für todt gehalten wurde, durch zweckmäßige und anhaltende Anwendung der Wiederbelebungs-Versuche, seinen Eltern zu erhalten und dem Leben wieder zu geben. Am 8. war der Gerettete schon wieder fähig und tüchtig, seinen Stiefvater in den Holschlag zu begleiten.

Unnatürliche Todesfälle.

Erstbt gemordet haben sich 4 Personen; 2 Kinder verloren in Folge vernachlässigter Aufsicht ihr Leben. Außerdem starben 7 Personen eines unnatürlichen Todes, worunter einige E. frorne befindlich.

Feuersbrünste.

In der Nacht vom 6. zum 7. Januar brannte in dem Hirschberger Kreise, Dorfe Hohenwiese eine Häuslerstube ab. Ein 21-jähriger Knabe fand dabei seinen Tod, weil seine Rettung aus Verhinderung des Vaters vergriffen worden.

Am 31. December v. J. glugten zu Langenau, Görlitzer Kreises, das Wohngebäude der dortigen Brauerei nebst Kuchstall; am 3. Januar zu Klein-Schweln, Hogoauschen Kreises, eine Dreschgärtner-Stelle; am 10. in demselben Kreise, zu Altersdorf, 4 Dreschgärtner-Stellen, die Scheune eines Bauers.

Bauergchöfs und der Stall der herrschaftlichen Brauerei, und am 11. zu Zohnsdorf, Landshuter Kreises, die sämmtlichen Wohngebäude einer Freigärtner-Stelle, und eine davon entfernt belegene, zu einer andern Besizung gehörige Scheune, durch Brand verloren.

Zu Cosel, Glogauschen Kreises, wurden in der Nacht vom 23. zum 24. December v. J. zwei Bauergchöfe, in einer Vorstadt zu Hirschberg in der Nacht vom 16. zum 17. d. M. die Scheune der Ober-Mühle nebst Schuppen, und zu Zohnsdorf, Edwenbergischen Kreises, am 22. d. Mts. eine Häuslerstelle eingedäschert.

Pleigniß, den 1. Februar 1823.

Königl. Preussische Regierung. Erste Abtheilung.

Der Huf- und Waffenschmidt, auch Bauerguts-Besizer, Christian Friedrich Weinhöld zu Hohenliebenthal, hat der dasigen evangelischen Kirche eine Schenkung mit einem Capital von 100 Rthln. gemacht. Von dem zu Frankenstein verstorbenen Pfarrer in Arnsdorf bei Schmiedeberg, Amand Barsch, ist in seinem hinterlassenen Testament der katholischen Schul-Kasse zu Arnsdorf ein Capital von 100 Rthln. legirt worden. Eben so hat der zu Goldberg verstorbene pensionirt gewesene Accise-Controllleur Peterwih, der dortigen Armen-Kasse 4 Rthlr., der dasigen Stadt-Schule 4 Rthlr., und der Stadt-Pfarrkirche daselbst 2 Rthlr., als Vermächtniß, beschieden.

Wohltätigkeits-
Anstalten.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 7.)

Amtsblatt

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 8.

Liegnitz, den 22. Februar 1823.

Verordnungen der Königl. Liegnitzschen Regierung.

Die Truppen, welche nach der Bestimmung der durch das vorjährige Amtsblatt pag. 81. n., unterm 28. März 1822., von uns zur öffentlichen Kenntniß gebrachten Bestimmungen der Instruction vom 15. desselben Monats, die Vergütung für die auf den Marschen empfangene Beföstigung und den erhaltenen Vorspann sogleich zur Stelle baar bezahlen, sind häufig nicht im Stande, die Empfangs-Bescheinigungen der Communen zum Rechnungs-Bezug beizubringen, und ersuchuligen den Mangel damit, daß die Gemeindevorstände, besonders auf dem platten Lande, die Quittungen wegen der damit verbundenen Schreiberei, selten ausstellen wollen, und sich meistens auf einen kurzen Vermerk in den Marschrouten beschränken.

Dadiese Art von Quittung aber nicht genügt, theils weil sie meist nicht lesbar geschrieben ist, theils weil auch die bestehenden Vorschriften eine andere besondere und vollständige Quittung verlangen, so sind die Königl. Ministerien des Innern und des Krieges dahin übereingekommen, daß die Communal-Behörden mit gedruckten Quittungs-Formularen versehen werden sollen, deren Ausfüllung nur wenig Zeit und Mühe, auch für den im Schreiben nicht Geübten, erfordert.

Indem Wir den landrättslichen Behörden Unseres Verwaltungs-Bezirks folches zur Beachtung hierdurch bekannt machen, bemerken Wir zugleich, daß dergleichen Quittungs-Formulare, auf Kosten der Kreis-Communal-Fonds, von der alten Güntherschen Druckerel in Blogau, oder von der am hiesigen Orte befindlichen Communal-Behörde dieser Druckerel bezogen werden können, wo das Ritz zu drei Thaler, in der Größe eines Quartblatts, für Papier, Satz und Druck abgelassen wird, und daß nächstens den landrättslichen Behörden dergleichen Formulare zur Probe von hier aus zugehen werden.

Zugleich weisen Wir die Communal-Behörden an, diese Quittungen überall und gegen baare und vollständige Bezahlung zu verabsorgen, so wie jede etwaige Weigerung von Seiten der Militärs zur Leistung der in den

K

Marsch

No. 26.
Die Ertheilung der Bescheinigungen für die den marschirenden Truppen voranzurückende Beföstigung und Vorspann betr.

Marschrouten benutzten Zahlung, sofort zur Kenntniß des betreffenden Kreis-Landraths zu bringen, damit dieser sodann das Weitere entweder selbst, oder durch Berichtserstattung an Uns veranlassen kann.

In Fällen, wo das marschirende Militär zur Bezahlung des Vorposten und der Verpflegung kein Geld bei sich hat, und dies in der Marschroute gehörig vermerkt ist, muß auch ferner nach der Bestimmung der oben erwähnten Amtsblatt-Befugung, vom 28. März 1822, ad 3., verfahren werden.

Liegnitz, den 9. Februar 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

J. M. No. 37. Rescr. Januar. c.

Verordnungen fremder Behörden.

Publicandum

Durch den Umstand: daß Schürfer bei ihren Schürfarbeiten sich oft auch dann, wenn solche bereits einige Leufe erlangen, gemeiner Tage, Arbeiter bedient haben, ohne eine sachverständige bergmännische Leitung dabei sich zu verschaffen, sind Unglücksfälle herbeigeführt worden. Dies hat veranlaßt, Seitens der Hohen Ober-Berg-Hauptmannschaft, zu verordnen: jeden Schürfer — wie hiermit geschieht — anzuweisen: sobald er noch, wendig findet, seine Schürfe in weitere als eines Lachters Leufe abzusinken, dem Königl. Berg-Amt des Reviers, in welchem das Schürf-Geld sich befindet, davon sogleich Anzeige zu machen, damit ihm gedachtes Berg-Amt für das weitere Schürf-Abteufen einen Bergmann aus dem Revier als Arbeiter und Leiter der Arbeit, des fernern Schürf-Abteufens zuordne, welcher das Technische dabei zu bestimmen und den Revierbeamten von dem Gange der fernern Schürf-Arbeit in steter Kenntniß zu erhalten, und auf Ausföhrung der von demselben etwa anzugebenden besondern Bestimmungen zu setzen hat. — Einen solchen Berg-Arbeiter für die Schürf-Arbeiten, welche die Leufe von einem Lachter überschreiten, anzunehmen, darf kein Schürfer sich weigern, oder er wird sich eine umständliche Controllirung seiner Schürf-Arbeiten, auf seine Kosten gefallen lassen müssen. Sollte ein Schürfer diese Anordnung nicht befolgen, und seine Schürfe über ein Lachter tief treiben, ohne vorher die Zuordnung eines Bergmanns bei dem Königl. Berg-Amt, in dessen Revier er schürft, nachgesucht und erhalten zu haben, so wird er, wenn bei der Schürfarbeit ein Arbeiter durch vernachlässigte Vorsichtsmaaßregeln verunthätet, allemal zu gerichtlicher Untersuchung gezogen; wenn aber auch kein Unglücksfall erfolgt, wegen dergleichen unterlassenen Anzeige in eine angemessene Geld- oder Gefängniß-, Strafe von Berg-Polizeiwegen genommen werden. Breg, den 31. Januar 1823.

Königl. Preuß. Ober-Berg-Amt für die Schleßischen Provinzen.

Per:

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Die Stadtverordneten-Versammlung zu Goldberg hat die künftigen Rathsherren, Buchbindermeister Schnüres und Kaufmann Eichler, anderwärts, und den Apotheker Hoffmann auf 6 Jahr zu unfesetzten Rathsherren erwählt.

Der künftige Lehrer Fuchs zu Cusitz, ward evangelischer Schullehrer zu Einsen, Ologauschen Kreises.

Dem von Woblan nach Ologau als Garnison, Staats, Arzt versetzten D. Conrad ist die freie innere und äußere Medicinal-Praxis gestattet.

Bermischte Nachrichten und Aufsätze.

Die Anzahl der Züchtlinge in dem Zuchthause zu Jauer belief sich mit dem Schlusse des Jahres 1821. auf 219 männliche und 54 weibliche; zu- sammen also auf 273.

Im Laufe des Jahres 1822. sind daz. gekommen 202, zusammen 475; und davon wieder abgegangen 176. Es verblieb daher am Schlusse des ver- flossenen Jahres ein Bestand von 299 Züchtlingen.

Von denselben gehörten zur Isten Klasse 108 männliche und 27 weibliche, zusammen 135; und zur IIten Klasse, welche die schwereren Verbrechen um- faßt, 135 männliche und 29 weibliche, zusammen 164.

Es sind während des verlossenen Jahres zusammen 13 Züchtlinge ver- storben.

Unter den seit der neuen Organisation dieser Anstalt neu eingeführten Straf- und Besserungs-Mitteln haben die Beschränkungen von kleinen Ge- nüssen, welche nur dem Fleißigen und Thätigen zur Aufmunterung von Zeit zu Zeit gestattet werden, (als z. B. das Taback-uchen oder Schnupfen), so wie die Versetzungen aus einer Klasse in die andere, besonders wirksam sich erwiesen.

Durch Arbeiten der Züchtlinge sind im Jahre 1822. geliefert und resp. gewonnen worden:

a.	11,281 Stück an wollenen Gespinnst zu	3055 Rthl.	12 Egr.	2½ Pf.
b.	1603 Paar Strümpfe, Socken u. dergl. zu	84 „	6 „	3½ „
c.	406½ Pfd. geriffene Federn zu	72 „	10 „	— „
d.	25 Pfd. gespinnne Aeschaare	— „	18 „	9 „

Summa des Arbeit-Verdienstes 3212 Rthl. 17 Egr. 2½ Pf.

Hierunter sind die bedeutenden Ersparnisse nicht begriffen, welche da- durch gemacht worden sind, daß man das zur Züchtling-Kleidung erforder- liche Tuch selbst sämmtlichen Kleidungsstücken durch Züchtlinge hat fertigen lassen,

lassen, auch die selben, insofern es unnachtheilig geschehen konnte, als Maurer, Zimmerleute, Dachdecker, Töpfer, Tischler u. s. w., bei den beträchtlichen Bauten und Reparaturen, die während des vorigen Jahres an dem Zucht haus-Gebäude vorzunehmen gewesen sind, unausgesezt beschäftigt hat. Diese Bauen sind ohne Zuziehung eines Baumeisters, und mit Ausnahme der Schmiede, Schlosser, Klempner, und Glaser-Arbeiten, lediglich durch die Hände der Züchtlinge unter der geschickten Leitung des thätigen Direktors der Anstalt tüchtig ausgeführt worden.

Es ist dadurch nicht allein eine größere Festigkeit und Sicherheit des Hauses bewirkt, und ein geräumigerer Platz für die noch immer wachsende Zahl der Sträflinge gewonnen, sondern auch das Gesundheits-Interesse wesentlich gefördert und eine günstige Lenkung der weiblichen Züchtlinge von den männlichen zu Stande gebracht worden.

Die innere Ordnung der Anstalt hat gleiche Fortschritte gemacht, besonders nachdem eine Auswahl erprobter und versorgungsberechtigter Invaliden in die Stellen der Unterbeamten eingerückt ist.

Auch die Sorge für die moralische Besserung der Züchtlinge durch Religions-Unterricht hat man fortwährend sich angelegen sein lassen.

Die Geistlichkeit beider Konfessionen ist in ihren derfalligen Bemühungen wesentlich unterstützt worden durch die hiesige Direktion der Bibel-Gesellschaft, von welcher der Anstalt ein namhafter Geschenk von Bibeln und Neuen Testamenten zugehellt worden ist, so wie durch einen gemeinnützigen Menschenfreund, der dem Verfall des Hauses die für den Gottesdienst der katholischen Glaubensgenossen erforderlichen Kirchen Geräthschaften freigebig überwiesen hat. Koenig, den 15. Februar 1823.

Königl. Preussische Regierung. Erste Abtheilung.

**Wohlfahrts-
Anstalten.**

Von dem Patrozinio, den eingepfarrten Herrschaften und der armen Kirchgemeinde zu Kiesel, Hochobersachsen Kreises, wurde daselbst in einem Zeitraum von noch nicht zwei Jahren ein ganz neues massives Schulhaus n. h. t. Zubehörs erbaut, wie auch m. t. f. h. bedeutendem Kostenaufwand die dasige Kirche, der Thurm und die Pfarrwohnung in Stand gesetzt.

Auch machte der Töpfermeister Johann Traugott Kothbach in Neu-Kreba, der dasigen Kirche ein freiwilliges Geschenk von 30 Rthlr. Courant.

Der zu Nieder-Gröbzig verstorbene Dominik L. Gurschiger Bursche hat in seinem hinterlassenen Testament der Gemeinde zu Wittenberg ein Capital von 50 Rthlr., von dessen Zinsen für zwei arme Kinder das Schulgeld bezahlt werden soll, und der Armen-Kasse zu Gröbzig 20 Rthlr., deren Zinsen alljährlich unter die Armen in Gröbzig zu vertheilen sind, als Legate vermacht.

(Hierbei ein öffentlicher Angeiger No. 2.)

A m t s = B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

— No. 9. —

Liegnitz, den 1. März 1823.

Des Königs Majestät haben die vacante Chef-Präsidentenstelle der Regierung zu Liegnitz dem Regierungs-Chef-Präsidenten von Erdmannsdorff von der vormaligen Regierung zu Elbe allergnädigst zu verleihen geruhet.

Verordnungen der höchsten und höhern Staats-Behörden.

Mittheil allerhöchster Kabinetts-Ordre, vom 7. December v. J., haben Bekanntmachung
des Königs Majestät zu bestimmen geruhet, daß wegen der, nach dem Art. 30. des Pariser Friedens vom 30. May 1814., dem Preussischen Staate zur Last fallenden, und nach den Bestimmungen der frühern allerhöchsten Kabinetts-Ordre vom 3. Februar 1820., zu befriedigenden Ansprüche der Staat- u. Bau-Gläubiger aus der französischen Verwaltungs-Zeit in den neu und wieder eroberten Provinzen, welche ihre Bauwerke am letzten December 1812, noch nicht beendigt hatten, nunmehr ein Schluß, Liquidations-Verfahren eingeleitet und ein öffentliches Aufgebot dahin e. lassen werde, daß alle noch unberichtigten Forderungen dieser Art, sie mögen aus der Civil- oder Militär-Verwaltung herrühren, und bei irgend einer Behörde bereits angemeldet worden seyn oder nicht, binnen einer Präclusiv-Frist von drei Monaten, von dem Tage der gegenwärtigen Bekanntmachung an gerechnet, bei dem Ministerio des Schatzes angemeldet werden müssen.

Das unterzeichnete Ministerium bringt diese allerhöchste Verordnung, Befehl der Beachtung von Seiten der noch unbefriedigten Interessenten, hiermit zur öffentlichen Kenntniß, mit dem Beifügen, daß alle und jede, bis zum Ablauf der vorgedachten Präclusiv-Frist nicht besonders angemeldeten Ansprüche der gleichmäßigen allerhöchsten Bestimmung zufolge, alsdann ohne Weiteres für präcludirt und ungültig erachtet werden sollen.

Berlin, den 4. Februar 1823.

Ministerium des Schatzes.

(gez.) v. Lotum.

Ver.

Verordnungen der Königl. Preussischen Regierung.

No. 27.
Wegen der Gebühren der Richter.

Die Gebühren-Taxe für die Richterämter setzt eine Prüfung, d. h. eine Prüfung und Berichtigung von Maassen und Gewichten voraus. Es kommen indess häufig Fälle vor, in welchen es nur auf Prüfung nicht auf Berichtigung ankommt, und daher der letztere, schwerere Theil der Arbeit wegfällt.

Hierher gehören die jährlichen Revisionen der Maasse und Gewichte öffentlicher Behörden, die Fälle, wo Privatleute sich blos der Richtigkeit ihrer Maasse und Gewichte vergewissern wollen, Streitigkeiten darüber, u.

In allen diesen Fällen, wo keine Berichtigung und Stempelung statt findet, ist künftig, nach dem Beschlusse der Königl. Ministerien des Handels und der Finanzen vom 17. Januar d. J., von den Richtern nur die Hälfte der durch die Taxe vorgeschriebenen Gebühren zu erheben, deren Verrechnung aber ist Sache der Kommune, wie überhaupt die Richterämter selbst.

Hiernach haben sich Alle, die es angeht, zu achten.

Eingef. den 16. Februar 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.

II. G. No. 119. Roscr. Januar 1823.

Von den für das Königl. Preuss. Departement erteilten Patenten sind bis jetzt folgende abgelaufen:

No. 23.
Die abgelaufenen
Exklusiv-Patente der
Erfinder.

- 1) das des Kaufmanns Johann Christian Pfeiler aus London, wegen einer eigenthümlichen Methode Zucker zu raffiniren;
- 2) das des Kaufmanns Friedrich Varez zu Berlin, über eine eigenthümliche Methode Bleizucker zu verfertigen;
- 3) das des Kaufmanns J. W. Rehnann zu Berlin, ebenfalls wegen einer eigenthümlichen Methode Bleizucker zu verfertigen;
- 4) das des Forstgeometers Wagner zu Erlar, über Anfertigung und Verkauf des Stereometers, eines Instruments, dessen Bestimmung ist, gewisse Aufgaben ohne Rechnung zu lösen;
- 5) das des Predigers Duncker zu Rathenow, über ein verbessertes Hörrohr, und
- 6) das des Amtmanns Clemens zu Pyrmont, über eine eigenthümliche mechanische Vorrichtung, Karoffeln und andere Früchte, Behufs des Branntweinbrennens, aufzulösen.

Sollte jemand geneigt seyn, von den bezeichneten Methoden und Vorrichtung in nennmehr Gebrauch zu machen, oder sich mit der bis dahin dem Patentreiter vorbehaltenen Anfertigung für den Verkauf zu befassen, so mag derselbe, unter Anführung seines Gewerbes, Uns sein Gesuch vortragen, worauf nach Befinden Mittheilung der deponirten Zeichnungen und Beschreibungen, jedoch gegen Erstattung des Unkosten, erfolgen soll.

Eingef. den 16. Februar 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.

II. G. No. 28. Roscr. Aug. 22.

De.

Begruß der gleichförmigern Erhebung, und um die Berechnung der für die H. bannen eingehenden Trallungs- und Taufgebühren zu erleichtern, ist höhern Orts beschloffen worden, daß künftig für jede Trauung statt 3 gGr., vier Silbergrößen, für jedes Tausen statt 1 gGr. 6 Pf., zwei Silbergrößen gefordert und bezahlt werden sollen. Diese Veränderung tritt mit dem 1. April laufenden Jahres ein.

No. 19.
Modifikation bei Erhebung des Heb-
ammen- und Heb-
mings-Gebühre.

Hiernach haben sich die Geistlichkeit beider Confectionen, so wie auch die Magistrate, wegen der von den alttestamentarischen Glaubensverwandten einzuziehenden Gebühren, vom gedachten Termin ab, zu richten.

Nicht minder müssen hierauf ganz besonders diejenige Rücksicht nehmen, denen die Berechnung und Einzahlung der bezeichneten Gebühren obliegt.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.
I. P. No. 45. Reser. Januar 23.

Es sind Zweifel über die Verwaltung der Censur der statistischen Schriften, welche den Preussischen Staat betreffen, entstanden, worauf das Königl. Ministerium des Innern und der Polizei bestimmt hat, daß dieselbe nicht mehr zur Competenz des statistischen Büreaus zu Berlin gehört, sondern der gewöhnlichen Censur-Behörde zusteht, indem das Censur-Edict vom 18. October 1819. im Eingange alle bis dahin bestandenen diesfälligen Verordnungen aufhebt, mithin auch die frühere Bestimmung wegen der Censur der statistischen Schriften, und dagegen verordnet, daß alle in den preussischen Landen herauskommenden Schriften, welchen Inhalts sie sein mögen, unter Aufsicht der Königl. Ober-Präsidenten, von den Censoren censurirt werden sollen.

No. 36.
Wegen der Censur der statistischen Schriften.

Rücksichtlich der Censur der Landkarten, worüber das neue Censur-Edict keine Bestimmung enthält, verbleibt es dabei, daß solche bei dem statistischen Büreau erfolgt.

Diese Erläuterungen werden hierdurch zur Nachricht und Beachtung öffentlich bekannt gemacht. Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.
I. P. No. 953. Februar c.

Zur Ausführung der unter No. 770. in der Gesammmlung publicirten Allerhöchsten Verordnung vom 5. v. M., „betreffend die Aufhebung oder bessere Einrichtung der öffentlichen Schau-Anstalten für Tuch- und andere Wollwaaren in den Provinzen Preußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Posen und Sachsen“, werden den Bezörden hierdurch nachstehende Anweisungen ertheilt.

No. 37.
Die Aufhebung oder Reorganisation der öffentlichen Schau-Anstalten für wollene Waaren betreffend.

zunächst haben die Magistrate in den Städten, welche Schau-Anstalten für Wollwaaren besitzen, die gegenwärtigen Mitglieder der Schau-Corporation

ration, das heißt: alle diejenigen, welche ihre Waaren zur Schau einzustellen, zur Zeit gesetzlich verpflichtet sind, mit Ausnahme der gewerbetreibenden Wittwen (§. 3.), viritum zu befragen:

- 1) ob sie vor dem §. 1. bestimmten Termin, und wann schon, die jetztigerige Schau-Anstalt aufgeben wissen wollen?
- 2) ob sie geneigt sind, an der Bildung eines neuen Schau-Vertrags nach der Aufhebung des heutigen Instituts Theil zu nehmen, unter den Bedingungen, welche die Allerhöchste Verordnung vom 5. v. M. aufstellt, und von welchem Termin ab?

Beschließt die stimmungfähige Mehrheit, die Aufhebung der alten Schau-Anstalt früher zu bewirken, als am 22. Januar 1824., so müssen die dazu nöthigen Einleitungen sofort durch den Magistrat getroffen werden. Sollte das Institut mit Schulden belastet seyn, welches im hiesigen Departement schwerlich irgendwo der Fall seyn dürfte, so hat der Magistrat durch die Vorsteher desselben nach §. 6. den Schuldentilgungs-Mann unverzüglich anfertigen zu lassen, zu prüfen, und nach Entfernung gesetzlich begründeter Bedenken zu bestätigen. Die §. 9. ertheilten Vorschriften sind dabei überall zu berücksichtigen. Wo das Schau-Institut zu den, §. 9. näher bezeichnenden, örtlichen Abgaben verpflichtet ist, muß der Magistrat den Berechtigten über die Art ihrer Sicherstellung Mittheilung machen, damit wohlbegründete Einwendungen früh genug erwogen, und künftige Rückschritte verhütet werden können.

Es versteht sich von selbst, daß Schulden oder Abgaben einer Zunft nicht verwechselt oder vormeint werden dürfen, mit solchen, deren Abbildung oder Tragung lediglich derjenigen Schau-Anstalt obliegt, welche von den Zunft-Ältern heute benutzt wird. Befäße aber ein Schau-Amt überschüssendes Vermögen — welcher Fall jedoch im hiesigen Departement wohl eben so wenig vorkommen wird, weil die eigenen Schau-Plätze, und die Schau-Altenstulen überall den Zünften gehören dürften — so müssen sich die heutigen Mitglieder des Schau-Verbands erklären, ob sie dasselbe nach §. 7. unter sich vertheilen, oder zu einem gemeinnützigen Zweck für den Ort, oder das Wollfabrik-Gewerbe desselben insonderheit, und für welchen bestimmten, verwenden wollen. Endlich ist noch nach §. 10. durch Abstimmung der heutigen Schauverpflichteten festzustellen, ob nach Aufhebung der Schau, die Schau-Gebühren ferner erlegt, jedoch ganz, oder zum Theil für einen ähnlichen nützlichen Zweck bestimmt werden sollen, und für welchen? Bei dem Eintritte der Auflösung des bisherigen Schau-Instituts, hat endlich der Magistrat nach §. 8. Urkunden, Schauregister, Rechnungen, Stempel und Siegel desselben an sich zu nehmen, um solche so lange, als nöthig, aufbewahren zu lassen.

Nach diesen Anweisungen haben sich die Magisträte derjenigen Städte, in welchen man die Schau-Kemter bis zum 22. Januar 1824. in unveränderter

bester Gestalt zu erhalten wünscht, ebenfalls zu achten, und macht dabei lediglich die Verschiedenheit des Termins einen Unterschied. Alle jetzt schon möglichen Einleitungen müssen aber ohne Verzug getroffen werden, damit das Geschäft gehörig vorbereitet sey, wenn die Auslösung der Schau, Aemter erfolgt. In keinem Fall darf am 23. Januar k. J. noch irgend ein Wollwaaren, Schauamt nach der bisherigen Verfassung in Thätigkeit seyn, wo für Wir die Magistratsräthe ausdrücklich verantwortlich machen.

In denjenigen Städten, wo beschlossenen wird, nach Aufhebung der bisherigen Schau einen neuen Schau, Verein zu bilden, den Bestimmungen der Allerhöchsten Verordnung vom 5. v. Mts. entsprechend organisirt, haben die Magistratsräthe vor allen Dingen ein Verzeichniß der künftigen Mitglieder desselben zu entwerfen, und ist der Beiziet auch denjenigen zu gestatten, welche als Fabrik, Unternehmer, oder in Folge besonderer Genehmigungen, vom Schauwange bisher frei waren, ferner den am Orte ansässigen Gärbern, Zursichtern, Inhabern für das Publikum arbeitender Maschinen, Spinnereien, und Wollwaaren, Händlern. Allen diesen ist bekannt zu machen, daß am Orte sich ein Schau, Verein bilden wolle, in welchen zu treten ihnen gestattet sey. Kaum bedarf es der ausdrücklichen Erwähnung, daß unzüftrige Gewerbetreibende der angegebenen Arten zum Eintritt in den Schau, Verein, eben sowohl befugt sind, als zünftige, und daß von letzteren keiner gezwungen werden kann, sich an diesen Verein anzuschließen. Jeder dieser letztern Bestimmung entgegenstehende Beschluß einer Zünngung muß von den Magistratsräthen sofort, und ohne Auftrage annullirt werden. Ueberhaupt haben die Zünfte, und die nach der Allerhöchsten Verordnung vom 5. v. M. zu bildenden neuen Schau, Vereine, nichts mit einander gemein, und müssen ohne die mindeste Verbindung unter sich neben einander bestehen. Demnach sind auch die Ältesten, und sonstigen Vorsteher und Beamten der Zünfte zu irgend einer amtlichen Einwirkung in die Angelegenheiten der neuen Schau, Vereine, nirgends befugt, selbst nicht bei den einleitenden Verhandlungen über ihre Bildung.

Sobald das Verzeichniß der Mitglieder des neuen Schau, Vereins geschlossen ist, erneunt der Magistrat den Vorsizenden des Schau, Amtes aus seiner Mitte (§. 29.), bestimmt nach den örtlichen Verhältnissen, wie viel technische Mitglieder, und von welchen der betreffenden Gewerbe, das Schau, Amt erhalten soll (ebendaselbst), und veranlaßt den Schau, Verein zur Wahl dieser letztern (§. 30.), verpflichtet auch dieselben und den Vorsizenden, mit teils Handchlags auf ihren Amtes, oder Bürger, Eid, die Allerhöchste Verordnung vom 5. v. M., und das zu entwerfende und zu genehmigende örtliche Schau, Institut in allen Punkten aufrecht zu erhalten (§. 32.).

Gleichzeitig haben die Mitglieder des Schau, Vereins durch Stimmenmehrheit zu bestimmen:

- 1) ob einem Mitgliede des Schau, Amtes, welchem, und in welchem Betrage,

frage, auf die Dauer seiner Dienstzeit, eine mäßige Remuneration auszuweisen sey? (§. 33.)

- a) ob es nach den örtlichen Verhältnissen nöthig sey, den Schaumelstern eine Remuneration zu bestimmen, entweder nach der Zeit, oder nach der Zahl der geschauten Waaren, und in welchem Betrage? (§. 44.)
- 3) ob sie zu den Bureau, Geschäften einen eigenen Beamten, der nicht Mitglied des Vereins ist, anstellen oder besolden wollen? wer dies sey, und welche Einkünfte er beziehen solle? (§. 45.)

Das Schau. Amt hat demnachst die Obliegenheit:

- 1) die Reihenfolge durch das Loos bestimmen zu lassen, in welcher die Mitglieder des Vereins das Schaumelster. Amt (§. 40.) verwalteten, und die notwendige Vertretung der amtierenden Schaumelster bewirken sollen (§. 42.) Es versteht sich von selbst, daß die Mitglieder des Schau. Amtes — insofern sie Mitglieder des Schau. Vereins sind — ebenfalls Loose ziehen müssen, aber von Verwaltung der Schaumelster. Stelle so lange frei bleiben, als sie im Schau. Amte sitzen;
- 2) das örtliche Statut für den Schau. Verein zu projectiren, wobei ihm überlassen bleibt, sich des Raths anderer Mitglieder des Vereins, die sie für erfahren und umfichtig halten, zu bedienen.

Außer denen im 58. §. ausdrücklich angeführten Gegenständen, gehört in dieses Localgesetz:

- a) ob da, wo der Ausländer das Längen, und Breiten. Maaß als Messungszeichen der Waare kennt, neben der Angabe der Länge und Breite in preussischem Maaß, auch die in altem schlesischen auf einem besondern kleinen Blei beizubehalten sey?
- b) welches Gepräge die Schaustempel erhalten sollen?

Sobald das Schau. Amt das Statut entworfen hat, ist dasselbe vom Magistrat zu prüfen, welcher nicht nur sein Augenmerk darauf richten muß, ob es der Allerhöchsten Verordnung vom 5. v. Mts. überall entspricht, und den Orts. Verhältnissen durchaus genügt, sondern auch für eine folgerechte und übersichtliche Fassung zu sorgen, und nöthigenfalls mit Verbesserung der Materialien es in der Form umzuarbeiten hat. Bekanntlich ist nach §. 47. der mutmaßliche Geldbedarf des Schau. Vereins sorgfältig zu überschlagen, und dem gemäß der angenommene Schaugeld. Satz zu beurtheilen.

Den Entwurf reicht demnachst der Magistrat hier zur Genehmigung ein, unter Beisatz:

- 1) der schriftlichen Erklärungen sämmtlicher gegenwärtigen stimmbfähiger Schauspflichtigen darüber, ob sie die Schau gänzlich aufgehoben, oder reorganisirt zu sehen wünschen, so wie derjenigen, welche dem etwa neu zu bildenden Schau. Vereine beitreten wollen?
- 2) des Schulden. Tilgungsplans für das aufzuhebende Schau. Institut, falls ein solcher nöthig ist.

3) einer

- 3) einer Zeichnung des Stempel, dessen sich der neue Schau-Verein bedienen will, und
- 4) des Ueberschlages der nachmasslichen künftigen Einnahme und Ausgabe des Schau-Vereins, worauf sich die Feststellung des Schaugeld-Satzes, oder der Schaugeld-Sätze, wenn deren mehrere beliebt werden, stützt.

Beijdetzlig hat der Magistrat, rzd zwar in nachstehender Ordnung, anzeigen:

- 1) welche drückliche Abgaben das alte Schau-Institut belasten (§. 9.), wie solche künftigh gedeckt werden sollen, und in wiefern die Berechnigten mit der Art ihrer künftigen Befriedigung einverstanden sind?
- 2) ob da, wo das alte Schau-Institut überschüssendes Vermögen besitzt, dessen Verwendung für einen gemeinnützigen Zweck beliebt worden ist, und für welchen?
- 3) ob nach dem Beschlusse der Mehrheit die Schau-Orbituren auch nach gänzlicher Aufhebung der Schau noch erhoben, und dem §. 10. gemäß, verwendet werden sollen, und in welcher Art?
- 4) wer vom Magistrat zum Vorsitzenden des Schau-Amtes bestimmt ist?
- 5) wie viel technische Mitglieder das Schau-Amt überhaupt, und von jeder Gewerbeart erhalten soll, und wer dazu gewählt ist?
- 6) ob einem, und welchem Mitgliede des Schau-Amtes eine Remuneration ausgesetzt worden ist, und in welchem Betrage?
- 7) ob ein eigener Bureau-Beamter angesetzt ist, und mit welchem Gehalte?
- 8) ob die Reihenfolge, in welcher die Mitglieder des Vereins das Schau-meister-Amt verwalten sollen, durch das Loos bestimmt ist?

Sämmtliche Magisträte, unter denen Schau-Anstalten für Wollwaaren stehen, deren Reform von den Schaz-pflichtigen beschlossen wird, haben spätestens am 1. July d. J., nach Anleitung der vorsehenden Instruction, über den Gegenstand ausführlich zu berichten, und die Magisträte derjenigen Städte, in welchen die gänzliche Auflösung der Wollwaaren-Schau beschlossen wird, spätestens in gleichen Terminen die unter 1 und 2. bezeichneten Exhibenda vorzulegen, und die unter 3. und 4. geordneten Anzeigen zu erstatten, wobei es sich von selbst versteht, daß Wir umfassende Schlusß-Berichte auch früher gern empfangen werden.

Am 23. Januar 1824 spätestens ist von denselben Behörden finaliter anzugehen, in wiefern die Bestimmungen der Allerhöchsten Verordnung vom 5. v. M., durchaus in Vollziehung gebracht sind, in sofern nicht frühere Berichte den Gegenstand schon erlediget haben.

Da in einigen Städten und Marktflecken, welche unter den landrätlichen Aemtern stehen, sich gleichfalls Schau-Anstalten für Wollwaaren befinden, so werden diese Behörden angewiesen, rücksichtlich ihrer Verwaltungen, De-

Bezirke, die vorstehend angeordneten Einleitungen zu treffen, und die nöthigen Berichte in gleichen Terminen zu erstatten.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.

II. No. 85. Resc. Februar 1823.

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

**Berichtstand der
Konten, deren Ver-
richtung nicht eher als
bei ihrer wirklichen
Einzahlung erfolgt.**

Nachstehendes Rescript eines hohen Justiz-Ministerii vom 12. Juli 1822.

„Zufolge einer von des Königs Majestät getroffenen Anordnung, werden zur Ergänzung der Kriegs-Reserve der Infanterie, Rekruten ausgehoben, deren Vereidigung jedoch nicht eher, als bei ihrer wirklichen Einziehung erfolgt. Diese Rekruten, welche zum Unterschied der übrigen Kriegs-Reserve-Mannschaften (die wirklich im stehenden Heere gedient haben, und sich in der Regel nur 2 Jahre in der Kriegs-Reserve befinden), nach ihrer bei den Landwehr-Stäben erfolgten Ausbildung, die Benennung: „fünfjährige Kriegs-Reservisten erhalten, verbleiben als unbeeidigt, in Beziehung auf die Kriminal-Gerichtsbarekeit, der sie unterworfen sind, in ihren bisherigen Verhältnissen, den Fall der Desertion ausgenommen, in welchem nach Th. II Tit. 20. §. 468. des Allg. Land-Rechts, und Th. I. Tit. 36. §. 46. der Allgem. Gerichts-Ordnung, auch bei ihnen, wie bei den übrigen Soldaten, das Forum der Militär-Gerichte eintritt.

Damit jedoch von dem Vergehen eines solchen Rekruten derjenige Truppenthell, welchem er namentlich überwiesen worden, Kenntnisse erhalten, werden auf den Antrag des Königl. Kriegs-Ministerii, die Civil-Gerichte angewiesen: von einem jeden, wider einen Rekruten dieser Art ergangenen und rechtskräftig gewordenen Straf-Erkenntnisse das betreffende Landwehr-Brigade-Commando zu benachrichtigen. Berlin, den 12. Juli 1822.

Der Justiz-Minister. v. Kirchhausen.“

wird hierdurch sämmtlichen Unter-Gerichten, und insbesondere den Inquisitorien, zur Nachachtung mitgetheilt.

Slogan, den 14. Februar 1823.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Niederrhein, Schleffen und der Lausitz.

Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 10.

Liegnitz, den 8. März 1823.

Allgemeine Gesessammlung.

- Das 3te Stück enthält: die Allerhöchsten Cabinets-Ordre unter Nummer 774) wegen eines Präclussions-Termins, in Betreff der Forderungen von Engländern in den wiedererworbenen, an Frankreich abgetreten gewesenen, Landeshellen für Lieferungen an vaterländische Truppen bis zum Tilfiter Frieden. Vom 17. Junn v. J.;
- 775) wegen eines Präclussions-Termins, in Betreff der Ansprüche, welche Staats-Bau-Gläubtger aus der französischen Verwaltungszeit nach dem Pariser Frieden vom 30. May 1814 noch zu machen haben. Vom 7. December v. J., und
- 776) betreffend die Exekutions-Vollstreckung gegen Miltair-Personen in Administrations-Sachen. Vom 9. Januar d. J.; ferner
- 777) die Verordnung wegen strengt gewordenen Auslegung von Staats-Verträgen. Vom 25. Januar d. J., und
- 778) die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 7. Januar d. J., wegen eines Präclussions-Termins, rüchfichtlich der in Staats-Schuldsscheine umzuschreibenden, Individuen in den diesseits der Elbe belegenen Magdeburgischen Kreisen ertheilten, Magdeburgischen Landes-Obligationen.

Verordnungen der höchsten und höhern Staats-Behörden.

Mittheilt allerhöchster Cabinets-Ordre, vom 7. December v. J., haben des Königs Majestät zu bestimmen geruht, daß wegen der, nach dem Art. 30. des Pariser Friedens vom 30. May 1814, dem Preussischen Staate zum Laft fallenden, und nach den Bestimmungen der frühern allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 3. Februar 1820., zu befriedigenden Ansprüche der Staats-Bau-Gläubtger aus der französischen Verwaltungszeit für den neu und wieder erworbenen Provinzen, welche ihre Bauwerke am letzten December 1812, noch

Wissensmachung

noch nicht beendigt hatten, nunmehr ein Schluß-Liquidations-Verfahren eingeleitet und ein öffentliches Aufgebot dahin eilassen werde, daß alle nach unberichtigten Forderungen dieser Art, sie mögen aus der Einn. oder Willk. Verwaltung herrühren, und bei irgend einer Verhörde bereits angemeldet worden seyn oder nicht, binnen einer Präklusiv-Frist von drei Monaten, von dem Tage der gegenwärtigen Bekanntmachung an gerechnet, bei dem Ministerio des Schatzes angemeldet werden müssen.

Das unterzeichnete Ministerium bringt diese allerhöchste Verordnung, Befuß der Beachtung von Seiten der noch unbefriedigten Interessenten, hiermit zur öffentlichen Kenntniß, mit dem Beifügen, daß alle und jede, bis zum Ablauf der vorgedachten Präklusiv-Frist nicht besonders angemeldeten Ansprüche, der gleichmäßigen allerhöchsten Bestimmung zufolge, alsdann ohne Weiteres für präkludirt und ungültig erachtet werden sollen.

Berlin, den 4. Februar 1823.

Ministerium des Schatzes. (gez.) v. Lotzium.

Verordnungen der Königl. Preussischen Regierung.

No. 32.
Die Ausführung en-
ger Schornsteinröh-
ren betreffend.

Nach dem in der vorjährigen Gesetz-Sammlung, Seite 42., enthaltenen Allerhöchsten Cabinets-Befehl vom 4. Oktober 1821., und der diesfälligen Instruktion des Königl. Ministerii des Handels und des Innern vom 14. Januar 1820. sub Nr. 702. und 703., ist die Anlegung enger Schornsteinröhren nachgegeben worden. Jedoch ist alles, was wegen polizeilicher Aufsicht auf die Schornsteine überhaupt vorgeschrieben ist, auch bei den engen Schornsteinen zu beobachten.

Hienach haben sich die Bauenden zu achten, und die vorgesezten Behörden auf die Befolgung zu halten.

Berlin, den 26. Februar 1823.

Königl. Preussische Regierung. Erste Abtheilung.
No. 1540. März v. J. I.

No. 33.
Wegen Aufhebung
der Luchschau zu
Goldberg.

In Gemäßheit der Allerhöchsten Verordnung vom 5. Januar d. J., betreffend die Aufhebung oder bessere Einrichtung der öffentlichen Schau-Anstalten für Tuch, und andere Volkswaaren, hat die Mehrheit der jetzigen Mitglieder der Schau-Corporation zu Goldberg beschloffen: vom 1. April d. J. ab, die vorrige Luchschau aufzuheben.

Dieser Beschluß ist, als vollkommen gesegensmäßig, von Uns bestätigt worden, und wird hierdurch zur öffentlichen Kunde gebracht.

Nach

Auch will man daselbst einen neuen Tuchschan-Verein, nach den Bestimmungen jenes Gesetzes, nicht bilden, sondern die Wollfabrikate des Orts ohne öffentliche Beglaubigung in den Handel übergehen lassen.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.
Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

II. G. 1407. Febr. 2.

In Folge der Amtesblatt-Verfügung vom 4. Januar v. J. wird hiers durch bestimmt: daß die Fertigung weiblicher Kleidungsstücke durch ungünstige Frauenspersonen von unbescholtener Aufführung, neben der Schneider-Zunung, eifernen nur gestattet seyn soll, wenn sie von der Orts-Behörde mit polizeilichen Concessionen versehen sind, und ohne Gehülffen arbeiten.

Vergleichen Frauenspersonen haben sich daher bei der Orts-Behörde um die Concession zu bewerben. Die Concession ist im Schlesiſchen Departement, Theile da unbedenklich zu ertheilen, wo die Nachsuchende einen unbescholtenen Ruf beſitzt, und ohne Gehülffen arbeitet; im Schlesiſchen aber, außer jenen Bedingungen, da, wo keine Schneider-Zunung sich befindet, oder wo eine solche besteht, deren Privilegium entweder nicht vom Landes-herren ausgegangen, oder von diesem ertheilt ist, und zugleich die Cassations-Clausel enthält.

Rückſichtlich der Verpflichtung zum Bürgerwerden ändert diese Verordnung nirgends die bestehende Verfassung. Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

II. G. 10. R. Novbr. v. J.

No. 34.
Wegen Anweisung
ungünstiger Frauen-
personen zur Fertigung
weiblicher Kleidungsstücke.

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

Nachstehendes Rescript Eines hohen Justiz-Ministerii vom 5. July 1822. Verminderung der Schreibereien in den Amtsleuten.

„Es ist von mehreren Kanzleien über die Vermehrung der Schreibereien Beschwerde geführt worden. Das Königl. Kammergericht wird daher darauf aufmerksam gemacht, die Schreiberei in Officialen und andern Sachen möglichst zu beschränken, und der Kanzlei die Arbeit zu erleichtern. Insbesondere sind bei der Kommunikation mit andern Behörden und bei Vertheil-Erstattungen, die in Bezug genommenen Piesen möglichst im Original, unter Bitte der Zurücksendung, beizufügen. Berlin, den 5. July 1822.“

Der Justiz-Minister v. Knebelstein.
wird hiedurch sämmtlichen Unter-Gerichten zur Nachachtung mitgetheilt.
Glogau, den 14. Februar 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Nieder-Schlesien und der Lausitz.

Nach,

Wegen pflichtwidrig
ger Brauch und des
Stempelgesetzes.

**Nachstehendes Rescript Eines hohen Justiz-Ministerii vom 11. Septem-
ber: 1822.**

„Es ist in einem speziellem Falle zur Kenntniß des Justiz-Ministerii ge-
langt, daß häufig in den Stempelpflichtigen Gerichts-Acten die Stemp-
pel fehlen, und die unterlassene Verwendung theils aus Uebergehung
gen und fehlerhaften Liquidationen, theils aber auch aus fremdartiger
Verwendung der erhobenen Stempelgefälle, namentlich zur Auszah-
lung der aus den Gerichtsporteln nicht gedeckten Befolgungen, folge.
Sämmtliche Königl. Gerichts-Verörden werden daher zu einer
pflichtmäßigeren Beobachtung des Stempelgesetzes und zur Abstellung
der gerügten Mißbräuche, bei eigener Vertretung, hierdurch ange-
wiesen. Berlin, den 11. Septbr. 1822.

Der Justiz-Minister. v. Kirchseisen.“

wird hierdurch sämmtlichen Untergerichten zur Nachachtung mitgetheilt.

Glogau, den 14. Februar 1823.

**Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Nieder-
Schlesien und der Lausiz.**

Tauteme von den
Stempeln zu Erkennt-
nissen in fiscalischen
und Criminal-Unter-
suchungen.

Nachdem von den hohen Ministerien der Justiz und der Finanz, am
den 19. Septbr. 1822. beschlossen worden, daß es bei der bisherigen Tau-
teme von Ein Viertel des Stempelbetrages, welche der Inquirent oder
Secretarius causae für das Liquidiren und Einlegen des Stempels zu den
Erkenntnissen in fiscalischen und Criminal-Untersuchungen bisher bezogen,
zum Besten des Stempel-Interesse auch ferner sein Bewenden behalte, und
daß die gerichtlichen Stempel-Vertheiler, auch dann wenn die von ihnen zu
losenden Prozeß-Werthstempel die Summe von 100 Rthlr. übersteigen, die
verfassungsmäßige Tauteme davon erhalten sollen, so wird dies sämmtlichen
Offizianten, welche es betrifft, hierdurch bekannt gemacht.

Glogau, den 14. Februar 1823.

**Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Nieder-
Schlesien und der Lausiz**

Vorlegung, oder
Verbesserungs-An-
träge sollen nur durch
das R. Ober-Landes-
Gericht dem R. Ju-
stiz-Ministerio vor-
getragen werden.

Auf Veranlassung des Rescripts Eines hohen Justiz-Ministerii vom 27.
August 1822. wird sämmtlichen Mitgliedern der Untergerichte, und den
Subalternen des hiesigen Ober-Landes-Gerichts bekannt gemacht, daß sie keine
Vorlegungs-, oder Verbesserungs-Anträge bei dem Königl. Justiz-Ministerio
unmittelbar einzureichen, sondern solche dem unterzeichneten Ober-Landes-
Gerichte vorzutragen und dessen Vorbescheidung abzuwarten haben.

Glogau, den 14. Februar 1823.

**Königl. Preuß. Ober-Landesgericht von Nieder-
Schlesien und der Lausiz.**

Ver-

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Nachdem des Königs Majestät den jetzigen Kreis-Justizrath des Bunslauschen und Löwenbergischen Kreises, und Director des Land- und Stadts-Gerichts zu Löwenberg, Karl Gotlieb Fischer, zum Kreis-Justizrath des Goldberg-Haynauischen Kreises und Director des Land- und Stadts-Gerichts zu Goldberg, zu ernennen Allergnädigst geruht haben, so wird solches den Gutsbesitzern, der Geistlichkeit beider Confessionen und den Scholz und Gerichten Goldberg-Haynauischen Kreises, mit der Anweisung bekannt gemacht: sich in allen, das justizrätliche Amt betreffenden Fällen, an den Kreis-Justizrath Fischer zu Goldberg zu wenden und seinen Verfügungen Folge zu leisten. Da jedoch der Kreis-Justizrath Fischer dermalen durch wichtige Commissions-Geschäfte verhindert wird seinen Posten in Goldberg gleich anzutreten, so ist der Justizrath und Land- und Stadts-Gerichte, Assessor Eüler zu Goldberg beauftragt worden, bis zur Hinfunkte des Kreis-Justizraths Fischer die justizrätlichen Geschäfte des Goldberg-Haynauischen Kreises zu besorgen. Ologau, den 14. Februar 1823.

Königl. Preuss. Ober-Landesgerichte von Nieder-Schlesien
und der Lausitz.

Nachdem der jetzige Breslauer Ober-Landesgericht, und Pupillen-Rath Michaelis von einem hohen Justiz-Ministerio, unter dem 3. Januar 1823., zum Justiz-Commissario und Notario publico hieselbst bei dem hiesigen Ober-Landes-Gerichte, und sämmtlichen von demselben ressortirenden Unter-Gerichten bestellt worden ist, so wird solches zur allgemeinen Kenntniss gebracht. Ologau, den 17. Februar 1823.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Nieder-Schlesien
und der Lausitz.

Der Gerichts-Registrator Bleß wurde von den Stadt-Verordneten zu Deutsch-Wartenberg zum Bürgermeister dieser Stadt auf 6 Jahr erwählt. Eben so haben die Stadt-Verordneten zu Greiffenberg dem hiesigen Kaufmann Schäfer zum unbefoldeten Rathmann auf 6 Jahr erwählt.

Der Pastor Bödmer zu Eolm, ward Pastor bei der evangelischen Kirche zu Ansdorf, Oderlischen Kreises.

Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

Da auch im Kegnitzschen Reglerungs-Departement an vielen Orten die Kartoffeln durch den Frost gelitten haben sollen, so werden nachstehend, aus dem 16ten Stück der allg. mehren Preussischen Staats-Zeitung wörtlich abgedruckte Bemerkungen willkommen seyn.

Der Professor Pohl in Leipzig bringt folgendes, zwar glücklich erprobt, aber noch wenig bekannte Methode in Erwähnung, die erfrorenen Kartoffeln nicht nur von dem Verderben zu retten, sondern sie auch eben so wirtschaftlich als ungefrorene zu benutzen. Die Kartoffeln werden, sobald sie ganglich aufgethaut sind, durch den Druck einer Presse von der anhängenden Feuchtigkeit befreit, und dann auf einen luftigen Boden, in Schuppen, oder noch schneller, in Backöfen oder Malzbarren getrocknet.

In diesem Zustande können sie Jahre lang aufbewahrt und zu jedem bei den Kartoffeln gewöhnlichen Gebrauche, als Futter, zum Brauntweinbrennen, zu Mehle, und selbst zu Suppen, Klößen u. s. w., unbesorgt angewendet werden. Wenn es an einer leicht zu behandelnden Presse fehlt, kann sich dadurch eine solche verschaffen, daß er an eine feststehende Säule oder einen andern festen Punkt einen etwa 8 Ellen langen schwachen Baumstamm oder eine dicke Stange und darunter einen Klotz bringt, worauf die Kartoffeln nachstufenweise ausgebrückt werden. Da die unerwartete strenge Kälte viele Kartoffeln angreift, so dürfte obiger Vorschlag gegenwärtig von Interesse seyn.

Kegnitz, den 12. Februar 1823.

Königl. Preussische Regierung. Erste Abtheilung.

Mohlensteigleits
Antragungen.

Die zu Hirschberg verstorbene Frau Friederike Wilhelmine verwitwete Stogner geborne Krach hat nach ihrer letztwilligen Disposition der evangelischen Kirche zu Hirschberg ein Vermächtniß von 500 Rthlr., ingleichen zu Unterhaltung der Brust 500 Rthlr., und zu Abtragung der Schuld wegen des Thurnbaues 2 Rthlr. ausgesetzt. Eben-so hat der verstorbene Landschafts-Director v. Czettich und Renhaus auf Kolbnitz, Jauerschen Kreises, der evangelischen Friedenkirche zu Jauer ein Legat von 100 Rthlr., der evangelischen Kirche zu Conradsdorf 300 Rthlr., und den Armen auf seinen Gütern 400 Rthlr., nämlich für Kolbnitz 200 Rthlr. und für Seidenhof 200 Rthlr., vermacht.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 10.)

Amts-Blatt

Der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. II.

Liegnitz, den 15. März 1823.

Verordnungen der höchsten und höhern Staats-Behörden.

Mittels allerhöchster Kabinetts-Ordre, vom 7. December v. J., haben des Königs Majestät zu bestimmen geruhet, daß wegen der, nach dem Art. 30. des Pariser Friedens vom 30. May 1814., dem Preussischen Staat zur Last fallenden, und nach den Bestimmungen der frühern allerhöchsten Kabinetts-Ordre vom 3. Februar 1800., zu befriedigenden Ansprüche der Staats-Bau-Gläubiger aus der französischen Verwaltungs-Zeit in den neu und wieder eroberten Provinzen, welche ihre Brummerke am letzten December 1812. noch nicht beanbietet hatten, nunmehr ein Schluß-Liquidations-Verfahren eingeleitet und ein öffentliches Aufgebot dahin erlassen werde, daß alle noch unberücksichtigten Forderungen dieser Art, sie mögen aus der Civil-, oder Militair-Verwaltung herrühren, und bei irgend einer Behörde bereits angemeldet worden seyn oder nicht, binnen einer Präklusiv-Frist von drei Monaten, von dem Tage der gegenwärtigen Bekanntmachung an gerechnet, bei dem Ministerio des Schatzes angemeldet werden müssen.

Das unterzeichnete Ministerium bringt diese allerhöchste Verordnung, Befehl der Beachtung von Seiten der noch unbefriedigten Interessenten, hiermit zur öffentlichen Kenntniß, mit dem Beifügen, daß alle und jeder, bis zum Ablauf der vorgedachten Präklusiv-Frist nicht besonders angemeldeten Ansprüche, der gleichmäßigen allerhöchsten Bestimmung zufolge, alsdann ohne Weiteres für präcludirt und ungültig erachtet werden sollen.

Berlin, den 4. Februar 1823.

Ministerium des Schatzes. (gez.) v. Pottum.

Die Preussischen Strafgesetze enthalten folgende Vorschriften zur Verhütung des Kindermordes: Publicandum

1. Jede außer der Ehe geschwängerte Weibsperson, auch Ehefrauen, die von ihren Ehemännern entfremdet leben, müssen ihre Schwangerschaft der

Dr.

Dr.

Obts. Obrigkeit oder ihren Eltern, Vormündern, Dienstherrschaften, einer Heb. mme, Geburtshelfer oder einer andern ehbaren Frau, anzuigen, und sich nach ihrer Anweisung achten.

2. Die Niederkunft darf nicht heimlich geschehen, sondern mit gehörigem Beistande.

3. Ist dabei nur eine Frau gegenwärtig, so muß das Kind sofort vorgezeigt werden, es mag todt oder lebend seyn.

4. Vorsätzliche Tödtung des Kindes zieht die Todesstrafe nach sich; versäet es durch unvorsichtige Behandlung das Leben, so zilt Zuchthausstrafe von mehriähriger bis lebenswieriger Dauer ein.

5. Aber auch schon diejenige Weibsperson, welche Schwangerschaft und Geburt verheimlicht, dat, wenn das Kind verunglückt ist, mehriährige Zuchthausstrafe zu gewärtigen, sollte sie sonst auch nichts gethan haben, wodurch der Tod des Kindes veranlaßt worden.

6. Vernachlässigung der Schwangeren, die Eltern, Vormünder oder Dienstherrschaften ihre Pflichten, so sind sie strafbar und verantwortlich.

7. Unrechliche Schwangerschaft allein ist nicht strafbar, und die Erwangerer sind nach den Gesetzen zur Unerhaltung des Kindes beizutragen verpflichtet. Berlin, den 11. Januar 1817.

von Kirchelsen.

Verordnungen der Königl. Preussischen Regierung.

No. 25.
Die nachträgliche Liquidation der Kinder. Vergewaltiger für den Zeitraum von 1. November 1806, bis Ende December 1819. betr.

Es ist zur Sprache gekommen, daß die nach der hohen Ministerial-Verordnung vom 31. October v. J. an die Intendantur des betreffenden Königl. General-Commando verwiesenen Anmeldungen der pro 1806 rückständigen Kinder-Pflegegebühren, dort zum Theil so unvollständig eingegeben, daß die Gültigkeit der Rückstands-Forderung nicht geprüft und festgestellt werden kann.

In Folge dessen werden die Reclamanten hiermit angewiesen, ihre Forderungen zunächst bei den Magistraten ihres Wohnortes, oder, sofern sie auf dem platten Lande sich aufhalten, bei den landrätlichen Aemtern anzumelden, wobei ihnen jedoch bemerkt wird, daß ihre Rückstands-Forderungen nur dann beachtet werden können, wenn die in obengedachter Verordnung vo geschriebenen Justifikatorien vollständig von ihnen beigebracht wor en.

Ingleich werden die genannten Behörden hiermit beauftragt, die bezeichneten Reclamationen zu prüfen, und solche, mittelst rechnungsmäßig anzufertigender Liquidation, unter Beifügung der erforderlichen Justifikationen, an die Königl. Intendantur des 3ten Armeecorps in Posen zu befördern.

befördern, welche demnächst das zur Befriedigung der Interessenten weitere Erfordernisse veranlassen wird.

Wien, den 9. März 1823.

Königl. Preussische Regierung. Erste Abtheilung.
I. No. 338. März 23.

Es ist den Magistraten und städtischen Communen in Unserm Verwaltungsbezirk bereits bekannt, daß die Breslauer Vorstände den Anspruch der durch das Festungs Bombardement im Jahr 1806. beschädigten Hausbesitzer auf Entschädigung aus dem städtischen Feuer-Societäts-Fonds, durch ein Erkenntniß in letzter Instanz rechtskräftig erstritten haben. Da die hier, nach zu leistende Vergütung, ohne die gleichfalls erstrittenen Verzugszinsen und ohne den bei Sogau sich noch erg. venden Zuschuß zu den vorläufig berechneten Beschädigungen, die bedeutende Summe von 687,528 Rthlr. 11 Egr. 5 pf. beträgt, so ist mit höherer Genehmigung, zur Erleichterung der Contribuenten, festgesetzt worden, daß die Einziehung jener Entschädigungssumme auf mehrere Jahre vertheilt, und alljährlich nur ein Abschlagsquantum von 100,000 Rthlr. eingezogen werden soll.

Zur vollständigen Uebersicht der Interessenten, wird die desfalls von der Königlichen Regierung in Breslau entworfene General-Repartition hier beiliegend, aus welcher zu entnehmen ist, daß die Städte Unseres Departements zu der Abschlagszahlung pro 1823 die Summe von 36,391 Rthlr. 5 Egr. beizutragen haben, deren Einzahlung spätestens bis zum Ende des Monats May d. J., nach Maßgabe der gleichfalls beiliegenden Subrepartition, erwartet wird.

Da bei dieser Anlage, nach der Natur der Sache, das Haupt-Feuer-Societäts-Cataster des Jahres 1806. hat zum Grunde gelegt werden müssen, so ist die inzwischen zum Verwaltungsbezirk der Königlichen Regierung in Frankfurt übergegangene Stadt Schwiebus, als damals hier gehörend, zu diesen Beiträgen mit angezogen worden; die seitdem hier ausgeschiedenen und zum Verwaltungsbezirk der Königlichen Regierung in Breslau übergegangenen Städte hingegen, sind nach gleicher Grundlage dort zur Contribution gezogen worden. Wien, den 27. Februar 1823

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

L. P. 164. und
1551. Febr. e.

No. 36.

Die pro 1823 zu leistenden Feuer-Societäts-Beiträge der durch das Bombardement der Städte aus den Kriegs-Jahren abg. betreffend.

Gens

General-Repartition

auf die zu vergütigenden Bombardements-Schäden der schlesischen und Städte aus den Jahren 1807. im Gesamt-Betrage von 687,528 l. 11 Sgr. 5 Pf. zum ersten Termin auszuschreibenden Abschlages-Quantum 100,000 Rthl., welcher erstbenannte Gesamt-Schaden-Betrag durch mehr erfolgter rechtskräftiger Entscheidung des kaiserlichen Königl. Ober- und Landes- und Besatzung des diesfälligen Urteils, Seiten des kaiserlichen Geheimen Ober-Tribunals zu Berlin, von den Städten der Provinz kaiserlich, nach Maßgabe der in den Feuer-Societäts-Erstaters vom Jahre 1806. angenommenen Versicherungs-Summen, aufgebracht werden sollen.

Höhe
des
auszuschreibenden
Betrag-
Quantum zum
ersten Jahres-
Termin 1823.

Rthlr. Sgr. Pf. Rthlr. Sgr. Pf.

Die successive zu vergütigenden Bombardements-Schäden aus den Jahren 1807. betragen nämlich:

Für die im jetzigen Breslauer Neglerungs-Bezirk belegenen, theils gewesenenen, theils noch stehenden, Festungs-Städte Breslau, Brieg, Olav, Schweidnitz und Silberberg, nach Maßgabe der von der Neglerungs-Controlle bereits im Jahr 1811. zusammen-gestellten Special- und summarischen Nachweisungen

621,198

14 2

Für die im Liegnitzer Neglerungs-Departement belegene Festungs-Stadt Glogau waren die diesfälligen Schäden auf Höhe von 106,684 Rthlr. angeschlagen. Nach einem Schreiben der Hochoblen Neglerung zu Liegnitz vom 22. December 1822. (No. 725. December 1822. hat sich aber bei näherer Prüfung ergeben, daß darunter über die Hälfte, Brandschäden in dem Glogauer Holzhöfen, die nicht in der Feuer-Societät versichert stehen, und daher auch nicht zur Vergütung kommen können, enthalten sind, weshalb denn dort eine neue genauere Ermittlung, zur Festsetzung des Bombardements-Schadens an den versicherten Gebäuden der Stadt Glogau, jüngst erst hat veranlaßt werden müssen. Da nun aber dieses zu gewärtigenden Resultats wegen, die Ausschreibung der 100,000 Rthlr. zum ersten Termin nicht aufgehalten werden kann, so ist vorläufig von obigem auf 106,684 Rthlr. angeschlagen geworbenen Entschädigungs-Quantum für Glogau der 3te Theil in runder Zahl nicht hier angenommen worden.

35,560

— —

Für die im neuen Oppelnschen Neglerungs-Bezirk belegenen Festungs-Städte Cosel und Netze, nach Maßgabe der ad 1. bereits erwähnten Nachweisungen

39,769

27 3

F o r t s e t z u n g .

Höhe des aus-
zuschreibend
Beitrags zu
ersten Term
1823.

Rthlr. Sgr. Pf. Rthlr. Sgr.

macht zusammen obige Haupt-Entschädigungs-Summe für alle schlesischen Festungs-Städte . . .		687,528	11	5	
Wenn indeß wegen der außerordentlichen Größe des vorstehenden Entschädigungs-Quantel darauf nur termi- nliche Ausschreibungen statt finden können, und demnach zum ersten Termin für das Jahr 1823. eine Abschlags-Summe von angenommen und höhern Orts bestätigt worden ist, so würden benannte drei Reglerungs-Departements nach Maassgabe und Verhältniß ihrer vorstehender- maßen zu fordern habenden Entschädigungs-Bei- träge an diesen auszuschreibenden 100,000 Rthlrn. folgende Antheile haben, und zwar					100,000
1.	das Breslausche Departement	90,352	12	—	
2.	„ Klegnitzsche „	5,172	5	—	
3.	„ Oppelnsche „	4,475	13	—	
betragen		100,000			
Zu diesem zum ersten Termin auszuschreibenden Ver- gütungs-Betrage, werden nun benannte drei Regle- rungs-Departements nach Verhältniß der Indictions- Summen ihrer Feuer-Societäts-Catasters aus dem Jahre 1806. beizutragen haben, nämlich:					
das Breslause Departement		44,004	3	6	
„ Klegnitzsche „		36,391	5	—	
„ Oppelnsche „		19,604	21	6	
Summa wie oben		100,000			
Nichtin bekommt das Breslause Regier.-Departement hiernach an Donifications-Gelder-Zuschuß vom Klegnitzschen Departement 31,219 Rthl. - - - und vom Oppelnschen „ 15,129 „ 8 sgr. 6 pf.					
Zusammen 46,348 Rthl. 8 sgr. 6 pf.					

Breslau, den 13. Januar 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Subrepartition

über 36,391 Rthlr. 5 Sgr. Feuer, Societäts, Beiträfs, Geler, welche die Städte des Liegnitzschen Regierungs-Departements auf die Ausschreibung eines Theils der Belagerungs-Schäden aus den Kriegs-Jahren 1806. und 1807. beizutragen haben.

Wobei Nachrichtlich angemerkt wird, daß die nach vorgedachten Jahren zum Breslauischen Regierungs-Departement abgetretenen und überwiesenen Städte hier nicht weiter in Anrechnung gekommen, sondern in Breslau angesehen worden, gegenwärtig die vom vormaligen Reichenaachischen Regierungs-Departement zum hiesigen überwiesenen Städte hier zugerechnet sind.

No.	N a m e n der S t ä d t e.	Feuer, Societäts, Catastral- Ertrag pro 1806.	Beitrag nach dem Divisore à 26 Sgr. 11 $\frac{27}{100}$ Pf. Ertrag von 100 Rthl.		No.	N a m e n der S t ä d t e.	Feuer, Societäts, Catastral- Ertrag pro 1806.	Beitrag nach dem Divisore à 26 Sgr. 11 $\frac{27}{100}$ Pf. Ertrag von 100 Rthl.	
			Rthlr.	Rthlr. Sgr. Pf.				Rthlr.	Rthlr. Sgr. Pf.
1	Beuthen . . .	118,280	1061	16 4		Transport	3,078,260	27626	26 3
2	Volckshayn . . .	31,950	296	22 5	20	Lüben . . .	93,670	846	20 2
3	Bunzlau . . .	124,690	1119	2 2	21	Raumburg a. D.	10,995	98	20 3
4	Frenstätt . . .	136,450	1224	18 6	22	Raumburg a. D.	50,380	452	4 7
5	Friedeberg a. D.	75,345	676	6 3	23	Neusalz . . .	48,630	436	13 5
6	Glogau . . .	443,280	3978	11 —	24	Neustädte . . .	49,555	444	22 5
7	Goldberg . . .	337,170	3026	1 4	25	Parchwitz . . .	37,900	340	4 4
8	Greifenberg . . .	135,695	1217	25 3	26	Polkwitz . . .	55,390	497	4 1
9	Grünberg . . .	242,440	2175	25 10	27	Prieß . . .	16,270	146	— 6
10	Hannau . . .	94,710	850	— 3	28	Primkenau . . .	22,140	198	21 1
11	Hirschberg . . .	399,270	3583	11 6	29	Sagan . . .	96,590	866	26 4
12	Hohenfriedeberg . . .	9,800	87	28 6	30	Schlawa . . .	23,745	213	3 2
13	Jauer . . .	248,695	2231	29 11	31	Schmiedeberg . . .	201,885	1811	26 7
14	Lahn . . .	43,640	391	19 10	32	Schöenberg . . .	24,295	218	1 4
15	Landeshuth . . .	137,620	1235	31 6	33	Schöndau . . .	17,960	161	5 7
16	Liebau . . .	16,195	145	10 4	34	Schwiebus . . .	130,440	1170	20 4
17	Liebertthal . . .	9,775	87	21 9	35	Sprottau . . .	82,505	740	14 1
18	Liegnitz . . .	260,425	2337	8 2	36	D. Wartenberg . . .	14,190	127	10 6
19	Löwenberg . . .	212,830	1910	3 5					
Latus		3,078,260	27626	26 3		Summa	4,054,800	36391	51--

Nach dem Divisore à 26 Sgr. 11 $\frac{27}{100}$ Pf. von 100 Rthlr. Catastral-Ertrag.

Um die Magistrate in den Städten unseres Verwaltungs-Bereichs über die Annahme und Zustiftung der Servis-, Brod- und Holzgelder, Ansprüche, welche in Folge des Aufrufs der Königl. Ministerien vom 31. October v. J. Amtsblatt pro 1822. S. 369. bis 371., Amtsblatt pro 1823. S. 9. bis 11. und S. 45. bis 47.) angemeldet werden, mit näherer Instruktion zu versehen, wird denselben hiermit Folgendes zur Nachachtung eröffnet.

Me. 2.
Die Anmeldung und
Zustiftung der Servis-
gelde an rathen-
digen Servis und
Brodgeldern.

Da die Richtigkeit der angeblichen Rückstände nur von demjenigen Servis-Amt beurtheilt werden kann, von welchem der Reclamant vormals Zahlung empfing, so ist jeder mit einer Rückstands-Forderung sich Meldende, welcher anderswo in Garnison gestanden, an den Magistrat seiner vormalsigen Garnison-Stadt zu verweisen, sofern nicht, zugleich mit der Anmeldung, ein Attest jenes Magistrates oder Servis-Amtes beigebracht wird, welches bestimmt nachweist, in welchem Jahr und Monat die früheren Zahlungen aufgehört haben.

Bei denen hingegen, welche vormals zur Garnison des Orts gehörten, und auf deren Reclamationen mithin vom Orts-Magistrat eingegangen werden muß, ist Folgendes erforderlich:

1) Welcher sich eine Soldaten-Frau mit ihrem Anspruch auf Servis- und Brodgelde-Rückstände, so muß sie durch glaubhafte Bescheinigungen nachweisen:

- a) daß sie mit ihrem angeblichen Ehegatten wirklich verheirathet war, und daß und wo sie in dieser Qualität vor dem Jahr 1806. bereits Servis bezogen hat;
- b) daß ihr Ehegatte in der Zeitperiode, für welche liquidirt wird, am Leben war, und in militairischer Activität sich befand, und bei welchem Truppendienst er Dienste geleistet, wobei noch besonders bemerkt wird, daß für die Frauen und Kinder derjenigen Unteroffiziere und Soldaten, welche in der Periode, für welche liquidirt wird, als Kriegsgefangene sich auswärts befanden, keine Vergütungen vorliegender Art Statt finden, da der Ehegatte während seiner Gefangenschaft dem Staat seine Dienste geleistet hat, und, nach der Aeußerung des 5ten Departements im Königl. Kriegs-Ministerio vom 2. März 1821., als erlaubt betrachtet werden soll;
- c) daß die Liquidantin in obengedachter Zeitperiode innerhalb der Preussischen Staaten und an dem vormaligen Garnison-Orte sich aufgehalten hat, ohne zu ihrem Ehegatten zurückzukehren, und an dessen Garnison-Dienst den Servis zu beziehen.
- a) Liquidirt ein Unteroffizier oder Soldat für seine Ehefrau, so hat dieselbe nachzuweisen:
- a) daß er mit der genannten Ehefrau wirklich verheirathet war, und daß dieselbe in dieser Qualität vor dem Jahre 1806. Servis bezogen hat, und wo solches geschehen ist;

b) daß

b) daß die Ehefrau in der Verlebe, für welche liquidirt wird, sich am Leben befand.

Außerdem ist von demselben, dem vorstehend unter No. 1. lit. b. und c. bezeichneten Bestimmungen zu genügen.

3) Wird Servis, und Brodegeld für Kinder liquidirt, so ist, außer dem anzuführenden Namen jedes Kindes:

a) das Alter und die eheliche Geburt eines jeden, durch Beisetzung der Taufzeugnisse, oder, wo solches nicht mehr möglich ist, in anderer glaubhafter Art nachzuweisen.

Gleichergestalt ist

b) darzutun, daß diese Kinder in der Zeitperiode, für welche liquidirt wird, am Leben, und in keinem militairischen Erziehungs-Institut, oder sonst wo unentgeltlich untergebracht waren, sondern daß die Ob-
sorge für deren Unterhalt lediglich ihrer Mutter anheim fiel.

Hierbei versteht es sich von selbst, daß die Servis, und Brodegelder für Kinder, nur bis zu deren, zum Empfang dieser Unterstützungen gesetzlich bezeichnetem Alter von 14 Jahren liquidirt werden können, und daß also diejenigen Kinder, welche während jenes Zeitlaufs dieses Alter überschritten haben, nur innerhalb der gesetzlichen Grenzen zum Ansaß gebracht werden dürfen; daher die Angabe des Alters von jedem Kinde, desto unerlässlicher ist.

Sind für Rechnung vorbezeichneter Forderungen immittirend Abschlagszahlungen erfolgt, so sind solche, mit Anführung des Datums, und der Behörde, die gezahlt hat, zu bezeichnen.

Um die Richtigkeit jeder anzufertigenden Liquidation zu übersehen, ist solche für die in der erwähnten Bekanntmachung vom 31. October v. J. bezeichneten vollen Zeiträume anzulegen; demnachst von dem, nach vorstehenden Prämissen festzustellenden Betrage, dasjenige abzulegen, was die Liquidanten schon früher abschläglich erhoben haben.

Rücksichtlich der Form dieser Liquidationen, wird den Magisträten bemerkt, daß solche nicht allein nach Verschiedenheit der Unterstützungen, sondern auch nach den verschiedenen Zeiträumen, nämlich vom November 1806. bis zum Februar 1809., und vom April 1813. ab, getrennt werden müssen, und daß sie unter folgenden Rubriken anzufertigen sind:

- 1) Vor- und Zunamen der Männer.
- 2) Truppentheil, bei welchem dieselben in der Zeitperiode des Rückmarsches dienten.
- 3) Vor- und Zunamen der Frauen und Kinder.
- 4) Monat und Jahr, in welchem die Kinder geboren worden.
- 5) Betrag des Servises für den zur Sprache gebrachten Zeitraum,
- 6) desgleichen der Brode, und Holzgelde.
- 7) Betrag des abschläglich Erhobenen.
- 8) Betrag dessen, was hiernach zu zahlen verbleibet.

In Beantwortung auf die den Liquidationen zum Grunde zu legenden Sätze, wird den Magistraten, mit Hinweisung auf die diesfälligen durch das Amtsblatt bekannt gemachten früheren Bestimmungen, hierdurch in Erinnerung gebracht, daß

a) Für die Periode vom November 1806. bis Ende Februar 1809.

1) An Servis für die Frau monatlich 6 gGr.

Kinder erhalten keinen Servis.

2) An Brodtgelbern für dieselbe 8 —

für ein Kind 4 —

b) Für die Periode vom April 1813. bis dahin 1818.

1) An Servis für die Frau 9 gGr.

für ein Kind 4½ —

2) An Brodt für die Frau, monatlich 4 Stück zu 6 Pfd., oder 18 Pfd. Mehl. Wird solches in Gelde vergütigt, so werden 2 gGr auf ein Brodt berechnet.

Für ein Kind die Hälfte dieses Satzes.

3) An Holz für die sechs Wintermonate vom October bis März, 2½ Klafter,

im Ansat zu bringen sind.

Die Reclamanten werden hierdurch angewiesen, sich mit ihren diesfälligen Forderungen an die betreffenden Magisträte zu wenden, diese aber haben die Ansprüche nach den vorstehenden Bestimmungen mit Umsicht zu prüfen, und die gehörig justificirten Liquidationen demnächst zweifach bei uns einzureichen. Klegnis, den 28. Februar 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.
I. M. No. 1318. Februar c.

Verordnungen des Königl. Consistorii für Schlesien.

Wir haben dem Candidaten der Theologie Daniel Dollbor, nach bestandener Prüfung, das Zeugniß der Würdigkeit zu einem geistlichen Amte; nachstehenden Candidaten aber, als: Walter in Pewde bei Oels, Kunzen dorf in Putzschau bei Hlogau, Nibel in Borne bei Neumarkt, Warrunth, in Loschwitz bei Teeritz, Albin in Raake bei Oels, Kettner in Breslau, Schubert in Lauban, Quetsch in Weidenbach bei Bernstadt, Entel in Radmeritz bei Görlitz, Steiner in Krippitz bei Strehlen, Rühle in Niesitz, in der Lausitz, Rumppe in Jordonsmühle, Wolte in Maslischhammer bei Teeritz, Schade in Böckow bei Züllichau, Zenisch in Görlitz und Raschke in Hansen bei Steinau, die Erlaubniß zum predigen erteilt, welches hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird. Breslau, den 7. Februar 1823.

Bekanntmachung.

Königliches Preuss. Consistorium für Schlesien.

Antichrist No 11.

D

Der

Verordnungen auswärtiger Behörden.

Bekanntmachung.

Die General-Direction der Königlich Preussischen Allgemeinen Wittwen-Versorgungs-Anstalt macht hierdurch bekannt, daß die General-Wittwen-Kasse im bevorstehenden Zahlungs-Termin folgende Zahlungen leisten wird:

1. Die sämmtlichen Antritts-Gelder an alle bis zum 1. April dieses Jahres ausgeschledene, nicht excludirte, Interessenten gegen Zurückgabe der von den vollständig legitimirten Empfängern gerichtlich quittirten Original-Receptions-Scheine.
2. Die den 1. April 1823. pränumerando-fällig werdenden halbjährigen Pensionen gegen die vorschriftsmäßigen nicht früher, als den 1. April dieses Jahres auszustellenden, mit der Wittven-Nummer zu bezeichnenden, gerichtlich zu beglaubigenden und mit dem gesetzlichen Wertstempel zu versehenen Quittungen.

Die Zahlung der Pensionen nimmt mit dem 3., die der Antritts-Gelder mit dem 21. April dieses Jahres auf der General-Wittwen-Kasse (Postenmark No. 3.) ihren Anfang; jedoch wird hierbei ganz ausdrücklich bemerkt, daß mit der Zahlung durchaus nicht länger, als bis Ende April d. J. und zwar täglich (Sonrabeends ausgenommen) Vormittags von 9 bis 1 Uhr fortgesetzt werden kann, und werden alle, welche sich später melden, ab, und auf den nächsten Termin verwiesen werden.

Die Absendung der Pensionen mit der Post, kann in Gemäßheit unserer Bekanntmachung vom 27. Juli 1819. nicht ferner statt finden, und bleibt es den Wittven außerhalb Berlin, welche ihre Pension nicht durch die Haupt-Instituten, oder die dieselben herrschenden Kassen beziehen, überlassen, solche entweder durch den ihnen zunächst wohnenden Commissarius oder einen in Berlin selbst gewählten Mandatarius, oder auch durch einen der beiden hiesigen Agenten der Anstalt — Hofrath Behrendt, in der Ober-Wallstraße No. 3., und General-Landschafts-Agenten Reichert, Französische Straße No. 30. wahrzunehmen — zu lassen.

Eben so werden die Interessenten, welche nicht berechtigt sind, ihre Beiträge an die Instituten-Kassen zu zahlen, wohl thun, selbige auf einem dieser Wege an die General-Wittwen-Kasse abzuführen.

Uebrigens müssen sämmtliche Beiträge unausbleiblich im Laufe dieses Monats hier eingebracht, und ist die General-Wittwen-Kasse angewiesen, nach dem 1. April d. J. keine Beiträge ohne die geordnete Strafe des Dupl., welche unter keinem Vorwande erlassen werden kann, weiter anzunehmen.

Berlin, den 3. März 1823.

General-Direction der Königl. Preuss. Allgemeinen
Wittwen-Versorgungs-Anstalt.

von Winterfeld, Büsching. von Bredow.

Nach

Nach der allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 17. December vorigen Jahres, sollen die, verschiedenen Instituten und Eingesessenen der Kreise des Herzogthums Magdeburg rechts der Elbe, über freiwillige Anleihen in barem Gelde und Bank-Obligatienen ertheilten Magdeburgischen Landes-Obligatienen und zinslosen Scheine, nach vorgängiger Verificatien, in Staats-Schuld-Scheine umgeschrieben werden.

Bekanntmachung.

Das unterzeichnete Ober-Präsidentium, mit dieser Verificatien beauftragt, fordert, auf den Grund fernerer allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 7. Februar dieses Jahres, die Inhaber dieser Papiere im Allgemeinen, wie insonderheit der folgenden Nummern:

a) von den Magdeburgischen Landes-Obligatienen à 5 Procent

No. 410. 411. 452. 453. 471. 472. 475. bis incl. 498. 507. bis incl. 509. 577. 586. bis incl. 588. 801. bis incl. 868. 959. 960. 977. 978. 980. bis incl. 982. 988. 989. 991. bis incl. 993. 998. bis incl. 1000. 2123. 2124. 2128. 2132. bis incl. 2139. 2142. 2144. 2149. bis incl. 2153. 2169. bis incl. 2171. 2179. 2180. 2242. 2243. 2247. 2253. 2272. 2274. 2288. bis incl. 2290. 2299. bis incl. 2306. 2329. bis incl. 2342. 2346. 2347. 2357. 2363. 2379. bis incl. 2381. 2384. 2390. 2662. bis incl. 2665. 2667. 2668. 2670. 2671. 2674.

b) von den Magdeburgischen Landes-Obligatienen, deren Valuta auf Banco-Obligatienen laufen,

No. 30. 94. 97. 98. 136. 139. 217. bis incl. 229. 249. bis incl. 266. 366. bis incl. 372. 423. bis incl. 435. 446. bis incl. 448. 499. bis incl. 502. 557. 558. 563. 569. 572. 593. 675. bis incl. 677. 686. 695. 725. 761. 778. bis incl. 797. 814. 815. 835. bis incl. 838.

c) von den Magdeburgischen zinslosen Scheinen über Banco-Kapitalien
No. 10. 11. 20. bis incl. 26. 34. 35. 36. 70. 71. 72. 84. 134. 135. 136. 140. 143. 149. 155. 156. 169. bis incl. 179. 197 bis incl. 202.
hierdurch auf, selbige mittelst zweier von ihnen unterschriebener Nachweisungen, welche folgende Rubriken enthalten müssen:

1) Name, Stand und Wohnort des Inhabers, fortlaufende Nummer.

2) Bezeichnung der eingereichten Documente.

3) Betrag derselben (Rthlr. Egr.)

4) Münzsorte.

5) Zinsfuß.

6) Betrag der Zins-Rückstände à — Procent bis zum 31. December v. J. (Rthlr. Egr.)

7) Beilagen,

a) Art derselben,

b) Stückzahl.

8) Raum zum Verificatious-Acteß,

actiß

nebst dem gesetzlichen Beweis, Urkunden über die durch Erbgang oder Cession etwa in andere Hände gekommene, auf einen bestimmten Inhaber lautende Papiere bis zum 1. July 1823. alle Tage in der Woche, mit Ausnahme des Sonntags und Donnerstags, in den Vormittagsstunden von 10 bis 12 Uhr, an die geordnete Verifications-Commission, von welcher auf Erfordern auch die nöthigen Formulare zu den Nachweisungen zu erhalten sind, in dem Locale des unterzeichneten Ober-Präsidenten, und zwar an den Regierungs-Rath Schulz entweder selbst, oder durch einen mit gerichtlicher Vollmacht zugleich zum Empfang der dagegen zu erwartenden Papiere und Gelder versehenen Beauftragten einzureichen, und zwar ohne Unterschied, ob solches früher schon anderswo geschehen, oder nicht.

Nach Ablauf des gedachten Termins werden, nach ausdrücklicher Bestimmung der in die Gesess.-Sammlung aufgenommenen Cabinets-Ordre vom 7. Februar d. J., alle bis dahin bei der Verifications-Commission nicht präsentierte oder besonders angemeldete Papiere der bemerkten Art, und die darauf beruhenden Forderungen, ohne Weiteres für präcluidirt und ungültig erachtet, und danach behandelt und zurückgewiesen werden.

Magdeburg, den 26. Februar 1823.

Königl. Preuss. Ober-Präsidium der Provinz Sachsen.
(gez.) v. Mos.

Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

Knabenbezeugung.

Des Königs Majestät haben geruht, dem Pastor Bischof zu Varchowitz das allgemeine Ehrenzeichen erster Klasse, dem evangelischen Cantor und Schullehrer Hauptmann zu Beynabel, Grünbergischen Kreises, das allgemeine Ehrenzeichen 2ter Klasse, beiden in Veranlassung ihrer fünfzigjährigen Dienst-Jubelfeier, huldreich zu verleihen.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 11.)

Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 12.

Liegnitz, den 22. März 1823.

Allgemeine Gesessammlung.

Das 4te Stück enthält unter Nummer

- 779) die allerhöchste Kabinets-Ordre vom 4. Februar 1823., daß ein gerichtlichcs Verfahren bei Verwaltungs-Ansprüchen an den Staat, aus der Zeit der ehemaligen Fremdherrschaft in den neu und wiedereroberten Provinzen, nicht zugelassen werden soll;
- 780) die Verordnung über das Armenrecht in den Rheinprovinzen. Vom 16. Februar 1823.;
- 781) die Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 21. Februar 1823., betreffend die Ungültigkeit eines Regresses wegen Kriegsextortionen, wofür bereits Erlassungsscheine erteilt worden;
- 782) die Erklärung wegen der Erneuerung der mit der Fürstlich-Sippen-Vertragsmoldischen Regierung unterm 18. Jann und 15. August 1818. abgeschlossenen Durchmarsch- und Etappen-Convention bis zum 1. Januar 1827. Vom 25. Februar 1823.

Verordnungen der Königl. Liegnitzschen Regierung.

Da die von Landshut durch Liebau bis zur Böhmischn Grenze bei Dittersbach gehende Chaussee nunmehr zusammenhängend auf 33 1/2 preuss. Meilen oder 1 1/2 Meile und 311 Ruten angelagt ist; so wird der Chausseesoll davon, nach dem Tarif vom 21. May 1822., auf 1 1/2 Meile vom 1. April d. J. ab, und zwar dreigestalt erhoben werden, daß die Reisenden, welche von Landshut kommen, und durch Liebau nach Böhmen reisen, den Chausseesoll in Reichpennerdorf am dortigen Wege-Soll-Schlage auf 1 1/2

No. 36.
Betreffend die Anlage eines Chausseesoll-Schlages bei Dittersbach.

1½ Melle entrichten, und die dafelbst erhaltenen Wege, Zoll, Zettel am Wege, Zoll, Schläge zu Dittersbach, ohne weiter etwas zu zahlen, abgeben.

Umgekehrt müssen die aus Böhmen kommenden Reisenden den Chaussee, Zoll am Wege, Zoll, Schläge zu Dittersbach auf 1½ Melle entrichten, und den dort empfangenen Wege, Zoll, Zettel am Wege, Zoll, Schläge in Reich-
hennersdorf, ohne dafelbst Chaussee, Zoll entrichten zu dürfen, abgeben.

Wer am zweiten dieser Wege, Zoll, Schläge dem am-ersten erhaltenen Chaussee, Zoll, Zettel nicht abgeben kann, muß den Chaussee, Zoll auf 1½ Melle nochmals entrichten.

Dem Publico wird dieses zur Nachricht und Achtung hiermit bekannt gemacht. **Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.**

21. No. 1739. Febr. c.

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

Wegen der Stempel
zu den Erkenntnissen
in den höheren In-
stanzen.

Nachdem von Seiten Eines hohen Justiz-Ministerii, wegen Bestimm-
ung der für die Appellations- und Revisions-Instanz bestimmten Werth,
Stempel, mittelst Rescripts vom 4. November 1822., bestimmt worden ist,
daß künftig die Stempel zu den Erkenntnissen in den höhern Instanzen von
demjenigen Gerichte angelegt und eingelegt werden sollen, bei welchen die
höhere Instanz verhandelt ist, und daher die Gerichts-Behörden, welche in
den höhern Instanzen die Erkenntnisse abfassen, selbige auf ungestempelterm
Papier jenen Gerichten zu übersenden, und denselben den Ansaß und die Ein-
ziehung der erforderlichen Stempel zu überlassen haben, so wird dieses den
sämmlichen, dem kaiserlichen Königl. Ober-Landes-Gerichte untergeordneten
Gerichten, hiermit zur Nachachtung bekannt gemacht.

Breslau, den 31. Februar 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Schlesien.

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Die Stadtverordneten-Versammlung zu Naumburg a. B. hat den Schumachermeister Gräß junior und den Taback-Spinnermeister Buchwald zu unbefoldeten Rathmännern auf 6 Jahre erwählt.

Der Seminarist Franz aus Schreienborn ward evangelischer Schul-Adjutant zu Petersdorf, Hirschberg'schen Kreises.

Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

Die zu Kiesenborn im Schweidnitz'schen Kreise verstorbene verwitwete Ober-Amtmann Maria Josepha Fühmann, hat der Joseph-Brüderschaft zu Gräffau auf ein jährliches Requiem 200 Rthlr. in ihrem Testamente legirt; und der zu Hohenwiese verstorbene vormalige Richter Illgner, der evangelischen Kirche zu Schmiedeberg ein Legat von 3 Rthlr. ausgesetzt.

Wohlthätigkeit.
Neußemarn.

Historische Nachrichten aus dem Königl. sächsischen Regierungs-Departement für den Monat Februar 1823.

Hohes Alter.

Zu Rüppert, Laubanschen Kreises, starb am 25. Januar der Gedling'sche Häusler Gottfried Menge in einem Alter von 93 Jahren. Er erfreute sich stets einer ununterbrochenen Gesundheit, und verrichtete noch im Sommer und Herbst des verfloffenen Jahres seine gewöhnlichen Landarbeiten.

Verdienstliche Handlungen.

Der vormalige herrschaftliche Rath, Rentant Johann Maßler zu Kunzendorf, Löwenberg'schen Kreises, hat den Orts-Armen daselbst ein Capital von 100 Rthlen. überwiesen, wovon er sich jedoch die Hälfte der Zinsen auf Lebenszeit vorbehalten hat.

Auch haben Wir von vielen Seiten die erfreuliche Nachricht erhalten, daß die Stadt- und Land-Communen in dem harten Winter sich ihren Orts-Armen mit thätiger Hülfe angenommen haben.

Unglücksfälle und Selbstmorde.

Selbst gemordet hat sich eine Person. Zwei Kinder verloren wegen vernachlässigter Aufsicht ihr Leben. Neun Personen starben eines unnatürlichen Todes.

Feverbrünste.

Am 7. Februar brannte zu Hartmannsdorf, Laubanschen Kreises, eine Häusler, Stelle, am 16. Abends zu Querbach, Edmundenbergischen Kreises, das Wohngebäude nebst Stallung einer Bauer, Währung, und am 17. zu Klein, Kogewau, im Lübenschen Kreise, eine Freihäusler, Stelle ab.

Zu Zentau, Plegnikschen Kreises, ging am 20. Februar die Stallung des Mühlentbesizers Wentsche, und zu Neuhammer, im Lübenschen Kreise, am 23. eine Häusler, Stelle, nebst Stall, und Scheunen, Gebäuden, in Flammen auf. Plegnik, den 1. März 1823.

Königl. Preussische Regierung. Erste Abtheilung.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 12.)

Am t s = B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

— No. 13. —

Liegnitz, den 29. März 1823.

Allgemeine Gesefssammlung.

- Das 5te Stück enthält unter Nummer
- 783) die Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 21. v. M., betreffend das Verfahren bei, auf administrativem Wege, erfolgenden Dienst-Entlassungen der Zivill-Beamten;
 - 784) die Allerhöchste Verordnung, wegen Aufhebung der militairischen Straßverwandlung und über das künftige Strafverfahren gegen beurlaubte Landwehrmänner, zur Kriegsreserve entlassener und der Trainsoldaten; vom 22. v. M., und
 - 785) die Allerhöchste Kabinets-Ordre von demselben Tage, betreffend die Anwendung der vorbemeckten Allerhöchsten Verordnung.

Verordnungen der Königl. Liegnitzschen Regierung.

Das dem Mechanikus und Optiker J. Dübler zu Berlin, unterm 28. Februar 1818. über das ausschließliche Recht, nach seiner Methode Reißbretter und Lineale, deren Gebrauch bei architektonischen, geodätischen und andern ähnlichen Zeichnungen die Eintheilung der Maasstäbe erleichtert, und die Handhabung des Zirkels und des Erlängels in mehreren Fällen entbehrlich macht, zu verfertigen,

auf 5 Jahre ertheilte Patent ist nunmehr erloschen.

Sollte jemand geneigt seyn, sich mit der bis jetzt dem Patentsinhaber vorbehaltenen Anfertigung solcher Reißbretter und Lineale zum Verkauf zu befassen, so mag derselbe, unter Angabe seines Gewerbes, Uns sein Gesuch

No. 39.
Das erlöschene Patent des Jc. Dübler zu Berlin betreffend.

Q

vor

vertragen, worauf nach Befinden der Umstände die nöthige Mittheilung, jedoch gegen Erstattung der Kosten, erfolgen soll.

Liegnitz, den 16. März 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.
II. 886 März c.

No. 40.
Die vorjährige National-Ausstellung, und die vorstehenden Auszeichnungen betreffend.

Auf den von des Königs Majestät genehmigten Ausspruch der Preisvertheilungs-Commission ist in Unserm Regierungs-Departement nachbenannten Personen, deren Leistungen bei der ersten vorjährigen National-Ausstellung zu Berlin der Auszeichnung würdig erachtet worden, nämlich:

- 1) dem Tuchfabrikunternehmer Kemmerzien-Rath Ruffer Hieselski, und
- 2) dem Glashütten-Besitzer Preußler in Schreiberhau, die silberne Denkmünze zuerkannt worden;
- 3) dem Papierfabrikanten G. Elsner zu Alt. Beckern aber, so wie
- 4) dem St. reichenmacher Großknecht zu Goldberg, und
- 5) dem Leinwandfabrikanten Maywald in Kunersdorf, ist eine ehrende Erwähnung zu Theil geworden.

Liegnitz, den 16. März 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.
II. G. No. 19. R. März c.

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

Wegen der den L. Land- und Stadtgerichten, Stadtgerichten und Domänen-Justiz-Ämtern unentgeltlich gebührenden Amtsblätter.

Den Königl. Land- und Stadt-Gerichten, Stadt-Gerichten und Domänen-Justiz-Ämtern, wird auf den Grund des Rescripts Eines hohen Justiz-Ministerii vom 23. September 1822, hierdurch bekannt gemacht, daß Sie die Amtsblätter unentgeltlich zu fordern haben, und in Ihren Salarien-Kassen-Rechnungen daher keine Ausgabe für Amtsblätter passiren wird.

Glogau, den 14. Februar 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landesgericht von Nieder-Schlesien und der Lausitz.

Ver-

15	Duzend	Steinerne	oder	irdene	Krüge,
75	—	—	—	—	Portionsnapfe,
9	—	—	—	—	große Schüsseln,
4	—	—	—	—	Portionsstöpfe,

soll an den Mindestfordernden öffentlich verdingen werden, und ist hierzu ein Termin auf den 27. April d. J. in dem Bureau der unterzeichneten Verwaltung anberaumt worden.

Lieferungslustige werden eingeladen, gedachten Tages Vormittags um 9 Uhr sich daselbst einzufinden, und ihr Gebot abzugeben.

Der Zuschlag erfolgt spätestens 14 Tage nach dem Termine von der königlichen Regierung zu Liegnitz.

Die näheren Bedingungen über diese Lieferungen sind bei unterzeichneter Verwaltung, von heute an, täglich einzusehen.

Glogau, den 10. März 1823.

Königliche Garnison, Verwaltung.

Berichtigung. Im Amtsblatt No. 11. ist in der Subrepartition der städtischen Feuer, Societäts, Gelder pag. 90. ein Druckfehler eingeschlichen, indem bei Volkenhain der Beitrag nicht 296 Rthlr. 22 Egr. 5 Pf., sondern nur 286 Rthlr. 22 Egr. 5 Pf. beträgt.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 13.)

Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 14.

Liegnitz, den 5. April 1823.

Verordnungen der Königl. Liegnitzschen Regierung.

Um der Verbreitung der neuen Scheidemünze einen beßern Fortgang zu verschaffen; wird auf Verfügung der höchsten Staats-Behörden hiermit an-
geordnet: daß

No. 41.
Wegen Verbreitung
der neuen Scheide-
Münze.

- 1) Händler, Händler und überhaupt alle Verkäufer im Kleinen ihre Waaren nach Silbergroschen stellen, und nur nach solchen ihre Waaren ausstich-
ten und verkaufen dürfen, daß
- 2) da, wo noch Polgel-Taren bestehen, diese, so wie die von der Polizei
bestimmten Taren der Gaskette, nur in neuer Silbermünze gestellt
werden.

Die Polizei-Behörden des Liegnitzschen Regierungs-Departements wer-
den hiermit aufgefordert, hiernach das Weitere in ihren Verwaltungs-Be-
ziehungen anzuordnen und darüber zu wachen, daß diesen Vorschriften gebüh-
rende Folge geleistet werde.

Liegnitz, den 29. März 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

I. No. 1365. März.

No. 42.
Kadempfangnahme
der Staats-Schul-
scheine von der Reg-
ganz-Kasse.

Dem Publico wird hiermit bekannt gemacht, daß die bei Unserer Haupt-
Kasse, Befuß der Beschaffung neuer Coupons Series IV. No. 1 — 8.
bis zum 24. Januar d. J. abgegebenen Staats-Schul-Scheine, nunmehr
gegen Bescheinigung des Rück-Empfanges, bei derselben wieder abgeholt,
oder, insofern die Einsendung durch die Königl. Kreis-Kassen oder
Magistrate geschehen ist, von denselben sofort alldies in Empfang genommen
werden können. Kienig, den 1. April 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.
II. F. No. 101. April c.

No. 47.
Die inseite der Elbe
sich gebildete Hagel-
Schaden/Affecuranz/
Societät betreffend.

Die im Jahre 1820. jenseits der Elbe gestiftete, durch Unser Amtes-
blatt. unterm 27. März. v. J. zur öffentlichen Kenntniß gebrachte Hagel-As-
securanz Societät, zählte damals 1151 Interessenten, welche die Summe
von 2,051,048 Rthlrn. affecurirt, und im Jahre 1821. einen Entschäd-
gungs-Beitrag von 110½ gGr. für jedes versicherte Hundert Thaler zu
zahlen hatten.

Nach dem uns vorgelegten Bericht des Directorii, hat jene Anstalt im
verfloßnen Jahre bedeutend an Umfang gewonnen; die Zahl der Mitglieder
ist auf 1866, der Affecuranz-Beitrag auf 3,258,955 Rthlr. 23 gGr. gestie-
gen, und wurde zur Deckung der zu zahlenden Entschädigung von 30,479
Rthlrn. ein Beitrag von 23 gGr. 9 Pf. von jedem versicherten Hundert
Thalern ausgesprochen.

Wir bringen solches, auf den Antrag des Directorii jener Anstalt, hier,
mit zur öffentlichen Kenntniß, und bemerken, daß die Statuten jener So-
cietät, nebst einem Nachtrage zu denselben, jederzeit in Unserer Polizey
Registratur eingeesehen werden können.

Kienig, den 1. April 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.
I. 1248. März c.

Ein

Ein Königl. Hohes Ministerium des Innern hat der jüdischen Gemeinde in Koslau, Rhodulischen Kreises, Oppeln'schen Regierungs-Bezirks, zum Wiederaufbau ihrer abgebrannten Synagoge, eine Synagogen- und Haus-Collecte bei den Israeliten der Provinz Schlesien und des Großherzogthums Posen bewilligt; als welches hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Königs, den 28. März 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

I. No. 1302. März c.

Mr. 41.
Betreffend die der
jüdischen Gemeinde
in Koslau bewilligte
Collecte.

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Bestätigt wurden: der Candidat der Theologie Grölich, als Diaconus und Rector bei der evangelischen Stadt-Schule zu Parchwitz; der hiesige Schullehrer Hoffmann zu Ostreichen, als evangelischer Schullehrer zu Tschmendorf, Görlisch-Kreises; und der Seminarist Jacob, als evangelischer Schul-Adjutant zu Lobendau, Haynau'schen Kreises.

Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

Die Dominien und Gemeinden zu Kaiserswaldbau, Haynau'schen Kreises, haben bei dem beschränkten Raum des dasigen Schulgelasses, aus eigenen Mitteln, eine neue Schulstube erbauen lassen, und die Dominia sich verbindlich gemacht, zu Beheizung derselben, jährlich 6 Schock Kiefern-Kreisig hergeben zu wollen.

Die

**Wohltätigkeits-
Anzeige.**

Die Mutter und Alleinerbin des zu Langwasser verstorbenen Pfarrers
Anton Illgner hat, nach dem bei Lebenszeiten geäußerten Wunsche ihres
Sohnes, zwei Fundationen von resp. 200 Rthlrn. und 100 Rthlrn. Courant
für die arme Schuljugend in Langwasser, Löwenbergischen Kreises, errichtet.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 14.)

Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 15.

Liegnitz, den 12. April 1823.

Verordnungen der Königl. Liegnitzschen Regierung.

Es sind über die Berechtigung der Landwehr-Truppen zum Empfang der Verköstigung von den Wirthen, auf Marschen innerhalb des Regiments-Bezirks, Zweifel entstanden, in Folge dessen hohem Orts Folgendes bestimmt worden ist.

Den Landwehrmännern liegt im Allgemeinen die Verpflichtung ob, sich bei den Etabs-Quartieren, ohne eine Entschädigung für den von ihrer Heimath bis dahin zurückgelegten Weg, zu versammeln.

Wenn Landwehr-Bataillons, regimentsweise zusammenrücken, so tritt die gewöhnliche Marsch-Verpflegung für die marschirenden Bataillons während des Marsches ein; wogegen während der Zeit, wo die Regiments-Übung statt findet, es bei der gewöhnlichen Brodt-Verpflegung von 1½ Pfund pro Mann und Tag verbleibt, nimmt aber die Landwehr an den Uebungen und Manövern der Linie theil, so wird sie für diese Zeit mit der Linie gleich behandelt.

Ob bei dem Marsch der Regiments-Bezirk überschritten wird oder nicht, ob das ganze Landwehr-Bataillon, oder nur eine Compagnie, oder ein Commando sich auf dem Marsche befindet, macht hierunter keine Ausnahme. Es sind daher auch die Landwehr-Artilleristen, wenn sie bei den betreffenden Bataillons Etäben versammelt werden, und deren Führung vom Etabs-Quartier nach dem Uebungsplatz eintritt, zum Empfang der Verköstigung gegen die vorschicktsmäßige Vergütung, berechtigt, zu welchem Behuf ihnen die nöthigen Lebensmittel überwiesen werden sollen. Die wahren Landwehr-Artilleristen aber, welche nicht bei den Etäben versammelt werden, sondern unmittelbar nach den Schießplätzen marschiren, sollen auf denselben Tage, die sie, sowohl auf dem Hin, als Rückmarsch, mehr zu marschiren haben, als wenn sie sich im Etabs-Quartier ihres Bataillons versammelt hätten, mit Sold, Virtualien-Zulage und Brodtgeld versehen werden,

No. 45.

Betreffend die Verpflegung der Landwehr-Truppen auf Marschen.

wobel die Marschstage zu 3 Meilen und der vierte Tag als Ruhetag gerechnet, zugleich aber angenommen wird, daß $1\frac{1}{2}$ Meile gar nicht, über $1\frac{1}{2}$ Meile jedoch für einen vollen Tag gelten; wobel es den Landwehr-Artilleristen freiliegt, sich eine größere tägliche Verpflegung dadurch zu erwerben, wenn sie längere Märsche und keine Ruhetage machen.

Endlich ist auch noch nachgegeben worden, daß sowohl den Landwehr-Artilleristen, als auch der Mannschaft der Provinzial-Landwehr, wenn sie mehr als 6 Meilen zum Ueungsplatz oder zum Staats-Quartier zurückzulegen haben, freies Natural-Quartier auf den Hin- und Rückmarsch, jedoch ohne Beförderung, gewährt werde.

Vorstehende Bestimmungen werden den betheiligten Behörden und Einsassen Unfers Verwaltungsbereichs zur Nachricht und Achtung hierdurch bekannt gemacht. **Elegniß, den 4. April 1823.**

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.
I. M. 64. R. März c.

No. 46.
Die Kompetenz der
Militär-Prediger
betreffend,

Da Zweifel entstanden sind über die Kompetenz der Militär-Prediger, in Hinsicht derjenigen von dem Königl. Kriegs-Ministerio ressortirenden Beamten, welche nicht zu den dienstthuenden Offizieren und Soldaten gehören; so wird der Geistlichkeit des hiesigen Regierungs-Departements, in Folge hoher Ministerial-Verfügung vom 13. Februar d. J., hierdurch eröffnet: daß, in Gemäßheit der Allerhöchsten Kabinetts-Ordre vom 30. Juni 1820, nach welcher, wegen des belohaltenen Militair-Getrages, Standes, die pensionirten Offiziere mit ihren Familien, wenn an dem Ort ihres Aufenthalts ein Militair-Prediger ist, zu der Militair-Gemeine zu rechnen sind, auch die Proviant- und Fourage-Beamten in den Festungen, wo ein Garnison- oder Festungs-Prediger, oder ein, dessen Stelle vertretender, Militair-Prediger ist, um so mehr zu dessen Gemeinde gehören, da diese Beamten in Criminal- und Injurien-Sachen, der Gerichtsbarkeit der Commandanturen unterworfen sind; daß hingegen in solchen Festungen, wo sich kein Militair-Prediger befindet, die gedachten Beamten, als zur Civil-Ortsgemeine gehörig, zu betrachten sind.

Die Intendanturen sind an die Stelle der aufgehobenen Kriegs-Commissariate getreten, und also die bei jenen angestellten Beamten, mit Einschluß der Expedienten, zur Militair-Gemeine zu rechnen, weil sie Servis belegen, und die Truppen begleiten und verpflegen müssen; dagegen gehören die Garnison-Verwaltungs-Beamten zu der Civil-Gemeine.

Elegniß, den 31. März 1823.

Königl. Preussische Regierung. Erste Abtheilung.
I. C. No. 63. R. März c.

In Gemäßheit der Allerhöchsten Verordnung vom 5. Januar d. J.,
betreffend die Aufhebung oder bessere Einrichtung der öffentlichen
Schauanstalten für Tuche und andere Wollwaaren,

No. 47.
Beach Aufhebung
der Tuchschau in Lö-
wenberg.

hat die Tuchmacherszunft zu Löwenberg als zeitliche Schaucorporation einstim-
mig beschloffen, mit Ende des laufenden Monats März d. J. die dortige
Tuchschau aufzuheben, und einen neuen Tuchschauverein, nach den Bestim-
mungen jenes Gesetzes, nicht zu bilden.

Dieser Beschluß ist, als vollkommen gesetzmäßig, von Uns heute bestä-
tigt worden, und wird hierdurch zur öffentlichen Kunde gebracht.

Demnach werden, von dem gedachten Zeitpunkte ab, die Wollfabrikate der
Stadt Löwenberg ohne öffentliche Beglaubigung in den Handel übergehen.
Elegniz, den 26. März 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.
II. G. 1558. März c.

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Der practische Arzt Dr. Bock zu Schönaue, ist zum Kreis-Physikus Schö-
nauschen Kreises ernannt worden.

Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

Mit Genehmigung eines Königl. Hochlöblichen Haupt-Banco-De- Bekanntmachung.
rectoris sollen nachbenannte, der Königl. Haupt-Bank zugehörige Vor-
werke mit Nebenabzügen öffentlich verpachtet werden, und zwar:

- I. das zur Herrschaft Pargnow gehörende Vorwerk Pargnow, im Ostpreu-
sener Kreise, im Großherzogthum Posen, unmittelbar an der schlesischen
Grenze, bestehend aus 1073 Mrg. 40 QM. Ackerland, 18 Mrg. 131 QM.
Gärten, 92 Mrg. 164 QM. Wiesen und 4 Mrg. 148 QM. Teiche in
Magdeburg. Naach, nebst Aufzählung in der Forst, Brauerei und Brannt-
weinbrennerei, Ziegelm, Zinsungen und Diensten, so wie dem vorhandenen
lebenden und todtten Inventario,
in Pargnow den 24. April c. Vormittags um 10 Uhr.

II.

II. das Vorwerk Wigotta, begrenzt mit Parznow, und bestehend aus 495 Mrg. 3 QM. Ackerland, 18 Mrg. 90 QM. Wiesen, 38 Mrg. Gartenland, 39 Mrg. 75 QM. Teiche in Ragdeburg. Maas, nebst Aufzucht in der Forst, Prapination und den Zinsungen und Diensten, gleichfalls in Parznow den 24. April. a. e. Vormittags 10 Uhr.

III. die Vorwerke der Herrschaft Mellnow, namentlich:

- a) Mellnow mit Wolkerei Wigobda,
- b) Bojudzewo,
- c) Dombrowken,
- d) Linowo,

im Graudenger Kreise, bei der Stadt Rehden, bestehend zusammen aus 5347 Mrg. 99 QM. Ackerland mit 1685 Mrg. 121 QM. Weizenboden und 3661 Mrg. 158 QM. Gerstboden, 958 Mrg. 130 QM. Wiesen, 176 Mrg. 140 QM. Gartenland, 86 Mrg. 39 QM. Weidenbrücker, 850 Mrg. 16 QM. Seen und Teiche, nebst der Aufzucht in den Viehwaldungen, so wie mit Brauerei und Brauntweimbrennerei, Ziegelei, Zinsungen und Diensten, auch mit dem vorhandenen lebenden und todtten Inventario,

in Mellnow den 2. Mai. a. e. Vormittags um 10 Uhr.

IV. das zur Herrschaft Radymnow gehörende Vorwerk Groß-Bolumin, im Culmer Kreise, 3 Meilen von Culm, an der Weichsel, bestehend aus 1230 Mrg. 143 QM. Ackerland, 90 Mrg. 3 QM. Wiesen, 49 Mrg. 173 QM. Gartenland, so wie Aufzucht in der Forst, nebst Zinsungen und Diensten der Einsassen und dem vorhandenen lebenden und todtten Inventario,

in Groß-Bolumin den 5. Mai. a. e. Vormittags um 10 Uhr.

V. das zur Herrschaft Laschau gehörende Vorwerk Laschau im Schwesker Kreise, 2 Meilen von Schweske, bestehend aus 940 Mrg. Lorastfläche, nebst Brauerei und Brauntweimbrennerei, Fischerei und Aufzucht in der Forst, so wie mit Zinsungen und Diensten der Einsassen und dem vorhandenen herrschaftlichen Inventario,

in Laschau den 7. Mai. a. e. Vormittags um 10 Uhr.

VI. das zur Herrschaft Wandsburg, Flatowschen Kreises, gehörende Vorwerk Ostrowek, bei der Stadt Wandsburg, bestehend aus 400 Mrg. Ackerland, 100 Mrg. Wiesen nebst Brauerei, Ziegelei, Kalkbrennerei, bedeutender Fischerei, Zinsungen und Diensten, Aufzucht in der Forst, und mit dem vorhandenen lebenden und todtten Inventario,

in Wandsburg den 10. Mai. a. e. Vormittags um 10 Uhr.

VII. das zur Herrschaft Zempelburg gehörige, im Flatowschen Kreise, bei der Stadt Zempelburg gelegene Vorwerk Sierka mit einer Ausfaat von

250 Schf. Winterung, Aufpütung in der Forst; Brauerei, Brennerei und Krugverlag, den Zinsungen und Diensten der Einsassen nebst vorhandenem lebenden und todtten Inventario,

in Wandsburg den 10. Mai a. c. Vormittags 10 Uhr.

VIII. Die zur Herrschaft Krojanten gehörenden Vorwerk: Krojanten und Pöwallen, nebst Abbau und resp. Kuhlmeierei Zablonten, im Königl. Kreise, nahe an der Stadt Königs belegen, enthaltend Krojanten und Zablonten 1170 Mrg. 118 QM. Ackerland, 44 Mrg. 75 QM. Gärten, 196 Mrg. 166 QM. Wiesen, 761 Mrg. 133 QM. separate Hutung, 266 Mrg. 99 QM. Seen und Gewässer; und Pöwallen mit einer Ausfaat von 250 Scheffel Winterung, nebst Brauerei und Brennerei bei Krojanten, Krugverlag, Hutung in der Forst, so wie mit dem vorhandenen lebenden und todtten Inventario, auch Zinsungen und Diensten der Einsassen,

in Krojanten den 12. Mai a. c. Vormittags 10 Uhr.

IX. das Vorwerk Buztendorf, im Königl. Kreise, bestehend aus 769 Mrg. 192 QM. Acker, 106 Mrg. 133 QM. Wiesen, 10 Mrg. 30 QM. Gärten, nebst Fischerei, Zinsungen und Diensten, so wie dem vorhandenen lebenden und todtten Inventario,

in Buztendorf den 14. Mai a. c. Vormittags 10 Uhr,

X. Die zur Herrschaft Ezerst gehörigen, im Königl. Kreise, 3 Meilen von Königs, an der großen Straße nach Danzig belegenen Vorwerke Ezerst, Neuborwerk und Ewarocznica, von welchen das Vorwerk Ezerst 186 Mrg. 279 QM. Acker, 131 Mrg. 121 QM. Wiesen, 4 Mrg. 76 QM. Gärten, 32 Mrg. 209 QM. Brücher; Neuborwerk 185 Mrg. 197 QM. Acker, 69 Mrg. 200 QM. Wiesen, 42 QM. Gärten, 70 Mrg. 283 QM. Brücher; das Vorwerk Ewarocznica 234 Mrg. 18 QM. Acker, 111 Mrg. 269 QM. Wiesen, 6 Mrg. 29 QM. Gärten, 74 Mrg. 50 QM. Brücher, in Culmischen Maas enthalten, nebst Brauerei und Branntweinbrennerei, Krugverlag, Fischerei, Zinsungen und Diensten der Einsassen, Hutung in der Forst, so wie mit dem vorhandenen lebendigen und todtten herrschaftlichen Inventario,

in Ezerst den 16. Mai a. c. Vormittags 10 Uhr.

Die Verpachtung geschieht durch Meistgebot, vom 1. July d. J. ab, auf 3, 6, 9, unter Umständen auch auf längere Jahre, und werden sichere und cautionfähige Pachtlustige hierdurch eingeladen, in den vorbezeichneten Termin und Terminen zu erscheinen, sich mit den Bedingungen und den Pachtgegenständen bekannt zu machen, und hiernächst ihr Gebot abzugeben.

Wer von den Pachtlustigen Meistbietender bleibt, muß 500 bis 1500 Rthlr. deponiren, oder sonst als wohlhabender Mann bekannt seyn.

Berlin, den 26. März 1823.

Der General-Commissarius der Haupt-Bank. Langner.

Historische Nachrichten aus dem Liegnitzschen Regierungs- Departement für den Monat März 1823.

Hohes Alter.

Zu Nieder-Reichwaldbau, Schönauschen Kreises, starb der Auszügler. Christoph Seiffert, in einem Alter von 97 Jahren und 3 Monaten. Er war bis an das Ende seines Lebens gesund, und ein sehr thätiger und wackerer Mann.

Verdienstliche Handlungen.

Der Bauerguts-Besitzer Kündner in Ludwigsdorf, Löwenbergischen Kreises, hat sich dadurch rühmlichst ausgezeichnet, daß er den im Monat November d. J. daselbst abgebrannten Hausbesitzern nicht nur unentgeltliche Fuhrn, sondern auch durch baare Geld-Unterstützungen hülfreiche Hand geleistet hat.

Bei dem am 17. Februar d. J. Abends zu Kohenau, Lübenischen Kreises, Statt gefundenen Brande, hat der Musikmeister Hertel daselbst, ein Mann von 60 Jahren, sich dadurch Ansprüche auf öffentliche Anerkennung einer rühmlichen That erworben, daß er mit Lebensgefahr 2 Kinder des Häuslers Schütte, welche schon schlafen gegangen und von ihren Eltern in der Angst vergessen worden waren, aus dem schon über und über brennenden Hause des Schütte geholt und von dem gewissen Tode errettet hat.

Ferner hat sich der Gensd'arme Peischner bei dem am 16. Februar zu Querbach Statt gefundenen Brande, durch Umsicht bei der Lösch-Anstalt, um den Ort verdient gemacht.

Die 12jährige Tochter des Müllers Knöfel zu Friedersdorf, Görlischen Kreises, Namens Johanna Eleonora, rettete dem 4jährigen Sohne des Häuslers Kuhnke, welcher auf dem Eise des Dorfteiches eingebrochen war, mit eigener Gefahr das Leben.

Unglücksfälle und Selbstmorde.

Selbst gemordet haben sich 10 Personen. Ein Kind ertrank wegen Mangel an Aufsicht. Neun Personen starben eines unnatürlichen Todes.

Feuersbrünste.

Am 27. Februar d. J. brannten zu Buchwalb, Lübenischen Kreises, 2 Dreschgärtner-Stellen; am 4. März zu Klein-Röhrsdorf, Löwenbergischen Kreises, die sogenannte Endemühle; am 5. zu Schmarowitz, Grünbergischen Kreises, eine Häusler-Stelle, und am 6. der herrschaftliche Niederhof zu Etonsdorf, Hirschbergischen Kreises, ab.

Am 8. März wurden zu Janowitz, Liegnitzschen Kreises, eine Dreschgärtner-Stelle nebst Auszügler-Haus, und zu Bremenhann, Neichenburgischen Kreises, eine Scheune; am 12. auf dem herrschaftlichen Vorwerk zu Märzdorf, Zauerschen Kreises, 4 Wirtschafts-Gebäude, und am 13. in

den

dem zu Altenlohn, Goldberg, Hannauschen Kreises, gehörigen sogenannten Fischen 2 Häuser eingekäschert.

Zu Nieder-Mois, Odeltzischen Kreises, gingen am 14. März 2 Häuser, Stellen, und am 16. zu Heiligensee, in demselben Kreise, die Wohn- und Stall-Gebäude eines Bauergruts, am letztgedachten Tage auch zu Dürschwig, Elegnizschen Kreises, ein Auen-Haus in Flammen auf.

Zu Willmannsdorf, Zauerschen Kreises, wurde am 22. eine Gärtner-Stekke eingekäschert.

Elegniz, den 1. April 1822.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Der zu Landesgut verstorbene Commerzien-Rath Dürtenhofer hat in seinem hinterlassenen Testament und Codicill, der dastgen evangelischen Kirche ein Legat von 500 Rthln., der dortigen evangelischen Schule ein dergleichen von 500 Rthln., und der Armen-Kasse daselbst ein Legat von 300 Rthln. ausgesetzt.

Wohltätigkeits-
Anzeige.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 15.)

Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 16.

Liegnitz, den 19. April 1823.

Allgemeine Gesefsammlung.

Das 6te Stück enthält unter Nummer

786. die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 23. Februar 1823., daß in gewissen Fällen Bauergüter auch über den vierten Theil ihres Werths mit Hypotheken-Schulden belastet werden können.
787. Die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 8. März 1823., wegen Ernennung des geheimen Ober-Finanzraths von Borgstede zum Mitgliede des Staatsraths.
788. Die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 23. März 1823., wegen einer anderweiten Frist-Verlängerung zur Berichtigung des Hypotheken-Verzeichnisses für die der Gesichtsbareit der Unter-Berichte im Großherzogthum Sachsen unterworfenen Grundstücke.
789. Die Allerhöchste Declaration vom 24. März 1823., betreffend die §§. 16. und 49. des Edicts vom 14. September 1811., wegen Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Liegnitz.

Zum Wiederaufbau des im Kriege 1807. abgebrannten Schulhauses für die Gemeinden in Rattwik und Langen, Breslauschen Kreises, ist von dem hohen Ministerio der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, unterm 2. März d. J., eine evangelische Kirchen-Collecte in der Provinz Schlessien bewilligt worden.

Wir bringen dies zur Kenntniß der Einsassen des hiesigen Regierungs-Departements und fordern die Herren Superintendenden auf, die Einsam-

No. 48.

Die Einsammlung einer evangelischen Kirchen-Collecte zum Wiederaufbau des im Kriege abgebrannten für die Gemeinden in Rattwik und Langen betr.

lung

lung dieser Collecte durch die Geistlichen ihres Aussichts-Sprengels, nach vorgängiger vorschristsmäßiger Abfindung von den Ranzeln, veranstalten zu lassen. Die eingeommenen Beträge sind innerhalb 8 Wochen an die hiesige Haupt-Institution-Kasse, nebst einem genauen Verzeichnisse der Münzsorten einzufinden, Uns aber gleichzeitig mit Vorlegung der General-Designation und der Speziallisten, woraus hervorgeht, wie viel in jeder Diöcese eingeommen, die diesfälligen Anzeigen zu machen.

Königl. den 8. April 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

I. C. No. 122. April 6.

No. 40.
Betreffend die Legi-
mationen, welche
den Bewohnern
des Baderthal in
Warmbrunn.

Die Besorgniß, daß der Andrang von unbemittelten Kranken, welche voriges Jahr zum Theil ohne alle Substanz-Mittel nach Warmbrunn gekommen sind, um die dasigen Heilquellen unentgeltlich zu benutzen, im laufenden Jahre vielleicht noch größer und dadurch wesentlich nachtheilig werden dürfte, hat die dortige Bade- und Brunnens-Commission zu nachstehender Bekanntmachung veranlaßt:

„Es ist von untermeldeter Bade-Commission wiederholt bekannt gemacht worden, daß, um Mißbrauch zu verhüten, nach dem Willen des Hohen Dominus, außer denen, welche in der gräflichen Bade-Armen-Anstalt Aufnahme finden, — nur solche Kranke die Bäder frei erhalten können, welche die Nothwendigkeit der Bade-Kur durch ein ärztliches, und ihre Dürftigkeit durch ein obrigkeitliches Attest darzuthun im Stande sind. Auf jeden Fall aber müssen sie so viel Mittel mitbringen, daß sie die Miete ihrer Wohnung bezahlen, und sich ihren nothdürftigen Lebens-Unterhalt verschaffen können, weil die Armen-Kasse bei weitem nicht hinreicht, ihnen mehr als eine geringe Erleichterung zu verschaffen. Wir ersuchen daher alle obrigkeitliche Behörden, Domänen und die Herren Aerzte, so wie Alle, die dies angeht, hierauf die nöthige Rücksicht zu nehmen, und uns mit Zusendung der armen Kranken, ohne die gehörigen Ausweise und die nöthigen Substanz-Mittel, verschonen zu wollen, widrigenfalls wir uns ge-nöthigt sehen, dieselben geradezu abzuweisen, und erforderlichen Falls, insoweit es ohne Gefährdung ihres Lebens geschehen kann, zurück zu senden.“

Eben so müssen alle diejenigen Militair-Personen, vom Feldwebel abwärts, welche von ihren Regimentern ins Bad geschickt werden, und welche, nach der humanen Bestimmung des Hohen Dominus, die Bäder ebenfalls frei erhalten, eine Autorisation von der Königl. Regierung zu Kienitz, zum Empfange ihrer Quartiere, produziren, damit die Commune den dafür ihr zukommenden Entlohn-
qudt.

quibeen kann; und wobei aufs neue in Erinnerung gebracht wird, daß die, für alle Personen, sowohl vom Civil als Militär, früher festgesetzte Zeitperiode, in welcher sie das Bad gratis erhalten können, dieselbe bleibe, als nämlich: von 1. May bis Mitte Juny, und von Mitte August bis letzten September, — weil außer dieser Zeit das zweimalge Baden des Tages, wegen der alsdann größeren Frequenz der Badegäste, ihnen durchaus nicht gestattet werden kann.

Warmbrunn, am 19. März 1823.

Die Bade- und Brunnen-Commission."

welche der aufmerksamen Beherzigung aller Vertheiligten empfohlen wird.
Hegnitz, den 12. April 1823.

Königl. Preussische Regierung. Erste Abtheilung.

I. P. No. 1474 März 6.

Nach einer von dem Königl. Hohen Ministerio des Innern und der Polizei uns gemachten Ermahnung, ist von dem Königl. Französischen Gouverneur, No. 50.
ment verfügt worden: Die Ertheilung von
Reise-Pässen nach
Frankreich best.

daß Ausländer, auch wenn sie mit Kessspäßen versehen, welche von der betreffenden Königl. Französischen Gesandtschaft visitirt sind, an der Grenze zurückgewiesen werden sollen, wenn sie in politischer Beziehung, oder in Rücksicht auf Subsistenz-Mittel, zu Verdacht Veranlassung geben.

Es sind daher die Königl. Französischen diplomatischen Agenten im Auslande angewiesen, vor der Pass-Würung, in gedachten beiden Beziehungen genaue Kenntniß von dem Pass-Inhaber zu nehmen.

Diese Maßregel wird hierdurch zur Kenntniß des Publikums gebracht, und ist bei Anträgen, die etwa auf Ertheilung von Pässen zu Reisen nach Frankreich bei uns zu machen sind, von dem Vord. den zu berücksichtigen.

Hegnitz, den 20. April 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

I. P. No. 17. Rescr. Jour. pro April 6.

Verordnungen der General-Commissionen.

Obgleich in den §. 41. — 44 Tit. 13 Ehl. 1. des allgemeinen Landrechts ausdrücklich bestimmt worden ist, daß Niemand die Geschäfte eines öffentlichen Amtes bei Strafe eigenmächtig einem Andern an seiner Statt auftragen soll, und daß die Handlungen des Substituten nichtig sind, und obgleich nach §. 6. des General-Reglements vom 29. April 1813. nur die Arbeiter angestellter Feldmesser in öffentlichen Verhandlungen für beglaubigt erachtet werden; so haben wir doch schon in hr.

Kennzeichnung an die sämtlichen Feldmesser im Geschäftebetriebe der Königl. General-Commissionen zu Breslau, wegen persönlicher Vorarbeiten der ihnen übertragenen Geschäfte.

fach

sach die Erfahrung machen müssen, daß die Feldmesser sich bei den ihnen übertragenen Arbeiten durch ihre Eleven oder andere Gehülfen vertreten lassen. Dieses gesetzwidrige Gehahren können und werden wir fernerhin nicht dulden, vielmehr weisen wir die sämmtlichen in unserem Geschäftsbetriebe arbeitenden Feldmesser hienmit an, alle ihnen zu übertragenden Geschäfte persönlich zu bearbeiten. Diejenigen, welche dieser Anweisung dennoch zuwider handeln sollten, haben zu gewärtigen, daß die für dergleichen gesetzwidrige Arbeiten, wenn sie auch ihren Namen dazu hergeben, liquidirten Plätzen und Gehühren ohne weiteres werden gestrichen, sonst auch unliebsame Verfügungen gegen sie werden erlassen werden, und daß sie auch für allen Schaden und Nachtheil verhaftet bleiben. Zugleich eröffnen wir den sämmtlichen Feldmessern auch noch, daß nach einer von dem hohen Königl. Ministerium des Innern erhaltenen Verfügung vom 27. Februar d. J. für die Gehülfen nichts ferner liquidirt werden darf.

Den sämmtlichen von und ressortirenden Königl. Special-Commissarien machen wir hierbei besonders zur Pflicht, uns in jedem Falle, so gleich Anzeige davon zu machen, wenn ein oder der andere Feldmesser sich bei den ihm übertragenen Geschäften durch einen Eleven oder sonstigen Gehülfen vertreten lassen sollte.

Breslau, den 4. April 1823.

Königl. General-Commission für Niedere Schlessen.

Verordnungen auswärtiger Behörden.

Bekanntmachung.

In Bezugnahme auf die von der Königl. Preuss. Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden, wegen allmählicher Tilgung der, mit dem Herzogthum Sachsen auf Preussen übergegangenen Steuer- und Kammer-Kredit-Kassen-Schulden, unterm 18. März d. J. erlassenen öffentlichen Bekanntmachung, wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß für den gegenwärtigen Termin, von den unzulässbaren nicht in der Verloosung begriffenen Kammer-Kredit-Kassen-Scheinen sub litt. E. und zwar:

- a. von denen, welche schon unter der Königl. Sächs. Regierung zur Zahlung aufgesetzt, jedoch nicht bezahlt worden,
 - 1) die über 21 Thaler, von No. 10278, bis mit 14545. und
 - 2) die über 22 Thaler, von No. 3. bis mit 4868.
- b. von denen aber, welche noch nicht zur Zahlung aufgesetzt gewesen, die über 25 Thaler, von No. 51. bis mit 680.

reallistrt werden sollen.

Mit dieser Realisirung ist die Haupt-Institutens- und Kommunal-Kasse zu Merseburg beauftragt, und es haben sich daher die Inhaber der gedachten

ten Scheine bei solcher zu melden, auch die Scheine selbst an dieselbe auszu-
händigen und dagegen die Beträge derselben in Empfang zu nehmen.

Uebrigens werden die Scheins-Inhaber besonders auf den 7ten §. der
Eingangs angezogenen Bekanntmachung aufmerksam gemacht, wonach die
unerhoben gebliebenen Summen, nach Verlauf von 6 Wochen, vom
Tage der beendigten Zahlungswoche der Leipziger Oster- und Michael-
Messe an gerechnet, an das Königl. Oberlandes-Gericht zu Raumburg ad
Depositum abgeliefert werden müssen.

Berlin, am 1. April 1823.

Im Auftrage der Königl. Preuss. Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Der Königl. Preuss. Regierungs-Chef-Präsident
v. Schönborg.

In Bezugnahme auf die, von der Königl. Preuss. Haupt-Verwaltung
der Staats-Schulden, wegen allmählicher Tilgung der, mit dem Herzog-
thum Sachsen auf Preussen übergegangenen Steuer- und Kammer-Kredits-
Kassen-Schulden, unterm 18. März d. J. erlassenen öffentlichen Bekannt-
machung, wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniss gebracht, daß für den
gegenwärtigen Oster-Termin, von dem bereits früher ausgetroffenen, jedoch
unbezahlt gebliebenen Steuer-Kredit-Kassen-Scheinen, die, in der
Anlage sub C. näher verzeichneten, nach dem Betrage zu
22,500 Thaler,
realisirt werden sollen.

Bekanntmachung.

Mit dieser Realisirung ist die Königl. Haupt-Instituten- und Commu-
nal-Kasse zu Merseburg beauftragt, und es haben sich daher die Inha-
ber der gedachten Scheine bei solcher von jetzt an zu melden, auch die Scheine
selbst, nebst den dazu gehörigen Talons und verfallenen Coupons, an die-
selbe auszuhandigen, und dagegen den Capitals-Betrag, nebst den, für den
jetzigen Oftertermin, fälligen Zinsen, in Empfang zu nehmen.

Uebrigens werden die Inhaber der Scheine auf den 7ten §. der, Ein-
gangs angezogenen, Bekanntmachung besonders aufmerksam gemacht, wo-
nach die etwa unerhoben gebliebenen Capitals-Summen und Zinsen, nach
Verlauf von 6 Wochen, vom Tage der beendigten Zahlungs-Week der
Leipziger Oster- und Michael-Messe an gerechnet, an das Königl. Ober-
landes-Gericht zu Raumburg ad Depositum abgeliefert werden müssen.

Berlin, am 1. April 1823.

Im Auftrage der Königl. Preuss. Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Der Königl. Preuss. Regierungs-Chef-Präsident
v. Schönborg.

© Nach

⊙ **Nachweisung**

derjenigen bereits ausgelosten, aber noch nicht realisirten landschaftlichen Obligationen, welche zu Ostern 1823. durch Baarzahlung eingelöst werden sollen.

von Litt. A. à 1000 Thaler

No. 172. 246. 269. 603. 1627. 1782. 1817. 2030. 2071. 2314.
2364. 2627. 2820. 12969.

von Litt. B. à 500 Thaler

No. 129. 147. 581. 643. 757. 842. 858. 939. 7453. 7735.

von Litt. C. à 200 Thaler

No. 22. 24. 30. 128. 392. 548. 7589. 7857. 8208. 8383. 8679. 8987.

von Litt. D. à 100 Thaler

No. 4. 423. 484. 517. 757. 837. 4185. 4525. 4921. 5348. 6209.

Vermischte Nachrichten und Aufträge.

Verkaufmachung.

Mit Genehmigung Eines Königl. Hochbdtl. Haupt-Banco-Inspectoris sollen nachbenannte, der Königl. Haupt-Bank zugehörige Werke mit Nebenbenutzungen öffentlich verpachtet werden, und zwar:

I. das zur Herrschaft Parznow gehörende Vorwerk Parznow, im Ostpreuss. Kreis, im Großherzogthum Posen, unmittelbar an der schlesischen Grenze, bestehend aus 1073 Mrg. 40 QM. Ackerland, 18 Mrg. 131 QM. Gärten, 92 Mrg. 164 QM. Wiesen und 4 Mrg. 148 QM. Teiche, in Magdeburg. Maas, nebst Aufzucht in der Forst, Brauerei und Brauweinbrennerei, Ziegelei, Zinsungen und Diensten, so wie dem vorhandenen lebenden und todtten Inventar,

in Parznow den 24. April c. Vormittags um 10 Uhr.

II. das Vorwerk Wigotta, begrenzt mit Parznow, und bestehend aus 495 Mrg. 3 QM. Ackerland, 18 Mrg. 90 QM. Wiesen, 38 Mrg. Gartenland, 39 Mrg. 75 QM. Teiche, in Magdeburg. Maas, nebst Aufzucht in der Forst, Propagation und den Zinsungen und Diensten, gleichfalls in Parznow den 24. April a. c. Vormittags 10 Uhr.

III. die Vorwerke der Herrschaft Mellnow, namentlich:

- a) Mellnow mit Molkerei Wigodda,
- b) Bojuszewo,
- c) Dombrowken,
- d) Linowo,

Im Graudenzcr Kreife, bei der Stadt Neßden, bestehend zusammen aus 5347 Mrg. 99 QM. Ackerland mit 1685 Mrg. 121 QM. Weizenboden und 3661 Mrg. 158 QM. Gerstboden, 958 Mrg. 130 QM. Wiesen, 176 Mrg. 140 QM. Gartenland, 86 Mrg. 39 QM. Weidenbücher, 850 Mrg. 16 QM. Seen und Teiche, nebst der Aufpflanzung in den Birkenwäldungen, so wie mit Brauerei und Branntweinbrennerei, Ziegelei, Zinsungen und Diensten, auch mit dem vorhandenen lebenden und todtten Inventario,

in Mellnow den 2. Mai a. c. Vormittags um 10 Uhr.

IV. das zur Herrschaft Radzykowo gehörende Vorwerk Groß-Volumin, im Culmer Kreife, 3 Meilen von Culm, an der Weichsel, bestehend aus 1230 Mrg. 143 QM. Ackerland, 90 Mrg. 3 QM. Wiesen, 49 Mrg. 173 QM. Gartenland, so wie Aufpflanzung in der Forst, nebst Zinsungen und Diensten der Einsassen und dem vorhandenen lebenden und todtten Inventario,

in Groß-Volumin den 5. Mai a. c. Vormittags um 10 Uhr.

V. das zur Herrschaft Taschau gehörende Vorwerk Taschau im Schweser Kreife, 2 Meilen von Schwes, bestehend aus 940 Mrg. Torflöche, nebst Brauerei und Branntweinbrennerei, Zischerei und Aufpflanzung in der Forst, so wie mit Zinsungen und Diensten der Einsassen und dem vorhandenen herrschaftlichen Inventario,

in Taschau den 7. Mai a. c. Vormittags um 10 Uhr.

VI. das zur Herrschaft Wandsburg, Flatowschen Kreises, gehörende Vorwerk Ostrowe, bei der Stadt Wandsburg, bestehend aus 400 Mrg. Ackerland, 100 Mrg. Wiesen nebst Brauerei, Ziegelei, Kalkbrennerei, bedienender Zischerei, Zinsungen und Diensten, Aufpflanzung in der Forst, und mit dem vorhandenen lebenden und todtten Inventario,

in Wandsburg den 10. Mai a. c. Vormittags um 10 Uhr.

VII. das zur Herrschaft Zempelburg gehörende, im Flatowschen Kreife, bei der Stadt Zempelburg gelegene Vorwerk Eltorf mit einer Ausfaat von 250 Schf. Winterung, Aufpflanzung in der Forst, Brauerei, Brennerei und Krugverlag, den Zinsungen und Diensten der Einsassen nebst vorhandenem lebenden und todtten Inventario,

in Wandsburg den 10. Mai a. c. Vormittags 10 Uhr.

VIII. die zur Herrschaft Krojanten gehörenden Vorwerke Krojanten und Pomwalken, nebst Abbau und resp. Kupfmesserei Zablonsken, im Konigcr Kreife, nahe an der Stadt Konig gelegen, enthaltend Krojanten und Zablonsken 1170 Mrg. 118 QM. Ackerland, 44 Mrg. 75 QM. Gärten, 196 Mrg. 166 QM. Wiesen, 761 Mrg. 133 QM. separate Hurung, 266 Mrg. 99 QM. Seen und Gewässer; und Pomwalken mit einer Ausfaat von 250

Schf.

Echeffel Winterung, nebst Brauerel und Brennerel bei Krosanten, Krugverlag, Hutung in der Forst, so wie mit dem vorhandenen lebenden und todtten Inventario, auch Zinsungen und Diensten der Einsassen, in Krosanten den 12. Mai a. c. Vormittags 10 Uhr.

IX. das Vorwerk Bugkendorf, im Königer Kreise, bestehend aus 769 Mrg. 192 QM. Acker, 108 Mrg. 133 QM. Wiesen, 10 Mrg. 30 QM. Gärten, nebst Fischei, Zinsungen und Diensten, so wie dem vorhandenen lebenden und todtten Inventario, in Bugkendorf den 14. Mai a. c. Vormittags 10 Uhr,

X. Die zur Herrschaft Egerl gehörigen, im Königer Kreise, 3 Meilen von Konig, an der großen Straße nach Danzig belegenen Vorwerke Egerl, Neuborwerk urd Ewarocznica, von welchen das Vorwerk Egerl 186 Mrg. 279 QM. Acker, 131 Mrg. 121 QM. Wiesen, 4 Mrg. 76 QM. Gärten, 32 Mrg. 209 QM. Brücher; Neuborwerk 185 Mrg. 197 QM. Acker, 69 Mrg. 200 QM. Wiesen, 42 QM. Gärten, 70 Mrg. 283 QM. Brücher; das Vorwerk Ewarocznica 234 Mrg. 18 QM. Acker, 111 Mrg. 269 QM. Wiesen, 6 Mrg. 29 QM. Gärten, 74 Mrg. 50 QM. Brücher, in Eulmischen Maaß enthalten, nebst Brauerel und Brauntweinbrennerel, Krugverlag, Fischei, Zinsungen und Diensten der Einsassen, Hutung in der Forst, so wie mit dem vorhandenen lebendigen und todtten herrschaftlichen Inventario, in Egerl den 16. Mai a. c. Vormittags 10 Uhr.

Die Verpachtung geschieht durch Meistgebot, vom 1. July d. J. ab, auf 3, 6, 9, unter Umständen auch auf längere Jahre, und werden sichere und cautionsfähige Pachtlustige hierdurch eingeladen, in den vorbezeichneten Orten und Terminen zu erscheinen, sich mit den Bedingungen und den Pachtgegenständen bekannt zu machen, und hiernächst ihr Gebot abzugeben. Wer von den Pachtlustigen Meistbietender bleibt, muß 500 bis 1500 Rthlr. deponiren, oder sonst als wohlhabender Mann bekannt seyn.

Berlin, den 26. März. 1823.

Der General-Commissarius der Haupt-Bank. Langner.

Amts = Blatt

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 17.

Liegnitz, den 26. April 1823.

Verordnungen von Staats-Behörden.

Um dem Artikel VIII. der, zwischen Sachsen und Preußen unterm 28. August 1819. abgeschlossenen Haupt-Convention vollständig zu genügen, haben des Königs Majestät, durch die Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 2. November v. J., zur allmählichen Tilgung der mit dem Herzogthum Sachsen auf Preußen übergegangenen Steuer- und Kammer-Kredit-Kassen-Schulden, vom 1. Januar d. J. ab, folgende Tilgungs-Fonds allergnädigst zu bewilligen geruhet, als:

Wegen allmählicher Tilgung der, mit dem Herzogthum Sachsen auf Preußen übergegangenen Steuer- und Kammer-Kredit-Kassen-Schulden.

I. Zur allmählichen Tilgung der Steuer, Kredit, Kassen, Scheine oder landwirthschaftlichen Obligationen, und zwar:

- a. der schon unter vormaliger Regierung ausgeloseten, aber jetzt erst zur Zahlung gelangenden Steuer, Kredit, Kassen, Scheine sub Litt. A. B. C. und D. im Kapital-Betrage von noch 136,200 Rthln. einen Fonds von 22,500 Rthln. halbjährig,
- b. der, bereits in der Verlosung stehenden, jedoch unter voriger Regierung noch nicht gezogenen Steuer, Kredit, Kassen, Scheine oder landwirthschaftlichen Obligationen sub Litt. A. B. C. und D. im Kapital-Betrage von noch 5,403,700 Rthln. einen verbenden Fonds von 22,500 Rthln. halbjährig, welchem also in der Folge die Zinsen von den daraus abgetragenen Kapitalien, ohne Unterbrechung bis zur gänzlichen Abtragung der Schuld, zutreten.

II. Zur allmählichen Einlösung der Kammer-Kredit, Kassen, Scheine, und zwar:

- a. der zins- und verlosbaren, unter voriger Regierung jedoch noch nicht gezogenen, Kammer-Kredit, Kassen, Scheine sub Litt. A. B. C. und D. im Kapital-Betrage von noch 1,295,200 Rthln. einen verbenden Fonds von 14,000 Rthln. halbjährig, welchem also in der Folge die Zinsen von den daraus zurückgezahlten Kapitalien,

lassen, ohne Unterbrechung bis zur gänzlichen Rückzahlung der Schuld zu wachsen,

- b. der unzinbaren, nicht in der Verloosung begriffenen, schon unter vormaliger Regierung zur Zahlung ausgegebenen bis her aber noch nicht bezahlten Kammer-Kredit-Kassen-Scheine sub Litt. E. unter 50 Rthln. im Kapital, Betrage von noch 3,118 Rthln. einen Fonds von 480 Rthln. halbjährig,
- und c. der unzinbaren, nicht in der Verloosung begriffenen und unter der vorigen Regierung noch nicht zur Zahlung ausgegebenen Kammer-Kredit-Kassen-Scheine sub Litt. E. unter 50. Rthln. im Kapital, Betrage von noch 108,091 Rthln. einen zu deren successiven Tilgung bestimmten halbjährigen Fonds.

Die hiernach angeordnete allmähliche Einlösung dieser Scheine wird im Verhältnisse der ausgegebenen Tilgungs-Fonds, halbjährig und zwar zu Ostern und Michaeli jeden Jahres, in nachstehender Art bewirkt.

- 1) Bei den bereits unter vormaliger Regierung ausgelassenen bis jetzt aber noch nicht bezahlten Steuer-Kredit-Kassen-Scheinen, (oben unter I. a.) werden die an jedem Ofter- und Michaeli-Termine zur Zahlung gelangenden Nummern, jedesmal noch durch eine besondere Bekanntmachung ein halbes Jahr vor der Zahlung, nach Maafgabe ihrer frühern Ausloosung, aufgerufen.
- 2) Auf gleiche Weise wird auch mit den, schon unter der vorigen Regierung zur Zahlung ausgegebenen, aber bis jetzt noch nicht bezahlten unzinbaren Kammer-Kredit-Kassen-Scheinen sub Litt. E. unter 50 Rthln. (oben unter II. b.) verfahren.
- 3) Die terminliche Verloosung der bisher noch nicht gezogenen Steuer-Kredit-Kassen-Scheine (oben unter I. b.) geschieht zur Zeit der Leipziger Ofter- und Michaeli-Messe jeden Jahres, zu Merseburg unter Concurrenz der, zur diesseitigen Steuer-Kredit-Kasse verordneten ständischen Deputirten, und zwar von jedem Buchstaben nach Verhältnis des, davon noch im Umlaufe befindlichen Kapital-Betrages; und werden die, durch das Loos gezogenen Nummern, sogleich öffentlich bekannt gemacht.
- 4) Zu derselben Zeit und in demselben Verhältnisse von jedem Buchstaben, wird auch die terminliche Verloosung der verloosbaren bisher noch nicht gezogenen Kammer-Kredit-Kassen-Scheine oben unter (II. a.) zu Merseburg, unter dem Vorhise eines Königl. Kommissari und mit Zuziehung zweier Deputirten aus der Mitte des dasigen Stadtraths, erfolgen, und jedesmal so zeitig angesetzt, daß die Bekanntmachung der gezogenen Nummern noch während der Leipziger Mess-Wochen bewirkt werden kann.
- 5) Durch eine öffentliche, ein halbes Jahr vor der Zahlung zu erlassende Bekanntmachung, werden die Nummern der unzinbaren, bisher noch nicht

nicht zur Zahlung ausgelegt gewesenen Kammer-, Kredit-, Kassen-, Scheine sub Litt. E. unter 50 Rthlrn., welche in jedem Oster-, oder Michaelstermine zur Einlösung kommen sollen (oben unter II. c.) zur Kenntniß der Gläubiger gebracht.

- 6) Die Zahlung der Kapitalien, sowohl auf die ausgelooften Steuer-, als auch auf die ausgelooften oder zur Zahlung ausgelegten Kammer-, Kredit-, Kassen-, Scheine, erfolgt jedesmal in dem, der Verloofung oder der öffentlichen Ausrufung der Nummern, zunächst folgenden Oster- oder Michaelstermine bei der Haupt-Instituten- und Kommunal-Kasse der Königl. Regierung zu Merseburg, in Conventions-Gelde, gegen Zurückgabe der betreffenden Scheine und unter Verfassung der, zu den jinsbaren Verbriefungen gehörigen Talons und Coupons.
- 7) Von dem Zahlungs-Termine an hört die weitere Verloofung der ausgelooften jinsbaren Steuer- und Kammer-, Kredit-, Kassen-, Scheine sofort auf, und werden die Beträge, sowohl der jinsbaren als der nun jinsbaren Scheine, welche im Zahlungs-Termine nicht präsentirt werden, nach Verlauf von 6 Wochen, vom Tage der beendigten Zahlungswoche der Leipziger Oster- und Michael-Messe an gerechnet, wenn sich auch bis dahin die Inhaber der Scheine zur Empfangnahme des Geldes noch nicht melden, nebst den etwa unerhoben gebliebenen Zinsen, auf Kosten und Gefahr der gedachten Inhaber, an das Königl. Ober-Landes-Gericht zu Naumburg ad Depositum abgeliefert werden.

Berlin, den 18. März 1823.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Korher. v. d. Schulenburg. v. Schüze. Deetz.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Posen.

Durch eine Verordnung des Königl. Hohen Ministerii, vom 2. May 1817., wurde nachgelassen, daß einwirkten, und zwar bis wegen Prüfung der Thierärzte weitere Einrichtungen getroffen würden, Atteste der Thier-Ärzneischulen zu Dresden und Wien, wenn darin bezeugt würde,

daß die Inhaber den theoretischen und practischen Unterricht in diesen Anstalten genossen hätten, den Attesten der Berliner Thier-Ärzneischule gleich geachtet und die Inhaber der auswärtigen Atteste, zur diesseitigen Praxis zugelassen werden sollten.

Dies geschah, damit diejenigen Subjecte, welche sich früher auf anerkannt gute auswärtige Lehranstalten begeben hatten, den bisherigen auf der Berliner Thier-Ärzneischule gebildeten Thierärzten, rücksichtlich der einflussigen Befugniß zur Praxis vor der endlichen Klassen-Prüfung, nicht nachste-

No. 51.
Die Prüfungen der
Thierärzte betr.

hen möchten. Die große Verschiedenheit des Plans zum Unterrichte der Jhir-
ärzte und des Umfanges desselben auf auswärtigen Schulen, hat indeß in das
Königliche hohe Ministerium veranlaßt, unterm 21. März d. J. anzuordnen,
daß vom 1. May d. J. an, jeder Candidat, dessen Attest nicht schon früher
der Regierung, zu deren Bezirk sein Aufenthalts-Ort liegt, vorgelegt worden
ist, die Berliner Schul-Prüfung, entweder nach Ostern oder zu Michaelis
bestehen muß, wenn er es nicht vorzieht, die Staats-Prüfung für die zweite
Klasse (im October eines jeden Jahres zu Berlin) oder die Prüfung der
dritten Klasse (zu jeder Zeit) entweder in Berlin, oder bei den Medizinal-
Collegien, theils zu Breslau, theils zu Coblenz, zu machen.

Wir bringen solches hierdurch zur Kenntniß des Publikums, und for-
dern die Behörden auf, auch ihrerseits bei ihren Anträgen sich nach diesen
Bestimmungen zu richten.

Berlin, den 7. April 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.
I. P. No. 5. Rescr. April 1823.

No. 52.

Den Fortgang der
Impfung und die den
Impf-Ärzten hien-
bei in Betrachtung
gen pro 1822. betr.

Auch für das Impfsjahr 1822. ist benientgen Impf-Ärzten des Königl.
schen Regierungs-Departements, welche sich durch Eifer in der Vaccinirung

ausgezeichnet haben, eine angemessene Gratificirung, nämlich dem

Kreis-Ärzturgus Wehlendorf zu Neuchenburg,

Physikus D. Elaf und Kreis-Ärzturgus Werner, beide zu
Bunzlau gemeinschaftlich,

Physikus D. Massalien zu Görlitz,

Wundarzt Hegel zu Liebenthal,

Kreis-Ärzturgus Groß zu Grünberg,

Pusch zu Görlitz,

Physikus Würtner zu Spratzen,

Wundarzt Lindner zu Parchwitz,

Kreis-Ärzturgus Steinbach zu Löwenberg,

Engersdorf zu Hannau,

Wundarzt Peterfon zu Kölsig, Grünbergischen Kreises,

Grögor zu Gräffau,

Dröge zu Naumburg a. B.,

von Seiten der höhern Behörden, auf unsern Antrag, bewilligt worden.

Zur Kenntniß des Publici bringen Wir hiermit, daß in dem Zeitraum
vom 1. August 1821. bis dahin 1822.

auf dem Lande 16,191,

in den Städten 3288,

zusammen 19,479 Personen,

geimpft worden sind. Es bedarf sich hier gegen das Jahr 1821. ein Aus-
fall

fall von 2940 Indiv. duen. Wir schmelzen uns, daß jeder wohlberkende und patriotisch gesinnte Impf. Arzt mit desto größerem Eifer die diesjährige Impfung betreiben werde.

Den wohlhabenden Einsassen des Departements empfehlen Wir, die Herren Impf. Aerzte, durch welche die Kinder vor der Pockennoth geschützt werden, nicht unbelohnt zu lassen, damit auch ferner die Impfung jenen ein sprießlichen Fortgang sich erhalte, mittelst dessen in dem abgewichenen Jahre wiederum nirgends im Königl. Preuss. Regierung. Departement Spuren von natürlichen Pocken angetroffen worden sind.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

I. P. No. 3. Rescr. April c.

In dem zu dem Stempel-Gesetz, vom 7. März v. J., gehörigen Tarif, ist bei dem Worte: Erkenntnisse, Litt. A. f. zwar bestimmt, daß Straf. Resolute der Finanz- und Polizei- Behörden, ohne Unterschied der festgesetzten Strafen, dem Stempel von 15 Sgr. unterworfen seyn sollen. Da aber hierdurch in ganz geringfügigen Sachen ein Mißverhältniß zwischen der Strafe und dem Stempel herbeigeführt wird; so ist nach dem Circular. Rescr. des Königl. Finanz. Minister, vom 4. d. M., im Königl. hohen Staats. Ministerio der Beschluß gefaßt worden:

daß dergleichen Straf. Resolute für den Fall, daß die Strafe, den Werth des Confiscats mit einbegriffen, Fünf Thaler und weniger in Gelde oder verhältnißmäßiges Gefängniß beträgt, von der Stempel. pflichtigkeit ganz ausgeschlossen bleiben sollen.

Diese hohe Bestimmung wird den Behörden, die es angeht, zur Nach. achtung hierdurch bekannt gemacht. Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.

II. A. No. 71. R. April c.

Verordnungen fremder Behörden.

Da, ungeachtet der früheren Aufforderungen in den öffentlichen Blät. tern, noch nicht alle Anwärterinnen der aufgehobenen Frauenstifter im Mag. deburgschen Regierungs-Bezirk, ihre Ansprüche auf eine Präbende in einem oder dem andern dieser Stifter angemeldet haben, hierdurch aber andern An. wärterinnen, welche sich zum Einrücken in vacante Stellen gemeldet, nach dem Zeitpunkt ihrer Anwartschaft aber den zur Zeit unbekannten Expectan. tinnen nachstehen, in der Hinsicht Nachtheil erwächst, daß sie nicht eher zur Erhebung gelangen können, als bis das Erlöschen der Ansprüche ihrer Vor. gänge

No. 53.

Die Stempel. Frei. heit der Straf. Reso. lute der Finanz- und Polizei- Behörden in ganz geringfügigen Sachen betreffend.

Bekanntmachung.

gängerinnen durch Tod oder Verheirathung nachgewiesen ist, so ist durch eine Königl. Kabinetts-Ordre, vom 26. v. M., bestimmt worden, daß alle bis zum 31. December des jetzt laufenden Jahres nicht angemeldeten Ansprüche dieser Art erloschen seyn sollen, und werden daher alle Anwärterinnen der aufgehobenen weltlichen Frauen-Erlöser zu Wollmirstedt, Marienborn, Diesdorf, Neuenborn und Arensdorf, welche sich bis jetzt noch nicht gemeldet haben, hiermit aufgefordert, die Beweise über ihre Anwartschaften bis zu dem vorgedachten Zeitpunkt bei uns einzureichen.

Magdeburg, den 19. März 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Nachdem der zeitliche Stadt-Syndicus zu Lauban, August Christian Benjamin Höpfer durch das Rescript eines hohen Justiz-Ministers vom 24. Januar 1823. zum Justiz-Commissario in dem Bezirke des Land-Gerichts zu Görlitz, mit Anweisung seines Wohnortes in Görlitz, bestellt worden, so wird solches hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Glogau, den 25. März 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landesgerichte von Nieder-Schlesien und der Lausitz.

Vermischte Nachrichten und Aufträge.

Erkenntmachung.

Mit Genehmigung eines Königl. Hochlöblichen Haupt-Banco-Directorii sollen nachbenannte, der Königl. Haupt-Bank zugehörige Vorwerke mit Nebenmahlungen öffentlich verpachtet werden, und zwar:

- I. das zur Herrschaft Varzinow gehörende Vorwerk Varzinow, im Ostpreussener Kreise, im Großherzogthum Posen, unmittelbar an der schlesischen Grenze, bestehend aus 1073 Mrg. 40 QM. Ackerland, 18 Mrg. 131 QM. Gärten, 92 Mrg. 164 QM. Wiesen und 4 Mrg. 148 QM. Leiche, in Magdeburg. Naach, nebst Aufpflanzung in der Forst, Brauerei und Branntweinbrennerei, Ziegelei, Blasungen und Diensten, so wie dem vorhandenen lebenden und todtten Inventario,
in Varzinow den 24. April c. Vormittags um 10 Uhr.

- II. das Vorwerk Hgotta, begrenzt mit Varzinow, und bestehend aus 495 Mrg. 3 QM. Ackerland, 18 Mrg. 90 QM. Wiesen, 38 Mrg. Gartenland,

39 Mrg. 75 *OK* Felsche, in Magdeburg. Maas, nebst Aufzucht in der Forst, Propagation und den Zinsungen und Diensten, gleichfalls in Pargnow den 24. April a. c. Vormittags 10 Uhr.

III. die Vorwerke der Herrschaft Mellnow, namentlich:

- a) Mellnow mit Molkerei Wigobda,
- b) Bojuszewo,
- c) Dombrowken,
- d) Pinowo,

im Graudenzcr Kreise, bei der Stadt Ragn, bestehend zusammen aus 5347 Mrg. 99 *OK* Ackerland mit 1685 Mrg. 121 *OK* Weizenboden und 3661 Mrg. 158 *OK* Gerstboden, 956 Mrg. 130 *OK* Wiesen, 176 Mrg. 140 *OK* Gartenland, 86 Mrg. 39 *OK* Weidenbrücher, 850 Mrg. 16 *OK* Seen und Felsche, nebst der Aufzucht in den Birkenwäldungen, so wie mit Brauerei und Branntweinbrennerei, Ziegelei, Zinsungen und Diensten, auch mit dem vorhandenen lebenden und todtten Inventario,

in Mellnow den 2. Mai a. c. Vormittags um 10 Uhr.

IV. das zur Herrschaft Radzyniewo gehörende Vorwerk Groß-Volumin, im Culmer Kreise, 3 Meilen von Eulm, an der Weichsel, bestehend aus 1230 Mrg. 143 *OK* Ackerland, 90 Mrg. 3 *OK* Wiesen, 49 Mrg. 173 *OK* Gartenland, so wie Aufzucht in der Forst, nebst Zinsungen und Diensten der Einsassen und dem vorhandenen lebenden und todtten Inventario,

in Groß-Volumin den 5. Mai a. c. Vormittags um 10 Uhr.

V. das zur Herrschaft Taschau gehörende Vorwerk Taschau im Schweser Kreise, 2 Meilen von Schwes, bestehend aus 940 Mrg. Totalfläche, nebst Brauerei und Branntweinbrennerei, Fischerei und Aufzucht in der Forst, so wie mit Zinsungen und Diensten der Einsassen und dem vorhandenen herrschaftlichen Inventario,

in Taschau den 7. Mai a. c. Vormittags um 10 Uhr.

VI. das zur Herrschaft Vandsburg, Flatowschen Kreises, gehörende Vorwerk Ostrowel, bei der Stadt Vandsburg, bestehend aus 400 Mrg. Ackerland, 100 Mrg. Wiesen nebst Brauerei, Ziegelei, Kalkbrennerei, bedeutender Fischerei, Zinsungen und Diensten, Aufzucht in der Forst, und mit dem vorhandenen lebenden und todtten Inventario,

in Vandsburg den 10. Mai a. c. Vormittags um 10 Uhr.

VII. das zur Herrschaft Zempelburg gehörige, im Flatowschen Kreise, bei der Stadt Zempelburg gelegene Vorwerk Eltkor mit einer Ausfaat von 250 Schfl. Winterung, Aufzucht in der Forst, Brauerei, Brennerei und

und Krugverlag, den Zinsungen und Diensten der Einsassen nebst vorhandenem lebenden und todtten Inventario,

in Pandsburg den 10. Mai a. c. Vormittags 10 Uhr.

VIII. die zur Herrschaft Krojanten gehörenden Vorwerke Krojanten und Powalken, nebst Abbau und rosp. Kugelmehlmühle Zablonsen, im Königer Kreise, nahe an der Stadt Konig gelegen, enthaltend Krojanten und Zablonsen 1170 Mrg. 118 QM. Ackerland, 44 Mrg. 75 QM. Gärten, 196 Mrg. 166 QM. Wiesen, 761 Mrg. 133 QM. separate Hutung, 266 Mrg. 99 QM. Seen und Gewässer; und Powalken mit einer Ausfaat von 250 Scheffel Winterung, nebst Brauerei und Brennerei bei Krojanten, Krugverlag, Hutung in der Forst, so wie mit dem vorhandenen lebenden und todtten Inventario, auch Zinsungen und Diensten der Einsassen,

in Krojanten den 12. Mai a. c. Vormittags 10 Uhr.

IX. das Vorwerk Buskendorf, im Königer Kreise, bestehend aus 769 Mrg. 192 QM. Acker, 106 Mrg. 133 QM. Wiesen, 10 Mrg. 30 QM. Gärten, nebst Fischelei, Zinsungen und Diensten, so wie dem vorhandenen lebenden und todtten Inventario,

in Buskendorf den 14. Mai a. c. Vormittags 10 Uhr,

X. Die zur Herrschaft Ezerak gehörigen, im Königer Kreise, 3 Meilen von Konig, an der großen Straße nach Danzig gelegenen Vorwerke Ezerak, Neuborwerk und Iwarocznica, von welchen das Vorwerk Ezerak 186 Mrg. 279 QM. Acker, 131 Mrg. 121 QM. Wiesen, 4 Mrg. 76 QM. Gärten, 32 Mrg. 209 QM. Brücher; Neuborwerk 185 Mrg. 197 QM. Acker, 69 Mrg. 200 QM. Wiesen, 42 QM. Gärten, 70 Mrg. 283 QM. Brücher; das Vorwerk Iwarocznica 234 Mrg. 18 QM. Acker, 111 Mrg. 269 QM. Wiesen, 6 Mrg. 29 QM. Gärten, 74 Mrg. 50 QM. Brücher, in Eulmischen Maas enthaltend, nebst Brauerei und Branntweinbrennerei, Krugverlag, Fischelei, Zinsungen und Diensten der Einsassen, Hutung in der Forst, so wie mit dem vorhandenen lebendigen und todtten herchaftlichen Inventario,

in Ezerak den 16. Mai a. c. Vormittags 10 Uhr.

Die Verpachtung geschieht durch Meistgebot, vom 1. Juli d. J. ab, auf 3, 6, 9, unter Umständen auch auf längere Jahre, und werden sichere und cautionsfähige Pachtlustige hierdurch eingeladen, in den vorbezeichneten Orten und Terminen zu erscheinen, sich mit den Bedingungen und den Pachtgegenständen bekennen zu machen, und hernächst ihr Gebot abzugeben. Wer von den Pachtlustigen Meistbietender bleibt, muß 500 bis 1500 Rthlr. deponiren, oder sonst als wohlhabender Mann bekannt seyn.

Berlin, den 26. März 1823.

Der General-Commissarius der Haupt-Bank. Langner.

Extra = Beilage

zu No. 17.

des Amtsblatts der Königl. Regierung zu Liegnitz.

Liegnitz, den 26. April 1823.

B e k a n n t m a c h u n g.

Von den in den beiden ersten Ziehungen der Prämien auf Staats-Schuldscheine herausgekommenen Nummern sind folgende binnen der in der Bekanntmachung vom 24. August 1820. §. 10. bestimmten Frist nicht erhoben worden:

I. Aus der ersten Ziehung vom July 1821.

No. 17301. à 200 Rthlr.

à 140 Rthlr.

1	8,073	5	25,818	9	42,066	13	49,060	17	85,921	21	175,935
2	9,339	6	26,984	10	42,096	14	69,047	18	126,100	22	216,010
3	13,822	7	36,663	11	42,724	15	78,059	19	141,282	23	217,329
4	18,103	8	42,015	12	44,295	16	81,357	20	142,647		

à 20 Rthlr.

1	2,682	23	9,065	45	19,419	67	26,624	89	41,505	111	65,106
2	3,054	24	9,072	46	19,427	68	26,757	90	41,783	112	65,118
3	3,466	25	10,513	47	20,230	69	26,774	91	43,821	113	65,150
4	4,328	26	10,514	48	20,342	70	26,776	92	44,327	114	66,851
5	4,387	27	11,154	49	20,407	71	26,792	93	44,344	115	66,854
6	5,159	28	11,306	50	21,899	72	26,932	94	44,345	116	66,998
7	5,369	29	12,514	51	22,231	73	26,986	95	50,451	117	70,521
8	5,370	30	12,904	52	22,379	74	34,049	96	50,754	118	72,274
9	5,475	31	12,920	53	22,437	75	34,479	97	50,779	119	72,947
10	7,016	32	17,184	54	22,438	76	34,870	98	50,892	120	78,052
11	7,390	33	17,189	55	22,972	77	34,887	99	50,897	121	80,418
12	7,400	34	17,190	56	25,215	78	34,993	100	51,178	122	80,955
13	7,434	35	17,192	57	25,245	79	35,529	101	51,187	123	81,365
14	8,798	36	17,281	58	25,315	80	36,028	102	51,395	124	81,371
15	8,805	37	18,061	59	25,343	81	36,312	103	51,399	125	81,926
16	8,821	38	18,065	60	25,596	82	36,682	104	51,523	126	85,916
17	8,831	39	18,080	61	25,647	83	37,322	105	51,955	127	85,923
18	8,853	40	18,107	62	25,904	84	37,755	106	53,215	128	85,930
19	8,854	41	18,416	63	25,994	85	38,503	107	56,998	129	85,932
20	8,861	42	19,323	64	26,561	86	38,994	108	63,344	130	85,934
21	9,060	43	19,325	65	26,562	87	39,093	109	64,064	131	85,949
22	9,063	44	19,327	66	26,580	88	40,641	110	65,103	132	86,616

133	95,102	142	116,272	151	132,127	160	162,016	169	216,016	178	228,687
134	99,065	143	116,289	152	132,139	161	162,037	170	220,721	179	232,877
135	99,069	144	123,738	153	138,426	162	162,043	171	222,547	180	236,446
136	99,071	145	126,574	154	141,312	163	162,217	172	222,613	181	236,577
137	108,411	146	128,720	155	141,559	164	175,801	173	222,919	182	236,669
138	111,940	147	129,485	156	141,848	165	192,697	174	222,921	183	236,670
139	111,949	148	130,404	157	142,880	166	213,468	175	223,769		
140	116,114	149	132,089	158	156,493	167	214,643	176	223,854		
141	116,265	150	132,110	159	160,776	168	215,545	177	223,892		

II. Aus der zweiten Ziehung vom Januar 1822.

a 140 Rthlr.

1	6,726	5	41,800	9	86,903	13	127,257	17	215,405	21	236,351
2	10,548	6	56,345	10	87,099	14	130,212	18	217,214		
3	21,380	7	56,959	11	100,606	15	146,710	19	222,608		
4	38,952	8	70,003	12	110,626	16	176,115	20	231,318		

a 20 Rthlr.

1	2,085	22	6,597	43	11,117	64	21,105	85	43,491	106	70,136
2	2,520	23	6,598	44	11,310	65	21,445	86	43,564	107	73,926
3	2,551	24	6,680	45	12,568	66	21,881	87	43,628	108	78,049
4	2,625	25	6,830	46	12,940	67	22,287	88	43,816	109	80,420
5	3,219	26	7,043	47	13,418	68	25,391	89	43,938	110	80,512
6	3,371	27	7,193	48	13,825	69	25,567	90	48,946	111	80,792
7	3,486	28	7,195	49	14,248	70	25,966	91	50,411	112	81,260
8	3,994	29	8,056	50	14,453	71	26,454	92	50,774	113	81,600
9	4,155	30	8,405	51	14,497	72	26,492	93	50,832	114	81,860
10	4,289	31	8,706	52	17,259	73	26,567	94	51,394	115	81,865
11	4,309	32	9,105	53	17,417	74	35,116	95	51,919	116	82,920
12	4,346	33	9,106	54	18,122	75	35,133	96	53,216	117	86,452
13	4,361	34	9,176	55	18,414	76	35,588	97	53,219	118	86,865
14	4,699	35	9,179	56	18,504	77	35,591	98	53,531	119	97,063
15	4,741	36	9,180	57	18,588	78	36,299	99	56,636	120	99,336
16	4,791	37	9,187	58	18,589	79	36,644	100	56,936	121	100,645
17	6,339	38	9,309	59	18,590	80	36,688	101	56,965	122	100,658
18	6,355	39	9,469	60	18,595	81	37,209	102	64,059	123	102,644
19	6,401	40	10,623	61	19,319	82	38,750	103	66,556	124	102,651
20	6,455	41	10,710	62	20,005	83	39,222	104	66,552	125	102,655
21	6,470	42	10,742	63	21,081	84	40,651	105	69,041	126	102,656

127	102,657	140	132,440	153	162,719	166	216,321	179	222,800	192	236,806
128	103,826	141	133,780	154	170,801	167	216,331	180	222,914	193	236,910
129	111,345	142	134,501	155	175,069	168	216,345	181	223,786	194	247,323
130	111,916	143	134,571	156	187,686	169	216,707	182	228,096	195	247,331
131	124,199	144	141,671	157	192,225	170	216,946	183	228,610	196	247,372
132	124,298	145	141,712	158	192,233	171	219,091	184	229,492	197	249,482
133	124,305	146	142,602	159	192,693	172	219,113	185	230,334	198	262,744
134	124,424	147	142,905	160	200,490	173	219,115	186	231,075	199	280,797
135	125,052	148	145,772	161	206,671	174	219,338	187	231,993	200	290,407
136	125,221	149	146,492	162	214,352	175	220,888	188	232,854		
137	126,404	150	146,557	163	214,365	176	222,549	189	232,862		
138	128,713	151	154,059	164	216,096	177	222,614	190	235,837		
139	131,350	152	160,736	165	216,280	178	222,716	191	236,435		

Dies wird hierdurch zur Kenntniß des Publikums gebracht mit dem Bemerken, daß, den Bestimmungen der Bekanntmachung vom 24. August 1820 gemäß, über diese nicht abgegebene Prämien bereits zu wohltätigen Zwecken verfügt worden ist, und die darauf lautenden Prämien Scheine daher jetzt völlig ungültig und werthlos sind.

Berlin, den 25. März 1823.

**Königliche Immediat-Kommission zur Vertheilung von Prämien auf
Staats-Schulscheine.**

Korber. Kayser. Wollny. Kraus.

Amts = Blatt

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 18.

Liegnitz, den 3. May 1823.

Allgemeine Gesetzsammlung.

- D**as 7te Stück enthält unter Nummer
790. Die Erklärung wegen der zwischen der Königl. Preussischen und Königl. Sächsischen Regierung verabredeten Aufhebung der gegenseitigen Kosten-Vergütung in Criminal-Untersuchungs-Sachen wider unvermögende Personen. Vom 12. März 1823.
791. Die Allerhöchste Kabinetts Ordre vom 29. März 1823., daß die wegen Schulden belangten, auf Pension oder Wartegeld gesetzten Ervols-Beamten vom Personal-Arrest fernerhin nicht befreit seyn sollen.
792. Das Erseß über die Testamente der Preussischen Gesandten und gesandtschaftlichen Personen bei fremden Höfen, während ihres Aufenthaltes im Auslande. Vom 3. April 1823.
793. Die Declaration der Allerhöchsten Kabinetts-Ordre vom 25. August 1822: die Ertheilung des Bürgerrechts betreffend. Vom 6. April 1823.
794. Das Gesetz in Betreff einiger Münzverbrechen. Vom 8. April 1823.
795. Die Verordnung, betreffend Abänderungen der Erhebungsrolle vom 25. October 1821., für die Provinzen Preußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Posen und Sachsen. Vom 10. April 1823.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Liegnitz.

Da von dem Königl. Ministerium der Geistlichen, Unterrichts, und Real- und Angelegenheiten und des Innern se. unterm 27. März d. J. zum Wiederaufbau des abgebrannten Pfarrhauses zu Droschkau, Pommslauschen Kreis, eine evangelische Haus- und Kirchen-Collecte in der Provinz bewilligt worden; so bringen Wir dies zur Kenntniß der Departements-Einsassen, und fordern zugleich sämmtliche Herren Superintendenten, so wie die Herren

No. 54.

Die Einsammlung einer evangelischen Haus- und Kirchen-Collecte zum Wiederaufbau des abgebrannten Pfarrhauses zu Droschkau, Pommslauschen Kreises, betreffend.

Landräthe Unserer Verwaltungs-Bezirks hierdurch auf: die **Einsammlung** der Kirchen- und Haus-Collecte dergestalt zu veranlassen, daß die gesammelten Beiträge, worin: er zugleich ein genaues Verzeichniß der Münzsorten beizufügen ist, in der gewöhnlichen Art binnen 8 Wochen bei der hiesigen Haupt-Intendanten-Kasse eingegangen, und uns die Anzeigen davon mit den geordneten Nachweisungen nebst Spezialien zugekommen sind.

Die in den Städten im Wege der Haus-Collecte gesammelten Selbstträge, sind in Gemäßheit der Verordnung vom 30. May v. J. (Amtsblatt Jahrgang 1822. Stück 23. No. 90. pag. 60.) an die betreffenden Landräthe abzuführen. **Wienitz, den 15. April 1823.**

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.
I. No. 621 April 2.

No. 55.
Das Heimathrecht
der Kinder in Bezug
auf das Königreich
Sachsen betreffend.

Von Seiten der Königl. Sächsischen Regierung ist der Grundsatz angenommen worden,

daß Kinder, welche noch unter väterlicher Gewalt stehen, wenn sie dem veränderten Wohnsitze ihrer Eltern folgen, dadurch an dem neuen Wohnorte der Letztern nicht auch für sich ein Heimathrecht erlangen.

Es entspricht dieser Grundsatz zwar nicht der Preussischen Gesetzgebung; da indes die Königl. Sächsische Regierung erklärt hat,

daß dortselbst davon nicht abgegangen werden könne, so sind Wir von den Königl.ichen Höhen Ministerien des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten ermächtigt worden, darauf in allen das Königreich Sachsen betreffenden Fällen zu verfahren, und verfahren zu lassen.

Diese Bestimmung bringen Wir hierdurch zur Kenntniß der Unter-Beörden des hiesigen Regierungs-Bezirks.

Wienitz, den 9. April 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.
I. P. No. 76. Recs. Jour. pro Martio c.

No. 56.
Wegen der Gewichte
von Euselsen,

Es ist dem Königl. Handels-Ministerio angezeigt worden, daß noch immer Gewichte von Euselsen im Handel vorkommen, welche, Bedarfs der Ausrüstung und Uchung, mit einem Loche am Boden versehen sind.

An dieser Stelle ist aber die Anbringung eines Bleisapfens unzulässig, weil das Gewicht dort am stärksten angegriffen und abgenutzt wird. Die Uchämter werden daher hierdurch angewiesen, dergleichen Gewichte künftig nicht zur Uchung anzunehmen. Zugleich werden die Besitzer der Euselscheren vor der Fertigung solcher Gewichte gewarnt.

Wienitz, den 18. April 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.
II. G. 59. R. April c.

Auch in diesem Jahre wird in Breslau, auf Veranstaltung der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur daselbst, eine Kunst- und Gewerbe-Ausstellung Statt finden.

Um die Ausstellung an einen bestimmten Tag zu knüpfen, soll dieselbe, von diesem Jahre an, immer mit dem 1. Juny beginnen, und es müssen daher die dazu bestimmten Sachen bis zur Mitte des Monats May eingesehen werden.

Die genannte Gesellschaft wünscht angelegentlich, daß Beiträge von Gewerbetreibenden jeder Art zur Ausstellung eingehe, daß ihr der Preis eines jeden Gegenstandes bekannt gemacht, und daß sie zum Verkauf der eingefandten Sachen ermächtigt werde.

Fabelanten können auch vollständige Musterarten ihrer Fabrikate, mit Angabe der Preise, einsenden.

Drei Tage nach geschlossener Ausstellung können alle eingelieferten Beiträge zurückgefordert werden.

Für die gehörige Aufbewahrung der eingelieferten Ausstellungs-Stücke werden die dazu bestellten Beamten der Gesellschaft Sorge tragen.

Breslau, den 18. April 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.

II. G. No. 504. April e.

No. 57.

Ausforderung zur Teilnahme an der diesjährigen Kunst- und Gewerbe-Ausstellung in Breslau.

Auf Antrag des Königl. Medicinal-Collegii zu Breslau fordern Wir hierdurch die Herren Aerzte und Wundärzte auf, der genannten Behörde, für das vorzige Museum, die bei Sectionen sich ergebenden seltsamen Gebildungen, oder monströse Geburten, unmittelbar, gegen Erstattung der Kosten zuzusenden, und dadurch ihren Eifer für Bereicherung der Wissenschaft durch solche Rechtswürdigkeiten zu bekunden.

Breslau, den 22. April 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

I. P. No. 1109. May e.

No. 58.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung. Bekanntmachung der bei Sectionen sich ergebenden seltsamen Gebildungen, oder monströsen Geburten.

No.

No. 59. Nachweisung der unter dem Verbote der Rückkehr und unter Androhung ausländischen Vagabunden und Verbrecher

No.	Name, Stand und Heimaths, Ort.	Religion.	Personal.							
			Alter.		Grö. ße.	Haare.	Stirn.	Augen- brau- nen.	Augen.	Nase.
			Jah.	Tag.	zoll.					
1	Der Dienstknecht Wenzel Zentisch . aus Klein. Aupe.	katholisch	28	5	2	braun	hoch	schwarz	braun	kurz
2	Lorenz Schnyde . aus Königshayn	katholisch	20	5	—	braun	bedeckt	—	blau	gewöhnl.
3	Anton Köppler . aus Königshayn	katholisch	48	5	—	—	breit	gelb	braun	lang
4	Martin Kleiner . . aus Malitz Der Brauergeselle	des gl.	25	5	4	blond	lang	schwarz	blau	rund
5	Gottlob Demuth aus Ober- Oderwitz Der Weßsteinhändler	des gl.	38	5	6	blond	bedeckt	blond	blau	spitzig
6	Joachim Zink aus Tschernöbel	katholisch	18	5	6	schwarz	bedeckt	schwarz	blau	spitzig

Plegitz, den 17. April 1823.

Verordnungen des Königl. Ober-Landes-Gerichts.

Wegen der Unter-
suchungen gegen beu-
laubte Landwehr-
männer, zur Kriegs-
Reserve entlassene u.
Train-Soldaten.

Sämmtliche Inquisitorlate und Unter Gerichte in dem Departement des unterzeichneten Königl. Ober-Landes-Gerichts, werden hierdurch in Bezug auf die Verordnung vom 22. Februar d. J.

Gesetz-Sammlung Seite 28. von d. J.

angewiesen: in den Untersuchungen gegen beurlaubte Landwehrmänner, zur Kriegs-Reserve Entlassene und Train-Soldaten, gleich bei dem Anfange der Untersuchung das Militär-Verhältniß der Angeschuldigten vollständig festzu-
stellen, das Ergebniß in einer besondern Registratur zu vermerken, und auf dem Acten-Deckel durch das Wort: Militair, mit Bezeichnung des Folio, wo sich die verordnete Registratur befindet, diese Eigenschaft des Angeschul-
dig.

zweijähriger Festungs- oder Zuchthaus-Strafe über die Grenze geschafften für die Monate Februar und März 1823.

Beschreibung.

Mund.	Zähne	Haut.	Haar.	Gesicht.	Gesichtsfarbe.	Statur.	Besondere Kennzeichen.	Wohnschafft? nach	Bemerkungen.
klein	gut	braun	oval	oval	gesund	mittler	der Zeigerfinger der rechten Hand sehr	Böhmen.	
aufgeworfen	—	—	oval	voll	—	klein	keine	besgl.	
breit	mittel, mäßig	schwarz	länglich	länglich	—	—	keine	besgl.	
klein	—	wenig	rund	rund	bläß	mittler	keine	besgl.	
gewöhnl.	—	blond	—	voll	—	stark	keine	Königreich Sachsen.	
klein	gut	wenig	oval	oval	gesund	schlank	etwas ped. an der Nase	Böhmen.	

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

bigten zu bezeichnen, um allen weiteren unnützen und durch Resultate erst zu veranlassenden Ermittlungen der Militär-Eigenschaft vorzubeugen.

Breslau, den 4. April 1823.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Schlesien.

Da die Königl. Regierung hieselbst dem unterzeichneten Ober-Landes-Gericht eröffnet hat: wie mehrere Gerichts-Ämter in dessen Gerichts-Distrikt Anstand nehmen, die Vertheilung der nach dem Edikt wegen der Holz-Diebstahle vom 7. Juni 1821 rechtskräftig erkannten Geldstrafen und Entschädigungen auf den Antrag der Beamten der Forst-Kasse, wenn deren Aufforderung dazu fruchtlos geblieben ist, zu verfügen, so werden sämmtliche Gerichte des unterzeichneten Königl. Ober-Landes-Gerichts-Departements hierdurch

durch ausdrücklich angewiesen: auf den Antrag vorgedachter Beamten, diese Strafen und Entschädigungen, von den dazu vergeblich aufgeforderten und sämmtlich gebliebenen Debiten, ohne Belagerung executivisch beizutreiben, und an die Königl. Forst-Kassen abzuführen.

Breslau, den 4. April 1823.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Schlesien.

Wegen der Strafs-
kenntnisse gegen
beurlaubte Solda-
ten und Landwehr-
männer.

Demem Königl. Inquisitorlaten und sämmtlichen Unter-Gerichten des Departements wird hierdurch aufgegeben, bei Mittheilung der Strafs-Erkenntnisse gegen beurlaubte Garde-Landwehr-Männer, oder Garde-Kriegs-Reservisten, Provinzial-Landwehrmänner, Kriegs-Reserve und Train-Soldaten an den Landwehr-Brigade-Kommandeur, jederzelt das Nationale des Verurtheilten nach dem hier mitgetheilten Schema beizufügen.

Ologau, den 12. April 1823.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Ober-
Schlesien und der Lausitz

N a t i o n a l e

des Wehrmannes u. N. N. vom N. Bataillon N. N. Regiment, welcher durch ein Erkenntniß des Königl. N. N. zu einer N. N. Strafe verurtheilt worden ist.

No.	Charge.	Vor- und Zuname.	Alter		Dienst- zeit		Größe		V a t e r l a n d		
			Jahr.	Monat.	Jahr.	Monat.	Zoll.	Strich.	Geburts- ort.	Aufent- haltsort.	Kreis.

Religion.	Profession oder Gewerbe.	Verheirathet.	Kinder		Besitzt Ehrenzeichen		Früheres Verhältnis.	Regiment bei welchem sie jetzt dienen	Anmerk.
			Söhne.	Töchter.	eisernes Kreuz. u. u.	Kriegs- Dent- münze pro			

Ver-

Verordnungen auswärtiger Behörden.

Da, ungeachtet der früheren Aufforderungen in den öffentlichen Blättern, noch nicht alle Anwärterinnen der aufgehobenen Frauen-Eistler im Magdeburgischen Regierungs-Bezirk, ihre Ansprüche auf eine Präbende in einem oder dem andern dieser Eistler angemeldet haben, hierdurch aber anderen Anwärterinnen, welche sich zum Einrücken in vacante Stellen gemeldet, nach dem Zeitpunkte ihrer Anwartschaft aber den zur Zeit unbekannten Erbschaften nachstehen, in der Hinsicht Nachtheil erwächst, daß sie nicht eher zur Erhebung gelangen können, als bis das Erlöschen der Ansprüche ihrer Vorgängerinnen durch Tod oder Verheirathung nachgewiesen ist, so ist durch eine Königl. Kabinets-Ordnung, vom 26. v. M., bestimmt worden, daß alle bis zum 31. December des jetzt laufenden Jahres nicht angemeldeten Ansprüche dieser Art erloschen seyn sollen, und werden daher alle Anwärterinnen der aufgehobenen weltlichen Frauen-Eistler zu Wollmirstedt, Marienborn, Driedorf, Dienendorf und Arensdorf, welche sich bis jetzt noch nicht gemeldet haben, hiermit aufgefodert, die Beweise über ihre Anwartschaften bis zu dem vorgedachten Zeitpunkte bei uns einzureichen.

Magdeburg, den 19. März 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Nachdem des Königs Majestät den Land- und Stadt-Gerichts-Affessor König zu Löwenberg zugleich zum Kreis-Justiz-Rath zum Lausischen Kreises, zu ernennen allergnädigst geruhet haben; so wird solches den Gutscherrschaften, der Geistlichkeit beider Confectionen, und den Scholzen und Gerichten zum Lausischen Kreises, mit der Anweisung bekannt gemacht, sich in allen das justizrätliche Amt betreffenden Fällen, an den Kreis-Justiz-Rath, Land- und Stadt-Gerichts-Affessor König zu Löwenberg zu wenden, und seinen Verfügungen Folge zu leisten.

Ologau, den 14. April 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Niederschlesien und der Lausiz.

Nachdem des Königs Majestät den Land- und Stadt-Gerichts-Director Streckenbach zu Löwenberg zugleich zum Kreis-Justiz-Rath des Löwenbergischen Kreises zu ernennen allergnädigst geruhet haben, so wird solches den Gutscherrschaften, der Geistlichkeit beider Confectionen und den Scholzen und Gerichten Löwenbergischen Kreises, mit der Anweisung bekannt gemacht, sich in allen das justizrätliche Amt betreffenden Fällen, an den Kreis-Justiz-Rath

Rath, Land- und Stadt-Beiraths-Director Streckenbach zu Löwenberg zu wenden und seinen Verfügungen Folge zu leisten.

Stlogau, den 14. April 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landesgerichte von Nieder-Schleslen und der Lausiz.

Der Candidat der Theologie Krieger, ward Pastor an der evangelischen Kirche zu Rückenwalde, Bunzlauischen Kreises; der bisherige Schullehrer Bergan, aus Klein-Baughen, evangelischer Schullehrer und Organist zu Förschen, Rothenburgischen Kreises; der bisherige Schul-Adjutant Keuhl zu Petersdorf, Cantor, Organist und 3ter Schul-College bei der evangelischen Kirche und Schule zu Löwenberg; und der Seminarist Hensel, evangelischer Schul-Adjutant zu Rausche, Görlitzschen Kreises.

Der Stadt-Buchdrucker Krahn zu Hirschberg, ist von der dortigen Stadt-Verordneten-Versammlung zum unbesoldeten Rathsherrn erwählt worden.

Vermischte Nachrichten und Aufträge.

**Wohlfährigkeit.
Kaufungen.**

Der zu Alt-Pollwitz verstorbene Bauer-Auszüger Joseph Müller hat der katholischen Pfarrkirche zu Pollwitz zu einer Fundation auf ein jährliches Requiem, Kanzel-Fürbitte und vier jährliche Messen ein Legat von 500 Rthlr. Courant ausgesetzt; die Elisabeth Hein geborne Nocher, bei der Pfarrkirche zu Jacobstisch im Stlogauischen Kreise, auf Seelenmessen mit 42 Rthlr. 20 Sgr. eine Stiftung errichtet, und der katholische Pfarrer zu Herbersdorf, Lübenischen Kreises, durch Ueberweisung eines Hauses von 2 Stuben und 2 Alkoven, die Summe von 150 Rthlrn. zu deren Beheizung und Instandhaltung ein Armen-Hospital zu Herbersdorf gegründet.

Die vom Kreis-Secretair Heintze zu Löwenberg herausgegebene Sammlung der Preuß. Paß-Befehle betr.

Der Kreis-Secretair Heintze zu Löwenberg, hat unlängst eine Sammlung der Preuß. Paß-Befehle herausgegeben, und ist nach seiner Anzeige im Digriff, eine zweite Auflage davon auf Subscription zu veranstalten, nachdem die erste bereits vergriffen ist.

Da dieses kleine Werk durch eine zweckmäßige Einrichtung und Vollständigkeit sich empfiehlt: so wollen Wir die Polizey-Belehrten hierdurch darauf aufmerksam machen, für welche dasselbe bei der Verwaltung der Paß-Pollitz von Nutzen seyn kann. Liegniz, den 8. April 1823.

Königl. Preussische Regierung. Erste Abtheilung.

Am t s = B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 19.

Liegnitz, den 10. May 1823.

Allgemeine Gesetzsammlung.

Das die Stadt enthält unter Nummer

796. Das Gesetz wegen Regulirung der gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse im Großherzogthum Posen, den mit Westpreußen wieder vereinigten Distrikten, dem Kulm- und Michelsauischen Kreise und in dem Landgebiet der Stadt Thorn. Vom 8. April 1823.

797. Das Gesetz wegen Anwendung des Edikts vom 14. September 1811., die Regulirung der gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse betreffend, und der später darüber erlassenen Gesetze, ingleichen wegen Anwendung der Ordnung, die Ablösung der Dienste zc. betreffend, vom 7. Juny 1821., auf das Landgebiet der Stadt Danzig. Vom 8. April 1823.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Liegnitz.

Eowoß! Wie die unterzeichnete Königl. Regierung, als das Königl. Medizinal-Collegium zu Breslau, haben noch immer darüber große Beschwern zu führen, daß entweder die angedauerten Rettungsversuche bei Scheinrothen theils auf Seiten der Nichtärzte und Wundärzte, vor Ankunft der Sachkundigen, theils auf Seiten der Letzteren, bald ganz unterbleiben, bald zu kurze Zeit, bald unzulänglich, bald auch in einer durchaus unrechten, oft sogar nachtheiligen Folge, im hiesigen Departement vorgenommen worden. Inlangend den letzten Punkte, komme es eben, selbst bei solchen Sachverständigen, wo man es gar nicht erwarten sollte, nicht selten vor, daß das Aufsteinflasen, welches in der Regel an der Spitze der Rettungsversuche stehen sollte, viel zu spät vorgenommen wird. Hier und da unterbleibt es auch wohl ganz, weil es an einem Apparat zum Aufsteinflasen fehlt, ungeachtet der bekannte

No. 60

Die nöthigen Hülfen bei Rettungsversuchen von Scheinrothen, und was dahin gehört etc.

Y

Ghaus

Chaussiersche Apparat in Breslau für einen geringen Preis zu haben ist, und auch hier in Königs, in der von uns veranstalteten Berliner Instrumenten-Niederlage, beim Medizinal-Messior Sillert, der Koppesche Sauge-Apparat, um das Wasser bei Ertrunkenen aus dem Magen und den Luftröhren zu ziehen, für 6 Thaler, mit der zweckmäßigen Einrichtung sich befindet, mit Veränderung des Ventils aus dem Sauge-Apparat auf der Stelle ein Instrument zum Aufsteinblasen zu bilden.

Die Kreis-Erzherren sind verpflichtet, die nöthigen Instrumente, die ihr Dienst erfordert, sich anzuschaffen. Sollte es daran noch bei manchem fehlen, so haben Uns die Physikate es anzuzeigen.

Auch mehrere Magistrats haben bereits dafür gesorgt, daß vollständige Rettungs-Apparate angeschafft worden sind. Denjenigen Magistraten, welche es bisher, besonders bei am Orte bestehender Wassergefahr, noch nicht durchgesetzt haben, geben Wir hiermit auf, Uns es anzuzeigen, welche Schwierigkeiten obwalten möchten, eine so heilige Verpflichtung zu erfüllen. Vom Stadt-Physikus, Herrn Medizinal-Rath D. Hester dieselbst, ist zu erfahren, was zu einem solchen Apparat gehört, und was er etwa kostet.

Können Wir auch nicht die sämmtlichen Herren Aerzte und Wundärzte (letztere besonders vom platten Lande) zur Anschaffung solcher Apparate verpflichten, so hoffen Wir doch, daß diejenigen, deren häusliche Lage es zuläßt, wenigstens mit dem Nothwendigsten sich versehen werden, und werden Wir bei Erstattung der Gratifikationen für Behandlung der Scheintodten, von 5 zu 10 Rthlr., auf den Fall der angeschafften Rettungs-Instrumente, ganz besonders Rücksicht nehmen.

Wir bemerken nun noch, daß Wir auf die oben angeführten, noch immer Statt findenden Uebelstände bei Rettungsversuchen, welche das Königl. Medizinal-Kollegium von Schlesien dem Königl. Höhen Ministerio der Geistlichen, Unterrichts, und Medizinal-Angelegenheiten zur Remedur vorgelegt hat, von Letzterem angewiesen worden sind, das Rettungsverfahren in jedem Falle genau zu controlliren, und gegen die Medizinal-Personen, welche sich ohne Unkenntnisschaft in dieser Angelegenheit zu Schützen kommen lassen, nach aller Strenge zu verfahren.

Wir fordern hiernach die sämmtlichen Orts-Verächte auf, sich durch nichts als die wirklich eingetretene Gefahr abhaken zu lassen, bei jedem solchen Vorfall den nächsten Sachkundigen schleunigst herbeizuholen, bis zu seiner Ankunft aber alles das zu bewerkstelligen, was die Anweisung für Scheintodte vom Jahre 1800. von den Nicht-Sachkundigen verlangt. Diese ist stets an einem tauglichen Orte aufzubewahren, damit bei einem solchen Vorfall jedesmal, mit dieser Anweisung in der Hand, zu Werke gegangen werden könne. Weitere Auskunft über diese Angelegenheit geben auch noch Stück 8. und 15. des Amtsblatts vom Jahr 1801. No. 29. und 57.

Auf diese Anweisung, die in hiesiger Registratur für 1 gGr. Nominal Münze zu haben ist, und auf den Umstand besonders, daß nach derselben nur allein einschleudene Säuln die Rettungsversuche entbehrlich macht, machen Wir hienit nochmals nicht nur das Publikum, sondern auch alle die ansehnlich, welche in die Kassenorte der Sachkundigen gehören, und verpflichten die Letzteren zugleich, die Anwendung derselben nach den Vorschriften der Fälle gehörig zu studiren, besonders aber sich zu hüten, daß nicht durch unrichtige Aufeinanderfolge dieser Versuche, und besonders durch verspätetes Einsteinflasen, dem Schelmroden mehr Nachtheil als Gutes erwachse. Die Wundärzte werden gut thun, von den Herren Physikern ihres Bezirks, sich hierüber nähere Belehrung zu verschaffen.

In sofern das Obductions-Protokoll über die Rettungsversuche keine ausführliche Auskunft giebt, oder auch die Dauer derselben nicht anführt, sind die Physici, welche in jedem Falle nach der Königl. Kriminal-Ordnung einen Obductions-Bericht, ganz besonders aber bei jedem Selbstmorde, einzureichen haben, verpflichtet, demselben eine Vernehmung dessen, der sie veranlaßt hat, oder eine schriftliche Auseinandersetzung desselben über das, was er, und wie lange, und in welcher Folge er es geleistet hat? als Beilage beizufügen.

Schließlich dürfen Wir nicht übergehen, daß vom Königl. Medizinal-Collegio von Schlesien fortwährend die sehr gegründete Beschwerde geführt werde, daß selbst die von den Justiz-Behörden als vidimir bezeichneten Verhandlungen sehr oft inkorrekt, ja sogar mit den Sinn entstellenden Ausdrücken ausgestattet sind. Es ist ihre Sache, dafür zu sorgen, daß die termini technici orthographisch richtig im Obductions-Protokoll sich befinden, und Sache der Physiker, die Wir hienit besonders dazu verpflichten, daß ihre Obductions-Berichte, leserlich und korrekt geschrieben, an die Justiz-Behörde gelangen, auch wo möglich in den ersten 8 Tagen nach der Obduction eingebracht werden.

Breslau, den 26. April 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

I. No. 43. Rec. März c.

Den Einsassen Unfers Verwaltungs-Regirts wird nicht unbekannt gelassen, welches Unglück die im Breslauschen Regierungs-Departement gelegene Stadt-Dels in der Nacht vom 21. zum 22. März d. J. durch eine abermahlige Brand-Verheerung betroffen hat.

In Folge einer Requisition der Königl. Regierung zu Breslau, bringen wir den Ausruf der zur Vertheilung milder Beiträge für die Abgebrannten zu Dels daselbst niedergesetzten Commission, welcher also lautet:

„Zum zweitenmal innerhalb Jahresfrist traf Dels das Unglück eines schrecklichen Brandes. Fürchterlich wüthete die Flamme in der Nacht vom

21.

No. 61.

Die Einsammlung milder Beiträge für die Abgebrannten in Dels betreffend.

Die Tuchmacherzunft zu Sagan, welche bisher den dortigen Tuschau-
Verein bildete, hat in Folge des Erlasses vom 5. Januar d. J. beschlossen, No. 63.
mit dem 1. April d. J. die dortige Tuschschauanstalt aufzugeben, und Wir-
haben diesen Beschluß als geschnmähig bestätigt. Wegen Aufhebung
der Tuschschau-An-
stalt in Sagan.

Ein neuer Schauverein in Sagan wird sich nicht bilden.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

II. No. 1009. April c.

Das Königl. Handels-Ministerium hat von dem durch seine technische
Deputation herausgegebenen kostbaren Kupfer-Werke, bezieht:

„Vorblätter für Fabrikanten und Handwerker“

der Handwerker-Zeichenschule zu Dunsau ein Exemplar unentgeltlich bewilligt,
zur öffentlichen Anerkennung des nützlichen Bestrebens der Kommune
Dunsau, durch Unterhaltung dieser Schule die Ausbildung der dortigen
Handwerker-Söhne zu befördern. Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

II. C. No. 79. R. April c.

Da auch in diesem Jahre militairische trigonometrische Vermessungen
in Unserm Verwaltungs-Bezirk statt finden werden, so weisen Wir die Kreis-
und Orts-Behörden hierdurch an, den mit dergleichen Vermessungen beauf-
tragten Offizieren, auf den Grund der denselben ertheilten offenen Ordres,
die erforderlichen Hülfsmittel zu gewähren und ihnen die etwa nöthige Aus-
kunft zu ertheilen. Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

I. M. 1456. April c.

In der durch das diesjährige Amtsblatt Seite 91 bis 93. zur öffent-
lichen Kenntniss gebrachten Instruktion, vom 28. Februar d. J., die Liqui-
dation der rückständigen Servis-, Brodt- und Holzgelber, Vergütungen
betreffend, ist das den Ehefrauen der im Felde abwesenden Soldaten zuste-
hende Brennholz auf den richtigen Betrag von 2½ Klafter für die Winter-
periode angegeben; da aber hierbei des Monats October Erwähnung gesche-
hen, so wird, um jeder irrthümlichen Auslegung vorzubeugen, hierdurch
bemerkt, daß nach den bestehenden allgemeinen Grundsätzen, für den Monat
October kein Brennholz an die Familien der im Felde abwesenden Soldaten
verabreicht wird, sondern daß dieselben vom 1. November bis letzten März
½ Klafter Holz monatlich erhalten; wonach also die vorkommenden Nach-
trags-Liquidationen zu modifiziren sind. Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

I. No. 1270. April c.

No. 64.
Die Handwerker-
Zeichenschule zu
Gumslau betreffend.

No. 65.
Die pro 1823. fest-
gestellten militairi-
schen trigonometri-
schen Vermessungen
betreffend.

No. 66.
Betrifft die Liqui-
dation der Holzgelber-
Vergütungen für
Soldaten, Familien
aus früheren Jahren.

Ver-

Verordnungen auswärtiger Behörden.

Verkaufmachung.

Bei der, zu Merseburg am 15. d. M., stattgefundenen zehnten Verlosung der Central-Steuer-Obligationen, sind die in der Anlage sub C verzeichneten Nummern gezogen worden.

Die Realisirung der ausgelooften Scheine, wird Michael dieses Jahres, durch das Handlungshaus Reichenbach und Comp. zu Leipzig, geschehen, und es haben sich daher die Inhaber dieser Scheine, bei dem Eintritt des gedachten Zahlungs-Termins daselbst zu melden, und die Zahlung gegen Rückgabe der ausgelooften Schuldscheine, und der dazu gehörigen Talons und Koupons, in Empfang zu nehmen.

Die, in dem bemerkten Zahlungs-Termin unerhoben gebliebenen Summen von Kapital und Zinsen, werden nach abgelaufenen 6 Wochen, von beendigter Zahlungswoche der Leipziger Michael-Messe, d. J. an gerechnet, auf Kosten und Gefahr der Scheineinhaber, bei dem Königl. Ober-Landesgerichte zu Raumburg, deponirt werden.

Berlin, den 18. April 1823.

Im Auftrage der Königl. Preuss. Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.
Der Königl. Preuss. Regierungs-Chef, Präsident
v. Schönberg.

⊙ M a c h w e i s u n g

der, in der am 15. April 1823. stattgehabten zehnten Verlosung der Central-Steuer-Obligationen, gezogenen Nummern.

- 1) Litt. A. No. 17. 102. 105. und 129.
- 2) „ B. „ 29. 32. 195. 217. 221. und 226.
- 3) „ C. No. 39. 102. 125. 178. 184. 202. 204. 261. 283. 314. 323. 437. und 457.
- 4) „ D. No. 9. 71. 94. 121. 202. 219. 241. 260. 339. 387. 420. 450. 491. 497. 524. 525. 536. 682. 713. 756. 773. 864. 969. 1022. 1054. 1066. 1095. 1101 und 1138.
- 5) „ E. No. 1. 12. 15. 24. 31. 125. 143. 284. 190. 216. 234. 261. 292. 361. 381. 426. 451. 499. 514. 625. 723. 741. 747. 805. 870. 890. 998. 1073. 1118. 1158. 1216. 1318. 1358. 1359. 1375. 1376. 1412. 1453. 1454. 1457. 1594. 1626. 1658. 1685. 1699. 1731. 1800. 1860. 1911. 1920. 1973. 2046. 2047. 2058. 2087. 2183. 2192. 2243. 2281. 2288. 2329. 2333. 2376. 2378. 2423. 2554. 2596. 2608. 2623. 2683. 2710. 2716. 2754. 2775. 2787. 2797. 2851. 2880. 2970. 3005. 3033. 3078. 3115. 3138. 3230. 3240.

5)

- 5) Litt. E. No. 3353. 3388. 3454. 3486. 3489. 3506. 3594. 3624.
3783. 3805. 3820. 3841. 3857. 3858. 3863. 3915.
3996. 4101. 4102. 4108. und 4149.
- 6) F. No. 4. 22. 52. 54 72. 75 99. 130. 178. 179. 231.
260. 268. 284. 292. 348. 367. 368. 407. 427. 463.
487. 512. 517. 576. 632. 633. 669. 688. 699. 758.
842. 898. 910. 990. 995. 1019. 1055. 1119. 1158.
1176. 1229. 1307. 1348. 1422. 1429. 1469. 1584.
1591. 1635. 1639. 1753. 1760. 1798. 1815. 1818.
1831. 1863. 1917. 2057. 2076. 2210. 2259. 2326.
2344. 2348. 2362. 2386. 2468. 2527. 2551. 2726.
2752. 2817. 2822. 2871. 2882. 2919. 2935. 2964.
2965. 2994. 3000. 3015. 3053. 3279. 3282. 3284.
3332. 3353. 3437. 3442. 3455. 3458. 3473. 3517.
3535. 3554. 3556. 3615. 3621. 3808. 3810. 3815.
3917. 3918. 3938. 3968. 4093. 4111. 4139. 4366.
und 4407.

Da, ungeachtet der früheren Aufforderungen in den öffentlichen Blättern, noch nicht alle Anwärterinnen der aufgehobenen Frauenstifter im Magdeburgischen Regierungs-Bezirk, ihre Ansprüche auf eine Pröbende in einem oder dem andern dieser Stifter angemeldet haben, hierdurch aber andern Anwärterinnen, welche sich zum Einrücken in vacante Stellen gemeldet, nach dem Zeitpunkte ihrer Anwartschaft aber den zur Zeit unbekannten Expectantinnen nachstehen, in der Hinsicht Nachtheil erwächst, daß sie nicht eher zur Hebung gelangen können, als bis das Erlöschen der Ansprüche ihrer Vorgängerinnen durch Tod oder Verheirathung nachgewiesen ist, so ist durch eine Königl. Cabinets-Ordre, vom 26. v. M., bestimmt worden, daß alle bis zum 31. December des jetzt laufenden Jahres nicht angemeldeten Ansprüche dieser Art erlöschen seyn sollen, und werden daher alle Anwärterinnen der aufgehobenen weltlichen Frauen-Stifter zu Wolmirstedt, Marienborn, Diesdorf, Neuendorf und Arendsee, welche sich bis jetzt noch nicht gemeldet haben, hiermit aufgefordert, die Beweise über ihre Anwartschaften bis zu dem vorgezeichneten Zeitpunkte bei uns einzuweisen.

Magdeburg, den 19. März 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.

Pers.

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Wir haben den Conducteur Lieutenant Bartsch nunmehr als Geometer für die Kreise Glogau und Sprottau definitiv bestätigt und nachgegeben, daß derselbe seinen Wohnsitz in Sprottau nehmen kann.

Breslau, den 11. April 1823.

Königl. General-Commission für Nieder-Schlesien.

Vermischte Nachrichten und Aufträge.

Die katholische Kirche zu Schlauppe bei Zauer hat von dem in Leubus verstorbenen Probst Schnieber ein Legat, bestehend in einer weißen Kasse mit Gold durchwirkt, in einer blauen und grünen Kasse und in einem Kelch mit Zusterat, erhalten.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 19.)

Amts = Blatt

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 20.

Liegnitz, den 17. May 1823.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Liegnitz.

Im Verfolg der unterm 11. Februar d. J. durch das diesjährige Amtsblatt pag. 57. und 58. zur allgemeinen Kenntniß gebrachten Verordnung, wodurch die pro 1823. in Unserem Verwaltungsbezirk errichteten Beschal-Stationen angezeigt werden, unterlassen Wir nicht, die Einsassen davon in Kenntniß zu setzen, daß die mit dem Ankauf der Remonte für die 5te und 6te Artillerie-Brigade beauftragte Commission, im Glogaushen Kreise 13 Stück Pferde zu namhaften Preisen, gegen gleich baare Bezahlung, angekauft hat. Dergleichen Ankäufe werden je länger, desto umfassender geschehen, wenn die Grund-Besitzer darauf bedacht sind, von der durch Errichtung der Beschal-Stationen dargebotenen vorzüglichen Gelegenheit, zur Veredelung der Pferde, Gebrauch zu machen. Liegnitz, den 7. May 1823.

Königl. Preussische Regierung. Erste Abtheilung.

I. M. 262. May 6.

No. 67.
Wegen der in diesem Jahre für die Artillerie in Schlichen angekauften Remonte: Pferde.

Auf Veranlassung des hohen Ministeriums der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, finden Wir für notwendig, nicht allein die bestehenden Gesetze, in Bezug auf Aufnahme und Entlassung der Apotheker-Lehrlinge, nach der revidirten Apotheker-Ordnung vom 11. October 1801. Tit. I. §. 15 — 17. neuerdings in Erinnerung zu bringen, sondern auch zu bestimmen, daß künftig alle Atteste der Apotheken-Inhaber über die Lehre und Servit. Zeit ihrer Lehrlinge und Gehülfen, von dem Physikus des Kreises mit unterzeichnet werden und von demselben darin bestätigt seyn muß, daß das angeführte Subjekt während der in dem Atteste angegebenen Zeit wirklich in der Lehre gestanden oder als ordentlicher Gehülfe servirt habe. Um die Physiker in den Stand zu setzen, dies der Wahrheit gemäß thun zu können, sollen sämmtliche Apotheker und Vorsteher einer Apotheke künftighin auch gehalten seyn, dem Physikus jedesmal nicht allein von der Aufnahme

No. 68.
Die Aufnahme und Entlassung der Apotheker-Lehrlinge betr.

und

und dem Abgange eines Apotheker-Lehrlings, sondern auch eines jeden
Häufes, unmittelbar nach demselben, schriftliche Anzeige zu erstatten.

Eleganz, den 14. May 1823.

Königl. Preussische Regierung. Erste Abtheilung.
I. No. 25. R. May c.

Verordnungen auswärtiger Behörden.

Bekanntmachung.

Bei der, am 16. d. M. zu Merseburg Stadt gefundenen Verloosung der
ehemals Königl. Sächs., jetzt Königl. Preuss. Kammer-, Kredit-, Kassen-
Scheine, sind von

Litt. Aa. à 1000 Rthlr. No. 56. 552. 675. 693. 754. 923. 1170.
1472. 1985. 2455. 2610. 2691. 3172.

„ B. à 500 Rthlr. No. 421.

„ C. à 100 Rthlr. No. 843. 1376. 1582. 2849. 3113. 3191.

„ D. à 50 Rthlr. No. 237.

gezogen worden, und wird die Zahlung der Kapitalien, Michael d. J. bei der
Haupt-, Institut-, und Kommunal-Kasse zu Merseburg erfolgen.

Außerdem werden auch im gedachten Michael-Termin von unzulassbaren
Kammer-, Kredit-, Kassen-, Scheinen sub litt. E., und zwar:

a) von denen, welche bereits früher zur Zahlung ausgesetzt, aber noch
nicht realisiert worden,

die zu 22 Thalern von No. 5795. bis mit 14849., und von denen
zu 25 Thalern, No. 1663.

b) von denen, welche noch nicht zur Zahlung ausgesetzt gewesen,

die zu 25 Thalern, von No. 722. bis mit 1592.

bei der benannten Kasse durch Baarzahlung eingelöst werden, und es haben
sich daher die Inhaber sowohl der verloosten als unzulassbaren Scheine, bei
dem Eintritt des Zahlungs-Termins, daselbst zu melden, und die Zahlung,
gegen Zurückgabe der betreffenden Scheine, und dazu gehörigen Talons und
Coupons, in Empfang zu nehmen.

Die unerhoben gebliebenen Summen von Kapital und Zinsen, werden
nach Nachgabe der von der Königl. Preuss. Haupt-Verwaltung der Staats-
Schulden unterem 18. März d. J. erlassenen öffentlichen Bekanntmachung,
6 Wochen nach beendeter Zahlungswache der Leipziger Michael-Messe, bei
dem Königl. Ober-Landes-Gericht zu Naumburg, auf Kosten und Gefahr
der Scheins-Inhaber, deponirt werden, Berlin, am 19. April 1823.

Im Auftrage der Königl. Preuss. Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Der Königl. Preuss. Regierungs-Rath, Präsident
d. Schönberrg.

Bei.

Bei der am 21. Jul. zu Merseburg Statt gefundenen Verloosung der **Staatsschulden** mit dem Herzogthum Sachsen auf Preussen übergegangenen **Steuer-, Kredit-, Kassen-, Scheine**, sind

- von Litt. A. à 1000 Rthlr. No. 359. 1706. 1840. 2999. 4212. 4915.
5360. 5560. 6308. 7373. 8846. 9570.
10015. 10415. 11889. 12655.
" " B. à 500 Rthlr. No. 305. 564. 1181. 1368. 1428. 2151.
7459. 7498.
" " C. à 200 Rthlr. No. 1257. 2501. 2975. 3252. 3506. 5104.
5413. 6852. 6922. 7675.
" " D. à 100 Rthlr. No. 705. 1344. 1502. 2483. 3926. 5064.
5460. 6571.

gezeig worden, und soll die Einlösung der gezogenen Scheine, zu Michael d. J. bei der Haupt-, Insituten- und Kommunal-, Kasse zu Merseburg erfolgen.

Zußerdem werden auch im gedachten Michael-Termin, von den bereits unter vorliger Regierung ausgelooften, bis jetzt aber noch nicht realisirten **Steuer-, Kredit-, Kassen-, Scheine**, folgende Nummern, und zwar:

- von Litt. A. No. 2890. 2932. 3778. 4129. 4561. 4661. 4757. 4762.
5017. 5066. 5284. 5418. 5428. 5913. 5937.
" " B. No. 961. 1264. 1341. 1351. 1486. 1609. 1836. 2119. 2454.
" " C. No. 570. 967. 1068. 1187. 1250. 1394. 1396. 1517.
1822. 1967. 2037. 2069.
" " D. No. 945. 1074. 1203. 1284. 1302. 5739.

bei der vorgedachten Kasse bezahlt werden, und die Inhaber sowohl dieser, als der vorbemerkten, erst jetzt ausgelooften Scheine, haben sich daher, bei dem Eintritte des Zahlungs-Termins, daselbst zu melden, und gegen Zurückgabe der Scheine, und der dazu gehörigen Talons und Coupons, die betreffende Kapitals-Summen, nebst den davon fälligen Zinsen, zu erheben.

Die unerhoben gebliebenen Summen von Kapital und Zinsen werden nach abgelaufenen 6 Wochen, vom Tage der beendigten Zahlungswoche der kgl. Michael-Messe an gerechnet, auf Kosten und Gefahr der Scheins-Inhaber, an das kgl. Ober-Landes-Gericht zu Rammburg ad Depositum abgeliefert werden. Berlin, am 23. April 1823.

Im Auftrage der Königl. Preuss. Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.
Der Königl. Preuss. Regierungs-Chef, Präsident
v. Schönberg.

Der

Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

Daß das Dominium und die Gemeinde Mäblich zu der in No. 14. des diesjährigen Amtsblatts angezeigten Schulverbesserung in Kanferswaldau, Hainauschen Kreises, lobenswerth beigetragen haben, wird hiermit nachträglich bemerkt.

Bei der katheolischen Pfarrkirche zu Hirschfeldau, im Saganischen Kreise, haben die Beuthnerschen Eheleute daselbst eine Stiftung von 200 Rthlr. Courant zu 24jährigen Seelenmessen und 2 solennen Aemtern errichtet.

Historische Nachrichten aus dem Liegnitzschen Regierungs- Departement für den Monat April 1823. Hohes Alter.

Am 3. April starb zu Polkwitz der älteste Bürger und Glasermeister Anton Richter, in einem Alter von beinahe 90 Jahren. Er war gegen 67 Jahre Bürger, 62 Jahr verheirathet, zeugte in seiner Ehe 12 Kinder, und hinterläßt 37 Enkel und 16 Urenkel.

Verdienstliche Handlungen.

Am 31. März rettete der Fleischhauer Johann Gottfried Bürgel zu Mithelsdorf, Landeshutischen Kreises, der jährigen Tochter des Bauer Kabe das selbst, welche in den, vom Thauwetter sehr angeschwollenen, Goldbach gefallen und von der Fluth schon eine Strecke mit fortgerissen worden war, nicht ohne eigene Gefahr, das Leben.

Unglücksfälle und Selbstmorde.

Selbst gemordet haben sich 10 Personen: Wegen Mangel an Aufsicht ertranken zwei Kinder. Neun Personen starben eines unnatürlichen Todes.

Feuersbrünste.

Am 1. April brannte zu Wangten, Liegnitzschen Kreises, eine Scheune nebst einer Gärtnerstelle, am 3. zu Neuschelbe ein unbewohntes Gartenhaus, und am 11. zu Kunzendorf, Ologauschen Kreises, zwei Dreschgärtne stellen ab.

Zu Ober-Geritschewitz, Löwenbergischen Kreises, wurden am 13. April zwei Bauer-Gehöfte, am 15. zu Liebichau, Bunzlauischen Kreises, eine Leerdäuslerstelle und am 21. im Rothenburgischen Kreise die Zoflitzer Muhl- und Brettschneide-Mühle, nebst Stallgebäuden eingeäschert.

In der Nacht vom 23. zum 24. April gingen zwei Bauer-Güter zu Gotschdorf und am 23. die Scheune auf der Pfarr-Wiedemuth zu Ober-Baumgarten, Bolkenschanischen Kreises, in Flammen auf.

Die Art und Weise der Entstehung dieser Brände ist nicht ermittelt.

Liegnitz, den 1. May 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 20.)

Am t s = B l a t t

der:

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 21.

Liegnitz, den 24. May 1823.

Allgemeine Gesefsammlung.

- Das 9te Stück enthält unter Nummer
- 798) Das Statut für die Kaufmannschaft zu Elbe. Vom 22. April 1823.
- 799) Das Statut für die Kaufmannschaft zu Königsberg in Preußen. Vom 25. April 1823.
- 800) Das Befehl wegen Beschränkung des Artikels 14. des in den Rhein Provinzen geltenden Civil-Gesefsbuchs, in Bezug auf die Staaten des deutschen Bundes. Vom 2. May 1823.

Berordnungen von Staats-Beörden.

Die halbjährigen Zinsen der Kurmärkischen Obligationen für die Zeit vom 1. November 1822. bis 1. May d. J., werden gegen Ausgändigung der darüber stehenden Zins-Coupons No. 1. Series I. bei der Staats-Schulden-Einsammlungs-Kasse, Markgrafen Straße No. 46., vom 1. May bis 14. Juny 1823., die Sonn- und Festtage ausgenommen, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, nach folgender Ordnung ausgezahlt, nämlich in den Tagen

- | | |
|---|-------------|
| 1) vom 1. bis 10. May auf alle über Gold-Kapitalien ausgefertigte Obligationen Litt. B. und B. b., bezüglichen auf die Obligationen Litt. | A. G. D. E. |
| 2) vom 11. bis 17. May auf die Obligationen Litt. | F. G. H. I. |
| 3) vom 18. bis 24. May | K. L. M. N. |
| 4) vom 25. bis 31. May | O. P. Q. R. |
| 5) vom 1. bis 7. Juny | S. T. U. V. |
| 6) vom 8. bis 14. Juny | W. X. Y. Z. |
| | und A. A. |

In eben dieser Zeit können auch die in den frühern Zahlungs-Terminen nicht abgehobenen Zinsen für die Zeit vom 1. May 1818. bis 1. November 1822. in Empfang genommen werden. Wer Zinsen von mehreren Obligationen oder von verschiedenen Zahlungs-Terminen zu fordern hat, classifizirt die Coupons

- I. nach der Verfallzeit,
- II. und nach den Münzsorten,
 - 1) abgesondert für Gold und
 - 2) abgesondert für Courant,

verzeichnet sie alsdann in einer genau aufzusummirenden Note und übergiebt dieselbe, bei Aushändigung der Coupons, der Kasse.

Die Zahlung des Goldes erfolgt in Courant, und wird das Agio auch diesmal mit 4 Silbergroschen per Thaler, in soweit es ohne Pfennige geschehen kann, vergünstigt.

Auch ohne Rücksicht auf obige Reihenfolge wird die Kasse, in so fern es die Concurrenz nur immer gestattet, Zahlung leisten, in der Voraussetzung und in dem Vertrauen, daß durch diese Bereitwilligkeit weder unbillige Forderungen, noch ein die Schätze störender Andrang entstehe. Wer bis zum 14. Juny die vorbeschriebenen Zinsen nicht erhebt, muß mit seiner Befriedigung bis zum nächsten Zinszahlungs-Termine warten.

Da die Kassen-Beamten nicht im Stande sind, sich über ihre Amts-Berichtungen mit irgend Jemand in Briefwechsel einzulassen, oder gar mit Uebersendung von Zinsen zu befaßen: so haben sie die Anweisung erhaltem, alle dergleichen an sie gelangenden Anträge, nebst den dabel überkommenden Papieren, ablehnend zurückgehen zu lassen, und eben dies muß geschehen, wenn Besuche dieser Art an die unterzeichnete Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden gerichtet werden sollten. Berlin, den 19. April 1823.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Ratker. v. d. Schulenburg. v. Schöke. Beeliß. Deeg.
Deputirte der Kurmark.
v. Köpcken. v. Bredow.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Liegnitz.

No. 69.
Die Liquidation der
Geld- u. Credit-
der Rückstände für
Soldaten, Familien
aus früheren Jahren
bezugnehmend.

Nachdem das 4te Departement im Königl. Kriegs-Ministerio Uns, unterm 30. April d. J., eröffnet hat, daß in Folge früherer Bekanntmachungen und Bestimmungen auch die Frauen und Kinder der in Kriegsgefangenschaft gerathenen Unteroffiziere und Soldaten bis zu deren Auswechselung, beugleich die Hinterlassenen der vor dem Feinde gebliebenen oder im Lazareth verstorbenen Soldaten, während der Dauer des Feldzuges, sofern die

Mutter sich nicht anderweit an eine Civil-Person verheirathet, auf diejenigen Emolumente Anspruch haben sollen, welche den Familien der im Feld getödteten Truppen überhaupt verheißen sind, so wird die in Unserer Instruction vom 28. Februar d. J. §. 1. lit. b. enthaltene, durch das 11te Stück Unseres diesjährigen Amtsblattes zur öffentlichen Kenntniß gebrachte diesfällige Bestimmung, so weit solche die Ausschließung der Familien der in Gefangenschaft gewesenem Soldaten betrifft, hiermit aufgehoben, und den Magisträten Unserer Verwaltungs-Bezirks hierdurch zur Pflicht gemacht, die Reclamations neuer der gedachten Familien, wegen der Servis- und Brodgelber-Rückstände aus den in der Bekanntmachung der Königl. Ministerien vom 21. October v. J. bezeichneten Perioden, zur Liquidation aufzunehmen, sofern solche durch Verbringung der erforderlichen Bescheinigungen verificirt werden.

Uebrigens besteht es dabei sein Vermenden, daß nur diejenigen Frauen und Kinder auf Servis u. d. Brodgeld Anspruch haben, die in der Garnison geblieben sind, wo deren Männer und Väter in Feldenezessen gestanden.

Königl. den 16. May 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.
I. No. 545. May c.

Daß der von den Tuchmachern zu Greiffenberg, als dormaliger Tuchschaukorporation, in Folge des Gesetzes vom 5. Januar d. J., gefaßte Beschluß:

die daselbst bestehende Tuchschau-Anstalt mit Ausgang des Monats Juny d. J. aufzuheben, und einen neuen Schau-Verein nicht zu bilden, heute von Uns bestätigt worden ist, wird hierdurch zur öffentlichen Kunde gebracht. Königl. den 9. May 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.
II. Abtheil. No. 181. May c.

No. 70.
Wegen Aufhebung
der Tuchschau-Anstalt
zu Greiffenberg.

In Gemäßheit des Gesetzes vom 5. Januar d. J., ist die Tuchschau-Anstalt zu Pölkwitz, zufolge des von Uns bestätigten Beschlusses des den jetzthierigen Tuchschau-Verein daselbst bildenden Tuchmachergewerks, vom 13. März d. J. ab, aufgehoben worden, und es werden die in Pölkwitz gefertigten Tuche nunmehr ohne Beurlaubung in den öffentlichen Verkehr treten. Königl. den 11. May 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.
II. G. 417. May c.

No. 71.
Wegen Aufhebung
der Tuchschau-Anstalt
zu Pölkwitz.

Der

No. 72.
Wegen Aufhebung
der Tuchschauanstalt
zu Hannau.

Der von der Tuchschau-Korporation zu Hannau, in Gemäßheit des Gesetzes vom 5. Januar d. J., gefasste Beschluß:
die dasige Tuchschau-Anstalt sofort aufzuheben, und einen neuen Tuchschau-Verein nicht zu bilden,
ist heute von uns bestätigt worden. Es werden daher von jetzt ab die in Hannau gefertigten Tuche ohne Beglaubigung in den öffentlichen Verkehr eintreten. **Uebersetz., den 12. May 1823.**

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.
II. G. 496. May c.

No. 73.
Wegen Aufhebung
der Tuchschauanstalt
zu Freysadt.

Der von dem Tuchmacher-Gewerk zu Freysadt, als ehemaliger Tuchschau-Corporation, in Gemäßheit des Gesetzes vom 5. Januar d. J. gefasste, und von uns bestätigte Beschluß:

die dort bestehende Tuchschau-Anstalt von jetzt an aufzuheben, und einen neuen Tuchschau-Verein nicht zu bilden,
wird hierdurch zur öffentlichen Kunde gebracht, mit dem Beifügen, daß hiernach die in Freysadt gefertigten Tuche ohne amtliche Beglaubigung in den Verkehr treten werden. **Uebersetz., den 16. May 1823.**

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.
II. G. No. 792. May a.

No. 74.
Wegen der vom
Staats-Dienste aus-
scheidenden Indi-
viduen, welche auf
eindeutigen oder
auswärtigen Univer-
sitäten, Mitglieder
und Theilnehmer ge-
heimer Verbindun-
gen, Burschenscha-
ften und anderer Um-
stände gewesen sind.

Nachstehende, an die unterzeichnete Regierung erlassene, Verfügung des Königl. Ministerii des Innern und der Polizei, welche wörtlich also lautet:

„Die Erfahrung hat bedauerlich bewiesen, daß auf einheimischen, wie auf auswärtigen Universitäten, die geheimen Verbindungen, Burschenschaften und andere Umtriebe unter verschiedenen Formen und Namen fortdauern, und auf die Gesinnungen und Moralität der Studirenden den nachtheiligsten und verderblichsten Einfluß äußern. Wenn gleich zur Ausrottung dieses Uebels nachdrückliche Massregeln genommen worden, so erfordert auch die Würde und die Sicherheit des Königl. Dienstes, daß von demselben diejenigen Individuen ausgeschieden werden, welche, den bestehenden Vorschriften entgegen, an Verbindungen und Umtrieben dieser Art Theil genommen, und dadurch ihre, den Allerhöchsten Vorschriften und der darauf beruhenden bürgerlichen Ordnung ungehorsamlich widerstrebenden Gesinnungen schon frühe betätigt haben. Mit Bezug auf die, von des Königs Majestät, durch die Allerhöchste Cabinets-Ordnung vom 12. April v. J., dem Polizei-Ministerium hieserhalb auferlegten Pflichten, beauftrage ich hiemit die Königl. Regierung, bevor sie Aussektatoren und Referendarien an nimmt, allmählig die akademischen Zugangs-der, zu diesen Stellen sich meldenden Individuen, gedachtem Ministerium einzusenden, damit daselbst, der erwähnten Allerhöchsten Cabinets-Ordnung gemäß, darüber

wachen Können, daß Mitglieder und Theilnehmer jener Verbindungen und Antriebe, vom Staatsdienste ausgeschlossen werden.

Die Königl. Regierung hat, um die zur Akademie abgehenden, und auf derselben sich befindenden jungen Leute vor diesen unauflösl. lichen Folgen ihrer Theilnahme an jenem verderblichen Unwesen zu warnen, diese Verfügung durch das Amtsblatt, und auf sonst geeignete Art, öffentlich bekannt zu machen.

Berlin, den 18. April 1823.

Der Minister des Innern und der Polizei.
(gef.) Schuchmann.

An

die Königl. Regierung zu Regensh.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, und werden die Vorsteher der in dem hiesigen Regierungs-Bezirk befindlichen Gymnasien und anderer höherer Bildungs-Anstalten, von denen junge Leute zu den Universitäten ents. lassen werden, insbesondere aufgefordert, diese jungen Leute, vor den vorber. merkten Folgen ihrer Theilnahme an jenen verbotenen Verbindungen, zu warnen. Regensh., den 15. May 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

I. No. 1. R. May 2.

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

Da es in Gemäßheit einer Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 2. No. vember v. J., bei der von den Dienst-Verörden vorzunehmenden Einleitung summarischer Untersuchungen, wider Zoll- und Steuer-Beamten, in mehre. ren Fällen, der Zuziehung einer Gerichtsperson bedarf; so werden sämtliche Untergerichte in dem Departement des unterzeichneten Königl. Ober-Landes-Gerichtes hiermit angewiesen: auf die an sie ergehenden Requisitionen der Haupt-Zoll- und Steuer-Aemter einen Deputirten abzuordnen, um derglei. chen Untersuchungen beizuwohnen.

Wegen Zuziehung einer Gerichtsperson bei Einleitung sum. marischer Untersu. chungen wider Zoll- u. Steuer-Beamten.

Hierbei wird bemerkt, daß es nicht darauf ankommt, ob der Steuer-Beamte, gegen welchen die Untersuchung geführt wird, dem Jure des requirirten Gerichts unterworfen ist, indem es lediglich der Dienst-Verörde überlassen bleibt, die Führung der Untersuchung am Orte derselben, oder an dem Wohnorte des Angekuldigten anzuordnen, und hiernach das eine oder das andere Gericht wegen Zuordnung einer Gerichtsperson zu requiriren.

Breslau, den 2. May 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Schlesien.

Ber-

Verordnungen auswärtiger Behörden.

Königl. Verordn.
des Herzogthums
Pommern.

Das zum Domainen-Amte Neubamm gehörige, im Küstiner Kreise, des Frankfurter Regierungs Bezirks, 1000 Schritt von der Stadt Neubamm, $\frac{1}{2}$ Meilen von Küstin, $\frac{3}{4}$ Meile von Goldin, 4 Meilen von Kbnigsberg in der Neumark, $\frac{1}{2}$ Meilen von Frankfurt, und 14 Meilen von Berlin belagene Vorwerk Damm, soll, der Anordnung Eines Königl. hohen Finanz-Ministeriums zufolge, noch mit dem Anfange des nächsten Wirtschaftsjahres, auf die 20 Jahre von Trinitatis 1844., im Wege der Subhastation verpachtet werden.

Zu demselben gehören

1) an Gärten 5 M. M. 63 AQ.

an Acker Gerstland 1ster Klasse 255 M. 134 AQ.

desgl. dito 2ter dito 150 , 175 ,

desgl. Haferland . . . 184 , 122 ,

desgl. 3. und 6jähriges Land 93 , — ,

684 , , 71 ,

an Wiesen 213 , , 68 ,

privatw. Hütung 65 , , 105 ,

exclusive des unbrauchbaren Landes an nutz-

baren Grundstücken überhaupt . . . 968 M. 127 AQ.

und es werden damit zugleich

2) die Fischerei in dem See bei Neubamm, und

3) die Verpflichtung der Einsassen des Dorfs Damm, 26 Eddel Garn zu spinnen,

mit überlassen. Das Minimum der jährlichen Pacht für diese gesammten Realitäten ist auf 51 Scheffel Roggen in natura, und einschließl. 78 Rthlr. 1 Sgr. 8 Pf. Zinsen für das Königl. Inventarium, auf überhaupt 1019 Rthlr. 22 Sgr. 5 Pf. incl. 335 Rthlr. Gold in baarem Gelde, für die nächsten 10 Jahre festgesetzt; von Trinitatis 1833 ab, und bis zum Ablauf der Pachtperiode, wido aber diese Pacht um 5 Procent erhöht.

Die vollständige Information, worauf dieses Pachtgeld beruht, kann mit den nachr. Bedingungen in der Finanz-Registrierur der unterzeichneten Königl. Regierung eingesehen werden. — Die Submissions-Anträge werden nur bis zum 5. Junn d. J. angenommen, und müssen dem Justiciarius Unfers Collegii, Reglerungs-Rath Peschke, von den resp. Pachtwerbern, welche demselben zugleich ihre Qualifikation als Landwirthe, und das erforderliche Vermögen durch glaubhafte Bescheinigungen nachzuweisen haben, in Person abgegeben werden. Da die Bedingungen, so wie sie festgesetzt sind, unbedingt angenommen werden müssen, und unter dem angegebenen geringsten Pachtgelde kein Gebot zulässig ist, so dürfen die Submissions-Besuche

blos

blos die deutliche und bestimmte Erklärung enthalten, wie viel der resp. Pächter, vom 1. Mai bis Trinitatis 1833. und von da ab bis Trinitatis 1843. an jährlicher Pacht zu entrichten bereit ist. — An sein Gebot bleibt Jeder bis zur Ertheilung des Zuschlages, der möglichst beschleunigt werden soll, gebunden, der verpachtenden Behörde aber die Wahl des künftigen Pächters unbenommen.

Das pachtelustige Publikum wird eingeladen, die Submissions-Anträge hiernach baldmöglichst einzureichen.

Frankfurt an der Oder, den 11. May 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Als Schul-Inspectoren wurden angestellt: der Piarer Knappe zu Hofenfriedeberg, im Vorkenshainschen Kreise, und der Erzpriester Weber zu Landskron, im Landeshutischen Kreise.

Die Bestätigung erhielten: der bisherige Cantor Laubner zu Seidenberg, als Rector der dasigen Bürgerschule; der Schulamts-Candidat Weiße aus Oppersdorf bei Glettau, als Hülfslehrer bei der evangelischen Schule zu Schlawa; der Schul-Gehülfe Dausel zu Görtschiffen, als evangelischer Schul-Adjutant zu Groß-Hartmannsdorf, Bunzlauer Kreises.

Der jetzige Schullehrer, Substitut Niedergesäß zu Klein-Tschelnau, ward Organist und evangel. Schullehrer zu Quarnitz, Ologauschen Kreises. Der bisherige interimistische Schullehrer Dausel zu Lonnendorf, Hagnauer Kreises, ward bleibender evangelischer Schullehrer.

Der Candidat der Mathematik Giewiese zu Volkow, ward zum Regiments-Vermessungs-Conducteur ernannt.

Der Candidat der Pharmacie Wismann zu Grünberg, erhielt die Approbation als Apotheker in einer großen Stadt der Königl. Lande.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 21.)

Amts = Blatt

der:

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 22.

Liegnitz, den 31. May 1823;

Verordnungen der Königl. Regierung zu Liegnitz.

Die Echauffee von hier bis Parchwitz ist nunmehr auf der ganzen Länge von 2 Meilen vollendet, und wird demnach, vom 1. July d. J. ab, der Echauffee-Zoll No. 75. Die Erhebung des Echauffee-Zolls von der Straße von hier nach Parchwitz, und nach Breslau betr.

- 1) Im Echauffee-Zoll-Hause in Ober-Hayndau, von den von Parchwitz nach Liegnitz Reisenden, auf 2 Meilen gezahlt werden. Die daselbst empfangenen Echauffee-Zoll-Zettel müssen aber bei dem Echauffee-Zoll-Schlage zu Groß-Beckern, ohne weiter Echauffee-Geld daselbst zu entrichten, abgegeben werden.

Kann Jemand der von Parchwitz kommt, einen in Ober-Hayndau erhaltenen Echauffee-Zoll-Zettel am Echauffee-Zoll-Schlage zu Groß-Beckern nicht abgeben, so muß derselbe nochmals den Echauffee-Zoll auf 2 Meilen daselbst entrichten.

- 2) Wird im Echauffee-Zoll-Hause zu Groß-Beckern, von den von Liegnitz nach Parchwitz Reisenden, auf 2 Meilen der Echauffee-Zoll gezahlt werden. Die daselbst empfangenen Echauffee-Zoll-Zettel müssen aber bei dem Echauffee-Zoll-Schlage zu Ober-Hayndau, ohne weiter Echauffee-Geld daselbst zu entrichten, abgegeben werden.

Kann Jemand der von Liegnitz kommt, einen in Groß-Beckern erhaltenen Echauffee-Zoll-Zettel am Echauffee-Zoll-Schlage zu Ober-Hayndau nicht abgeben, so muß derselbe nochmals den Echauffee-Zoll auf 2 Meilen daselbst entrichten.

- 3) Wird von den von Liegnitz nach Breslau unmittelbar über Rohn Reisenden der Echauffee-Zoll zu Groß-Beckern auf eine Meile entrichtet werden.

Dem Publikum wird dieses zur Nachricht und Achtung hiermit bekannt gemacht. Liegnitz, den 22. May 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.

II. No. 41. R. May c.

No. 76.

Wegen Vorlegung der Confirmations-Scheine durch die Grundherrschaften an die Ortsobrigkeit, und durch diese an die Weislichkeit.

Das im 36sten Stück des Königl. Reglerungs-Amtsblatts, Jahrgang 1822, sub No. 125. enthaltene, die Vorlegung der Confirmations-Scheine betreffende Publikandum ist missverstanden worden.

Wenn es nun zwar von selbst einleuchtend ist, daß dieses Publikandum den gutsherrenlichen Rechten nicht zu nahe zu treten beabsichtigt, so wird es doch zur Verrückung aller Missverständnisse, den Gutsherren hierdurch freigestellt, die Confirmations-Scheine von dem bei ihnen anwesenden Haus- und Wirtschafters Besinde unmittelbar an die Weislichkeit abgeben zu lassen.

Königl., den 20. May 1823.

Königl. Preussische Regierung. Erste Abtheilung.
I. No. 23. R. April c.

No. 77.

Betrifft die General-Ausschreibung und Subrepartition der für Rechnung des Jahres 1823. noch nachträglich liquidirten Feuer-, Societäts-, Beihilfs-, Gelder.

Nachdem die Anfertigung der General-Ausschreibung und Subrepartition der für Rechnung des Jahres 1823. nachträglich noch liquidirten Feuer-, Societäts-, Beihilfs-, Gelder erfolgt ist, so werden die Magisträte der Städte Unserer Regierung, Begreifend hiervon in Kenntniß gesetzt, mit der Anforderung: das nach Abgab der nachstehenden Subrepartition von jeder Stadt aufzubringende Contingent, auf die associirten Grundbesitzer, in Verhältniß der assicurirten Summen, zu vertheilen, und sämtliche Beiträge dergestalt einzuziehen, daß solche ohne Feslbar bis Ende July d. J. an die zur Empfangnahme angewiesene hiesige Haupt-, Instiuren, und Comunal-Kasse eingezahlt werden können; wobei Wir die Obsorge für die pünktliche Einhaltung des bestimmten Einzahlungs-Termins, den Magisträten zur besondern Pflicht machen, damit das Reetablisement der durch Brand verunglückten Individuen nicht zur Ungebühr verzögert werde.

Zugleich werden die Magisträte derjenigen Städte, die mit ihren Contingenten aus frühern Ausschreibungen noch im Rückstande sind, hiermit aufgefodert, mit mehrern Nachdruck, als bisher angewandt worden, dahin zu wirken, daß nunmehr auch diese Beitrags-Kasse unverzüglich, und spätestens binnen vier Wochen, eingezahlt werden, indem es den säumigen Restanten einleuchten muß, daß ihre Saumseligkeit in Erfüllung der Societäts-Verpflichtungen, den Beschädigten zum erheblichen Nachtheil gereicht, und daß also, ohne Ungerechtigkeit, kein längerer Aufschub gestattet werden kann.

Königl., den 26. Mai 1823.

Königl. Preussische Regierung. Erste Abtheilung.
I. P. No. 1075. April c.

Gene-

der für Rechnung des Jahres 1823. nachträglich liquidirten Feuer-Societäts-
Beihilfs-Gelder, welche die Städte des Liegnitzschen Regierungs-Departements
aufzubringen haben.

			Feuer-So-	Bringen an
			cietäts-Er-	Feuer-Societäts
			trag der	Beihilfs-Geldern auf
			Städte.	Böcklern auf
Rtblr.	Rtbl.	fg.	pf.	
Die Brand-Bonifications-Gelder für die nachträglich liquidirten Brandschäden betragen nach der General-Repartition de dato Breslau, den 19. März 1823.				
Für das Breslausehe Regierung=Departement . . .	Rtbl.	fg.	pf.	
" " Regnißche . . .	34819	13	6	
und zwar für Goleberg . . .	120	Rtbl.	— fg.	— pf.
" " " Jauer . . .	2042	"	27	" 10 "
" " " Löwenberg . . .	2000	"	—	" — "
" " " Lüben . . .	240	"	20	" — "
Summa . . .	4499	17	10	
Für das Oppelsche Departement . . .	3914	25	—	
Summa . . .	43,233	26	4	
Hierzu tragen bei:				
1. Das Breslausehe Regierung=Departement : :	—	—	—	6,185,355 21,170 25 —
2. " Regnißche : :	—	—	—	3,931,640 13,456 29 —
3. " Oppelsche : :	—	—	—	2,514,380 8606 2 4
Haupt=Summa wie oben . . .		— —	12,631,375	43,233 26 4
Die in der Subrepartition angegebenen Städte des Regnißschen Regierung=Departements haben nach der General=Ausschreibung an Feuer=Societäts=Beihilfs=Geldern beizutragen . . .				13,456 29 —
Hierzu werden mit angelegt:				
an Pensionen der vormaligen Feuer=Vürgermeister . . .				1298 20 —
an Beitrag zu den Kassen=Verwaltungs=Kosten der Haupt=Instituten = und Communal=Kasse à 2 Prozent von der Einnahme, und zwar:				
für die 1ste Ausschreibung . . .	21,623	Rtbl.	— fg.	— pf.
" gegenwärtige 2te Ausschreibung . . .	13,456	"	29	" — "
" die Kriegß beschädigten Städte vom Jahr 1806. . .	36,391	"	5	" — "
Summa . . .	71,471	Rtbl.	4 fg.	— pf.
Latus . . .	16,185	19		

F o r t s e t z u n g .

Rthl. sgr. pf.

An Post=Porto für die nach Breslau abzuführenden Gelder und zu Insgemein	Transport . . .	16,185	19	—
		414	18	9
Summa der von den Stärken des kiegntlichen Regierungs=Departements aufzubringenden Feuer=Sozietäts=Verhülf=Gelder		16,600	7	9
Laut beigefügter Subrepartition.				
Von diesen 16600 Rthlren. 7 sgr. 9 pf. werden demnach gezahlt:				
an Brand=Hülf=Geldern an das hiesige Regierungs=Departement, und zwar:				
nach Goldberg	120 Rthl. — sgr. — pf.			
= Jauer	2042 = 27 = 10 =			
= Schwenberg	2090 = — = — =			
= Lüben	246 = 20 = — =			
Summa . . .		4499	17	10
Ferner an dergleichen an das Breslauische Regierungs=Departement		8957	11	2
an Pensionen der Feuer=Vhrgermeister		1298	20	—
= Beitrag zu den Kassen=Verwaltungs=Kosten		1330	—	—
= Post=Porto und Insgemein		414	18	9
Also überhaupt		16,600	7	9

End=

Subrepartition

über 16,600 Rthlr. 7 Sgr. 9 Pf. Feuer, Societäts, Beihilfs, Gelder, welche die Städte
des Regnitzschen Regierungs-Departements für Rechnung des Jahres 1823. auf die
die Ausschreibung aufzubringen haben.

No.	N a m e n der S t ä d t e.	approbirt	Beitrag	No.	N a m e n der S t ä d t e.	approbirt	Beitrag				
		ter Catastral- Ertrag derselben.	derselben nach dem Divisore à 12 Sgr. 8 pf. pro Rthl. Ertrag.			ter Catastral- Ertrag derselben.	derselben nach dem Divisore à 12 Sgr. 8 pf. pro Rthl. Ertrag.				
		Rthlr.	Rthl. Sgr. pf.			Rthlr.	Rthl. Sgr. pf.				
1	Beuthen . . .	117,480	496	—	9	Transport	2,896,130				
2	Bolfsenhamn . . .	35,510	149	27	10	Lützen . . .	154,440				
3	Bunzlau . . .	125,025	527	26	5	20	Rüben . . .	90,370			
4	Fremstadt . . .	132,720	560	11	1	21	Raumburg a. D.	11,005			
5	Friedeberg a. D.	76,540	323	5	—	22	Raumburg a. D.	50,905			
6	Glogau . . .	405,940	1713	29	1	23	Neufals . . .	64,825			
7	Goldberg . . .	337,390	1424	16	—	24	Neustädtel . . .	49,250			
8	Greiffenberg . . .	116,435	500	1	9	25	Parchwitz . . .	37,965			
9	Grünberg . . .	354,416	1496	11	10	26	Polschwitz . . .	64,320			
10	Hannau . . .	95,330	402	15	1	27	Priebeus . . .	15,170			
11	Hirschberg . . .	361,230	1525	5	9	28	Primsenau . . .	39,660			
12	Hohenfieleberg . . .	9,710	40	29	10	29	Sagan . . .	94,935			
13	Jauer . . .	246,950	1042	20	4	30	Schlawa . . .	25,050			
14	Lohn . . .	40,060	169	4	2	31	Schmiedeberg . . .	197,100			
15	Landsberg . . .	136,475	576	6	9	32	Schömburg . . .	24,170			
16	Liebau . . .	16,715	70	17	2	33	Schödnau . . .	23,975			
17	Liebenthal . . .	27,275	115	4	9	34	Sprottau . . .	77,715			
18	Regnitz . . .	258,935	1093	8	6	35	D. Wartenberg	14,655			
Latus		2,896,130	12228	2	1	Summa		3,931,640	16600	7	9

Regnitz, den 26. May 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

No.

No. 78. Nachweisung der unter dem Verbote der Rückkehr und unter Androhung ausländischen Vagabunden und Verbrecher

No.	Name, Stand und Heimat's, Ort.	Religion.	Personal.						
			Alter.	Grö. ße.	Haare.	Stirn.	Augen. braun. men.	Augen.	Nase.
1	Anna Wotruba aus Rutenberg	katholisch	61	—	schwarz	erhaben	grau	braun	spitzig
2	Johanna Illern aus Lampersdorf	—	47	—	blond	flach	blond	blau	—
3	Carl Sparrenberger aus Deutsch-Ofen	—	45	5	7	braun	—	braun	gewöhnl.

Elegniz, den 17. May 1823.

No. 79.
Das Scheibenschießen auf dem Lande betreffend.

Die Erfassung hat gelehrt, daß durch Scheibenschließen an nicht dazu geeigneten Orten, und von Personen, welche in Behandlung der Schießgewehre noch unerfahren sind, oder sich der Trunkenheit oder Fahrlässigkeit schuldig machen, bereits mancherlei Unheil entstanden ist.

Die gegründete Besorgniß wegen künftiger Unglücksfälle dieser Art, haben Uns daher zu nachstehender Verordnung veranlaßt:

- 1) Mit Ausnahme der militairlichen Schießübungen, und der städtischen Schieß-Vergnügungen von Seiten der genehmigten Schützen-Vereine, darf im hiesigen Reglerungs-Departement künftig von keiner Gesellschaft ein Scheibenschließen oder eine ähnliche Schieß-Lustbarkeit veranstaltet und gehalten werden, wenn nicht zuvor von der Kreis- oder Stadt-Vollzeit-Behörde dazu die nöthige Erlaubniß nachgesucht und ertheilt worden ist.
- 2) Diese Erlaubniß darf nur für Personen gegeben werden, welche mit Feuergewehr umzugehen wissen, und von deren sonstigem Betragen sich die erforderliche Vorsicht erwarten läßt.

Leute, welche das 18te Jahr noch nicht erreicht haben, sollen an solchem Schließen gar nicht Theil nehmen.

- 3) In der polgzeilichen Erlaubniß muß Zeit und Ort, wo das Schließen Statt finden darf, bestimmt werden.
- 4) Ein der Kreis- oder Stadt-Vollzeit-Behörde namhaft gemachter, und von derselben dafür anerkannter, in jeder Hinsicht zuverlässiger Sach-
ver-

**zweijähriger Festungs- oder Zuchthaus-Strafe über die Grenze geschafften
für den Monat April 1823.**

Beschreibung.								Wohn- geschafft? nach	Bemer- kungen.
Mund.	Zähne	Haut.	Kinn.	Gesicht.	Gesichts- farbe.	Statur.	Beson- dere Kenn- zeichen.		
gerodnet.	schlecht.	—	sp. eig.	gewöhnl.	bläß	hagerer	schwer- hörig	Böhmen.	
—	—	—	rund	länglich	gesund	mittler	keine	besgl.	
—	—	röthlich	rund	—	—	schlank	hat einen krummen Finger an d. rechten Hand.	besgl.	

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

verständiger, hat das Laden der Gewehre zu beaufsichtigen, und bei eigener Vertretung darüber zu wachen, daß während des Schießens, Ver-
gnügens Unordnung und Unglück vermieden werde.

- 5) Das Schießen darf nur auf Plätzen gehalten werden, welche die Orts-
Obrigkeit, nach vorgängiger Untersuchung hinsichtlich des Schießplatzes,
des, der Kugelbahn und des Kugelfangs, für hinreichend sicher hält.

Uebertretungen dieser Verordnung sind, auf den Grund abgefasser Res-
solute, von den betreffenden Kreis, oder städtischen Polizei-Behörden, unter
Offenlassung des Rekurses an Uns, mit Zwei bis Fünf Reichs. Pollern.
Strafe zu belegen. **Eleganz, den 26. May 1823.**

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

I. P. No. 226. Novbr. 1822.

Verordnungen auswärtiger Behörden.

Das zum Domainen-Amte Neubamm gehörige, im Küsterner Kreise, **Wegen Verpachtung
des Vorwerk's Damm
am 10. Neubamm.**
des Frankfurter Regierungs-Bestzks, 1000 Schritt von der Stadt Neu-
damm, 2½ Meilen von Küstern, 3½ Meile von Soldau, 4 Meilen von Ro-
nigsberg in der Neumark, 6½ Meilen von Frankfurt, und 14 Meilen von
Berlin belegene Vorwerk Damm, soll, der Anordnung Eines Königl.
Leben Finanz-Ministeriums zufolge, noch mit dem Anfange des nächsten
Wirtschafts-Jahres, auf die 20 Jahre von Trinitatis 1823., im Wege
der Submission verpachtet werden.

3u

Zu demselben gehören

1) an Gärten	5 M. M. 63 M.
an Acker Bersland 1ster Klasse 265 M. 134 M.	
desgl. dito 2ter dito 150 , 175 ,	
desgl. Haferland . . . 184 , 122 ,	
desgl. 3. und 6jährige Land 93 , — ,	

an Wiesen	684 , , 71 ,
privatw. Pflanzung	213 , , 68 ,
	65 , , 105 ,

exclusivo des unbrauchbaren Landes an nutz-
baren Grundstücken überhaupt . . . 968 M. 127 M.

und es werden damit zugleich

- 2) die Fischerel in dem See bei Neubamm, und
- 3) die Verpflanzung der Einsassen des Dorfs Damm, 26 Stück Garn zu spinnen,

mit überlassen. Das Minimum der jährlichen Pacht für diese gesammten Realitäten ist auf 51 Scheffel Roggen in natura, und einschließlich 78 Rthlr. 1 Sgr. 8 Pf. Zinsen für das Königl. Inventarium, auf überhaupt 1019 Rthlr. 22 Sgr. 5 Pf. incl. 335 Rthlr. Gold in baarem Gelde, für die nächsten 10 Jahre festgesetzt; von Trinitatis 1833 ab, und bis zum Ablauf der Pachtperiode, wird aber diese Pacht um 5 Procent erhöhet.

Die vollständige Information, worauf dieses Pachtgeld beruht, kann mit den nähern Bedingungen in der Finanz-Registratur der unterzeichneten Königl. Regierung eingesehen werden. — Die Submissions-Anträge werden nur bis zum 5. Juny d. J. angenommen, und müssen dem Justiciarius Unseres Collegii, Regierungs-Rath Peschke, von den resp. Pachtbewerbern, welche demselben zugleich ihre Qualification als Landwirthe, und das erforderliche Vermögen durch glaubhafte Bescheinigungen nachzuweisen haben, in Person abgegeben werden. Da die Bedingungen, so wie sie festgestellt sind, unbedingt angenommen werden müssen, und unter dem angegebenen geringsten Pachtgelde kein Gebot zulässig ist, so dürfen die Submissions-Gesuche bloß die deutliche und bestimmte Erklärung enthalten, wie viel der resp. Pachtbewerber bis Trinitatis 1833. und von da ab bis Trinitatis 1843. an jährlicher Pacht zu entrichten bereit ist. — An sein Gebot bleibt Jeder bis zur Ertheilung des Zuschlages, der möglichst beschleunigt werden soll, gebunden, der verpachtenden Behörde aber die Wahl des künftigen Pächters unbenommen.

Das pachtlustige Publikum wird eingeladen, die Submissions-Aussage hiernach baldigst einzurichten.

Frankfurt an der Oder, den 11. May 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 23.)

Am t s = B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 24.

Liegnitz, den 14. Juny 1823.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Liegnitz.

Von Selten der Königl. Ministerien der Geistlichen, Unterrichts, und Medizinal-Angelegenheiten, und des Innern und der Polizei, ist mittelst eines Rescripts vom 1. April d. J. bestimmt worden:

No. 23.
Die Entscheidung über Contraventio-
nen gegen medizinal-
polizeiliche Befehle
betreffend.

daß die Entscheidung über Contraventionen gegen medizinal-polizeiliche Befehle, in erster Instanz den Orts-Polizei-Behörden in eben der Art zukomme, wie solches in Absicht der Entscheidung über andere Polizei-Kontraventionen, unterm 1. August v. J., bereits vorgeschrieben worden ist, und daß eine Ausnahme nur in denjenigen Fällen Statt finde, für welche, z. B. für die Revisionen der Apotheken, besondere Anweisungen erteilt sind.

In Bezug auf Unsere Bekanntmachung vom 12. September v. J. (Seite 266. des hiesigen Amtsblattes vom 1822.) bringen Wir diese Bestimmung hier, durch zur Kenntniß der Polizei-Behörden des hiesigen Regierungs-Bezirks, damit dieselben danach sich richten mögen.

Liegnitz, den 31. May 1823.

Königl. Preussische Regierung. Erste Abtheilung.

I. P. No. 57. R. I. pro April c.

Die Tuchmacher zu Rothenburg an der Oder, als die bisherige Schau-
corporation bildend, haben beschlossen:

nicht nur die dortige Tuchschau, vom 1. July d. J. ab, in Gemäß-
heit des Gesetzes vom 5. Januar d. J., aufzuheben, und eine neue
Schauanstalt nicht zu gründen, sondern auch an demselben Tage ihre
Innung selbst aufzulösen, und das reine Innungs-Vermögen, nach
Befriedigung der Gläubiger, unter sich zu theilen.

No. 24.
Wegen Aufhebung
der Tuchschau a. Ro-
thenburg an der O-
der, Innung a. d. d. r.

D d

Ta

Da beide Beschlüsse vollkommen gesegensmäßig sind, so steht Ihrer Resignation nichts entgegen, und werden daher vom 1. July d. J. ab, die Nothenburger Tuche ohne öffentliche Beglaubigung in den Verkehr treten, und die dortigen Tuchfabrikanten ungünstig seyn.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

No. 87.
Wegen Aufhebung
der Tuchschau-An-
stalt in Vollenhain,

Das Tuchmachergewerk zu Vollenhain, welches zur Zeit die Tuchschau-
corporation daselbst bildet, hat in Folge des Gesetzes vom 5. Januar d. J.
beschlossen:

die Tuchschau-Anstalt dieses Ortes mit dem 1. May d. J. aufzuheben
und einen neuen T. schau-Verein nicht zu bilden,
und Wir haben diesen Beschluß bestätigt. Es werden demnach die in Vol-
lenhain gefertigten Tuche nunmehr ohne öffentliche Beglaubigung in den
Verkehr treten. Königl. den 27. May 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

II. G. No. 116. May c.

No. 88.
Wegen Ablauf des
Patents des Optikus
Winckler zu Berlin.

Dem Mechanikus und Optikus S. Winckler zu Berlin war unterm 26.
May 1818. ein, von da an, auf 5 nach einander folgende Jahre, und für die
ganze Monarchie gültiges Patent:

über das ausschließliche Recht, ein selbst erfundenes, Myriomorpho-
scop, genanntes Sechrope, welches durch Umdrehung einen fortgesetz-
ten Wechsel regelmäßiger Figuren darstellt, zu fertigen,
ertheilt worden.

Da nunmehr dieses Patent seine Gültigkeit verloren hat, so wird den-
jenigen, welche von der patentirten gewesenen Methode Gebrauch zu machen
wünschen, diese, wenn sie darauf antragen und ihr Gewerbe angeben, nach
Verständung und gegen Erstattung der Kosten, näher bekannt gemacht werden.

Königl. den 3. Juny 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

II. G. No. 1511. May c.

No. 89.
Wegen Ablauf des
Patents des H. Op-
penheim in Berlin.

Das dem Lackirfabrik-Inhaber Oppenheim zu Berlin, unterm 11. May
1817. auf 6 Jahre für Berlin und alle östliche Provinzen der Monarchie er-
theilte Patent,

zur ausschließlichen Anwendung eines eigenthümlichen Verfahrens bei
Fertigung der lackirten Eschtorbdeckel,
hat nunmehr seine Gültigkeit verloren.

Eselle

Sollte jemand geneigt seyn, von diesem Verfahren Gebrauch zu machen, so mag derselbe unter Anführung seines Gewerbes, sich an Uns wenden, worauf, nach Befinden und gegen Erstattung der Unkosten, ihm das Nöthige mitgetheilt werden soll.

Riegeln, den 3. Juny 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.
II. G. 1512. May c.

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

Den Inquisitoriaten und sämmtlichen Unter-Gerichten im Departement des unterzeichneten Ober-Landes-Gerichts wird auf den Antrag des Königl. Commando's der 6ten Gensdarm-Brigade hierdurch zur Pflicht gemacht: bei Untersuchungen, wegen thätlicher Widersesslichkeit gegen Gensdarmen oder wegen Verhinderung derselben, nach beendigter Untersuchung, dem betreffenden Inspecteur, District der 6ten Gensdarm-Brigade und 4ten Grenz-Section von dem Ausfalle Nachricht zu geben.

Betreffend die Untersuchungen wegen thätlicher Widersesslichkeit gegen Gensdarmen.

Ologau, den 12. May 1823.

Königl. Preuss. Ober-Landesgericht von Nieder-Schlesien und der Lausitz.

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Se. Majestät der König haben geruht, dem Hauptmann von Wilsleben die vacante Oberförster-Stelle des Pantener Forst-Reviere zu verleihen.

Se. Majestät der König haben geruht dem Steuer-Aufsesser Stephan zu Hannau, der am 1. Juny d. J. sein hohes Dienstjahr beschloffen, das allgemeine Ehrenzeichen zweiter Klasse zu verleihen.

Der Seminarist Jäckel ward evangelischer Schul- und Chorgehülfe zu Jünosberg, Löwenbergischen Kreises, der jetzherige Adjutant Wande zu Tiefenfurth, evangelischer Schullehrer zu Mühlhof, Bunslauschen Kreises, und der jetzherige Schul-Adjutant Schubert zu Groß-Hartmannsdorf, evangelischer Schullehrer zu Michelsdorf, Lübenischen Kreises.

Nach dem hohen Finanz-Ministerial-Rescript vom 3. d. M. ist dem hiesigen Ober-Steuer-Inspector im Ologauischen Haupt-Steuer-Amte, Beyer, Steuer-Rath 2te daselbst, die Ober-Steuer-Inspector-Stelle in Dn.

Düren, Regierungs-Bezirk Aachen vom 1. July d. J. ab, übertragen, und dagegen dessen dadurch erledigte Ober-Steuer-Inспекtor-Stelle zu Ologau, dem bisherigen Ober-Zoll-Inспекtor zu Honyerswerda, Regierungs-Assessor Wendt, der diese Stelle bisher kommissarisch verwaltet hat, von gedachtem Termine an conferirt worden.

Vermischte Nachrichten und Aufträge.

**Wahlbedingte
Erhebungen.**

Der in Frankenstein verstorbene ehemalige Pfarrer zu Urnsdorf bei Schmiedeberg, Amand Barsch, hat der katholischen Schule zu Urnsdorf in seinem hinterlassenen Testament ein Vermächtniß von 100 Rthlrn. ausgesetzt.

Der verstorbene Halbbauer, Auszügler Gottfried Butzke zu Ertelebsdorf, Grenzstädtischen Kreises, hat der dasigen Gemeinde, in seinem am 12. Septem. ber v. J. errichteten Testament, 100 Rthlr. zur Anschaffung einer Glocke vermacht, deren hauptsächlichste Bestimmung seyn soll, das Zeichen zum An- fang des Unterrichts zu geben.

Bekanntmachung.

Von Seiten des Königl. Ministerii des Innern ist den Orts-Gerichten in einem Dorfe des hiesigen Regierungs-Bezirks und einem Genßd'armen für die gemeinschaftlich bewirkte Auenmittelung und Ueberführung eines Ver- brechers, der eine Feuersbrunst durch boshafte Feuer-Anlegung verursacht hat, eine Prämie von

Ein hundert Thaler n

verwilligt worden.

Dies bringen Wir, in Bezug auf Unsere Bekanntmachung vom 13. Juli 1822., (Seite 198. des hiesigen Amts-Blatts von 1822.), hierdurch zur öffentlichen Kenntniß. Plegitz, den 27. May 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Da die Anzahl der Handarbeiter und Tagelöhner, welche für dieses Jahr hier beim Festungsbau beschäftigt werden können, schon hinlänglich zusammen ist, und keine weiter gebräucht und angenommen werden können, von allen Seiten aber dennoch eine Menge solcher Leute, selbst aus entfernten Gegenden herbeiströmt; so wird hiermit für die Dauer der Arbeitszeit dieses Jahres wiederholt öffentlich allgemein bekannt gemacht, daß jeder Tagelöhner, der sich zur Erlangung solcher Arbeit hieher auf den Weg begeben, nur eine vergebliche Reise machen würde, und daher wohl thun wird, solche zu unter- lassen, indem niemand mehr angenommen werden kann.

Sto.h., den 3. Juny 1823.

Königlich Festungs-Bau-Commission.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 24.)

Am t s = B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 25.

- Liegnitz, den 21. Juny 1823.

Allgemeine Gesetzsammlung.

- Das rite Stück enthält unter Nummern
802) den Tarif, wonach die Lippe-Schiffahrts-Abgaben zu entrichten sind.
Vom 19. May 1823.;
803) das Regulativ, wegen Erhebung der Schiffahrts-Abgaben auf dem
Lippe-Ström. Vom 19. May 1823.

Verordnungen von Staats-Behörden.

Die fünfte Ziehung der Staats-Schuldscheine, Prämien ~~wird~~, in Folge ~~Veranlassung~~ der Bekanntmachung vom 24. August 1820., am 1. Juny d. J. ihren Anfang nehmen und in derselben Art, wie die früheren Ziehungen vorgenommen werden. Berlin, den 9. Juny 1823.

Königl. Immediat-Commission zur Vertheilung von
Prämien auf Staatsschuldscheine.

(gg.) Kotter. Kanfer. Wollny. Krause.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Liegnitz.

Des Königs Majestät haben auf eine Immediat-Vorstellung der evangell-
schen Gemeinde zu Rawitz, im Großherzogthum Posen, derselben zum Aufbau
ihrer vor mehreren Jahren abgebrannten Kirche eine allgemeine Haus- und
Kirchen-Landes-Collekte, aus Allerhöchstdt eigener Bewegung, unterm 29. April
d. J., zu bewilligen geruhet.

Indem wir dies zur Kenntniß der Departements-Einsassen bringen, ver-
anlassen wir zugleich, in Gemäßheit einer Verfügung der Königl. Minis-

terien

Personen

Nr. 90.
Die Einkommens-
einer evangelischen
Haus- und Kirchen-
Collekte zum Aufbau
der abgebrannten
evangelischen Kirche
zu Rawitz, im Groß-
herzogthum Posen,
betreffend.

sterlen der Geistlichen, Unterrichts, und Medizinal-Angelegenheiten und des Innern, vom 12. v. M., die Herren Superintenden, so wie die Herren Landräthe und Magisträte Unserer Verwaltungs-Bezirks hierdurch, die Einsammlung dieser evangelischen Haus- und Kirchen-Collecte dergestalt zu be-
werthstellen, daß die eingegangenen Gelder mit einem genauen Münzforten-
Verzeichnisse, in der gewöhnlichen Art und zwar binnen längstens 8 Wochen
durch die Herren Landräthe und Superintenden bei der hiesigen Haupt-
Instituten-Kasse eingesendet werden.

Gleichzeitig erwarten Wir, unter Verschluß der angeordneten Nachwei-
sungen nebst Specieallen, die dienstlichen Anzeigen.

Königl., den 7. Juny 1823.

Königl. Preussische Regierung. Erste Abtheilung.
I. No. 287. Juny 1823.

No. 07.

Bezieht den Servis-
Zuschuß für die zur
Dienstleistung bei an-
dern Truppendeilen
commandirte Offi-
ziere.

Das 4te Departement im Königl. Kriegs-Ministerio, hat mittelst Er-
lasses vom 27. v. M. bestimmt, daß nicht nur an diejenigen Landwehr Offi-
ziere, welche Befuß der Erlernung des Dienstes bei Linien-Truppen comman-
dirt werden, sondern auch an alle andere commandirte Offiziere, für die Dauer
des Commandos, in so fern si nicht Natural-Quartier erhalten, der Servis-
Zuschuß, nach Maßgabe des den Offizieren des Commando-Ortes von gleicher
Charge bewilligten Zuschusses, bestimmungsmäßig gezahlt werden kann.

Für den Fall, daß gedachte Offiziere Natural-Quartier erhalten, wird
der Zuschuß den Quartiergebern gewährt. Gehört der Commando-Ort nicht
in die Klasse der Garnison-Städte, für welche Zuschüsse ausgesetzt worden,
so findet selbstredend eine Zuschußzahlung weder an den commandirten Offi-
zier, noch an den Quartiergeber statt.

Den betreffenden Magisträten Unserer Verwaltungs-Bezirks wird diese
Bestimmung für vollkommene Fälle zur Nachachtung bekannt gemacht.

Königl., den 7. Juny 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.
I. M. No. 259. Juny c.

No. 02.

Die Rück-Empfang-
nahme der Staats-
Schuldscheine und
deren Coupons, von
der Kassen-
Haupt-Kasse betr.

Mit Bezug auf die im 14ten Stück des diesjährigen Amtsblatts pag.
106, sub No 42. erlassene Verfügung vom 1. April d. J., wodurch zur Ab-
holung der, Befuß Beschaffung neuer Coupons Series IV. No. 1 — 8. bis
zum 24. Januar d. J. abgegebenen Staats-Schuldscheine ausgesetzt
worden, wird hierdurch anderweit bekannt gemacht: daß nunmehr sämt-
liche für gedachten Zweck an die Königl. Controлле der Staatspapiere abge-
sandten Staats-Schuldscheine, versehen mit den erwähnten Coupons, wieder
eingegangen sind, und selbige daher bei der hiesigen Regierungs-Haupt-Kasse,
g.g.u.

gegen die erforderliche, vorher an dieselbe einzuschickende Empfangs- Bescheinigung, in Empfang genommen werden können.

Elegisch, den 13. Juny 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

II. 502. Juny c.

Durch die von Uns unterm 28. August 1821. Amtsblatt pro 1821. Seite 244. erlassene Verfügung, ist öffentlich bekannt gemacht worden, daß die in Cobau erscheinende sächsische Zeitung „der Sächsische Postillon“ benannt, mit dem gestempelten Stempel, welcher nach dem Stempelgesetze vom 7. März 1822, und zwar nach dem Tarif, mit 1 Rthlr. 10 Sgr. gestempelt werden muß, versehen und gegen die Contravenienten die gesetzliche Stempel-Estrafe festgesetzt werden solle. Dennoch erfahren Wir mit gewisser Ueberzeugung, daß diese Zeitung, „der Sächsische Postillon“ benannt, um er dem veränderten Aubro, Cobausche Nachrichten, wörtlich abgedruckt, und so um die Stempel-Gefälle zu defraudiren, im Lande debittirt werde.

No. 92

Wegen Stempelung der Cobauschen Nachrichten.

Da aber dieses Blatt rein politischen Inhaltes ist, und also seines verdienten Namens ohngeachtet, zu den Zeitungen zu zählen ist, so wird dem Publi- kum, und allen denen, welche sich mit dem Debit dieses Zeitungs-Blatts befas- sen, oder solches zu ihrem eigenen Gebrauche kommen lassen, hiemit nochmals aufgegeben, dieses Zeitungs-Blatt gesetzlich mit 1 Rthlr. 10 Sgr. Stempel jährlich versehen zu lassen, widrigenfalls aber zu gewärtigen, daß sie mit der gesetzlichen Stempel-Estrafe werden belegt werden. Die Herren Landräthe und die Magisträte besonders in der Ober-Lausitz aber weisen Wir hiemit nochmals an: darauf, daß die Stempelung dieses politischen Zeitungs-Blatts erfolge, streng zu halten, und die Einbringer desselben, so wie diejenigen, welche dieses Zeitungs-Blatt debittiren oder solches selbst kommen lassen, ohne solches stempeln zu lassen, sofort zur Untersuchung zu ziehen und die Acten zur Abfassung eines Resoluts anhero einzuschicken.

Elegisch, den 13. Juny 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

II. No. 484. pro Juny 1823,

Zwischen dem Magistrat und der Bürgerschaft zu Lauban ist über die Verwaltung des Gemeinwesens besagter Stadt, unter Zustimmung der Königl. Regierung, ein Statut errichtet worden, welches folgende wesentliche Bestimmungen enthält:

No. 94.

Das wegen der Ver- waltung des Gemein- wesens der Stadt Lauban errichete Statut betr.

- 1) Das Magistrats-Collegium zu Lauban besteht von jetzt an aus neun Mit- gliedern, von denen 4 besoldet, die übrigen unbesoldet sind.

Die

Die besoldeten wählt für jetzt noch der Magistrat auf Lebenszeit, die unbesoldeten hingegen die Repräsentanten der Bürgerschaft auf Sechs Jahr. Die Wahlen werden von der Departements-Behörde bestätigt.

- 2) Die Bürgerschaft wird durch Repräsentanten vertreten, welche die Bürgerschaft aus sich, nach den Grundsätzen der Städte-Ordnung vom 19. November 1808, wählt.

Die Repräsentation besteht aus 12 Repräsentanten mit 6 Stellvertretern. Jeder Repräsentant und jeder Stellvertreter wird auf drei Jahre gewählt.

- 3) Ueber die den Repräsentanten der Bürgerschaft von der letztern ertheilte Vollmacht drückt sich der §. 8. des Statuts wörtlich also aus:

„Sämmtliche gegenwärtige Mitglieder der Stadt-Gemeinde haben auf das Recht der individuellen Vertragung und Willenserklärung in den §. 112. 113. 114. 117. 118. 153. und 154. Tit. 8. in Verbindung mit §. 64. 89. 94. 95. 119. und 131. Tit. 6. Th. II. des Allgem. Landrechts bedachten Fällen ausdrücklich und viritim verzichtet, auch unter zureichender Genehmigung des Magistrats beschlossen:

daß alle auf die Verwaltung des Gemeinwesens Bezug habenden Rechte der Mitglieder der Stadt-Gemeinde, für jetzt und immer, auf die von ihnen gewählten und ferner zu wählenden Repräsentanten und Stellvertreter übertragen, und dergestalt dieselben die Vertreter der Stadt-Gemeinde im vollen Sinne seyn sollen.

In Folge der, durch diesen Beschluß und dessen zu erwartende Bestätigung von Seiten der Landes-, Polizei-, Behörde, statutarisch zu begründenden Orts-Verfassung, sind die Repräsentanten und deren Stellvertreter berechtigt, in allen Angelegenheiten des Gemeinwesens der Stadt, die Stadt-Gemeine zu vertreten, sämmtliche Gemeine Angelegenheiten für sie zu besorgen, in Betreff des gemeinschaftlichen Vermögens, der Rechte und Verbindlichkeiten der Stadt und Stadt-Gemeine, Namens derselben verbindende Erklärungen abzugeben, namentlich die zu den öffentlichen Bedürfnissen der Stadt nöthigen Geldmittel, welche die Benutzung des gemeinen Stadt-Vermögens nicht darbietet, im Namen der Stadt-Gemeine zu bewilligen, dieselben auf die Stadt-Gemeine zu vertheilen, auch überhaupt die gemeinen Kosten und Leistungen zu reguliren, das Stadt-Vermögen zu verpfänden, einzelne Theile desselben zu veräußern, in Zeit- oder Erb-Pacht auszugeben, und alle diese Angelegenheiten zu besorgen, ohne Rücksprache mit der Stadt-Gemeine zu nehmen, oder, ohne daß es sonst der Aufforderung der letztern zur Erklärung, und dieser Erklärung selbst bedarf, es möge nach den allgemeinen bestehenden Gesetzen, bei den Corporationen die Einholung der Zustimmung der Mehrheit oder jedes einzelnen Mitgliedes vorgeschrieben seyn oder nicht. Die Repräsentanten machen alle diese Angelegenheiten nach ihrer Ueberzeugung und ihrem Gewissen ab, und bedürfen dazu weder besondere In-

Instruction oder Vollmacht der Stadt-Gemeine, die sie vielmehr durch ihre Wahl schon erhalten, noch sind sie verpflichtet, der Stadt-Gemeine über ihre Beschlüsse Rechenschaft zu geben. Es soll angetragen werden, daß dieser Beschluß nach §. 20. u. 21. der Einleitung zum Allgem. Landrecht als statutarische Grundlage der Laubanschen Orts-Versaffung öffentlich bekannt gemacht werde, damit es des besondern ausdrücklichen Auerkennnisses seiner verbindlichen Kraft und Gültigkeit bei den künftigen Mitglieder der Laubanschen Stadt-Gemeine nicht bedürfe, vielmehr schon deren Eintritt in die Stadt-Gemeine alle rechtliche Wirkungen eines ausdrücklichen Auerkennnisses, rücksichtlich dieses Beschlusses, involviren."

4) Magistrat und Bürger-Repräsentation sind für die Verwaltung des Gemeine-Vermögens die beiden neben einander stehenden Stadt-Behörden. Keine auf die Verwaltung des Gemeine-Vermögens Bezug habende Massregel kann ohne das gemeinschaftliche Einverständnis beider Stadt-Behörden in Vollziehung gesetzt werden.

Die Bürger-Repräsentation ist die beschließende, der Magistrat die ausführende Behörde. Außerdem controllirt die Repräsentation den Magistrat bei und nach der Ausführung, ersteres durch besondere Deputationen für alle Zweige der städtischen Administration, letzteres durch Prüfung und Rechargirung der Rechnungen.

5) Die nämlichen Bestimmungen über das Verhältniß beider Stadt-Behörden zur Verwaltung des Gemeine-Vermögens, gelten auch von der Verwaltung des Vermögens der milden Stiftungen und Kirchen, wobei jedoch den besondern Einrichtungen gemäß verfahren werden muß.

6) Die obrigkeitlichen Functionen stehen dem Magistrat ohne Concurrentz der Bürger-Repräsentation zu.

Vorstehendes wird, da manche Festsetzungen des Statuts, namentlich aber die den Repräsentanten der Bürgerschaft von der letztern ertheilte Vollmacht, die Privat-Rechte der einzelnen Mitglieder der Stadt-Gemeine abweichend von den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften bestimmen, auf den Grund des §. 117. Tit. 8. Th. II., in Verbindung mit §. 11. der Einleitung zum Allgemeinen Landrecht, hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Königs, den 1. Juni 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

I. No. 945. May c.

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

Die Befolgung der Anweisungen vom 12. Juny 1822. pag. 174. im Königl. Preuss. Regierungs-Amtsblatt dieses Jahres, wegen des in die Augen fallenden Bedarfs an Wasser, wegen des Vermerks auf dem Ht. ren Tadel in Wasserfällen, Inaugural-Sachen.

fallenden Vermerks auf dem Acten-Deckel in Untersuchungs-sachen, die dem unterzeichneten Criminal-Senat von dessen Unter-Behörden eingeschickt werden,

- a) über die Verhaftung des oder welcher von mehreren Inculpanten,
 - b) über deren untersuchte Arbeit, und Züchtigungs-Fähigkeit,
 - c) über ihre Vermögens-Umstände, welches auch bei ungewöhnlichen Todes-fällen wegen des Nachlasses erforderlich ist,
- wird noch häufig vermist, auch ist
- d) ein dergleichen Vermerk, in dem Fall, wenn ein Verbrecher zum Militär gehört, hierüber, in so weit dem Civil-Gericht die Gerichtsbarkeit über sie in Vergehungs-fällen, nach neueren Gesetzen, competirt, mit Bezeichnung des Militär-Standes erforderlich,
- und muß jeder der vorgeachten Vermerke die Folia Actorum, welche darüber die genauern Auskünfte und resp. Atteste enthalten, angeben. In Fällen der Unterlassung dies zu befolgen, haben die Unter-Behörden unausbleibliche Abnung durch Ordnungsstrafen zu gewärtigen.

Glogau, den 28. May 1823.

Criminal-Senat des Königl. Preuß. Ober-Landes-Gerichts von Niederschlesien und der Lausiz.

Die zu erstattende Anzeige von Abhaltung des sogenannten Dreidings.

Sämmtliche Untergerichte, so wie die Standesherrlichen und ehemaligen stiftlichen Gerichte des Departements, werden hierdurch aufgefordert, binnen 14 Tagen Anzeige zu machen, wenn bei ihnen noch jetzt die sogenannten Dreidinge abgehalten werden. Es fragt sich dann, was für Gebühren dabei statt finden, oder aus welchen Gründen die Dreidinge jetzt nicht mehr, wo sie üblich waren, bestehen.

Nach Verlauf dieser Frist wird angenommen werden, daß bei jedem sich nicht meldenden Gericht kein Dreiding üblich ist und üblich war.

Glogau, den 30. May 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gerichte von Niederschlesien und der Lausiz.

Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

Historische Nachrichten aus dem Königl. Preuss. Regierungs-Departement für den Monat May 1823.

Wetter-Schäden.

Am 13. Mal, Nachmittags 3 Uhr, traf das Dorf Groß-Gräbzig, Glogauer Kreises, ein wüthender Orkan mit heftigen Regengüssen und Hagel. Aus einer von Osten über die Höhe bei Hermsdorf und Obisch aufsteigenden Str.

Gewitter wolke entwickelte sich plötzlich dieser furchtbare, in einem schmalen Strich zwischen Hochkirch und Altwasser hinsiehende Orkan. Er hat mehrere hundert Bäume entwurzelt, 2 Scheunen umgeworfen, einen Theil des Daches vom herrschaftlichen Wohnhause zu Groß-Gräblich herabgeworfen, die Fenster an der Wetterseite zerdrückt, Bretthölzer vor sich hin gerollt, und aufgeschichtete Bretter in den anliegenden Fels geworfen. Er ergriff die erst vor 2 Jahren neu erbaute Mühle des Dominik, stürzte sie um und zerschmetterte sie bis auf Welle und Stock. Der Müllergeselle Anton Deckert, beschäftigt mit dem Schärfen der Steine, ward ein Opfer dieses Unfalls. Man fand ihn zerschmettert und leblos unter den Trümmern dieser Mühle. Den 60-jährigen Vater dieses Unglücklichen erleb der Orkan ohngefähr zehn Schritte von der Mühle ab, stürzte ihn zu Boden, und, obgleich verletzt durch das über ihn hinfallende Holz, ward er doch am Leben erhalten. Dies alles trug sich in einem Zeitraum von 5 Minuten zu. In dem folgenden Dorfe Kriebitzsch äußerte sich dieser Orkan nur noch als ein heftiger Sturm.

Am 11. Mai, Nachmittags, zogen sich im Schönauischen Kreise, in Weßen, Gewitterwolken zusammen, die, bei heftigem Sturm, Regen und Schloßen, ihre Richtung nach Nord-Ost und Süd-Ost nahmen, und sich unter starken Schlägen entluden. Ein Strahl fuhr auf das Dorf Conrads waldau, zündete und äscherte eine Särtnerey und eine Häuslerey Stelle ein.

Ein anderer Strahl des zweiten Gewitterzuges fuhr in die Wohnung eines Freyhäuslers zu Mittel-Kauffung, betäubte die in der Stube befindlichen Personen, ohne jedoch zu zünden und weiteren Schaden, als einige Zersplitterung des Holzwerts, wo der Blitz hereln, und herausgefahren war, anzurichten. Bemerkenswerth hierbei ist, daß der Vater und die Tochter dieser Freyhäusler-Familie von der Bank, worauf sie saßen, geschleudert, und letztere die Haupthaare verbrannt worden sind, ungeachtet die auf dem Kopfe gehabte seidene Kappe, bei näherer Besichtigung, keine Spur des Brandes, sondern sich nur eine unregelmäßige Oeffnung in dem Ueberzuge und der Zwischenlage von Papler zeigte, wogegen am Untersfutter der Kappe gar keine Verletzung aufzufinden war.

Am 20. verwüstete ein von West nach Süd gezogenes, mit Hagel beglitztes Gewitter die Felder mehrerer Ortschaften des Freystädtischen Kreises; auch zündete der Blitz, wie weiter unten bemerkt werden wird, zu Rengersdorf.

Ein gleiches Unglück traf an selbigen Tage, in einem schmalen Striche, den Bunzlauer Kreis, und hiesige Stadt mit Umgehung, begleitet von einem furchtbaren Hagelwetter. Die Schloßen lagen mehrere Zoll hoch, und haben einzeln theilweise 2 bis 3 Loth gewogen.

Am 22. wurde der Goldberg, Hannauische Kreis, in 17 Ortschaften, von einem heftigen Hagelwetter betroffen, das großen Schaden an der Sommer-Saat angerichtet hat.

In Wügendorf schlug der Blitz am 11. Mai d. J. in eine Dache beim Brauhause, auf welchem sich ein Wetter-Ableiter befindet, stehende hohe Pappel, ohne weiteren Schaden anzurichten.

Verdienstliche Handlungen.

Der Commerzien-Rath Schbauer zu Schmiedeburg, hat sich um die vor-
rige Commune, durch die auf eigene Kosten erfolgte Instandsetzung des
Straßen-Pflasters und die Straßen-Beleuchtung, längs seiner Besitzun-
gen, verdient gemacht.

Die verehelichte Riemann, geborne v. Bornstädt in Hirschberg, hat dem
Hospital-Fonds zu Zauer, aus Dankbarkeit, wegen einer aus demselben einer
ihrer Verwandtin geleisteten Unterstützung, einen Pfandbrief über 30 Rthlr.
geschenkt.

Der Gärtner Gottfried Popig zu Nieder-Leschwitz, Görlischen Krei-
ses, rettete ein 4jähriges Mädchen aus dem Meißner-Fluß, ohne welche Hilfe
sie in demselben ihren Tod gefunden haben würde.

Unglücksfälle und Selbstmorde.

Selbst gemordet haben sich 10 Personen. Wegen Mangel an Aufsicht
ertranken abermals 8 Kinder. Unseßbar werden sich die Polizei-Behörden
dadurch aufgerufen finden, vorzusehen, was sich mit Nutzen thun läßt, zur
Verhinderung solcher Unglücksfälle. Drei Personen starben eines unnatür-
lichen Todes.

Feuersbrünste.

Am 4. Mai brannten zu Röchlitz, Goldberg, Hannauischen Kreises, die
Gebäude eines Bauer-Guts, und zu Groß-Seltern, Saganischen Kreises,
außer den Gebäuden eines Bauer-Guts, auch die einer Häusler-Stelle ab.

Der Blitz zündete am 10. May zu Merzdorf, Stargarder Kreises, wo
eine Ferkelschneer-Stelle; am 11. zu Conradswaldau, Schönauer Kreises,
wo eine Häusler-Stelle; am 13. zu Ober-Groß-Hartmannsdorf, Bunzlau-
schen Kreises, wo ein Bauer-Gehöfte, und am 21. zu Mengersdorf, Frey-
städter Kreises, wo eine Gärtner-Stelle und ein Ausgebügeltes Haus ein-
geschert wurden.

Zu Liebenau, Hagenauer Kreises, gingen am 12. May auf dem soge-
nannten Stelzenberge 2 Scheunen mit 38 Schock Stroh; zu Pfaffendorf,
desselben Kreises, am 23. ein Bauer-Gehöfte, 3 Großgärtner, und eine
Häusler-Stelle, und zu Hähnichen, Rostenburgischen Kreises, am 16. die
herrschaftliche Brauerei in Flammen auf.

Hegnitz, den 2. Juni 1823.

Königl. Preussische Regierung.

Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 26.

Liegnitz, den 28. Juny 1823.

Verordnungen von Staats-Behörden.

Wie dem 1. künftigen Monats werden die den 1. July d. J. fälligen, so wie auch ältere noch nicht abgehobene Zinsen von Staats-Schuldscheinen, gegen Auszahlung der darüber sprechenden Zins-Coupons ausbezahlt.

Die Auszahlung der Zinsen von Staats-Schuldscheinen betreffend.

Es findet dabei nachstehende Ordnung statt:

1. In Berlin erfolgt die Zahlung bei der Staats-Schulden Tilgungs-Kasse im Seehandlungsgebäude, Jägerstraße No. 21, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, und zwar auf die Staats-Schuldscheine:

No. 90,000 und darüber vom 1. bis 5. July	
60,000 bis 90,000	7. 12.
30,000 60,000	14. 16.
1 30,000	21. 26.

Auch ohne Rücksicht auf diese Reihenfolge wird die Kasse in der Voraussehung und in dem Vertrauen Zahlung leisten, daß durch diese, blos zum Besten des Publicums getroffene Einrichtung, weder ein, die Geschäfte störend, der Andrang, noch überhaupt unbillige Anforderungen veranlaßt werden, um so mehr, als auch nach Ablauf der eben bezeichneten Zahlungsstermine mit der Zins-Zahlung ohne sie zu schließen fortgefahren wird.

Wer Zinsen von mehreren Staats-Schuldscheinen zu fordern hat, ordnet dieselben sowohl nach der Verfallzeit, als nach den Apoints, und übergiebt sie der Staats-Schulden-Tilgungs-Kasse zur Auszahlung mit einem für die Geschäftsführung nöthigen, genau aufzurechnenden Verzeichnisse derselben.

Da die Kassenbeamten über ihre Amtsverrichtungen sich mit irgend jemand in Briefwechsel einzulassen oder gar mit Uebersendung von Zinsen zu befragen außer Stande sind, so haben sie die Anweisung erhalten: alle solche Anträge unter Zurücksendung der Coupons abzulehnen, und in eben dieser Art muß verfügt werden, wenn an die Kasse (im Allgemeinen) oder an die unterzeichnete Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden, Besuche dieser Art gerich-

tet werden sollten. Dagegen ist der Agent A. Bloch, Markgrafen-Straße No. 45., erbdilig, für Auswärtige, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, die Coupons zu realisiren, wenn sie ihn damit beauftragen wollen.

II. In den Provinzen werden fällige Zins-Coupons bei den betreffenden Regierungs-Haupt-Kassen, so wie bei allen Spezial-Kassen derselben, jedoch nur in den Monaten July und August 1823. baar eingelöstet, übrigens aber zu jeder Zeit auf landesherrliche Abgaben und Befälle aller Art, auf Domänen-Veräußerungs-Geldern und davon zu entrichtende Zinsen statt baaren Geldes in Zahlung angenommen.

III. Auf Zins-Coupons, welche mit einem (rothen) Stempel versehen sind, werden die Zinsen ausschließlich in Leipzig, bei dem dortigen Handlungshause Reichenbach & Comp. ausgezahlt und zwar sofort nach der Verfallszeit oder an jedem andern, spätern, beliebigen Tage. Wer aber Zinsen auf nicht gestempelte fällige Zins-Coupons in Leipzig zu erheben wünscht, erhält sie bei gedachtem Handlungshause in den Tagen vom 1. bis letzten August 1823. Berlin, den 3. Juny 1823.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Kotzer. v. d. Schulenburg. v. Schüge. Beerli. Dech.

Die Auszahlung der Zinsen von alten Handbillschen und Schuld-Kassen Obligationen betreffend.

Dienstag den 1. July 1823. und folgende Tage bis zum 25. July werden täglich, die Sonntage ausgenommen, in den gewöhnlichen Vormittags-Stunden, die den 1. July 1823. fälligen halbjährigen, so wie die etwa nicht abgehobenen ältern Zinsen von alten landesherrlichen Obligationen von der im Hause, Markgrafen-Straße No. 46., damit beauftragten Abtheilung der Staats-Schulden-Einkassations-Kasse, gegen eine auf letztere auszustellende Quittung, ausgezahlt. In der Quittung wird:

- 1) die darauf zu ergebende Summe, nicht allein mit Zahlen, sondern auch mit Buchstaben, ausgedrückt und außerdem bemerkt;
- 2) auf welchen Zeitraum die zu zahlenden Zinsen fallen;
- 3) wie hoch sich das Kapital beläuft, von welchem sie aufkommen;
- 4) in welcher Münzsorte dasselbe verschrieben ist;
- 5) so wie endlich, welches Volumen und Pagina des Haupt-Buches es ist, auf welchen die Obligationen eingetragen stehen.

Zur Beförderung der Ordnung und zur Erleichterung des Zahlungsgeschäfts selbst kann Jeder, welcher Zinsen zu erheben hat, schon jetzt bei der oben erwähnten Kasse unentgeltlich gedruckte Quittungs-Formulare erhalten, welche nach Verschiedenheit der Fälle auszufüllen und von demjenigen zu unterschreiben sind, welcher die Zinsen zu erheben berechtigt ist.

Wer Zinsen von mehreren Kapitalen, oder für mehrere Zins-Zahlungs-Termine zu empfangen hat, kann darüber nicht in einer Quittung zusammen quittiren, sondern muß so viel besondere Quittungen ausstellen,

als

als besondere Zahlungs-Termine beistehen und besondere Obligationen über seine Forderung ausgestellt sind.

Denjenigen Quittungen, welche hiernach über eine Summe von 50 Rthl. oder mehr auszustellen sind, müssen die vorschristsmäßigen Stempelbogen beigefügt seyn.

Die Zahlung wird den 25. July 1823. geschlossen. Wer also bis dahin seine Zinsen nicht erhoben hat, kann solche nicht eher als im Januar 1824. erhalten.

Uebrigens werden in der oben bezeichneten Frist auch die Zinsen von Städten, Kassen, Obligationen in soweit sie fällig sind, jedoch nicht in demselben Locale, sondern im Seehandlungs-Gebäude, Jägerstraße No. 21., bei der Staats-Schulden-Elligungs-Kasse, gegen die gewöhnliche, auf diese zu richtende Quittung ausgezahlt.

Da die Kassen-Beamten außer Stande sind, sich über ihre Amtsverrichtung mit lebend Jemand in Briefwechsel einzulassen, oder gar mit Absendung von Zinsen zu befaßen, so haben sie die Anweisung erhalten: alle dergleichen an sie gerichtete Anträge von der Hand zu weisen. Dagen ist der Agent A. Bloch, Maragrasen-Straße No. 45. erbdilig, für Auswärtige, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, die Zinsen zu erheben, wenn sie ihm dazu den Auftrag erteilen, und mit dem was dazu erforderlich ist, versehen wollen.

Berlin, den 1. Juny 1823.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Korfer. von der Schulenburg. von Schüge. Beilg. Dech.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Biegnitz.

Wir bringen hiermit, im höhern Auftrage, zur Kenntniß des Publikums: daß das Karas, und Konatsche Geheim-Mittel „gegen den tollen Hundsbiß,“ welches mehrere öffentliche Blätter, namentlich der All-gemeine Anzeiger der Deutschen, die Breslauer und Posener Zeitung, als untrüglich geschildert und empfohlen haben, nach den darüber gepflogenen und geschlossenen Verhandlungen, eben so unzuverlässig, wie alle bisher bekannt gewordenen Mittel gegen dieses Uebel, erklärt worden. Es ist daher den Verfertignern dieses Mittels, die Bereitung und der Verkauf, oder die sonstige Verabreichung desselben, untersagt worden.

Die Postzel, und Sanitäts-Beamten des hiesigen Regierungs-Departements haben mithin darüber zu wachen, daß in Unserem Verwaltungs-Bezirk, in keiner Art ein Absatz dieses sehr unrecht gepriesenen Mittels Statt finde,

No. 95.
Verbot des Karas-
und Konatschen Ge-
heimmittels gegen
den tollen Hundsbiß.

finde, und wenn es der Fall seyn sollte, die Vorräthe in Beschlag zu nehmen, und uns davon Anzeige zu machen.

Liegniß, den 24. Juny 1823.

Königl. Preussische Regierung. Erste Abtheilung.
I. No. 47. Rescr. Juny 1823.

No. 96.

Betrifft die, einigen außerhald der Staaten des deutschen Bundes erschienenen Schriften, ertheilte Debits-Erlaubniß.

Nachstehendes

„V e r z e i c h n i ß,

derjenigen außerhald der Staaten des deutschen Bundes in deutscher Sprache erschienenen Schriften, welchen seit dem 12. Februar d. J.

Debles-Erlaubniß ertheilt worden ist:

- 1) Ismar, poetisches und prosaisches Allen. Basel, bei Schweig, Häuser. 1823.
- 2) Schweizerische Zaftebücher, 1823. 18. Heft. Aarau, bei Sauerländer.
- 3) Münch, Heereszüge wider die Osmanen. 2ter Theil. Basel, bei Schweighäuser. 1823.
- 4) Schocke, Valersche Geschichten. 4 Bände. Aarau, bei Sauerländer. 1822.

Breslau, den 18. Juny 1823.

Königl. Ober-Präsidentium von Schlesien.

Im Allerhöchsten Auftrage

(gek.) Richter."

wird hierdurch zur Kenntniß des Publikums gebracht.

Liegniß, den 18. Juny 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.
I. No. 777. Juny c.

No. 97.

Druckfehler-Beichtigung.

Mit Bezugung auf die im 25. Stück des diesjährigen Amtsblatts unter No. 94. abgedruckte, das wegen der Verwaltung des Gemeln, Wesers der Stadt Lauban ertheilte Statut betreffende Bekanntmachung, wird hierdurch bemerkt: daß Seite 187., Zeile 4., in der Bezeichnung der Paragraphen des Allgemeinen Landrechts ein Schreib- und resp Druckfehler eingeschlichen ist, indem nicht §. 20. u. 21. der Einleitung §. Allg Landr., sondern §. 10. und 11. angezogen werden sollen.

Liegniß, den 24. Juny 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

Erhöhtes Stempel in Gerichtsmandaten, Prozeßten betreffend.

Nach der Vorschrift des Stempel-Tarifs vom 27. März 1822. bei Erbschaften sub Lit. E., sollen Estrafen und W-findungen, auf welche in Egscheldungs-Prozeßten zu Gunsten eines der beiden geschiedenen Theile erkannt wird,

wird, gleich einem Erbanfalle an den überlebenden Ehegatten, besteuert werden, wobei, nach §. 783. und 784. Tit. 1. Th. II. des Allgem. Landrechts, der Tag der Rechtskraft der Entscheidung, als der Todesrag zu betrachten ist.

Sämmtliche Gerichte in dem Departement des unterzeichneten Königl. Ober-Landes-Gerichts werden daher hiermit angewiesen: diejenigen Ehescheidungs-Prozesse, in welchen auf eine Strafe oder Abfindung rechtskräftig erkannt ist, in die Erbschafts-Stempel-Tabelle aufzunehmen, für die Entrichtung der Stempel-Abgabe zu sorgen, und solches in der Tabelle gehörig nachzuweisen.

Da ferner der obengedachte Stempel-Tarif bei Erbschaften sub Litt. A. und C. zwischen Descendenten, welche aus gültigen Ehen abstammen, oder nachgehends durch solche Ehen legitimirt sind, und zwischen natürlichen oder adoptirten Kindern einen Unterschied macht; so wird den sämmtlichen Gerichten des hiesigen Departements hiermit aufgegeben, in den Erbschafts-Stempel-Tabellen bei den Erbschaften, welche Descendenten zufallen, jedesmal zu bemerken, ob die Erben ehebliche oder natürliche Nachkommen des Erblassers sind. Breslau, den 30. Mai 1823.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Schlessen.

Verordnungen fremder Behörden.

Da nach der Allerhöchsten Kabinets-Ordre vom 17. Februar d. J. die, die neuere Kriegsschuld der Provinz Altmärk betreffenden Papiere, einem Verifications-Verfahren unterworfen, und demnächst, nach Befinden, in Staatsschuldscheine umgeschrieben werden sollen, und das unterzeichnete Ober-Präsidium mit dieser Verification beauftragt worden ist, so fordert dasselbe die Inhaber dieser Papiere (Schuld-Verschreibungen, Interims-Scheine, Kassen-Ausstellungen, Bordereaux u. s. w.) hierdurch auf, selbige mittelst zweier von ihnen unterschriebener Nachweisungen, welche folgende Rubriken enthalten müssen:

Bekanntmachung.

- 1) Name, Stand und Wohnort des Inhabers,
- 2) Fortlaufende Nummer,
- 3) Bezeichnung der eingereichten Documente,
- 4) Betrag derselben (Rthlr. Sgr.),
- 5) Münzsorte,
- 6) Zinssuß,
- 7) Betrag der Zins-Rückstände vom 1. Januar 1814. bis zum 31. December 1821. (welche Kapitalisirung werden),
- 8) Betrag der ältern Zins-Rückstände (worüber noch Bestimmungen ergehen)

gehen werden, wenn das Westphälische Central-Schuldenwesen regulirt wird),

9) Beslagen,

a) Art derselben,

b) Stückzahl,

10) Raum zum Verifications-Attest,

nebst den gesetzlichen Beweiss- Urkunden über die durch Erbgang oder Cession etwa in andere Hände gekommene, auf einen bestimmten Inhaber lautende Papiere, alle Tage in der Woche, mit Ausnahme des Sonntags und Donnerstags, in den Vormittagsstunden von 10 bis 12 Uhr, an die geordnete Verifications-Commission, von welcher, auf Erfordern, auch die nöthigen Formulare zu den Nachweisungen zu erhalten sind, in dem Locale des unterzeichneten Ober-Präsident, und zwar an den Regierung-Rath Schulz entgegen selbst, oder durch einen mit gerichtlicher Vollmacht zugleich zum Empfang der dagegen zu erwartenden Papiere und Gelder versehenen Beauftragten einzureichen, und zwar ohne Unterschied, ob solches früher schon anderswo geschehen, oder nicht.

Die Einreichung der vorbenannten Papiere ist aber so viel als möglich zu beschleunigen, weil bald ein Abschluß des ganzen Geschäftes erfolgen wird.

Uebrigens ist nur von Verification derjenigen Schulden die Rede, welche die Altmark, unabhängig von der Mark Brandenburg, für sich contrahirt hat, und sind Zinsen davon nur in dem Fall liquidationsfähig, wenn das Documentum ex quo das ausdrückliche Versprechen der Verzinsung enthält, andernfalls selbige erst von der bevorstehenden Festsetzung der Schuld zur Umschreibung in Staats-Schuldscheine eintritt.

Magdeburg, den 10. Juny 1823.

Königl. Ober-Präsidentum der Provinz Sachsen.

(gez.) von Mos.

Benachrichtigung:

Da mit dem nächsten Monat July die Lehrzeit von zwei Jahren in dem kgl. Seminarium für evangelische Schullehrer zu Ende geht, so können sich diejenigen, welche in dieser Anstalt zu Schulmeistern sich vorbereiten wollen, den 31. July, d. J. früh um 6 Uhr dieselbst im Seminar zur vorläufigen Prüfung melden. Ein jeder hat sein Taufzeugniß und ein Zeugniß über sein bisheriges sittliches Verhalten, von dem Geistlichen der Pfarche, worin er sich aufgehalten, mitzubringen, die Aufnahme ins Seminar aber nur dann zu hoffen, wenn er das 17te Jahr völlig erreicht hat, und recht gut vorbereitet gefunden wird. Breslau, den 9. Juny 1823.

Königl. Seminarium für Schullehrer evangelischer Confession.

Ver-

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Nachdem der zeitliche Königl. Superintendent des Hirschberg'schen Sprengels, Herr Dr. L e i s c h, durch seine Altersschwäche veranlaßt worden, die Superintendentur-Geschäfte niederzulegen, so sind solche dem von des Königs Majestät allergnädigst zum Superintendenten des gedachten Sprengels ernannten Herrn Archidiaconus Nagel in Hirschberg übergeben worden.

Indem wir so'ches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringen, wollen wir zugleich dem Herrn Dr. L e i s c h über seine vielfältige Führung dieser Geschäfte unsere Zufriedenheit bezeugen, und die sämmtlichen Herren Geistlichen und Schullehrer des Sprengels hierdurch anweisen, sich in allem, was sich auf die Superintendentur-Verwaltung bezieht, an den nunmehrigen Königl. Superintendenten Herrn Nagel zu wenden.

Breslau, den 29. May 1823.

Königliches Consistorium für Schlesien.

Der bisherige Bürgermeister über zu Striegau, ist von Seiten der Stadtverordneten-Versammlung zu Jawer, zum Bürgermeister dieser Stadt auf 12 Jahr gewählt worden. Der Kaufmann Effner zu Grünberg ward zum unbesoldeten Rathsherrn daselbst erwählt. Eben so wurden der bisherige unbesoldete Rathmann Müller, und der Maler Gärtner von der Stadtverordneten-Versammlung zu Landeshut zu unbesoldeten Rathmännern erwählt.

Der gewesene Schullehrer Jang zu Rohnstod, ward evangelischer Schullehrer zu Modritz, Kreisstadt des Kreises, und der Seminarist Lange aus Peterswalbau, evangelischer Cantor und Schullehrer zu Rottwitz, Saugonschen Kreises.

Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

Die Bestellungen auf die Allgemeine Preuss. Staats-Zeitung werden, wie bisher, hier bei dem Königl. Wohlbl. Postämtern gemacht, und wird wiederholentlich bemerkt, daß der Preis der Staats-Zeitung, durch das ganze Reich, auf einen Thaler Silber und einen halben Silber-Groschen vierteljährlich bestimmt ist. Berlin, den 12. Juny 1823.

Heun,

Königl. Geh. Hofrath und Redacteur der Allgem. Preuss. Staats-Zeitung.

Die

**Wohltätigkeits-
Anzeigen.**

Die zu Hagnau verstorbene Maria Rosina Preuß geborne Fleischer, hat in ihrem Testament der dazigen Stadt- und Pfarrkirche ein Vermächtniß von 100 Rthlr.; die zu Lentschel verstorbene Bauer-Witwe Maria Rosina Döberich geborne Ermisch, der dortigen evangelischen Schule ein Vermächtniß von 50 Rthlrn. zum Ankauf von Büchern für arme Kinder, und der zu Gerspelsdorf verstorbene Häusler Joseph Winkler, der Schule daselbst ein Legat von 50 Rthlrn. ausgesetzt.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 26.)

Amts = Blatt

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 27.

Liegnitz, den 5. July 1823.

Verordnungen von Staats-Behörden.

Dem Publikum ist aus der Anzeige des Magistrats der Haupt- und Residenzstadt Königsberg, vom 27. Januar d. J. (Beilage zu No. 17. der Königsberger Hartung'schen Zeitung vom 8. Februar d. J.) bereits bekannt, daß die Scheine und Coupons über die aus dem Zeitraume vom 1. Januar 1808. bis Ende December 1820. noch rückständigen Zinsen von Königsberger Magistrats, sogenannten von Benningfenschen und Stadt-Obligationen, auf den Grund der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 17. December 1821. und 11. July d. J. in 15 Jahren, folglich in dem Zeitraum vom 1. Januar 1822. bis Ende December 1836., jährlich mit ¹³ Theil von dem Hauptbetrage ihres gesammten Rückstandes, an der Börse aufgekauft und so nach und nach eingelöst werden sollen. Dabey soll es nun zwar sein Bewenden befallen; auf die mehrfachen Vorstellungen der Inhaber solcher Scheine und Coupons sind wir jedoch autorisirt worden, solche auch gegen Staats-Schuldscheine zum Nennwerth ins Zinsen vom 1. July d. J. ab, unter folgenden Bedingungen einzulösen:

Verkaufsmagazin.

1. Der Umtausch wird nur auf runde Summen von wenigstens 100 Rthlr. und von vollen 100 bis zu vollen 100 Rthlr. steigend, auch nur auf den Zeitraum vom 1. July bis Ende September d. J. beschränkt, und kann vom 1. October d. J. ab weiter nicht statt finden.

2. Wer daher hiervon Gebrauch machen will, muß sich deshalb in dem Monate July, August und September d. J. bei der Staats-Schulden-Einzugs-Kasse durch Uebergabe zweifacher, richtig ausgerechneter und nur mit runden Summen, welche sich genau durch 100 theilen lassen, schließenden Verzeichnisse der umzutauschenden Zins-Scheine und Zins-Coupons melden, auch diese Zins-Scheine und Coupons ten gedachten Verzeichnissen beifügen.

3. Die Verzeichnisse müssen folgende Rubriken:

- a. der Bergschuß über die Zins-Scheine,
 - 1) eine für die ununterbrochen fortlaufende Ordnungszahl der Scheine,
 - 2) eine für die Nummern der Zins-Scheine, nach der natürlichen aufsteigenden Reihenfolge, und
 - 3) eine für den Zins-Betrag in Reichsthalern und Silbergroschen,
- b. das Bergschuß über die Zins-Coupons,
 - 1) eine für die, in natürlicher aufsteigender Reihenfolge fortlaufende Ordnungszahl der Coupons,
 - 2) eine für die Nummern der Obligationen, nach der natürlichen aufsteigenden Reihenfolge, und
 - 3) eine für den Zins-Betrag nach Reichsthalern und Silbergroschen und nachdem die schriftliche Erklärung des Ausstellers enthalten, ob derselbe die Staats-Schuldscheine hier in Berlin oder in Königsberg in Preußen zu erhalten wünscht.

4. Die Staatsschulden-Lösungs-Kasse wird über den Empfang der ihr folchergeſtalt eingehändigten Zins-Scheine und Zins-Coupons, dem Ueberbringer derselben sofort einen, au porteur lautenden Interims-Schein ausstellen, und gegen Zurückgabe desselben, ohne sich auf eine Prüfung über den Besitz einzulassen, an dessen Inhaber die Staats-Schuldscheine in Berlin bei ihr selbst im November d. J. ausreichen und in Königsberg durch die dortige Regieruugs-Haupt-Kasse im December d. J. verabsolgen lassen.

5) Wer sich zum Umtausch der Zins-Scheine und Coupons vom 1. July bis Ende September d. J. nicht bei der Staatsschulden-Lösungs-Kasse meldet, von dem wird angenommen, daß er dieser Art seiner Befriedigung entsagt, und dieselbe der früheren allgemeinen Bestimmung gemäß, an der Börse suchen will. Es versteht sich aber von selbst, daß dieser, erst mit Ende December 1836. schließende, Ankauf an der Börse, nur dann wieder beginnen kann, wenn die jetzt auf die Einlösung der Zins-Scheine und Zins-Coupons gegen Staats-Schuldscheine verwendeten Summen, durch die jährl. fällig werdenden Mittel, gedeckt seyn werden.

Endlich wird

6. noch bemerkt, daß sich weder die unterzeichnete Haupt-Verwaltung der Staatsschulden, noch die Staatsschulden-Lösungs-Kasse auf Briefwechsel über diesen Gegenstand mit einzelnen Interessenten, noch weniger aber auf Uebersendung der Staats-Schuldscheine an dieselben, einzulassen können, alle dergleichen etwa eingehende Gesuche also unbeantwortet bleiben werden.
Berlin, den 14. Juny 1823.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.
Kaiser. von der Schulenburg. von Schöge. Beilg.

Vet der Kontrolle der Staats-Papiere zeichnet nach dem Ableben des Controlleur Krütschelt an dessen Stelle der Hofrath und erste Controlleur Richter, im Falle derselbe aber verhindert ist, der zweite Controlleur, Gehelme Calsusator Fischer. Berlin, den 14. Juny 1823.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.
Rothke. v. d. Schulenburg. v. Schüpe. Veeltz.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Regniß.

Mit dem gestrigen Tage ist der Termin abgelaufen, bis zu welchem, nach §. 2. des Publikandi vom 29. December v. J. Amtsblatt Jahr 1823. Stück 5. N. 15.) die Herren Superintendenden und Erzpriester des Departements, die ihnen zugegangenen Original-Anzeigen von den im nächstbvorstehenden 1844sten Jahre an Kirchen-, Pfarr- und Schul Gebäuden Königl. Patronats zu führenden Bauten und Reparaturen, uns vorlegen sollen. Da indeß nur eine einzige Anzeige dieser Art bei uns eingelaufen, aber nicht anjume men ist, daß in allen übrigen Inspections-Bezirken das Bedürfniß eines im künftigen Jahre zu führenden Baues oder Wiederherstellung nicht bestehen sollte, so haben Wir uns veranlaßt, die Herren Superintendenden und Erzprie ster an das eingangs erwähnte Publikandum zu erlanern, und ihnen die unge schümte Erfüllung dessen, was ihnen darin zur Pflicht gemacht worden ist, hier durch angelegentlichst zu empfehlen. Regniß, den 1. July 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

I. No. 12. July 2

Das in §. 15. sub c. der revidirten Apotheker-Ordnung vom Jahre 1801. enthaltene Verbot:

daß in Officinen nicht mehr Lehrlinge aufzunehmen sind, als sich darin Gehülfe befinden, daß nicht in einer Officin, wo kein Gehülfe sich befindet, kein Lehrling angenommen werden darf,

bringen Wir hiermit den Herrn Apothekern im Bezirk Unserer Verwaltung in Erinnerung, und warnen sie, das Gesetz nicht etwa durch Annahme sogenann ter Pensionats, sie mögen früher in andern Officinen gewesen seyn oder nicht, zu umgehen.

Die Herren Physiker verpflichten Wir hiermit im erneuerten höhern Auf trage, auf Befolgung des bezogenen Gesetzes bei eigener Vertretung, nament lich darauf zu sehen, daß nur dann Apotheker-Lehrlinge aufgenommen werden, wenn die Gesetze es verstaten, nicht eine fähigkeits-Atteste zu erteilen, wo es den organischen Vorschriften entgegen ist. Regniß, den 24. Juny 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

I. 48 R. Juny c.

No.

No. 99.
Die an Kirchen, Pfarr- und Schul Gebäuden Königl. Patronats im Jahre 1824. zu führenden Bauten und Reparaturen betreffend.

No. 100.
Das Halten von Apotheker-Lehrlin gen betreffend.

No. 101. Nachweisung der unter dem Verbote der Rückkehr und unter Androhung ausländischen Vagabunden und Verbrecher

No.	Name, Stand und Heimatort, Ort.	Religion.	Personal.							
			Alter.	Grö. ße.	Haare.	Stirn.	Augen- brau- nen.	Augen.	Nase.	
			Jahr.	Loth.						
1	Der Schuhmacher-Ges. Wenzel Kratochvíle aus Prag	katholisch	22	5 12	braun	niedrig	braun	blau	gewöhnl.	
2	Anton Neumann aus Lieberwerda in Böhmen	—	58	5 2	grau melirt	hoch	grau	blau	gewöhnl.	
3	Jgnaz Neumann aus Lieberwerda in Böhmen, Sohn des Vorstehenden	—	21	—	schwarz	bedeckt	schwarz- lich	blau	besgl.	
4	Barbara Rößlern aus Lusdorf in Böh- men	—	35	5 —	schwarz	frei	schwarz	grau	besgl.	
5	Mariana Wliden aus Lusdorf in Böh- men	—	15	4 —	blond	frei	blond	grau	besgl.	

König, den 21. Juny 1823.

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

Erklärung des Pu-
blikandums vom 11.
Januar 1817, be-
treffend die Strafen
des Kindes-Mordes
und der Verheimli-
chung der Schwän-
gerschaft und Geburt.

Zur Verhütung jeder Mißdeutung des §. 7. des in den dreijährigen Amts-Jättern, unterm 19. Februar Stüd VII. Seite 53. und 54. abgedruck-
ten Publikandums vom 11. Januar 1817, betreffend die Strafen des Kindes-
Mordes und der Verheimlichung der Schwangerschaft und Geburt, wird der
gedachte §. hiermit dahin erläutert:

Daß es keinesweges bei Erlassung der erwähnten öffentlichen Bekannt-
machung die Absicht gewesen ist, die uneheliche Schwängerung für
eine gleichgültige, oder von der Obrigkeit gestattete Handlung zu er-
klären; daß vielmehr durch dasselbe und insbesondere durch dessen
§. 7. nur hat gedauert werden sollen:

wie deshalb allein eine gerichtliche Untersuchung und
Verurteilung nicht statt findet.

Breslau, den 30. May 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Schlesien.

Per:

zweijähriger Festungs- oder Zuchthaus, Strafe über die Grenze geschafften für den Monat May 1823.

Beschreibung.

Rund.	Zähne	Bar.	Ann.	Gesicht.	Gesichtsfarbe.	Statur.	Besondere Kennzeichen.	Wohlgeschafft? nach	Bemerkungen.
gewöhnl.	gut	blau	oval	länglich	bläß	schwächl.	keine	Bödmern.	
gewöhnl.	—	grau	rund	oval	—	schlank	—	desgl.	
desgl.	—	—	rund	oval	—	schlank	—	desgl.	
desgl.	—	—	oval	länglich	—	unterseht	—	desgl.	
desgl.	—	—	oval	desgl.	—	schlank	—	desgl.	

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Der Kreisrath Graf von Logau auf Neutau ward Distrikts-Polizeicommissarius Epprotauschen Kreises.

Die Stadt-Verordneten-Versammlung zu Rochenburg hat den Tuchmacher Müller zum unbesoldeten Rathmann daselbst erwählt.

Der Seminarist Gölzer aus Pilsgramsdorf ward evangelischer Schul-Adjutant zu Baumgarten, Vollenhayschen Kreises.

Der Johann Franz Machalte zu Kuttlau, erleiht die Approbation als Bleichschneider.

Ver-

Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

Nachricht über die den 10. Juny 1823. abgehaltene Versammlung der ökonomisch-patriotischen Gesellschaft zu Jallier.

Unter dem Vorsth ihres Directoris — des Königl. Landraths Freiherrn von Nischpofen auf Vordorf — hatte auch für diesmal die in der Ausschristt angezeigte Versammlung der beiden Fürstenthümer Schwednitz und Zauer Stadt gefunden. Als Da:lage des ferner fortgesetzten Bestrebens der Gesellschaft, dem ihr vorgesezten Zweck möglichst und nach Umständen überall mehr entsprechen zu können, sey es daher gedachter Gesellschaft hiermit vergönnt, das Publikum deshalb in Kenntniss setzen zu dürfen.

Auch für dieses Jahr war die Aufforderung zu gedachter Zusammenkunft mehrerer ihrer einzelntischen und auswärtigen Mitglieder, wie sonst, durch die zuvorommend bereitwillige Güte der Schwednitz, Zauerschen Fürstenthums Landtschaft — bei Gelegenheit der in den Breslauer Zeitungen früher eincerichtet gewesenem Fürstenthums, Tages und Psandbriefts, Ausens Termins, Auschreibung — mit erfolgt.

Nachdem nun die gedachte Versammlung, in Folge dieser Aufforderung anwesend, den 10. Juny d. J. früh 9 Uhr, Seitens des Directoris, eröffnet worden war, zeigte derselbe in seiner deshalb gehaltenen Anrede an die Versammlung, zwar mit Bedauern an: die noch fernere Wdlängerung ungünstiger und den landwirthschaftlichen Bmühungen widriger Zeit, Verhältnisse — worunter über den üblen Ausfall des diesjährigen Breslauer Frühjahrs, Wollmarktes beziehungsweise auf die wahrscheinlich auswärtig deshalb gegebenen Veranlassungen mit Erwähnung geschehen war, — jedoch zugleich unter Anführung derselgen Ursachen, welche eine, ob zwar langsam mit der Zeit fortschreitend, tröstende Verbesserung, in der That dennoch voraussetzen und erwarten ließen. Rücksichtlich des hierin auf die, Seitens der Gesellschaft, und in dieser Beziehung früher bereits g:thanen Vorschläge, wahrscheinlich erretchbar gewordenen Einflusses, wurde zugleich, theils auf die nunmehr geschmästige Erleichterung, in Betreff der je gärtlich cessirenden Natural, Gold, Einzählung gegen Entrichtung eines bestimmten Agto von 15 Sar. vom Friedrichsd'or, bei Entrichtung von Grundsteuern, theils auf die Verordnung vom 10. April d. J., in Anshung der Wänderungen der Erhebungsrolle vom 25. October 1821. u. f., besonders, selbst dankbar, hin verwiesen.

Zugleich wurde die Versammlung von allen gesellschaftlichen Ergebnissen seit Verlauf eines Jahres vollständig unterrichtet; wobei die Versammlung dankbar ebenfalls erkannte, die der Gesellschaft willfährig zu Theil wiederholt gewordene Unterstützung, Seitens der beiden Hochtbl. Königl. Reg'ern von Breslau und Eternitz, auch mittelst hochgeneigter Aufnahme der Bekanntmachung des Versammlungs, Tages v. J. in den Amtsblättern der ge: dach,

dachten beiden Regierungen. Unter jenen Vorträgen befanden sich ferner noch: die mitgetheilten Nachrichten über die Versendung, auch den Debit der vorjährig entstandenen gesellschaftlichen Drucksachen, eben so wie über den Vermögenszustand, das bestehende Bücher-Eigentum zc. der Gesellschaft, desgleichen die für Letztern aus Breslau und München — am letztern Orte durch Mittheilung des „Wochenblatts des landwirthschaftlichen Vereins von Baiern“ — erhaltene Geschenke, das Röhrlige nachtheillich mitgetheilt worden war. So wie denn auch unter andern angezeigt worden ist, daß sämmtliche v. J. erwählte 6 Ehren- und 3 einheimische Mitglieder dem an sie ergangenen Rufe gefolgt wären; aber eben so schmerzlich jedoch auch die Versammlung den Verlust einiger ihrer würdigen Mitglieder durch den Tod, namentlich und besonders des Herrn Landshafers, Director von Eggenroth auf Kolbnitz, desgleichen des Herrn v. Uechtritz auf Mienitz, Kauffung, so wie des Königl. Bayerischen Oberförstlers Herrn Jung zu Jägendorf, zu bedauern habe. Auch für dieses Mal wurden wieder mehrere (5) einheimische Mitglieder dagegen und zu gleicher Zeit neu gewählt.

Unter den in Vortrag gekommenen Nachrichten, Bemerkungen und Vorschlägen, befanden sich dabei noch folgende bewegte Gegenstände, nämlich unter andern:

- 1) Der üble Erfolg, den die von Selten der naturforschenden Gesellschaft zu Halle gemachte Aufforderung zu gleichmäßiger Beobachtung über Entstehung von Gewittern, den Eintritt und Lauf letzterer, auch von wegen eines vor 2 Jahren damit beauftragt gewesenen Mitgliedes — namentlich des seit dieser Zeit als bankerrutt ausgetretenen Kaufmann Hoppan in Jauer — in dieser Beziehung bisher gehabt. Da nun die Gesellschaft deshalb noch ohne alle Aussicht sich befand, so wurde das deshalb von Erken des Directoris in dieser Sache Verfügte einstweilen angelegt und genehmigt.
- 2) Auf gesammelte Probeförner von einer, bei dem im July v. J. in der Umgegend Statt gefundenen großen Hagelschlage mit zur Erde gefallenen Saamenart — vermuthlich einer veronica hederifolia — wurde als eine Naturmerkwürdigkeit zugleich vorgezeigt. Desgleichen wurde
- 3) die Versammlung mit den erhaltenen amtlichen und Correspondenz-Nachrichten aus Pommern und Ungarn — letztere bei Gelegenheit einer Aufforderung eines Herrn Angwald aus Osen, in Betreff der Aufkündigung einiger ökonomischen herauszugebenden Druckschriften — bekannt gemacht. Dasselbe geschah
- 4) in Ansehung der Veröffentlichung des auf ausdrückliche Aufforderung der Königl. Hochöbl. Regierung zu Regensburg vom 6. bis 20. Januar v. J. wegen errichteten neuern Berliner Allerhöchst genehmigten Instituts, unter der Benennung: Verein zu Beförderung des Gartenbaues in Preußen; als weshalb die Instituts, Statuten

- ten mitgetheilt, und zur diesfälligen Mitwirkung aufgefordert worden war. Auch wurde der Versammlung eröffnet,
- 5) wie laut der erst kürzlich eingegangenen Aufforderung des Comités des landwirthschaftlichen Vereins zu Valern, aus München vom 1. d. M., eine Bekanntmachung an die Gesellschaft, Hinsicht eines öffentlich ausgesetzten Preises von 100 Dukaten, von wegen der Ausarbeitung eines „Vollständigen, lehrbuchartigen Unterrichts über die Zucht, Behandlung und Veredlung der Pferde“ eingegangen sey, wovon der Einlieferungs-Termin nach München mit dem Ende April 1824. zu Ende geht. Das Nähere und die Bedingung desfalls sind theils in der bei dem Gesellschafts-Secretariate zu Jauer gedruckt einzusehenden Bekanntmachung, theils auch in der W. G. Kornschen bereits öffentlich erschienenen Breslauer Zeitungs-Nachricht vom 11. d. M. No. 68., gleichfalls mit nachzusehen.

- 6) Einige versprochene Abhandlungen über Schaaf-, Krankheiten u. s. w. waren eingelaufen, und deren Mitabdruck bewilligt.

Mehrere auf ähnliche Weise schriftlich eingereichte Abhandlungen und gemachte Vorschläge erhielten die Genehmigung und Annahme von Seiten der Versammlung, Namens der Gesellschaft. Dasselbe geschah in Ansehung der verschiedentlich eingereichten schriftlichen Aufsätze, so wie in Betreff der Veterinär- und Heilmittel-Berichte, welche ebenfalls aufgenommen, die gefassten Beschlüsse desfalls aber in die desfalls sprechende Tages-Verhandlung insbesondere, der Reihe nach, mit eingezeichnet und vollständig aufgeführt wurden.

Schlüsslich sollen, wie andere Jahre bereits geschehen, auch in dem gegenwärtigen Jahre, die über das Ganze des mehrgedachten ökonomisch, paktlorischen Versammlungs-Tages zu Jauer aufgenommenen Verhandlungen, so wie unter Mittheilung letzterer und auch der diesfälligen Gesellschafts-Arbeiten, die Bekanntmachung mittelst Abdruckes derselben, in Hinsicht auf die dabei bewiesenen Bemühungen der Gesellschaft, zur Rechtfertigung letzterer, dem Zweck der Veröffentlichung ganz entsprechend, eingerichtet werden.

Druck-Exemplare der Verhandlungen und Arbeiten zc. der Gesellschaft, sind übrigens in der Buchhandlung von J. W. Korn zu Breslau, so wie auch von früheren Jahren her bei dem gedachten Gesellschafts-Secretariate zu Jauer, jederzeit zu erhalten, und auch auswärts von da her zu beziehen.

Jauer, den 20. Juny 1823.

Amts - Blatt

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 28.

Liegnitz, den 12. July 1823.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Liegnitz.

Nachdem des Königs Majestät das von Seiten mehrerer schlesischen Städte Allerhöchstenfalls vorgetragenene Gesuch:

diesjenigen Feuer-Societäts Vergütungen, welche den Besitzern der bei der Belagerung von Breslau im Jahr 1806. durch Brand zerstörten vorstädtischen Gebäude, im Verfolg rechtskräftigen Erkenntnisses, zu leisten sind, aus Staats-Fonds zu übernehmen,

mittelfst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 10. v. M., als unzulässig im Allgemeinen abzuweisen, und nur in solchen besondern Fällen, wo dies zur Erhaltung einzelner Zahlungspflichtiger durchaus nothwendig seyn dürfte, eine Beihilfe aus Staats-Fonds Allergnädigst zu verheissen geruht haben; so werden die Magisträte Unsers Verwaltungs-Bezirks hiedurch angewiesen: die unterm 27. Februar d. J. Amtsblatt 1823. Stück 11. No. 36.) pro 1823: angeordnete Abschlagszahlung jener Vergütungen, Gelder nunmehr ungehäumt, und spätestens bis zum Ende des Monats September d. J., zu bewirken; und in denjenigen Fällen, wo Grundstücke, wegen nicht möglicher Vertheilung der fraglichen successiven Beiträge, zur öffentlichen Subhastation kommen müssen, unter Erörterung der individuellen Umstände, motivirte Vorschläge, zur Unterstützung der Zahlungspflichtigen aus Staats-Fonds, gleichzeitig Uns einzureichen.

Schließlich wird den Magisträten, im Verfolg höherer Anordnung, bemerkt, daß bei den seit dem Jahre 1806. entstandenen Besitzveränderungen, die Societäts-Ansprüche gegen die derzeitigen Besitzer der incastrierten Grundstücke zu verfolgen sind, wogegen es den letzteren lediglich überlassen bleibt, ihre etwaigen Regress-Ansprüche gegen ihre Besitz-Vorgänger im Wege Rechts geltend zu machen.

Liegnitz, den 7. July 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

N. No. 40. u. 41. R. Juny c.

56

Sir

No. 108.
Die für das Jahr
1823. zu leistenden
Feuer-Societäts-
Beiträge, welche
der Veranlassung der
Breslauer Bomben-
denkmale, Schäden
aus dem Kriege Ver-
lust u. s. w. betreffen.

No. 103.

Die Verkündigung der
Kreis-Verordneten
in den drei Ober-
bairischen Kreisen
betreffend.

Für den zu Unserm Verwalter, Bezirk gehörigen Theil der Ober-Laufig
sind, in Gemäßheit des §. 42. im Land-Cultur-Edict vom 14. September 1811.,
zu Kreis-Verordneten ernannt und bestätigt worden:

für den Gdölligischen Kreis:

- 1) der Kreis-Deputirte von Nitsche auf Nieder-Markersdorf,
- 2) der Pollzet-Districts-Commissarius Norche auf Sercha, und
- 3) der Gut-Besitzer Schimmel auf Ober-Leschwitz;

für den Laubauschen Kreis:

- 1) der Kreis-Deputirte von Uehrich auf Häbersdorf,
- 2) der Hauptmann Giersberg auf Nieder-Richtenau, und
- 3) der Pollzet-Districts-Commissarius Petrick auf Bernag;

für den Hochenburgischen Kreis:

- 1) der Kammerherr Graf von der Schulenburg auf Zahmen,
- 2) der Leutnant Rodig auf Nieder-Horka, und
- 3) der Erb-Lehn-Richter Proge zu Nieder-Seiffersdorf.

Plegniß, den 8. July 1823.

Königl. Preussische Regierung. Erste Abtheilung.

I. No. 1548. Juni c.

No. 104.

Die neue Organisa-
tion der Provinzial-
Bibelgesellschaft in
Plegniß betreffend.

Nachstehendes Circulare der hiesigen Provinzial-Bibelgesellschaft, ihre
neue Organisation betreffend, empfehlen Wir angelegentlich der thätigen und
möglichstenden Verwirklichung aller Uns untergeordneten Behörden, und den
das Bessere gern befördernden Einsassen des Departements mit dem Bemer-
ken, daß von Seiten des Directori der Bibelgesellschaft den Herren Land-
räthen, Superintendenten und Erzpriestern, so wie den Magistraten, noch
besonders mehrere Exemplare dieses Circulars werden zugesandt werden, um
sie an solche Individuen zu vertheilen, von denen sich erwarten läßt, daß sie
eifrigst bemüht seyn werden, davon einen dem Zweck erspriesslichen Gebrauch
zu machen. Plegniß, den 9. July 1823.

Königl. Preussische Regierung.

Die Unterzeichneten haben sich vereinigt die Direction der seit 1814.
für evangelische und katholische Christen allhier bestehenden Tochter-Bibelge-
sellschaft zu übernehmen und derselben eine neue zweckmäßigere Organisation
zu geben. Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß jedem Christen das
Recht zustehe, das Wort Gottes selbst zu lesen, sich selbst aus demselben zu
belehren und zu erbauen, sehen sie mit Bedauern, daß Viele von diesem Rechte
keinen Gebrauch machen können, weil sie Armuthshalber sich keine Bibel an-
schaffen können, daß insonderheit der Mangel von Bibeln oft dem Religions-
unterricht in den Schulen und dem Confirmations-Unterricht der Prediger große
Hindernisse in den Weg legt. Was bisher von Seiten der hiesigen Bibelge-
sellschaft geschah, um diesem Mangel abzuhelfen, war für das Bedürfniß
nicht

nicht ausreichten. Das größere Publikum nahm zu wenig Interesse an der Sache und die Beiträge waren daher zu unbedeutend zur Erreichung des Zweckes.

Deshalb fordern wir sämmtliche Herren Landräthe, Superintendeten, Erzpriester und die Magisträte des Königl. Liegnitzschen Regierungs-Departements hierdurch auf, dazu mitzuwirken, daß diese Angelegenheit in ihrer Wichtigkeit und Wohlthätigkeit allgemeinere Anerkennung und durch Beiträge, zu denen Sie ermuntern und deren Einsammlung Sie gefälligst übernehmen wollen, befördert werde.

Nach einer kleinen Gabe wird uns willkommen seyn, wer sich aber zu einem Thaler jährlichen Beitrages verbindlich macht, wird als ein Mitglied der Gesellschaft angesehen, und es langt als solches das Recht, über die Vertheilung der angekauften Bielein und dgl. Vorschläge zu machen, die, wenn sie ausführbar sind, von uns nicht unbeachtet bleiben werden. Die eingesammelten Beiträge bitten wir unter der Adresse: „An den Nendanten der Provinzial-Bibelgesellschaft zu Liegnitz, Herrn Haupt-Cassier-Buchhalter Zentsch“ jedes Jahr im Laufe des Monats December, nebst einer an uns gerichteten speciellirten Designation, nach Art der Kolleeten mit der Aufschrift: „Bible-fachen“, einzusenden, damit wir dieselbe in dem jährlich herauszugebenden Verichte, von welchem jedes Mitglied der Gesellschaft ein Exemplar erhalten wird, abdrucken lassen können. Da die Erfahrung lehrt, daß man das, was ganz umsonst gegeben wird, weniger schätzt, als was man sich mit einigen Unkosten verschafft; so beabsichtigen wir nur an die Allerthätigsten Bielein und Neue Testamente umsonst zu vertheilen, solchen Armen aber, die noch etwas darauf wenden können, dergleichen um den Selbstkosten-Preis, oder nach Umständen um die Hälfte desselben abzulassen, und so zugleich der Kasse einigen Ersatz zu verschaffen. Wir wünschen es daher zu bringen, daß künftig jedes am Confirmations-Unterrichte theilnehmende arme Kind seine eigene Bibel oder wenigstens sein Neues Testament habe, indem wir dies auch für das beste Mittel halten die heilige Schrift in alle Häuser und Familien zu bringen.

Alle Jahre werden wir, wie dies überall, wo Bibelgesellschaften existiren, geschieht, eine gottesdienstliche Feierlichkeit veranstalten, und soll unser erstes Bibelfest auf künftigen 30. September Vormittags um 10 Uhr statt finden, wozu wir hierdurch im Voraus alle Beförderer dieser guten Sache einladen und zugleich bemerken, daß bei dieser Gelegenheit, zufolge der Allerhöchsten Erlaubniß, an den Kirchthüren eine Kollekte gesammelt wird.

Haben Sie die Güte diese unsere Aufforderung denen mitzutheilen, von welchen eine thätige Unterstützung zu erwarten seyn möchte! Gewiß, wenn Sie befeelt von acht christlichem Sinne Ihr Ansehen und Ihren Einfluß anwenden, um eben so wohlthätigen Zweck bei Ihren Untergebenen zu befördern, wenn die Herrn Geistlichen bei solcher Gelegenheit in ihren Beiträgen

an die heilige Pflicht erinnern, das Wort Gottes, diese reine Quelle christlicher Erkenntniß, sorgfältig zu benutzen, wenn insbesondere auch die Lehrer der Jugend für die Sache gewonnen werden, dann dürfen wir hoffen, diese vereinten Bemühungen werde der Eigen-Gottes begleiten, und auch unsere Bibelgesellschaft werde dazu beitragen, daß das Reich Jesu Christi erweitert, Glaube, Liebe und Hoffnung bei Vielen befestigt und wahre Gottseligkeit immermehr erweckt und belebt werde; denn die Erleuchtung bedingt ja auch jetzt noch den Ausspruch des Apostels: Alle Schrift von Gott eingegeben, ist nütze zur Lehre, zur Strafe, zur Besserung, zur Züchtigung in der Gerechtigkeit. Regnitz, den 3. July 1823.

Das Directorium der Provinzial-Bibel-Gesellschaft zu Regnitz.
 von Erdmannsdorff, von Unruh, Wolfram,
 Regierungs-Conf.-Präsident. Geh. Reg. Rath. Reg. Rath.
 Kießig, von Briesen, Müller, Ober,
 Comp. Post.-Rath. Academie Director. Superintendent. Erzprieſter.
 Klinge, Schnabel, Litner,
 Ober-Diäconus. Rathsherr. Regier. Secretair.

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

Wegen Concurrenz
 der Königl. Regierung
 bei allen fiska-
 lischen Civil- und
 Criminal-
 processen.

Sämmtliche Unter-Gerichte im Departement des unterzeichneten Ober-Landes-Gerichts werden, auf den Grund des Rescripts Eines hohen Justiz-Ministerii vom 4. November 1822, hiedurch an genaue Befolgung der Vorschriften der Verordnung, wegen verbesserter Einrichtung der Provinzial-Verwaltung und Finanz-Verörden vom 26. December 1808. §. 43. 1. und 2., worin die Concurrenz der Königl. Regierung bei allen fiskaalischen Civil-Processen bestimmt ist, in Beziehung auf §. 239. des Anfangs zur allgemeinen Gerichts-Ordnung, hiedurch einlancet.

Glogau, den 27. Juny 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landesgericht von Nieder-Schleslen
 und der Lausitz.

Wegen der Befähigung
 der Apotheker
 nach Tit. I. §. 2.
 des Apotheker-Ord-
 nung vom 11. October
 1801. gehörig zu prüfen.

Sämmtliche Unter-Gerichte im Departement des unterzeichneten Ober-Landes-Gerichts, werden auf den Grund des Rescripts Eines hohen Justiz-Ministerii vom 2. December 1822., hiedurch angewiesen, bei allen Subpationen und V-räufungs-Verträgen über Officinen, die Befähigung des Erwerbes, nach Tit. I. §. 2. der Apotheker-Ordnung vom 11. October 1801. gehörig zu prüfen. Glogau, den 27. Juny 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Nieder-Schleslen
 und der Lausitz

Auf

Auf den Grund des Rescriptes Eines hohen Justiz-Ministerii vom 18. November 1822, werden hierdurch sämmtliche Patrimonial-Gerichtsherren, im Departement des unterzeichneten Ober-Landes-Gerichts, angewiesen: Ihre Gerichtes-Kemter mit dem nöthigen Stempel-Material zu versehen, damit der Vorchrift des Stempel-Gesetzes vom 7. März 1822, wonach das Akten-Exemplar jedes Erkenntnisses auf das erforderliche Stempel-Papier geschrieben, oder dies letztere binnen 14 Tagen nachgebracht werden soll, ein Genüge geschehen kann. Glogau, den 27. Juny 1823.

Das Patrimonial-Gerichtsherren ihre Gerichtes-Kemter mit dem nöthigen Stempel-Material versehen sollen, bez.

Königl. Preuss. Ober-Landesgericht von Nieder-Schlesien und der Lausitz.

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Nachdem der geistl. zu Züllichau wohnende Justiz-Commissarius und Notarius-Publikus, Lorenz, durch das Rescript Eines hohen Justiz-Ministerii vom 23. May 1823, in gleicher Qualität an das Land- und Stadt-Gericht zu Grünberg, versetzt worden, so wird solches hierdurch zur allgemeinen Kenntniz g-bracht. Glogau, den 30. Juny 1823.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Nieder-Schlesien und der Lausitz.

Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

Historische Nachrichten aus dem Klegnitschen Regierungs-Departement für den Monat Juny 1823.

Wetter-Schäden.

In der Nacht vom 10. und 11. d. M. hat den Landesruthschen Kreis ein großes Unglück betroffen. Durch einen im hohen Gebirge gefallenen Wolkenbruch sind der Soltzbach und der Bober zu einer solchen Höhe gewachsen, daß sie große Ueberschwemmungen verursacht haben. Besonders mitgenommen sind die Dörfer Kunzendorf, Oppau, Tschrepsdorf, Buchwald, Michelsdorf, Hermsdorf, Städtisch Dittersbach unterm Pässe, Ober- und Nieder-Hafelbach, Pfaffendorf, Alt-Welsbach und Vogel-dorf. Die Aecker mit ihren Saaten sind zerissen, die Wiesen verschlammmt, die Heu-Erndte vernichtet, die Ufer beschädigt, die Häuser gefährdet, und die sämmtlichen Wege so ruinirt, daß die Communication fast ganz unterbrochen ist. Ganz vorzüglich gelitten haben die Gemeinden Hermsdorf, Michelsdorf und Buchwald.

Mich

Nicht minder sind andere Kreise durch das Austreten der Flüsse in dem stark n Regentagen vom 17. bis zum 21. Juny sehr mitgenommen worden.

Der Bober, die Ragbach, der Quels, die wüthende Reisse und die schnelle Deichsel haben eine Höhe erreicht, wie sie solche am Tage der Schlacht an der Ragbach im Jahre 1813. hatten, ja die Ragbach hatte einen noch höhern Wasserstand. Die dadurch verursachten Ueberschwemmungen haben viele Felder zerstört, das schon gehauene Heu mit fortgerissen, oder doch so verschlammte, daß davon wenig mehr wird genutzt werden können.

Auch Hagel, Schloßen und Bliß haben vielen Schaden angerichtet. Am 10. Juny verheerte ein Hagelregen einen großen Theil der Felder von Schoßdorf, Klein-Neudorf und Erdknight, Löwenbergischen Kreises.

In Neuwalbau und Rüpper, Saganschen Kreises, wurden am 13. die Winterfelder mehrerer Grundbesitzer durch Hagel in der Größe von Taubenciern verwüstet. Am 14. traf ein gleiches Unglück die Dominial- und Rustical-Äcker auf den Kogener und Pörsel, Kynaster Gütern, Lübenschen Kreises.

Am 20. und 22. Juny traf mehrere Ortschaften des Blogaushen Kreises ein fürchterliches Hagel-Wetter. Das Getreide auf den Feldern hat dabei besonders durch die Kälte gelitten. Im Freystädtischen Kreise wurden am 20. mehrere Ortschaften durch Hagelschlag heimgesucht, und ein Theil ihrer Getreidefrüchte dadurch vernichtet.

In Hilsberg erschlug der Bliß am 3. zwei Kühe auf der Weide.

Kirchen- und Schul-Wesen.

Der Lohmüller und Feuer-Schulze Gottlieb Lohmann in Ober-Wellmannsdorf, Laubanschen Kreises, hat bei der diesjährigen Schulprüfung der dasigen Schule, zu Anschaffung von Büchern für arme und fleißige Kinder, 10 Rthlr. geschenkt.

Verdienstliche Handlungen.

Der Fleischermeister Lerch zu Landeshut rettete dem, in den vom Argen angeschwellenen Bober gefallenem, 54jährigen Sohne des Kürschners Weidner daselbst das Leben.

Am 19. fiel der 64jährige Sohn der Susanna Pfahl in Ober-Grötschiffen, Löwenbergischen Kreises, in den hoch angeschwellenen Dorfbach, und wurde 700 Schritte weit vom Strome mit fortgerissen. Der 20jährige Händlers-Sohn Christian Thomas rettete mit eigener Gefahr den Verunglückten aus den Fluthen, und wandte an dem Leblos-Scheinenden mit dem glücklichsten Erfolge die Wiederbelebung-Versuche an.

Unglücksfälle und Selbstmorde.

Selbst gemordet haben sich 15 Personen. Wegen Mangel an Aufsicht ertranken abermals 13 Kinder. Möchten doch so oft eintretende Unglücksfälle, Aeltern und Vormündern eine Aufforderung werden, ihre Fürsorge und Aufsicht für ihre Kinder und Pflegebefohlene zu verdoppeln, um sie nicht durch so strafbare Pflicht-Verletzung, im zartesten Alter ihres Lebens, der

kurz,

bürgerlichen Gesellschaft zu erreichen! Insbesondere wird den Müttern folgender trauriger Vorfall zur Beherzigung empfohlen:

Am 30. May Nachmittags ging die Frau des Einlegers Kunzmann, in den Looser Jährhäusern, Grönberg'schen Kreises, wohnhaft, auf ihren nur etwa 40 Schritte von der Wohnung entfernten Aker, um dort zu arbeiten. Aus Unvorsichtigkeit ließ sie ihr 5 Monate altes Lödterchen schlafend in einem hängenden Körbchen zurück. Als die Mutter nach beendigter Arbeit wieder nach Hause kam, fand sie ihr Kind todt in der unter dem Körbchen stehenden, noch mit etwas Wasser gefüllten Wasserstande. Alle Wiederbelebungsversuche waren vergeblich.

Fünf Personen starben eines unnatürlichen Todes, wovon zwei aus Unvorsichtigkeit beim Baden ertranken.

Feuersbrünste.

Durch Blis entzündet, brannten ab: am 3. Juny zu Stenker, Sörlisch'schen Kreises, eine Häusler-Stelle; am 11. zu Buchwald, Hirschberg'schen Kreises, eine Diensthäusler-Stelle; am 14. zu Kandelndorf, Landespütchen Kreises, eine Gärtner-Wohnung; am 16. zu Rudelsdorf, Volkensapf'schen Kreises, eine Gärtner-Stelle, und am 20. zu Mendelsdorf, Freystädt'schen Kreises, eine Dreschgärtner-Stelle und ein Ausgedinge-Haus.

Am 29. May wurden die Wohngebäude eines Bauerguts zu Deuermansdorf, Löwenberg'schen Kreises, und am 30. zu Ober-Heulmannsdorf, Saganschen Kreises, ein Bauer-Gehöfte und ein Gedlinge-Haus, mit den Getreide-Vorräthen und dem Wirthschafts-Geräthe, eingeäschert; auch verbrannte ein 3jähriges Mädchen in der Wiege schlafend.

Ferner brannten, am 30. May zu Prinsnig, Liegnitz'schen Kreises, eine Dreschgärtner-Stelle nebst Stallung und Scheune; zu Witzgenau, Grönberg'schen Kreises, die Erb-Scholtisen, 3 Bauer-Gehöfte, die Kretschmer-Wohnung, 3 Häusler-Stellen, die Pacht-Brennerei und das Schäfer-Haus, nebst allen Stallungen, Scheunen und sonstigen Neben-Gebäuden, und zu Dillmannsdorf, Sörlisch'schen Kreises, die Wassermühle nebst Scheunen und Stall-Gebäuden und am 31. zu Tiefenfurth, Bunzlau'schen Kreises, ein Gärtner-Gehöfte ab.

Zu Henneisdorf, Laubanschen Kreises, verzehrte die Flamme am 2. Juny ein Bauer-Gehöfte nebst Wirthschafts-Gebäuden, und zu Bärtsdorf, Goldberg, Honnauschen Kreises, am 13. eine Häusler-Stelle.

Die Entstehungs-Ursachen dieser Brände haben nicht mit Zuverlässigkeit ausgemittelt werden können.

Königl. den 3. July 1823.

Königl. Preuß. Regierung.

Die

**Wahlkreistheile
Veränderungen.**

Die Grundherrschaft zu Eitelitz, Stogauschen Kreises, von Mecklenburg, hat nicht nur zur Anlage eines neuen Kirchhofes zu Eitelitz das Grundstück unentgeltlich hergegeben, und die umzäunende Staketenteile desselben auf eigene Kosten mit Gelbharbe anstreichen lassen, sondern auch außerdem noch ein weiß leinenes Leichentuch, ein Kreuz mit zinnernem Kreuzfuss zum Vortragen des Leichenbegängnisses geschenkt.

Eben so hat die verwitwete Müller Anna Rosina Schubert geborne Neumann zu Eitelitz, zu demselben Zweck, ein neues schwarz lachendes mit Brauner befestigtes Leichentuch geschenkt.

(Hilfsblatt: ein öffentlicher Anzeiger No. 28.)

Amts = Blatt

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 29.

Liegnitz, den 19. July 1823.

Berordnungen der Königl. Regierung zu Liegnitz.

Im Betreff der bisherigen Wegezollstätte im Löwenberg'schen Kreise sind folgende Abänderungen beschloffen worden, welche hierdurch zur Kenntniß und Achtung des Publikums mit dem Bemerken gebracht werden, daß diese Aenderungen mit dem 1. August d. J. beginnen. Zuförderst werden auf der Chaussee von Hirschberg nach Löwenberg die bisherigen Wegezollstätte in Reibnitz und Ullersdorf aufgehoben, und wird dafür eine Wegezollstätte in Spillter angelegt werden.

No. 105.
Die Veränderungen der Zollstätte zwischen Chausseen v. Hirschberg nach Löwenberg und Friedeberg a. L. von Löwenberg nach Bunzlau und von Löwenberg auf der Straße nach Fagan die Posten, betr.

Bei Bereisung der Chaussee von Hirschberg aus nach Löwenberg, Greiffenberg und Friedeberg a. L. haben die Reisenden nunmehr den Wegezoll auf folgende Art zu entrichten:

- 1) von Hirschberg nach Löwenberg ist der Wegezoll am Wegezoll-Schlage an der Zaden-Brücke bei Hirschberg auf 2 Meilen zu entrichten. Die dort erhaltene Chausseezoll-Quittungen müssen dann am Wegezoll-Schlage zu Spillter abgegeben werden, daselbst muß eine Chausseezoll-Quittung auf 3 Meilen gelöst werden, welche am Chausseezoll-Schlage in Schmottseiffen abgegeben wird, ohne weiteres Chausseezoll-Geld zu entrichten. Umgekehrt von Löwenberg nach Hirschberg ist in Schmottseiffen der Wegezoll auf 3 Meilen bis Spillter zu erlegen. Bei Abgabe der Chausseezoll-Quittung am Chausseezoll-Schlage in Spillter wird daselbst noch der Zoll bis Hirschberg auf 2 Meilen entrichtet, und die desfallsige Chausseezoll-Quittung ohne weiteres zu bezahlen am Schlage zu Hirschberg abgegeben.
- 2) Von Hirschberg nach Greiffenberg ist, wie ad 1. gedacht, der Wegezoll bei Hirschberg zu zahlen, und bei Abgabe der Quittung muß in Spillter der Wegezoll bis Greiffenberg auf 2 Meilen entrichtet werden. Die daselbst darüber erhaltene Chausseezoll-Quittung wird in Langwasser, ohne dafür Chausseezoll zu entrichten, abgegeben. Umgekehrt

muß von Greiffenberg aus nach Hirschberg in Langwasser, der Wegezoll auf 2 Meilen bezahlt, und der desfallsige Zettel am Schläge in Spiller abgegeben werden. Dasselbst wird der Wegezoll wieder auf 2 Meilen bis Hirschberg entrichtet, und der daselbst erhaltene Zettel muß, ohne weiter Echauffezoll zu entrichten, am Schläge bei Hirschberg abgegeben werden.

- 3) Von Hirschberg nach Friedeberg a. O. ist der Echauffezoll bei Hirschberg und in Spiller, wie ad 2. gedacht, zu entrichten, und in Langwasser muß der Zoll noch bis Friedeberg und Zlineberg auf 2 Meilen entrichtet werden. Der in Langwasser erhaltene Echauffezoll-Zettel wird, ohne dafür etwas zu zahlen, am Echauffezoll-Schläge bei Friedeberg abgegeben. Umgekehrt müssen die von Zlineberg und Friedeberg kommenden Reisenden am Echauffezoll-Schläge bei Friedeberg den Echauffezoll auf 2 Meilen entrichten, mit Abgabe des Echauffezollzettels inßf solcher dann auf 2 Meilen in Langwasser bis Spiller, und in Spiller auf 2 Meilen entrichtet werden. Die letzte Echauffezoll-Quittung ist dann ohne weitere Echauffezoll-Entrichtung im Echauffezoll-Schläge bei Hirschberg abzugeben. Ferner werden, der mehreren Controlle wegen, nachfolgende neue Wegezollstellen errichtet, u. d. zwar:

- a) auf der Straße von Löwenberg nach Bunzlau in Neu-Zäschwitz, woselbst der Echauffezoll von Bunzlau bis Löwenberg auf 2 Meilen entrichtet wird. Bei Abgabe dieser Echauffezoll-Quittungen am Echauffezoll-Schläge bei Löwenberg, wird dann kein Echauffezoll weiter bezahlt. Umgekehrt haben die von Löwenberg nach Bunzlau Reisenden, den Echauffezoll am Schläge bei Löwenberg auf 2 Meilen zu entrichten, und bei Abgabe der daselbst erhaltenen Echauffezoll-Quittung, wird am Echauffezoll-Schläge zu Neu-Zäschwitz weiter kein Echauffezoll entrichtet.
- b) Auf der Straße von Löwenberg nach Sagan in Ottendorf, woselbst der Echauffezoll von Possen nach Löwenberg auf 2 Meilen entrichtet wird. Bei Abgabe dieser Echauffezoll-Quittung am Echauffezoll-Schläge bei Löwenberg, wird dann kein Echauffezoll weiter bezahlt. Umgekehrt haben die von Löwenberg nach Possen Reisenden den Echauffezoll am Schläge zu Löwenberg auf 2 Meilen zu entrichten und bei Abgabe der daselbst erhaltenen Echauffezoll-Quittung in Ottendorf wird am Echauffezoll-Schläge daselbst weiter kein Echauffezoll entrichtet.

Uebrigens versteht es sich von selbst, daß die Reisenden, welche sich nicht durch Abgabe der am früheren Echauffezoll-Schläge erhaltenen Echauffezoll-Quittung bei dem nächsten Schläge legitimiren können, solche den am ersten Echauffezoll-Schläge zu bezahlenden Echauffezoll noch einmal entrichten müssen.

Bleinitz, den 4. July 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.
II. No 321, July c.

Et

Es haben zeitiger noch einige, mit der Vertheilung der Amtsblätter beauftragte Bedirten Unseres Verwaltungs-Bereichs, am Schlusse des Ersten Semesters, Nachweisungen des Amtsblätter-Bedarfs für das Zweite Semester des laufenden Jahres an Uns eingereicht, wodurch Wir veranlaßt werden, hierdurch zur öffentlichen Kenntniß zu bringen: daß es der Einreichung dieser Bedarfs-Nachweisungen für das 2te Semester ferner nicht mehr bedarf. Dagegen erlangen Wir die vor Ablauf des Jahres einzureichende Nachweisung des Amtsblätter-Bedarfs auf das folgende Jahr zugleich in Erinnerung. Liegnitz, den 8. July 1823.

No. 106.
Wegen der Einreichung von Nachweisungen des Amtsblätter-Bedarfs für das 2te Semester.

Königl. Preussische Regierung. Erste Abtheilung.
L. P. No. 1524. Juny c.

In Folge des Befehls vom 5. Januar d. J., ist in Hirschberg die Tuchschau-Anstalt mit dem 1. July d. J. aufgehoben, und die Bildung eines neuen Tuchschau-Vereins nicht beschlossen worden. Es werden daher die in Hirschberg gefertigten Tuche, von diesem Zeitpunkte ab, ohne öffentliche Beglaubigung in den Verkehr treten. Liegnitz, den 7. July 1823.

No. 107.
Wegen Aufhebung der Tuchschau-Anstalt in Hirschberg.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.
H. 7. July c.

In Opatowitz ist die Tuchschau-Anstalt, in Gemäßheit des Befehls vom 5. Januar d. J., betreffend die Reform der Tuchschau-Anstalten, aufgehoben, und die Bildung eines neuen Opatowitz-Tuchschau-Vereins nicht beschlossen worden. Liegnitz, den 7. July 1823.

No. 108.
Wegen Aufhebung der Tuchschau-Anstalt in Opatowitz.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.
IL C. No. 1376. Juny c.

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

Sämmtliche Gerichte des hiesigen Königl. Ober-Landes-Gerichts-Departements werden hierdurch angewiesen:

nach Beendigung einer jeden Untersuchung, welche wegen Beleidigungen oder Widersetzlichkeit gegen einen Gensd'armen oder einen ihrer Gerichts-Einsassen eingeleitet worden, den betreffenden Inspektions-Offizier der Königl. 6ten Gensd'armen-Brigade und resp. 4ten Grenz-Section von dem Ausfalle der Sache in Kenntniß zu setzen, und wird zu dem Ende das Verzeichniß der betreffenden Inspektions-Offiziere ihrer Stations-Orter und der concernirenden Kreise nachstehend beigefügt. Breslau, den 13. Juny 1823.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Schlesien.

Betreffend Untersuchungen, welche wegen Beleidigungen oder Widersetzlichkeit gegen einen Gensd'armen eingeleitet worden.

Ber

V e r z e i c h n i s

derjenigen Inspections, Offiziere der 6ten Gensd'armie-Brigade und 4ten Grenz-Section,
nebst Angabe der Kreise, in welchen die von ihnen insplizirte werdenden Gensd'armen
dislocirt sind, und unter den Verwaltungs-Bezirk Eines Königl. Hochlöbl.
Ober-Landes-Gerichts zu Breslau gehören.

No.	E p a r g e.	N a m e n der Inspections- Offiziere.	Stehen bei der 6ten Brigade oder 4ten Section.	Ihr Stations-Ort.	Angabe der Kreise, in welchen die in- splizirte werdenden Gensd'armen dis- locirt stehen.
1.	Rittmeister.	von Widmer.	bei der 6ten Bri- gade.	Kriegnig.	Bollensheim, Hirschberg, Jaur., Landeshut, Schönau, Strinau.
2.	Hauptmann.	Drewnig.	6ten Brigade.	Reichenbach pr. Schweidnig.	Frankenstein. Blag. Habelschwerdt. Münsterberg. Rimwisch. Reichenbach. Schweidnig. Strehlen. Striegau. Waldenburg.
3.	Premierlieutenant.	Baron Lyncker.	6ten Brigade.	Oppeln.	Brieg. Ramslau, Oblau.
4.	Hauptmann.	Woldem von Arn- neburg.	6ten Brigade.	Breslau.	Breslau. Guhrau. Militzsch. Neumarkt. Oels. Trebitz. Wartenberg. Woblan.
5.	Rittmeister.	von Leutsch.	4te Grenz-Section	Blag.	Frankenst. in. Blag. Habelschwerdt. Hirschberg. Waldenburg.

Breslau, den 7. Juny 1803.

Der Brigadier der 6ten Gensd'armie-Brigade.

In dessen Abwesenheit und im Auftrage
Woldem v. Arneburg, Hauptmann.

(Hierbei ein besonderer Aufsatze No. 27.)

Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 30.

Liegnitz, den 26. July 1823.

Allgemeine Gesetzsammlung.

- Das 1ste Stück enthält unter Nummer
- 804) die Allerhöchste Bestätigung der zu Berlin errichteten Gesellschaft zur Beförderung des Christenthums unter den Juden. Vom 9. Februar 1822.
 - 805) Die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 26. Februar 1822., die bewilligte Porto-Freizheit für die Gesellschaft zur Beförderung des Christenthums unter den Juden betreffend.
 - 806) Die Allerhöchste Bestätigung der für die Tochtergesellschaften zur Beförderung des Christenthums unter den Juden gegebenen Bestimmungen und die bewilligte Porto-Freizheit betreffend. Vom 11. April 1823.
 - 807) Die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 12. März 1823., wegen der Decoratien der Landes-, oder Handels-Flagge.
 - 808) Die Allerhöchste Genehmigung wegen der vom Ober-Landes-Gericht zu Naumburg mit Präclufions-Erhalt zu erlassenden Bekanntmachung fertig gewordener Hypotheken-Tabellen. Vom 14. Juny 1823.
 - 809) Die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 22. Juny 1823., daß die neue Scheidemünze allgemein in Gebrauch kommen und die fremden Silber- und Kupfer-Scheidemünzen nach 6 Monaten nicht bloß außer Cours gesetzt, sondern auch ihre Einbringung verboten seyn soll.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Liegnitz.

Ungeachtet im 40sten Stück Unseres Amtsblatts pro 1820, unterm 12. September desselben Jahres, alle über die Stempel- und Gebühren-Freizheit der den cantonpflichtigen Mannschaften auszustellenden Tauf-, Zeugnisse früher ergangene Bestimmungen, sämmtlichen Kirchen-Verörden Unseres Verwaltungs-Bezirks in Erinnerung gebracht worden sind, und ungeachtet

No. 109.
Betrifft die Stempel- und Gebühren-Freizheit der den cantonpflichtigen Mannschaften auszustellenden Tauf-Zeugnisse.

es sich von selbst versteht, daß diese Stempel, und Gebühren, Freiheit auf alle Lauf, Zeugnisse ausgedehnt werden muß, deren die betreffenden Individuen überhaupt, in Beziehung auf ihre Verpflichtung zum Kriegsdienst, nach Grundlage des Gesetzes vom 3. September 1814., bedürfen: so bringen Wir dennoch in Erfahrung, daß zuweilen für die, zur Begründung des Uebertrittes der Landwehrmänner aus dem ersten in das zweite Aufgebot, eingeholten Lauf, Zeugnisse, Gebühren gefordert werden.

Wir finden Uns hierdurch veranlaßt, die Kirchen-Behörden Unseres Verwaltungs-Bezirks, auf die diesfälligen Bestimmungen hiermit nochmals aufmerksam zu machen, und sie zur uneigeldlichen und stempelfreien Ausfertigung der gedachten Lauf, Zeugnisse anzuweisen.

Königl., den 17. July 1823.

Königl. Preussische Regierung. Erste Abtheilung.

I. M. No. 804. July 1823.

No. 110.
Wegen Aufhebung
der Tuchschau zu
Bunzlau.

In Bunzlau ist durch von Uns genehmigten Beschluß des den zehnterigen Tuchschau-Bereln bildenden Tuchmacher-Gewerks, die Tuchschau, Anstalt, vom 1. d. M. an, aufgehoben, und ein anderweitiger Tuchschau-Bereln, nach Nachgabe des Gesetzes vom 5. Januar d. J., nicht errichtet worden. Es werden daher von diesem Zeitpunkte ab, die in Bunzlau gefertigten Tuche ohne öffentliche Beglaubigung in den Verkehr treten.

Königl., den 7. July 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.

No. 111.
Wegen Aufhebung
der Tuchschau zu
Lüben.

In Lüben ist durch den von dem dasigen Tuchmacher-Gewerk, als zehnteriger Tuchschau-Korporation, in Gemäßheit des Gesetzes vom 5. Januar d. J., gefaßten und von Uns bestätigten Beschluß, die Tuchschau, Anstalt, vom 1. Juny dieses Jahres ab, aufgehoben, und ein neuer Tuchschau-Bereln nicht gebildet worden. Demnach werden nunmehr die in Lüben gefertigten Tuche ohne Beglaubigung in den Verkehr treten.

Königl., den 16. July 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.

II. G. No. 519. July c.

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

Wegen freitragender
Auslegung von
Staats-Verträgen.

Die Allerhöchste Königl. Verordnung vom 25 Januar d. J. (Gesetzsammlung No. 3. S. 19.) wegen freitragender Auslegung von Staats-Verträgen, hat eine unmittelbare Correspondenz zwischen dem Königl. Ministerio der auswärtigen Angelegenheiten und den betreffenden Gerichten nicht ausdrücklich angeordnet, vielmehr in dem allgemeinen Ausdrucke „einscholen“ die

die Bestimmung des Weges, auf welchem die Neußerung des gedachten Königl. Ministeriums einzuholen ist, freigelassen.

Dem zufolge, und nach Maßgabe eines desfalls von dem Königl. Justiz-Ministerio eingegangenen Rescripts, vom 26. v. M., werden daher sämtliche Unter-Gerichte in dem Departement des unterzeichneten Königl. Ober-Landes-Gerichts hierdurch angewiesen:

Ihre Anfragen in den bemeldeten Fällen, Befußs der von hier aus darüber an das Königl. Justiz-Ministerium zu erstattenden Berichte, bei dem unterzeichneten Königl. Ober-Landes-Gerichte hieselbst einzureichen. Breslau, den 4. Juli 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Schlessen.

Sämmtliche Patrimonial-Gerichte in dem Departement des unterzeichneten Königl. Ober-Landes-Gerichts werden, mit Bezug auf die von der preussischen Regierung in den diesjährigen Amtsblättern Stück XXXIII. No. 77., Seite 174. erlassenen Bekanntmachung vom 30. May d. J., hierdurch aufgefordert: binnen 14 Tagen darüber Anzeige zu machen, ob bei ihnen noch gegenwärtig die sogenannten Dreißings-Tage abgehalten werden, oder nicht, und, erstern Falls, in welchen Perioden solches geschieht?

Wegen der zu erhaltenden Ansprüche von den sogenannten Dreißings-Tagen.

Diese Anzeigen sind an die Königl. Regierung hieselbst unmittelbar zu erstatten, und haben diejenigen Patrimonial-Gerichte, bei welchen auch in früherer Zeit dergleichen Dreißings-Tage nicht üblich gewesen, solches in der zu erstattenden Anzeige zugleich zu bemerken.

Breslau, den 24. Juny 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Schlessen.

Da von Seiten des Königl. Ministerii der auswärtigen Angelegenheiten dem hohen Justiz-Ministerio, und von dem letztern dem unterzeichneten Königl. Ober-Landes-Gericht die Mittheilung gemacht worden ist:

Das das Krakauer Hypotheken-Gesetz in Wirkksamkeit getreten, von betreffend.

daß, nachdem das von dem außerordentlichen Krakauer Besetzungslandtage im vergangenen Jahre beschlossene Hypotheken-Gesetz mit dem 1. Januar d. J. in Wirkksamkeit getreten, vor Kurzem die in diesem Gesetze zur Regulirung des Hypotheken-Wesens bestellte Commission die Termine bekannt gemacht habe, in denen sich die Eigenthümer und Realgläubiger der einzelnen Grundstücke, es sey nun zur Verstärkung oder Eintragung ihrer Titel und Ansprüche, zu melden hätten;

so wird dieses sämmtlichen Unter-Gerichten in dem Departement des unterzeichneten Königl. Ober-Landes-Gerichts, besonders insofern dieselben zugleich Vormundschafts-Gerichte sind, so wie sämmtlichen Vormündern und Curatoren, zur Nachricht und Ahrung hie-mit bekannt gemacht, und ist die Bekanntmachung der Krakauer Hypotheken-Commission in der daselbst heraus-

auskommenden Zeitung vom 30. März d. J. No. 26., und in dem Amtsblatt v. 12. April d. J. No. 8., eingerückt.

Breslau, den 8. Juli 1823.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Schlesien.

Wegen freitig ge-
wordener Auslegung
von Staats-Verträ-
gen.

In Beziehung auf die Allerhöchste Verordnung vom 25. Januar 1823. (Gesetzsammlung pro 1823. No. 3. Seite 19.) wegen freitig gewordener Auslegung von Staats-Verträgen, werden die Unter-Gerichte im Departement des unterzeichneten Ober-Landes-Gerichts hierdurch angewiesen, ihre, auf den Grund der erwähnten Verordnung, etwa zu machenden Anträge, jedem zeit anhero zur Weiter-Beförderung an Ein hohes Ministerium einzureichen.

Glogau, den 4. July 1823.

Königl. Preuss. Ober-Landesgericht von Nieder-Schlesien
und der Lausitz.

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Der Candidat der Theologie Nagel, ward zweiter Pred'ger und Rector an der evangelischen Kirche und Schule zu Neuruppin an der Oder, und der Semtuarist Biersberg, evangelischer Schul-Adjutant zu Striebsen, Löwenbergischen Kreises. Eben so ward der Pfarr-Substitut Drechsel zu Linda, evangelischer Pfarr-Substitut in Rüppel, Laubanschen Kreises, und der bleibende Schul-Adjutant Hener aus Ehlendorff, evangelischer Schullehrer zu Ekersdorf, Löwenbergischen Kreises.

Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

Wohlthätigkeits-
Anstaltungen.

Der evangelischen Friedens-Kirche vor Zauer ist von dem zu Semmelwitz verstorbenen Benjamin Gottlieb Reich ein Vermächtniß von 100 Rthln.; und der Armen-Kasse zu Rauber, Vollenhainschen Kreises, von dem daselbst verstorbenen Gerichts-Schulzen und Bauerguts-Besitzer Carl Ehrenfried Herrmann ein Vermächtniß von 10 Rthln. legiert worden.

(Hiesel ein öffentlicher Anzeiger No. 30.)

Amtes-Blatt

Dec

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

Nº. 31.

Diegnitz, den 2. August 1823.

Verordnungen von Staats-Behörden.

Beitrag zur Kenntniss der

Folgende Staatschulschulen, Prämien von der am 1. July v. J. angefangenen dritten Ziehung, nämlich:

à 135 Reblir.

1	2758	6	50446	11	78222	16	129077	21	216235	26	252102
2	6796	7	51427	12	86899	17	152278	22	221369	27	283926
3	9142	8	55536	13	110161	18	155277	23	231317		
4	37208	9	73793	14	112051	19	192691	24	231995		
5	38709	10	74292	15	115047	20	214306	25	250572		

218 N.Y.C.

1	2155	15	5017	29	8033	43	9304	57	17093	71	20760
2	2508	16	5019	30	8203	44	11147	58	18104	72	20833
3	2575	17	5150	31	8709	45	11305	59	18183	73	21087
4	2775	18	5083	32	9014	46	11312	60	18232	74	21088
5	2808	19	6341	33	9075	47	12534	61	18239	75	21659
6	3068	20	6379	34	9117	48	12548	62	18252	76	21677
7	3198	21	6486	35	9121	49	12905	63	18336	77	22191
8	3322	22	6611	36	9128	50	12911	64	18422	78	22475
9	3348	23	6606	37	9130	51	12987	65	18635	79	22477
10	3498	24	6756	38	9144	52	13346	66	18690	80	22898
11	3652	25	6774	39	9149	53	13845	67	19144	81	22993
12	4000	26	6780	40	9154	54	13867	68	19196	82	23509
13	4359	27	7169	41	9158	55	17083	69	20062	83	24516
14	4752	28	7360	42	9169	56	17090	70	20415	84	24518

Fortsetzung.

83	24686	125	51999	165	85425	205	125048	245	170289	285	216250
86	24715	126	52725	166	85465	206	125146	246	170642	286	216279
87	25609	127	52869	167	85823	207	125231	247	170774	287	216349
88	26517	128	52877	168	85922	208	127331	248	171514	288	217399
89	26651	129	55505	169	85924	209	128568	249	175409	289	217511
90	26904	130	55843	170	85946	210	128569	250	175981	290	217591
91	33021	131	55846	171	86189	211	128597	251	176329	291	217777
92	33184	132	55956	172	86427	212	129394	252	176698	292	219005
93	34886	133	55964	173	86463	213	129395	253	184111	293	220732
94	35015	134	56861	174	86496	214	129472	254	184120	294	221662
95	35016	135	56901	175	86613	215	129995	255	184480	295	221910
96	35182	136	56985	176	86781	216	130282	256	185171	296	222721
97	35590	137	64053	177	94728	217	130901	257	185176	297	223642
98	35975	138	64066	178	94730	218	131161	258	186327	298	223747
99	36363	139	66958	179	94795	219	131464	259	186333	299	224000
100	36855	140	66962	180	95597	220	131474	260	192678	300	224573
101	37342	141	67238	181	96666	221	132866	261	192679	301	228176
102	37885	142	70523	182	96810	222	133885	262	192695	302	228408
103	38557	143	70975	183	97262	223	133914	263	201204	303	228409
104	38561	144	70976	184	100644	224	138485	264	205450	304	228410
105	38921	145	70977	185	102646	225	138645	265	205844	305	228415
106	39224	146	70979	186	102882	226	138904	266	206695	306	228418
107	39226	147	72848	187	103651	227	139147	267	206648	307	228439
108	40193	148	72866	188	108413	228	140688	268	214321	308	228441
109	40195	149	73575	189	109014	229	141163	269	214441	309	229430
110	40197	150	73711	190	109915	230	141316	270	214613	310	230020
111	40658	151	74180	191	109362	231	141426	271	214632	311	230069
112	41334	152	78091	192	109463	232	141718	272	215403	312	231922
113	42748	153	78236	193	110194	233	141967	273	215458	313	232961
114	43246	154	79475	194	110369	234	141996	274	215600	314	233091
115	43630	155	80443	195	110370	235	142921	275	215672	315	235323
116	48110	156	80988	196	110849	236	146618	276	216210	316	235393
117	48147	157	81053	197	112039	237	156435	277	216213	317	236190
118	49111	158	81417	198	112047	238	159274	278	216214	318	236387
119	50313	159	81510	199	112094	239	159276	279	216216	319	236498
120	50831	160	81859	200	115988	240	160784	280	216218	320	236625
121	51063	161	81981	201	122413	241	162717	281	216230	321	236630
122	51423	162	81998	202	123477	242	162902	282	216242	322	236667
123	51508	163	85413	203	123625	243	168307	283	216243	323	244903
124	51928	164	85415	204	123626	244	169124	284	216248	324	244990

Fort

Fortsetzung.

325	250567	328	260157	331	260633	334	282365	337	289086	340	296996
326	252778	329	260451	332	277377	335	282903	338	295500		
327	252832	330	260482	333	282314	336	288960	339	296818		

sind in dem zur Zahlung derselben bestimmt gewesenem, mit dem 1sten d. M. abgelaufenen Zeitraum, bei der Staatsschuldschein-Prämien-Vertheilungskasse nicht zur Realisation gekommen, mithin dem in den Prämien Scheinen angezogenen §. 11. der Bekanntmachung vom 24. August 1820. gemäß, wie die nicht erhobenen Prämien von der ersten und zweiten Ziehung, der Präclution unterworfen. Demnach ist der Betrag derselben zur Vertheilung an wohlthätige Anstalten bestimmt worden.

Wie machen dies den Inhabern von Prämien Scheinen mit der Aufforderung bekannt, die, sowohl durch Zahlung bei den Regierungen-Hauptkassen als im Auslande erleichterte Erhebung der Prämien, nach Raussgabe der Ziehungslisten, welche mit den hiesigen Zeitungen versendet, auch außerdem noch ausgegeben werden, für die Folge in den dazu bestimmten Fristen zu bewirken, damit sie sich nicht durch Nichtbeachtung derselben in Nachtheil setzen.

Berlin, den 4. July 1823.

**Königl. Immediat-Commission zur Vertheilung von
Prämien auf Staatsschuldscheine.**

Kaiser. Wollny. Krause.

Deputirter der Unternehmner: W. E. Bencke.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Pless.

Auch die, als Folge vorjähriger Bedeckung durch Königl. Landbeschä-
fer, erzeugten, in diesem Jahre gebornen Fohlen, soll'n in der zeitlich stattge-
fundnen Art gebrannt werden, zu welchem Ende diese Fohlen auf den Sta-
tionsorten, wo die Mutterstuten gedeckt worden, in folgender Ordnung zu
stellen sind:

No. 112.
Wegen des Bren-
nens der von Königl.
Beschälern erzeugten
Fohlen.

- 1) die der Station Eschsuphoff, den 17. September d. J. früh um 9 Uhr;
- 2) die der Station Bölschau, den 18. September in Bölschau;
- 3) die der Station Rauban, den 20. September in Rauban;
- 4) die der Station Eschersdorf, den 22. September in Eschersdorf;
- 5) die der Station Carolath, den 23. September in Carolath;

welches Wir den Besitzern von dergleichen Fohlen hierdurch bekannt machen.

Ungern möchten Wir die Besorgnis hegen, daß irgend jemand aus Miß-
trauen, das von Königl. Beschälern erzeugte Fohlen dem Brennen vor-
enthalten und verkennen sollte, wie dadurch nur allein der Vortheil des Eigen-
thümers bezweckt wird, nehmlich der, daß ein erwiesenes von Königl. Beschä-
lern gefallenes Fohlen lieber gekauft und theurer bezahlt wird, als jedes andere.

Ich,

Leßteres gilt besonders für den Fall, wenn die Remonte-Kommission Pferde für Rechnung des Staats kauft. Daß zu solchem Kauf jeder gern die Hand bieten wird, darf um so mehr für gewiß angenommen werden, als bei dem unlängst im Stogauschen Kreise stattgefundenen Remonte-Einkauf sich gezeigt hat, wie ansehnlich und gleich zur Stelle die für tüchtig gefundenen Pferde bezahlt worden sind. Sogar soll der Fall schon vorgekommen seyn, daß die Remonte-Kommission einen höhern Preis für Pferde gezahlt hat, als von den Eigenthümern gefordert worden, weil sie gefunden, daß die Pferde von sehr guter und gesunder Bauart, und deshalb mehr als das geforderte Quantum werth waren.

Eine solche Behandlungsweise wird hoffentlich jedes Mißtrauen verdrängen.

Da in den meisten Gegenden Unsers Verwaltungs-Bezirks auf eine vorzügliche Erndte, besonders in Betreff der Nahrungsmittel für Pferde, zu rechnen ist, andererseits durch Aushebung der Natural-Zwangs-Lieferungen, durch Verminderung des Vorspann-Verbrauchs u. s. w. die Pferdezucht mittelbar so sehr begünstigt wird; so läßt sich vorzüglich hoffen, daß hinfürs alle von Seiten des Staats zur Verbesserung der Pferdezucht zu treffende Veranstaltungen die willigste Behergung finden werden.

Königl. den 19. July 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

N. P. No. 44. July c.

No. 113.

Die Impfskizzen sind
hatt den 1. Noobr.
künftig den 1. Octo-
ber einzureichen.

Das Königl. hohe Ministerium der Geistlichen, Unterrichts, und Medizinal-Angelegenheiten verlangt, aus sehr sprechenden Gründen, daß alljährlich künftig die Impf-Examinations-Vorschläge schon im December jedes laufenden Jahres eingereicht werden sollen, damit sie noch im Laufe des Jahres, worin die Impfungen geleistet worden, in Ausgabe gebracht werden können.

Hiernach wird es nöthig, daß die Impf-Listen von den landrätshlichen Beamten und den Magistraten, statt, wie bisher, am 1. November, schon am 1. October unfehlbar bei Uns eingehen, wozu Wir selbstig hierdurch anweisen.

Da die Impf-Listen von jedem Jahrgange, vom 1. August des vorhergehenden Jahres ihren Anfang nehmen, und mit dem letzten July sich endigen, so hat es keine Schwierigkeiten, daß diese Listen den landrätshlichen Beamten und Magistraten, künftig von den betreffenden Medizinal-Beamten schon im August zugesandt, von denselben bis zum 1. October jeden Jahres zu einem Ganzen zusammengestellt, und Uns vorgelegt werden können.

Die landrätshlichen Beamten und Magistraten haben hiernach diejenigen, von welchen Sie die Specialisten zu erpalten haben, darauf aufmerksam zu machen, daß sie dieselben unausbleiblich im August einsenden; und wenn sie
da.

damit zurückbleiben, deshalb sie bei Zeiten zu erinnern, Uns aber mit dem 1. October, die eingegangenen Specialen unausbleiblich jedes Jahr vorzulegen.

Für das laufende Jahr fordern Wir Ihre Aufmerksamkeit besonders auf diesen Gegenstand auf, damit Wir in Stand gesetzt werden, die Anträge zu Gratificationen noch im Monat December d. J. nach dem Kalender, Jahre, von den Impfungen von 1822, der hohen Ministerial-Behörde einzureichen.
Wienig, den 27. July 1823.

Königl. Preussische Regierung. Erste Abtheilung.
I. No. 1916. July 1823.

Verordnungen des Königl. Consistorii für Schlessien.

Wir haben dem Rector Neumirch zu Herrstadt und dem Candidaten Bekannmachung.
der Theologie August Julius zu Schunkawe bei Frenshau, nach bestandener Prüfung, das Zeugniß der Wählbarkeit zu einem geistlichen Amte, nachstehenden Candidaten aber, als:

- 1) Emil Wangerow,
- 2) Christian Adolph Putsche,
- 3) Johann Heinrich Kölling,
- 4) Carl Gottfried Bornemann,
- 5) Georg Theodor Bornemann,
- 6) Friedrich August Horst,
- 7) Friedrich Wilhelm Hübner,
- 8) Gottlob Friedrich Degner,
- 9) Georg Friedrich Jäckel,
- 10) Conrad Heinrich Julius Reichelt,
- 11) Carl Heinrich Gottlob Lücke,
- 12) Friedrich Gottlob Lischner,
- 13) Gustav August Neumann,

die Erlaubniß zum Predigen erteilt, welches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Breslau, den 28. Juny 1823.

Königl. Preuss. Consistorium für Schlessien.

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Von der Stadt-Verordneten-Versammlung zu Weignitz sind zu unbefestigten Rathgebern erwählt worden:

der

der Buchhändler Kuhlman,
der Kaufmann Siebig und
der Zeichenlehrer Kändler,
und von der Stadt-Verordneten-Versammlung zu Hagnau zum unbefoldeten
Rathmann der Ehirurgus Nowack.

Der praktische Arzt Dr. Drescher zu Marklissa erhielt die Approbation
als Geburtshelfer.

Der bisherige Schul-Adjutant Schelbel zu Quaritz, ward als Substitut
und künftiger Nachfolger im Organisten und evang. lischen Schulamt zu
Klein-Tschirne, Slogauschen Kreises, bestätigt.

Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

Wohltätigkeit.

Der zu Landeshut verstorbene Kaufmann und Landwehre-Leutnant Carl
Benjamin Gottlieb Welsch, hat in seinem hinterlassenen Testament der dasigen
evangelischen Kirche 150 Rthlr., der dortigen evangelischen Schule 150 Rthlr.
und der städtischen Armen-Kasse daselbst 50 Rthlr. legirt.

Die Johann Joseph und Maria Elisabeth Quosch'schen Eheleute aus
Woschau, haben bei der katholischen Pfarrkirche zu Wilkau, Slogauschen
Kreises, eine Foundation von 200 Rthln. Cour. auf 4 jährliche Aemter und
Fürbitten errichtet. Eben so hat der zu Seiffersdorf, Bunzlauischen Kreises,
verstorbene Pfarrer Ernst Gruhl, in seinem hinterlassenen Testament, 100
Rthlr. zu einer Foundation auf jährlich 15 heilige Messen ausgesetzt.

Anzeige.

Die erste Ausgabe

der praktischen Anleitung zur Ausmessung und kubischen Berechnung
verschiedener Räume, so wie zur richtigen Beurtheilung und Ausmitte-
lung der Produktionsfähigkeit einer jeden Brauereiwela, Brennerei und
Bier-Brauerei, nebst angehängter Tabelle, welche der Zoll-Einnehmer
Mäßig zu Schreierbau herausgegeben hat, und welche von Uns
unterm 28. September 1820. (No. 42. S. 343 des Amtsblattes pro
1820.) als nützlich empfohlen wurde,

ist vergriffen, und der Verfasser hat im Magazin für Industrie und Literatur
zu Leipzig eine 2te veranstaltet, worauf Wir die der Ausbildung bedürftigen
Steuer-Aufsichts-Beamten hiermit aufmerksam machen.

Regnitz, den 21. July 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Dr

Die Brennholz-Lieferung für die hiesigen Garnison-Anstalten pro 1814, Bekanntmachung.
bestehend in ungefähr

520 Klaftern Kiefern	} Kieholz
500 Klaftern Eichen	

soll an den Mindestfordernden vergeben werden. Dem zufolge werden Lieferungs-lustige hiermit eingeladen durch versiegelte Submissionen, mit der Aufschrift:

„Submission wegen Holzlieferung“

Ihre Gebote bis zum 20. August d. J. an die unterzeichnete Garnison-Verwaltung gelangen zu lassen.

Anerbietungen, welche nach Ablauf des bezeichneten Termins eingingen, bleiben unberücksichtigt.

Der Zuschlag erfolgt spätestens 14 Tage nach dem Termin von der Königl. Regierung zu Kegnitz.

Die näheren Bedingungen können bei der unterzeichneten Verwaltung von heute an täglich eingesehen werden.

Stogau, den 10. July 1823.

Königliche Garnison-Verwaltung.

Ernst Benjamin Sper ward, zufolge des Allerhöchst befähigten, Warnungs-Aussage. ihm am 22. d. M. eröffneten zweiten Erkenntnisses des Königl. Ober-Landes-Gerichtes von Niederschlesien und der Lausitz zu Stogau, wegen der, an dem Schullehrer L. H. aus Großkauer, auf öffentlichem Fußsteige verübten Verräuberung, und dadurch bewirkten Tödtung desselben, heute früh an hiesiger Richtstätte, vorschriftsmäßig, durch das Beil, vom Leben zum Tode gebracht.

Diesem jugendlichen, zur Zeit, als er die That verübte, noch nicht achtzehn Jahr alten Verbrecher, fehlte es nicht an Verstande, aber er verschloß schon früh sein Ohr der Stimme der Religion und des Gewissens. — Sein kurzes Leben bewährte recht deutlich die Erfahrungssätze: daß Niederlichkeit zur Noth, Noth leicht zum Vergehen, Vergehen zum Verbrechen, und dieses immer zum Elend, oft zum Blutgerüste führt; wie denn endlich die vergeltende Gerechtigkeit stets wacht, und die verborgensten Thaten an's Licht bringt.

Rechtschaffener Eltern Kind, eines Webers Sohn aus Ober-Schönfeld, Bunzlauer Kreises, ergab Speer sich in Goldberg, wo er bei einem Tuchwaller in der Lehre stand, der Niederlichkeit, gerieth in Geldnoth, und stahl. Die Furcht vor Strafe trieb ihn fort, und so kam er in hiesige G. gerb.

Sein Versuch, Soldat zu werden, schlug fehl; fortgesetztes leeres Leben verschlang bald den Gewinn seines ersten Vergehens, und brachte ihn von neuem in Noth.

Von Geld und wärmender Kleidung entblößt, ohne Aussicht eines Unterkommens, fremd, in unbekannter Gegend, sehen wir den Speer am 5. December 1821., am dunkeln, stürmischen und regnerichten Abend, mit dem karthollischen Schullehrer Thiem aus Großlauer, auf der sogenannten kleinen Straße von Glogau nach Neustadt, gemeinschaftlich wandern.

Der verbrecherische Gedanke kam über ihn, seinen Kellsegefährten zu berauben. Es war in der 7ten Stunde, zwischen den Dörfern Samitz und Mangelsch, auf dem Fußsteige an der Straße, als Speer diesen Vorsatz ausführte. Er warf dem Thiem von hinten ein Tuch über den Kopf um den Hals, würgte ihn, stieß ihn in eine Grube neben dem Wege, schlang ihm das übergeworfene Tuch würgend fest um den Hals, raubte dem Wehrlosen Mantel, Rock und andere Sachen, und ließ ihn hülfslos liegen. Am andern Morgen ward Thiem am Orte der That, beraubt und leblos, gefunden; sein Tod, den eine Wittve und 6 größtentheils unerzogene Kinder bejammerten, war die Folge des gewaltsamen Zusammenschnürens des Halses, durch Stiel, und Schlagfluß erfolgt.

Speer war aus der Nähe des Verbrechens geübt, er war hier fremd, seine That in Einsamkeit und in's Dunkel der Nacht verborgen, er glaubte sich vor Entdeckung geborgen; allein bald ertönte ihn die vergeltende Gerechtigkeit. Schon 4 Tage nach der That war Speer wegen seines frühern Vergehens in Goldberg in Haft, und, noch im Besitz der geraubten Sachen, kaum 14 Tage nach der That, überwiesen und geständig des Verbrechens, das keine spätere Reue ungeschehen machen konnte, und wofür er, wie oben gedacht, heute seinen wohlverdienten Lohn empfangen hat, den er schon am 23. dieses Monats angeordnetemaaßen empfangen haben würde, wenn er nicht neue erhebliche Umstände angeführt hätte, welche er aber später, reumüthig, als erdichtet, widerrufen hat.

Zur Warnung machen wir hierdurch diesen traurigen Verbrechens, Fall vorschriftsmäßig öffentlich bekannt. Glogau, am 26. July 1823.

Das Königl. Lande s, Inquisitorat.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 31.)

Amts = Blatt

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 32.

Liegnitz, den 9. August 1823.

Verordnungen von Staats-Behörden.

Die unterzeichnete Immediat-Kommission hat die von der Königl. Kommission zur Revision des Staatsschulden- Rechnungswesen ihr überwiesenen Staatspapiere und Dokumente, nach vorheriger Ueberzeugung von der Richtigkeit der Stückzahl und des Geldebetrags, in Gegenwart eines Mitgliedes der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden heute im Münzgebäude verbrannt, als:

424 Staats-Schuldscheine über mit den dazu gehörigen Coupons	280,470 Rthl. — Sgr. - Pf.
13 Staatsschuld-Anerkennnisse über die baai. Kautionen von	9,400 „ — „ - „
7 Obligationen der Haupt-, Forst-, Administration und der Berg- werks- und Hütten-Kasse über	20,000 „ — „ - „
57 Obligationen aus der Anleihe bei der Bank zu Fürst vom Jahre 1806. über 45,500 Fl., oder	26,000 „ — „ - „
5 Gehalts-Anerkennnisse über	1,673 „ 6 „ 3 „
44 Obligationen aus der Elbinger Territorial-Schuld über	13,832 „ 15 „ 6 „
19 verschiedene Staatsschuld-Ver- schreibungen u. Dokumente über	1,314,547 „ 24 „ 3 „
Summa	1,665,923 Rthl. 16 Sgr. - Pf.

Nach der Bekanntmachung vom
14. April d. J. waren bis dahin in Staats-
papieren vernichtet

151,820,410 „ 15 „ - „

Es sind also bis jetzt überhaupt ver-
brannt worden

153,486,334 Rthl. 1 Sgr. - „
Mm Ein

Einbundert Drei und Fünfzig Millionen Vierhundert Sechs und Achtzig
Tausend Dreihundert Vier und Dreißig Thaler Ein Silbergroschen.
Berlin, den 21. July 1823.

Königliche Immediat-Kommission zur Vernichtung
der hierzu bestimmten Staatspapiere.
Büxtner. v. Bredow.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Regnitz.

No. 114.
Das Gold-Agio bei
den Beiträgen zur
General-Wittwen-
Kasse betreffend.

Die bisherige Einrichtung, wegen des Aufgeldes von den Wittwen-
Kassen-Beiträgen derjenigen Beamten, welche bei ihrem Gehalte keinen Gold-
Antheil oder doch nicht in dem Maaße beziehen, um damit ihrer Verpflichtung
bei dem Institute Genüge zu leisten, hat seit dem Termine 1819. ein solches
progressives Anwachsen des gegen den Tages-Cours statt gehabten Verfu-
ßes, zur Folge gehabt, daß auf mißbräuchliche Ausdehnung der hierunter
verfaßten Vergünstigung geschlossen werden muß.

Theils deshalb, theils weil ein baldiges beträchtliches Herabsinken des
Aufgeldes für Gold nicht zu erwarten seyn dürfte, ist von Seiten des Königl.
Ministerii des Innern, mittelst Rescripts vom 8. d. M. verordnet worden:
daß sowohl bei den Gehalts-Abzügen zu Verichtigung der Wittwen-Kassen-
Beiträge, als in den Fällen, wo andere, welche überhaupt keinen Gehalt aus
öffentlichen Kassen erhalten, z. B. Geistliche u., ihre Beiträge durch die In-
stitute, und Communal- oder Regierungs-Haupt-Kassen berichtigen, von
jetzt an, ein Agio, Satz von 15 Procent erfordert und in Rechnung gestellt
werden soll; wobei es sich jedoch von selbst versteht, daß wenn die Interessen
den die Zahlung selbst zu bewerkstelligen vorgehen, dieses denselben unwen-
igehrt bleibt.

Somitlichen bei der allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt zu
Berlin ansehligen Interessenten wird diese Bestimmung, mit Bezug auf die
Bekanntmachung vom 9. December 1818. im Amtsblatt von 1818. No. 51.
Seite 364, hiedurch zur Kenntniß gebracht. Regnitz, den 30. July 1823.

Königl. Preuss. Regierung.

Pl. II. No. 128. July A.

Verordnung der Königl. General-Commission.

Wir haben uns durch vielfältige Erfahrungen überzeugt, daß die bauer-
lichen Grundbesitzer, und insbesondere die sogenannten kleinen Leute, in Be-
treff der ihnen zustehenden Entschädigung für Hutung und Eichelgräber, im

Im Fall sie auf eine Ablösung antragen, ganz fertige Vorstellungen und Hoffnungen nähren, die nicht erreicht werden können, da das Gesetz darüber solche Bestimmungen aufstellt, als wie die §§. 86. und 94. der Gemeinheitstheilungs-Ordnung vom 7. Juny 1821. deutlich aussprechen. Um die bauerlichen Grundbesitzer vor jedem Nachtheil möglichst zu sichern, welcher ihnen aus Unkunde des Gesetzes entspringen könnte, erklären wir selbigen zuvörderst den §. 86. der Gemeinheitstheilungs-Ordnung, nach welchem die Berechtigten, bei einem dergleichen Antrage auf Ablösung einseitiger Grundberechtigten, jede den Belasteten beliebige Entschädigung, sie sey Land, Rente oder Capital, sich gefallen lassen müssen. Wenn demnach das Dominium nie zu einer Entschädigung in Land gezwungen werden kann, jedoch dem Berechtigten Rente oder Capital wenig helfen dürfte, weil er dadurch das für sein Vieh benötigte Futter doch immer nicht hat: so wird es daher um so nöthiger, vorher mit dem Dominio Rücksprache zu nehmen, ob es sich zu einer Entschädigung an Land verstehen wolle, ehe die Provocation bei uns eingebracht wird, weil die Berechtigten der Gefahr ausgesetzt sind, daß, wenn diese Ablösung schon commissarisch eingeleitet ist, dann der Belastete nicht mehr zurückgeben will, wenn auch die Berechtigten gern ihren Antrag zurücknehmen möchten, sobald sie erfahren, daß ihnen nicht, wie sie fertig meinten, Land überwiesen werden soll.

Eben so wenig scheinen die Dienstbarkeiten Berechtigten, als nämlich diejenigen, welche ein Hutungsrecht oder die Stichelgräfserei auf herrschaftlichen oder bauerlichen Grundstücken ausüben, den §. 94 der Gemeinheitstheilungs-Ordnung richtig zu verstehen. Nach diesem §. hängt es, wenn der Berechtigte auf Auseinandersetzung anträgt, von der Wahl des Belasteten ab, ob er den Antragenden nach dem Nutzungs-Ertrage des dem Berechtigten zustehenden Rechtes, oder nach dem Vortheil, welcher dem Belasteten aus dessen Aufhebung erwächst, entschädigen will. Nach Anwendung dieser gesetzlichen Bestimmung, die allerdings zum Vortheil des Belasteten spricht, wenn der Berechtigte auf Auseinandersetzung anträgt, ergebe sich die Gewißheit ziemlich klar, daß die auszumittelnde Entschädigung für dergleichen einseitige Berechtigungen nicht so bedeutend ausfallen kann, als wie sie es wollen, sich einzubilden; denn es ist uns bereits nicht selten vorgekommen, daß die Berechtigten sogar glauben, für die bloße Stichelgräfserei, oder die Hütung nach den Schaaßen, pro Ruß 1 Morgen Acker 1 ster Klasse Entschädigung erhalten zu müssen. Solche überspannte Erwartungen möchten selten Befriedigung bei einer von uns veranlaßten Regulirung finden; und um daher einen Jeden vor dergleichen Täuschungen zu sichern, und unnütze Kosten von ihnen zu entfernen, haben wir uns zu dieser wohlwollenden Auseinandersetzung verpflichtet gehalten. — Die meisten Anträge dieser Art gründen sich auf die Behauptung der Schmälerung in dem Umfange der früher genossenen Hutungs- und Stichelgräfserei-Berechtigung, welches Recht sie wieder ganz,

ganz auf die vorliegende Art hergestellt wissen wollen. Ist dies wirklich der Fall, so gehört die Untersuchung und Entscheidung darüber nicht vor uns, sondern es müssen die sich verlegt Glaubenden, wenn sie sich getrauen, damit durchzukommen, deshalb bei der ordentlichen Gerichts- Behörde ihre Beschwerden anbringen. Breslau, den 25. July 1823.

Königl. General-Commission für Nieder-Schlesien.

Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

Historische Nachrichten aus dem Kegnitzschen Reglements-
Departement für den Monat July 1823.

Verbleibliche Handlungen.

Der Schuhmachermeister Wolfram, der Brauergeselle Wolfram, und der Tischlergeselle Dietrich, aus Sprottau, retteten einem thönnigen Manne aus Küpper das Leben, indem sie ihn dem Sturzen des Bohrs, in welchem er schon über 600 Schritte weit fortgeschwommen war, entrißen.

Der Bauer Domsch zu Hennersdorf, Görlischs Kreises, fand einen Bürger aus Görlitz beim Stadigraben an einem Baum aufgehängt, durchschnitt sogleich den Strick, und gab so demselben das Leben und den Seinigen den Vater zurück.

Unglücksfälle und Selbstmorde.

Im Monat July haben 7 Selbstmorde Statt gefunden, aus Schwermuth und Nahrungs-Sorgen. — Aus Mangel an Aufsicht ertranken neun Kinder. Außer diesen ertranken zwei erwachsene Personen, die eine beim Baden, und die andere aus Unvorsichtigkeit bei einem Wasserbau. Ein Kutscher verlor das Leben beim Fahren, indem die Pferde durchgingen, den beladenen Wagen umstürzten und solchen auf ihn warfen.

Feuersbrünste.

Am 29. Juny wurden zu Eicksdorf, Freystädtischen Kreises, 4 Bauerngehöfte und die Scheune eines fünften, und in der Nacht vom 22. zum 23. July zu Lentschel, Kegnitzschen Kreises, 2 Bauerngehöfte und eine Gärtner-Stelle, wobei 1 Mensch und 4 Pferde verbrannten, eingeäschert. — Am 6. July brannte eine Gärtner-Stelle in den zu Lößnitz, Görlischs Kreises, gehörigen Lehnshäusern; am 8. die Wassermühle zu Nieder-Seckau, desselben Kreises; am 14. zu Parchwitz eine Scheune, und am 15. die Mühle in Woidsdorf, Goldberg, Hainauischen Kreises, ab. — In der Nacht vom 4. zum 5. verzehrte die Flamme in Wengeln, Lübenschen Kreises, die Stallung der herrschaftlichen Brauerei und die daran stoßende Schmiede, und in der Nacht vom 13. zum 14. das Haus des Müllers zu Schabitz, Blog. Kreises.

Kegnitz, den 1. August 1823.

Königl. Preussische Regierung.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 32.)

Am t s = B l a t t

der

Königlich en Regierung zu Liegnitz.

No. 33.

Liegnitz, den 16. August 1823.

Allgemeine Gesefsammlung.

- D**as 13te Stück enthält unter Nummer
- 810) Das allgemeine Gefef, wegen Anordnung der Provinzial-Stände. Vom 5. Juny 1823.
 - 811) Das Gefef, wegen Anordnung der Provinzial-Stände für die Mark Brandenburg und das Markgrafthum Niederlaußig. Vom 1. July 1823.
 - 812) Das Gefef, wegen Anordnung der Provinzial-Stände für das Königl. reich Preußen. Vom 1. July 1823.
 - 813) Das Gefef, wegen Anordnung der Provinzial-Stände im Herzogthum Pommern und Fürstenthum Rügen. Vom 1. July 1823.
- Das 14te Stück enthält unter Nummer
- 814) Die Convention zwischen der Königl. Preußischen und Niederländischen Regierung, wegen der in Untersuchungs-Sachen zu erstattenden baaren Auslagen. Vom 7. Juny 1823.
 - 815) Die Bekanntmachung wegen Aufhebung des Abschoffes und Absaffers, Selbes mit der freien Stadt Hamburg, auch in Bezug auf die zum deutschen Bunde nicht gehörigen Preußischen Provinzen. Vom 10. July 1823.
 - 816) Die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 19. July 1823., das Aufgebot und die Präclusion der Verwaltungs-Stäubiger des vormaligen Königl. reichs Westphalen und Großherzogthums Berg betreffend.
-

Verordnungen von Staats-Behörden.

Die General-Direktion der Königlich Preußischen Allgemeinen Wittwen, Verpflegungs-Anstalt macht sämmtlichen Interessenten der Anstalt hierdurch bekannt, daß sie sich wegen des gestiegenen Werthes der Friedrichs-Or gegen

Da

Con,

Courant gerichtlich gesehen hat, die Agto von denjenigen Betrags-Posten, welche zu klein sind, als daß sie in Goldstücken ausgeglichen werden könnten, und die nach §. 24. des Reglements vom 28. December 1775. früher bei dem damaligen sehr niedrigen Course mit 6 $\frac{1}{2}$ Prozent, demnachst aber laut Bekanntmachung vom 14. December 1818. bis jetzt mit 10 Prozent berichtigt worden, mit höherer Genehmigung auf 15 Prozent tehzusetzen. Diese Bestimmung tritt sogleich ein, und werden daher alle Interessenten aufgefordert, bei den von jetzt an zu leistenden Betrags-Zahlungen darauf Bedacht zu nehmen, daß sie die unter einem halben Friedrichs'dor betragenden Gold-Posten in Courant mit 15 Prozent Agto abführen.

Dieselbe Agto-Vergütung wird von Seiten der General-Wittwen-Kasse bei Zahlung solcher kleiner Posten statt finden, und soll bei dem Herabgehen des Courses unter dem Satz von 15 Prozent die jetzige Erhöhung mit der abgestellt werden. Berlin, den 21. Juli 1823.

General-Direction der Königl. Preuß. Allgemeinen
Wittwen-Verpflegungs-Anstalt.
von Winterfeld. Büsching. von Drebow.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Liegnitz.

No. 115.
Die Debit-Ertaubnis
der Zeitung: Bouss-
sole du commerce.

Ob zwar durch die im Amtsblats pro 1820. pag. 44. und 45. veröffentlichte Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 30. December 1819. der Eingang und Durchgang sämtlicher in dem Königreich der Niederlande erscheinenden Zeitungen verboten worden ist, so haben des Königs Majestät mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 13. Juli d. J., doch ausnahmsweise den Debit des gegenwärtig in Antwerpen herauskommenen merkantillischen Blattes: Bousssole du commerce, in den Preussischen Staaten zu gestatten geruht; welches Wir den daran Interesse nehmenden Einsassen Unserer Verwaltungs-Begrißs hierdurch bekannt machen. Liegnitz, den 1. August 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.
I. P. No. 107. July c.

No. 116.
Beide Ausreichung
der Zins-Coupons
Series IV. zu den
Staats-Schuldschei-
nen.

Durch die Bekanntmachung der Königl. Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden vom 30. November v. J. im 52. Stück des Regierungs-Amtsblatts vom Jahr 1822. Seite 380., ist die Annahme der Staats-Schuld-Scheine bei den Reglerungs-Haupt-Kassen zur Einsehung derselben an die Controlle der Staats-Papire, Behufs der Abstempelung und Ausreichung der Zins-Coupons Series IV., bis Ende Februar d. J. nachgegeben worden. Die Erfahrung hat indeß gelehrt, daß viele Inhaber derselben, diese Vergünstigung

un.

unbenutzt gelassen, und unter dem Vorgeben, von der erwähnten Bekanntmachung nicht früh genug Kunde erhalten zu haben, entweder die Königl. Hauptverwaltung oder die Controlle der Staats-Papiere mit unmittelsbaren Einsendungen befehligen, wodurch besonders Letztere, bei ihren ohnedies überhäuferten Arbeiten, auf eine sehr nachtheilige Weise belästigt wird. Um dies zu vermeiden, und um die sämmtlichen Präsentanten auch noch ferner die Vortragsfreiheit genießen zu lassen, hat die Königl. Hauptverwaltung der Staats-Schulden, nach einem Erlaß vom 15. v. M., nachgegeben, daß die bisher nicht-präsentirten Staats-Schuldscheine am 1. September d. J. bei den Regierungen, Haupt-Kassen angenommen und zur Abstempelung und Ausreichung der Zins-Coupons, wie früher geordnet, an die Controlle der Staats-Papiere eingesandt werden.

Wir bringen diese Bestimmung hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, und fordern alle diejenigen im Departement Unserer Verwaltung, welche jene Vergünstigung unbenutzt gelassen, hiermit auf: die bisher nicht präsentirten Staats-Schuldscheine, unfehlbar bis gegen Ende des Monats September d. J. an die nächste Kreis-Kasse mittelst Designation zur Beschaffung der Zins-Coupons abzugeben.

Letztere hat solche, der an Sie unterm 7. Januar d. J. ergangenen, im diesjährigen Amtsblatt No. 2. Seite 13. befindlichen Anweisung gemäß, anzunehmen, und der Königl. Regierungs-Haupt-Kasse zur weiteren Veranlassung einzusenden.

Aus dieser wird sodann die Rücksendung der mit Zins-Coupons versehenen Staats-Schuldscheine in eben der Art erfolgen, wie solches früher nach den Bekanntmachungen vom 1. April d. J., in No. 14. Seite 105., und vom 13. Juni d. J., in No. 25. Seite 178., des Amtsblatts geschehen ist.

Liegts, den 1. August 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.
II. B. No. 147. R. July c.

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Der Candidat der Mathematik Bormann zu Greiffenberg, ist zum Reglements-Vermessungs-Conducteur ernannt worden.

Der Leutenants Reich, bisheriger Assistent in der kassischen Regiments-Haupt-Kasse, ward zum Kassenschreiber bei derselben ernannt.

Der bisherige Schulgehilfe Johann Gottlieb Bormann zu Rostock, Borkenhainischen Kreises, ward evangelischer Schullehrer und Organist daselbst, und der bisherige Schullehrer Johann Gottfried Urban, zweiter evangelischer Schullehrer zu Königsborn, Borkenhainischen Kreises.

Ver-

Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

Die Anschaffung der nachstehend angegebenen Casernement- Utensilien für Garnison-Orte des 6ten Armee-Corps betr.

Es soll die Lieferung nachstehend angegebenen, zum Casernement der Königl. Truppen des 6ten Armee-Corps erforderlichen Utensilien verbunden werden; hierzu wird ein Termin auf den 10. September d. J. anberaumt, und haben sich geeignete Lieferungslustige gedachten Tages des Vormittags um 9 Uhr in unserm Geschäfts-Local — Alsbüßer- und Kupferschmidt-gassen-Ecke — einzufinden; die näheren Bedingungen aber können in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Nachweisung

der an den Mindestfordernden zu verdingenden Gegenstände mit Angabe der Ablieferungs-Orte.

Bezeichnung der Utensilien.	Ablieferungs-Orte.						Bemerkung.
	Breslau.	Prag.	Olberberg.	Boh.	Netitz.	Leisn.	
Blaugewürfelte Leinwand	4800	1248	300	2000	700	—	Normal-Proben von diesen Gegenständen können bei Einsicht der näheren Bedingungen vorgelegt werden.
Bettdecken/Bezüge	—	—	—	—	—	—	
Dergleichen Kopfkissen	1000	326	—	—	700	—	
ditto	500	200	—	148	400	198	
Betttücher	—	—	—	—	—	—	
Kopfhaare Leib-, Waden-	—	—	—	—	49	—	
Dergleichen Kopftücher	—	—	—	—	49	—	
Zwischene Strohstücke	1000	—	—	—	—	93	
Handtücher	3000	600	800	—	—	—	
Brenn-Materialien	—	—	—	—	—	—	
Kassen	—	—	—	172	—	—	

Breslau, den 24. Juli 1823.

Königl. Intendantur des 6ten Armee-Corps.
Vize- Oberst.

(Hierbei ein öffentlichesiegeltes No. 33.)

Amts = Blatt

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 34.

Liegnitz, den 23. August 1823.

Verordnungen der höchsten und höhern Staats-Behörden.

Um die Hindernisse zu beseitigen, welche wegen der noch in mehreren Provinzen kursirenden alten Landes-Scheidemünzen der allgemeinen Verbreitung der durch das Gesetz vom 30. September 1821. eingeführten neuen Scheidemünze entgegenstehen, und den Zweck, diese neue Scheidemünze zur allgemeinen, allein gültigen Landesmünze zu erheben, zu befördern, will Ich, nach den Vorschlägen des Staats-Ministeris, hiermit Folgendes bestimmen:

- 1) Gewerbetreibende, so wie alle diejenigen, welche ihre Waaren öffentlich ausbieten, sollen von jetzt an allgemein gehalten seyn, die Preise in Preussischem Gelde, nach der neuen Einteilung von 30 Silber Groschen auf den Thaler und 12 Pfennige auf den Silbergroschen, zu stellen;
- 2) auch bei allen öffentlichen Verhandlungen der Verwaltungen, und Justiz-Behörden, Notarien, Auktions-Commissarien, den Cours-Zetteln, Waaren-Preis-Courants etc. muß die neue Münz-Einteilung zur Anwendung gebracht werden;
- 3) die Postgel, Taxen, wo selbige noch bestehen, müssen ebenfalls nach denselben angelegt werden;
- 4) die fremden Silber- und Kupfer-Scheidemünzen aller Art sollen gänzlich außer Cours gesetzt seyn, und nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten im Verkehr nicht mehr angenommen werden;
- 5) die Einbringung fremder Silber-Scheidemünzen soll von jetzt an, bei Strafe der Confiscation, verboten seyn.

Auch die Einbringung fremder Kupfermünzen, so wie überhaupt jeder Kupfermünze, welche nicht unter Preussischem Stempel ausgeprägt worden, soll unter Strafe der Confiscation und der Zahlung des doppelten Nennwerths überall verboten seyn, dergestalt, daß nur die als Metall und zum Einschmelzen eingeführten Kupfermünzen davon ausgenommen bleiben, wozu aber Pässe bei den betreffenden Provinzial-Regierungen nachgesucht werden müssen.

Allehöchste Kabinets-Ordre vom 22. Juni 1823, daß die neue Scheidemünze allgemein in Gebrauch kommen u. die fremde Silber- u. Kupfer-Scheidemünze nach 6 Monaten nicht bloß außer Cours gesetzt, sondern auch ihre Einbringung verboten seyn soll, betr.

Ich beauftrage das Staats-Ministerium, diese Bestimmungen im geelgneten Wege zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, und wegen der Ausführung und Befolgung derselben das weitere Erforderliche zu veranlassen.

Berlin, den 22. Juny 1823.

(gek.)

Friedrich Wilhelm.

Die Verifikation u. Umschreibung der zu der neuern Kriegs-Schuld der Provinz Altmark gehörigen Papiere betreffend.

Es ist bereits von dem vormalsigen Königl. Schatz-Ministerio, unterm 3. März d. J., vorläufig zur öffentlichen Kenntniß gebracht worden, daß des Königs Majestät, mittelst all. höchster Cabinets-Ordre vom 17. Februar d. J., zu bestimmen geruhet haben, daß die, die neuere Kriegsschuld der Provinz Altmark betreffenden Vorbereauungs-Kassen-Quittungen zc. gleich denen der übrigen vormals Westphälischen, jetzt diesseitigen Landestheile, einem Verifikations-Verfahren unterworfen, und demnachst in Staats-Schuldscheine umgeschrieben werden sollen.

Das Königl. Ober-Präsidium zu Magdeburg, welches mit der Einsetzung dieses Verifikations-Geschäfts beauftragt ist, hat hierdurch, unterm 10. Juny d. J., wegen der von den Inhabern der vorbezeichneten Papiere zu bewerkstellenden Einreichung derselben, Bedarfs der Verifikation, gleichfalls bereits das Nöthige öffentlich bekannt gemacht.

Mit Bezug auf diese beiden Bekanntmachungen, wird hierdurch anderweit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß des Königs Majestät mittelst der fernernweitesten allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 13. Juny d. J., um das Verifikations-Verfahren künftigher mit vollständiger Sicherheit zum Abschluß bringen zu können, zur Anmeldung sämtlicher, zu der neuern Kriegsschuld der Provinz Altmark gehörigen Forderungen, bei der angeordneten Verifikations-Commission, einen Präklusiv-Termin auf den 1. December dieses Jahres zu bestimmen geruhet haben.

Es werden daher sämtliche Inhaber aufgefordert, die auf die gedachten Forderungen Bezug habenden Papiere, mit den in der allegirten Bekanntmachung desselben vorgeschriebenen Nachweisungen, und unter Beifügung der gesetzlichen Beweils-Urkunden über die durch Erbgang oder Cession in andere Hände gekommenen, auf einen bestimmten Inhaber lautenden Papiere, unfehlbar binnen der obigen Präklusiv-Frist, bei dem genannten Ober-Präsidio, und zwar an den zu deren Annahme beauftragten Reglerungs-Kassenschuß zu Magdeburg, entweder selbst, oder durch einen mit diesfälliger gerichtlichen Vollmacht versehenen, so wie auch zum Empfang der dagegen zu erwartenden Staats-Papiere und baaren Gelder beauftragten Mandatarius einzureichen, indem alle nach dem 1. December d. J. zur Anmeldung kommenden dergleichen Forderungen durchaus nicht weiter berücksichtigt, sondern für gänzlich erloschen werden erklärt werden. Uebrigens wird zur weiteren Beachtung der Interessenten noch besonders bemerkt, daß

nur

nur von Verifikation derjenigen neuern Kriegsschuld der Altmark die Rede ist, welche diese Provinz unabhängig von der Kurmark contractirt hat, und daß die darauf Bezug habenden Papiere, ohne Unterschied, ob solche etwa früher schon bei irgend einer Behörde producirt worden sind, jetzt wieder bei dem Ober-Präsidenten zu Magdeburg, Behufs der nunmehrigen definitiven Verifikation eingereicht werden müssen, da auf eine frühere Anmeldung bei andern Behörden keine Rücksicht genommen werden kann.

Berlin, den 5. August 1823.

Finanz, Ministerium.

gez. v. Kewitz.

Die unterzeichnete Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden hält sich **Bekanntmachung.** verpflichtet, das Publicum darauf aufmerksam zu machen, daß, bei Veräußerungen von Staatsgütern oder bei Ablösungen von Dominalrenten, Erbpachtes, Geldern und andern Grund-Abgaben, Zinsen, Zehnten, Diensten u., welche seit dem, in der Verordnung vom 17. Januar 1820.

wegen der künftigen Behandlung des gesammten Staats-Schulden-Wesens (Gesetzsammlung No. 577. §. VII.) ausgedrückten Zeitpunkte bewirkt sind, in Ermäßigung derselben nur diejenigen Zahlungen als gültig anerkannt werden sollen, welche von der oben erwähnten Staats-Schulden-Verwaltungs-Behörde bescheinigt sind, weshalb zu diesem Zwecke alle über solche Zahlungen ertheilt oder noch zu ertheilende Quittungen, durch die betreffende Regierungs-Haupt-Kasse, an die Staats-Schulden-Einschlags-Kasse hieselbst eingesandt werden müssen.

Berlin, den 7. Juny 1823.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

gez. Nocher. von der Schulenburg. von Schüge. Beilich.

Des Königs Majestät haben durch die im 14ten Stück der Gesetz-Sammlung vom laufenden Jahre publicirte Allerhöchste Kabinetts-Ordnung vom 19. v. M. zu bestimmen geruhet, daß mit dem, durch die Allerhöchste Kabinetts-Ordnung vom 30. July v. J. angeordneten Liquidations-, Verfahren, wegen der Verwaltungs-Ansprüche an das vormalige Königreich Westphalen und das vormalige Großherzogthum Berg, ein essentielles Aufgebot und ein Präclusions-Termin in Verbindung gesetzt, und wegen Ausführung dieser Bestimmung die weitere Bekanntmachung von der unterzeichneten Behörde erlassen werden solle.

Es werden daher alle diejenigen, welche in Beziehung auf die, mit dem Preussischen Staate vereinigten, zum vormaligen Königreich Westphalen und zum vormaligen Großherzogthum Berg gehörig geweienen Landesheile, noch unbefriedigte Ansprüche an die Verwaltung, aus der Zeit bis zu der diesseitigen Landes-Besiznahme, zu haben vermeinen, hierdurch aufge-

fordert: Ihre Forderungen — sie mögen bei irgend einer Behörde bereits angemeldet seyn oder nicht — spätestens bis zum letzten December des laufenden Jahres 1823., als dem Allerhöchsten verordneten Präklusiv-Termin, in so fern sie die Westphälische Verwaltung betreffen, bei der Liquidations-Commission zu Magdeburg, und wenn sie die Vergische Verwaltung angehen, bei der Liquidations-Commission zu Düsseldorf, unter Vorbringung der Justifications-Documente, um so gewisser anzumelden, als alle bis dahin nicht angemeldete Forderungen ohne Weiteres für präcludirt und ungültig erachtet werden sollen.

Zur Belehrung des bei der Suche interessirten Publikums, und zur Abwendung nutzloser Reclamationen, werden nachstehende Erläuterungen, über die bei diesem Liquidations-Verfahren bestehenden Anordnungen, zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

- 1) Als faktisch begründete Grenz-Zeitpunkte des Schlusses der Personen der ehemaligen Fremde-Herrschaft in den gedachten Länder-Theilen, sind durch die Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 30. July v. J. folgende Termine festgestellt worden:
 - a) für die Ländertheile des vormaligen Königreichs Westphalen, mit Ausschluß der Stadt Magdeburg, der erste November 1813.;
 - b) für die Stadt Magdeburg, der erste May 1814.;
 - c) für das vormalige Großherzogthum Berg, der erste Novbr. 1814.
- 2) Unter den, bei diesem Liquidations-Verfahren zu berücksichtigenden Verwaltungs-Rückständen, werden — in so fern nicht, wie wegen der Westphälischen Landescheile, beschränkende Bestimmungen eintreten — diejenigen unbefriedigten Ansprüche an die Verwaltungs-Behörden, und die, solche vertretende Regierung verstanden, welche, nach den Administrations-Grundsätzen der aufgelöseten beiden Staaten, aus dem laufenden Landes-Einkünften im gewöhnlichen Verwaltungs-Wege hätten befriedigt werden sollen. Es müssen also alle, die verbriefte Kapital-, Staats-, und Provinzial-Schuld betreffenden Ansprüche, bei diesem Liquidations-Verfahren völlig ausgeschlossen, und die diesfälligen Reclamationen, als anderweitigen Bestimmungen unterliegend, hier unbeachtet bleiben.
- 3) Nach der Vorschrift der Allerhöchsten Kabinets-Ordre vom 30. July v. J. ist es ein wesentliches Erforderniß bei den zuzulassenden Ansprüchen, daß die ausdrückliche Zahlungs-Verpflichtung der vormaligen Verwaltung nachgewiesen werde, und es müssen daher alle Reclamationen, denen das notwendige Fundament der ausgesprochenen Zahlungs-Verpflichtung fehlt, zurückgewiesen werden.
- 4) Durch die Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 19. v. Mts. ist ausdrücklich verordnet worden, daß in Ansehung der, zum vormaligen Königreich Westphalen gehörigen Landescheile, bei diesem Liquidations-Verfahren

nur

nur die unbefriedigten Forderungen an die Provinzial-Verwaltung, keinesweges aber die Ansprüche an die Gesamtheit des aufgestellten Staates zugelassen werden sollen, indem letztere zur Westphälischen Central-Schuld gehören, wegen deren Behandlung erst nach der Vereinbarung mit den verschiedenen Regierungen, an welche die zum Königreich Westphalen gehörig gewesenen Landestheile übergegangen sind, weitere Bestimmung erfolgen wird.

Hienach müssen also bei der Liquidations-Commission zu Magdeburg alle Forderungen zurückgewiesen werden, denen eine, zum Vortheil des gesammten Westphälischen Staates oder der Central-Verwaltung geschehene Lieferung, Leistung und Verwendung zum Grunde liegt, und es müssen unter andern alle die, die allgemeine Landes-Verwaltung und allgemeine Landes-Politik, namentlich die Gens'd'armee, ferner das Kriegs-Wesen in allen seinen Theilen, das gesammte centralisirte Pensions-Wesen, die Verzinsung der öffentlichen Schuld betreffende Ansprüche, bei diesem Liquidations-Verfahren ausgeschlossen bleiben.

- 5) Bei der Liquidation der Bergischen Verwaltungs-Schuld findet der Unterschied zwischen der Central- und Provinzial-Verwaltungs-Schuld nicht Statt, und es können daher bei der Liquidations-Commission zu Düsseldorf alle unbefriedigte Ansprüche an die Bergische Verwaltung, aus der Zeit vor der diesseitigen Besitznahme, denen ein ausdrückliches Zahlungs-Versprechen zum Grunde liegt, zur Liquidation angemeldet werden.

Bei diesem Liquidations-Verfahren sind ausgenommen, die etwaigen Ansprüche an die Bergische Verwaltung in dem, an das Großherzogthum Nassau zurückgegangenen, und von dieser Regierung an Preußen abgetretenen Theilen des vormalsigen Großherzogthums Berg, indem für diese Landestheile, auf den Grund der bestehenden Staats-Verträge, ein besonderes Rest-Liquidations-Verfahren eingeleitet worden ist.

Die unterzeichnete Behörde darf annehmen, daß diese Erläuterungen den eigentlichen Zweck des angeordneten Liquidations- und Präclusions-Verfahrens genügend aufklären, und es haben sich danach alle diejenigen genau zu achten, welche Ansprüche dieser Art glauben geltend machen zu können.

Berlin, den 7. August 1823.

Immediat-Commission für die abgesonderte
Rest-Verwaltung.

gez. Wolfart.

Ber:

Verordnungen der Königl. Regierung zu Pless.

No. 117.
Begen Aufhebung
der Tuchschau zu
Zauer.

Die Tuchmacher zu Zauer, als die bisherige Schau Korporation bllend, haben beschloffen die dortige Tuchschau vom 1. May d. J. ab, in Gemäßheit des Gesetzes vom 5. Januar d. J., aufzuheben, und eine neue Schau-Anstalt nicht zu gründen. Es treten daher nunmehr die zu Zauer gefertigten Tuche ohne öffentliche Beglaubigung in den Verkehr.

Pless, den 8. August 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.
II. 1548. July c.

No. 118. Nachweisung der unter dem Verbote der Rückkehr und unter Androhung ausländischen Vagabunden und Verbrecher

No.	Name, Stand und Heimat, Ort.	Religion.	Personal							
			Alter.	Grö. ße.	Haare.	Stirn.	Augen braun. nen.	Augen.	Nase.	
1	Der Dienstknecht Joseph Wolff . . aus Marschendorf	katholisch	30	5	2	braun	gewöhnl.	blond	grau	gewöhnl.
2	Der Insiegler Anton Guderwag . aus Welsdorf	—	30	5	2	schwarz braun	bedeckt	braun	—	gewöhnl.
3	Der Schönsäb-bergeselle Dominicus Hörner . aus Votschall	—	25	5	—	braun	—	grau	grau	gewöhnl.
4	Der Brautweinbrenner Franz Joseph Rappert aus Wedditz	—	35	5	7	schwarz	hoch	grau	schwarz	stark
6	Franz Joseph Vogl . aus Presburg	—	17	unterm Maß	blond	rund	blond	blau	stumpf	
7	Johann Franz Riese aus Gabel	evange. lisch	15	unterm Maß	braun	bedeckt	schwarz	braun	spizig	

Pless, den 18. July 1823.

Der von der Tuchschau-Corporation zu Sprottau in Gemäßheit des Beschlusses vom 5. Januar d. J. gefasste Beschlufs, die dasige Tuchschau-Anstalt sofort aufzuheben, und einen neuen Tuchschau-Verein nicht zu bilden, ist heut von uns bestätigt worden. Es werden daher von jetzt ab, die in Sprottau gefertigten Tuche ohne Beglaubigung in den öffentlichen Verkehr eintreten. Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung. II. 227. August c.

No. 179.
Die Aufhebung der Tuchschau-Anstalt zu Sprottau betreffend.

zweijähriger Festungs-, oder Zuchthaus-Strafe über die Grenze geschafften für den Monat Juny 1823.

Beschreibung.

Rund.	Zähne	Haut.	Kinn.	Gesicht.	Gesichtsfarbe.	Statur.	Besondere Kennzeichen.	Woßin geschaffte nach	Bemerkungen.
gewöhnl.	gut	bleich	gewöhnl.	oval	gesund	unter, setzt	am Daumen der linken Hand eine Narbe	Böhmen.	
breit	—	braun	oval	oval	blaß	mittler	hinter dem linken Ohre eine Flußbeule	desgl.	
gewöhnl.	gut	—	oval	oval	gesund	unter, setzt	keine	desgl.	
gewöhnl.	schlecht	braun	rund	rund	gesund	—	keine	desgl.	
gewöhnl.	schlecht	schwach	breit	breit	braun	stark	Schwäche in der linken Hand	desgl.	
aufgew.	voll	grau	länglich	länglich	roth	klein	keine	desgl.	
gewöhnl.	gut	wenig	oval	oval	gesund	schwach	keine	desgl.	

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

Die Anschaffung der nachstehend angegebenen Casernement-Utensilien für Garnison-Orte des 6ten Armee-Corps betr.

Es soll die Lieferung nachstehend angegebener, zum Casernement der Königl. Truppen des 6ten Armee-Corps erforderlichen Utensilien verbunden werden; hierzu wird ein Termin auf den 10. September d. J. anberaumt, und haben sich geeignete Lieferungs-lustige gedachten Tages des Vormittags um 9 Uhr in unserm Geschäfts-Local — Altbüßer, und Kupferschmidt-gassen-Ecke — einzufinden; die nähern Bedingungen aber können in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Nachweisung

der an den Mindestfordernden zu verbindenden Gegenstände mit Angabe der Ablieferungs-Orte.

Bezeichnung der Utensilien.	Ablieferungs-Orte.						Bemerkung.
	Breslau.	Brög.	Elberberg.	Glag.	Reiffe.	Posel.	
Blau gewürfelte Leinwand	4800	1248	300	2000	700	—	Normal-Proben von diesen Gegenständen können bei Einsicht der nähern Bedingungen vorgelegt werden.
Dergleichen Bezüge	—	—	—	—	—	—	
Dergleichen Kopfkissen	1000	336	—	—	700	—	
ditto	500	200	—	148	400	198	
Betttücher	—	—	—	—	—	—	
Kopshaare Leib, Ma-	—	—	—	—	49	—	
drögen	—	—	—	—	49	—	
Dergleichen Kopfkissen	1000	—	—	—	—	93	
Zwischne Streichsäcke	3000	500	800	—	—	—	
Handtücher	—	—	—	—	—	—	
Brenn-Materalkasten	—	—	—	173	—	—	
Kasten	—	—	—	—	—	—	

Breslau, den 24. July 1823.

Königliche Intendantur des 6ten Armee-Corps.
Viper. Steuer.

(Hierbei ein öffentlicher Einleger No. 34.)

Am t s = B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 35.

Liegnitz, den 30. August 1823.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Liegnitz.

In Naumburg am Quers ist durch den von dem dasigen Tuchmacher-Gewerk, als zeitweiliger Tuchschau-Corporation, in Gemäßheit des Befehles vom 5. Januar d. J. gefassten, und von Uns bestätigten Beschluß, die Tuchschau-Anstalt vom 1. July d. J. ab, aufgehoben, und ein neuer Tuchschau-Verein nicht gebildet worden. Demnach werden die nunmehr in Naumburg gefertigten Tuche ohne Beglaubigung in den Verkehr treten.

Liegnitz, den 8. August 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Im Verfolg der Bekanntmachung vom 23. May d. J., im 24sten Stück des diesjährigen Amtsblattes, wird hierdurch zur allgemeinen Kunde gebracht, daß nach einem fernern Beschlusse des Tuchmacher-Gewerkes in Naumburg a. d. O., zwar die dortige Tuchschau aufgehoben verbleiben, die Tuchmacher-Innung selbst aber nicht aufgelöst werden soll, und mithin letztere, nach dem Beschlusse der Mehrzahl ihrer Mitglieder, noch ferner fort auert.

Liegnitz, den 8. August 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

II. G. 1547. July c.

In Lauban ist durch den von Uns genehmigten Beschluß des den jetzigen Tuchschau-Verein bildenden Tuchmacher-Gewerks, die Tuchschau-Anstalt, vom 28. Juny d. J. an, aufgehoben, und ein anderweitiger Tuchschau-Verein, nach Maßgabe des Befehles vom 5. Januar d. J., nicht errichtet worden. Es treten daher nunmehr die in Lauban gefertigten Tuche ohne öffentliche Beglaubigung in den Verkehr. Liegnitz, den 8. August 1823.

Königl. Preussische Regierung. Zweite Abtheilung.

II. 181. August c.

No. 110.
Wegen Aufhebung
der Tuchschau zu
Naumburg a. Quers.

No. 120.
Betrifft das Fortbe-
stehen der Tuchma-
cher-Innung zu Na-
umburg a. d. O.

No. 121.
Die Aufhebung der
Tuchschau in Lauban
betreffend.

No. 121.
Wegen Aufhebung
der Luchschau zu
Grünberg.

In Folge des Gesetzes vom 5. Januar d. J., hat die Tuchmacher-Zinnung zu Grünberg, als zeitweilige Luchschau-Corporation beschloffen, die Luchschau anstatt daselbst aufzuheben, und einen neuen Luchschau-Verein für jetzt nicht zu bilden.

Dieser Beschluß ist von Uns bestätigt worden, und es werden demnach, von jetzt ab, die in Grünberg gefertigten Tuche ohne Beglaubigung in den Verkehr eintreten.

Liegnitz, den 14. August 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

No. 123.
Wegen Aufhebung
der Luchschau zu
Heuthen a. O.

In Heuthen a. O. ist die Luchschauanstalt durch den von den dasigen Tuchmachern, als zeitweiliger Schau-Corporation, in Folge des Gesetzes vom 5. Januar d. J., gefaßten und von Uns bestätigten Beschlusses, aufgehoben worden. Es werden daher, da ein neuer Schauverein daselbst für jetzt nicht gebildet wird, die in Heuthen gefertigten Tuche ohne Beglaubigung in den Verkehr treten.

Liegnitz, den 14. August 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

II. G. 431. August 2.

No. 124.
Den Einreißt der
erleierten Jäger und
die Einreichung der
Jäger-Lizenzen betr.

Durch die Amtsblatt-Verfügung vom 28. August v. J. (Amtsblatt pro 1822. pag. 242.) ist wiederholt in Erinnerung gebracht worden, daß gelehrte Jäger, ohne eine von der vorgesetzten landrätlichen Behörde, oder von der Inspection der Jäger und Schützen erhaltenen Anweisung, weder zum Garde-Jäger-Bataillon noch zu irgend einer Jäger-Abtheilung eintreten dürfen, gleich wie sie stets mit den vorschriftlichen Lehrbriefen versehen seyn müssen, wenn sie nicht in ihre Heimat zurückgeschickt werden wollen. Auf den Antrag der Inspection der Jäger und Schützen, werden diese Bestimmungen hierdurch erneuert, wobei Wir für die Kreislandräthl. Behörden zur Erleichterung disziplinärer Anfragen bemerken, daß Jäger, welche zum Ersatz des Jäger-Corps zwar bestimmt sind, jedoch den vorschriftlichen Lehrbrief nicht beschaffen können, in das Jäger-Corps nicht aufgenommen, sondern einem andern Truppenzettel nach ihrer Qualification überwiesen werden sollen.

Schlüsslich fordern Wir die landrätlichen Aemter Unserer Verwaltungsbezirks hierdurch auf, die Lizenzen von den gelehrten Jägern für das Jahr 1824, nachstehend:

- 1) der Ausgelernten vom 25. Jahre abwärts, welche noch nicht im Jäger-Corps dienen,
- 2) derer, die sich in der Lehre befinden,

bis zum 10. April f. J. beßens in duplo einzureichen, und bei der Anfertigung nicht allein das vorgedruckte Schema anzuwenden, sondern auch mit möglichster Genauigkeit und Sorgfalt zu verfahren.

Die somit noch mit eingereichte Liste No. 3. von den Söhnen der Königl. Isthchen, Städtischen und Privat-Johister, die noch nicht in der L. h. sich befinden, ist für das nächste Jahr nicht begehret worden, braucht also auch nicht mit eingesandt zu werden.

Briegnitz, den 13. August 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

3. 722. August c.

Obzwar mittelst Unserer Verfügung vom 6. November 1819, im Amtsblatt genannten Jahres No. 293. Seite 430. und folgende, den Magisträten aufgegeben worden, Negativ-Berichte an Uns einzureichen, wenn Contraventions-Fälle gegen Landes-, Polizei-Gesetze, die mit einer Strafe zu belegen gewesen, im abgelaufenen Halbjahre nicht vorgekommen, so haben Wir doch solcher von mehreren Magisträten, sowohl die Einreichung von Polizei-Estrafgelder-Nachweisungen, als auch von diesfälligen Negativ-Attesten vermisst, und dieser Einnehmer-Titel Unser Haupt-Kasse hat daher nicht vollständig belegt werden können. Um der Regierungs-Haupt-Kasse künftig aber eine zureichende Justifikation zu verschaffen, wird den landrätlichen Röntern und sämmtlichen Magisträten Unserer Verwaltungs-Behörde aufgegeben:

No. 125.
Wegen der Polizei-
Estrafgelder.

- a. Für den Fall, daß vom Jahre 1823. ab, im Laufe eines ganzen Jahres keine Polizei-Estrafgelder zu erheben und dieselben zu senden gewesen, mit Ende December jeden Jahres ein Negativ-Attest für das abgelaufene Jahr an die Regierungs-Haupt-Kasse einzusenden.
- b. Wenn im ersten Halbjahre Polizei-Estrafgelder einzusenden gewesen, im zweiten aber keine vorgekommen sind, so ist ebenfalls für das zweite Halbjahr ein Negativ-Attest mit Ausgang des Monats December an die Regierungs-Haupt-Kasse einzusenden, wogegen umgekehrten Falls, wenn nicht im ersten Halbjahr eine Erhebung statt gefunden, im zweiten aber Polizei-Estrafgelder einzusenden vorgekommen, die Estraf-Listen für das ganze Jahr anzufertigen und dahin zu beglaubigen sind, daß im Laufe des Jahres ein Mehreres nicht abzuführen gewesen ist.
- c. Die halbjährigen Listen, womit die eingezogenen Estrafgelder eingesandt worden, sind auch dahin zu beschelmigen, daß in dem betreffenden halben Jahre weder mehr noch weniger Polizei-Estrafgelder zu erheben und einzusenden vorgekommen.
- d. Die im zweiten halben Jahre eingezogenen Polizei-Estrafgelder sind, mit Ausgang des Monats December jeden Jahres, zur Haupt-Kasse unfehlbar abzuliefern, und gleichzeitig sind die doppelten Nachweisungen dieser Estrafgelder an Uns einzureichen.

Durch

Durch Nichtbefolgung dieser Vorschriften wird die in der Verordnung vom 6. December 1819. angedrohte Ordnungsstrafe verwirkt.

Liegnitz, den 13. Aug. 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.
I. P. No. 469. Aug. c.

No. 126.

Die Rückgabe der von kaiserl. Oesterreichischen Behörden an dortige Unterthanen ertheilten Pässe betreffend.

Die Verordnung vom 29. März (12. May) 1821, wegen der Rückgabe der von kaiserl. Oesterreichischen Behörden an jenseitige Unterthanen ertheilten Pässe (Seite 134—135. des hiesigen Amtsblatts von 1821.) wird auf höhere Veranlassung hierdurch in Erinnerung gebracht.

Sämmtliche Polizei-Behörden des hiesigen Regierungs-Beytrags, und vornehmlich die an der Landes-Grenze befindlichen, werden angewiesen, danach pünktlich sich zu achten.

Auf dergleichen Oesterreichischen Pässen ist zur Vorsicht ausdrücklich zu bemerken:

daß solche nach obiger Verordnung dem Inhaber nicht abzunehmen, sondern vielmehr, Beßuß der Reproduktion bei der Rückkehr in sein Vaterland, zu belassen sind.

Liegnitz, den 20. August 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.
I. P. No. 32. R. pro August c.

No. 127.

Die Einsammlung einer evangel. Kirchen-Collecte zum Wiederaufbau der abgebrannten Pfarrgebäude zu Lürzig, Strehlenschen Kreis, betreffend.

Das Königl. Ministerium der Geistlichen, Unterleichen, und Medizinal-Angelegenheiten, hat unterst. Reskripts vom 17. v. M. der evangelischen Gemeinde zu Lürzig, Strehlenschen Kreises, zum Aufbau ihrer kürzlich abgebrannten Pfarrgebäude, eine evangelische Kirchen-Collecte in der hiesigen Provinz bewilliget.

Wir bringen dies zur Kenntniß der Einsassen des hiesigen Regierungs-Beytrags, und fordern die Herren Superintendenten auf, die Einsammlung dieser Collecte durch die Geistlichen ihres Aufsichtsbeytrags, nach vorgängiger vorschriftsmäßiger Abkündigung von den Kanzeln, veranstalten zu lassen. Die eingekommenen Beträge sind innerhalb längstens 8 Wochen an die hiesige Haupt-Instituten-Kasse, nebst einem genauen Verzeichnisse der Münzsorten, einzusenden; uns aber gleichzeitig mit Vorlegung der General-Designation und der Spectakeln, woraus hervorgeht, wie viel in jedem Kirchen-Bezirge eingegeben, die diesfälligen Anzeigen zu machen.

Liegnitz, den 12. August 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.
I. C. No. 35. R. August c.

Per

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Wir haben

- 1) den Oekonomen Neugebauer aus Eulau, zum Oekonomie-Commissions-Gehülfen im Hlogauer Special-Commissions-Bezirk, und
- 2) den Geometer Schor, zum Conducteur für denselben Bezirk ernannt, und bringen dies zur öffentlichen Kunde.

Breslau, den 27. July 1823.

Königl. General-Commission für Nieder-Schlesien.

Der bisherige Organist Walter zu Dohms, ward evangelischer Schul-lehrer und Küster zu Kohlforth, Görlischen Kreises; der bisherige Schul-Adjunct Lippius zu Kunzenborn, evangelischer Schullehrer zu Schlaurorth, eben dieses Kreises; der Schullehrer Kissan zu Krain, evangelischer Schullehrer zu Kauber, Volkenspalaschen Kreises.

Der Candidatus chirurgiae Lambez zu Raumburg a. O., erhielt die Approbation als Wundarzt und Geburtshelfer.

Der Kaufmann Jahn ward als Bürgermeister zu Fretzeberg a. O., und der Gastwirth Schwer als unbesoldeter Rathmann zu Raumburg a. O. be-stätigt.

Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

Nach einem Rescript des Königl. Hohen Rathstischs des Innern und der Die Beiträge zur
Polizei, haben die von dem Polizey-Rath Merker zu Berlin im April d. J. an-
geforderten auch bereits herausgegebenen „Beiträge zur Erleichterung des Ge-
lingens der praktischen Polizei,“ nach Plan und bisheriger Ausführung, eine
so zweckmäßige, besonders praktische Richtung, daß sie für den Königl. Poli-
zeidienst und für die dabei angestellten Beamten allerdings von besonderer
Brauchbarkeit, und ganz vorzüglich geeignet sind, von denselben eben so ge-
halten, und benutzt zu werden, wie die früherhin schon (Seite 190 — 191 des
diesigen Amtsblatts von 1821.) öffentlich empfohlenen „Mittheilungen zur
Beförderung der Sicherheits-Pflege, ebenfalls von H. Merker,“ welche als
sehr nützlich sich bewährt haben.

Wir machen daher die gedachten Beamten auf obige Beiträge, als eine
lesenswürdige gemüthliche Schrift, hierdurch besonders aufmerksam.

Liegnitz, den 16. August 1823.

Königl. Preuss. Reglerung. Erste Abtheilung.

Don

Die Aufschaffung der nachstehend angegebenen Eisenmen-
den für Garni-
sonen des 6ten
Armee-Corps bez.

Es soll die Lieferung nachstehend angegebener, zum Eisernement der königlichen Truppen des 6ten Armee-Corps erforderlichen Utensilien verdingt werden; hierzu wird ein Termin auf den 10. September d. J. anberaumt, und haben sich geeignete Lieferungsanstalten gedachten Tages des Vormittags um 9 Uhr in unserm Geschäfts-Local — Altbauer, und Kupferschmidt-
gasse, Ecke — einzufinden; die nähern Bedingungen aber können in den ge-
wöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Nachweisung

der an den Mindestfordernden zu verdingenden Gegenstände mit Angabe der Ablieferungs-Orte.

Bezeichnung der Utensilien.	Ablieferungs-Orte.						Bemerkung.
	Breslau.	Wieg.	Gilberg	Blag.	Meiße.	Gosel.	
Blaugewürfelte Leinene Verdecken-Bezüge	4800	1248	300	2000	700	—	Normal-Prüben von diesen Ge- genständen kön- nen bei Einsicht der nähern Be- dingungen vor- gelegt werden.
Dergleichen Kopfkissen	1000	336	—	—	700	—	
dito	500	200	—	148	400	198	
Betttücher	—	—	—	—	49	—	
Kopshaare-Leib, Ma- dragen	—	—	—	—	49	—	
Dergleichen Kopfkissen	1000	—	—	—	—	93	
Zwölffche Strohsäcke	3000	500	800	—	—	—	
Handtücher	—	—	—	—	—	—	
Brenn-Materialien	—	—	—	173	—	—	
Kasten	—	—	—	—	—	—	

Breslau, den 24. July 1823.

Königliche Intendantur des 6ten Armee-Corps.
Viper. Steuer.

Von der in Preußen verstorbenen Maria Rosina verwitweten Fleischer
Wille gebornen Kretschmer, sind der dasigen evangelischen Kirche 10 Rthlr.
Cour. legirt worden. Wohlthätigkeits
Stiftungen.

Die zu Naumburg a. O., verstorbene Exconventualin des ehemaligen dasi-
gen Jungfrauen-Klosters Maria Walburgis Altmann, hat in ihrem hinter-
lassenen Testament zur Verschönerung unter die Namen der dortigen Stadt und
der vormalsigen Kloster-Dorfschaften Herzogswaldau, Parkß., Birkenbrück,
Hennersdorf und Ullersdorf, an jedem Ort 5 Rthlr., zusammen 30 Rthlr. legirt,
und zu einem in der Kirche zu Birkenbrück alljährlich abzuhaltenden Requiem
50 Rthlr. ausgesetzt.

(Hierbei ein öffentlicher Anschlag No. 36.)

zu bringen ist, als ein schon vorbereitetes neues Gesetz über die Armen, Pflege publicirt werden wird.

Es haben daher die Polizei-Verordnen, und besonders die Stadt-Magistrate, Hiernach sich zu achten. Königl. den 19. September 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.
Ad I. 20. R. Septbr. c.

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

Wegen Erhöhung
desagio bei den all-
gemeinen Wittwen-
Kassen-Beiträgen.

Da nach einem Schreiben des hohen Königl. Ministerii des Innern der §. 7. der Instruction für die Haupt-Instituten und Communal-Kassen zur Verwaltung der Geschäfte der Königl. Allgemeinen Wittwen-Versorgungs-Anstalt, welcher enthält:

daß denjenigen Beamten, welche keinen Geld-Antheil bei ihrem Gehalte beziehen, nachgelassen seyn sollte, insofern sie ihre Wittwen-Kassen-Beiträge durch die Salarien-Kassen berichtigen, solche ganz in Courant mit 10 pro Cent Agio zu geben,

dahin abgeändert worden, daß sowohl bei den wegen der Wittwen-Kassen-Beiträge versetzten Gehalts-Abzügen, als auch in den Fällen, wo Andere, welche überhaupt kein Gehalt aus den Salarien-Kassen beziehen, ihre Beiträge durch die Haupt-Instituten und Communal-Kassen berichtigen, von jetzt an ein Agio-Satz von 15 pro Cent erfordert, und in Rechnung gestellt werde, wobei sich jedoch von selbst versteht, daß wenn die Interessenten die Zahlung in Gold selbst zu bewerkstelligen vorziehen, solches ihnen ganz unterwehret bleibe, so wird dieses sämmtlichen Unter-Gerichten in dem Departement des unterzeichneten Königl. Ober-Landes-Gerichts zur Nachricht und Achtung hierdurch bekannt gemacht. Breslau, den 5. September 1823.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Schlesien.

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Der Candidat der Theologie Schnabe, ward Ober-Lehrer bei der evangelischen Bürgerschule zu Glogau; der jetztbergle zweite Schul-College M. n. zel, erster Schul-College bei der höheren Pädagogischen Schule zu Jauer und der Seminarist Schiller, evangelischer Schullehrer zu Sand und Krebsberg, Lüden-schen Kreises.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 39.)

Liegnitz, den 4. October 1823.

Verordnungen von Staats-Behörden.

Des Königs Majestät haben durch die im 14ten Stück der Gesamm-
lung vom laufenden Jahre publicirte Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 19.
v. M. zu bestimmen geruhet, daß mit dem durch die Allerhöchste Cabinets-
Ordre vom 30. July v. J. angeordneten Liquidations-Verfahren, wegen der
Verwaltungs-Ansprüche an das vormalige Königreich Westphalen und das
vormalige Großherzogthum Berg, ein öffentliches Aufgebot und ein Präclu-
sions-Termin in Verbindung gesetzt, und wegen Ausführung dieser Bestim-
mung, die weitere Bekanntmachung von der unterzeichneten Behörde erlassen
werden solle.

Bekanntmachung.

Es werden daher alle diejenigen, welche in Beziehung auf die mit dem
Preussischen Staate vereinigten, zum vormaligen Königreich Westphalen und
zum vormaligen Großherzogthum Berg gehörig, gewesenem Landesherrsche noch
unbefriedigte Ansprüche an die Verwaltung aus der Zeit bis zu der diesel-
tigen Landes-Besiznahme zu haben vermeinen, hierdurch aufgefordert, ihre
Forderungen — sie mögen bei irgend einer Behörde bereits angemeldet seyn
oder nicht — spätestens bis zum letzten December des laufenden Jahres
1823., als dem Allerhöchst verordneten Präclusiv-Termin, in so fern sie die
Westphälische Verwaltung betreffen, bei der Liquidations-Commission zur
Magedburg, und wenn sie die Bergische Verwaltung angehen, bei der Li-
quidations-Commission zu Düsseldorf, unter Beibringung der Justifikations-
Documente, um so gewisser anzumelden, als ein- bis dahin nicht angeme-
dete Forderungen ohne Weiteres für präcludirt und ungültig erachtet werden
sollen.

Zur Belehrung des bei der Sache interessirten Publicums und zur Ab-
wendung nutzloser Acclamationen, werden nachstehende Erläuterungen über
die bei diesem Liquidations-Verfahren bestehenden Anordnungen zur öffent-
lichen Kenntniß gebracht.

1) Als faktisch begründete Grenz, Zeit, Punkte des Schlußes der Verloben der ehemaligen Fremdherrschaft in den gedachten Ländereheilen, sind durch die Allerhöchste Kabinets, D: die vom 30. July v. J., folgende Termine festgestellt worden:

- a) für die Ländereheile des vormaligen Königreichs Westphalen, mit Ausschluß der Stadt Magdeburg, der erste November 1813,
- b) für die Stadt Magdeburg der erste May 1814,
- c) für das vormalige Großherzogthum Berg der erste Novbr. 1813^{*)}

2) Unter den bei diesem Liquidations, Verfahren zu berücksichtigenden Verwaltungs, Rückständen, werden — in so fern nicht, wie wegen der westphälischen Landestheile, beschränkende Bestimmungen eintreten — diejenigen unbefriedigten Ansprüche an die Verwaltungs, Behörden und die solche vertretende Regierung verstanden, welche nach den Administrations Grundsätzen der aufgelserten beiden Staaten aus den laufenden Landes, Einkünften im gewöhnlichen Verwaltungs, Wege hätten befriedigt werden sollen. Es müssen also alle, die verbriefte Kapital, Staats, und Provinzial, Schuld betreffenden Ansprüche bei diesem Liquidations, Verfahren völlig ausgeschlossen und die diesfälligen Reclamationen, als anderweitigen Bestimmungen unterliegend, hier unbeachtet bleiben.

3) Nach der Vorschrift der Allerhöchsten Kabinets, D:re vom 30. July v. J., ist es ein wesentliches Erforderniß bei den zugulassenden Ansprüchen, daß die ausdrückliche Zahlungs, Verpflichtung der vormaligen Verwaltung nachgewiesen werde, und es müssen daher alle Reclamationen, denen das notwendige Fundament der ausgesprochenen Zahlungs, Verpflichtung fehlt, zurückgewiesen werden.

4) Durch die Allerhöchste Kabinets, D:re vom 19. v. Ms. ist ausdrücklich verordnet worden, daß in Ansehung der, zum vormaligen Königreich Westphalen gehörigen Landestheile, bei diesem Liquidations, Verfahren nur die unbefriedigten Forderungen an die Provinzial, Verwaltung, keinesweges aber die Ansprüche an die Gesamtheit des aufgelserten Staates zugelassen werden sollen, indem letztere zur Westphälischen Central, Schuld gehören, wegen deren Behandlung erst nach der Bereinigung mit den verschiedenen Regierungen, an welche die zum Königreich Westphalen gehörig gewesenen Landestheile übergegangen sind, weitere Bestimmung erfolgen wird.

Hiernach müssen also bei der Liquidations, Commission zu Magdeburg alle Forderungen zurückgewiesen werden, denen eine, zum Vortheil des gesammten Westphälischen Staates oder der Central, Verwaltung,

^{*)} Im 34sten Stück Seite 236. war aus Veranlassung eines Schreibfehlers irrthümlich, der 11. November 1814. gesetzt worden.

waltung geschöpfene Eiserung, Leistung und Verwendung zum Grunde liegt, und es müssen unter andern alle die; die allgemeine Landesverwaltung und allgemeine Landes-Polizei, namentlich die Gensd'armee, ferner das Kriegs-Wesen in allen seinen Theilen, das gesammte centralisirte Pensions-Wesen, die Verpflegung der öffentlichen Schuld betreffende Ansprüche, bei diesem Liquidations-Verfahren ausgeschlossen bleiben.

- 5) Bei der Liquidation der Bergischen Verwaltungs-Schuld findet der Unterschied zwischen der Central- und Provinzial-Verwaltungs-Schuld nicht Statt, und es können daher bei der Liquidations-Commission zu Düsseldorf alle unbefriedigte Ansprüche an die Bergische Verwaltung, aus der Zeit vor der diesseitigen Besitznahme, denen ein ausdrückliches Zahlungs-Versprechen zum Grunde liegt, zur Liquidation angemeldet werden.

Bei diesem Liquidations-Verfahren sind ausgenommen, die etwanigen Ansprüche an die Bergische Verwaltung zu den, an das Großherzogthum Nassau zurückgegangenen, und von dieser Regierung an Preußen abgetretenen Theilen des vormaligen Großherzogthums Berg, indem für diese Landesstelle, auf den Grund der bestehenden Staats-Verträge, ein besonderes Rest-Liquidations-Verfahren eingeleitet worden ist.

Die unterzeichnete Behörde darf annehmen, daß diese Erläuterungen den eigentlichen Zweck des angeordneten Liquidations- und Präclusions-Verfahrens genügend aufklären, und es haben sich danach alle diejenigen genau zu achten, welche Ansprüche dieser Art glauben geltend machen zu können. Berlin, den 7. August 1843.

Immediat-Commission für die abgesonderte
Rest-Verwaltung.

gez. Wolfart.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Siegen.

Unterm 27. April v. J. wurde Nr. 20. des hiesigen Regierungs-Amts-blatts darauf aufmerksam gemacht, daß die in der Holz-, Raß- und Jagd-Ordnung d. d. Potsdam den 19. April 1756. und in dem Forst-Regulativ vom 26. März 1788. enthaltenen Jagd-Gesetze noch volle Gültigkeit haben, und denselben mithin überall genau nachgekommen werden müsse.

Da solches jedoch nicht durchgängig geschieht, so sind wir darin Veranlassung, an diese Gesetze wiederholt zu erinnern, und vor Uebertretung der darin enthaltenen Vorschriften wohlmeinend zu warnen.

Nr. 135.

Erinnerung an die Beobachtung der Jagd-Gesetze, und an das Verbot, ohne Anweisung über den rechtmäßigen Besitz, kein Wildpret in die Städte zu bringen; insgleichen an das Verbot, keine Jagden zu schicken.

Ganz

Sanz besonders bringen Wir den Inhalt des §. 20. d. 5. des gedachten Regulativs, hinsichtlich des Einbringens von Wilspret in die Städte, in Erinnerung, und daß ein jeder, welcher Wilspret einbringt, gehalten ist, sich über den rechtmäßigen Besitz desselben auszuweisen.

Zugleich erinnern Wir an die Bestimmung des §. II der Declaration der oben angegebenen Holz-, Mast-, und Jagd-Ordnung d. d. Potsdam den 13. October 1774., betreffend das Verbot, Fasanen zu schießen, für jeden, der nicht die Concession zur Haltung einer Fasanerie besitzt.

Den Herren Kreis-Landräthen, Forst-Beamten, Steuer-, und Postkellern, machen Wir zur Pflicht, auf genaue Beobachtung der erwähnten Befehle zu halten, und darauf zu sehen, daß den gesetzlichen Bestimmungen überall genau nachgelebt werde.

Königl. den 19. September 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.

II. No. 1366. August 1823.

No. 136.
Die Einfammlung
einer Haus-Collecte
für die Abgebrannten
zu Oels betreffend.

Es ist höchsten Orts bewilligt worden, daß zur Unterstützung der Abgebrannten zu Oels eine Haus-Collecte auch in dem Kegnischschen Reglements-Bezirk statt finden soll.

Dem gemäß bringen Wir solches zur Kenntniß der Departements-Einsassen und fordern die Herren Landräthe unsers Verwaltungs-Bezirks hier, durch auf, die vorgenannte Haus-Collecte in Städten und auf dem Lande zu veranstalten, die eingekommenen Beträge innerhalb längstens 8 Wochen an die hiesige Haupt-Instituten-Kasse, nebst einem genauen Verzeichnisse der Münzsorten, einzusenden; und bei Uns die Anzeile, daß dies geschehen, unter Beischluß der Nachweisungen in duplo, nebst den Specialien derselben, nicht zu unterlassen. Kegnisch, den 19. September 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

I. C. No. 64. R. Septbr. 1823.

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Der Doctor der Medizin und Chirurgie Junge zu Zerbachberg a. O., erhelet die Approbation als praktischer Arzt, Operateur und Geburtshelfer. Eben so erhelet die Approbation der Doctor der Medizin und Chirurgie Earganico zu Hirschberg, als praktischer Arzt, Operateur und Geburtshelfer, und der Doctor der Medizin Schaffer zu Hirschberg, als praktischer Arzt und Geburtshelfer, und der Candidat der Chirurgie Rutter zu Grünberg, als Wundarzt, mit dem Zeugniß seiner Tüchtigkeit zu f. rensch. chirurgischen Geschäften.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 40.)

Amts = Blatt

den

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 41.

Liegnitz, den 11. October 1823.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Liegnitz.

Die unterm 1. November 1817., im 28. Stück des Amtsblatts pro 1817. sub No. 191. pag. 227. seq. erschienene Instruktion für die städtischen Schuldeputationen, enthält §. 15. die Bestimmung:

daß die Schul-Kassen-Erats zur Genehmigung und Vollziehung der Königl. Regierung eingebracht werden sollen.

Diese Anordnung ist seit längerer Zeit vernachlässigt worden; weshalb solche hierdurch in Erinnerung gebracht, und die Schul-Deputationen zu deren pünktlichen Befolgung aufgefordert werden.

Liegnitz, den 29. September 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

I. No. 1287. Juny 23.

Im Einverständnisse des Königl. Kriegs-Ministeris mit den Königl. Ministerien des Innern und der Medizinal-Angelegenheiten, ist wegen der zur Aufnahme in die Ehler-Argnet-Schule zu Berlin als Eleven sich meldenden Schmelde-Besellen Folgendes festgesetzt worden:

Jeder junge Mensch des Schmelde-Handwerks, der sich bei der Erbschafts-Commission oder bei dem Kreis-Landrathe zur Prüfung gestellt hat, soll angewiesen werden, das ihm über seine Qualifikation ertheilte Certificat mit einem kurzen Besuch um seine Aufnahme als Eleve, woraus zugleich sein Aufenthaltsort zu entnehmen ist, unmittelbar bei dem 1sten Departement im Königl. Kriegs-Ministerio einzureichen; welche Behörde sodann die eingehenden Anmeldungen nach dem Datum des Eingangs in eine Liste bemerken, und sodann nach Verhältniß der Vacanzen, die anzustellenden Eleven wählen, und diese durch eine besondere Bekanntmachung zur Ehler-Argnet-Schule beordern wird.

Er

Hier.

No. 137.

Aufforderung zur Befolgung der Bestimmung im §. 15. der Instruktion für die städtischen Schuldeputationen, wegen Vorlegung der Erats der Schulkassen.

No. 138.

Betrifft die Aufnahme von Eleven bei der Ehler-Argnet-Schule zu Berlin.

Hierbei ist zur Vermeldung unnützer Weislaufigkeiten ein für allemal als Grundsatz angenommen worden,

daß jeder sich zu einer Elevenstelle gemeldete Schmeldegeselle, wenn nur von solchen kann in der Regel die Rede seyn, da sie nur vom 16ten bis zum 24ten Jahre zu Elevenstellen zugelassen werden sollen) welcher, wenn er zum Dienste mit den Waffen aufgerufen wird, sich nicht durch eine an ihn ergangene Aufforderung zu legitimiren vermag, daß er zum wirklichen Eintritt als Eleve bei der Thier-Ärztel-Schule schon berufen worden ist, von den Ersatz-Commissionen unbedingt zur Einstellung bei den Waffen ausgewählt werden kann, und dieser Aushebung ohne Widerrede folgen muß, ohne weitere Rücksicht wie lange er schon zum möglichen Eintritt als Eleve nothet steht.

Durch diese Maaßregel werden nicht nur solche Subjecte selbst gegen Ungewißheit über ihre dereinstige Stellung gesichert, sondern es wird auch vermieden, daß sie, in Ermangelung ihrer Anstellung bei der Thier-Ärztel-Schule, nicht unnöthiger Weise den Waffen entzogen werden.

In Ansehung der sich zum ein, oder dreijährigen freiwilligen Ausschmelde-Dienst meldenden, schon ausgebildeten Thier- oder Hofsärzte, bleibt es für jetzt bei der Bestimmung, daß ihnen frei steht das Regiment sich zu wählen, bei welchem sie zu dienen wünschen, und daß sie sich selbst bei demselben melden dürfen.

Nach diesen Anordnungen haben die Herren Landräthe Unsers Verwaltungs-Bereichs, so wie die Kreis-Ersatz-Commissionen, vorkommenden Falls, sich zu achten. Königs, den 23. September 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.
I. P. No. 66. R. September 1823.

No. 139.
Magnetische Kuren
betreffend.

Das betreffende Königl. Ministerium hat die, im 11. Stück des Amts-Blatts vom Jahre 1817. Seite 89. aufgenommene Anordnung, wonach die eingehenden Berichte über vorgefallene magnetische Kuren, unabhängig von den Sanitäts-Berichten, vorgelegt werden sollen, aufzuheben befunden.

Die Herren Physiker werden daher hiermit angewiesen, von jetzt an, die über die erwähnte Angelegenheit ihnen zugehenden Anzeigen in die Quartals-Sanitäts-Berichte aufzunehmen, so daß alle Negativ-Berichte künftig wegfallen. Königs, den 29. September 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.
I. P. 84 R. Septbr. c.

Der vierte Jahrmarkt in der Stadt Lahn, welcher nach dem diesjähri- gen Markt-Tableau auf den 27. und 28. October festgestellt worden, ist auf den 29. und 30. desselben Monats verlegt worden, welches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Begutß, den 6. October 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Mr. 140.
Jahrmarkt-Verle-
gung in Lahn.

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

Da zu Folge eines von dem Königl. Justiz-Ministerio an das unterzeich- nete Königl. Ober-Landes-Gericht erlassenen Rescripts vom 29. August d. J. verordnet worden ist: daß die Festsetzungen, Decrete der Mandatarien-Gebüh- ren, wenn der Fiscus die Gebühren zu bezahlen hat, förmlich ausgefertigt werden sollen, damit die fiskalischen Behörden über solche Ausgaben zu ihren Rechnungen gültige Beweise erhalten, so werden sämmtliche Untergerichte in dem Bezirk des unterzeichneten Ober-Landes-Gerichts hierdurch angewiesen, sich in Zukunft hiernach zu richten.

Wegen der Festset- zungs-Decrete der Mandatarien-Gebüh- ren, wenn Fiscus die Gebühren zu zah- len hat.

Breslau, den 19. Septbr. 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Schlesien.

Nachdem nunmehr die Regulirung der für das Personale der vormalig- gen gerichtlichen Gerichte und der Königl. Domänen-Justiz-Ämter bestimmten Fonds so weit gediehen ist, daß nach den Bestimmungen eines, von dem hohen Finanz-Ministerio am 27. Januar d. J. ergangenen Rescripts, alle Gehalts-Zahlungen, so wie die Verabreichung der Natural-Einsolumente, oder d. h. dafür angelegten Geld-Vergütungen, vom 1. Januar d. J. ab, nicht mehr aus den Special-Domänen und Forst-Kassen an die Percipienten erfol- gen, die letztern vielmehr ihre diesfälligen Gehalte, so wie den, den letztern empfangenen Naturalien substituirtes Geld-Betrag, aus der zu diesem Zweck einzurichtenden Haupt-Unter-Gerichts-Salarien-Kasse dieselbst, von nun an beziehen sollen; so wird dieses dem gesammten Personale der vormalig- gen gerichtlichen Gerichte, so wie der Königl. Domänen-Justiz-Ämter in dem Be- zirk des unterzeichneten Ober-Landes-Gerichts, hierdurch bekannt gemacht. Da sich jedoch die hiesige Haupt-Unter-Gerichts-Salarien-Kasse mit der Ver- theilung der Naturalien nicht befassen kann, so wird sie vom 1. Juli d. J. an gerechnet, den Empfängern derselben nur den festgesetzten Geldbetrag beizuge- ben und ihnen überlassen, von demselben, welcher solche in natura zu ge- wahren verpflichtet ist, dieselben gegen den veranschlagten Preis sich gewäh- ren zu lassen. Breslau, den 19. September 1823.

Die aus der Unter- gerichts-Salarien- Kasse fließenden Be- zugsungen betreffend.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Schlesien.

Nach

Die Praxis, Praxis
des Justiz-Commissar
sari Hölzner zu
Hirschberg betr.

Nachdem durch das Rescript Eines Höhen Justiz Ministerii vom 12. September d. J., dem Justiz-Commissario Hölzner zu Hirschberg die Praxis auch in dem Bunzläuschen und Löwenbergischen Kreise verstatet worden, so wird solches hierdurch zur allgemeinen Nachricht bekannt gemacht.
Elogau, den 22. September 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Nieder-Schlesien und der Lausitz

Verordnungen auswärtiger Behörden.

Bekanntmachung.

Bei der zu Merseburg am 22. d. M. Statt gefundenen Elften Verloosung der Central-Steuer-Obligationen, sind die in der Anlage sub C. bezeichneten Nummern gezogen worden.

Die Realisirung der ausgelooften Scheine wird Oftern kommenden Jahres, durch das Handlungshaus Reichenbach und Compagnie zu Leipzig, geschehen, und es haben sich daher die Inhaber dieser Scheine, bei dem Eintritt des gedachten Zahlungs-Termins, daselbst zu melden, und die Zahlung gegen Rückgabe der ausgelooften Schuld-Verschreibungen, und der dazu gehörigen Talons und Coupons, in Empfang zu nehmen.

Die in dem bemerkten Zahlungs-Termin unerhoben gebliebenen Summen von Kapital und Zinsen, werden nach abgelaufenen 6 Wochen, von beendigter Zahlungswoche der Leipziger Oftermesse 1824. an gerechnet, auf Kosten und Gefahr der Scheins-Inhaber, bei dem Königl. Ober-Landes-Gericht zu Raumburg deponirt werden.

Berlin, den 22. September 1823.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.
Der Königl. Preuß. Regierungs-Chef-Präsident
v. Schönberg.

C. M a c h w e i s u n g

der, in der am 22. Septbr. 1823. Statt gehaltenen Elften Verloosung der Central-Steuer-Obligationen gezogenen Nummern.

1) Litt. A.

No. 13. 80. 136. 161.

2) Litt. B.

No. 65. 68. 75. 83. 88. 164.

3) Litt. C.

No. 64. 85. 105. 129. 148. 180. 215. 297. 364. 366. 423. 430.
432. 454.

4)

4) Litt. D.

No. 36. 40. 66. 142. 223. 240. 251. 257. 327. 330. 353. 371. 411.
413. 475. 482. 484. 582. 592. 595. 622. 649. 666. 677. 680.
719 796. 981. 1018. 1028. 1051. 1113.

5) Litt. E.

No. 30. 32. 108. 112. 186. 241. 278. 301. 366. 470. 565. 567. 573.
617. 635. 644. 675. 683. 686. 768. 787. 798. 845. 871. 913.
951. 1009. 1055. 1080. 1192. 1233. 1276. 1277. 1310. 1323.
1360. 1456. 1478. 1486. 1530. 1619. 1683. 1697. 1742. 1744.
1862. 2067. 2080. 2198. 2389. 2470. 2491. 2518. 2541. 2575.
2577. 2601. 2602. 2613. 2647. 2674. 2758. 2774. 2828. 2839.
2874. 2893. 2901. 2912. 2931. 3047. 3072. 3074. 3088. 3177.
3180. 3209. 3218. 3311. 3315. 3377. 3386. 3394. 3432. 3459.
3477. 3480. 3514. 3534. 3542. 3547. 3567. 3591. 3596. 3619.
3708. 3731. 3792. 3817. 3823. 3825. 3847. 3851. 3860. 3868.
3875. 3997. 4030. 4042. 4043. 4060. 4141. 4153.

6) Litt. F.

No. 38. 39. 48. 100. 110. 190. 198. 200. 230. 247. 276. 277. 294.
320. 336. 347. 385. 524. 551. 614. 654. 660. 678. 681. 694.
781. 841. 863. 943. 970. 992. 999. 1009. 1035. 1094. 1117.
1147. 1238. 1244. 1297. 1338. 1364. 1440. 1463. 1500. 1513.
1537. 1552. 1553. 1610. 1749. 1772. 1799. 1894. 1953. 1995.
2005. 2022. 2032. 2038. 2103. 2208. 2273. 2322. 2336. 2337.
2345. 2364. 2402. 2438. 2450. 2521. 2561. 2566. 2577. 2658.
2691. 2703. 2855. 2861. 2885. 2993. 3008. 3034. 3037. 3059.
3195. 3233. 3264. 3278. 3290. 3304. 3388. 3405. 3446. 3593.
3607. 3627. 3636. 3638. 3681. 3725. 3806. 3818. 3976. 3983.
4005. 4030. 4101. 4130. 4150. 4238. 4257. 4259. 4262. 4316.
4328. 4368.

Bei der am 23. September d. J. zu Merseburg Statt gefundenen Ver- Bekanntmachung.
ten Verloosung der ehemals Königl. Sächs., jetzt Königl. Preuss. Kammer-
Kredit-Kassen, Scheine, sind folgende Nummern gezogen worden, und zwar:

1) von Litt. B. No. 108. und 382.

2) „ „ C. No. 541. 550. 740. 759. 798. 895. 1553. 2066.
2403. 2512. 3144. und 3257.

3) „ „ D. No. 74. und 138.

4) „ „ A. No. 355. 774. 984. 1141. 1811. 2208. 2392. 2605.
2950. 2987. 3137. und 3294.

Die Zahlung der Kapitalen wird Ostern 1824. bei der Königl. Haupt-
Instituten, und Communal-Kasse zu Merseburg erfolgen.

Außer,

Außerdem werden auch im gedachten kommenden Oster-Termin von ungenutzbaren Kammer-, Kredit-, Kassen-, Scheinen sub Litt. E., und zwar:

a) von denen, welche bereits früher zur Zahlung ausgesetzt, aber noch nicht realisiert worden,

die zu 23 Thalern von No. 1970. bis 9228.;

b) von denen, welche noch nicht zur Zahlung ausgesetzt gewesen sind,

die zu 25 Thalern von No. 1597. bis 2370.,

bei der vorgenannten Kasse, durch Baarzahlung eingelöst werden, und es haben sich daher die Inhaber, sowohl der verloosten, als auch der ungenutzbaren Scheine, bei dem Eintritt des Zahlungs-Termins, daselbst zu melden, und die Zahlung gegen Zurückgabe der betreffenden Scheine, und dazu gehörigen Talons und Coupons, in Empfang zu nehmen.

Die unerhoben gebliebenen Summen von Kapital und Zinsen, werden nach Maßgabe der, von der Königlich Preussischen Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden, unterm 18. März d. J. erlassenen öffentlichen Bekanntmachung, sechs Wochen nach beendigter Zahlungswoche der nächsten Kaiserl. Ostermesse, bei dem Königl. Ober-Landes-Gericht zu Naumburg, auf Kosten und Gefahr der Scheins-Inhaber, deponiert werden.

Berlin, am 23. September 1823.

Im Auftrage der Königl. Preuss. Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.
Der Königl. Preuss. Regierungs-Chef, Präsident
v. Schönb erg.

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Der bisherige Divisions-, und Garnison-Prediger Köppler zu Ologau, ward Pastor an der evangelischen Kirche zu Parchwitz, und der Candidat des Predigamts, Schnelder, zweiter Militär-Prediger bei der 9ten Division in Ologau.

Der bisherige Hülfslehrer Hoffmann zu Nieder-Thomaswaldbau, ward evangelischer Schullehrer zu Ober-Thomaswaldbau, Bunzlauer Kreises, der jetzige Schullehrer Wirth zu Thiergarten, evangelischer Schullehrer zu Greulich, Bunzlauer Kreises, und der Seminarist Weidner, evangelischer Schul-Adjutant zu Albersdorf, Goldbergischen Kreises.

Ver-

Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

Historische Nachrichten aus dem Königl. sächsischen Regierungs-
Departement für den Monat September 1823.

1. Unglücksfälle und Selbstmorde.

Im verfloffenen Monat sind 5 Selbstmorde vorgefallen. Neun Kinder wurden aus Mangel an Aufsicht dem Leben entzogen, und eines unnatürlichen Todes starben 6 Personen.

2. Feuersbrünste.

In der Nacht vom 4. Septbr. brannten in der Vorstadt zu Primsenau 4 Scheunen; am 10. zu Lautersachsen, Löwenbergischen Kreises, die Scheune der Scholtse mit allen Getreide-Vorräthen, und am 13. zu Krummen/Dels, desselben Kreises, eine Häuslerstelle ab.

Zu Nieder-Pfaffendorf, Odrilzischen Kreises, wurden am 23. August die Gebäude einer Häuslerstelle, und zu Odrilz am 18. Septbr. ein Haus eingestürzt.

3. Wetter-Schäden.

Das am 3. Septbr. Abends statt gefundene Gewitter war mit einem starken Schloffen- und Hagel-Regen verbunden, und hat mehrere Dörfer im Landesburschen Kreise, besonders aber die Gegend um Grünberg stark betroffen. Die Schlossen waren von der Größe der Welschen, und Haselnüsse, zum Theil so groß, wie ein Hühner-Ey. Dadurch ist in den Weingärten bei Grünberg ein großer Schaden angerichtet worden; der Hagel schlug in den Gegenden, über welche das Gewitter zog, fast alle Trauben von den Weinstöcken und alle Früchte von den Bäumen, auch wurden theilweise die Reben so sehr beschädigt, daß die betreffenden Gartenbesitzer auch im nächsten Jahre keinen Ertrag zu erwarten haben. Nach der Annahme dieses Schadens beträgt der vermuthliche Verlust beim Wein 5675¹/₂ Eimer, und beim Obst 5993 Scheffel, und der Geldbetrag des erlittenen Schadens überhaupt 36,468 Rthlr. Regensburg, den 2. October 1823.

Königl. Preussische Regierung.

Der ehemalige Freibauer-Gutsbesitzer, gegenwärtige Auswärtler Johann Wohlthätigkeits
Anzeigen.
George Weyer zu Ober-Glesmannsdorf, Sprottauischen Kreises, hat der dasigen evangelischen Schule ein Capital von 40 Reichsthalern Courant zu 5 Prozent mit dem Wunsche geschenkt: daß jährlich von den Interessen desselben einem armen Schulkinde abwechselnd eine Bibel oder ein Gesangbuch dargereicht, der etwa bleibende Rest aber der Schulkasse einverleibt werde.

Eben so hat der zu Gredeberg a. O. verstorbene Bürger Neumann der dasigen evangelischen Kirche ein Vermächtniß von 10 Rthlrn. befohlen.

Ants = Blatt

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 42.

Liegnitz, den 18. October 1823.

Allgemeine Gesessammlung.

Das 16te Stück enthält unter Nummer

- 820) Die Allerhöchste Declaration vom 19. August 1823., wegen Anwendung der Zoll-Ordnung vom 26. May 1818., bei der von Gewerbetreibenden in den Grenzbezirken nicht nachgewiesenen Versteuerung.
- 821) Die Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 4. September 1823., wegen eines Präclusions-Termins zu Einreichung der Schuld-Atteste über Lieferungs-Forderungen aus der französischen Militär-Verpflegungs-Periode vom 1. März 1812/13.
- 822) Den Tarif, nach welchem das Jahrgeld für das Uebersetzen über die Warthe von Kowissenhain nach Starolotka erhoben werden soll. Vom 18. September 1823.
- 823) Den Tarif, nach welchem das Jahrgeld für das Uebersetzen über den Skerwitzstrom bei Skerwitz erhoben werden soll. Vom 18. September 1823.
- 824) Die Bekanntmachung vom 26. September 1823., wegen Stempel-pflichtigkeit der sogenannten Dispositionsscheine.
- 825) Die Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 27. September 1823., wegen Anstellung zweier Departements-Actoren und resp. eines Präclusions-Termins, rücksichtlich der Kriego-Schulden-Forderungen aus der Zeit des Herzogthums Warschau an die Departements Posen und Bromberg.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Siegen.

No. 147.
Die Verhütung von
Feuerschäden durch
selbstentzündliche
Dinge betreffend.

Bei den leider so häufig vorkommenden Feuersbrünsten gebietet es die Vorsicht, dergleichen Unglücksfällen auf alle mögliche Weise vorzubeugen.

Eine nicht genug beachtete, vielleicht zu wenig gekannte Veranlassung zu Feuerschäden, geben auch diejenigen Dinge, welche sich unter gewissen Umständen selbst entzündn.

Wir finden uns daher veranlaßt, das Publikum auf diesen wichtigen Gegenstand aufmerksam zu machen, und denselben zur sorgfältigen Beachtung um so mehr zu empfehlen, als eine große Anzahl von Fällen in mehreren Ländern beobachtet worden ist, wo bedeutende Feuersbrünste durch Selbstentzündung brennbarer Materialen veranlaßt worden sind.

Es giebt viele Stoffe, die der Selbstentzündung unterworfen sind, indem sie sich bei fester Zusammenpackung, ohne Hinzutritt einer Flamme, eines Funkens, oder eines glühenden Zunders von außen her, so stark erhitzen, daß sie in Glut gerathen, oder in Flammen ausbrechen sobald die geringste Luftströmung auf sie einwirkt. Allgemein bekannt ist es, daß sich Düngerhaufen, naß aufgeschüttete Klemmeln, Heu, Stroh von allen Getreidearten, von Erbsen, Wicken, Klee, Rübsamen u. s. w., rohe Gläse und Hanfstengel zc. wenn sie feucht zusammengehäuft werden; alles aufgeschüttete frische naß gewordene Getreide, naße, fest zusammengepackte Sägespäne, aufgehäuften frische Vegetabilien aller Art, z. B. Kräuter, Wald, Labad, Wacholderbeeren u. s. w. sich erhitzen. Eine solche Erhitzung kann bis zur Selbstentzündung gesteigert werden, wenn plötzlich ein Luftzug Hinzutritt. Man muß daher, um möglichen Gefahren vorzubeugen, auf Düngerhaufen aufmerksam seyn, und dieselben von Zeit zu Zeit umarbeiten; Heu und Stroh nicht in feuchtem Zustande aufhäufen, frische Vegetabilien dünn auseinander streuen, Getreidehaufen fleißig umwenden, und da, wo sich Sägespäne aufhäufen, z. B. in Schneidemühlen, dieselben auseinander werfen.

Beobachtungen und Versuche haben ferner ergeben, daß mehrere Substanzen, wenn sie stark erhitzt oder geröstet, und sodann, ohne abzukühlen, fest zusammen aufgehäuft, gepackt werden, besonders wenn sie sich im Zustande der Verkleinerung befinden, sich selbst entzündn. Dahin gehören alle Getreidearten, das Mehl und die Kleie desselben, Erbsen, Malz, Raffee, Zichorienwurzeln, Erbsen, Bohnen, Reis, Eicheln u. s. w. Es kann demnach gefährlich werden, solche Dinge, vorzüglich wenn sie in verkleinertem Zustande stark erhitzt, oder geröstet, oder gleich nach dem Rösten gemahlen oder gepulvert worden sind noch heiß zusammen zu packen, weil sie sich alsdann selbst

leicht noch stärker erhitzen, und in wirkliche Selbstentzündung übergehen können.

Auch die nach der besten Pressung des Rübs, Leins und Mohndöls zurückbleibenden Delfuchen können, wenn sie noch heiß über einander geschichtet werden, eine Selbstentzündung erleiden. Es ist demnach eine nicht zu vernachlässigende Vorsichtsmaßregel, alle dergleichen Stoffe, wenn sie erhitzt oder geröstet worden, an einem feuersichern Orte, bis zu ihrer völligen Auskühlung, dünn auseinander zu breiten.

Verschiedene Materien erhitzen und entzünden sich selbst, wenn sie, mit fetten Substanzen z. B. Del, Talg, Schmalz, Butter u. verbunden, fest zusammengepackt werden. Die Erfahrung hat gelehrt, daß Glachs und Hanf, die daraus gefertigten Gespinnte, Leinwand, Segeltuch, baumwollene Trüge, Wolle, wollenes Garn, wollene Zeuge, Kuchhaare und andere ähnliche Dinge, nachdem sie mit Baum- oder Hanföl, Talg, Lthran und dergleichen, gefettet, sodann aber fest zusammengewickelt, oder auseinander geschichtet worden, sich selbst entzündet und Feuerbrünste veranlaßt haben. Dergleichen sind Selbstentzündungen an zusammengewickelten neuen Wachscapeten, an in Del gelochten Krüttern, und an einer Mischung von Kleieus, Hanf, oder Leinöl, oder einem aus diesen Oelen bereiteten Firniß beobachtet worden. Alle diese Erfahrungen fordern zur größten Vorsicht auf, und machen es rathsam, dergleichen gefettete Stoffe nicht fest zusammen zu packen, sondern vielmehr, locker auseinandergelegt, an feuersichern Orten und entfernt von entzündlichen Materialien aufzubewahren.

Die leicht in Selbstentzündung übergehenden chemischen Körper übergehen wir hier, da sie sich in der Regel nur in den Händen von Sachkundigen befinden, die damit umzugehen wissen. Indessen erwähnen wir doch, daß Eisensulfuräure mit Wasser angefeuchtet, sich bis zur Blut erhitzen, concentrirte Säuren, besonders die Schwefelsäure oder das sogenannte Vitröls Del, und die Salpetersäure, oder das Scheidewasser auf eiserne, vegetabilische und mineralische Stoffe so heftig einwirken, daß die Hitze bis zur Blut oder Flamme gesteigert werden kann; Schießpulver, besonders wenn es feucht ist, beim Trocknen sich selbst entzünden kann, und gebrannter Kalk, mit wenigem Wasser angefeuchtet, sich so stark erhitze, daß damit in Berührung stehende brennbare Dinge entzündet werden können. Man muß daher mit diesen Materialien, zur Verhütung von Feuergefahr, vorsichtig und aufmerksam umgehen.

Indem Wir das Publikum auf die hier erwähnten Gegenstände aufmerksam machen, haben Wir das Vertrauen, daß Jeder darin eine wohlgegründete

meinte ihn zur sorgfältigen Beachtung und Verzicht auffordernde Belehrung und Warnung finden werde, damit nicht außer den häufigen, in der Regel durch Fahrlässigkeit und Nichtbeachtung, der zur Verhütung von Feuerscha- den ergangenen polizeilichen Vorschriften, verursachten Bränden, auch durch Selbstentzündungen Feuergefährten entstehen mögen.

Ereignis, den 23. September 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.
I. No. 458. September c.

No. 142.
Verbot der Ein- und
Durchfuhr des
Koch-, See- und
Steinsalzes.

Es ist in Erfahrung gebracht worden, daß über das bestehende Verbot der Ein- und Durchfuhr des Koch-, See- oder Meer- und des Stein-Salzes, von den Grenz-Zoll-Ämtern nicht überall mit der erforderlichen Sorgfalt gewacht wird. Namentlich werden das der Gattung des Kochsalzes angehö- rende See-, oder Meer- und Kristall-Steinsalz von den Droguisten, als chemische Substanz, letzteres unter dem Namen: sal gemmae, eingeführt, und darum wird jenes Verbot, in Folge eines Rescripts des Königl. Finanz- Ministerii, vom 14. v. M., von neuem in Erinnerung gebracht, den Grenz- Zoll-Ämtern aber eine umsichtiger Prüfung zur Pflicht gemacht.

Das bei dem Verbrauche des See- und Steinsalzes betheiligte Publi- cum kann übrigens jetzt schon sein Bedürfnis an Seesalz in den Salzfacto- rien zu Berlin, Stralsund und Wolgast, Anklam, Emmerländer, Stettin, Ramin, Königsberg in Pr., Memel und Elbär befriedigen, von wo aus das- selbe, Apothekern und Droguisten der andern Städte bis zu der ihrem Wohn- ort zunächst gelegenen Factorei frei geliefert wird. An Steinsalz finden sich Vorräthe in den Salzfactoreien der Gegend in den östlichen Provinzen, wo dasselbe bisher begehrt worden ist.

Ereignis, den 6. October 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.
II. F. No. 5. R. October c.

No. 143.
Neuer Verlegung
des Weihnachts-
Zahrmärkte in Schö-
nau.

Mit Genehmigung der Königl. Ministerien des Handels- und des Innern ist der Weihnachts-Zahrmarkt der Stadt Schönau für immer auf den Mon- tag nach dem 3ten Advent-Sonntage, welcher dieses Jahr auf den 15. De- cember fällt, verlegt worden. Dies wird hiedurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht. Ereignis, den 6. October 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.
II. G. 13. R. October

Des Königs Majestät haben aus Allerhöchster eigener Bewegung, zur Wiederherstellung der abgebrannten Kirche zu Carlsh bei Brandenburg, eine allgemeine Haus- und Kirchen-Collecte unterm 9. August d. J. zu bewilligen geruhet.

No. 144.
Die Einsammlung einer allgemeinen Haus- und Kirchen-Collecte zur Wiederherstellung der abgebrannten Kirche zu Carlsh bei Brandenburg betreffend.

In Gemäßheit der diesfälligen Verfügung von Seiten der Königl. Ministerien der Geistlichen u. Angelegenheiten und des Innern, vom 5. v. Mts., bringen Wir dies zur Kenntniß der Departements, Einsassen, und fordern zugleich sämmtliche Herren Superintendeten, so wie die Herren Landräthe unseres Verwaltungs-Bereichs, hierdurch auf, die Einsammlung der Kirchen- und Haus-Collecte in den Städten und auf dem Lande dergestalt zu veranlassen, daß die gesammelten Beträge, worüber zugleich ein genaues Verzeichniß der Münz-Sorten beizuschließen ist, in der gewöhnlichen Art binnen spätestens 8 Wochen bei der kgl. Haupt-Instituten-Kasse eingegeben, und Uns die Anzeigen davon, unter Beischluß der geordneten Nachweisungen in duplo, nebst den Specialien derselben, gemacht werden.

Erlaßt, den 10. October 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

I. No. 100. R. Septbr. a.

Auf Veranlassung des hohen Ministerii der Geistlichen Angelegenheiten wird das zu Merseburg herausgekommene Werner'sche Lehrbuch über das Orgelwerk den Kirch-Vorständen und Organisten, welche sich das vorzuziehende, aber kostbarere Schlimbach'sche Werk nicht anzuschaffen vermögen, als ein sehr nützliches Buch empfohlen.

No. 145.
Die Ankündigung des Werner'schen Lehrbuchs über das Orgelwerk betreffend.

Der Titel ist: „Lehrbuch, das Orgelwerk nach allen seinen Theilen kennen, erhalten, seinen Bau gehörig beurtheilen und kleine Fehler verbessern zu lernen. Merseburg, bei Franz Koblisch, 1823.“

Erlaßt, den 12. October 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

I. No. 47. R. Septbr. c.

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

Da das Königl. Finanz-Ministerium durch die Verordnung vom 10. März d. J. entschieden hat, daß nur demjenigen Wittwen, welche mit eigenen Kindern in der Ehe mit dem verstorbenen Gatten erzeugten Kindern zur Erbschaft gelangen,

Wegen Stempelsteuer befreit der Wittwen in Erbschaften.

langen, die Stempel-Freiheit zustehe, so wird dieses den sämmtlichen Gerichten in dem Departement des unterzeichneten Königl. Ober-Landes-Gerichts hiermit zur Nachachtung bekannt gemacht.

Breslau, den 26. September 1823.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Schlesien.

Die Begnadigungen vor Emanirung des neuen Stempel-Gesetzes vom 7. März 1822, betreffend.

Die durch die Allerhöchste Königl. Kabinetts-Ordre vom 9. Januar 1810. und 5. August 1814. ausgesprochenen Begnadigungen betreffen nur die Strafen, welche vor Emanirung des neuen Stempel-Gesetzes vom 7. März 1822. verurtheilt worden, und daher später begangene Stempel-Contraventionen darunter nicht begriffen sind.

Wenn also stempelpflichtige Documente bis zu dem letztgedachten Zeitpunkt zur Stempelung nicht vorgelegt und nach der Zeit auch die §. 12. genannte 14tägige Frist zur Nachstempelung versäumt worden, so hat der Inhaber sich eines neuen Vergehens nach §. 43. des Stempel-Gesetzes schuldig gemacht, und die nach dem gedachten Gesetze feststehende Strafe verurtheilt. Dieses wird den sämmtlichen Gerichten in dem Bezirk des unterzeichneten Königl. Ober-Landes-Gerichts hiermit zur Nachricht bekannt gemacht.

Breslau, den 26. September 1823.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Schlesien.

Wegen des Stempels-Bedarfs bei Substitutions-Vollmachten der Justiz-Commissarien.

Es ist die Frage entstanden, ob die, im Sinne der Allgemeinen Gerichts-Ordnung Theil I. Titel 3. §. 55. von Justiz-Commissarien ausgestellten Substitutions-Vollmachten, eines Stempels von 15 Sgr. bedürfen. Diese Frage ist von dem Königl. Finanz-Ministerio, mittelst Rescripts vom 1. July d. J., dahin entschieden worden: daß zwar Substitutionen, wodurch ein Justiz-Commissarius, in Beförderungs-Fällen, einem seiner Collegen die Abwartung eines einzelnen Termins überträgt, stempelfrei bleiben, nicht aber Substitutionen zur Besorgung oder Fortsetzung eines ganzen Processes. Dieses wird sämmtlichen Gerichten und Justiz-Commissarien in dem Departement des unterzeichneten Königl. Ober-Landes-Gerichts hiermit zur Nachachtung bekannt gemacht.

Breslau, den 26. September 1823.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Schlesien.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 42.)

Amts = Blatt

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 43.

Liegnitz, den 25. October 1823.

Verordnungen von Staats-Behörden.

Die halbjährigen Zinsen der Kurmärkischen Obligationen für die Zeit vom 1. May bis 1. November d. J. werden, gegen Ausgäbgebung der darüber sprechenden Zins-Coupons No. II. Series I., bei der Staatsschulden-Einsungungs-Kasse, Laubenstraße No. 30., vom 1. November bis zum 15. December d. J., täglich, die Sonn- und Festtage ausgenommen, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, nach folgender Ordnung ausgezahlt, nämlich in den Tagen

Bekanntmachung.

- 1) vom 1. bis 10. November auf die Obligationen Litt. W. X. Y. Z. und A. A.
- 2) vom 11. bis 17. November „ „ „ „ „ S. T. U. V.
- 3) vom 18. bis 24. November „ „ „ „ „ O. P. Q. R.
- 4) vom 25. bis 30. November „ „ „ „ „ K. L. M. N.
- 5) vom 1. bis 7. December „ „ „ „ „ F. G. H. I.
- 6) vom 8. bis 14. December auf alle über Gold-Kapitalien ausgefertigte Obligationen Litt. B. und B. b.,
desgleichen auf die Obligationen Litt. A. C. D. E.

In eben dieser Zeit können auch die, in den früheren Zahlungs-Terminen nicht abgehobenen Zinsen für die Zeit vom 1. May 1818. bis 1. May d. J., in Empfang genommen werden.

Wer Zinsen von mehreren Obligationen oder von verschiedenen Zahlungen, Terminen zu fordern hat, classificirt die Coupons

I. nach der Verfallzeit

II. und nach den Münzsorten,

1) abgesondert für Gold, und

2) abgesondert für Courant,

verzeichnet sie alsdann in einer genau aufzusummirenden Note, und übergiebt dieselbe, bei Ausföndigung der Coupons, der Kasse.

Die Zahlung des Goldes erfolgt in Courant, und wird das Aglo auch diesmal mit 4 Sgr. pro Thaler, in so weit es ohne Pfennige geschehen kann, vergütet.

Nach ohne Rücksicht auf obige Reihenfolge, wird die Kasse, in so fern es die Concurrenz nur immer gestattet, Zahlung leisten, in der Voraussetzung und in dem Vertrauen, daß durch diese Bereitwilligkeit weder unbillige Forderungen, noch ein die Geschäfte störender Andrang entsteht.

Wer bis zum 14. December die vorbezeichneten Zinsen nicht erhebt, muß mit seiner Befriedigung bis zum nächsten Zahlungs-Termine warten.

Da die Kassen-Beamten nicht im Stande sind, sich über ihre Amtes-Verrichtungen mit irgend Jemand in Briefwechsel einzulassen, oder gar mit Uebersendung von Zinsen zu befaßen: so haben sie die Anweisung erhalten, alle dergleichen an sie gelangenden Anträge, nebst den dabei überkommenden Papieren, ablehnend zurückgehen zu lassen, und eben dies muß geschehen, wenn Gesuche dieser Art an die unterzeichnete Haupt-Verwaltung der Staatsschulden gerichtet werden sollten.

Berlin, den 4. October 1823.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Korper. von Schöge. Beckh. Deek.

Deputirte der Kurmark.

von Bredow. von Köpken.

Wer:

Verordnungen der Königl. Regierung zu Liegnitz.

Mit Allerhöchster Genehmigung ist von der Königl. Ober-Rechnungs-Kammer die Revision und Dechargirung der aus der Vorzeit bis Ende December 1821. herrührenden, zu dem Ressort der Königl. Regierung gehörigen Rechnungen, den Königl. Regierungen dergestalt überlassen worden, daß dieselben dabei völlig in die Stelle der Königl. Ober-Rechnungs-Kammer treten sollen.

No. 1.6.
Wozu Revision der
Rechnungen aus der
Vorzeit bis Ende
December 1821.

Indem Wir die davon betroffenen Behörden und Königl. Kassen Unsers Departements von dieser Anordnung in Kenntniß setzen, werden dieselben zugleich aufgefordert: die Einsendung der aus jener Zeit etwa noch rückständigen Rechnungen zu beschleunigen, auch die Beantwortung der Moratorien-Protocolle und Resolutionen stets rasch, und in den geordneten Zeitfristen zu bewerkstelligen, damit, der Allerhöchsten Willensmeinung gemäß, das Rechnungswesen jenes Zeitabschnittes bald völlig berichtigt werde.

Liegnitz, den 16. October 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.

Pl. II. No. 636. und 688. September c.

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

Sämmtliche bei den Königl. Domänen-Justiz-Ämtern, Ingleichen bei den Gerichten der vormals Geistlichen Güter angestellten Offizianten in dem Bezirk des unterzeichneten Königl. Ober-Landes-Gerichts, welche gegenwärtig noch zur Natural-Deputat-Erhebung berechtigt sind, werden hiermit aufgefordert:

Das Deputat der
bei Domänen-Ju-
stiz-Ämtern und Ge-
richten der vormals
geistlichen Güter an-
gestellten Beamten
betreffend.

darüber, ob und welche von ihnen der Natural-Erhebung entsagen, und dagegen die in dem Domänen-Justiz-Fond enthaltenen Abgeltungssätze in Gelde erheben wollen, ihre Erklärung zu den Acten, betreffs

betreffend die Einrichtung und Besetzung der Königl. Land-
Gerichte, ungesäumt anhero einzureichen.

Breslau, den 3. October 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Schlessen.

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Der bisherige Hauslehrer Vohl, ward zweiter Schul-College bei der
höhern Bürgerschule zu Jauer; der bisherige Schul-Abjuvant Kelsche, evan-
gelischer Elementar-Begleit-Schullehrer in der Burg-Ortschaft zu Hirschberg;
der bisherige Schullehrer Petrau zu Janowitz, evangelischer Schullehrer und
Cantor zu Röhrsdorf, Volkenhainschen Kreises, und der Schul-Abjuvant
Kuhnt, evangelischer Schullehrer, Organist und Cantor zu Seiffersdorf,
Rothenburgschen Kreises.

Der bisherige Rathmann Scholz zu Schönau ist anderweit auf 6 Jahre
zum Kammerer und Rathmann daselbst, und der Lohgerber Wüllger zu
Primkenau zum unbefoldeten Rathmann daselbst erwählt worden.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 43.)

Amts = Blatt

der

Königlich en Regierung zu Liegnitz.

No. 44.

Liegnitz, den 1. November 1823.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Liegnitz.

Nach einem von der hohen Bundes-Versammlung zu Frankfurt am Main unterm 3. July d. J. gefassten Beschlusse, wird künftig von derselben keine Zustimmung von Druckschriften angenommen oder anerkannt werden, wogegen die Bundes-Versammlung nur Druckungen von Druckschriften annimmt.

Bezüglich der Beschlüsse, unter welchen die Bundes-Versammlung nur Druckungen von Druckschriften annimmt.

Zu Folge höherer Veranlassung wird diese Bestimmung zur Nachricht und Beachtung in vorkommenden Fällen hierdurch öffentlich bekannt gemacht.

Liegnitz, den 20. October 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

L. 67. R. October c.

Ein großer Theil der landrätlichen Aemter und Magistrate Unseres Verwaltungs-Bezirks ist mit Einsendung der Nachrichten zur Instruktion der Instruktion, Moriz pro 1824, noch rückhängigen Nachrichten.

Dieselben werden daher aufgefordert, diese Nachrichten innerhalb acht Tagen hier einzusenden.

Liegnitz, den 24. October 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

L. P. No. 1866. Dabr. c.

Ida

No

No. 149. Nachweisung der unter dem Verbote der Rückkehr und unter Androhung ausländischen Vagabunden und Verbrecher

No.	Name, Stand und Heimaths-Ort.	Religion.	Personal.							
			Alter.	Grö. ße.		Haare.	Seiten.	Augen- brau- nen.	Augen.	Nase.
				Sub.	Gen.					
1	Der Züchtling Franz Hielsch . . aus Staudenz	katholisch	55	5	4	grau	bedeckt	schwarz	grau	dick
2	Der entlassene Züchtling Martin Kümmler . . aus Königshamn	—	19	5	2	braun	—	braun	—	länglich
3	Der Fleischergehilfe Franz Weiger . . aus Schlagswalde	—	30	5	4	—	hoch	—	braun	gewöhnl.
4	Der Dienstknecht Johann Fiedler . . aus Bernsdorf	—	22	5	5	—	breit	braun	braun	lang

Königl. den 22. October 1823.

No. 150.
Wegen Declaration
des Weingewinns.

Im laufenden Jahre hat die Witterung großen Einfluß auf das Gedeihen und die Erndte des Weins gehabt, so, daß der Zeitpunkt zur Declaration des Gewinns an Wein, später hat hinausgerückt werden müssen, als es im vorigen Jahre, nach der Verordnung vom 12. Septbr. im Amtsblatt No. 33. Seite 265., der Fall war. Es wird daher der Zeitpunkt, bis wohin die Declaration des Wein-Gewinns erfolgen muß, bis zum 8. November d. J. festgesetzt, und dabei zugleich bemerkt, daß die Steuer von dem gewonnenen Weine, wie im vorigen Jahre, auf 10 Gr. oder 12 1/2 Sgr. für den Eimer festgesetzt wird.

Indem Wir dies den Wein-Gewinnern in dem Departement Unserer Verwaltung hierdurch zur Kenntniß bringen, und dieselben auffordern, sich danach zu achten, werden die Steuer-Behörden zugleich angewiesen, nach den in der vorgedachten Verordnung enthaltenen Vorschriften wiederum zu verfahren. Königl. den 20. October 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.
II. No. 834. Octbr. c.

Nach.

zweijähriger Festungs-, oder Zuchtbaus-Strafe über die Grenze geschafften
für die Monate July, August und September 1823.

B e s c h r e i b u n g .

Rund.	Zähne	Haut.	Kinn.	Gesicht.	Hautfarbe.	Statur.	Besondere Kennzeichen.	Wohn- geschäfte? nach	Bemerkungen.
gewöhnl.	schlecht	schwarz	rund	oval	gesund	hager	keine	Böhmen.	
aufge- worfen	gut	—	klein	—	—	stark	blatter- nartig	besgl.	
gewöhnl.	—	braun	oval	oval	gesund	mittler	keine	besgl.	
gewöhnl.	—	—	oval	—	—	—	keine	besgl.	

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

Nachstehende Bekanntmachung, wegen der von des Königs Majestät
genehmigten Erleichterungen und Berichtigungen in den Bestimmungen der
2ten Abtheilung der Erhebungs-Nolle vom 25. October 1821:

No. 151.
Erleichterungen und
Berichtigungen der
Erhebungs-Nolle v.
25. October 1821.

„Des Königs Majestät haben geruhet, einige Erleichterungen und
Berichtigungen in den Bestimmungen der 2ten Abtheilung der Erhebungs-
Nolle vom 25. October 1821. erläuternd zu verordnen, welche, in Gemä-
ßheit der Festsetzung §. 26. des Gesetzes vom 26. May 1818, hienmit bekannt
gemacht werden, und wonach, vom 1. Januar k. J. an, zu verfahren ist.

- 1) Von groben Böttcher-Waaren, welche bloß durch die
Anmerkung 3. zum Artikel 12., ohne Unterschied, der allgemei-
nen Eingangs-Abgabe von 15 Sgr. für den Centner unterworfen
waren, ist, wenn solche nicht mehr neu, sondern schon gebraucht
sind, und ohne eiserne Ketten, beim Eingang künftig nur

Fünf Silbergroschen für den Centner
zu entrichten.

2) Nr.

- 2) Artikel 26. b. ist statt der Worte: „ordinairtes kleines halbweißes Druckpapier“, zu lesen:
ungeleimtes Druckpapier zu einer Bogengröße von 270 Ger.
viert. Zoll, oder 15 Zoll Höhe und 18 Zoll Breite,
Einen Thaler für den Zentner.

Berlin, den 10. October 1823.

Finanz, Ministerium.

gek. v. Kiewitz.

An

die Königl. Regierung zu Liegnitz.

wird dem gesammten Publico, und den Zoll, und Steuer, Behörden hiesigen
Regierungs, Bezirks, zur Nachricht und zum Nachverhalt, vom 1. Januar
1824. an, hierdurch bekannt gemacht. Liegnitz, den 23. October 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.
II. No. 84. R. Dabr. c.

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

Betreffend die Ein-
richtung des Hypo-
theken-Wesens in der
Ober-Lausitz.

Die Einrichtung des Hypothekenwesens in dem zum Departement des
unterzeichneten Ober-Landes-Gerichts gehörigen Theile der Ober-Lausitz ist so
weit vorgeschritten, daß die nach erfolgter Anmeldung der Realrechte und
Nachweisung der Besitztitel anzulegenden Hypotheken-Tabellen von folgenden
Gütern fertig geworden sind:

Andsdorf,
Berna,
Biesig,
Barutcher und
Buchwalder Helden,
Bremenhausen,
Dorberg,
Nieder-Losel,
Ereba,
Culm,
Eunnersdorf,
Eunnewitz,
Dautan,
Döbers,
Die Dubrau zu Gröbzig-gehörigen,
Döbschütz,
Ebersbach,

Eiselsberg,
Förstchen,
Friedersdorf,
Ober-Verlachsheim,
Mittel-Verlachsheim,
Nieder-Verlachsheim,
Ober-Sebelitz,
Nieder-Sebelitz,
Gersdorf am Au (s. nebst
dem Bischofs-Repenten,
Göbeler Haide,
Selbedorf,
Guttor Halben,
Nieder-Girbigsdorf,
Die obere Harte,
Die nach Lausitz gehörige halbe
Hartze,

Ober,

Ober. Halbendorf,
 Hammerstade und Linda,
 Hilbersdorf,
 Ober. Horfa,
 Nieder. Horfa,
 Heidersdorf,
 Holzkirch,
 Hartmannsdorf,
 Horschau,
 Halbau,
 Hartsha,
 Haugsdorf,
 Hennesdorf bei Görlitz,
 Hochkirch und Pommersecke,
 Das Lössische Erbgüthen zu Hol-
 tendorf,
 Nieder. Holstendorf,
 Jähmen,
 Jauernick,
 Ober. Küpper,
 Ober. und Nieder. Königshain,
 Mittel. Königshain,
 Kleinsingwalde,
 Klingewalde,
 Krüsha mit Tetta,
 Krobitz,
 Kufna,
 Kloster Laubansche Dorfschaften, Hen-
 nersdorf, Pfaffendorf, Wunschen-
 dorf und Kergdorf,
 Lelopa,
 Leschwitzger Wiese,
 Ober. Lichtenau,
 Nieder. Lichtenau,
 Lodenau,
 Lomnitz,
 Lauterbach,
 Lichtenberg,
 Ober. und Nieder. Langenau,
 Lipschau und Doms,
 Neuliesel,
 Nießeln,

Ober. Linda,
 Nieder. Linda,
 Meßersdorf,
 Malschwitzger Forst,
 Die zum Gute Maltitz gehörigen Wal-
 dungen, nebst dem Dorfe Dreßna,
 Markersdorf, Stifte Joachimstelschen
 Antzells,
 Markersdorf, Kloster Marienbalschen
 Antzells,
 Nieder. Markersdorf,
 Marklissa Wald,
 Kloster Marienbalsche Dorfschaften,
 Melauene, Meuselwitz, mit Burg
 und Borda, Prachenau, Oederwitz
 und Nieder. Seifersdorf mit Alten-
 dorf,
 Mengelsdorf,
 Micka, Neudorf und Ratschholz,
 Mickaer Halde zum Gute Klein- Bau-
 zen gehörig,
 Mickaer Halde zum Gute Dobers-
 schütz gehörig,
 Mogolz,
 Ober. Neundorf,
 Nieder. Neundorf,
 Neuhammer,
 Nieba,
 Niecha,
 Ober. Nelsa und Leibgen,
 Ober. Dertmannsdorf,
 Eteln. Nelsa,
 Oederwitz,
 Preititzer Forst,
 Priestowitzger Forst,
 Piesackendorf,
 Prauske,
 Quitzdorf,
 Quolsdorf,
 Reichenwald,
 Ober. Reigersdorf,
 Ober. Rudeisdorf,

Rie.

Nieder, Rubelsdorf,
Ober, Reichenbach,
Nieder, Reichenbach,
Groß, Radlisch,
Radmeritz,
Schadewalde,
Schwertau,
Stolzenberg,
Särchen.
Steinbach,
Nieder, Schreßbergdorf,
Sänitz,
Schadendorf,
Ober, Schönbrunn,
Nieder, Schönbrunn,
Etc.

Sprotz.
Antheil der Herrschaft Seidenberg,
Alt, Seidenberg,
Spree,
Schöps,
Tauchritz,
Trekus,
Telcho,
Ulbersdorf am Quetz,
Wiesau am Quetz,
Wunscha,
Wingendorf,
Werda,
Wiesau und Thiemendorf,
Zwickau und Lunden,
Zentendorf,

Auf den Grund des Allerhöchsten Cabinets, Ordre vom 3. dieses Monats wird solches den Interessenten bekannt gemacht, mit der Aufforderung, binnen zwei Monaten die Tabellen in der kaiserlichen Ober-Landes-Gerichts-Registrierung einzusehen, unter der Warnung, daß nach Ablauf dieses Termins, keine Erinnerungen mehr vorgebracht werden können.

Glogau, den 20. October 1823.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Niederschlesien und der Lausitz

Verordnung der Königl. General-Commission für Niederschlesien.

Die in dem Verwaltungsjahre der Königl. General-Commission für Niederschlesien vorgefallenen Personal-Veränderungen betr.

Bei der Königl. General-Commission für Niederschlesien zu Breslau ist

- I. der Special-Deconomie-Commissarius 1ster Klasse, Rittmeister Freiherr von Rothkirch, als Ober-Commissarius und Mitglied des Collegii, an die Stelle des zum General-Commissarius für Ober-Schlesien avancirten Grafen von Haslingern ernannt, und
- II. der Ober-Landes-Gerichts-Referendarius von Haugwitz, als Gehülfe bei dem Collegio angestellt worden.

Eben so ist der Ober-Landes-Gerichts-Referendarius von Ziegler und Klipphausen zu Glogau, zum Kreis-Justiz-Commissarius Glogauischen Kreises bestellt. Breslau, den 20. October 1823.

Königl. General-Commission für Niederschlesien.

Ver-

Verordnungen auswärtiger Behörden.

Bei der am 6. d. M. zu Merseburg statt gefundenen Verloosung der mit dem Herzogthum Sachsen an Preußen übergegangenen Steuer-Credit-Kassen-Scheine sind folgende Nummern gezogen worden, und zwar:

von Litt. A. No. 45. 326. 351. 999. 1038. 2704. 4839. 5586. 7877.
8094. 8157. 8813. 10319. 12384. 13825. 14547.
und 14649.

„ „ B. No. 1105. 1242. 1283. 1647. 4029. 5658. 5909. und 7128.

„ „ C. No. 273. 1494. 2067. 2461. 2497. 7404. 8028. 8414.
und 8527.

„ „ D. No. 3804. 4053. 4829. und 5723.

und wird die Einlösung der vorbezeichneten Scheine zu Ostern 1824. bei der Haupt-Instituten- und Communal-Kasse zu Merseburg erfolgen.

Außerdem werden auch im gedachten Oster-Termine, von den bereits unter Sächsischer Regierung ausgelooften, bis jetzt aber noch nicht realisirten Steuer-Credit-Kassen-Scheinen, folgende Nummern, und zwar:

von Litt. A. No. 6339. 6342. 6385. 6404. 6420. 6577. 7034. 7238.
7350. 7482. 7822. 7890. 7892. und 8248.

„ „ B. No. 2751. 2788. 2843. 3093. 3113. 3221. 3253. 3265.
3309 und 3555.

„ „ C. No. 2253. 2289. 2299. 2435. 2563. 2612. 2672. 2842.
2877. 2895. 2990. 3104. und 3300.

„ „ D. No. 1531. 1560. 1619. 1721. 1778. 1886. 1929. 1970.
und 2168.

bei der vorgedachten Kasse bezahlt werden.

Die Inhaber, sowohl vorstehender, als der vormerkten, setzt erst aus, geloosten Scheine, haben sich daher bei dem Eintritte des Zahlungs-Termins bei genannter Kasse zu melden, und gegen Zurückgabe der Scheine, so wie der dazu gehörigen Talons und Coupons, die betreffenden Kapitals-Summen, nebst den davon fälligen Zinsen, zu erheben.

Die unerhobenen geblienen Summen von Kapital und Zinsen werden nach Ablauf von 6 Wochen, vom Tage der beendigten Zahlungswoche der nächst kommenden Leipziger Oster-Messe an gerechnet, auf Kosten und Gefahr der Scheins-Inhaber, an das Königl. Ober-Landes-Gericht zu Naumburg ad Depositem abgeliefert werden.

Berlin, den 9. October 1823.

Im Auftrage der Königl. Preuss. Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Der Königl. Preuss. Reglerungs-Chef, Präsident.
v. Schönberg.

Ver-

Bermischte Nachrichten und Aufsätze.

Wegen Verkränkung
eines verübten
Baumfrevels.

In der Nacht vom 2. zum 3. September 1822. wurden auf der Buns-
lauer Straße, zwischen Rabfch und Ischtere, 17 Stück junge Bäume,
theils Pappeln, theils Kirschbäume, abgebrochen gefunden. Der Thäter
dieses Baum-Frevels wurde ermittelt, zur Untersuchung gezogen, und ist,
durch das ergangene rechtskräftige Erkenntniß, zu einem vierwöchentlichen
Gefängniß verurtheilt worden.

Dies wird zur Warnung hierdurch öffentlich bekannt gemacht.

Kriegsh., den 20. October 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Wohlthätigkeits-
Anstalt.

Die am 27. July d. J. verstorbene Anna Rosina Lorenz, geb. Walscher,
Wittwe des weil. Richters und Kirchenvorstehers Gottfried Lorenz in Reibnitz,
hat, mit Zustimmung ihrer Erben, eine Schuldforderung an die Gemeine
Reibnitz, im Betrag von 20 Rthlr. Cour., der dasigen evangelischen Schul-
Allmosen-Kasse vermacht.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 44.)

Am t s = B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 45.

Liegnitz, den 8. November 1823.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Liegnitz.

Nachstehendes

„Regulativ

wegen Bestreitung der Unterhaltungs-Kosten in den Dienst-
Wohnungen der Staats-Beamten.

No. 152.

Wegen Bestreitung
der Unterhaltungs-
kosten in den Dienst-
Wohnungen der
Staats-Beamten.

Ueber die Bestreitung der Unterhaltungs-Kosten in den, den Staats-Beamten angewiesenen Dienst-Wohnungen, hat es bisher noch an ausreichenden Grundsätzen gefehlt, indem theils deshalb nur einzelne frühere Verfügungen, besonders für Beamten der Steuer-Partie, vorhanden sind, theils aber auch die Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts Theil I. Tit. 21. §§. 11. seq. nicht wohl in Anwendung gebracht werden können. Das unterzeichnete Staats-Ministerium hat daher den Gegenstand einer ausführlichen Erörterung unterworfen, und nach reiflicher sorgfältiger Erwägung, sind mit Allerhöchster Genehmigung folgende allgemeine Grundsätze festgesetzt worden.

§. 1. Der abgehende Beamte muß die inne gehabte Dienst-Wohnung seinem Nachfolger stets in gutem, bewohnbarem Stande überliefern. Zum bewohnbaren Stande gehört, daß Alles zu dem bestimmten Zweck brauchbar, und nicht erst einer Reparatur bedürftig ist. Findet der angehende Beamte wesentliche Mängel, so hat er solche seiner vorgesetzten Behörde anzuzeigen, um nach Befinden den abgehenden Beamten, oder im Sterbefalle, die Erben desselben, zur Herstellung oder zum Ersatz der diesfälligen Kosten anhalten zu können.

§. 2. Zu den von dem Inhaber einer Dienst-Wohnung gewöhnlich zu unterhaltenden Gegenständen gehören:

- a) die Fensterscheiben, Oefen, Feuerherde und Bad-Oefen,
- b) die Beschläge und Schloßer an Fenstern und Thüren, und das Anstreichen derselben,
- c) das Ausweissen der innern Wände, mit der dazu erforderlichen Ausbesserung, und das Bemalen oder Tapetieren der Stuben, Kammern etc.,
- d) das

Bbb

- A) das Zegen der Schornsteine,
- a) die Herstellung aller Beschädigungen, welche durch Rauchwolken oder Fahrlässigkeit des Inhabers und seiner Leute veranlaßt worden, und
- f) die Abgaben und Lasten, welche der gewöhnliche Mieter zu den Communal-Bedürfnissen zu leisten hat. Dient jedoch ein Gebäude nicht allein zur Wohnung, sondern auch zum Dienst-Local, so versteht es sich von selbst, daß für letzteres ein angemessener Theil der Kosten auf die Staats-Kassen übernommen werden muß.
- g) Gegenstände des Luxus und der Bequemlichkeit hat der Inhaber einer Wohnung, wenn er dergleichen anschafft, überall selbst zu bestreiten.

§. 3. Alle übrigen Unterhaltungs-Kosten, ohne Unterschied, übernimmt der Staat, wozin auch die Schäden durch Natur-Ereignisse und die völlige Wiederherstellung oder neue Anschaffung gehören, wenn eine Reparatur nicht vorher Statt finden kann.

§. 4. Darf der Inhaber, ohne Genehmigung der vorgesetzten Behörde, keine bauliche Veränderungen in der Wohnung vornehmen. Geschleht dies aber mit Genehmigung, so ist zugleich jedesmal zu bestimmen, ob er die Wohnung bei seinem Abgange in den früheren Zustand wieder herzustellen hat, oder es bei der bewirkten Veränderung sein Bewenden befehlen kann. Eine Entschädigung darf jedoch dafür in keinem Falle verlangt werden.

§. 5. Wird es von jeder obersten Verwaltungs-Behörde abhängen, die in ihrem Ressort als notwendig anerkannte Abweichungen von den allgemeinen Vorschriften, nach den verschiedenen Dienst-Categorien der Beamten zu bestimmen, z. B.:

- wo von dem Bewohner gar keine Reparatur zu besorgen, oder
- ein Theil ohne Vergütung bei dem Abzuge aus dem Quartier, oder
- ein Theil mit dem Rechte auf Vergütung zu bewirken ist.

Zur ersten Kategorie werden zu rechnen seyn, alle Wohnungen für niedrige Officianten, deren Einkünfte das Geschäft selbst notwendig macht, als: der Thorschreiber, Epaußer, Einnehmer, Beamten in Gefangen-Anstalten, Kastellane in öffentlichen und Dienst-Gebäuden, und überhaupt aller solcher Officianten, die nur gering besoldet sind. In der Regel ist hierunter ein Einkommen bis 200 Rthlr. zu verstehen, doch kann auch für einzelne besondern Dienstverhältnisse, nach Erfordern, eine höhere Summe zur Norm angenommen werden.

In allen Wohnungen der, hiernach zu bezeichnenden Beamten, werden die Reparaturen ohne Unterschied, so fern sie nicht durch eigene Schuld und Fahrlässigkeit veranlaßt worden, für Rechnung des Staats, auf vorherige Anzeig und Untersuchung der Nothwendigkeit, ausgeführt.

§. 6. Eine besondere Ausnahme erfordern auch die Dienst-Wohnungen solcher Beamten, deren Stellen mit Repräsentation verbunden sind, und zu diesem Ende eine kostbare Einrichtung notwendig machen. In diesem Falle

übernimmt der Staat die Kosten der Mäntel und der Tapezierung, so wie der sonstigen innern Vergleutungen; jedoch müssen jedesmal vorher darüber Anschläge gefertigt, und solche zur Revision und Festsetzung eingereicht werden. Die übrigen gewöhnlichen Unterhaltungen fallen dagegen diesen Beamten, nach §. 2., ebenfalls zur Last.

§. 7. Wenn andere höhere Staats-Beamten, deren Stellen aber nicht mit Repräsentation verbunden sind, ihre Dienst-Quartiere zu anständiger Wohnung einrichten lassen, so geschieht dies zwar jedesmal auf ihre eigenen Kosten; indessen wird nachgelassen, daß diejenigen, welche im etwa eintretenden Falle einer frühern unvernünftigen Räumung der Wohnung, auf Entschädigung für den Aufwand Anspruch machen wollen, zu der bessern Einrichtung, unter Einreichung des Anschlages, die höhere Genehmigung nachsuchen können. Erfolgt diese, und die Zusicherung auf grundsätzliche Entschädigung, so soll letztere in der Art Statt finden, daß für die gänzliche Abnutzung ein Zeitraum von 10 Jahren angenommen, und ihm beim frühern Verlassen der Wohnung, ein Ersatz der anschlagsmäßig verwendeten Kosten für die fehlenden Jahre zu Theil wird, so daß, wenn er z. B. das eingerichtete Quartier nur 5 Jahre genutzt und dasselbe 1000 Rthlr. gekostet hat, ihm oder seinen Erben 500 Rthlr. zu vergüten seyn würden.

Den Ersatz trägt gewöhnlich der Nachfolger in der Dienst-, Wohnungs- und Ausnahmen-, oder Bewilligungen aus Staats-Kassen, hängen von der Allerhöchsten Genehmigung ab.

Wer seine Dienst-, Wohnung ohne Anfrage und höhere Genehmigung, anständig einrichten läßt, kann auf eine Entschädigung keinen Anspruch machen.

§. 8. Fälle, wo der Staat auch die Kosten des Ameublements trägt, bleiben der besondern Allerhöchsten Genehmigung jedesmal vorbehalten, und versteht es sich von selbst, daß dann dem Staate die angeschafften Meubles gehören, und nach einem zu haltenden Inventario wieder abgeliefert werden müssen.

§. 9. Ob einem Beamten für die Wohnung ein Theil der normalmäßigen Besoldung abgezogen wird oder nicht, kann kein verschiedenes Verfahren begründen.

§. 10. Auf Beamten, welche in Stelle der Natural-Wohnungen, Meubles, Entschädigungen erhalten, finden die obigen Bestimmungen keine Anwendung. Sie haben sich dann ihre Wohnung selbst zu mieten, und wohnen wie jede Privat-Person in das gewöhnliche Verhältniß eines Miethers.

§. 11. Wird aber einem Beamten eine freie Wohnung vom Staate angewiesen; so darf die Annahme derselben nicht verweigert, und statt der Natural-Verzehrung eine Geld-Entschädigung gefordert werden. Die letztere fällt in einem solchen Weigerungs-Falle gänzlich weg.

§. 12. Tritt dagegen der Fall ein, daß ein Beamter, welcher nicht
mit

mit freier Wohnung angestellt ist, und darauf keinen Anspruch hat, an einen andern Ort versetzt wird, wo er eine solche Wohnung erhält, so ist dafür eine von der vorgesetzten Behörde festzusetzende Miete entweder baar, oder durch Anrechnung auf das Gehalt zu entrichten, übrigens aber ein solcher Beamter in Absicht der Unterhaltung den obigen allgemeinen Vorschriften unterworfen.

§. 13. Kein Inhaber einer Dienstwohnung darf solche eigenmächtig weder an einen Andern abtreten, noch ganz oder theilweise vermiethen.

§. 14. Die obigen Bestimmungen finden auf alle und jede mit Dienstwohnungen versehene Beamten der Civil-Verwaltung, und auf die zum Civil-, Etat der Militär-Verwaltung gehörige Beamten, desgleichen auf Beamten, der öffentlichen Unterrichts-Anstalten des Staats Anwendung, so wie auch auf diejenigen Geistlichen und Schullehrer, welchen der Staat in der Eigenschaft als solche Dienstwohnungen einräumt, jedoch bei diesen mit Rücksicht auf die ihm zustehende Befreiung von den Communal-Abgaben und Lasten.

§. 15. Trifft dieses Regulativ mit der Bekanntmachung sofort überall in Wirksamkeit, wo die Inhaber der Dienstwohnungen schon allgemeine und laufende Verpflichtungen haben, und nur in solchen Fällen, wo etwa aus drücklicher Befreiungen bestehen, kann erst der Nachfolger im Dienst denselben unterworfen werden.

§. 16. Gänzlich ausgenommen bleiben die Militär-, Dienst- und Kasernen-Wohnungen, da darüber schon in dem Servis-Regulativ und den Normal-Vorschriften ausreichende Bestimmungen vorhanden sind und nach Umständen in einzelnen Fällen durch besondere Königl. Befehle ergänzt werden; so wie es auch

§. 17. In Absicht aller Geistlichen und Schul-Beamteten, welchen von Communen und Patronen, in letzterer Eigenschaft auch vom Staate, Dienstwohnungen beigelegt sind, bei den Vorschriften des allgemeinen Landrechts Titel 2. Tit. 11. §§. 784. seq. lediglich sein Bewenden behält.

Berlin, den 18. October 1822.

Gef. des Staats-Ministerium.

(Geg.) v. Bos. v. Kirchhausen. v. Bülow. v. Schuckmann.
v. Lottum. v. Klewig. v. Hake."

wird sowohl den Königl. Beamten, welche Dienstwohnungen inne haben, als auch den Königl. Bau-Beamten und Aufsehern über Königl. Gebäude, zur Achtung mit dem Bemerken zur Kenntniß gebracht, daß in Ansehung der Reparaturen an Forst-Dienst-Gebäuden bereits besondere Bestimmungen ergangen sind. Königl. den 20. October 1823.

Königl. Preuss. Regierung.

Alle, die Aufnahme in die für die Provinz Schlessen neu organisirte chirurgische Schule, als Zöglinge derselben beabsichtigenden jungen Leute, können sich entweder zu Breslau bei dem Vorstande der Direktoren dieser Schule, zur Zeit, dem Herrn Medicinal-Rathe, Professor Dr. Wendt, oder bei den Herren Kreis-Physikern ihrer Wohnörter melden.

No. 153.
Wegen Aufnahme
der Zöglinge in die
zu Breslau errich-
tete, neue chirurgi-
sche Schule.

Die Zöglinge dürfen nicht unter 18 Jahr, aber auch nicht über 30 Jahre alt seyn. Bei ausgezeichnet talentvollen Jünglingen kann jedoch die Aufnahme nach dem vollendeten 16. Jahre schon statt finden.

Die aufzunehmenden Jünglinge müssen körperlich gesund, frei von Gebrechen seyn, gute Naturanlagen und einen moralischen unverdorbenen Charakter besitzen.

Von wissenschaftlicher Vorbildung wird ein vollständiger Elementar-Unterricht, ein reiner deutscher Styl und so viel Kenntniß des Lateins vorausgesetzt, als auf den Gymnasien in tertia gelehrt wird. Es können jedoch fähige Zöglinge die erforderlichen Sprachkenntnisse beim Anfange des Unterrichtes in der chirurgischen Schule nachholen, wofür bei denselben gesorgt ist.

Indem den Herren Kreis-Physikern des hiesigen Regierungs-Bezirks die baldige Prüfung der sich bei denselben zur Aufnahme in diese Schule, deren Unterricht mit den 27. d. M. anfängt, meldenden Zöglinge hiermit übertragen wird, werden dieselben zugleich angewiesen, über den Ausfall jeder dieser Vorprüfungen an Uns ohne Verzug, unter Einreichung der nöthigen Zeugnisse, zu berichten.

Die Anzahl der aufzunehmenden Zöglinge, welche die Chirurgie auf eigene Kosten erlernen wollen (Klasse I.) ist zur Zeit noch nicht bestimmt.

Die Anzahl derer, die ganz unentgeltlich zu dem Lehr-Cursus zugelassen werden (Klasse II.) welche ihren ausgezeichneten Fleiß, die oben vorgeschriebenen Vorkenntnisse und sonst erforderlichen Eigenschaften, bei einer Vorprüfung nachweisen müssen, desgleichen die Zahl derjenigen, welche außerdem, daß sie freie Collegia haben, noch auf Unterstützung von Seiten des Staats Anspruch machen, oder derselben wirklich schon genossen (Klasse III.) zu welcher nur die ausgezeichnetsten und mittellosesten Jünglinge in Vor-schlag gebracht werden dürfen, ist überhaupt für beide Klassen vorläufig auf 30 festgesetzt worden und darf nicht überschritten werden.

Breslau, den 27. October 1843.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

I. No. 79. Rescr. October 1843.

Ber-

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

Wegen des Dürftigkeits-
Arzts, Mittels der zur
Erhaltung, abzuweisen
den Einkünfte.

Die Königl. Kommandanturen der Festungen beschwerten sich, daß oft zur Kriegs-Reserve oder Landwehr gehörige Straßlinge, welche sich aus eigenen Mitteln nicht versorgen können, ohne das erforderliche Dürftigkeits-Attest an sie abgeliefert werden.

Sämmtliche Inquisitorate und Unter-Gerichte in dem Bezirk des unterzeichneten Königl. Ober-Landes-Gerichts werden daher hiermit angewiesen: in diesem Falle die Einsendung eines solchen Attestes niemals zu verabsäumen.

Breslau, den 10. October 1823.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Schlesien.

Wegen des Natural-
Deputats einiger
Justiz-Beamten.

Um allen Irrungen und Mißverständnissen über die Deutung der unterm 19. September d. J. in den Amtsblättern an sämmtliche Domänen-, Justiz-Ämter in dem Bezirk des unterzeichneten Königl. Ober-Landes-Gerichts erlassenen Verfügung vorzubeugen, wird hiermit verordnet: daß

- 1) die bisher zu Natural-Deputat berechtigten Beamten, wenn sie statt der Naturalien, die in dem Domänen-Patrimonial-Gerichts-Fond an-gesetzten baaren Abgeltungen erhalten wollen, sich hierzu ein für allemal und ohne Ausnahme dieses oder jenes Natural-Deputats, erklären müssen, also künftig nicht wieder die Naturalien statt der Geld-Abfindung beziehen können, und
- 2) diejenigen Justiz-Beamten, welche ihre Natural-Deputate vom Domänen-Pächter empfangen, nur mit dessen Einwilligung statt der Naturalien, die Geld-Abfindung bis zum Ablauf der gegenwärtig bestehenden Pacht-Contracte erhalten können.

Sollte übergens einem oder dem andern der Betrag der festgesetzten Abgeltung unbekannt seyn, so wird die Salarien-Kasse des unterzeichneten Ober-Landes-Gerichts ihm auf Erfordern die nöthige Auskunft geben. Hier-nach haben sich die Beamten sämmtlicher Domänen-, Justiz-, und vormals geistlichen Gerichts-Ämter in dem Bezirk des hiesigen Königl. Ober-Landes-Gerichts gehörend zu achten.

Breslau, den 20. October 1823.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Schlesien.

Die Vorschriften zur
Verminderung der
Criminal-Materien-
Kost. n. d. d. n.

Es ergiebt die Erfahrung, daß die Criminal-Untersuchungs-Kosten häufig zu einer bedeutenden, die Verurtheilten oder die zu deren Ertragung subsidiarisch verpflichteten Behörden sehr belästigenden Höhe, aus Mangel an Umsicht und Sorgfalt, und g. h. r. g. Befolgung der gesetzlichen Vorschriften seitens der Inquirenten und Richter, anwachsen, zu deren Verminderung beson-

Besonders Folgendes dem von dem unterzeichneten Ober-Landes-Verichte und Criminal-Senat ressortirenden Inquisitoriaten und Untergerichten dringend, zur sofortigen Wahrnehmung, empfohlen und aufgegeben werden muß.

- 1) Müßen dieselben im Allgemeinen die Criminal-Untersuchungen, zur Vermehrung der gesetzlichen Ahndungen und zu verhängender Ordnungsstrafen, vorzüglich beschleunigen. Dies muß besonders
- 2) in den Fällen der Verhaftung eines Inculpaten geschehen, es ist jedoch auch bei den Verhaftungen nicht willkürlich zu verfahren, sondern es sind hierbei die Vorschriften §. 205. seq. der Criminal-Ordnung, so wie wegen der interimistischen Entlassung gegen Caution §. 224. seq., genau, und um so mehr wahrzunehmen, als die Verhaftungs- und Alimentations-Kosten zur Vermehrung der Untersuchungs-Kosten vieles beitragen. Zu deren Vermehrung und Beschleunigung der Untersuchungen, wird es
- 3) auch beitragen, wenn die Inquirenten sich in wechslufige, mit Kosten belegten Correspondenzen öfters verbundene, Ausmittelungen des früheren Lebenswandels eines Verbrechers nicht einlassen, sondern sich hierin auf die Vorschrift im §. 279 der Criminal-Ordnung beschränken, und sie
- 4) besonders in Betreff der zulässigen schriftlich oder ad protocollum zu gebenden Defensionen, und der bei schriftlichen wahrzunehmenden Fristen, und gegen die säumigen Defensoren zu verhängenden Strafen, von den Bestimmungen §. 433. seq. in specie §. 437. 438. der Criminal-Ordn. nicht abweichen. Ferner ist
- 5) die Publikation und Vollstreckung der ergehenden Urtheile, auch bei statt findender interimistischer Ablieferung in die Straf-Anstalt, zu beschleunigen, und muß besonders dann, wenn ein im Gefängniß detinirter nur zu einer Zuchthausstrafe von kurzer Dauer, welche die interimistische Ablieferung nicht zuläßt, in erster Instanz verurtheilt ist, die Instruktion des eingewandten Rechtsmittels, zur möglichst Verkürzung des Untersuchungs-Arrestes, vorzüglich beschleunigt werden.

Es ist zu erwarten, daß, bei pflichtmäßig genauer Beobachtung dieser Vorschriften, und eben so sofortig als fleißigen Einleitung und Führung der Criminal-Untersuchungen, diese an Vollständigkeit, zur Vermehrung der öfters nothwendigen, die Sache aufhaltenden und die Kosten vermehrenden Resolute des Richters, gewinnen, und die Untersuchungs-Kosten beträchtlich werden verringert werden, wobei auch der Vortheil erreicht wird, daß die dem Verbrechen schneller folgende Verurtheilung, den Eindruck auf andere, zur Verhütung ähnlicher Verbrechen, verstärkt.

- 6) Ist endlich auch, bei der subdialarischen Tragung der Untersuchungs-Kosten von den Verichts-Behörden, in specie dem öffentlichen Fond, für unvermögende Verbrecher, theils der genaue Nachweis dieses Um-

ver-

vermögens zu den Untersuchungs-Acten, theils die Wiedererstattung dieser vorgeschossenen Kosten von den Verbrechern bei verbesserten Vermögens- Umständen derselben, nicht außer Acht zu lassen, und haben zu diesem Zweck die Inquisition und übrigen Gerichte den persönlichen inländischen Gerichtsstand des Verbrechers auf diese Wiedereinziehung, und weitere Requisition des Richters des etwa in der Folge veränderten persönlichen Gerichtsstandes, zum Ersatz des Vorschusses der subsidiarisch getragenen Untersuchungs-Kosten, aufmerksam zu machen, und das hierherhalb Veranlasste zu den, bei Einreichung der General-Kosten-Quadranten einzusenden Acten zu bringen.

Ologau, den 27. October 1823.

Das Ober-Landes-Gericht und der Criminal-Senat von Nieder-Schlesien und der Lausiz.

Bogen Erneuerung
des ehemaligen Bürgermeisters Vorzucht als Justiz-Commissarius.

Nachdem durch das Rescript Eines Höhen Justiz-Ministerii vom 29. September 1823. der vormalige Justiz-Commissarius und Bürgermeister Carl Anton Michael Vorzucht anderweit zum Justiz-Commissarius bei dem Königl. Stadt-Gericht zu Greiffenberg und den zunächst gelegenen Gerichten ernannt und bestellt worden ist; so wird solches hierdurch zur allgemeinen Nachricht bekannt gemacht.

Ologau, den 13. October 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landesgericht von Nieder-Schlesien und der Lausiz.

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Der bisherige Schul-Adjutant Lehfeld zu Haugsdorf, wurde evangelischer Schullehrer, Cantor und Organist zu Markersdorf, Odritzschen Kreises; der bisherige Schul-Adjutant Blümel, evangelischer Schullehrer zu G. o. s. Neuborf, Zauerschen Kreises, und der bisherige Schul-Adjutant Wenrich, evangelischer Schullehrer, Cantor und Organist zu Fischbach, Landeshutischen Kreises.

Der Chirurgus Kutter zu Grünberg, hat nicht nur die Approbation als praktischer Wundarzt für eine große Stadt und zu forensisch-chirurgischen Geschäften, sondern auch als Geburtshelfer erhalten.

Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 46.

Liegnitz, den 15. November 1823.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Liegnitz.

Die jährlichen Abänderungen der Arznei-Taxe pro 1823^{1/4}. sind bereits zur diesmaligen kostenfreien Vertheilung an die Herren Apotheken-Besitzer abgegangen.

No. 154.
Begen Veränderungen
in der Apotheken-
Taxe pro 1823.

Letztere haben sich danach, vom Tage des Empfangs an, bei Vermeidung der in dem Publicando vom 1. October 1815. bestimmten Strafe, zu achten.

Die Herren Physicians sind übrigens angewiesen worden, darauf zu sehen, daß die früher schon in die series medicaminum aufzunehmenden neuen Arznei-Mittel, nebst dem in der gegenwärtigen Tax-Veränderung hinzutretenden chinium sulphuricum in allen Apotheken vorhanden sind. Auch muß ein jeder Apotheker sämtliche medicamenta nova in seine series am Schluß desselben eintragen. Liegnitz, den 4. November 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.
F. P. No. 103. Reser October c.

Auf höhere Anordnung wird die, durch Unsere Verfügung vom 9. December 1818. (Amtsblatt pro 1818. Seite 366.) erlassene Bestimmung, daß Jeder, welcher eine Privat-Feuer-Versicherung des In- oder Auslandes, oder von deren Bevollmächtigten, den Auftrag, Versicherung für dieselbe zu verhandeln, übernimmt, solches der Polizei-Behöde seines Wohnorts sofort, und innerhalb acht Tagen, von Zeit des erhaltenen Auftrages an, anzeigen, sämtlichen Kreis- und Orts-Polizei-Beörden und dem betreffenden Publico in Erinnerung gebracht, und zugleich angeordnet, daß die übernommene Geschäftsführung gleichzeitig durch das Regierungs-Amtsblatt zur öffentlichen Kenntniß zu bringen ist.

Ebenmäßig müssen diejenigen, welche bereits gegenwärtig Geschäfte dieser Art führen, eine gleiche Anzeige in derselben Frist bewerkstelligen.

Ecc

Auf

No. 155.
Die Versicherung
wider Feuer-Gefahr
bei Privat-Affren-
tanz-Anstalten bew.

Auf die Unterlassung dieser Anzeigen, wird eine Strafe von Fünf Thalern hiermit festgesetzt.

Kienitz, den 5. November 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.
I. No. 93. Septbr. c.

No. 156.
Betreffend die im
laufenden Jahre vor-
gekommenen Verän-
derungen im Städte-
Feuer-Societäts-Con-
takter.

Sämmtliche Magistrate Unseres Verwaltungs-Beylafs,
welche die, durch Unsere Verfügungen vom 21. März 1815.
(Amtsblatt pro 1815. Seite 110), und vom 28. September 1819.
(Amtsblatt 1819. Seite 391), erforderten Nachrichten zum Städ-
tischen Feuer-Societäts-Cataster für das Jahr 1824., noch nicht
eingereicht haben,
werden hierdurch aufgefordert, diese Nachrichten, und in Ermangelung vor-
gekommener Veränderungen des Tax-Werths der versicherten Gebäude, el-
nen Negativ-Bericht, bis zum 1. künftigen Monats ohnfehlbar, und bei
Vermeidung der festgesetzten Ordnungs-Strafe von Drei Thalern, an Uns
einzureichen.

Kienitz, den 10. November 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.
I. No. 286. Novbr. c.

No. 157.
Wegen der dem hiesi-
gen Magistrat nach-
gegebenen Chaussee-
Geld-Erhebung auf
der von ihm gebau-
ten Straße von Kienitz
nach Jauer.

Es ist nunmehr die von Kienitz nach Jauer führende Straße von hier
bis Neudorf, auf Rechnung der hiesigen Kammern-Kasse, auf Eine Meile
beendigt, und Se. Majestät der König haben, mittelst allerhöchster Eabl-
nerts, Ordre vom 30. September d. J., zu genehmigen geruht, daß der hie-
sige Magistrat, für die Zukunft, von dieser Chaussee-Strecke den Chaussees-
Zoll auf Eine Meile, nach dem Chaussee-Geld-Tariff vom 21. May v. J.,
erheben könne.

Dem Publico wird zur Achtung bekannt gemacht, daß, diesem gemäß,
der hiesige Magistrat ermächtigt worden ist, vom 1. December l. J. ab, den
Chaussee-Zoll auf eine Meile zu erheben.

Kienitz, den 3. November 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.
II. No. 123. R. October c.

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte. Nachstehendes

Wegen Verhütung
des Kindermordes.

„P u b l i c a n d u m
Die Preussischen Strafgesetze enthalten folgende Vorschriften zur Ver-
hütung des Kindermordes:

I.

1. Jede außer der Ehe geschwängerte Weibsperson, auch Ehefrauen, die von ihren Ehemännern entfernt leben, müssen ihre Schwangerschaft der Orts-Oberkeit oder ihren Eltern, Vormündern, Dienstherrschaften, einer Hebamme, Geburtshelfer, oder einer andern ehrbaren Frau, anzeigen und sich nach ihrer Anweisung achten.

2. Die Niederkunft darf nicht heimlich geschehen, sondern mit gehö. i. gem Beistande.

3. Ist dabel nur eine Frau gegenwärtig, so muß das Kind sofort vor-
gezeigt werden, es mag todt oder lebend seyn.

4. Vorsätzliche Tödtung des Kindes zieht die Todesstrafe nach sich; verliert es durch unvorsichtige Behandlung das Leben, so tritt Zuchthaus-
strafe von mehrjähriger bis lebenswärtiger Dauer ein.

5. Aber auch schon diejenige Weibsperson, welche Schwangerschaft und Geburt verheimlicht, hat, wenn das Kind verunglückt ist, mehrjährige Zuchthausstrafe zu gewärtigen, sollte sie sonst auch nichts gethan haben, wo-
durch der Tod des Kindes veranlaßt worden.

6. Vernachlässiget der Schwängerer, die Eltern, Vormünder oder Dienstherrschaften ihre Pflichten, so sind sie strafbar und verantwortlich.

Berlin, den 11. Januar 1817.

von Kircheisen."

wird hiermit aufs neue zu Jedermans Kenntniß und Nachachtung in Erin-
nerung gebracht.

Breslau, den 10. October 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Schlessen.

Sämmtliche Inquisitoriate und Unter-Gerichte in dem Bezirk des unter-
zeichneten Königl. Oberlandes Gerichts werden hiermit angewiesen:

Betreffend die Stra-
fen gegen Brandstif-
ter:

die gegen fahrlässige oder boshafte Brandstifter verfügten Strafen,
sobald das gegen sie ergangene Erkenntniß rechtskräftig geworden,
in den Amtsblättern als Warnung bekannt zu machen.

Breslau, den 24. October 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Schlessen.

Von Seiten des unterzeichneten Königl. Pupillen-Collegii werden so-
wohl, in Folge, der durch die Gesessammlung publicirten Allerhöchsten Cab-
inets-Ordre am 27. September dieses Jahres, wegen Anstellung zweier De-
partements-Actoren und resp. eines Präclusions-Termins, rücksichtlich der
Kriegs-Schulden, Forderungen aus der Zeit des Herzogthums Warschau an
die Departements Posen und Bromberg, als auch in Folge der auf gleiche
Weise bekannt gemachten Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 4. September
d. J., wegen eines Präclusions-Termins zur Einreichung der Schuld-Atteste
über Lieferung, Forderungen aus der französischen Militär-Verpflegungs-
Epoche

Wegen der Kriegs-
Schulden, Forderun-
gen aus der Zeit des
Herzogthums War-
schau an die Depar-
tements Posen und
Bromberg.

Äpoche vom 1. März 1812/13., sämmtliche Verminder und Euratolen hierdurch aufgefordert: insofern ihren Euranben dergleichen Anforderungen zustehen, bei eigener Vertretung sich nach dem Rußale der obgedachten beiden Eabinet's Ordres auf das genaueste zu achten, und die Präklusiv-Zeit ja nicht zu versäumen. Breslau, den 4. November 1823.

Königl. Preuß. Puppillen-Collegium von Schlesien.

Ehrliehdtgkeith
Kreuzerungen best.

Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

Das bishetige evangeltische Schulhaus in Pfaffenndorf, Landshueschen Kreises, war zu niedrig, feucht, zu beengt und haufällig.

Unter amtlichem Bristande des Kreis-Landrathe und mit Hülfe des Dominik, welches das benöthigte Baumaterial unentgeltlich hergegeben, ist es den zum Schulverbande gehörenden Gemeinen Pfaffenndorf und Nieder-Hasselbach gelungen, mit einem baaren Aufwande von mehr als 600 Reichl. fast ein ganz neues zweckmäßiges Schulhaus zu erbauen.

Je drückender die jetzigen Zeitverhältnisse für die Spinnerei und Weberei, als die vorzüglichste Erwerbsquelle dieser armen Gemeinen sind, und je mehr sie sich durch Anstrengungen jeglicher Art dabei überboten haben, um so mehr verdient der rühmliche Einn des Dominik und der dafigen Einsassen ausgehoben und öffentlich — wie hiermit geschieht — mit Beifall anerkannt zu werden. Liegnitz, den 23. October 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 46)

Am t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

— No. 47. —

Liegnitz, den 22. November 1823.

Verordnungen von Staats-Behörden.

Zur Verminderung der Belpferde, Kosten bei der Reit-Post ist auf den Antrag des Königl. General-Postmeisters Herrn Nagler die Einrichtung get. offen worden, daß, in Gleichförmigkeit mit der Privat-Korrespondenz, die über zwei Loth wiegenden Dienstbriefe nur dann, wenn auf der Adresse ausdrücklich bemerkt ist:

Bekanntmachung

„mit der Reit-Post am ten
versendet werden, wegen die Beförderung von dergleichen Briefen, sobald diese Bemerkung fehlt, nur mit der Fahrpost erfolge.

Die Königlichen und öffentlichen Behörden in der Provinz werden hier, von in Kenntniß gesetzt, um von der Befugniß zur Benutzung der Reit-Post, hinsichtlich der schwereren Briefe, nur in wirklich dringenden Fällen Gebrauch zu machen, alsdann aber die vorerwähnte Modalität zu beobachten.

Breslau, den 6. November 1823.

Königl. Preuss. Ober-Präsidium von Schlesien
im Allerhöchsten Auftrage.
(Gel.) Richter.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Liegnitz.

Mehrere Königl. landrätliche Aemter und Magisträte sind mit Einreichung der Nachweisung des Bedarfs an Exemplaren des Regierungs-Amts-blatts für das Jahr 1824. zu resp. Verrichtung der Landgemeinen, städtischen und ländlichen Gast- und Schenkwirthe noch im Rückstande. Sie werden pro 1824.

No. 158.

Betreffend die rüd-
ständigen Nachwei-
sungen des Bedarfs an
Regierungs- Amts-
blätter-Exemplaren,
werden pro 1824.

D d d

worden daher hierdurch verpflichtet, gedachte Nachweisung zuverlässig noch vor Ablauf dieses Monats einzureichen.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

I. No. 689. J. Novbr. 5.
638.]

No. 150.
Landwehr, Pferde-
Erziehungs-Anstalt
gegründeten, bestehend.

Des Königs Majestät haben bei Gelegenheit des, von des Kommandirenden Generals des 3ten Armee-Corps, Herrn Generals der Infanterie Grafen Lauenhagen von Wittenberg Excellenz, zu Berlin, den sechsmonatlichen Eingaben von der Landwehr beigefügten Berichts, Sich, dahin zu äußern geruht:

dass die Kreise Grünberg, Glogau und Sprottau eine besondere Beobachtung verdienen, weil sie die Pferde zur Landwehr, Kavallerie, Uebung sämmtlich vom Lande, und verhältnissmässig wohlfeil gestellt haben.

Indem Wir diese gnädige Aeusserung Sr. Majestät, von welcher den Einsassen der genannten Kreise bereits auf dem geordneten Wege die nöthige Mittheilung gemacht worden, hierdurch zur öffentlichen Kunde bringen, hoffen und wünschen Wir, dass künftig, wo irgend möglich, in allen Kreisen der Regierung, Bezugs ein ökonomisches, den Allerhöchsten Absichten und dem Wesen der Landwehr, Institut entsprechendes Verfahren, bei Bestellung der Landwehr, Pferde, zur Bemerkung kommen möge.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Se. Königliche Majestät haben geruht, dem Herrn Regierungsrath, Vice-Präsidenten Troschel hieselbst, den rothen Adler-Orden dritter Klasse zu verleihen.

Der Ober-Steuer-Controllleur Böhm zu Schönau wurde in gleicher Eigenschaft nach Sagan, und der Ober-Steuer-Controllleur Kiege zu Rybnitz ebenfalls in derselben Eigenschaft nach Schönau versetzt.

Der jetzige Diaconus und Recter Boche zur Drossen, ward Pastor der evangelischen Kirche zu Steinbach, Landhanschen Kreises, und der jetzige Schul-Adjutant, Hoffmann, katholischer Schullehrer in Ober-Steinbach, Landhanschen Kreises.

Der

Der Doctor der Medicin und Chirurgie Greiner zu Nauscha Tel. Söw-
lig, erhielt die Approbation als praktischer Arzt und Operateur in den Königl.
Ländern, und der zu Forsta im Herzogthum Sachsen wohnhaft gewesene
Wundarzt und Accoucheur Hugen, hat sich zu Naumburg am Oberr. nie-
der gelassen.

Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

**Historische Nachrichten aus dem Klegnitschen Regierungs-
Departement für den Monat October 1823.**

Kirchen- und Schul-Wesen.

1) Der um die Friedens-Kirche und um die evangelischen Elementar-
Schulen in Zauer ausgezeichnet verdiente Kaufmann Neusch, der erst vor-
ges Jahr auf eigene Kosten die Kirche mit Blig-Ableitern versehen ließ, hat
bereits im Jahre 1812. ein großes massives Gebäude — das ehemalige
Jungfern-Kloster — käuflich an sich gebracht und dasselbe auf eigene Kosten
für zwei Elementar-Klassen und eine Mädchen-Schule nebst bequemen Woh-
nungen für zwei Lehrer einrichten lassen, und dadurch so viel Gutes und Nütz-
liches für die Bildung und den Unterricht der weiblichen Jugend in Zauer
gethan, daß die Erinnerung an ihn immer in dankbarem Andenken bleiben
wird.

Nunmehr hat dieser christlich denkende und um das Unterrichtes- und
Bildungs-Wesen in Zauer überhaupt verdiente Mann, zur Instandsetzung
eines geräumigen Zimmers für eine dritte Elementar-Klasse in demselben
Gebäude, neuerdings die Summe von 100 Rthlr. hergegeben und versprochen,
wenn solche zu den beabsichtigten Zweck nicht ausreichen sollte, auch die etwa-
nigen Mehrkosten zu bestreiten. Außerdem überwachte ein ungenannt seyn
wollender Wohlthäter dem evangelischen Kirchen-Collegio in Zauer im ver-
floffenen Monat eine Summe von 100 Rthlr. und 5 Prozent Zinsen für das
laufende Jahr, mit dem Beding, daß an jedem letzten Jahrestage ein erbau-
licher Gottesdienst in der dortigen Friedens-Kirche abgehalten werden soll.

2) Der Portrait-Maler Adolph Zimmermann, ein angehender, in
der Akademie zu Dresden gebürtiger Künstler, hat der Kirche zu Rorhenburg
in der Ober-Laußig ein gut und schön gearbeitetes Oel-Gemälde von 6 1/2 Fuß
Höhe und 5 1/4 Fuß Breite, darstellend die Scene, wie Christus nach seiner
Auferstehung von den beiden nach Emmaus gehenden Jüngern am Brodtkre-
hen erkannt wird, aus frommen Sinne verehrt. Dieses Gemälde, dessen
Kunstwerth Kenner über 200 Rthlr. würdigen, zielt nunmehr den Altar.

3) Am 15. October feierte die Bibel-Gesellschaft zu Bunzlau ihr großes Bibelfest.

Unglücksfälle und Selbstmorde.

Im abgewichenen Monat erlitten sich 4 Personen aus der niederen Volksklasse aus Schwermuth und Lebensüeberdruß. Wegen Mangel an Aufsicht ertranken 3 Kinder und eins wurde überfahren. Zu Looswitz, Bunzlau'schen Kreises, verunglückten die beiden Tagelöhner Häusler Müller von Altschowitz und Tobias Kiebel von Looswitz, beim Abtragen eines alten Brunnens; sie wurden verschüttet und aus dem Schutte todt herausgezogen.

Am 11. October wurde im Dorfe Eunersdorf der 34jährige Sohn des Großgärtners Klose bei dem Kettenfreimachen der Öfen von einem derselben sehr gefährlich verwundet, befindet sich aber auf dem Wege der Besserung.

In Glogowitz erkrankt am 29. October in der Oeder die Schwester des Pächmann Gottfried Deutschner. Alle Heilungsversuche waren ohne Erfolg.

Am 15. wurde das 34jährige Kind der Dienstmagd Anna Rosina Scholz zu Suckau bei Glogau von dem Wasserrade des Papier-Mühlens Gewerks in der ehemaligen Schleismühle erdrückt, und starb einige Augenblicke nach seinem Auffinden.

Die Johanna Christline Knebel aus Stelnkirch, Landbanschen Kreises, übergab, als sie am 8. October in Geschäften nach Marißa ging, ihr außer der Ehe erzeugtes 24jähriges Mädchen der Dienstmagd des Ziegelfreier Grundmann zu Bärberg, ihres Verlobten, der sie nach Marißa begleitete. Die Dienstmagd des Grundmann brachte das ihr anvertraute Kind nebst einem 4jährigen Knaben ihres Brodheeren auf eine in der Nähe des Ziegelfofens befindliche Streu und ging ihren Veräußerungsgeschäften nach. Nicht lange darauf hörte sie das Weinen eines Kindes, sie eilte herbei und fand das Mädchen der Knebel ganz verbrannt in einer jammervollen Lage. Der Grundmannsche Knabe hatte sich mit einem brennenden Span der Streu genähert und solche angezündet. Das verunglückte Kind starb Tage darauf.

2. Feuersbrünste.

In der Nacht vom 3. zum 4. October brannten zu Ratterser, Freistädtschen Kreises, eine Kuchner-Stelle und von der zweiten der Wüstall, am 13. zu Ober-Hafelbach, Landeshut'schen Kreises, eine Kleingärtnerstelle, und an demselben Tage Abends gegen 8 Uhr zu Lüben 11 mit den Enden-Vorräthen gefüllte Scheunen ab. In der Nikolai-Vorstadt zu Odris gingen am 20. October 5 Häuser, und in der Nacht vom 21. zum 22. zu Steln-Dels, Korbenturg'schen Kreises, die Wohngebäude des herrschaftlichen Brantweinbrennens in Rauch und Flammen auf.

Regnitz, den 2. November 1823.

Königl. Preuss. Regierung.

Am t s = B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 48.

Liegnitz, den 29. November 1823.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Liegnitz.

Es kann der Fall vorkommen, daß bei Dismembrationen die Abgaben und Leistungen an Kirchen, Geistliche und Schullehrer, durch zu weit getriebene Zersplitterungen, gefährdet, und besonders wenn die Abgaben oder Leistungen in Getreide oder in Diensten bestehen, durch die Verschiedenheit der Körner, so wie durch die Schwierigkeiten der Erhebung, bei Pflug, und Spann/Diensten aber durch die veränderte Art der Leistung, rücksichtlich des verschiedenartigen Gespanns, verringert werden. Das größtentheils spärliche Einkommen der Geistlichkeit auf die Weise zu sichern, daß den Besitzern der Realgüter oder einzelner Abzweigungen die Bedingung zur Annahme der vereinigten Abgaben deren hypothekarischer Vertretung und Abführung an den Abgabeberechtigten gemacht wird, ist nicht immer anwendbar, und kann, besonders bei Vereinzelnungen der Grundstücke in kleinern Parzellen die Berechtigten nicht hinreichend sicher stellen.

Da Uns jedoch die Aussicht und Sorge für die Erhaltung der geistlichen Antraben obliegt, so finden Wir Uns veranlaßt hierdurch darauf aufmerksam zu machen, daß bei Zergliederungen von Grundstücken nach Analogie des 29. §. der Anordnung wegen Ablösung der Dienste, Natural- und Selbstleistungen, vom 7. Juny 1821. keine Vertheilung von Real-Abgaben und Leistungen an Kirchen, Geistliche und Schullehrer, es mögen solche in Gelde, Naturalien oder Diensten bestehen, unter den Betrag von 4 Reichth. jährlich, und ohne gänzliche Sicherung der Dienstgattung statt finden darf. Der Werth der erwähnten Leistungen ist nach der vorhin schon bezogenen Gemeinheits-Abtheilungs-Ordnung vom 7. Juny 1821. und deren §. 73. auszumitteln und festzusetzen. Verringere Abgabentheile und die ihrer Gattung nach nicht gehörig gesicherten Dienste müssen entweder vor der Zergliederung des Grundstücks nach den in dem angeführten Besetze enthaltenen Grundsätzen abgelöst und zu Kapital gemacht werden, oder die Zergliederung muß unterbleiben.

E r e

D i e

No. 160.
Wegen der bei Dismembrationen den Kirchen, Geistlichen und Schullehrern zu sichernden Abgaben und Leistungen.

Diese Bestimmungen werden hierdurch den Interessenten zu ihrer Nachsicht, und mit der Anweisung für die landrätlichen Behörden, bekannt gemacht: Sich bei vorkommenden Dissembrationen hiernach sorgfältig zu achten, und können letztere ohne die vorstehende Bedingung nicht genehmigt werden. Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

I. No. 1347. October 1823.

No. 161.
Die Einsammlung einer evangelischen Kirchen-Collecte zum Wiederaufbau der bei dem großen Brande in Oels mit eingestürzten Schulen und des Waisenhauses daselbst betreffend.

Das Königl. Ministerium der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten hat zum Wiederaufbau der bei dem großen Brande in Oels im vorigen Jahre mit eingestürzten Elementar-Schule und des Waisenhauses daselbst, eine evangelische Kirchen-Collecte innerhalb der ganzen Monarchie, bewilligt.

Indem Wir dies zur Kenntniß der Departements-Einsassen bringen, fordern Wir zugleich die Herren Superintendents des hiesigen Regierungs-Bezirks hierdurch auf, die Einsammlung dieser Kirchen-Collecte dergestalt zu bewerkstelligen, daß die eingegangenen Gelder mittelst eines genauen Mängelforen-Verzeichnisses in der gewöhnlichen Art, und zwar längstens binnen 8 Wochen, an die hiesige Haupt-Instituten-Kasse eingesendet werden.

Gleichzeitig erwarten Wir, unter Beischiuß der angeordneten Nachweisungen nebst Specialien, die diesfälligen Anzeigen.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

I. No. 15. R. Novbr. c.

No. 162.
Wegen eines peremptorischen Termins in Einsendungen der Notaten-Beantwortungen.

Sämmtlichen Rendanten und Rechnungsführern Unserer Verwaltungs-Bezirks wird hierdurch bekannt gemacht: daß jede Notaten-Verhandlung, wo nicht ein besonderer Termin zur Einreichung bestimmt worden ist, binnen längstens 3 Wochen nach deren Abgabe von hier, vollständig beantwortet und erledigt, wieder bei Uns eingehen muß, weil sonst der von der Königl. Ober-Rechnungs-Kammer im Allgemeinen festgesetzte Einsendungs-Termin bei Uns nicht lüne gehalten werden könnte.

Sollte es in einem oder dem andern Falle nicht möglich seyn, die Beantwortung binnen dieser Frist zu liefern, so ist, unter Darstellung der Bestimmungs-Ursachen, eine nach Maaßgabe der letztern abzumessende und mit Bestimmtheit in Vorschlag zu bringende anderweitige Frist, zu Vermeidung kostspieliger Excitatorien, bei Uns nachzusuchen. Dagegen versteht es sich von selbst, daß jede Notaten-Beantwortung, so schnell als es nur seyn kann, einzusenden, und also nicht ohne Noth der Ablauf der 3 Wochen abzuwarten ist. Königl. Preuss. Regierung.

II. F. No. 760. November c.

Ret-

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

Von Seiten des unterzeichneten Königl. Puppillen-Collegii werden so, wohl, in Folge der durch die Gesessammlung publicirten Allerhöchsten Cabinets-Ordre am 27. September dieses Jahres, wegen Anstellung zweier Departements-Actoren und resp. eines Präclusions, Termins, rücksichtlich der Kriegs-, Schulden-, Forderungen aus der Zeit des Herzogthums Warschau an die Departements Posen und Bromberg, als auch in Folge der auf gleiche Weise bekannt gemachten Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 4. September d. J., wegen eines Präclusions, Termins zur Einreichung der Schuld-Akte über Forderungen aus der französischen Militär-, Bergseignungs-Epoche vom 1. März 1812/13., sämmtliche Vormünder und Curateln hies, durch, aufgefordert: Insofern ihren Curanden dergleichen Anforderungen zu stehen, bei eigener Vertretung, sich nach dem Inhalt der obgedachten beiden Cabinets-Ordres auf das genaueste zu achten, und die Präclusiiv-Frist ja nicht zu versäumen. Glogau, den 21. November 1823.

Königl. Preuß. Puppillen-Collegium von Nieder-Schlesien und der Lausitz.

Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

Der zu Glogau verstorbene jüdische Negociant Naphtali Salomon Levy, Sohn, hat in seinem hinterlassenen Testament, de publicato den 30. Juny 1823, den Armen der dortigen jüdischen Gemelne ein Vermächtniß von resp. 20 Rthln. und 20 Rthln. jährlicher Einnahme, und zu deren Sicherstellung ein Kapital von resp. 500 Rthln. und 500 Rthln., zusammen 1000 Rthln., und demnachst noch eine Stiftung von 500 Rthln. errichtet, deren Zinsen zu 4 pro Cent mit 20 Rthln. jährlich dergestalt vertheilt werden sollen, daß davon der dortige Ober-Rabbiner 5 Rthln., die beiden Besitzer des rabbinischen Gerichts jeder 2 Rthln., die christliche Stadt-Armen-Kasse 3 Rthln., und 10 jüdische, von den Aeltesten zu erwählende Armen, für von ihnen jährlich zu verrichtende Gebete, 8 Rthln. erhalten sollen.

Möbilitäts-
Ansprüche betr.

Für die Abgebrannten in Habelschwerdt sind bis heute folgende Beiträge bei mir eingegangen, und an den Magistrat zu Habelschwerdt weiter befördert worden:

Möbilitäts-
Ansprüche u. Dank-
sagung.

- 1) Von einer wohlthätigen Gesellschaft in Aletitz
ein Staatsschuld-Schein von 25 Rthln., nebst
Zins, Coupons; nach dem Course 19 Rthl. 2 Sgr.
- 2) Hr. O. in Aletitz 2 Rthl. 3)

3) Hr. R. R. F. in Plegniß	3 Rthlr.	—
4) Hr. R. S. B. in Plegniß	5 Rthlr.	—
5) F. v. E. in Plegniß	1 Friedrichsd'or und 5 Rthlr.	—
6) Plegnißer Regierung, Kassen, Beamten	9 Rthlr.	—
7) Durch den Herrn Landrath v. Ritsch in Grünberg, von einer frohen Gesellschaft	10 Rthlr.	17 Egr.
8) Aus Grünberg von einem Unbekannten 1 Georgsd'or.		
9) Aus Deutsch, Wartenberg von einem Unbekannten	2 Rthlr.	—
10) Durch den Magistrat in Parnow	4 Rthlr.	4 Egr.
11) Hr. R. R. K. in Plegniß	2 Rthlr.	—
12) Hr. S. M. in Plegniß	1 Dukaten und	— 17 Egr.

Zusammen 2 Stück Friedr. d'or, 1 Dukaten und 62 Rthlr. 10 Egr.

Außerdem hat Hr. Kaufmann Förster in Grünberg drei Stück Tuch an-
geboten, um deren unmittelbare Absendung nach Habelschwerdt derselbe
ersucht worden ist.

Plegniß, am 25. November 1823.

Der Regierung, Chef, Präsident
v. Erdmannsdorff.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 43.)

Amts = Blatt

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 49.

Liegnitz, den 6. December 1823.

Allgemeine Gesefsammlung.

Das 17te Stück enthält unter Nummern

- 826) Die Allerhöchste Declaration des Eblers, vom 27. October 1810., wegen Zurückzahlung der Forderungen an den Staat, welche nicht als Anleihe zu betrachten sind. Vom 9. August 1823.
- 827) Die Allerhöchste Cabinets-Ordre, vom 3. October 1823., wegen der dem Oberlandes-Gericht zu Slogau erteilten Befugniß zu der mit präklusivischer Frist zu erlassenden Bekanntmachung von Hypotheken-Tabellen der Güter in der Ober-Lausitz.
- 828) Die Allerhöchste Cabinets-Ordr, vom 6. October 1823., daß auch die pensionirten oder auf Wartegeld stehenden Offiziere bei Schuld-Klagen vom Personal-Arrest nicht befreit bleiben sollen.
- 829) Die Allerhöchste Cabinets-Ordre, vom 24. October 1823., daß Verhamberechtigten Mühlen-Besitzern, wegen Aufhebung des Verträufelzwangs von Seiten des Staats, eine Entschädigung nicht geleistet werden soll.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Liegnitz.

Die in der Fflitzner'schen Buchhandlung zu Berlin in quarto zu dem Preise von 15 Egr. herausgekommene Schrift:

„vorschriftsmäßiges Schema zum Eiferverkaufs, Buche für Apotheker
„und Kaufleute“

enthält die nöthigste gesetzliche Auskunft über Aufbewahrung des Eifere.

Ff

Wtr

No. 163.

Wegen des in der
Fflitzner'schen Buch-
handlung zu Berlin
erschienenen Eifere-
buchs

Wir machen die Apotheker und übrigen zum Offt. Verkauf Berechtigten auf diese Schrift um so mehr aufmerksam, als sie darin ein auf lange Jahre zur Ausfüllung reichendes Schema antreffen.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

I. No. 341. Roder. a.

No. 164.
Betreffend die Ein-
sammlung freiwilli-
ger Geldbeiträge für das
dem H. H. Franke in
Halle zu errichtende
Denkmal.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 28. July d. J. den Wunsch zu erkennen gegeben, daß die beabsichtigte Errichtung eines Denkmals für den Stifter des Waisenhauses und des Königl. Pädagogiums zu Halle, August Hermann Franke, möglichst Be-
förderung finden möchte.

Wir unterlassen daher nicht, in Folge eines Rescripts des Königl. Ministerii der Geistlichen, Unterrichts, und Medicinal-Angelegenheiten, vom 8. September d. J., die diesfällige Aufforderung des Bürgermeisters Dr. Mellin zu Halle, vom 20. August d. J., zu freiwilligen Beiträgen, hiermit zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, und die Herren Kreis-Landräthe und Superintenden ten zur Annahme und demnächstigen Einsendung der gesammelten Beiträge an Unsre Haupt-Institute, Kasse, unter der Rubrik: „H. Unterrichts-Sachen“, und zur gleichzeitigen Anzeige an Uns, von dem, was eingesandt worden, hiermit aufzurufen.

Da sich in Unserem Verwaltungs-Bezirk so viele Personen befinden, welche in den Franke'schen Erziehungs-Anstalten unterrichtet worden sind, so wie solche, deren Lehrer dort ihren Unterricht genossen haben, so dürfen Wir nicht zweifeln, daß diese Angelegenheit eine thätige Beförderung finden werde.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

I. No. 4430. Roder. a.

Aufforderung an alle Verehrer August Hermann Franke's,
Stifters des Waisenhauses und Königl. Pädagogiums zu Halle,
zu freiwilligen Beiträgen zu einem Demselben zu errichtenden
Denkmal.

Es sind beinahe Hundert und Dreißig Jahre verflossen, seit der Mann, den ganz Deutschland mit Achtung nennt, den Grundstein zu jenem Waisen-
hause legte, von welchem zugleich eine ganze Reihe anderer höchst wohlthätiger Anstalten, sowohl in als außer Halle, ausgegangen ist.

Die Zahl derer, welche in den von ihm gegründeten Stiftungen und
Schulen für alle Stände, Unterhalt, Unterricht und Bildung für jede An-
ten

ten des Berufes erhalten haben, und noch täglich erhalten, ist kaum zu berechnen. In allen Theilen des deutschen Vaterlandes, und selbst im Auslande, sind sie zerstreut. Hier und dort hat Frankens Beispiel, Geist und Wort den segensreichsten Einfluß durch Erweckung der Nachahmung gehabt, und ähnliche Wohlthätigkeits-Anstalten begründet; und je weiter sein eigenes Leben in die Vergangenheit zurücktritt; desto allgemeiner wird sein Verdienst von der Nachwelt anerkannt, und sein Name unter den großen Wohlthätern seines Zeitalters genannt.

Um so mehr darf man auf eine allgemeine Theilnahme rechnen, wenn ich hierdurch Namens meiner Mitbürger bekannt mache, daß es der Wunsch der Einwohner der Stadt, welche der Mittelpunkt seiner Wirksamkeit war, geworden ist, dem Manne, der ihr und dem Vaterlande so große Denkmale der Menschenliebe und des Got. vertrauens hinterlassen hat, und deren Dauer durch den Schutz und Beistand unseres theuern Monarchen gesichert ward, auch wiederum ein Denkmal der Dankbarkeit in dem Bezirk seiner Stiftungen zu errichten, und wo möglich, durch ein treues und der Zeit trogendes Standbild, Kinder und Kindeskinde auch an seine äußerliche Persönlichkeit zu erinnern.

Sobald dieser Wunsch laut ward, erklärte sich eine bedeutende Anzahl patriotischer Mitbürger zu größeren und kleineren Beiträgen bereit. Auch machte man es sich zur Pflicht, Sr. Königl. Majestät den Plan vorzulegen, und unverzüglich erfolgte die Allerhöchste Genehmigung, so wie die Erlaubniß, durch die Königl. Regierungen und Consistorien der Monarchie Frankens Verehrer zu Beiträgen aufzufordern, wovon auch bereits der Unterzeichnete durch das Hohe Ministerium der Geistlichen, und Unterth. Angelegenheiten benachrichtigt ist.

Es ergeht daher nun um so vertrauensvoller dieser Aufruf, mit der Bitte, daß Jeder, welcher die Wünsche unserer Stadt theilt, dem Vater und Wohlthäter so vieler Tausende, ein der Größe seines Verdienstes angemessenes Denkmal zu errichten, sowohl selbst als durch Beförderung der Sache in seinem Kreise durch Geldbeiträge, — von denen auch der kleinste dankbar angenommen werden wird, — dafür thätig seyn wolle.

Man bittet, die Beiträge zu diesem Denkmal an die hiesige Kämmererkasse, unter der Adresse des Herrn Kämmerer und Stadtrath Wucherer, übersenden zu wollen, und wird über jede Zusendung von dem Königl. Landrath des Stadt. Kreises Halle, dem vorgenannten Herrn Stadtrath Wucherer, und von dem Unterzeichneten, als welche gemeinschaftlich die einstweilige Verwaltung der eingehenden Gelder übernommen haben, quittirt werden. Je früher sie eingehen, desto willkommener und eher wird zu übersenden seyn, in welchem Maße der Erwartung des Publikums genügt, und was dem geschicktesten Künstler übertragen werden könne. Sobald als dann die Art und Ausführung die Genehmigung Sr. Königl. Majestät

erhalten haben wird, soll unverzüglich Hand an das Werk gelegt, und das Weitere davon bekannt gemacht werden.

Halle an der Saale, den 20. August 1823.

Der Bürgermeister Dr. Meßlin.

No. 165.

Wegen Verlegung
der Jahrmärkte. Per-
mitte der Stadt Lahn.

Mit höherer Genehmigung sind die Termine zur Abhaltung des 2ten, 3ten und 4ten Jahrmärkte zu Lahn, hergestalt für immer verlegt worden: daß diese drei Jahrmärkte, vom künftigen Jahre ab, nicht mehr Montage und Dienstag, sondern Mittwoch und Donnerstags nach Georgi, nach dem 2ten Sonntage Trinitatis, und vor Allerheiligen, Statt finden sollen.

Breslau, den 25. November 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

II. G. No. 112. R. Noobr. 2.

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

Wegen der Fest-
setzungs-Decrete von
Gebühren, welche der
Königl. Fiscus zu
zahlen hat.

In Beziehung auf die durch die diesjährigen Amtsblätter erfolgte An-
weisung vom 19. September d. J. werden sämtliche Untergerichte in dem
Bezirk des unterzeichneten Königl. Ober-Landes-Gerichts hiermit noch
angewiesen:

in den Festsetzungs-Decreten, welche die Gebühren, die der Königl.
Fiscus zu zahlen hat, betreffen, jedesmal mit zu erwähnen: ob Fiscus
in der Sache quæst. zur Ertragung der Kosten rechtskräftig verur-
theilt worden ist.

Breslau, den 7. November 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Schlesien.

Betreffend Zoll-
und Steuer-Defrau-
dations- und Contra-
ventions-Sachen.

In Folge einer von der Königl. Regierung zu Oppeln, auf Veranlas-
sung der Königl. Ober-Rechnungs-Kammer, ergangenen Anquisition,
werden sämtliche Untergerichte in dem Bezirk des unterzeichneten Königl.
Ober-Landes-Gerichts hiermit angewiesen:

in Zukunft die Erkenntnisse in Zoll- und Steuer-Defraudations-
und Contraventions-Sachen, den Königl. Regierung nicht
anders, als in beglaubigter Abschrift, mitzutheilen.

Breslau, den 14. November 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Schlesien.

Nach-

Nachstehendes Rescript Eines hohen Justiz-Ministerii

Vetreffend die Gerichtsbarkeit der zur Aushebung bestimmten Ersahmannschaften

„Diejenigen Ersahmannschaften, welche nach erfolgter Aushebung und Vereidung sogleich bis zu ihrer wirklichen Einstellung mit Urlaub, passen wieder in ihre Heimat entlassen werden, sind in Betreff der Gerichtsbarkeit den beurlaubten Landwehrmännern und den zur Kriegesreserve gehörigen Soldaten gleich zu behandeln. So wie daher bis zur Publikation der Verordnung vom 22. Februar d. J. bei Abfassung der Erkenntnisse gegen solche Individuen, die, in Absicht der Erkenntnisse wider beurlaubte Landwehrmänner u. früher ergangenen Vorschriften haben beobachtet werden müssen; eben so sind, der nunmehr auch die gedachte Verordnung, vom 22. Februar d. J., auf die erwähnten Ersahmannschaften, obgleich sie darin nicht ausdrücklich genannt worden, in ihrem ganzen Umfange Anwendung. Hiernach hat sich das Königl. Kammergericht zu achten.

Berlin, den 13. Juny 1823.

Der Justiz-Minister v. Kirchhausen.“

An

das Königl. Kammergericht.“

wird sämmtlichen Untergerichten hiesigen Departements zur Nachachtung mitgetheilt. Glogau, den 24. November 1823.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Nieder-Schlesien und der Lausitz

Dem Rescripte Eines hohen Justiz-Ministerii vom 28. May 1823. gemäß, Wegen der vollständigen und bestimmten Angabe der Revisionen, Beschwerden, unter Befolgung der Vorschriften der Allgem. Gerichts-Ordnung Theil 1. Tit. 15. §. 4. u. 5. in Verbindung mit den Massgaben der Allgem. Gerichts-Ordnung Tit. 14. §. 26. u. 28. seq. zu halten, und zu Vermeldung von Ordnungstrafen, keine Acten, ohne Beobachtung dieser Anweisung in das Revisorium einzusenden. Glogau, den 24. November 1823.

Königl. Preuss. Ober-Landesgericht von Nieder-Schlesien und der Lausitz.

Ber-

Bermischte Nachrichten und Aufsätze.

Wohlbährigkeit,
Neuerung u. Dank
sagung.

Für die Abgebrannten in Habelschwerdt sind fernerwelt bis heut folgende Beiträge bei mir eingegangen und an den Magistrat zu Habelschwerdt weiter befördert worden:

13) Hr. Justizrath Kern in Nieder-Pollwitz	1 Dukaten
14) Hr. Amtmann Scharf in Quaritz	3 Rthlr.
15) Von einem Ungenannt: n aus Lüben	5 Rthlr.
16) Von den Beamten des indirekten Steueramtes in Zauer	8 Rthlr. 12 Egr. 6 Pf.
17) Von einem milden Geber in Pilmkenau 1 Friedrichsd'or	
18) Von Cosmopolita in Ologau	10 Rthlr. — , — ,
19) von einem Ungenannten in Dunschau	1 Dukaten
20) Durch den Hrn. Stadt-Inспекtor Letzgebel in Liegnitz von einer Gesellschaft	5 Rthlr. 6 Egr. — ,
21) Von Sr. K. H. Pr. A. in Berlin	200 Rthlr. — , — ,
22) Liegnitzer Regierungs-Secretariat	6 Rthlr. 10 Egr. — ,
23) Hr. A. N. P. in Liegnitz	5 Rthlr. — , — ,
24) Liegnitzer Regierungs-Kanzlei	2 Rthlr. 10 Egr. — ,
25) Hr. K. W. in Liegnitz	5 Rthlr. — , — ,

Zusammen 1 Gr.d'or, 2 Duk. u. 251 Rthlr. 8 Egr. 6 Pf. Cour.

Die erste Absendung

betrug: 2 St. Gr.d'or, 1 Duk. u. 62 Rthlr. 10 Egr. — Pf.;

mitgeth sind bis

heut zusammen

eingegangen u.

weiter befördert

worden: . . 3 St. Gr.d'r, 2 Duk. u. 313 Rthlr. 18 Egr. 6 Pf. Cour.

Außerdem sind im Löwenberaschen Kreise mehrere Bekleidungsgegenstände geliefert worden, welche der Königl. Kreis-Sekretair, Hr. Lieutenant Heintze in Löwenberg, unmittelbar an den Magistrat in Habelschwerdt absenden wird.

Liegnitz, den 29, November 1823.

Der Registrations-Chef, Präsident
v. Erdmannsdorf.

Die

Die verstorbene Frau Amtsräthin Johanna Rosina Bloß auf Schlevau, ^{Wohltätigkeit.}
hat in ihrem hinterlassenen Testament den Orts. Armen daselbst ein Ver- ^{Beuerung betr.}
mächtniß von 100 Rthln. ausgesetzt.

(Dieselbst ein öffentlicher Anzeiger No. 49.)

Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

No. 50.

Liegnitz, den 23. December 1823.

Verordnungen von Staats-Behörden.

Die Verwaltung des Krieges Schulden-Wesens der Provinzen Kurmark und Neumark, macht es durchaus nöthig, daß die seit 1806. ausgegebenen Interims-Scheine der Kurmark, gegen die dazu bereits ausgefertigten Kurmärktischen Obligationen umgetauscht, die Neumärktischen Interims-Scheine und Kurmärktischen Obligationen aber, welche nach Vorschrift der Allerhöchsten Kabinetts-Ordre vom 17. December 1821. und 18. September 1822. verfertigt werden sollen, zu diesem Zwecke eingereicht werden. Die Kontrolle der Staats-Papiere, Lauben-Strasse No. 30., ist sowohl mit der Extradition Kurmärktischer Obligationen gegen Ueberbringung der betreffenden Interims-Scheine, als mit der Verification Kurmärktischer Obligationen und Neumärktischer Interims-Scheine beauftragt.

Die Inhaber solcher Papiere werden daher wiederholentlich aufgefordert: sie derselben zu dem bezeichneten Zweck des baldigsten einzureichen, indem bereits die Anordnung eines Präklusiv-Termins für beide Geschäfte allerhöchstem Falls in Auftrag gebracht worden ist.

Berlin, den 8. November 1823.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Korher. v. Schütz. Beilich. Deß.

Die Deputirten der Kur- und Neu-Mark.

v. Korpfen. v. Bredow. v. Ramberg.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Liegnitz.

Sämmtliche Magistrate der Schlesienschen Städte Unserer Verwaltungsbereichs, werden hierdurch in die pünktliche Einreichung der mitteltl. Versicherung vom 12. July 1818. (Amtsblatt pro 1818. Seite 221.) ersorderten jährlichen

234

No. 26.

Die Adressen der
Königl. Regierung
zu Liegnitz
Zand 1823.

Brand, Pontifikations-Rechnungen, sowohl für das laufende, als die folgenden Jahre, bei Vermeidung einer Ordnungs-Strafe von 2 Rthlrn. für die un-
terlassene Einsendung, erinnert.

Königl., den 4. December 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

I. No. 1112. Nov. c.

No. 167.

Einen in dem Normal-
Zeichnungen zu Land-
Schulhäusern stehende
gebliebenen Druckfeh-
ler betr.

Die Herren Landräthe des hiesigen Regierungs-Bezirks werden darauf
aufmerksam gemacht, daß auf der Zeichnung No. VI. des Jhnen am 24. May
1821. mitgetheilten Exemplars von den lithographirten Normal Zeichnungen
zu Landschulhäusern, ein Druckfehler stehen geblieben. Es soll nämlich an
Statt 30 Kinder „80 Kinder“ heißen, wie solches auch aus der Vergleichung
mit den übrigen Zeichnungen, leicht zu entnehmen ist.

Diese Gelegenheit wird dazu mit aufgefaßt, um die Schul-Communen,
welche neue Schulhäuser zu bauen beabsichtigen, auf das Daseyn dergleichen
Normal-Zeichnungen aufmerksam zu machen, welche sie bei den betreffenden
landrätlichen Aemtern einsehen können.

Königl., den 2. December 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

I. No. 60. R. Nov. c.

No. 168.

Die mit dem 1. Jan.
1824 verfallenden
Zinsen von Staats-
schuld Dokumenten.

Die von der Königl. Hauptverwaltung der Staats-Schulden unterm
22. v. M., wegen der mit dem 1. Januar 1824. verfallenden Zinsen von
Staats-Schuld-Dokumenten erlassene, und zur weitem Veröffentlichung
anher mitgetheilte Bekanntmachung, welche wörtlich also lautet:

B e k a n n t m a c h u n g .

„Das Publikum wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Aller-
höchsten Verordnung vom 17. Januar 1820., wegen künftiger Behand-
lung des gesammten Staats-Schulden-Wesens (Verf. Samml. No.
577. §. XVII.) zum Besten des allgemeinen Tilgungs-Fonds mit dem 1.
Januar 1824. ein für allemal das Recht erloschen ist, Zinsen von Staats-
Schuld-Dokumenten zu fordern, welche den 17. Januar 1820. bereits
verfallen und eingezogen geblieben sind.“

Es liegen noch unabgehoben bei der Controlle der Staats-Papiere, Zins-
Coupons von Staats-Schuldscheinen Series II. III. und IV., welche längst
fällige Zinsen theile vom 1. Januar 1815. ab gerechnet, umfassen.

Die Inhaber der dazu gehörigen Staats-Schuldscheine werden daher er-
innert, diese Zins-Coupons bei gedachter Controlle, Taubenstraße No. 30.,
gegen Vorzeigung der betreffenden Staats-Schuldscheine, auf welchen die
ausreichenden Zins-Coupons abgestempelt werden müssen, in Empfang
zu nehmen.

Eben so circuliren noch Zins-Coupons von Staats-Schuldscheinen über
längst fällige Zinsen, zum Theile sogar aus der Zeit vom 1. Januar 1811.

ab.

ab. Das Publikum wird aufgefordert, diese Coupons bei der Staats-Schulden-Eiligungs-Kasse, ebenfalls Taubenstraße No. 30., zur Auszahlung der darin verschriebenen Zinsen einzureichen.

Es ergeht dies Publikandum, um künftige Reklamationen zu beseitigen, und dem etwanigen, wenn gleich unerheblichen Einwande zu bezeugen, daß irgend jemand von jener, auf gesetzlichem Wege längst verkündeten Allerhöchsten Verordnung keine Kenntniß gehabt habe, wobei jedoch zur Vermeidung aller Mißverständnisse bemerkt wird, daß die Coupons und Zinscheine über ältere Zinsen von den in Unserer Verwaltung übergegangenen Provinzial- und Communal-Papieren unter der oben erwähnten allgemeinen Bestimmung nicht begriffen sind."

Berlin, den 22. November 1823.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Korher. von Schüze. Beelzig. Deetz."

wird hierdurch nicht nur zur allgemeinen, sondern auch zur besondern Kenntniß der Verwalter des Vermögens der Kirchen, Pfarreien, Schulen und milden Stiftungen gebracht, auch den Stadt- und Dorf-Behörden zugleich einschärfte, die Orts-Eingekessenen ganz besonders darauf aufmerksam zu machen. Liegnitz, den 8. December 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

I. No. 18. R. Detbr. c.

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

Sämmtliche Untergerichte unsers Departements sind durch die Publicanda vom 21. März 1817. (pag. 126. des Amtsblatts pro 1817,) und vom 20. May 1817. (pag. 181. ib.) angewiesen worden, bei Abtrennung steuerpflichtiger Realitäten, vor Bestätigung und Eintragung des Vertrages, die Contrahenten anzufragen, sich durch ein landbräufliches Attest über die erfolgte Regulirung der Grundsteuer, aufzuweisen. In Beziehung hierauf werden gedachte Gerichte noch darauf aufmerksam gemacht, daß dleselbigen Untergerichts-Abgaben, welche aus der Reduction des geistlichen auf den weltlichen Steuer-Divisor entstanden sind, die Natur der Steuern beibehalten haben, und also in Rücksicht derselben, dasselbe Verfahren, als bei den Steuern selbst, zu beobachten ist, mithin die dlesfällige Regulirung, vor der Eintragung eines Vertrages, wegen Abtrennung steuerpflichtiger Realitäten, durch ein landbräufliches Attest nachgewiesen werden muß.

Wegen der Grundsteuer bei Abtrennung steuerpflichtiger Realitäten.

Glogau, den 1. December 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landesgericht von Nieder-Schlesien und der Lausitz.

Eämmtl.

Erinnerung an die
General-Civil-Pro-
cess-Liste.

Sämmtliche Unter-Gerichte im Departement des unterzeichneten Ober-
Landes-Gerichts werden hierdurch, in Bezug auf das Publicandum vom 15.
November 1819 (Amtsblatt vom 3. 1819. Seite 433.) erinnert: die Ge-
neral-Civil-Process-Liste, nebst Anzahl der Decernendorum, und der Vor-
mundschaften, bis zum 15. December dieses Jahres, zu Vermeidung einer
Ordnungsstrafe von 5 Reichsthalern, einzusenden.

Ologau, den 1. December 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Nieder-
Schlesien und der Lausig.

Wegen Einrichtung
des Hypotheken-We-
sens in der Ober-Lau-
sitz.

Gemäß der allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 3. October d. J. wird
denjenigen, welche bei Einrichtung des Hypothekenwesens in dem zum
Departement des unterzeichneten Ober-Landes-Gerichts gehörigen Theile der
Oberlausitz interessirt sind, fernerweit bekannt gemacht: daß die Hypotheken-
Tabellen von

der Standes-Herrschaft Muskau,
Dittmannsdorf,
Niederortmannsdorf,
Hermsdorf,
Jändendorf und Lana,
Wilka, Bohra und Schelke,
Mittel, Sohra,
Ober-Bellmannsdorf,
Nieder-Bellmannsdorf und
Nieder-Bellmannsdorfer Amtzell, das Mittels-Gut genannt,

fertig geworden sind, mit der Aufforderung, binnen zwei Monaten die Ta-
bellen in der hiesigen Ober-Landes-Gerichts-Registratur einzusehen, indem nach
Ablauf dieses Termins keine Erinnerungen mehr angebracht werden können.

Ologau, den 3. December 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landesgericht von Nieder-Schlesien
und der Lausig.

Wegen des Rechts
Zinsen von Staats-
Documenten zu for-
dern, welche den 17.
Jan. 1820. verfallen.

Da nach der Allerhöchsten Verordnung vom 17. Januar 1820. (Gesetz-
sammlung No. 577. §. XVII.) mit dem 1. Januar 1824. das Recht, Zinsen
von Staatsschuld-Documenten zu fordern, welche den 17. Januar 1820.
bereits verfallen, und uneingelegen geblieben sind, ein für allemal erloschen ist,
so werden sämmtliche Unter-Gerichte und Vorstände im hiesigen Departement,
auf diesen nahesten Präklusiv-Termin aufmerksam gemacht, und Ihnen bei eigen-
er Verantwortlichkeit dringend empfohlen, dergleichen noch nicht bezahlte
Zinsen unsehrbar noch vor Ablauf dieses Jahres bei der Controle der Staats-
Kassa

Papstere zu Berka, Tauben-Straße No. 30., unter Uebersendung der Coupons zu liquidiren.

Hogau, den 9. December 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Nieder-Schlesien und der Lausiz.

Verordnungen des Königl. Consistorii für Schlesien.

Wir haben nachstehenden Candidaten des Predigtamts, als:

Bekanntmachung.

- 1) Bergmann aus Marklissa,
- 2) Bräunmeyer aus Breslau,
- 3) Gerdesen aus Kłodnik,
- 4) Nisler aus Krann,
- 5) Maulsch aus Döbrschütz,
- 6) Lehmann aus Breslau,
- 7) Doeßring aus Kleschowitz,
- 8) Carlstädt aus Breslau,
- 9) Gerlach aus Strehlen,
- 10) Leuschner aus Breslau,

nach bestandener Prüfung das Zeugniß der Wählbarkeit zu einem geistlichen Amte, dem Dr. Philolog. Goppla Succow aber ebenfalls nach bestandener Prüfung die Erlaubniß zum Predigen erteilt.

Breslau, den 9. November 1823.

Königl. Preuß. Consistorium für Schlesien.

Verordnung der Königl. General-Commission für Nieder-Schlesien.

Wir haben:

- 1) den Deconomie-Commissarius Gutsche, in Löwenberg, zum Special-Commissarius für den Löwenberg'schen Kreis ernannt.
- 2) dem Special-Deconomie-Commissarius Engelsing zu Klegniß, die Regu-
gustungs-Geschäfte des Goldberg-Hannauschen Kreises, bis zur Ver-
herstellung der Gesundheit des Special-Deconomie-Commissarii,
Amts-Nach Bock auf Schierau, mit übertragen.
- 3) dem Studiosus cameral. ic. Masuch im Klegniß'schen Special-Commis-
sions-Bezirk, zum Special-Commissions-Schäffen, mit Anweisung sei-
nes Wohnorts in Klegniß, und
- 4) in gleicher Qualität bei der Special-Commission, Grünberger Bezirks,

Bekanntmachung der
General-Commission
zu Breslau, die in der
ren Verwaltung über-
gibt hat nachstehenden Er-
nennung betr.

den

den Protocollführer Noke mit Anweisung des Wohnorts in Grünberg ernannt. Breslau, den 22. November 1823.

Königl. General-Commission für Nieder-Schlesien.

Verordnungen auswärtiger Behörden.

Bekanntmachung. Des Königs Majestät haben mittelst allerhöchster Cabinets-Ordre vom 31. Mai v. J. zu bestimmen geruhet, daß in den Provinzen des vormaligen Königreichs Westphalen, woselbst durch das Dekret vom 22. Januar 1809, das Vermögen der durch das Gesetz vom 8. August 1808, aufgehobenen Zünfte und Gewerke für ein Eigenthum des Staats erklärt worden, die Forderungen der noch unbefriedigten Gläubiger jeder Zunft aus der dem Staate heimgefallenen Vermögensmasse berichtigt werden sollen, und ist wegen Anmeldung dieser Forderungen, mittelst allerhöchster Cabinets-Ordre vom 18. v. M., eine präclusivische Frist bis zum 31. Januar 1824, festgesetzt worden.

Es werden daher alle diejenigen, welche noch unbefriedigte Ansprüche an eine Zunft, welche sonst in Unserm Verwaltungs-Bezirk existirt hat, zu haben vermeynen, hierdurch aufgefordert, diese Ansprüche, sie mögen bereits angemeldet seyn oder nicht, binnen jener Frist bei dem Regierungs-Rath Schulz hieselbst schriftlich, spätestens in dem auf den 31. Januar 1824, Vormittags um 10 Uhr im hiesigen Regirungs-Gebäude vor ihm anstehenden Termin, zu Protocoll anzumelden und die Beweismittel über die Richtigkeit des Anspruchs beizufügen, widrigenfalls alle bis dahin nicht angemeldete Forderungen ohne Weiteres für gänzlich erloschen und ungültig zu achten, und nicht weiter berücksichtigt werden können.

Magdeburg, den 9. November 1823.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Bekanntmachung. Des Königs Majestät haben, in Folge der allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 31. Mai v. J., wodurch die Berichtigung der sämmtlichen Forderungen der noch unbefriedigten Gläubiger der in den Provinzen des vormaligen Königreichs Westphalen durch das Dekret vom 5. August 1808, aufgehobenen Zünfte und Gewerke aus dem durch das Dekret vom 22. Januar 1809, für ein Eigenthum des Staats erklärten Vermögen derselben verordnet worden ist, mittelst allerhöchster Cabinets-Ordre vom 18. v. M. zur Anmeldung jener Forderungen eine präclusivische Frist bis den 31. Januar 1824, allerhöchst festzusetzen geruhet.

In Gemäßheit dieser allerhöchsten Festsetzung werden daher alle noch unbefriedigte Gläubiger der einen oder andern, der im Verwaltungs-Bezirk der unterzeichneten Regierung aufgehobenen Zünfte hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, sie mögen bereits angemeldet seyn oder nicht, binnen jener Frist

Trifft bei dem Regierungsrath Riche dieselbst, unter Befehlsgung der erforderlichen Beweismittel, entweder schriftlich, oder spätestens in dem dazu auf den 31. Januar 1824. Vormittags 10 Uhr in dem hiesigen Regierungs-Gebäude anstehenden Termine zum Protokoll anzumelden, widrigenfalls alle ihre bis dahin nicht angemeldete Forderungen für gänzlich erloschen und ungültig erachtet, und nicht weiter berücksichtigt werden sollen.

Minden, den 25. November 1823.

Königl. Preussische Regierung. Zweite Abtheilung.

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Nachdem der jetzige Justiz-Commissarius Wanselo zu Guben in gleicher Qualität und zugleich als Notarius publicus in Grünberg angestellt worden, und seinen Wohnsitz bereits in Grünberg genommen hat, so wird solches hiedurch zur allgemeinen Kenntniss gebracht.

Glogau, den 1. December 1823.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Nieder-Schlesien und der Lausitz

Vermischte Nachrichten und Aufträge.

Für die Abgebrannten in Habelschwerdt sind fernere bis heut folgende Beiträge bei mir eingegangen und an den Magistrat zu Habelschwerdt weiter befördert worden:

I. an den Chef der in Habelschwerdt in Garnison gestandenen 11. Invaliden-Compagnie, Herrn Oberst-Lieutenant von Dorlasch, gegenwärtig in Frankenstein:

26) von der 3. Escadron des 1. Uflanen-Regiments in Deutsch, (für verunglückte Militaires)

7 Rthl. — — —

II. an den Magistrat in Habelschwerdt:

27) Frau D. v. P. in Liegnitz

8 Rthl. — 1gr. — pf. Cour.

28) B. in Marienwerden

2 „ — „ — „

29) Hr. v. Uchtritz in Krumlinde 1 Rthl.

30) H. D. L. bei Goldberg 1 Dukaten

31) Durch den Magistrat in Schöenberg bei Landeshut

32 „ 10 „ — „

32) Hr. Erzpfeister Langenickel in Sprottau

5 „ — „ — „

33) Hr. D. E. in Sagan

2 „ — „ — „

34) Durch den Hrn. Kreisvize-Mäker in Freistadt

4 „ — „ — „

35)

35) Liegnitzer Registrations-Rechnungskontrolle	13	,	25	,	—	,
36) Durch den Magistrat in Lüben von dasi- gen milden Gebern 2 St. Friedb'dor	20	,	10	,	—	,
37) Liegnitzer Registrations-Hauptjournal und Registratur	10	,	20	,	—	,
38) Direktorium und Lehrer der Liegnitzer Ritter-Akademie	12	,	—	,	—	,
39) Durch den Magistrat in Lüben von dasi- gen milden Gebern	15	,	25	,	—	,
40) Hr. D. L. in Liegnitz	3	,	—	,	—	,
41) Hr. P. in Liegnitz	5	,	—	,	—	,
40) Durch den Hrn. Kreis-Kassenkontrollleur Reyerhäuser in Jauer	12	,	—	,	—	,
43) Hr. Pastor Heinrich in Eberesdorf bei Sprottau	4	,	—	,	—	,
44) Hr. Kammerherr von Köllchen-Neilsicht	10	,	—	,	—	,
45) Durch den Hrn. Kreissekretair Heintze von milden Gebern im Löwenberg'schen Kreise 1 Friedrichsdor	29	Rehl.	9	sgt.	6	pf.
46) Hr. Pastor Herbst in Merzdorf bei Lö- wenberg	6	,	—	,	—	,
47) Hr. H. in Parchwitz	3	,	—	,	—	,
48) Von der Gemeinde Waldau bei Liegnitz	21	,	—	,	—	,

Zusammen 4 St. Fr.d'or, 1 Duk. u. 225 Rehl. 9 sgt. 6 pf. Cour.
Die beiden ersten Ab-
sendungen betrugen 3 „ 3 13 Rehl. 18 sgt. 6 pf. „
müßten sind bis heute
zusammen eingegan-
gen u. weiter beför-
dert worden 7 St. Fr.d'or, 4 Duk. u. 538 Rehl. 27 sgt. — pf. Cour.

Außerdem haben zwei milde Geber in Lüben ein Paar Kleidungsstücke
und Hr. Kaufmann Kreisler in Liegnitz 5 Ellen Tuch zu gleichem Beduise
gegeben. Liegnitz, den 6. December 1823.

Der Registrations-Chef, Präsident
v. Erdmannsdorf.

Amts = Blatt

der

Königlichen Regierung zu Liegnitz.

— No. 51. —

Liegnitz, den 20. December 1823

Verordnungen von Staats-Behörden.

In dem Zeitraume vom 2. bis zum 25. Januar 1824. — die Sonntage ausgenommen — werden in den Vormittags-Stunden von 9 bis 1 Uhr, die am 1. Januar 1824. fälligen, so wie auch ältere, noch nicht abgehobene Zinsen von Neumärkischen ständischen Interims-Scheinen, gegen Abgabe der darüber lautenden Coupons und resp. Zinsischeine, von der Staatschulden-Eiligungskasse, Tauben-Strasse No. 30. par terre rechts, ausgezahlt.

Die Auszahlung der Zinsen von Neumärkischen Interims-Scheinen betr.

Wer im Besitze mehrerer hieher gehöriger Coupons ist, ordnet dies eben sowohl nach ihren Versfall-Terminen, als auch nach den Appoints, und überläßt solche der genannten Kasse mit einem richtig aufgerechneten Verzeichniß derselben.

Da sich die Kassen-Verwalter über ihre Amts-Verrichtungen in Beziehung auf diesen Gegenstand mit irgend Jemanden in Briefwechsel einlassen, oder gar mit Uebersendung der Zinsen zu befaßten, außer Stande sind; so haben sie die Anweisung erhalten, Anträge dieser Art unter Zurücksendung der Coupons abzulehnen, und eben dasselbe muß geschehen, wenn dergleichen Gesuche an die Kasse im Allgemeinen, oder an die unterzeichnete Haupt-Verwaltung der Staatschulden gerichtet werden sollten.

Dagegen ist der Agent A. Bloch, Behren-Strasse No. 45., erbklig, für Auswärtige, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, die Coupons zu realisiren, wenn sie ihn damit beauftragen wollen.

Berlin, den 22. November 1823.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Korper. v. Schüge. Beilieg. Verh.

Deputirter der Neumark.

von Romberg.

Freitags den 2. Januar 1824. und die folgenden Tage, bis zum 26. Januar, werden — die Sonntage ausgenommen — täglich in den gewöhnlichen

Die Auszahlung der Zinsen von alten landständischen und Städte-Kass.-u. Obligationen betr.

Vormittagsstunden, die halbjährigen, am 1. Jan. d. J. fälligen, so wie die nicht abgehobenen älteren Zinsen von sogenannten alten landeschaftlichen Obligationen, No. 30. Tauben-Straße, in der Staatsschulden-Zilgungs-Kasse, gegen eine auf letztere auszustellende Quittung, ausgezahlt. In der Quittung wird

- 1) die darauf zu ergebende Summe nicht allein mit Zahlen, sondern auch mit Buchstaben ausgedrückt, und außerdem bemerkt;
- 2) auf welchen Zeitraum die zu zahlenden Zinsen fallen;
- 3) wie hoch sich das Kapital beläuft, von welchem sie auffommen;
- 4) in welcher Münzsorte dasselbe verschrieben ist, so wie endlich
- 5) welches Volumen und Pagina des Haupt-Buches es ist, auf welchem die Obligationen eingetragen stehen.

Gebrückte Formulare zu diesen Quittungen sind jederzeit bei der oben erwähnten Kasse unentgeltlich zu erhalten.

Wer Zinsen von mehreren Kapitalkassen oder für mehrere Zins-Zahlungs-Termine zu empfangen hat, kann darüber nicht in einer Quittung zusammen quittiren, sondern muß so viel besondere Quittungen ausstellen, als besondere Zins-Zahlungs-Termine verstreichen, und besondere Obligationen über seine Forderungen ausgefertigt sind.

Quittungen, welche hiernach über eine Summe von 50 Rthlen. oder mehr auszustellen sind, müssen entweder auf den vorschristmäßigen Stempelbogen geschrieben, oder dieser, gehörig kassirt, denselben beigelegt werden.

Die Zahlung wird am 26. Januar 1824. geschlossen.

Wer also bis dahin seine Zinsen nicht erhoben hat, kann solche nicht eher als im July 1824. erhalten.

Uebrigens werden in der oben bezeichneten Frist, auch die Zinsen von Städte-Kassen, Obligationen, in so weit sie fällig sind, bei der Staatsschulden-Zilgungs-Kasse, gegen die gewöhnliche, auf diese zu richtende Quittung, ausgezahlt.

Da die Kassen-Beamten außer Stande sind, sich über ihre Amts-Verrichtung mit irgend Jemandem in Briefwechsel einzulassen, oder gar mit Uebersendung von Zinsen zu befassen, so haben sie die Anweisung erhalten: alle dergleichen an sie gerichtete Anträge von der Hand zu weisen. Dagegen ist der Agent Bloch, Weipert, Straße No. 45., erbötig, für Auswärtige, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, die Zinsen zu erheben, wenn sie ihm dazu den Auftrag erteilen, und mit dem, was dazu erforderlich ist, versehen.

Berlin, den 23. November 1823.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.
Korhet. v. Schüze, Deeltg. Deeg.

Verantheilung.

Nachdem die Wahl eines Fürst-Bischofs von Breslau in der Person des bisherigen Weib-Bischofs und Dom-Dechanten Herrn Emmanuel von Schmonsky dieselbst erfolge, und solche mittelst Allerhöchsterwilligener Confirmatione.

klons. Patents vom 8. November dieses Jahres Landesherzlich bestätigt worden: so wird dies hiermit allgemein bekannt gemacht.

Breslau, den 1. December 1823.

Königliches Ober-Präsidium von Schlessen.

Im Allerhöchsten Auftrage
(94.) Richter. Sabarth.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Liegnitz.

Damit der Jahresabschluss der kgl. Haupt-Instituten und Kommunal-Kasse zu gehöriger Zeit erfolgen kann, fördern Wir die Herren Superintendenden und Erzprießer, so wie die landrätshlichen Beamten Unseres Verwaltungs-Bezirks hierdurch auf:

die Beiträge von Taufen und Trauungen zur Unterstützung der Land-Hebammen für das 2. halbe Jahr 1823. unfehlbar bis zum 12. Januar 1824. an die genannte Kasse einzusenden, und diesen Termin auch für die künftigen Jahre pünktlich einzuhalten.

Liegnitz, den 11. December 1823.

Königl. Preuss. Regierung. — Erste Abtheilung.

I. P. No. 40. Decbr. c.

Die eingeführte Silbergroschen-Rechnung hat das Königl. hohe Finanz-Ministerium nach dem Circular-Rescript vom 7. Septbr. d. J. veranlaßt, die Erhebungs-Rolle für die Mahl-, Schlacht- und Eingangs-Steuer von Mahl-, Back- und Fleischwerk, sowohl über die Haupt-Steuer, als den Communalzuschlag zur Erleichterung der Hebung umrechnen zu lassen.

Es ist dabei als Regel angenommen worden, die Bruchpfennige über $\frac{1}{2}$ Pf. als voll anzunehmen, diejenigen unter und bis zu einem halben Pfennig einschließlicb aber wegzulassen.

Wir bringen daher die solchergestalt umgearbeitete Erhebungs-Rolle für die Mahl- und Schlachtsteuerpflichtigen Städte: Glogau, Goldberg, Gersdorf, Grünberg, Hirschberg, Jauer, Lauban, Liegnitz und Sagan zur öffentlichen Kenntniß und Beachtung sowohl für das Publikum als auch für die Hebungs-Behörden, um mit dem 1. Januar 1824. die Mahl- und Schlacht-Steuer nebst der Communal-Abgabe darnach einzuzahlen und zu erheben.

Das Bedürfnis hat es erfordert, daß Wir für die Stadt Sagan den Communal-Zuschuß von $8\frac{1}{2}$ pEt. ebenfalls wie in allen übrigen Mahl- und Schlachtsteuerpflichtigen Städten auf 25 pEt. festgesetzt haben.

Liegnitz, den 15. Decbr. 1823.

Königl. Preussische Regierung. Zweite Abtheilung.

M. No. 347. Decbr. c.

Erste

No. 167.

Die Einkommen der Beiträge von Trauungen und Taufen betreffend.

No. 170.

Die Erhebungs-Rolle für die Mahl- und Schlacht-Steuer betreffend.

Erhebungs-Kolle

für die Städte Glogau, Goldberg, Görlitz, Grünberg, Hirschberg, Jauer, Lauban,
Eignitz und Sagan von der Mahl- und Schlacht-Steuer.

Gegenstand der Besteuerung.		S t e u e r - S ä t z e .									
		1 Etr.		1/2 Etr.		1/4 Etr.		1/8 Etr.		1/16 Etr.	
		rtl.	far. pf.	rtl.	far. pf.	rtl.	far. pf.	rtl.	far. pf.	rtl.	far. pf.
1	Mahlsteuer von Weizen . . .	20	7	10	—	5	—	2	6	—	3
	Communal. Abgabe zu 25 Prozent	5	—	2	6	1	3	—	7	—	4
	zusammen . . .	25	—	12	6	6	3	3	1	—	7
2	Mahlsteuer von Roggen, Gerste und anderem Getreide u. Hülsenfrüchten	5	—	2	6	1	3	—	7	—	4
	Communal. Aufschlag zu 25 Prozent	1	3	—	7	—	4	—	2	—	1
	zusammen . . .	6	3	—	3	1	—	1	7	—	5
3	Eingangssteuer von Kraftmehl, Stäb- ke, Vuder, Graup, Grütze u. Grieß	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	a. aus Weizen . . .	1	10	—	20	—	10	—	5	—	2
	Communal. Aufschlag zu 25 Prozent	1	10	—	5	—	2	6	1	3	—
	zusammen . . .	1	20	—	25	—	12	6	6	3	—
	b. aus andern Getreide-Arten	—	10	—	5	—	2	6	1	3	—
	Communal. Abgabe . . .	—	2	6	—	1	3	—	7	—	4
	zusammen . . .	—	12	6	—	6	3	—	3	1	—
4	Eingangssteuer von Mehl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	a. aus Weizen und Speltz . .	—	26	8	—	13	4	—	6	8	—
	Communal. Aufschlag zu 25 Prozent	—	6	8	—	3	4	—	1	8	—
	zusammen . . .	1	3	4	—	16	8	—	8	4	—
	b. aus andern Getreide-Arten	—	6	8	—	3	4	—	1	8	—
	Communal. Aufschlag zu 25 Prozent	—	1	8	—	10	—	5	—	2	—
	zusammen . . .	—	8	4	—	4	2	—	2	1	—
5	Eingangssteuer von Schroter und Backwerk aller Art	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	a. aus Weizen . . .	—	20	—	10	—	5	—	2	6	—
	Communal. Aufschlag zu 25 Prozent	—	5	—	2	6	—	1	3	—	—
	zusammen . . .	—	25	—	12	6	—	6	3	—	3
	b. aus andern Getreide-Arten	—	5	—	2	6	—	1	3	—	—
	Communal. Aufschlag . . .	—	1	3	—	7	—	4	—	2	—
	zusammen . . .	—	6	3	—	3	1	—	1	7	—

Gegenstand der Besteuerung.	S t e u e r : S ä t z e.									
	1 Etr.		1/2 Etr.		1/4 Etr.		1/8 Etr.		1/16 Etr.	
	rtl.	gr. pf.	rtl.	gr. pf.	rtl.	gr. pf.	rtl.	gr. pf.	rtl.	gr. pf.
6) Schlachtsteuer vom Gewicht . . .	1	—	15	—	7	6	3	9	1	10
Communal-Ausschlag zu 25 Prozent	—	7	6	—	3	9	—	1	10	—
zusammen . . .	1	7	6	—	18	9	—	4	8	—
Bei Besteuerung nach Stück-Sätzen										
treten folgende Abgaben ein:										
a) Von Ochsen u. Kühen . . .										
Eier	4	—	15	—	—	—	—	—	—	—
Communal-Abgabe										
zu 25 Prozent . . .	1	—	3	—	9	—	—	—	—	—
zusammen . . .	5	—	18	—	9	—	—	—	—	—
b) Von Rindern und										
Ferkeln	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Communal-Abgabe										
zu 25 Prozent . . .	—	—	22	—	6	—	—	—	—	—
zusammen . . .	3	—	22	—	6	—	—	—	—	—
c) Von Kälbern, Hammeln, Schaa-										
fen und Ziegen . . .	—	—	13	—	1	—	—	—	—	—
Communal-Abgabe										
zu 25 Prozent . . .	—	—	3	—	3	—	—	—	—	—
zusammen . . .	—	—	16	—	4	—	—	—	—	—
d) Von Schweinen . . .	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Communal-Abgabe										
zu 25 Prozent . . .	—	—	7	—	6	—	—	—	—	—
zusammen . . .	1	—	7	—	6	—	—	—	—	—
Lämmer und Spanferkel sind jederzeit										
zu verzeihen, und nach dem Ge-										
wicht zu versteuern.										
7) Eingangssteuer von Fleisch und										
Fettwaaren	1	10	—	—	20	—	—	5	—	2
Communal-Ausschlag	—	10	—	—	5	—	—	2	6	—
zusammen . . .	1	20	—	—	25	—	—	7	6	—

Liegisch, den 15. December 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.

Um

No. 171.
Aufent wegen Ein-
sendung der Gefälle
von Käufen über und
unter 1000 Gulden
für die Zucht- und Kre-
men-Häuser.

Um die Verzögerung des letztes Abschlusses der hiesigen Haupt-Instituten-
und Communal-Kasse zu begegnen, rufen Wir die Königl. Land- und Stadt-
Gerichte des Schlesiens Antheils Unseres Verwaltungs-Beytrags, so wie die
Kreis-Steuer-Kassen hierdurch auf:

die Gefälle von Käufen über und unter 1000 Gulden für die Zucht-
und Armen-Häuser für das zweite halbe Jahr 1823. unfehlbar bis zum
1. 2. Januar 1824. an die genannte Kasse einzusenden, und diesen
Termin auch für die künftigen Jahre einzuhalten.

Hiebtens müssen diese Gefälle der Porto-Berechnung wegen, von ein-
ander getrennt abgeführt werden.

Königl. den 11. Decbr. 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.
I. P. No. 40. Decbr. c.

No. 172.
Eine Verordnung
der Ministerial-Ver-
börden wegen An-
nahme der Zins-
Coupons auf Kriegs-
schulden-Verträge be-
stehend.

Nachstehender Erlass des Königl. Hohen Finanz-Ministeriums, und der
Königl. Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden:

„Da es den Eingesehenen der Provinzen Kur- und Neu-Mark, welche
Beiträge zu den Kriegsschulden jener Provinzen zu leisten haben, und
zugleich im Besitze Kur-Märkscher Obligationen und Neu-Märkscher
Interims-Scheine sind, wünschenswerth seyn muß, die von Letzteren
fälligen Zins-Coupons auf ihre Kriegsschulden-Beiträge in Zahlungs-
Statt angeben zu können, so haben die unterzeichneten Behörden sich
dahin geeinigt, dergleichen Kur-Märksche nach dem 1. May 1818., und
Neu-Märksche nach dem 1. July 1818. fällig gewesene Zins-Coupons
bei der zur Verzinsung und Tilgung dieser Schulden bestimmten Abga-
ben als Zahlungsmittel anzunehmen.“

Berlin, den 12. November 1823.

Finanz-Ministerium. Haupt-Verwaltung
General-Verwaltung der Steuern. der Staats-Schulden.
(reg.) Massen. gez. Korfher. Schäß. Deßlg. Deßlg.
wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Königl. den 4. Decbr. 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.
II. No. 134. R. Novbr. c.

No. 173.
Die Auszahlung der
Zinsen von Staats-
Schuld-Scheinen be-
treffend.

Die halbjährigen, den 2. Januar 1824. fälligen Zinsen von Staats-
Schuld-Scheinen, werden, gegen Aushändigung der darüber ausgefertigten
Zins-Coupons Series IV. No. 2., in folgender Art vertheilt:

I. In Berlin erfolgt die Zahlung bei der Staats-Schulden-Tilgungs-
Kasse, Lauben-Strasse No. 30., Vormittags von 9 bis 1 Uhr, und zwar
auf die Staats-Schuld-Scheine:

No.

No.	1. bis 10,000.	am 2. und 3. Januar,
	10,001. , 40,000.	vom 5. bis 10. —
	40,001. , 70,000.	12. , 17. —
	70,001. , 100,000.	19. , 24. —
	100,001. und darüber	25. , 31. —

Auch ohne Rücksicht auf diese Reihenfolge, wird die Kasse in der Vor-
aussetzung und in dem Vertrauen Zahlung leisten, daß dadurch weder ein,
die Geschäfte störender Andrang, noch überhaupt unbillige Anforderungen
veranlaßt werden, um so mehr, als auch nach Ablauf der vorbezeichneten
Zahlungs-Termine mit der Zinsen-Zahlung, ohne sie zu schließen, fortge-
fahren wird.

Wer Zinsen von mehreren Staats-Schuld-Scheinen zu erheben hat,
ordnet dieselben nach den Appoltes, und überläßt sie der Staats-schulden-
Tilgungs-Kasse mit einem für die Geschäftsführung erforderlichen, genau
aufzurechnenden Verzeichniß derselben.

Da die Kassen-Beamten über ihre Amts-Verrichtungen sich mit ke-
gend Jemand in Befehlswechsel einzulassen, oder gar mit Uebersehung von
Zinsen zu befassen, außer Stande sind; so haben sie die Anweisung erhalten:
alle solche Anträge unter Zurückendung der Coupons abzulehnen, und in
eben dieser Art muß verfügt werden, wenn solche Gesuche an die Kasse im
Allgemeinen, oder an die unterzeichnete Haupt-Verwaltung der Staats-
Schulden gerichtet werden sollten. Dagegen ist der Agent Bloch, Befrem-
den Strafe Art. 45., erbödig, für Auswärtige, welchen es hier an Bekannt-
schaft fehlt, dergleichen Anträge zu übernehmen.

II. In den Provinzen werden die bezeichneten Zins-Coupons bei den be-
treffender Regierungs-Haupt-Kassen, so wie bei allen Königl. Special-
Kassen derselben, jedoch nur in den Monaten Januar und Februar 1824.,
baar eingeliefert, übrigens aber zu jeder Zeit auf landesherrliche Abgaben und
Gefälle aller Art, auf Domainen, Veräußerungs-Gelder und davon zu ent-
richtende Zinsen, statt baaren Geldes in Zahlung angenommen.

III. Auf Zins-Coupons, welche mit einem (rothen) Stempel versehen
sind, werden die Zinsen ausschließlich in Leipzig bei dem dortigen Handlungs-
hause Reichenbach et Comp. ausbezahlt, und zwar sofort nach dem Fällig-
keits-Termine, oder an jedem spätern beliebigen Tage. Wer aber Zinsen
auf nicht gestempelte fällige Zins-Coupons in Leipzig zu erheben wünscht, er-
hält sie bei dem gedachten Handlungshause in den Tagen vom 12. bis letzten
Februar 1824.

IV. Nach der allerhöchsten Verordnung vom 17. Januar 1820., Ge-
setz-Sammlung No. 577. §. XVII., ist zum Besten des allgemeinen Til-
gungs-Fonds mit

dem 1. Januar 1824.

eine

ein, für allemal das Recht erloschen, Zinsen von Staats-Schuld-Dokumenten zu fordern, welche den 17. Januar 1820. bereits fällig waren, und seit der Zeit unerhoben geblieben sind. Wer daher zu seinem Staats-Schuld-Scheine die Coupons der früheren Serien über Zinsen aus der Zeit vor dem 17. Januar 1820. noch nicht abgeholt hat, wird erinnert, dies noch vor dem 1. Januar 1824. zu thun. Man wendet sich deshalb an die Kontrolle der Staats-Papiere, No. 30. Tauben Straße, unter Vorlegung des betreffenden Staats-Schuld-Scheins, auf welchem die ausstehenden Coupons abgestempelt sind. — Eben so werden die Inhaber von Coupons zu Staats-Schuld-Scheinen über Zinsen, welche vor dem 17. Januar 1820. fällig waren, hiermit erinnert, letztere noch vor dem 1. Januar 1824. zu realisiren, indem dieselben bis ultimo December 1823. bei der Staats-Schulden-Ellgungs-Kasse in Berlin, No. 30. Tauben-Straße, ausserdem aber bei den Regierungen, Haupt-Kassen in den Provinzen baar ausgezahlt, bis dahin auch auf landesherrliche Abgaben und Gefälle aller Art, auf Domänen, Veräußerungen, Gelder und den davon zu entrichtenden Zinsen, in Zahlung genommen werden; wozu gegen mit dem 1. Januar 1824., alle sodann nicht abgehobenen oder nicht realisirten Zins-Coupons von Staats-Schuld-Scheinen aus der Zeit vom 1. Januar 1811. bis 2. Januar 1820., mithin die Coupons

Series I. No. 1. bis 8.

Series II. , 1. , 8.

Series III. , 1. und 2.

wertlos sind, die Valuta derselben aber, der Allerhöchsten Verordnung vom 17. Januar 1820. §. XVII. gemäß, dem allgemeinen Ellgungs-Fonds zugeschlagen werden muß.

V. Uebrigens werden die noch nicht abgehobenen Zinsen von Staats-Schuld-Scheinen aus der Zeit vom 2. Januar 1820. bis 2. July 1823., gegen Ausständigung der Zins-Coupons Series III. No. 3. bis 8., Series IV. No. 1., zugleich mit den Zinsen aus dem Coupon Series IV. No. 2., auf die oben beschriebene Art resp. ausbezahlt und in Zahlung angenommen.

Berlin, den 23. November 1823.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

(324) Rathher. von Schüße. Berthg. Deeg.

Nach Anstellung der vorstehenden Bekanntmachung, werden Zins-Coupons von Staats-Schuld-Scheinen der

Series I. No. 1. bis 8.

Series II. No. 1. , 8.

Series III. No. 1. und 2.

nur noch bis zum letzten December 1823. baar ausgezahlt oder in Zahlung angenommen. Mit dem 1. Januar 1824. ist das Recht, die darin beschriebenen Zinsen zu fordern, ein, für allemal erloschen.

Nach

Nach dem 1. Januar 1824. kommen die Zins-Coupons

Series III. No. 3. bis 8.

Series IV. No. 1. und 2.

zur Zahlung.

Hiernach haben die von Uns ressortirenden Königl. Haupt- und Special-Kassen sich genau zu achten, und dem gemäß, nach dem letzten December 1823., weiter Zinsen auf Coupons

Series I No. 1. bis 8.

Series II. No. 1. bis 8.

Series III. No. 1. und 2.

weder auszuspielen, noch in Zahlung anzunehmen, alle bis dahin eingelieferte oder in Zahlung genommene Zins-Coupons dieser Art aber sofort mit dem 2. Januar 1824. an die kgl. Regierung, Haupt-Kasse, zur Abführung an die Staats-Schulden-Zinsungs-Kasse, einzusenden, indem späterhin dergleichen präclubirte Zins-Coupons weder vergütet werden, noch als Zahlungsmittel in Rechnung passiren. Plegnit, den 16. December 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.

II. F. No. 55. R. Decbr. c.

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Der jetzige Cantor und Schullehrer Bessert zu Köpfkurtz, ward evangelischer Cantor, Organist und Schullehrer zu Goltzsdorf, Laubanschen Kr., der dormalige Schullehrer Kutsche zu Langen, evangelischer Cantor, Organist und Schullehrer zu Bleßmannsdorf, Bunzlauischen Kr.; der bisherige Schulsekretär Klein zu Blesensthal, evangelischer Organist und Schullehrer zu Doms, Saganischen Kr.; der Seminariist Lange, evangelischer Schul-Adjutant zu Nachwasser, Oßlitzschen Kr.; der bisherige Schulsekretär Fischer, evangel. Schul-Adjutant zu Aisenau, Goldb. Hann. Kreises; der Seminariist Froglisch, evangel. Schul-Adjutant zu Dalkau, Blog. Kr.; der Seminariist Göbel evangelischer Schul-Adjutant zu Quatzsch, Glogauischen Kreises; der Seminariist Ecken, aus Löwenberg, evangel. Schul-Adjutant zu Nieders-Thoniaswalde, Bunzlauischen Kr. und der bisherige Schulverwalter Dörfler zu Goltzsdorf, Laubanschen Kr., evangel. Schullehrer daselbst.

Der Maurermeister Schrotz zu Neussädrel, ward als unbesoldeter Rathmann bestätigt. Eben so erhielt der Kürschnermeister Zippel zu Greiffenberg als unbesoldeter Rathmann Bestätigung.

Die Approbation als Geburtshelfer erhielten der Wundarzt Herzog zu Plegnit und der Wundarzt Kiffel zu Herrmannsdorf, Zauerschen Kreises.

Amtesblatt No. 51.

31

Ver

Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

Historische Nachrichten aus dem Königl. schen Reglerungs-
Departement für den Monat November 1823.

Das Kirchen-Wesen.

Die evangelische Gemeinde zu Preibus hat Ende October den am 2. Junn d. J. angefangenen Neu-Bau einer massiven Kirche beendigt, und dieselbe ist am 2. v. M. von dem Orts-Pastor und Superintendenten Worbis feierlich eingeweiht worden. Die Kirch-Gemeinde ist nicht wohlhabend, das Aararium hatte beim Anfange des Baues nicht mehr als 320 Rthlr. an Kapkassen und die Kasse im Bestande nicht mehr als 123 Rthlr. Aber im Vertrauen auf die gute Sache wurde dieser Bau begonnen und durch die thätigste Beihilfe der Stadt- und Dorf-Gemeinden, der Rämmerel-Kasse und einiger benachbarter Gutsbesitzer, als des Lieutenant's Betschke auf Wendisch Muffa, des Landes-Relieken v. Goldammer auf Dobrau, und des Herzoglich Sagan'schen Pächters Schaller zu M. Uendorf glücklich vollbracht. Der Bau dieser Kirche ist tüchtig und die Anlage dem Bedürfniß der Gemeinde entsprechend ausgeführt, aber bei aller Unterstützung und Beihilfe sind noch einige bedeutende Summen zu berichtigten.

Wöge dieser reifliche Sinn und Ausdauer der Kirchen-Gemeinde zu Preibus bei der Ausführung ihres Gotteshauses andern Kirchen-Gemeinden in ähnlichen Fällen als Muster zur Nachahmung gereichen.

Für den öffentlichen Unterricht.

Am 11. v. M., an dem Stiftungstage der vom Kaiser Joseph I. im Jahre 1708 hieselbst gegründeten Ritter-Academie fand die Einweihung der durch die stärkere Frequenz dieser Lehr- und Erziehungs-Anstalt nöthig gewordenen neuen Lehr-Localität statt. Es wurden von dem Directorio, so wie von den Lehrern und Zöglingen der Feler des Tages angemessene Reden gehalten, und am Schluß der Felerlichkeit diese in ihrer Art einzige Anstalt der ferneren Huld Sr. Majestät des Königs empfohlen.

Verdienstliche Handlungen.

Der Häusler Baumert zu Reundorf, Löwenbergschen Kreises, welcher am 3. November mit Räumung seines Brunnens beschäftigt war, fiel durch das Herabfallen des Brunnens-Gemäuers über 3 Ellen tief. Sein kleiner Sohn, der zufällig am Rande des Brunnens stand, rief sogleich nach Hülfe. Da auch der obere Theil des Gemäuers nachstürzen drohte, nahm man ihn Rand in den Brunnen hinauf zu steigen. Die Tochter des Verunglückten, Maria Rosina, ließ sich aber ohne Aufenthalt in den Brunnen hinunter und suchte ihren Vater durch Hinwegräumung der Steine zu befreien. Es gelang ihr auch, mit Hülfe des ihr nachfolgenden Häuslers Schwobser, den Vater, der sich in einer aufrechten Stellung verkrüppelt befand, in einer halbstündigen Zeit zu retten. Er wird treue Kindespflicht belohnt!

Der

Der Kaufmann Ernst Conrad zu Landeshut, hat aus eigener Bewegung und mit einem nicht unbedeutenden Kosten-Aufwande, von seinem Hause an bis zur Pforte, weit über sein Giebel hinaus, die Stadtmauer abbrechen und an deren Stelle einen anständigen Staketten Zaun mit steinernen Pfeilern setzen lassen. Dadurch hat nicht nur dieser Theil der Stadt durch das Zutroßmen felsicher Luft, sondern auch sämtliche anliegenden Häuser wegen erhaltenen Lichtes sehr gewonnen; auch ist diese bloß sehr enge Gasse so verbreitert worden, um besonders bei Feuergefahr leicht mit Wagen und Spritzen auffahren zu können. Wir erwähnen dieser verdienstlichen Handlung des Kaufmann Ernst Conrad um so mehr in diesem Blatte, als derselbe sich auch bei andern Gelegenheiten durch Gemeinfinn um das dortige Communal-Weesen verdient gemacht hat.

Unglücksfälle und Selbstmorde.

In abgewichenen Monat sind nur zwei Selbstmorde vorgefallen. Einer dieser Unglücklichen erhing und der andere erschoss sich. Dagegen sind viele Personen durch unglückliche Ereignisse ums Leben gekommen.

Der Fuhrmann Caspar Wagner aus Bieslau, Goldberg, Haynauschen Kreises, fiel hinter Röthlig aus der Wagen-Rille und wurde überfahren. Auf eine ähnliche Art verlor der Arbeiter Gottlieb Helze aus Seepdorf, Hirschbergischen Kreises, sein Leben.

Zu Zerbau, Glogaushen Kreises, wurde der Müller und Bauer Handke von einem Pferde so stark geschlagen, daß er 2 Tage darauf starb.

Am 11. erford der Häusler Glanin aus Petersdorf bei einem heftigen Schneegestöber auf dem Wege über das hohe Gebirge nach Neuwald um Glas zu holen. Er war ein kränklicher Mann und die angewandten Wiederbelebungs Versuche blieben ohne Erfolg.

Der Obsthändler Bödnisch aus Klein-Röhrsdorf, Löwenbergischen Kreises, erstickte im Dampfe des durch unvorsichtigen Umgang mit der Tabackspfeife sich entzündeten Lager-Strohs.

Der Dienstknecht Johann George Hübner aus Bunzelwaldau, Freystädtschen Kreises, fiel beim Nachhausefahren, indem die Pferde durchgingen, in der Trunkebelte vom Wagen und blieb auf der Stelle todt.

Am 6. November wurde ein 24jähriges Mädchen, die Tochter des Bauer Blesfeld zu Altensohn, Goldberg-Haynauschen Kreises, von einem umfallenden Toppfennock erschlagen.

Die 27-jährige Tochter des zu Lindenbusch, hiesigen Kreises, dienenden Knechts Heinrich Deckert, fiel mit dem Kopf zuerst in ein Gefäß mit kochendem Wasser und starb nach 20 Stunden.

In der Nacht vom 2. zum 3. v. M. wurde zu Oedernitz ein Kind von 22 Wochen in der Wiege von den ebenfalls darin schlafenden ältern Geschwistern erdrückt.

In Gramschütz, Glogaushen Kreises, wurde der 8-jährige Sohn des Gärtners

Gärtners Gottlieb Schuß, spielend in eine Sandgrube mit mehreren Kindern, durch eine herabfallende, sich am Rande der Grube abgelöste Erdmasse verschüttet und war nicht mehr ins Leben zurückzubringen.

Am 27. October ertrank zu Berna, Laubanschen Kreises, der 3 $\frac{1}{2}$ jährige Sohn des Webers Schwarzbach in dem Mühlgraben.

Am 18. November fand man in demselben Kreise zu Friedersdorf, zwei Schritte von der Straße eine vom Schlage getroffene Frauensperson.

In Deutsch Paulsdorf, Görlichschen Kreises, fiel der Sohn des Gedlnge, Gärtners Hentschel, Namens Johann George, von einer Leiter und spickte sich eine Stange dergestalt in den Unterleib, daß die Eingeweide herausdrangen.

Der Bauer Fiedler aus Kalten-Bréslitz, Sprottauschen Kreises, fiel beim Scheuwerden seiner Pferde vom Wagen und wurde überfahren. Man hoffte indessen ihn, so wie den vor ihm bemerkten Joh. George Hentschel, am Leben zu erhalten.

Der Schiffer Kiebel aus Grosseu verunglückte am 8. November d. J. zwischen Döberitz und dem Carolater Murr-Weidicht mit seinem Kahn, der Zucker geladen hatte. Die Veranlassung dazu war ein in der Oder liegendes Stück Holz.

Fewersbrünste.

Am 17. November brannte eine Häuser-Stelle zu Seltrendorf, Pörsbergischen Kreises, ab. — Den 25. Novbr. wurden in der Stadt Schönau 3 Häuser mit den dazu gehörigen Hofgebäuden eingeeäschert. Man ist mit der Untersuchung der Entstehungs-Ursachen beschäftigt.

Ereigniß, den 3. December 1823.

Königl. Preussische Regierung.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 51.)

Liegnitz, den 27. December 1823

Allgemeine Gesefssammlung.

Das 18te Stück enthält unter Nummer:

- 830) Den Vertrag zwischen Preußen und Sachsen, Weimar, wegen der Verbrauchs- Steuern. Vom 27. Juny und ratificirt am 15. August 1823.
- 831) Die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 1. October 1823, wegen Anwendung des Rapon, Gesetzes vom 24. August 1814, auf sämtliche neu erworbene und neu anzulegende Festungen.
- 832) Die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 12. November 1823, wegen eines Präclusus, Termins zur Anmeldung der an den Staat habenden Forderungen aus Weichpöhlischen Reichs-Obligationen, Vorderkaup- und Kassen-Aufrechnungen.
- 833) Die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 24. November 1823, wegen Censur aller militairischen Druckschriften.

Berordnungen von Staats-Behörden.

Es ist bereits unterm 9. Juny 1821. bekannt gemacht, daß zu allen denjenigen Domänen-Pfandbriefen, deren Zinsen auf die Staats-Schulden-Einzugs-Kasse angewiesen sind, auch Zins-Coupons von Seiten der unterzeichneten Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden, und zwar zahlbar in Berlin bei der Staats-Schulden-Einzugs-Kasse, ausgereicht werden sollen. Die Inhaber der erstern haben letztere auch zum größten Theile bereits erhalten, und nur zu einer bestimmten Anzahl im Betrage von 300,000 Rthlr. Preussische Domänen-Pfandbriefe auf:

Balg
Capmen
Matangen

Refundmachung

Caalau
Tapiaw und
Tapiaden

sind sie damals nicht gegeben, weil die Ostpreussische General-Landschafts-Direction, dazu Zins-Coupons schon früher ausgereicht hatte.

Der letzte von diesen landschaftlichen Zins-Coupons, nemlich der Stich-Coupon No. 10. ist Weihnachten d. J. fällig, und es soll mit der Auszahlung der darin verschriebenen Zinsen die Extradition jener neuen von der unterzeichneten Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden ausgefertigten Zins-Coupons verbunden werden.

Welches, die Zins-Zahlung wie die Auerreichung der neuen Zins Coupons geschieht im Einverständnisse mit der Ostpreussischen General-Landschafts-Direction zu Königsberg in deren dortigen Lokal zu derselben Zeit, in welcher die Weihnachts-Zinsen der landschaftlichen Pfandbriefe dort ausgezahlt werden, durch den dazu von uns beauftragten General-Landschafts-Rath Herrn Drausewetter. Das dabei zu beobachtende Verfahren ist folgendes:

1. Die Inhaber derjenigen Ostpreussischen Domainen Pfandbriefe, zu welchen die Ostpreussische General-Landschafts-Direction Zins-Coupons gegeben hat, specificiren die ersten nach

- 1) Nummer,
- 2) Domainen,
- 3) und Nennwerth,

versehen die in duplo auszufertigende Specification mit ihrer Namens Unterschrift, überreichen sie mit den Pfandbriefen dem oben erwähnten Commissarius, bei welchem gedruckte Schemata zu den Designationen unentgeltlich zu haben sind, und erhalten darauf:

a. gegen Auslieferung des Stich-Coupons No. 10. die damit verbrieften Zinsen pro 24. Juny bis 24. December 1823.

b. gegen Ausstellung einer besondern Quittung die Zinsen pro 24. December 1823. bis ultimo Februar 1824.

c. und die neuen Zins-Coupons No. 6., 7. und 8., welche die Zinsen pro 1. März 1824. bis 1. September 1825. umfassen, worauf ihnen die Pfandbriefe, nachdem auf denselben die Zins-Zahlung und Extradition der neuen Zins-Coupons No. 6., 7., 8. abgestempelt worden, zurückgegeben werden.

II. Wer im Laufe der oben bezeichneten Zahlungszeit die hiernach zu zahlenden Zinsen und auszureichenden Zins-Coupons in Königsberg nicht erhebt, kann solche späterhin nur in Berlin, während der nächsten Zinszahlung vom 1. März 1824. ab, bei der Controлле der Staats-Papiere und respectve bei der Staats-Schulden Tilgungs-Kasse erhalten.

Berlin, den 26. November 1823.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.
Rothf. v. Schöge. Beellg. Deeg.

Die

Die Sechste Ziehung der Staats-Schuldscheine Prämien wird, in Folge der Bekanntmachung vom 24. August 1820, am 2. Januar k. J. ihren Anfang nehmen, und in derselben Art, wie die früheren Ziehungen, vorgenommen werden. Berlin, den 6. December 1823.

Königliche Immediat-Kommission zur Vertheilung von Prämien auf Staats-Schuldscheine.
(gez.) Rother. Kayser. Wollny. Krause.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Plessig.

Die bisher in den Apotheken im Vorrath gehaltene Arsenik-Salbe zur Vertreibung der Ratten und Mäuse, ist von der höhern Medizinal-Behörde untauglich befunden, und stat. ihrer ein Pulver empfohlen worden, bestehend aus:

- 8 Loth fein pulverisirt in Arsenik,
- 7 Loth fein Weizen-Mehl,
- 1 Loth feinstes Kalk, oder besser Kienruß,
- 1 Gran ächten Moschus der mit verdünntem Weingeist abgerieben ist,
- welche Ingredienzien innigst gemischt und in einem wohl verschloßnen Glase aufbewahrt werden.

Die Herren Apotheker des Departements werden angewiesen, dieses im hohen Grade empfohlene Pulver in ihren Offizinen vorräthig zu halten und unter Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften, nicht nur an unbedingt zulässige Personen zu verkaufen.

Das Publikum warnt Abtrügnern, jedem möglichen Mißbrauch dieses Pulvers bei großer Verantwortlichkeit, durch gehörige Aufbewahrung und vorsichtige Anwendung, vorzubeugen. Plessig, den 1. Decbr. 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.
I. No. 68. R. Novbr. c.

Da hin und wieder noch beträchtliche Bestände an älterem Stempel-Papier zu 4, 8, 12, 16 und 20 Gr. vorhanden sind, dessen Verbrauch neben dem neuen mit trockenem Stempel versehenen Papier durch die Bekanntmachung vom 28. März v. J. nur bis Ende des Jahres 1823 gestattet war, so hat das Königl. Finanz-Ministerium nach dem hohen Rescript vom 20. v. M. den Termin, bis wohin der Absatz und Gebrauch der oben erwähnten geringern Arten des älteren Stempel-Papiers zulässig ist, noch bis zum Schlusse des Jahres 1824. verlängert. Diese Bestimmung des Königl. hohen Finanz-Ministeriums wird hiermit den Stempel-Debits-Behörden, so wie dem Publikum zur Beachtung bekannt gemacht. Plessig, den 10. December 1823.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.
II. No. 17. R. Decbr. c.

Ver-

Verordnungen der Königl. Ober-Landes-Gerichte.

Wegen des Stempel-
Gebrauchs bei Pro-
tocolle, Ausfertigung-
gen.

Da von Seiten der betreffenden Königl. Ministerien bestimmt worden: daß bei allen an sich stempelpflichtigen Verordnungen, welche blos in Form eines Protocols eingeleitet sind, der resp. Procent oder 15 Egr. Stempel zu der Ausfertigung des Protocols, welche den Parteien ertheilt wird, angewandt werden soll, wegen die bei den Acten bleibende Urschrift des Protocols in diesem Falle keines Stempels, sondern nur des Vermerks, daß, und welcher Stempel zu der Ausfertigung abgibt worden ist, bedarf; so wird diese Bestimmung sämmtlichen Unter-Gerichten und Notarien in dem Departement des unterzeichneten Königl. Ober-Landes-Gerichts hienmit zur Nachacht und Achtung bekannt gemacht.

Breslau, den 28. November 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Schlesien.

Wegen des in Bres-
lau errichteten Ge-
richts Amtes.

Dem Publico wird hierdurch eröffnet:

daß zur Erleichterung der Gerichts-Eingekessenen, und Abkürzung der Prozesse ein von dem hiesigen Königl. Stadt-Gerichte unabhängiges, und nur unter der Aufsicht dessen Directoriums stehendes

Gerichts-Amt zu Breslau

höchsten Orts angeordnet worden ist, welches vom ersten Januar 1824. an, in Wirksamkeit treten wird.

Diesem Gerichts-Amt ist die Leitung, Entscheidung und Vollstreckung in allen

- 1) Bagatell-Sachen bis zu 50 Rthlr. inclusive,
- 2) Injurien-Prozessen, welche gesetzlich als Bagatell-Sachen betrachtet werden können,
- 3) Gesinde- und schleunigen Miethsachen, ohne Rücksicht auf die Höhe des Gegenstandes,

ausgeschlossen übertragen. Es haben sich daher alle, welche hiesige der Gerichtsbarkeit des Königl. Stadt-Gerichts untergebene Einwohner in diesen Angelegenheiten, gerichtlich belangen wollen, unmittelbar an dieses Gerichts-Amt, welches vor der Hand seinen Sitz im Lokale des hiesigen Stadt-Gerichts nehmen wird, zu wenden, und die Kläger sowohl wie die Beklagten bei demselben in diesen vorstehend bezeichneten Prozessen Recht zu nehmen.

Breslau, den 5. December 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Schlesien.

Wegen des Ge-
brauchs der Königl.
Preuss. Schwärze zu
Siegeln bei Docu-
menten, welche zum
öffentlichen Aushän-
gen bestimmt sind.

Die Königl. Regierung, Erste Abtheilung, zu Posen, hat sich, durch den letztgenannten, auch durch Erfahrung bestätigten, Mißbrauch der, den öffentlichen Aushängen beifügten Siegel, durch Ab- oder Ausschneiden derselben, wenn diese Siegel durch Lack, Wachs, oder mittelst Oblats, abge-
druckt

druckt sind, veranlaßt gefunden, diese Siegelabdrücke mittelst Buchdrucker-Schwärze zu empfehlen. Da hierdurch jenen Mißbräuchen, die mehrmals bei falschen oder verfälschten Attesten und Urkunden vorkommen, vorgebeugt werden kann, wiewohl von dem unterzeichneten Ober-Landes-Gerichte ressirrenden Unter-Verichten aufzugeben, die Siegel-Abdrücke mit Buchdrucker-Schwärze unter den gedachten, besonders solchen Aushängen, die sich an Stellen, welche Leuten aus den niedern Volks-Klassen zugänglich sind, befinden, anzuwenden, und können sich die Gerichts-Inhaber, insofern Hiezu andere Siegel nöthig, deren Anschaffung auf ihre Kosten, des Gemeinen Bestens wegen, nicht entziehen. Olozau, den 1. December 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Nieder-Schlesien und der Lausitz.

Es ist bemerkt worden, daß bei vorkommenden Dienst-Ablösungen der Untertanen, auf Gütern, welche mit reservirten Steuern für die kaiserliche Universität behaftet sind, die Natur dieser Universitäts-Rente im Allgemeinen ganz vorkommt, und für einen gewöhnlichen, auch nach dem Erloß vom 14. September 1811. ablösbaren Canon gehalten wird. Demzufolge werden die sämtlichen Unter-Verichte und Fußzettel-Commisarien in dem Bezirke des unterzeichneten Königl. Ober-Landes-Gerichts hiermit darauf aufmerksam gemacht:

daß die der kaiserlichen Universität als einer milden Stiftung überwiesenen reservirten Steuern, welche die Natur der Grundsteuern haben, von des Königs Majestät durch den Allerhöchsten Cabinetsbefehl vom 16. März 1812. als eine unablässige, mit der Grundsteuer zugleich zu erhebende, und im Ausbleibungs-falle gleich dieser ersetzlich belustretenden Rente erklärt worden ist, welche unablässig, und von der Grundsteuer ungetrennlich ist, weshalb sie eben so wie diese und bei Ablösungen und Verdingelungen auf die abzutretenden Theile verhältnißmäßig vertheilt werden muß.

Breslau, den 28. November 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Schlesien.

Verordnungen des Königl. Consistorii für Schlesien.

Obgleich bei den Prüfungen der Candidaten der Theologie schon bisher immer auf das Verstehen des Grundtextes der heiligen Urkunden ist gehalten worden; so sehen wir uns doch veranlaßt hierdurch noch besonders zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, daß wir die veniam concionandi allen denjenigen Candidaten verweigern werden, welche in der mit ihnen angestellten Prüfung

Die Prüfung der Candidaten der Theologie betreffend.

fung eine Unbekannthschaft mit dem Grundtexte des alten oder des neuen Testaments und mit dem Inhalte und Geiste der heiligen Schrift zeigen, und namentlich die hebräische Sprache nicht in so weit erlernt haben, daß sie mit Anwendung der nöthigsten Hülfsmittel den hebräischen Codex verstehen, und davon bei der Auslegung des neuen Testaments Gebrauch machen können.

Breslau, den 27. November 1823.

Königl. Preuß. Consistorium für Schlesien.

Vermischte Nachrichten und Aufträge.

Wohltätigkeits-
Anzeigen.

Die zu Altwasser verstorbene Colonsknecht Wittwe Seebach geb. Schulz, hat dem Kirchen-Alerar zu Hochkirch, Slogauschen Kreises, ein Legat von 10 Rthlr. Courant vermacht. — Von dem zu Treßwitz verstorbenen ehemaligen Apotheker Wanselow, ist der dasigen evangelischen Kirche ein Vermächtniß von 300 Rthlr. beschieden worden, wovon die Interessen den drei Geistlichen als Beihilfe ihres Gehalts zu fallen sollen. Eben so hat der zu Lauban verstorbene Rath's-Seebach und Kaufmann Weiker

- a) dem dasigen Waisenhanse 25 Rthlr.
- b) der dortigen Armen-Kasse 100 Rthlr., und
- c) der Schul-Collegen, Wittwen-Kasse daselbst 100 Rthlr.

als Legate vermacht; auch haben die Erben des ehemaligen Dominal-Besizers Bünzel zu dem von dem Bünzel den Armen zu Größlich mit 20 Rthlr. legirten Vermächtniß freiwillig eine Zulage von 30 Rthlrn. geleistet. Ferner hat der Gerichtsschulze Weitzich zu Lauterbach der dasigen evangelischen Schulkasse eine Schuld von 62 Rthlr. 27 Sgr. Cour. geschenkt, und außerdem der Dorf-Armen Kasse eine Schenkung von 100 Rthlrn. gemacht.

Wohltätigkeits-
Anzeigen u. Dank-
sagungen.

Für die Abgebrannten in Habelschwerdt sind fernerwelt bis henc folgende Beiträge bei mir eingegangen und an den Magistrat zu Habelschwerdt weiter befördert worden:

49) Hr. Speciteur Willsborn in Anhalt	15 rthl.	—	sgr.	—	pf.
50) Hr. Bauinspector Kannengieser in Landsbut	5	,	—	,	—
51) Durch den Magistrat in Freystadt von dasigen milden Gubern	35	,	—	,	—
52) D. S. und O. M. in Elegenitz	2	,	—	,	—
53) Durch den Hrn. Kreis-Sekretäre Helmke von milden Gubern im Löwenberg'schen Kreise	25	,	13	,	3 pf.
54) Hr. R. B. in Elegenitz	3	,	—	,	—
55) Hr. v. C. in Elegenitz	3	,	—	,	—

Latus 88 rthl. 13 sgr. 3 pf.

	Transport	88 rthl. 13 sgr. 3 pf.
56)	Hr. T., Hr. R. und Hr. W. in Jauer	35 , — , - ,
57)	Durch den Hrn. Konsistorialrath Kieselig von den Herren Geistlichen und Schullehrern des Schönauer Archipresbyterats	25 , — , - ,
58)	Durch den Hrn. Superintendenten Dreßler von der evangelischen Schulsjugend in Neukirch bei Schönau, für die armen Schulkinder in Habelschwerdt	3 , 2 , - ,
59)	Durch den Magistrat in Grünberg von dasigen milden Gebern $\frac{1}{2}$ Friedrichsd'or und	108 , 4 , 9 ,
60)	Durch den Hrn. Kreis-Sekretair Heinze von milden Gebern im Löwenbergischen Kreise	19 , 27 , 2 ,
61)	L. in G.	1 , — , - ,
62)	Durch den Magistrat in Lüben vom dasigen Tuchmacher-Mittel	6 , — , - ,
63)	Durch den Hrn. Musiklehrer Maternus in Liegnitz, als Ueberschuß seines Konzertes, zum Besten der Abgebrannten in Habelschwerdt	44 , 10 , - ,
	zusammen $\frac{1}{2}$ Fr.d'or und	330 rthl. 27 sgr. 2 pf.

Die drei ersten Absendungen betrugen . 7 St. Fr.d'or, 4 Duf. und 538 rthl. 28 sgr. - pf.
 mischlin sind nunmehr zusammen eingegangen und weiter befördert worden . 7 $\frac{1}{2}$ St. Fr.d'or, 4 Duf. und 869 rthl. 25 sgr. 2 pf.

Außerdem sind von dem Magistrat in Lüben 4 große Pakete und von dem Hrn. Kreis-Sekretair Heinze die von mehreren milden Gebern im Löwenbergischen Kreise geschenkten beträchtlichen Bekleidungsgegenstände unmittelbar an den Magistrat in Habelschwerdt abgesandt worden.

Gleichzeitig sind auch noch durch den Magistrat in Freistadt die von dasigen milden Gebern für die Abgebrannten in Dels bestimmten 16 Richte. hier eingegangen und weiter befördert worden.

Liegnitz, den 20. December 1823.

Der Reglerungs-Chef, Präsident
 v. Erdmannsdorf.

Be

Bekanntmachung.

Bestellungen auf die Allgemeine Preussische Staats-Zeitung für das künftige Vierteljahr, werden in sämmtlichen Provinzen der Preuss. Monarchie von den Königl. Preuss. Post-Ämtern, mit Einem Thaler Fünfzehn Silbergroschen pro Quartal, angenommen.

Berlin, den 9. December 1823.

Heun, Königl. Geheimen Hofrath.

(Hierbei ein öffentlicher Anzeiger No. 52. nebst einem Titelblatt. Statt der chronologischen Uebersicht wird nächstens ein vollständiges Sachregister zu den Jahrgängen des Amtsblatts 1821. 1822. und 1823. erscheinen.)





